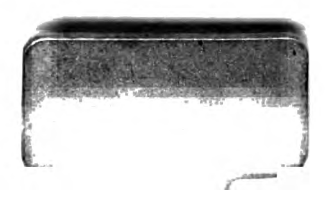
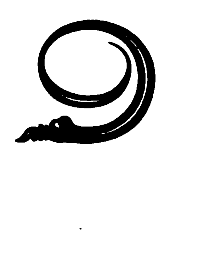
Protokoll des SPD-Parteitages

Halle a.S. 1890









Reprints zur Sozialgeschichte
bei
J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Herausgeber: Dieter Dowe

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Halle a.S.
vom 12. bis 18. Oktober 1890

Mit einem Personen-, Zeitschriften- und Zeitungsregister
sowie Ortsregister zum Nachdruck
von Max Schwarz

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Berlin · Bonn

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. – Nachdr.: mit e. Personen-, Zeitschriften- u. Zeitungsreg. sowie Ortsreg. – Berlin, Bonn: Dietz.

1890. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890. – 1978.
(Reprints zur Sozialgeschichte)
ISBN 3-8012-2501-1

Berlin · Bonn
Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2

Druck: Ducke Offsetdruck, Darmstadt
Printed in Germany 1978

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Halle a. S.

vom 12. bis 18. Oktober 1890.

Berlin 1890.

Verlag der Expedition des „Berliner Volksblatt".

(Th. Glocke.)

Das Programm der Partei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, daß heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt-, und Haus-Industrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnißarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und Unterstützungskassen.

Die Organisation der Partei.

§ 1.

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner.

§ 3.

Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4.

Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5.

Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6.

Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7.

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8.

Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9.

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.
   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion,
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10.

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.

4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11.

Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13.

Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14.

Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15.

Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16.

Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Parteiorgan.

§ 17.

Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"

Berliner Volksblatt.

Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18.

Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag den 12. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages und Wahl einer Kommission fur die Prüfung der Vollmachten.

Montag den 13. Oktober und die folgenden Tage:

1. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter: Bebel.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion. Berichterstatter: Singer.
4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: Auer.
5. Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.
6. Das Programm der Partei. Berichterstatter: Liebknecht.
7. Die Parteipresse. Berichterstatter: Auer und Bebel.
8. Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts. Berichterstatter: Grillenberger und Kloß-Stuttgart.
9. Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer, Berlin. — Dietz, Stuttgart.

Schriftführer:

Agster, Stuttgart. Blos, Stuttgart. Bruhns, Bremen. Ernst, Berlin. Frohme, Hannover. Müller, Schkeuditz. Oertel, Nürnberg. Schippel, Friedrichsh. Schwartz, Lübeck.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Ewald, Brandenburg. Grothe, Halle. Hahn, Gera. Hirsch, Weißensee. Hofang, Dessau. Kloß, Stuttgart. Pfannkuch, Kassel. Schwarz, Hamburg. Wernau, Berlin.

Neuner-Kommission.

Ewald, Brandenburg. Geck, Offenbach. Grimpe, Elberfeld. Kaden, Dresden. Kloß, Stuttgart. Meist, Köln a. Rh. Müller, Darmstadt. Pfannkuch, Kassel. Reißhaus, Erfurt.

Fünfundzwanziger-Kommission.

Auer, Berlin. Bebel, Berlin. Behrend, Frankf. a. O. Bertram, Hannover. Daßbach, Hanau. Emmel, Frankf. a. M. Hänsler, Mannheim. Herbert, Stettin. Frau Ihrer, Velten. Kandt, Rostock. Keßler, Berlin. Kühn, Langenbielau. Lorenz, Königsberg. Lütjens, Hamburg. Malke, Flensburg. Riemann, Chemnitz. Wernau, Berlin. Scherm, Nürnberg. Schönfeld, Dresden. Schulz, Berlin. Segitz, Fürth. Slomke, Bielefeld. Stern, Stuttgart. Theiß, Hamburg. Vollmar, München.

Auswärtige Gäste.

Dr. Adler, Wien. Anseele, Gent. Beck, Zürich. Branting, Stockholm. Frl. Cohen, Amsterdam. Domela-Nieuwenhuis, Haag. Duc-Quercy, Paris. Férroul, Paris. Guesde, Paris. Hanser, Wien. Labour, Paris. Frau Marx-Aveling, London. Mundberg, Kopenhg. Pokorny, Wien. Scherrer, St. Gallen. Wobsky, Warschau. Wullschleger, Basel.

Protokoll.

Eröffnungs-Sitzung: Sonntag, 12. Oktober, Abends 7 Uhr, im großen Saale des Lokals „Zum Hofjäger".

Der Saal ist festlich geschmückt. Von den Wänden grüßen die umkränzten Bilder unserer Todten herab: Geib, Bracke, Hasenclever, Kräcker, York und Kayser. Marx' und Lassalle's Bildnisse sind über der Tribüne vereint unter der Gestalt einer Freiheitsgöttin; unten im Bilde geht die Sonne der Gerechtigkeit auf, während das Schiff der Sozialdemokratie die Wellen kühn durchschneidet und der Zukunft entgegeneilt. Quer über der Tribüne steht auf breitem Bande der alte Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Zwei rothe Fahnen wallen zu beiden Seiten der Tribüne herab. Auf der einen liest man: Sozialdemokratischer Parteitag zu Halle; auf der anderen: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.

Zahlreiche Schilder hängen an den Wänden, welche die bedeutendsten Tage der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nennen.

Ungefähr 400 Delegirte, fast alle Mitglieder der Reichstags-Fraktion, zahlreiche Hallenser, sowie eine Anzahl ausländischer Genossen sind anwesend.

Im Namen der Reichstags-Fraktion, der Einberuferin des Parteitages, eröffnet Genosse **Liebknecht** die Verhandlungen: Als dem ältesten der Einberufer dieses Kongresses ist mir die ehrenvolle Aufgabe geworden, die hier versammelten Delegirten der deutschen Arbeiter, sowie die fremden Gäste, welche unseren Kongreß mit ihrer Anwesenheit beehrt haben, zu begrüßen. Ich thue dies hiermit und eröffne zugleich den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie. Die Zahl der Theilnehmer war von uns von Anfang an hoch geschätzt worden; aber unsere höchsten Schätzungen hat die Wirklichkeit weit übertroffen. Die zahlreiche Anwesenheit von Delegirten verkündet bereits das gewaltige Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie. Der Kongreß, welcher heute beginnt, ist der erste welcher nach dreizehn Jahren wieder auf deutschem Boden tagt' In diesen dreizehn Jahren liegen zwölf Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes — zwölf Jahre des Kampfes, heißen, ununterbrochenen, alle Kräfte anspannenden Kampfes. Die Gegner schonten

uns nicht: und wir, zu stolz und zu stark, um uns feig zu fügen, gaben Schlag auf Schlag zurück, und so haben wir das Gesetz überwunden. Der Kampf aber hat auch schwere Opfer gekostet und wie viele der tapfersten Kämpfer sind auf dem Feld der Ehre geblieben! Da an den Wänden schauen manche derselben auf uns herab, ein Geib, ein Bracke, ein Hasenclever, ein Kayser und wie sie sonst alle heißen. Und wie groß ist die Zahl der Ungenannten und zum Theil Unbekannten, die in diesem Kampfe ihr Leben gelassen, und auch Derer, die ihre Gesundheit, ihr Vermögen eingebüßt haben. So schwer aber auch die Opfer waren, sie sind nicht umsonst gebracht worden. Und sie haben unsere Kräfte nicht geschwächt, sondern gestärkt. An die Stelle der Niedergeworfenen traten Andere, und wenn auch unsere vormarschirende Armee eine lange Linie Gefallener oder müde Zurückgebliebener aufzuweisen hat, unser Vormarsch ist nicht aufgehalten, unsere Reihen sind nicht gelichtet worden; im Gegentheil: je zahlreicher die Opfer, desto zahlreicher der Zuzug, desto größer die Begeisterung. Und je höher und stolzer wir unsere Fahne trugen, desto mehr erkannten weite Kreise des Volkes außerhalb der Partei, daß durch die Sozialdemokratie allein die Erlösung für das arbeitende Volk, für die gesammte darbende Menschheit zu finden sei.

Wir sind nicht hierhergekommen, um Reden zu halten, wir haben ernste Geschäfte zu erledigen, ernst nach bestem Können zu besorgen die Geschäfte der Partei, der eine neue, den neuen Verhältnissen entsprechende Organisation geschaffen werden muß.

Wir tagen hier im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit. Es ist Ihnen bekannt, daß in den letzten Tagen durch die gegnerische Presse verbreitet worden ist, die Sozialdemokraten hätten zwar im ersten Moment in großmüthiger Aufwallung erklärt, der Eintritt zum Kongreß solle frei, seine Verhandlungen öffentlich sein, aber sie hätten sich schließlich vor ihrem eigenen Beschlusse gefürchtet; — der Beschluß sei zurückgenommen worden, weil wir viel Heimliches zu verhandeln, viel schmutzige Wäsche zu waschen hätten. Wohlan, nun tagen wir hier im Lichte der vollsten Oeffentlichkeit; die Vertreter der Presse aller Parteien dürfen anwesend sein. Wir stellen uns der Kritik. Unsere Partei hat nichts zu vertuschen, nichts zu verbergen, ihre Ziele liegen klar da. Es giebt freilich Leute, welche behaupten, die Ziele, die wir in unserem Programm aufstellen, seien bloß zum Schein aufgestellt und hinter ihnen lägen andere — die wahren Ziele. Es sind Thoren, die so reden, sie verrathen dadurch, daß sie von dem Wesen unserer Partei keinen Begriff haben und stellen ihrem Verstand ein sehr schlechtes Zeugniß aus. Wäre das wahr, so trieben wir eine selbstmörderische Politik, wir würden gerade im entscheidenden Moment, wenn das wahre Programm zu enthüllen wäre, von den Massen verlassen

werden! Genug, hier stehen wir. Wir fordern die Kritik heraus, wir haben nichts zu scheuen.

Ihnen hier, meine Genossen, brauche ich nicht Worte der Mahnung zu sagen, Ihnen brauche ich keine Rathschläge zu geben; Sie sind fast ohne Ausnahme im Kampfe erprobt, — die Ehre und das Interesse der Partei wird Ihr Leitstern sein, der Gedanke an das Wohl der Partei wird Ihr Rathen und Handeln beherrschen und uns mit Sicherheit dem Ziele immer näher führen. Man pflegt den Soldaten, wenn sie in den Kampf gehen, zu sagen: „Das Vaterland blickt auf Euch und erwartet, daß Ihr Eure Schuldigkeit thut!" — Wir gehen jetzt nicht in den Kampf, aber ein weltgeschichtlicher Moment ist es, in dem die deutsche Sozialdemokratie sich auf diesem Parteitag konstituirt, und dessen müssen wir eingedenk sein. — Nicht bloß das Vaterland blickt auf uns — die gesammte deutsche Arbeiterschaft voll Vertrauen, unsere Feinde voller Haß und Angst —, die ganze gebildete Welt blickt auf diesen Kongreß. Seit Jahren — das zeigt ein Blick in die Presse des Auslandes — hat kein Ereigniß in den weitesten Kreisen ein solches Aufsehen erregt, wie der Sieg der Sozialdemokratie am 20. Februar dieses Jahres, der Fall des Sozialistengesetzes und das Zusammentreten dieses Kongresses. In England, Frankreich, Amerika, überall beschäftigt sich die Presse mit diesem unserm Kongreß als mit dem wichtigsten Ereigniß der Gegenwart, damit bezeugend, daß das Proletariat eine Macht geworden ist, daß mit der Sozialdemokratie gerechnet werden muß und daß sie eine Summe von Kraft repräsentirt, welche ausschlaggebend in die Wagschale der Zeit fällt. Haben wir doch durch die Zahl unserer Stimmen am 20. Februar bewiesen, daß wir die zahlreichste, die stärkste, ja in gewisser Beziehung die leitende Partei Deutschlands sind. Oder dreht sich nicht gegenwärtig die Gesetzgebung, das ganze politische Leben wesentlich um unsere Partei, um die von uns formulirten Forderungen des arbeitenden Volks? Der Sieg vom 20. Februar, das wunderbare Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie, welche aus einer Sekte zu einer kleinen Partei, aus einer kleinen Partei zu einer großen, aus einer großen zur größten Partei in Deutschland geworden ist, legt uns auch erhöhte Pflichten, schwierigere Aufgaben auf; Sie alle sind sich dessen bewußt, sind sich bewußt der Bedeutung des Moments und der Verantwortlichkeit, die auf Ihnen, auf uns allen ruht, — Sie werden die Hoffnungen des arbeitenden Volks aller Länder nicht täuschen; auf der andern Seite aber werden Sie auch die Hoffnungen Derjenigen zu Schanden machen, welche da wähnen, die Sozialdemokratie, die von ihren Feinden nicht besiegt werden konnte, werde sich selbst durch inneren Zwiespalt besiegen.

Wohlan, ich schließe mit einem Hoch auf die internationale

Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch! (Die Versammelten stimmen begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.) — Und nun erwächst mir die Pflicht, den Parteitag zu konstituiren. Ich erwarte Ihre Vorschläge.

Ewald-Brandenburg schlägt vor, die Delegirten Singer und Dietz zu Vorsitzenden zu wählen und zwar mit gleichen Rechten.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht, der Vorschlag Ewald's wird durch Akklamation einstimmig angenommen.

Singer: Im Auftrage unseres Genossen Dietz und für mich sage ich der Versammlung herzlichen Dank für die hohe Ehre, die Sie uns durch die eben vollzogene Wahl erwiesen haben. Wir wissen das in uns gesetzte Vertrauen zu schätzen; wir werden mit allen Kräften bemüht sein, es zu rechtfertigen und, soweit an uns liegt, dafür sorgen, daß der Parteitag, der seit 13 Jahren zum ersten Male wieder auf deutschem Boden abgehalten werden kann, würdig der Partei, würdig der Sozialdemokratie verlaufe. Wir können dieses Vorhaben aber nur ausführen, wenn wir der Unterstützung jedes einzelnen Genossen sicher sind, und ich bin überzeugt, daß, da für jeden Einzelnen von uns die Ehre der Partei die eigene Ehre ist, jeder Genosse die hiermit namens des Bureaus ausgesprochene Bitte erfüllen und uns in der Geschäftsführung nach Möglichkeit unterstützen wird. Wir nehmen die Wahl mit herzlichem Dank an. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer werden acht Schriftführer gewählt, von denen in jeder Sitzung abwechselnd drei an den Bureaugeschäften theilnehmen sollen, zwei für das Protokoll, einer für die Rednerliste. Die Versammlung stimmt dem zu und erfolgt die Wahl der Schriftführer ebenfalls per Akklamation.

Die drei Erstgenannten treten sofort ihr Amt an.

Vorsitzender Singer: Es würde nun zunächst das Einverständniß des Parteitages darüber herbeizuführen sein, daß die provisorisch Ihnen vorgelegte Tagesordnung als für unsere Verhandlungen maßgebend angesehen wird. Ich bitte Diejenigen, welche anderer Meinung sind, das Wort zu nehmen.

Werner-Teltow: Ich möchte den Parteigenossen vorschlagen, daß bei der Verhandlung über die verschiedenen Punkte der Tagesordnung jedesmal ein Referent von Seiten der Abgeordneten und dann ein Korreferent aus der Mitte der Delegirten gehört wird, welche Korreferenten sich freiwillig zu melden hätten. Nach der provisorischen Geschäftsordnung soll den einzelnen Rednern nur eine Redezeit von 10 Minuten zustehen, während die Referenten über eine Stunde verfügen. Ich besorge, daß dann eine etwaige gegentheilige Meinung nicht richtig und nicht ausreichend zum Austrag kommen würde. Außerdem meine ich, daß bei den beiden Punkten der Tagesordnung, wo zwei Abgeordnete als Referenten

genannt sind, einer zu Gunsten eines Korreferenten aus der Mitte der Delegirten zurücktreten sollte. Das würde bei den Referaten über die Presse und über Strikes und Boykotts zu geschehen haben.

Förster-Hamburg widerspricht diesem Vorschlage, dessen Nothwendigkeit er nicht einsehen könne, wie er auch die von Werner ausgesprochene Besorgniß seinerseits nicht theile. Die provisorische Tagesordnung sei vollständig sachgemäß festgesetzt.

Leutert-Apolda kann der Ansicht Werner's ebenfalls nicht beitreten. In der Diskussion genüge eine Redezeit von 10 Minuten, um eine bestimmte Ansicht zur Geltung zu bringen. Das Verfahren nach dem Vorschlage Werner's würde eine kolossale Vergeudung der Zeit herbeiführen, das könne er nicht unterstützen.

Schultze-Magdeburg empfiehlt dagegen, den Antrag anzunehmen. Trage man jeder hier auf dem Parteitage auftretenden Meinung Rechnung, so werde das am besten zur Förderung unserer Parteiinteressen dienen. Es könne nicht zur Klärung beitragen, wenn eine Majorität die Minorität unterdrücke.

Prinz-Frankfurt a. M.: Wir werden einen Fehler begehen, wenn wir die Tagesordnung nicht erledigen, wie sie uns vorgeschlagen ist. Wir sollen heute den Parteitag konstituiren und eine Kommission zur Prüfung der Vollmachten wählen. Geht die Debatte so weiter, so kommen möglicherweise zahlreiche Personen zum Worte, die gar nicht Delegirte sind.

Metzner-Berlin I: Wir haben uns gegenwärtig doch über die Tagesordnung schlüssig zu machen. Ich begreife nicht, warum man damit schon jetzt eine Anregung zur Geschäftsordnung vermengt.

Bebel: Ich glaube, die Absicht, die Genosse Werner mit seinem Antrage verfolgt, wird durch den Vorschlag selbst total verfehlt. Wenn ich recht verstehe, beabsichtigt er nämlich dafür Sorge zu tragen, daß nach jedem Referenten auch ein Redner zum Worte kommt, der vielleicht gegentheiliger Meinung ist. Es wird sich aber doch einmal fragen, ob solche sich melden, und dann, ob der Parteitag Neigung hat, sie zu hören. Es wird eventuell nothwendig sein, darüber eine Abstimmung herbeizuführen. Das sind Komplikationen, die uns unnütz eine Menge Zeit kosten würden. Weiter aber ist der Antrag auch deshalb nicht acceptabel, weil zu dem Bericht der Parteileitung aus der Mitte der Versammlung ein Korreferent doch gar nicht ernannt werden kann. Bei der Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion werden diejenigen, die mit derselben nicht einverstanden sind, ebenso das Wort haben wie die andern; mehr können Sie doch nicht verlangen. Es hat also Niemand ein Recht, sich beschwert zu fühlen. Dem Wunsche, daß da, wo zwei Referenten in der provisorischen Tagesordnung bestellt sind, einer zurücktreten möge, erkläre ich persönlich schon jetzt, beim Punkte „Parteipresse“ mit Vergnügen nachkommen

zu wollen. Bei dem anderen Punkte „Streiks und Boykotts" geht das nicht an, weil da gar keine zwei Abgeordnete zu Referenten ernannt sind. Wir haben hiernach keine Veranlassung, von der früheren bewährten Praxis abzugehen.

Meist-Köln beantragt den Schluß der Diskussion über den Antrag Werner.

Vorsitzender Singer: Da wir noch keine Geschäftsordnung haben, behandeln wir diesen Antrag Meist in der üblichen Weise, indem wir einem Redner für, einem gegen den Schluß das Wort geben. (Zustimmung der Versammlung.)

Meist-Köln befürwortet den Schluß, da schon je zwei Redner für und gegen den Antrag Werner sich geäußert haben.

Das Wort gegen den Schluß wird nicht verlangt.

Mit großer Mehrheit wird darauf der Schlußantrag angenommen und der Antrag Werner abgelehnt.

Der Vorsitzende Singer konstatirt das Einverständniß des Parteitages, die provisorische Tagesordnung für seine Verhandlungen als maßgebend anzusehen.

Weiter macht der Vorsitzende dem Parteitage den Vorschlag, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Es liegt unter den gedruckten Vorlagen folgender Entwurf einer solchen vor:

Geschäftsordnungs-Entwurf
für die
Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 30 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 15 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als 2mal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

Nach eingehender Diskussion wird vorstehende Geschäftsordnung, mit dem Zusatzantrag, daß vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte dies dem Bureau anzuzeigen haben und ihre Namen im Protokoll vermerkt werden sollen, angenommen.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Mandats-Prüfungskommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche dem Parteitage Bericht zu erstatten hat. Der Vorschlag wird nach kurzer Diskussion angenommen und findet die Wahl per Akklamation statt.

Zu Mitgliedern der Mandats-Prüfungskommission werden gewählt die Genossen: Wernau-Berlin, Hofang-Dessau, Hahn-Gera, Ewald-Brandenburg, Hirsch-Niederbarnim, Pfannkuch-Kassel, Schwarz-Hamburg, Metzger-Hamburg, Heinzel-Kiel.

Nach Schluß der Wahl bemerkt Slomke-Bielefeld, daß Genosse Metzger-Hamburg kein Mandat zum Parteitag habe und deshalb auch nicht die Mandate prüfen dürfe.

Der Vorsitzende bedauert, daß dieses Bedenken nicht schon vor der Wahl des Genossen Metzger ausgesprochen worden ist. Derselbe sei gewählt; indessen der Parteitag sei souverän.

Arnold-Constanz hätte gewünscht, daß auch ein Genosse aus Süddeutschland in die Kommission gewählt worden wäre.

Die Genossen Metzger-Hamburg und Heinzel-Kiel verzichten zu Gunsten süddeutscher Genossen, worauf die Kommission durch die Wahl von Kloß-Stuttgart und Grothe-Halle (Vorsitzender des Lokalkomitees) kompletirt wird.

Der Vorsitzende macht nunmehr Vorschläge über Zeit und Dauer der Sitzungen des Parteitages. Es empfehle sich für den Parteitag die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages (Heiterkeit). Es sei am besten, wenn der Parteitag von 9—1 und von 3—7 Uhr tage.

Brühne-Frankfurt a. M. schlägt vor: 8—12 und 2—6, Bremer dagegen 8—12 und 5—9 mit Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter.

Grothe-Halle bittet, am Montag wenigstens von 9—1 und 4—8 Uhr zu tagen, weil er die Versammlung in dieser Weise polizeilich angemeldet habe.

Lücke-Cöln und Pfannkuch-Cassel glauben, daß eine Rücksprache mit der Polizeibehörde wohl zu einer Aenderung der Anmeldung im Sinne des Vorschlages des Vorsitzenden führen könne.

Grothe erklärt sich bereit, sich zu diesem Zwecke mit der Polizeibehörde ins Einvernehmen zu setzen.

Es verbleibt bei dem Vorschlage des Vorsitzenden.

Meist-Cöln beantragt, eine Kommission von 12 Mitgliedern zu wählen, welcher alle Anträge auf Aenderung des Parteiprogramms einzureichen sind und die durch einen Referenten zu Punkt 6 der Tagesordnung Bericht zu erstatten hat.

Bebel: Ich bitte, den Antrag Meist abzulehnen (Zustimmung). Nach meiner Ueberzeugung ist in Bezug auf das Parteiprogramm diesmal doch nicht an ein endgiltiges Resultat zu denken (Sehr richtig!). Ich denke mir die Sache so, daß, nachdem wir den Referenten gehört haben, in der Diskussion die verschiedensten Wünsche und Ansichten laut werden und daß schließlich alle hier gestellten Anträge einer Kommission überwiesen werden, die alsdann das Programm definitiv festzustellen und mindestens 3 Monate vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen hätte, so daß dieser zu einem allen Wünschen entsprechenden Parteiprogramm kommen könnte.

Meist zieht seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende verspricht auf eine Anregung mehrerer Genossen, daß das Bureau in Verbindung mit dem Lokalkomitee dafür Sorge tragen wird, daß die Delegirten möglichst im Hauptsaale Platz finden und jede Störung der Verhandlungen vermieden wird. Den ausländischen Genossen soll ein besonderer Tisch reservirt und Rauchen sowie das Biertrinken im Sitzungssaale vermieden werden.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgetheilt, daß die Protokolle der Sitzungen auf dem Bureau zur Einsicht offen liegen und über die gesammten Verhandlungen ein ausführliches Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen erscheinen wird, schließt er die Sitzung um 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 13. Oktober, Vormittags 9 Uhr.

Singer eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Parteigenossen! Wir haben die Freude, die ausländischen Genossen Mundberg-Kopenhagen, Labour-Paris, Anseele-Gent, Wobsky-Warschau, Pokorny-Wien, Hanser-Wien, Dr. Adler-Wien, Domela-Nieuwenhuis-Haag, Branting-Stockholm und Duc-Quercy-

Paris, unter uns zu sehen. Ich glaube, ich kann die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie nicht besser einleiten, als indem ich die ausländischen Genossen namens des Parteitages brüderlich und herzlich willkommen heiße. (Allseitige Zustimmung.) In ihrer Theilnahme an unseren Arbeiten manifestirt sich die von den Gegnern so oft angezweifelte und bestrittene Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt in der glänzendsten Weise; wir danken den ausländischen Genossen, daß sie zu uns gekommen; wenn wir auf unserem Parteitag auch nur die Geschäfte der Sozialdemokratie Deutschlands erledigen werden, so mögen unsere Gäste doch die Ueberzeugung mit in ihre Länder nehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer internationalen Aufgaben ebenso bewußt ist, wie der Pflichten, welche sie gegen die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Die Anwesenheit der ausländischen Genossen, deren Zahl sich, wie zu erwarten steht, im Laufe des Parteitages noch vermehren wird, beweist uns, daß das Wort unseres großen Führers Carl Marx zur Wahrheit geworden ist, daß die Proletarier aller Länder seinem Mahnwort gemäß sich vereinigt haben, und daß sie gewillt und bereit sind, je nach den Verhältnissen ihrer Länder, in gemeinsamer Arbeit die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen, daß sie erkämpfen wollen die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, aus dem Joche der Armuth, aus der Sklaverei des Lohnsystems. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße die ausländischen Genossen in unseren Reihen und bitte sie, den Verhandlungen des Parteitages mit demselben Interesse zu folgen, welches sie in so hohem Maaße durch ihr Erscheinen bereits bekundet haben. (Allseitiger lebhafter Beifall.) Nun, Parteigenossen, drängt es mich, bei Beginn unseres Parteitages, der seit 13 Jahren zum ersten Male wieder auf deutschem Boden stattfindet, jener Treuen und Tapferen zu gedenken, welche im Laufe der Jahre seit dem Parteitage von St. Gallen durch den Tod aus unseren Reihen geschieden sind. Ich bin überzeugt, im Sinne der Gesammtpartei zu handeln, wenn ich die Delegirten bitte, sich zum ehrenden Angedenken an die Genossen, welche bis zum letzten Athemzuge in nie versagender Treue, Schulter an Schulter mit uns gekämpft haben, von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Eine sehr große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist beim Bureau des Parteitages eingelaufen; dieselben wünschen sämmtlich den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie erfolgreiches Arbeiten, und enthalten die Versicherung, daß überall die Verhandlungen des Parteitages mit den lebhaftesten Sympathien begleitet werden. Von der Vorlesung des Wortlauts wird Abstand genommen und nur die Liste der Orte verkündet, woher die Telegramme und Zuschriften stammen. — Außerdem sind bereits durch die Presse diejenigen Zuschriften an die deutsche Sozialdemokratie

veröffentlicht worden, die vor der Constituirung des Parteitages eingegangen sind.

Eine Liste der Adressen, Telegramme und Zuschriften wird dem Protokoll einverleibt werden. (Siehe Anhang.)

Namens des Parteitages spricht der Vorsitzende unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Veranlassern dieser Zusendungen für die darin ausgedrückte Theilnahme den Dank aus.

Auf Antrag von Körner-Anhalt II, dem die Versammlung zustimmt, wird der Wortlaut der Gesammtadresse der italienischen Genossen, deren Verlesung letztere ausdrücklich gewünscht haben, in der vom Verfasser Professor Labrieola hergestellten deutschen Uebersetzung vom Antragsteller verlesen.

Unterzeichnet ist die Adresse von einer großen Anzahl von Vereinen; außerdem hat dieselbe eine lange Reihe persönlicher Unterschriften von Zeitungsvertretern und Vereinsvorständen, darunter eine ganze Anzahl von Universitätsprofessoren.

Es folgt nun eine Reihe von Ansprachen der ausländischen Genossen an die Delegirten zum Parteitage.

Domela Nieuwenhuis-Haag: Kampfesgenossen! Ich danke dem Vorsitzenden des Kongresses für die freundliche Aufnahme, welche wir hier gefunden haben, die wir gekommen sind, um dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beizuwohnen. Es ist immer schwer, in einer fremden Sprache zu reden, aber unter Ihnen nicht; denn ich fühle mich nicht fremd unter Ihnen (Beifall), ich fühle mich als ein Freund unter Freunden; denn wir haben eine Sprache des Herzens, eine Sprache des Gefühls, und darum sollten wir Sozialdemokraten der Welt einander verstehen, auch wenn ich nicht zu Ihnen sprechen, wenn ich Ihnen nur die Hand drücken könnte. Ich bringe Ihnen einen Gruß der Freundschaft und des Wohlwollens aus Holland, dem kleinen Lande, das einmal der Keim der Freiheit und der Revolution war, wo man gelitten und gestritten hat gegen die Unterdrücker, und wo der Geist der Revolution nie ausgelöscht worden ist. Wir sind stammverwandt; aber nicht nur stammverwandt, auch geistesverwandt (Lebhafter Beifall). Ihr Leiden war unser Leiden, und nun ist Ihre Freude auch unsere Freude. Keine Grenze, willkürlich gezogen durch die Diplomatie, keine Nationalität, keine Religion kann uns trennen; wir sind eins von Herzen und eins von Sinn, denn wir haben denselben Feind zu bekämpfen: den internationalen Kapitalismus. Darum müssen wir auch international sein. Ja, die Sozialdemokratie sei international oder sie sei nicht! In diesem Augenblick klopft Ihr Herz stolz; denn Sie haben nach 12 Jahren des Kampfes und Leidens einen Sieg errungen; Sie haben ihn errungen nicht blos für Deutschland, nein für die ganze Menschheit. Aber noch sind wir nicht am Ende; es ist nur eine andere Form des Streites,

welche eintritt, wir bleiben noch immer im Kampf. Wir gedenken Aller, welche als Märtyrer gestorben sind und gelitten haben, wir gedenken auch Derer, welche noch im Kerker sind.

Als 1789 die Bastille genommen war, das Volk im ersten Augenblicke siegestrunken frohlockte, da war es der edle, viel verkannte Marat, der in einem seiner glänzenden Artikel seinem Volke zurief: „Wachet auf und schlafet nicht ein!" So auch wir. Ja, wir müssen wachen, denn der Feind lauert stets auf uns. Einen Augenblick freundlich, wird er uns zerschmettern wenn er kann, und wenn wir uns nicht fügen nach seinem Willen. Die Freundschaft der Feinde ist öfter viel gefährlicher als ihre Wuth. Darum laßt Euch nicht verlocken. Wir begreifen, wie erfreut Ihr seid, Ihr habt Ursache zur Freude; denn hatte der Altmeister Jacoby Recht, wenn er sagte, daß die Stiftung des kleinsten Arbeitervereins für die Kulturarbeit wichtiger sei als Sadowa, wie wichtig muß dann dieser Tag wohl sein! Gewiß viel wichtiger, als alle Kriege in diesem Jahrhundert zusammen. Mit goldenen Lettern soll dieser Tag geschrieben stehen in den Jahrbüchern der Geschichte, und Sie, meine Freunde, sind sich vollkommen bewußt, hier zusammen zu sein als Träger der Kultur, als Vorarbeiter einer neuen Zukunft, einer neuen Epoche in der Weltgeschichte, wo nicht die brutale Gewalt, sondern Recht und Gleichheit regiert. Noch ist Ruhe nicht unser Theil, sondern Kampf, unermüdlicher Kampf. Nein, wir werden nicht ruhen, so lange noch ein Mensch auf der Welt gefunden wird, welcher darbt und elend ist, so lange noch ein Mensch Unrecht leidet und ausgebeutet wird, so lange noch ein Mensch in Unkenntniß herumläuft; und in diesem Streite streiten wir nicht nur nebeneinander, nein, miteinander. Wir Holländer sind ein kleines Volk, aber die revolutionäre Tradition ist nicht untergegangen, und wir versprechen Ihnen, daß wir unsere Pflicht thun werden. Und sollten wir untergehen, unsere Fahne wird rein bleiben; wir werden fallen mit Ehre; denn wir haben nur ein Vaterland: die Menschheit, nur eine Sittenlehre: Liebe und Gerechtigkeit, nur einen Sinn: die Erlösung der darbenden Menschheit! Und alle, welche dafür mit uns arbeiten, sie sind unsere Brüder, unsere Kampfesgenossen. Darum hoch die deutsche Sozialdemokratie! Dreifach hoch die internationale Sozialdemokratie! (Die Versammlung stimmt mit erhobener Rechten begeistert dreimal in den Hochruf ein.)

Dr. Adler-Wien: Werthe Genossen und Freunde! Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie sind wir hier, um Sie zu begrüßen. Die österreichische Sozialdemokratie weiß, was es bedeutet, daß Sie heute wieder öffentlich Ihre Ziele verfolgen können. Die österreichische Sozialdemokratie ist noch enger mit der deutschen verknüpft, als alle anderen Arbeiterparteien; wir sind ihr jüngerer Bruder, verknüpft mit ihr durch eine Reihe von Beziehungen, welche

auch die politischen Beziehungen dieser beiden Staaten zum Ausdruck bringen. Wir haben aber auch noch etwas anderes mit Ihnen gemeinsam. Wir wissen, was Sie gelitten haben während des Ausnahmegesetzes, wir in Oesterreich vielleicht am meisten von allen hier Anwesenden. Ich bin nicht hier erschienen, um zu klagen über das, was in Oesterreich vorgeht, wir bringen unsere Klagen und Beschwerden im eigenen Lande vor; erinnern aber darf ich hier daran, daß in Oesterreich ein Zustand herrscht, welcher Ihr Ausnahmegesetz noch bei weitem übertrifft, daran erinnern, daß wir noch nicht den 1. Oktober gefeiert haben. Aber, wie der Freund aus Holland soeben gesagt hat, die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nur für sich gekämpft, sie hat für die Arbeiter aller Nationen gekämpft, sie hat nicht nur für sich, sie hat für uns alle gesiegt. Wenn auch noch weiter in einzelnen Ländern die Politik des Zwanges in ihrer brutalsten Form ausgeübt wird, moralisch ist diese Politik am 1. Oktober gerichtet worden. (Sehr gut!) Daß dies geschehen ist, haben wir Oesterreicher den allermeisten Grund, den deutschen Sozialdemokraten zu danken. Ebenso wie Sie heute unbestritten unter allen Völkern die rothe Fahne vorantragen, werden wir, das darf ich hier versichern, soweit unsere politischen und ökonomischen Verhältnisse es erlauben, Ihnen in gutem Schritt und Tritt folgen. Wir wissen, daß Sie das Recht erworben haben, uns den Weg zu weisen; wir wissen, daß Sie der außerordentlichen Verantwortung nicht nur für Sie hier im Lande, sondern für die gesammte internationale kämpfende proletarische Partei sich bewußt sind, und in diesem Sinne begrüßen wir Sie. Sie hier in Deutschland sind viel mehr der klare, bewußte, vollständige Ausdruck der Bewegung des arbeitenden Volkes überhaupt, als in irgend einem anderen Lande. Die proletarische Bewegung ist in den anderen Ländern und auch in Oesterreich noch nicht sich selbst so sehr zum Bewußtsein gekommen, wie es in Deutschland der Fall ist. Wenn Sie österreichische Verhältnisse beurtheilen, müssen Sie sich erinnern, daß die Bewegung des arbeitenden Volkes in Oesterreich weit über das hinausgeht, was durch den Begriff der österreichischen Sozialdemokratie gedeckt wird. Die Bewegung wird aber auch jeden Moment eine tiefere, und ich glaube, der Augenblick ist nicht mehr fern, wo auch die österreichische Sozialdemokratie wird sagen können, sie sei der Ausdruck aller jener Kräfte, die im Proletariat sich zu seiner Befreiung regen, wo überall aus dem unbewußten ein bewußter Kampf geworden sein wird. Nun, Genossen, wir haben hier auch die Aufgabe, zu lernen; wir haben von den deutschen Sozialdemokraten viel gelernt, wir werden hoffentlich noch viel von ihnen zu lernen haben. Unsere Bewegung ist in einer so raschen, so überraschenden Art des Fortschreitens begriffen, daß sie sich einfach nicht mehr verfolgen läßt; aber eins wissen die Oesterreicher und die meisten

andern, die Sie hier begrüßen und begrüßt haben, daß theoretisch und praktisch jener Weg, den die deutsche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, derjenige ist, welchen die einzelnen Völker, nach ihren Verhältnissen angemessen abgeändert, werden gehen müssen. In diesem Sinne bringe ich Ihnen den Gruß der Oesterreicher und schließe mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie, mit einem dreifachen Hoch auf die internationale proletarische Bewegung! (Stürmischer dreifacher Hochruf.)

Von Werner-Teltow ist mittlerweile folgender Antrag eingelaufen:

> Der Parteitag möge Entscheidung treffen, ob diejenigen Reichstagsabgeordneten, welche kein Mandat als Delegirte besitzen, beschließende Stimme haben.

Der Antrag wird als Geschäftsordnungsantrag behandelt, für welchen die Unterstützung von 15 Stimmen genügt. Er findet die nöthige Unterstützung und kommt sofort vor Eintritt in die Tagesordnung zur Verhandlung.

Werner-Teltow verweist zur Begründung des Antrages auf das gestrige Vorgehen der Hamburger Delegirten gegen Metzger-Hamburg; er hält es deshalb für zweckdienlich, daß die Versammlung eine Entscheidung treffe, damit für die Zukunft alle Streitigkeiten in dieser Frage aus der Welt geschafft würden.

Auer ersucht, feststellen zu lassen, wieviel Abgeordnete ohne Delegation vorhanden sind; er gehöre selbst zu denen, die sich um ein Mandat nicht umgesehen hätten; zu haben wären sie zu Dutzenden gewesen.

Die Zahl der Reichstagsmitglieder ohne Delegirtenmandat wird ermittelt; sie beläuft sich auf 11.

Prinz-Frankfurt a. M. ersucht den Parteitag, sich gegen die Stimmberechtigung zu erklären; berathende Stimme hätten die Abgeordneten ohnehin, und die übrigen Mitglieder des Parteitages würden ja doch allein wissen, was sie zu thun haben.

Bebel: Die Frage wird thatsächlich durch die später zu berathende Parteiorganisation erledigt werden; es heißt in § 8 des Ihnen vorgelegten Entwurfs ausdrücklich:

> „Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.
> Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:
> 1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf;
> 2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion;
> 3. die Mitglieder des Parteivorstandes.
>
> Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme."

Dieser Entwurf steht allerdings zunächst auf dem Papier und

der Parteitag hat das Recht, ihn abzuändern; in diesem Sinne ist aber der Antrag Werner präjudizirlich. Er regt zwar nur die Frage an; aber da er das Beispiel Hamburgs herbeigezogen hat, so scheint er doch denjenigen Abgeordneten, welche kein Mandat zum Parteitage haben, in den allgemeinen Parteifragen nur berathende, unter keinen Umständen aber beschließende Stimme zugestehen zu wollen. Es hätten aber alle mit Leichtigkeit ein Mandat haben können, wenn sie sich darum hätten bewerben wollen; sie haben sich das erspart, da sie wünschten, daß möglichst viel Nichtabgeordnete delegirt würden. Soll nun ausgesprochen werden, daß die Fraktionsgenossen, die so verfahren sind, vom Stimmrecht ausgeschlossen werden sollen, während sie andererseits notorisch ein Mandat sehr leicht hätten erlangen können, und als Abgeordnete ein Parteimandat im höchsten Sinne bereits inne haben, dann werden diese Fraktionsgenossen zu Parteigenossen zweiter Klasse degradirt (sehr richtig!), und wenn es dahin kommen sollte, wie es bereits mehrfach geschehen ist, daß man in der That solchen Unterschied macht und die Abgeordneten in gewissen Rechten und Beziehungen einzuschränken sucht, dann würde ich allerdings künftig vorziehen, kein Fraktionsgenosse zu sein, um vollwichtiger Parteigenosse sein zu können. Ich beantrage, daß Sie sich jetzt schon so entscheiden mögen, wie es § 8 des Entwurfs vorsieht; der dort angegebene Ausweg ist korrekt und für Alle annehmbar.

Kühn-Langenbielau: Ich bin ja auch mit dem „Makel“ behaftet, der Fraktion angehört zu haben. Bebel hat mit vollem Recht betont, daß die Annahme des Antrags Werner eine Degradation der Abgeordneten-Genossen bedeutet. Die letzte Konsequenz des Antrags wäre, daß die befähigten Genossen sich nicht mehr in den Reichstag würden wählen lassen und dann jede parlamentarische Thätigkeit unsererseits aufhören würde. Bei der Zusammensetzung dieser Versammlung glaube ich mich nicht weiter darauf einlassen zu sollen, welche Wichtigkeit immerhin die Theilnahme an den Reichstagsarbeiten für uns hat. Wir wissen das, wie wir auch wissen, daß wir damit die Welt nicht aus den Angeln heben werden. Wir würden uns das denkbar größte Armuthszeugniß mit der Erklärung ausstellen, daß unsere Abgeordneten z. B. nicht das Recht haben sollen, die Mandate der Kongreßtheilnehmer mit prüfen zu können.

Schmidt-Zwickau: Man hat wohl durchgehends in Deutschland die Meinung gehabt, daß die Abgeordneten der Partei sitz- und stimmberechtigt hier sind; aus diesem Grunde hat eben eine Anzahl Abgeordneter kein Mandat erhalten. Ich stimme im Sinne des Organisationsentwurfs für die Stimmberechtigung der Abgeordneten in allen Angelegenheiten mit Ausschluß der parlamentarischen (Beifall).

Guttenstein-Karlsruhe: Der Vorschlag Werner's zeugt sehr wenig von Sozialismus. Wer hier ist, soll auch gleichberechtigt sein.

Wenn wir in dieser Art und Weise in rein formellen Erörterungen unsere kostbare Zeit vergeuden wollen, dann kommen wir überhaupt zu nichts. Wir sind hier eine Versammlung unter Gleichen. Ein Armuthszeugniß in der That würden wir uns ausstellen, wollten wir denen, die im Reichstage, in der Oeffentlichkeit fur uns gekämpft haben, jetzt versagen, in unseren Angelegenheiten mit zu entscheiden.

Von drei verschiedenen Seiten wird der Schluß der Diskussion beantragt, von Förster-Hamburg befürwortet, von Wilschke-Berlin bekämpft und darauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Singer: Nach unserer Geschäftsordnung würde dem Antragsteller zu diesem Geschäftsordnungsantrage das Schlußwort nicht zu ertheilen sein. Ich bin aber der Meinung, der Parteitag hat alle Ursache, sich auch nur von der Möglichkeit des Vorwurfs frei zu halten, irgend jemand das Wort abschneiden zu wollen; ich bitte demnach, mich zu ermächtigen, ausnahmsweise von der Geschäftsordnung abweichen zu dürfen. (Zustimmung und Widerspruch.) Da Widerspruch laut wird, werden wir darüber abstimmen.

Die große Mehrheit der Versammlung stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, welcher darauf dem Antragsteller das Schlußwort ertheilt.

Werner-Teltow: Parteigenossen! Ich weiß nicht, wie man zu einer solchen Praxis greifen kann, um Gedanken, die gar nicht in dem Antrage enthalten sind, herauszusuchen. Es heißt, ich hätte wohl dieses oder jenes gemeint, und man fragt, ob der Antrag mit dem Sozialismus etwas gemein hätte. Der Antrag hat gar nichts mit dem Sozialismus gemein. Mit Worten wie Armuthszeugniß und dergleichen sollte man dem Antrag doch nicht entgegentreten. Ich will nichts weiter, als Streitigkeiten für die Zukunft vermeiden; ich protestire hier dagegen, daß mir unlautere Motive untergeschoben werden, und ich verbitte mir für die Zukunft derartige Unterstellungen.

Vorsitzender Singer: Ich habe dem nur hinzuzufügen, daß ich mir ebenfalls vorgenommen hatte, darauf hinzuweisen, daß der Antrag ausdrücklich dem Parteitage nur eine Frage zur Entscheidung gestellt hat.

Der Antrag Bebels, für die bevorstehenden Abstimmungen vorbehaltlich der definitiven Entscheidung über das Organisationsstatut den § 8 des bezüglichen Entwurfs maßgebend sein zu lassen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist der Antrag Werner erledigt.

In der Reihe der ausländischen Vertreter erhält nunmehr das Wort

Mundberg-Kopenhagen: Deutsche Parteigenossen! Ich habe von der dänischen sozialdemokratischen Partei einen Dank zu bringen nicht nur für den großartigen Eindruck Ihres jetzigen Kongresses,

sondern vor allem für die großartige Art und Weise, wie die deutsche Sozialdemokratie den Ausnahmezustand überwunden hat. Mit Freuden gedenkt unsere Partei dabei des Umstandes, daß auch wir seiner Zeit Gelegenheit hatten, Freundschaft gegen die deutsche Sozialdemokratie zu zeigen, indem wir Ihnen anbieten konnten, einen Ihrer Kongresse bei uns abzuhalten in einer Zeit, als die Verfolgungen hier in Deutschland gegen Sie tobten. Es freut uns im Auslande, wenn wir sehen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland so stark dasteht, und es wird ebenso sehr die deutsche Sozialdemokratie freuen, wenn sie hören kann, daß es mit der Sozialdemokratie in den anderen Ländern gut steht. Ich konstatire deshalb an dieser Stelle, daß die dänische Sozialdemokratie jetzt eine sehr starke Stellung einnimmt, daß sie einen sehr bedeutenden Einfluß im Lande hat. Ich kann auch sagen, daß die prinzipielle sozialistische Politik in Dänemark schon sehr starke Wurzeln geschlagen hat, nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Bei unserem letzten Kongresse waren die Landarbeiter sehr stark vertreten, sie waren an Delegirten ebenso zahlreich, wie die städtischen. In dem Hauptvorstand der Partei sitzen viele Landarbeiter. Ueberhaupt haben wir in Dänemark in hohem Grade unsere Aufmerksamkeit auf die Landfrage gerichtet, indem wir erkannten, daß, um die Zustände in den Städten zu bessern, der Zuzug vom Lande verringert werden müsse, und das kann nur dadurch geschehen, daß man die Aufmerksamkeit ganz besonders der Landfrage zuwendet. Sie werden selbstverständlich einen größeren Einfluß auf die Entwicklung üben, als wir in den kleineren Ländern; letztere können in dieser Richtung mit Deutschland nicht konkurriren. Aber ich darf hier sagen: wenn es sich darum handelt, die sozialistische Fahne hoch und rein zu halten, unsere Politik energisch und umsichtig fortzuführen, dann wird man auch in den kleineren Ländern, auch in Dänemark, die Konkurrenz mit jedem anderen Lande aufnehmen (Bravo!) Ich schließe mit der Wiederholung unseres Dankes: Wir danken der deutschen Sozialdemokratie für das, was sie bisher gethan hat, wie für das, was sie, wie wir wissen, in der Zukunft thun will! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Beck-Zürich: Werthe Genossen! Gestatten Sie mir, die Grüße der deutschen Genossen in der Schweiz hier abzustatten und unserer Freude Ausdruck zu geben, daß es uns wieder möglich ist, auf heimathlichem, vaterländischem Boden zu tagen. Ich betone das „vaterländisch", weil man uns immer vorwirft, wir hätten dafür keine Sympathie, wir wären Reichsfeinde. Ich kenne keine Gesellschaftsklasse im Auslande, die so an den Angelegenheiten des Vaterlandes Antheil nimmt, als die dort weilenden Angehörigen der Arbeiterklasse. (Bravo!) — Es ist sehr fraglich, ob es noch

einmal möglich gewesen wäre, in der Schweiz einen Parteitag abzuhalten — die schlechten Beispiele fingen bald an, die guten Sitten zu verderben (Heiterkeit). Wie dem nun auch sei, wir sind überall, wo wir waren, im Auslande oder im Inlande, mit großer Liebe an der Partei gehangen. Es ist da ein Unterschied: man kann z. B. eine Mutter recht lieb haben, weniger häufig die Schwiegermutter, und etwas schwiegermütterlich wurden wir ja behandelt (Heiterkeit). Von diesem Standpunkt aus müssen Sie unterscheiden, was ich davon halte, wenn ich von Vaterlandsliebe spreche. — Wir sind jenem Volke in der Alpenrepublik zu großem Dank verpflichtet. Was auch geschehen ist, wenn man auch zu Ausweisungen gegriffen hat, machen Sie nicht das Volk, machen Sie die Regierung dafür verantwortlich. Mancher biedere Republikaner hat damals den Kopf geschüttelt, mancher tolerante Arbeitgeber hat zweifelnd gefragt, wie es möglich sei, daß man bloß der Ansichten wegen gemaßregelt, als Parteigenosse ausgewiesen werden könne. Ich kann den Gefühlen, die mich bewegen, nicht Ausdruck geben; ich beziehe mich auf Liebknecht, der mit Recht sagte: „Das Proletariat der ganzen Welt sieht jetzt hierher. Die Genossen im Auslande erwarten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer kulturhistorischen Mission bewußt ist und auch ferner an der Spitze des weltbefreienden Proletariats marschirt!" (Lebhafter Beifall.)

Branting-Stockholm: Deutsche Genossen! Auch die schwedische Sozialdemokratie wünscht durch mich ihren Gruß Ihrem Parteitage auszurichten. Wenn wir auch jetzt noch eine junge Partei sind, die noch nicht auf Siege zurückblicken kann, auch nur annähernd so groß wie die Ihrigen, so sind wir doch von dem wahren Geist der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie durchdrungen und werden niemals ermüdet unsere Fahne sinken lassen, sondern immerdar vorwärts schauen und streben, und da stärkt uns das Bewußtsein, in der großen proletarischen Bewegung Deutschlands unser leuchtendes Beispiel vor uns zu haben. Wir wollen alles mögliche thun, um auch Schweden bald in die Reihen der Sozialdemokratie mehr vordringen zu lassen. Das Unmögliche aber können auch wir nicht thun; es ist Sache der Entwicklung und der wirthschaftlichen Verhältnisse, wie schnell unsere Bewegung vorwärts kommt. Vorläufig ist die theoretische Entwicklung bei uns der ökonomischen noch voraus. Ich wünsche im Namen der schwedischen Parteigenossen den deutschen Brüdern allen auf's herzlichste Glück. Ein Hoch der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie! (Dreifache jubelnde Hochrufe.)

Anseele-Gent: Werthe Genossen! Ich kann nicht gut deutsch sprechen, darum werde ich sehr kurz sein. Im Namen der belgischen Parteigenossen bringe ich auch unsern Glückwunsch an die deutsche Sozialdemokratie. Wir sind vielleicht die Vertreter des kleinsten

hier vertretenen Landes, aber ich glaube versichern zu können, daß wir unser Bestes thun wollen, um die muthigsten Soldaten in der Armee zu sein. (Bravo!) Wir haben in Belgien kein Sozialistengesetz gehabt und haben es heute nicht; aber ohne Gesetz thun unsere Meister alles, was ihnen beliebt, ohne Gesetz verbieten sie unsere Versammlungen, verbieten sie den Verkauf und selbst die Ausstellung unserer Blätter. Und alles das unter dem Grundgesetz, welches alle Freiheiten giebt! Ein Zustand also, noch schlechter, als es der in Deutschland war. Sie wissen ja auch, daß wir in Belgien das Unglück haben, im Eden des Kapitalismus zu sein. Wir wollen alles thun, um mit Ihrer Hilfe und derjenigen der Parteigenossen der ganzen Welt das Eden der Arbeiter daraus zu machen (Bravo!). Wir belgischen Sozialisten haben uns verpflichtet, vorzuschlagen, daß der nächste internationale Kongreß in Brüssel, in Belgien stattfinden möchte. Wir hoffen, daß Sie sich im Sinne der belgischen Arbeiter entscheiden werden. Ich habe einige Worte in schlechtem Deutsch, aber aus gutem Herzen gesprochen (Beifall). Ich bringe ein Hoch auf die Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie! Wenn Sie so wie bisher fortschreiten, ist der Sieg unser trotz alledem! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Klein-Berlin ersucht (zur Geschäftsordnung) den Parteitag, die Voreingenommenheit gegen die Berliner fallen zu lassen .... (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung (Unruhe). Ich halte mich dem soeben ausgedrückten Wunsche gegenüber verpflichtet, zu konstatiren, daß ich namens des Parteitages die Insinuation zurückweise (sehr gut!), als ob der Parteitag gegen irgend eine Parteigruppe des Reiches voreingenommen wäre. Das Recht der Berliner Genossen wird in gleichem Maaße geachtet werden, wie das jedes anderen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Parteileitung.

Berichterstatter Bebel: Parteigenossen! Die Freunde aus dem Auslande, die soeben nacheinander das Wort ergriffen, haben uns mit Lob und Anerkennung überschüttet; von allen Seiten tönt es uns entgegen, daß sie uns als eine Art Musterpartei ansehen. Ich soll jetzt über die Thätigkeit der Partei Bericht erstatten, und da wünsche ich nur, daß es mir vergönnt sein möge, an der Hand der vorzuführenden Thatsachen darzuthun, daß das reichlich gespendete Lob einigermaßen verdient ist. Ich hoffe dann aber auch, daß die Errungenschaften, die wir zu verzeichnen haben, uns ein fernerer Ansporn sein werden, künftig unter der sogenannten „neuen Aera“

nur noch in höherem Maße unsere Kräfte und Anstrengungen im Interesse unserer Sache zu bethätigen.

Es sind genau drei Jahre, daß ich zum letzten Mal die Ehre hatte, vor den Vertretern der Partei Bericht zu erstatten; Sie wissen alle, unter welchen Umständen wir jene Berichte zu geben gezwungen waren. Während der 12 Jahre des Ausnahmegesetzes waren wir nicht in der Lage, innerhalb Deutschlands einen Parteitag abzuhalten; aus diesem zwingenden Grunde mußte der Turnus bei der Abhaltung der Parteitage ein sehr unregelmäßiger sein, wir konnten nur in weit auseinanderliegenden Zeiträumen uns sprechen und verständigen. Diesen Zuständen, die wir nicht verschuldet, mußten wir uns aber nach Möglichkeit akkomodiren. Dafür sind aber auch gerade die unter dem Ausnahmegesetz im Auslande, und zwar 1880 in Wyden in der Schweiz, 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen abgehaltenen Parteitage als die eigentlichen Merksteine in der Entwicklung der Partei zu betrachten. Es waren Freuden- und Ehrentage für die Partei, die, weil sie im Auslande unter großen Kosten, Opfern und Gefahren abgehalten werden mußten, das schönste und erhebendste Beispiel des Muthes und der Opferwilligkeit geboten haben. Heute endlich, nach mehr als 13 Jahren, sind wir zum ersten Male wieder in Deutschland unter der Herrschaft des allgemeinen Rechts versammelt, und zwar so zahlreich, wie nie zuvor. Da dürfte es wohl am Platze sein, einen flüchtigen Blick auf die Hauptereignisse und die Entwicklung der Partei unter dem Ausnahmegesetz zu werfen. Als das Gesetz verkündet und dann sofort mit aller Schärfe gegen uns angewandt wurde, da haben wohl viele kaum die Hoffnung gehegt, daß wir eines Tages wieder so wie heute uns versammelt sehen würden. Leider ist die Zahl derer sehr, sehr groß, die diesen großen Tag des Sieges nicht mehr erlebten. Es sind eine große Anzahl Genossen aus den verschiedensten Lebensstellungen, die von den Handhabern des Gesetzes gehetzt, verfolgt, zu Grunde gerichtet und dadurch in ihrem Lebensfaden verkürzt in's frühe Grab sanken. Viele Hunderte andere wurden in den ersten Jahren der Herrschaft des Gesetzes durch die Vernichtung ihrer materiellen Existenz gezwungen, im Auslande Zuflucht und Unterkunft zu suchen. Von denjenigen, die in der vorsozialistengesetzlichen Zeit als Agitator und in öffentlichen Stellungen, als Redakteure, Abgeordnete u. s. w. in der Partei thätig waren, haben in den ersten Jahren über 80 Personen, darunter unsere tüchtigsten, besten und intelligentesten Genossen den deutschen Boden verlassen müssen, und nur sehr wenige von ihnen können oder werden in die Heimath zurückkehren. Es war ein Aderlaß an Kräften, wie nach einer verlorenen Schlacht, aber um so größer steht die Partei da, indem sie diesen Aderlaß nicht blos ertragen, sondern das ihr abgezapfte

Blut auch so reichlich wiederersetzt hat. Sie wissen Alle, welcher Art die Schläge waren, die fielen, als am 19. Oktober 1878 das Ausnahmegesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen worden war und am 21. Oktober 1878 in Kraft trat. Wer, wie ich und mancher andere, damals den Reichstagsverhandlungen über das Ausnahmegesetz beiwohnte, und daran Theil nehmen mußte, wird vor allem die Thatsache haben beobachten können, daß in demselben Maaße, wie jenesmal die Verhandlungen sich in die Länge zogen, in dem Maaße wie unsere Parteivertreter immer entschiedener gegen dieses Schandgesetz Protest erhoben, der Eifer für das Gesetz und die feindselige Stimmung gegen uns im Reichstage zunahm. Es ist das eine Thatsache, auf die meines Wissens bisher noch nicht aufmerksam gemacht wurde. Entsprechend dieser erbitterten, feindseligen Stimmung fielen denn auch die Schläge gegen die Partei. Alle unsere Preßorgane, und zwar 42 politische und 14 gewerkschaftliche Organe, eine ungeheure Zahl von Vereinen, verschiedene Kassen und Gewerkschaften fielen innerhalb weniger Monate der Polizeimacht zum Opfer. Binnen wenigen Wochen war die ganze Organisation der Partei vernichtet, hunderte und aber hunderte von Genossen lagen existenzlos auf dem Pflaster. Daß damals Viele eine gewisse Muthlosigkeit befiel, ganze Schaaren, wie nach einer verlorenen Schlacht, von uns abgesprengt wurden, wer will sich darüber verwundern und wer will das übel nehmen? Keine andere Partei in Deutschland würde solche Schläge ausgehalten und überwunden haben. (Sehr richtig.)

Im Laufe dieser Jahre sind unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes 155 periodische Druckschriften verboten worden, und unter diesen an 80 Einzelnummern von periodischen Druckschriften. Weiter wurden 1200 nichtperiodische Druckschriften, darunter unsere ganze, sehr ansehnliche Broschüren-Literatur verboten, im Ganzen ca. 1400 Druckschriften. Ausweisungen auf Grund der Herrschaft des sog. kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Potsdam und Berlin, Hamburg-Altona-Harburg und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Frankfurt a. M.-Offenbach, Hanau, Stettin und Spremberg, sind nahe an 900 erfolgt. Prozesse, die namentlich nach Ablauf der ersten 2 Jahre der Herrschaft des Gesetzes begannen, als die Partei von den ersten furchtbaren Schlägen sich wieder erholt hatte, und dann die Genossen dem Drange nach Vereinigung vielfach folgend, sich in den verschiedensten Orten in sogenannten geheimen Verbindungen zusammen fanden, diese Prozesse wurden allmählich zahlreich und führten zur Verurtheilung von über 300 Personen. Daneben verfielen den Maschen des Sozialistengesetzes nahezu an 1200 Personen, so daß allein auf Grund und als Folge der Ausnahmegesetzgebung volle 1500 Personen in die Gefängnisse wandern mußten. Dazu kommen die Verurtheilungen, die genauer festzustellen mir nicht

möglich war, wegen Majestätsbeleidigung, wegen Verstoßes gegen §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs, wegen Aufruhr, Landfriedensbruch u. s. w. Die Zahl dieser Verurtheilten mag im Verhältniß zu der anderen klein sein; aber sie erhöht nicht nur die Zahl der Opfer, sondern sie fällt auch in's Gewicht durch die Schwere der Verurtheilungen. Das Gesammtmaaß der Freiheitsstrafen beläuft sich auf nahe an 1000 Jahre Gefängniß, darunter eine Anzahl Jahre Zuchthaus.

Diese keineswegs vollständige Liste der Verfolgungen giebt ein klares Bild sowohl von den Schlägen, die wir zu ertragen, auch von den Opfern, die wir bringen mußten, um diese Schläge nach Möglichkeit zu pariren. Und wir haben sie parirt, gründlich parirt, dafür legt nicht nur Zeugniß die Vergangenheit ab, sondern auch das deutlichste Zeugniß dieser Parteitag. Aber eins halte ich mich für verpflichtet auch auszusprechen: Wenn der Muth und die Opferwilligkeit der Genossen in Deutschland in erster Linie dazu beigetragen hat, daß es so gekommen ist, dann wollen wir auch derer dankbar gedenken, die vom Auslande immerfort ermuthigend und anfeuernd auf unsere Reihen gewirkt haben, an die Gründer und Leiter des „Sozialdemokrat", die während zehn Jahren unter oft schwierigen Verhältnissen fortgesetzt ihn für Deutschland herstellten, an alle die, die ungekannt und ungenannt es für ihre heiligste Pflicht ansahen, dieses Organ und die im Ausland erscheinenden Brochüren ins Volk zu tragen und vielfach dafür schwer büßen mußten. Ihnen allen sind wir zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Diesen Hunderten und Tausenden, die im Auslande und im Inlande öffentlich und geheim für unsere Sache unermüdlich gewirkt und vielfach gelitten haben, wollen wir heute dadurch unseren Dank abstatten, daß der Parteitag ihnen zu Ehren von den Plätzen sich erhebt. (Die Versammlung leistet unter Beifallsrufen der Aufforderung einmüthig Folge.)

Man hat, und ich halte es für nöthig, gerade hier darauf zu sprechen zu kommen, in den verschiedensten Geheimbundprozessen seitens der Staatsanwälte und theilweise auch der Gerichte den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß eine große allgemeine, geheime Verbindung über ganz Deutschland bestehe, in der alle Einzelverbindungen, soweit solche bestanden, unter gemeinsamer Leitung ständen, weil man sich anders nicht unsere Existenz und unsere Erfolge erklären konnte. Ich muß auch hier ausdrücklich konstatiren, daß nie und zu keiner Zeit eine solche allgemeine Verbindung in Deutschland bestand, nie die Rede davon war und nicht davon sein konnte, schon wegen der Sicherheit ihrer Entdeckung in allerkürzester Frist. Die Fraktion, als Leiterin der Partei, konnte schon durch die Oeffentlichkeit ihrer Stellung auf eine solche Verbindung unmöglich eingehen. Was geschehen ist, ist ohne eine solche allgemeine

geheime Verbindung geschehen, einzig durch den Geist und das Band der Zusammengehörigkeit, und was auch unsere Gegner immer sagen und aufrecht erhalten mögen, ich konstatire, sie hat zu keiner Zeit bestanden, es ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, sie in's Leben zu rufen.

Wir haben dann im Laufe dieser 12 Jahre die Wahrnehmung gemacht, daß in dem Maaße, wie auf der einen Seite die herrschende Gewalt mit Gewalt- und Zwangsmitteln aller Art zu unserer Unterdrückung vorging, sie andererseits gezwungen war, der Bewegung gegenüber allerlei Konzessionen zu machen. In demselben Augenblick, in dem man von höchster Stelle die Nothwendigkeit des Ausnahmegesetzes betonte und es verlangte, sah man sich auch genöthigt, anzuerkennen, daß man einem gewissen berechtigten Kern der Bewegung Rechnung tragen müsse. Sogar Fürst Bismarck erklärte etwas später, die herrschenden Klassen müßten sich daran gewöhnen, daß es ohne ein bischen Sozialismus künftig nicht mehr gehe. Nun, wie er und die herrschenden Klassen dieses bischen Sozialismus verstanden haben, wissen wir Alle (Heiterkeit). Wäre es nach ihm gegangen, die Partei wäre nicht, was sie ist, und nach ihm würde noch heute der Ausnahmezustand mit allen seinen Ungerechtigkeiten auf uns lasten. Nun kam ja im Laufe der Jahre allerdings die sogenannte „milde Praxis“, aber sie griff Platz, weil sich zeigte, daß die Partei sich nicht unterdrücken ließ. Die mittlerweile vorgekommenen Reichstagswahlen hatten nicht nur ihre Fortexistenz, sondern, allen Verfolgungen zum Trotz, auch ihr Wachsthum ergeben. Die Masse unserer Anhänger war allmählich wieder zur Besinnung gekommen. Das Beispiel des Muthes der Anderen wirkte ansteckend. Dazu kam die selbst- und zielbewußte Agitation, die auch der sogenannten öffentlichen Meinung mehr und mehr den Beweis lieferte, daß die Art und Weise, wie wir verfolgt wurden, unerhört sei, daß die Anklagen, die man gegen uns erhob, nicht gerechtfertigt waren, und daß eine Behandlung, wie wir sie erfuhren, mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die nun einmal dem modernen Staat zu Grunde liegen und, will er existiren, zu Grunde liegen müssen, unvereinbar sei. Diese Erkenntniß ist allmählich in immer weitere Kreise gedrungen, und ganz besonders durch die planmäßige und zielbewußte Thätigkeit der Partei so mächtig gefördert worden, daß man endlich einsah, in der alten Weise geht's nicht mehr, die Zügel müssen lockerer gehandhabt werden!

Ein Rückblick auf die Entwickelung der Partei in den letzten 20 Jahren an der Hand der durch die Ausübung der Wahlberechtigung vorgenommenen Kraftproben ergiebt folgendes für uns sehr lehrreiche Resultat. Es wurden abgegeben bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1871: 102 000 Stimmen, 1874: 352 000 Stimmen, 1877, zwei Jahre nach dem Vereinigungskongreß der bis 1875

gespaltenen Partei: 493 000 Stimmen. Das war der höchste Stand der Stimmen vor dem Ausnahmegesetz. Ein Jahr darauf bereits wurde in Folge der beiden Attentate der Reichstag aufgelöst, eine ungeheure Hetze gegen unsere Partei, der man infamer Weise die Urheberschaft der Attentate zuschrieb, wurde in Szene gesetzt, und unter dem Hochdruck jener Hatz ging im Sommer 1878 die Zahl der Wahlstimmen von 493 000 auf 437 000 zurück, wir erhielten 56 000 Stimmen weniger als anderthalb Jahre zuvor. Dann kam das Gesetz mit seinen Schlägen, aber trotz alledem erhielten wir 1881 bei den allgemeinen Wahlen, die unter ganz beispiellosen Verhältnissen sich vollzogen, 312 000 Stimmen. Das war um so höher anzuschlagen, als unter den Ausnahmezuständen und dem Drucke jener Zeit ein großer Theil der Wahlkreise nicht einmal Flugblätter, nicht einmal Stimmzettel erhalten konnte, weil keine gegnerische Druckerei sie uns drucken wollte und die eigenen Druckereien fast sämmtlich vernichtet waren, und auch Flugblätter, wo man sie hatte, nur mit den größten Schwierigkeiten und Fährlichkeiten verbreitet werden konnten. Dann kamen die Wahlen von 1884. Diese Wahlen zeigten schon ein ganz anderes Bild. Die Partei hatte sich mittlerweile mächtig erholt, die Parteitage von Wyden und Kopenhagen waren vorüber und hatten das Selbstgefühl der Partei bedeutend gehoben. Hier und da waren auch mit Erfolg Versuche gemacht, neue Blätter ins Leben zu rufen, Druckereien zu erhalten u. s. w. und so gelang es diesmal 550 000 Stimmen, 238 000 mehr als 1881, aufzubringen. Aber 1887 wuchsen wir auf 763 000 und bei den letzten allgemeinen Wahlen dieses Jahres, die noch in Aller Erinnerung sind, auf 1 427 000 Stimmen. Die Partei war damit zugleich die stärkste Partei in Deutschland geworden.

Wir werden im Laufe unserer Verhandlungen noch hinlänglich Gelegenheit haben, über den Werth der Wahlen und der parlamentarischen Thätigkeit überhaupt zu sprechen. Ich erkläre indeß schon jetzt, daß die Agitation bei den allgemeinen Wahlen und die Thätigkeit der gewählten Abgeordneten im Reichstage nach meiner Ueberzeugung das allerwesentlichste und wirksamste Agitationsmittel für die großartige Entwickelung der Partei unter dem Sozialistengesetz gewesen sind. (Sehr richtig!) Wäre uns unter dem Gesetz auch die Reichstagstribüne verschlossen und die Ausübung des Stimmrechtes unmöglich gemacht gewesen, wir hätten kein Mittel besessen, auch nur annähernd festzustellen, in welcher Art und Gestalt die Partei sich entwickelt hatte und fortgeschritten war, wir hätten nicht entfernt unsere Agitation so ausgiebig, wie geschehen, entfalten können. Wie weit die parlamentarische Taktik der Fraktion den Wünschen der Parteigenossen entspricht, das zu erörtern wird Sache späterer Diskussion sein. Nach meiner Ueberzeugung hat die Partei alle Ursache, die bisherige Taktik auch fernerhin beizubehalten. Dafür

giebt es gar kein besseres Zeugniß, als die Worte, die heute von allen Seiten unsere Freunde und Genossen aus dem Auslande an uns gerichtet haben, und worin sie uns versicherten, in gleicher Weise, wie wir, thätig sein und arbeiten zu wollen, und daß auch sie die Möglichkeit zu besitzen wünschen, sich auf dem von uns betretenen Wege bethätigen zu können, was ja leider in verschiedenen von ihnen vertretenen Ländern wegen des Fehlens des allgemeinen Wahlrechts noch nicht möglich war.

Wir haben aber auch weiter gesehen, daß im Laufe der Jahre, und zwar durch die steigende Macht unserer Partei, das Interesse an der sozialen Bewegung die weitesten Kreise unserer Gegner ergriff. Sie wurden gezwungen, der Bewegung ihre Aufmerksamkeit zu schenken und sie zu studiren. Ich erinnere an den bekannten Erlaß vom 4. Februar, der unzweifelhaft ein großer moralischer Erfolg der Bestrebungen ist, welche im Juli vorigen Jahres auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris zum Ausdruck gekommen waren. Selbst der Ultramontanismus sah sich in den letzten Monaten genöthigt, einen internationalen Kongreß zusammenzuberufen, um zu berathen, wie er am besten im Stande sei, dem stetigen Vordringen des Sozialismus einen Damm entgegenzusetzen. Ferner hat vor wenigen Tagen in Frankfurt a. M. ein Kongreß aus Vertretern mehr gelehrter Kreise stattgefunden, welcher ebenfalls die Nothwendigkeit internationaler Arbeitergesetzgebung anerkannte. Alles das sind die großen moralischen Erfolge nicht allein der deutschen, sondern der Sozialdemokratie aller Länder. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit und erfreuliche Beachtung verdient aber unsererseits die Thatsache, daß seit den Tagen von Paris das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter der verschiedensten Länder sich in großartigster Weise entwickelt hat, wie ja schon der Pariser Kongreß selbst durch eine bisher nie dagewesene zahlreiche Vertretung der Arbeiter aller Länder für das Vorhandensein dieses internationalen Solidaritätsbewußtseins Zeugniß abgelegt und die Gegner gezwungen hat, mehr und mehr ihre Aufmerksamkeit der internationalen Bewegung zuzuwenden, um wo möglich der Bewegung Herr zu bleiben. Daß das letztere nicht geschehen wird, daß sie vielmehr unsern Gegnern ebenso wie die nationalen Bewegungen in den einzelnen Ländern über die Köpfe wachsen wird, davon sind wir Alle vollkommen überzeugt (Beifall).

Ich komme nun auf unsere jetzt vorhandene Presse, um auch an diesem Punkte darzuthun, wie die agitatorische Wirksamkeit der Partei innerhalb der letzten drei Jahre sich entfaltet hat. 1887 und früher konnten wir keine genaue Uebersicht der Preßorgane geben, welche unter der Herrschaft des Gesetzes ins Leben getreten waren; es war auch vielleicht nicht zweckmäßig, darüber öffentlich zu reden. Heute dagegen erscheint es mir sehr am Platze, zu untersuchen, wie unsere Preßverhältnisse innerhalb der Jahre von 1878 bis 1890 sich gestaltet haben.

Bei Erlaß des Sozialistengesetzes bestanden in Deutschland 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Der gesammte Abonnentenbestand derselben ist nie genau festgestellt worden, er dürfte aber nach sachverständiger Schätzung 160—170 000 nicht überschritten haben. Von den 42 politischen Zeitungen erschienen 13 wöchentlich 6 Mal, 13 wöchentlich 3 Mal, 3 wöchentlich 2 Mal und 13 wöchentlich 1 Mal.

Gegenwärtig können wir eine genauere Uebersicht geben, aber vollständig zutreffende Mittheilungen vermag ich auch jetzt nicht zu geben, da mehrere Blattverwaltungen der Aufforderung, den Abonnentenbestand ihrer Blätter mitzutheilen, nicht Folge geleistet haben und demgemäß in der nachstehenden Aufstellung nicht berücksichtigt werden konnten. Die Uebersicht datirt von Ende September, die Umgestaltungen und Vermehrungen, die am 1. Oktober in verschiedenen Gegenden in erfreulichstem Maße stattgefunden haben, konnten hier also nicht berücksichtigt werden. — Es erschienen:

wöchentlich 6 Mal 19 Blätter, welche zwischen 30 000 u. 1100, im Ganzen 120 400 Abonnenten hatten,
wöchentlich 3 Mal 25 Blätter, welche zwischen 9 000 u. 250, im Ganzen 58 000 Abonnenten hatten,
wöchentlich 2 Mal 6 Blätter, welche zwischen 6 000 u. 450, im Ganzen 14 850 Abonnenten hatten,
wöchentlich 1 Mal 10 Blätter, welche zwischen 14 500 u. 1000, im Ganzen 60 850 Abonnenten hatten.

Insgesammt also 60 politische Blätter mit 254 100 Abonnenten.

Der Stand der Gewerkschaftspresse war folgender.

Es erschienen:

wöchentlich 1 Mal 17 Blätter, von welchen eins, dasjenige der Bergarbeiter, 27 000, das Zweite 16 000, das Dritte 15 000, das Vierte 12 500, das Fünfte 11 000, das Letzte 800 Abonnenten hatte. Im Ganzen hatten diese Blätter 155 350 Abonnenten,
monatlich 2 Mal bezw. 3 Mal 2 Blätter mit zusammen 4 400 Abonnenten,
alle 14 Tage bezw. monatlich 2 Mal 20 Blätter, welche zwischen 6 000 und 400, im Ganzen 39 750 Abonnenten hatten,
monatlich 1 Mal 2 Blätter mit zusammen 1500 Abonnenten.

Insgesammt 41 Blätter mit 201 000 Abonnenten.

Zu den angeführten Blättern kamen weiter: 1 wissenschaftliche Zeitschrift, die „Neue Zeit", die monatlich erschien und 2500 Abonnenten hatte, 1 Unterhaltungsblatt in Hamburg, der „Gesellschafter" wöchentlich erscheinend, mit 19 000 Abonnenten, und 2 Witzblätter mit über 107 000 Abonnenten.

Für Sie, die Sie fast ohne Ausnahme auch thätige Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung sind, ist es kein Geheimniß, daß diese

Bewegung sich mächtig entwickelt hat und ein wichtiges Bindeglied in der ganzen Arbeiterbewegung repräsentirt. Die Gesammtzahl aller Organe ist 104, die der Abonnenten ca. 600 000.

Daneben hat auch die sonstige Parteiliteratur einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen, nicht nur die in Deutschland erschienene, sondern auch die nach Deutschland hereinspedirte. Zu keiner Periode der vorsozialistengesetzlichen Zeit sind auch nur annähernd solche Auflagen von Parteischriften hergestellt worden, als in der Periode der Herrschaft des Gesetzes, und dieser Aufschwung wird noch viel größer werden, wenn wir nächstens die Neuauflegung und weitere Ausgestaltung unserer Parteiliteratur vornehmen. Es ist selbstverständlich, daß kein Privatverleger ohne Zustimmung des Autors und der Partei eine Schrift erscheinen lassen darf. Ich nehme an, wir werden künftig keine Schrift unter einer Auflage von 20 bis 30 Tausend herzustellen haben, und für viele wird sie bedeutend höher werden, so groß ist die Nachfrage von allen Seiten. Vor dem Gesetz hatten wir in der Regel Auflagen von höchstens 5 Tausend.

Entsprechend dieser Entwicklung unserer agitatorischen Thätigkeit bei den Wahlen, in Parlament und Presse haben sich auch die materiellen Verhältnisse der Partei entwickelt, soweit die Parteileitung darüber Kenntniß hat und die Mittel bei ihr zusammengeflossen sind. Auch hier sind gegen früher Resultate zu verzeichnen, die wir wohl glänzend nennen dürfen.

Die im August 1880 auf dem Wydener Kongreß verrechneten Einnahmen betrugen für die Zeit vom November 1878 bis 1. August 1880 rund 37 100 Mark; auf dem Kopenhagener Kongreß, Anfang April 1883, wurden als Einnahme rund 95 000 Mark verrechnet, auf dem Parteitag in St. Gallen, Anfang Oktober 1887, rund 188 600 Mark. Unter dieser letzteren Einnahme waren auch die Posten verbucht, welche die deutschen Genossen in der Schweiz und die Inhaber des „Sozialdemokrat“ vereinnahmt und an gemaßregelte deutsche Genossen verausgabt hatten.

Seit der Abrechnung auf dem Parteitag zu St. Gallen, die bis Ende August 1887 reichte, sind eingegangen:

	Einnahme:	Ausgabe:
für den Wahl- und Diätenfond . .	197 125,30 M.	95 388,50 M.
für den Unterstützungsfond	104 241,72 „	70 825,17 „
für den Elberfelder Prozeß	19 080,65 „	13 421,45 „
Vermischtes	3 884,40 „	12 449,95 „
Zinsen	6 071,65 „	— „
Kapital und Darlehnskonto	41 305,— „	191 240,25 „
Kassenbestand am 1. September 1887 bezw. 1. Oktober 1890	18 800,80 „	7 184,20 „
	390 509,52 M.	390 509,52 M.

Hierzu habe ich folgende Bemerkungen zu machen: Beim Wahl- und Diätenfond betrugen die Ausgaben für Wahlen 78 088,50 Mark, für Diäten und Reichstagskosten 17 300 Mark; beim Unterstutzungsfond für Unterstützungen 60,662,10, für Gerichts- und Prozeßkosten 10 163,07 Mark. Der besondere Fond für den Elberfelder Prozeß brauchte nur theilweise in Anspruch genommen zu werden, da die hierin nicht enthaltenen, von den Parteigenossen von Barmen-Elberfeld und Umgegend aufgebrachten Beträge sehr bedeutend waren, so daß bei diesem Prozeß für die Parteikasse ein ganz anständiges Plus abgefallen ist (Heiterkeit und Beifall). Die vermischten Einnahmen setzen sich zusammen aus Geschenken, aus Kursgewinnen — wir sind, wie Sie gehört haben, im Augenblicke Kapitalisten und haben auch manchmal Börsengeschäfte vorzunehmen (große Heiterkeit), und damit auch selbstverständlich mit Gewinn und Verlust zu rechnen. Unter den vermischten Ausgaben sind inbegriffen Porto- und Bureau-Ausgaben, Kosten der Konferenzen der Fraktion, Kosten für den Parteitag in St. Gallen und theilweise für Halle, Kosten für den Pariser Kongreß, die vergleichsweise hoch waren, weil wir außer den offiziellen Vertretern noch den französischen Freunden sehr namhafte Beiträge zur Deckung der Kongreßkosten übergaben; weiter finanzielle Unterstützung des auf Grund der vorjährigen Pariser Beschlüsse herausgegebenen Journals „Der Achtstundentag"; Zuschuß zu den Kosten der Errichtung eines Denksteins an dem Orte, wo Lassalle 1864 erschossen wurde; Kosten für Herstellung der Kongreßprotokolle, denen andererseits entsprechende Einnahmen aus dem Absatz gegenüberstehen. Am 1. Oktober 1890 war ein Kassenbestand von 7184,20 Mark vorhanden.

Die Einnahmen und die Ausgaben, ohne diejenigen für das Kapital- und das Darlehnskonto, die nur als durchlaufende Posten zu betrachten sind, und ohne die Zinsen und den Kassenbestand vom 1. Oktober 1890, stellen sich folgendermaßen:

	Einnahme:	Ausgabe:
Wahl- und Diätenfond . . .	197 125,30 M.	95 388,50 M.
Elberfelder Prozeß	19 080,65 „	13 421,45 „
Unterstützungsfond	104 241,72 „	70 825,17 „
Vermischtes	3 884,40 „	12 449,95 „
	324 332,07 M.	192 085,07 M.

Diese 324 322,07 Mark sind die wirklichen Einnahmen, die durch die Partei aufgebracht wurden. Mit den Zinsen (6071,65) und dem Kassenbestand (18 800,80) belief sich die gesammte Kasseneinnahme auf 349 204,52 Mark, die gesammten Ausgaben auf 192 085,07 Mark, so daß also das vorhandene Vermögen sich auf 157 119,45 Mark beliefe; in Wirklichkeit beläuft es sich auf

171 829,20 Mark, mit dem von früher vorhandenen Vermögensbestand. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Summe, wie sie bisher die Partei nie aufzuweisen gehabt hat, ein recht schönes Handgeld, welches die neue Parteileitung in ihre Verwaltung bekommt. (Heiterkeit und wiederholter Beifall.)

Außer den hier angeführten Einnahmen sind durch die Partei aufgebracht worden:

für den Hasencleverfond	15 388,31 M.
für den Kayser-Kräckerfond	4 099,40 „
für die gemaßregelten Bergleute . . .	5 909,25 „

Diese zusammen mit den übrigen von der Partei aufgebrachten Beiträgen von 324 332,07 Mark ergeben 349 729,03 Mark, welchen für alle aufgeführten Fonds eine Ausgabe von 217 399,18 Mark gegenübersteht.

Unter diesen Summen sind selbstverständlich diejenigen Einnahmen und Ausgaben gar nicht enthalten, welche die Parteigenossen der einzelnen Orte und für die verschiedensten politischen Zwecke, so namentlich für die Reichstagswahlen, aufgebracht haben. Die Genossen der großen Städte, insbesondere Berlins und Hamburgs, haben es für ihre Pflicht gehalten, eine große Zahl von Nachbarkreisen materiell zu unterstützen. So haben die Hamburger Genossen einen großen Theil der Wahlkreise in Schleswig-Holstein und Mecklenburg und einen kleineren Theil der Wahlkreise in der Provinz Hannover aus ihren reicheren Mitteln unterstützt, und die Berliner Genossen haben einem großen Theil der Wahlkreise in den Provinzen Brandenburg und Pommern materiell kräftig beigestanden. Wie hoch alle die hier für ganz Deutschland in Betracht kommenden Summen sind, vermag ich natürlich nicht anzugeben; sie sind aber sehr bedeutend und um das mehrfache wohl höher, als die von mir angeführten Summen. Bemerken will ich weiter, daß sich unter den von mir aufgeführten Beiträgen auch diejenigen befinden, die als Ueberschüsse von den Eigenthümern verschiedener Parteiblätter zur Verfügung gestellt wurden. Ferner bin ich verpflichtet, hervorzuheben, daß unsere ausländischen Genossen einen sehr greifbaren Beweis ihres internationalen Solidaritätsgefühls bei der diesmaligen Wahlagitation unserer Partei dadurch gaben, daß sie es nicht nur bei Worten bewenden ließen, sondern ihre Gefühle auch durch klingende Münze zum Ausdruck brachten, indem sie Geldbeiträge uns sandten; das geschah durch unsere Genossen in Amerika, Holland, Belgien, der Schweiz, Oesterreich, Rumänien und sogar in Rußland. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich Sie bitte, sich zum Zeichen unseres Dankes von den Plätzen zu

erheben. (Geschieht.) Ich will dann noch als besonders interessant anführen, und dieser Vorfall dürfte im Parteileben einzig dastehen, daß unsere Partei am 1. April, also nach Abschluß ihrer Wahlrechnungen, reicher war als am 15. Januar, wo wir offiziell in die Wahlagitation eintraten. (Heiterkeit und Beifall.)

Nun entsteht die Frage, in welch' nutzbringender Weise soll die künftige Parteileitung mit den ihr bereits zur Verfügung stehenden Fonds und den weiter zu erwartenden Mitteln wirthschaften. Dies gehört zwar nicht zu den Aufgaben meines Berichts, aber ich glaube es ist nützlich diese Frage zu streifen; zunächst wird es sich darum handeln, daß in den ländlichen und kleinstädtischen Bezirken weit lebhafter und umfänglicher wird agitirt werden müssen, als das bisher der Fall war und sein konnte, ich betrachte das als selbstverständlich. Ob wir dabei, wie vor dem Sozialistengesetz besoldete Agitatoren zu diesem Zweck bestellen sollen oder einen anderen, zweckmäßigeren Weg beschreiten müssen, lasse ich hier unerörtert. Dann aber wollen wir auch jetzt, wo wir wieder gleiches Recht für uns haben, obwohl ich glaube, daß auch dieses gleiche Recht unter Umständen für uns ein Ausnahmerecht werden wird. (Sehr richtig.) Denjenigen, die mit besonderem Stolz und Hochmuth darauf gepocht haben, daß die Sozialdemokratie ihnen nichts anhaben könnte, beweisen, wie sehr sie sich geirrt haben, ich meine die ultramontane Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Thurm des Centrums, der so zweifellos fest stehen soll, daß keine Macht der Erde ihn wankend machen oder gar stürzen soll können, hat, glaube ich, die Sozialdemokratie bereits bei den letzten Wahlen einige ganz gehörige Stöße versetzt. (Sehr richtig.) Und ich meine, wir sollten in der jetzt kommenden Periode erst recht zeigen, daß wir diesem Thurm nicht nur Stöße geben können, sondern daß wir auch das Untergrabungsgeschäft, dessen man uns so gern bezichtigt, (Heiterkeit), und das wir in den letzten 12 Jahren weiter so vortrefflich gelernt haben (große Heiterkeit), gründlich in Anwendung zu bringen verstehen.

Auch nach einer anderen Richtung wollen wir unsere agitatorischen Fühlhörner ausstrecken, ich meine in Bezug auf die ländliche Bevölkerung. (Sehr gut.) Es wird uns und der neuen Parteileitung allerdings nicht leicht fallen, und es wird uns auf den ersten Schlag nicht möglich sein, ein Organ für die ländlichen Arbeiter zu gründen, aber sie wird dieses als eine Hauptaufgabe im Auge behalten müssen. (Sehr wahr.) Ich muß mich zwar für meine Person dagegen erklären, daß aus allgemeinen Parteifonds die lokale Presse unterstützt wird — wir werden ja später noch darüber sprechen — ich halte es aber für nothwendig, daß dieser Fonds überall da zur Gründung von Preßorganen in erster Linie Verwendung findet, wo durch die Natur der Verhältnisse die betreffenden

Arbeiterschichten aus eigner Kraft absolut nichts zu schaffen vermögen, und hier kommen die ländlichen Arbeiter zunächst in Frage. Wir werden ferner unsere agitatorische Thätigkeit erweitern müssen durch Gründung eines polnischen Arbeiterorgans. (Bravo.) Die polnische Arbeiter- und Industriebevölkerung ist weit stärker als wir gemeiniglich glauben. Es ist ein Gegenstand der lebhaftesten Klage unter den Bergarbeitern in Rheinland und Westfalen, daß ihnen die polnisch sprechenden Bergarbeiter bei ihren Lohnbestrebungen die größten Hindernisse bereiten, und daß insbesondere das Centrum mit ganz besonderer Macht und Erfolg dieser polnisch sprechenden Arbeiter sich bemächtigt hat. Es sind sogar eigene polnisch sprechende Geistliche nach Rheinland und Westfalen geschickt worden, welche dort predigen und agitatorisch thätig sein müssen, um durch polnische Flugblätter die Arbeiter an sich zu fesseln. Dem gegenüber ist die Gründung eines polnischen Arbeiterorgans und die Verbreitung polnischer Flugblätter eine Nothwendigkeit.

Ebenso werden wir aus allgemeinen Mitteln für die Herausgabe eines Parteiorgans für Elsaß-Lothringen Sorge tragen müssen. (Sehr gut.) Unsere Genossen in Elsaß-Lothringen sind dazu nicht im Stande, weil die dortige französische Preßgesetzgebung, die aber nach preußisch-deutscher Manier gehandhabt wird (Heiterkeit), dies außerordentlich erschwert. Weiter halte ich es im agitatorischen, parlamentarischen und sozialgesetzlichen Interesse für dringend nothwendig, daß dem Beispiel einer Reihe jüngerer Gelehrten entsprechend, überall in besonders durch schlechte Lage sich auszeichnenden Gewerbezweigen sozialstatistische Untersuchungen über die Lage der Arbeiter angestellt werden. Sie wissen, wie von unseren Gegnern allgemein bestritten wird, daß die Lage der Arbeiter so sei, wie wir sie darstellen. Ich bin überzeugt, daß eine solche statistische Untersuchung zu dem für unsere Gegner überraschenden Resultat führen wird, daß die Verhältnisse der meisten Arbeiter in der That viel schlechter sind, als allgemein angenommen wird. (Sehr richtig!) Das muß aber durch gewissenhafte Untersuchungen festgestellt werden, und dazu brauchen wir einen Generalstab tüchtiger und fähiger Leute, die für ihre Reisen und ihre Arbeiten unterstützt werden. Die Kosten werden zum Theil wieder aus dem Erlös der durch den Buchhandel zum Verkauf gelangenden Schriften, die auf Grund jener sozialstatistischen Untersuchungen erscheinen, eingebracht werden können. Sollten diese Arbeiten aber auch 10 und 20000 Mark und selbst mehr Zuschuß benöthigen, so wäre dies kein Schaden; ich würde diese Anlage der Gelder für die nutzbringendste ansehen, die von der Partei gemacht werden kann. (Sehr wahr!)

So stehen also nach allen Richtungen der neu zu organisirenden Partei große Aufgaben bevor. Zeigen wir durch die Berathungen auch dieses Parteitages, daß wir uns vollkommen der weltgeschicht-

lichen Mission bewußt sind, die das Proletariat, und als Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat. Wir wollen den Gegnern, wie auch den zweifelnden Freunden in unseren eigenen Reihen, zeigen, daß unser Ruf ist: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer: Auf dem Parteitag in St. Gallen ist bezüglich einer Revisionskommission für die Prüfung der Kassenverhältnisse kein Beschluß gefaßt worden. Da zur Zeit, als die Einberufer die Abhaltung dieses Parteitages beschlossen haben, keine Körperschaft in Deutschland vorhanden war, der die Wahl der Revisionskommission übertragen werden konnte, hat die Fraktion es für richtig gehalten, ihrerseits drei Genossen in Deutschland mit dieser Aufgabe zu betrauen, es sind die Genossen Geck-Offenburg, Segitz-Fürth und Kloß-Stuttgart. Die Fraktion konnte diese Anordnung um so leichter treffen, als sie mit der Führung der finanziellen Geschäfte niemals etwas zu thun gehabt hat, vielmehr diese Angelegenheit einzig und allein dem Fraktionsvorstande, der gleichzeitig als Parteivorstand funktionirt, überlassen war. Die Fraktion war also, abgesehen von den den Parteivorstand bildenden Mitgliedern, in dieser Frage vollkommen uninterressirt.

Es wird also nach dieser Richtung ein Zweifel nicht erhoben werden können.

Namens der Revisionskommission nimmt nunmehr das Wort Genosse Geck: Dem Auftrage der Fraktion entsprechend, begaben wir uns vor 8 Tagen in die Schweiz und setzten den Kassenschrank unbeanstandet in Zürich nieder. (Heiterkeit.) Wir waren nicht wenig erstaunt über die Summen, welche sich uns darboten und wir schwelgten einen Augenblick in dem Gefühl, auch einmal Kapitalisten zu sein. (Heiterkeit.) Dieses Gefühl wich aber bald einem andern. Diese Zahlen, welche Bebel vorgetragen, beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine starke Stirn und einen kräftigen Nacken, sondern auch ein Herz im Leibe hat, das in Liebe schlägt, denn diese Zahlen athmen Liebe gegenüber den Verfolgten und Gemaßregelten; in dieser Beziehung können uns diejenigen, welche die christliche Liebe gepachtet haben, durchaus nicht das Wasser reichen. Die Prüfung der Kasse war keine leichte Aufgabe. Es ist auch selbstverständlich, daß bei den Verhältnissen, unter denen die Kasse geführt werden mußte, dies oder jenes nicht so klappen konnte, wie es vielleicht auf den ersten Blick hätte klappen sollen. Wir haben einige Ungenauigkeiten und Irrthümer in den Büchern gefunden und richtig gestellt und können nun den Antrag stellen, daß der Parteitag dem Parteirechner Decharge ertheile und ihm die Anerkennung ausspreche, daß er als Kriegsminister und

Kasseninhaber es gut verstanden hat, die Kasse vor dem Feinde stets sicher zu stellen. (Heiterkeit und Beifall.)

In der nunmehr eröffneten Diskussion über den Bebelschen Bericht lenkt Trautwein-Quedlinburg die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die schlimme Lage der ländlichen Arbeiter unter der jetzigen Gesindeordnung, deren Beseitigung die Fraktion in erster Linie anstreben müsse. (Beifall.)

Schmidt-Berlin beantragt eine Kommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche die Streitigkeiten zwischen der Fraktion und den Berliner Parteigenossen zu regeln hat. Es ist nicht nothwendig, daß wir diese Angelegenheiten im Plenum, vielleicht zum Gaudium unserer Feinde, besprechen. Aber es muß über die Sache Klarheit geschaffen werden; das geschehe aber am besten in einer Kommission.

Der Vorsitzende hält es für zweckmäßiger, diesen Antrag an der Stelle zu berathen, wo die Anträge aus der Mitte des Parteitages zur Berathung kommen. In diesem Stadium der Verhandlung können nur etwaige Bedenken gegen die Parteileitung zur Sprache kommen, nicht aber persönliche Streitigkeiten. Der Antrag Schmidt könne nur als selbstständiger Antrag behandelt werden.

Schmidt hält seinen Antrag aufrecht. Von Seiten der Parteileitung und der Fraktion ist der Vorwurf erhoben worden, daß ein großer Theil der Genossen sozusagen mit der Polizei in Verbindung steht (große Unruhe; Glocke des Präsidenten).

Vorsitzender: Ich kann nicht zugeben, daß dieses Thema in der Breite hier verhandelt wird. Will aber der Genosse Schmidt nicht Abstand nehmen, so mag er seinen Antrag schriftlich einreichen. Der Antrag wird dann geschäftsordnungsmäßig erledigt werden.

Schmidt: Dies wird sofort geschehen.

Wilschke-Berlin (zur Geschäftsordnung): Man sollte doch die Vorurtheile gegen die Berliner Genossen fallen lassen. Wenn wirklich von den Berliner Genossen ein Bock geschossen worden ist . . .

Vorsitzender: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Wilschke: Ich wünsche nur, daß Redewendungen, wie vorhin gegen Gen. Werner, welche persönliche Zwistigkeiten oder Störungen hervorrufen könnten, vom Bureau unterdrückt werden.

v. Vollmar bittet dem Antrage Schmidt statt zu geben. Es werde damit vermieden, daß diese Angelegenheiten mit der eigentlichen Debatte über den Bebel'schen Bericht verquickt werden. Es werde damit der Sache die persönliche Spitze abgebrochen, und er zweifle nicht, daß sie in der Kommission befriedigend erledigt werden. (Zustimmung.)

Bebel: Es thut mir leid, daß ich dem Gen. Vollmar entgegentreten muß, weil ich auch beim besten Willen nicht zu sehen vermag, was der Berliner Freund will und warum er Ursache hat, sich zu beschweren. Eine Animosität gegen die Berliner liegt nicht vor, sie sind ja auch hier genügend vertreten. Ebenso weiß ich nichts von persönlichen Streitigkeiten zwischen der Parteileitung und den Berliner Genossen. Ich bestreite, daß Schmidt da im Namen der Berliner Genossen sprechen kann. Hat das eine oder andere Fraktionsmitglied Berliner Genossen beleidigt oder verletzt, dann möge man bestimmte konkrete Thatsachen und Personen anführen, und dann wollen wir die Kommission wählen. Wir können aber keine Kommission wählen, wo wir gar nicht wissen, was in dieser Kommission verhandelt werden soll. Bis jetzt liegt nichts vor, was bei den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung nicht hier vor offenem Plenum verhandelt werden wird. Es sind das Kontroversen in Bezug auf die Parteitaktik, die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion u. s. w. Da wird die Fraktion Rede und Antwort stehen. Eine solche Kommission müßte die Fraktionsmitglieder als Angeklagte oder Zeugen vernehmen, und was kommt schließlich heraus? Ich weiß es nicht, denn soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten handelt, gehören sie überhaupt vor den Parteitag, soweit es sich aber um persönliche Reibereien handelt, müssen diese hier kurz angeführt werden, damit der Parteitag genau entscheiden kann, ob es der Mühe werth ist, eine solche Kommission zu wählen.

Stolle-Gesau glaubt, daß nur solche Anträge angenommen werden dürfen, welche mit dem Punkt der Tagesordnung direkt zusammenhängen.

Der Antrag Schmidt-Berlin wird hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich wieder zu dem Bebel'schen Bericht.

Haburg-Potsdam wünscht ein möglichst billiges Parteiblatt für die ländlichen Arbeiter. Es sei dankbar anzuerkennen, daß die großen Städte, namentlich Berlin, die Agitation in den ländlichen Kreisen unterstützt hätten, es sei aber sein, des Redners, Wahlkreis dabei nicht berücksichtigt worden.

Werner-Berlin: Parteigenossen! Als die große Versammlung in der Lips'schen Brauerei in Berlin stattfand, wandte ich mich zum Schlusse derselben an Genossen Singer mit der Frage: soll hier durch diese Resolution die Meinung der Berliner Genossen irgendwie in Frage gestellt, den Berliner Genossen ein Maulkorb umgelegt werden? Da erklärte Singer, nein, dies wird nie und nimmermehr stattfinden. Den Genossen Bebel bat ich in derselben Versammlung, er möge der vermeintlichen Opposition doch wenigstens Gehör schenken — sonderbarer Weise stand an den Litfaßsäulen: große

Volksversammlung, erster Punkt der Tagesordnung Referat von August Bebel. Der Name in ziemlich großen Lettern. In dieser Versammlung sind viel mehr Leute erschienen, die mal den Abgeordneten Bebel wollten sprechen hören; Singer und Bebel wissen aber sehr gut, daß die Berliner Parteigenossen doch auch noch ein anderes Forum hatten unter dem Sozialistengesetz, wo sie sich viel eingehender und genauer mit diesen Parteifragen beschäftigen konnten — ich sagte: „die Leute geben etwas auf Ihren Namen, schaffen Sie den Leuten wenigstens Gehör, damit die Zuschauer wenigstens ein objektives Urtheil gewinnen können. Wir wollen sagen, daß die Berliner Opposition nicht aus reiner Lust zur Opposition Opposition macht" (Unruhe). Als ich nun Bebel bat, er möchte wenigstens ein Wort einlegen und Ruhe stiften, ein Wort von ihm würde genügen, da zuckte er die Achsel und sagte, das geht mir nichts an. Das ist nicht die richtige Art und Weise, aufzutreten und der Objektivität die nöthigen Bahnen zu ebnen.

Der Rechenschaftsbericht Bebel's war viel zu einseitig. Ueber die Thätigkeit der Parteileitung in der Frage des 1. Mai hat Bebel nichts gesagt. Ich mache der Parteileitung nicht den Vorwurf, daß sie sich in diese Frage eingemischt hat, sondern daß sie den Aufruf zu spät erlassen hat. Man hat erst ein halbes Jahr in Deutschland Beschlüsse fassen lassen, ehe man sich darüber in der Parteileitung einigte.

In der Unterstützung der Freisinnigen bei den Stichwahlen hat die Parteileitung dem Beschlusse des St. Gallener Parteitages zuwider gehandelt. Sie hat diesen Beschluß einfach wegdekretirt und gesagt, die politischen Verhältnisse haben sich geändert, ergo müssen wir jetzt für unseren Erbfeind, dem Freisinn, doch noch unsere Stimmen abgeben.

Es giebt keinen Unterschied zwischen Parteigenossen erster und zweiter Güte, ich verlange für jeden einzelnen Parteigenossen das gleiche Recht, und deshalb bin ich für die Prüfung dieser Angelegenheit in einer Kommission. Wir Opponenten werden Gelegenheit haben müssen, Ihnen das Material zu geben, warum wir Opponenten sind. Wir wollen der **Versumpfung** in der Partei entgegentreten (lebhaftes oho! fortdauernde Unruhe) ... nun, ich will den Ausdruck „Versumpfung" zurücknehmen, ich will sagen, wunder Fleck, der schließlich zu einer Krankheit ausarten könnte (lebhafter Widerspruch). Sie wissen, daß ich mit Grillenberger einen Streit hatte. Ich will Ihnen zeigen, wie uns gegenüber eine Abschlachtung vor sich geht. Grillenberger, den ich nur oberflächlich gesehen und dem ich nur einmal guten Abend gesagt, über den ich vorher kein Wort gesprochen und den ich nachträglich in einer Versammlung sogar in Schutz genommen gegen einen nicht anständigen Angriff — er hat mich in Nürnberg des Geschäftssozialismus beschuldigt. Ich

habe jeder Zeit auf dem Posten, wo ich stand, meine Schuldigkeit gethan (Zustimmung bei einem Theil der Berliner Delegirten). Ich glaube auch nicht, daß der Abgeordnete Grillenberger schuld ist, sondern es hat sich eine Zwischenperson zwischen die Parteileitung und die Berliner Genossen eingedrängt, wofür ich den Beweis bringen werde. Diese Zwischenperson hat sich nur ein gutes Ansehen geben wollen, um die Berliner Genossen bei der Parteileitung in Mißkredit zu bringen. Ich werde diese Person nachher in der Kommission namhaft machen. Nun ein Wort über meinen „Geschäftssozialismus". Als ich wegen meiner Agitation aus allen meinen Stellungen in Berlin entlassen wurde, wandte ich mich an das Berliner Volksblatt um die Stelle als Maschinenmeister. Die Stelle war frei, ich wollte Niemand verdrängen. Da wurde mir gesagt, Ihre Ansprüche sind um 3 Mark zu hoch, das kann das Parteiblatt nicht tragen (große Unruhe; Rufe: Unwahrheit! Lüge!). Ich rufe den Herrn Bading, als Drucker des „Volksblatt", zum Zeugen an, mit dem ich eine Unterredung gehabt, daß das keine Lüge ist. Ich war nun genöthigt, mich selbständig zu machen, weil ich dort keine Arbeit bekam. Nach kurzer Zeit stand in der „Fränkischen Tagespost" eine Briefkastennotiz: „leider ist es nur zu wahr, daß es in Berlin Geschäftssozialisten giebt; die Adresse des Briefschreibers, der uns dies mittheilt, steht zur gefälligen Verfügung". Ich wandte mich an Grillenberger mit dem höflichen Ersuchen, er möchte mir die Adresse des betreffenden Parteigenossen mittheilen. Darauf erhielt ich folgende Karte: „Die bewußte Adresse steht für Parteigenossen zur Verfügung, für Sie nicht." (Rufe: Pfui!) Es sollte nicht in der Partei die Gewohnheit Platz greifen, Andere mit Schmutz zu bewerfen. Ich habe der Parteileitung noch ganz andere Dinge vorzuwerfen. (Bebel: heraus damit!) Sie Alle wissen, wie gegen den jetzigen Abgeordneten Schippel, früherem Parteigenossen zweiter Güte, vorgegangen wurde. Einige hervorragende Parteigenossen haben sich nicht entblödet, die Berliner Volkstribüne als Polizeiblatt hinzustellen. (Sehr richtig!) Sie haben die Person des Redakteurs beschimpft. Wenn man diesen Terrorismus weiter gehen läßt, dann ist es schade um unsere Partei. Diese Abschlachtung durch einzelne Abgeordnete und durch die Parteileitung dürfen wir nicht noch länger dulden. Wir müssen uns darüber beschweren, daß unsere Abgeordneten zur ausländischen Presse gehen und in derselben Jeden, der es wagt, ihnen Opposition zu machen, heruntermachen, daß sie von unsauberen Elementen in der „Volkstribüne" sprechen u. s. w. Ein Abgeordneter hat in einer Arbeiterzeitung geschrieben: seht Euch diese Leute einmal an, sie haben die bekannten Beziehungen zum Molkenmarkt. Ich fordere die Parteigenossen auf, uns zu beweisen, daß wir Schurken und erkaufte Verräther unter uns haben. Wir protestiren ganz energisch gegen ein der-

artiges Gebahren einzelner Abgeordneten. Die Parteileitung hätte dagegen eintreten müssen. Ich werde die vorhin erwähnte Karte, damit ich nicht der Fälschung geziehen werde, hier zirkuliren lassen.

Leutert-Apolda: Die Genossen aus der Provinz haben gar kein Interesse daran, daß auf dem allgemeinen Parteitag persönliche und lokale Fragen in verletzender und beleidigender Form erörtert werden. Darüber mag eine Kommission entscheiden. Dies Forum ist zu heilig, als daß wir damit unsere Zeit vergeuden.

Theiß-Hamburg: Ich halte es den persönlichen Gefühlen der Berliner Genossen zu Gute, wenn sie in recht derber und aufgeregter Weise ihre Angelegenheiten erörtern. Es wird doch nicht so ohne Weiteres möglich sein, über diese Dinge hinwegzukommen, wie der letzte Redner meinte. Ich habe hier insbesondere die Postkarte Grillenbergers im Auge. Immerhin gehört doch der durch dieselbe schwer gekränkte Berliner Genosse zu uns, sonst hätte man ihn nicht nach hier gesandt. Er muß also das Vertrauen der Genossen genießen. Ich möchte aber bitten, daß wir diesen leidenschaftlichen, förmlich gehässigen Ton zu vermeiden suchen. Kehren wir mehr den Genossen heraus! Schließlich möchte auch ich um Aufklärung bitten, weshalb die Fraktion in der Frage des ersten Mai so spät das Wort ergriffen hat.

Wilschke-Berlin: Den Vorwurf, den Werner Bebel wegen der Lips-Versammlung machte, muß ich entschieden zurückweisen. Wäre eine Versammlung aus dem Kreise der internen Genossen einberufen worden, so hätte man denselben Vorwurf erhoben wie in Dresden, wo durch Zirkular eingeladen war. Alle, welche in jener Versammlung und in der Nähe Bebels waren, werden den Eindruck gewonnen haben, daß er eine Schlichtung herbeizuführen suchte.

Betreffs der Thätigkeit des Parteivorstandes zum 1. Mai muß ich dem Genossen Werner beipflichten. Durch die Erklärung der Fraktion wurden die großen Hoffnungen, die man auf den 1. Mai gesetzt und zu denen man schon Vorbereitungen getroffen hatte, zunichte gemacht. Die Aufregung darüber war in den Berliner Gewerkschaften eine sehr große. Ebenso verhält es sich mit der Haltung der Parteileitung in der Frage der Stichwahl. Auf dem St. Gallener Parteitage und auch bei anderen Gelegenheiten ist die freisinnige Partei mit den anderen bürgerlichen Parteien als die eine reaktionäre Masse bezeichnet worden; wir hatten deshalb keine Ursache, dieser Partei eine Begünstigung zu Theil werden zu lassen und für sie einzutreten.

Von einer Versumpfung der Partei kann darum jedoch keine Rede sein. Tritt eine Versumpfung ein, dann ist nicht der Parteivorstand oder die Parteileitung schuld, sondern es sind diejenigen Genossen schuld, die sie eintreten lassen. Einzelne Fehler lassen

sich leicht korrigiren; dagegen muß ich allerdings Verwahrung einlegen, daß man, wie es von dem Leipziger „Wähler" geschehen ist, unsern Freund Schippel als Anarchisten oder dergleichen bezeichnet. Wenn wir Freunde Schippels sind, nun, ist das ein Fehler? Ich bin noch heute sein Freund. — Die Ausführungen Werner's zeigen, daß es unbedingt nothwendig ist, eine Kommission zur Prüfung der ganzen Angelegenheiten niederzusetzen.

Inzwischen ist folgender Antrag eingegangen:

Die Versammlung wolle eine Kommission, bestehend aus neun Personen, einsetzen zur Untersuchung der vom Genossen Werner vorgebrachten Beschwerden

a) gegen den Genossen Grillenberger,
b) gegen das von ihm der Kommission zu benennende Mitglied, das sich zwischen die Parteileitung und Berlin gedrängt haben soll,
c) gegen seine Behandlung bei Bewerbung um Anstellung im „Volksblatt",
d) gegen zu scharfes Vorgehen gegen Genosse Schippel,
e) gegen ungerechte Bezeichnung Berliner Genossen als Spitzel.

Arthur Stadthagen.

Unterstützt durch Wilschke, Klein, Janiszewski, Porges, Hirsch, Plasse, Wurm.

Emmel-Frankfurt a. M.: In Bezug auf die Maifeier ist der Fehler gemacht worden, daß die Fraktion nicht sofort Stellung nahm, als in den großen Versammlungen in Berlin und Hamburg beschlossen wurde, am 1. Mai zu feiern. In der Resolution der Fraktion war freilich gesagt worden, daß man am 1. Mai feiern könnte, aber der moralische Eindruck konnte nicht erzielt werden, wenn die Demonstration nicht großartig ausfiel. Daran war aber nach Bekanntwerden der Resolution der Fraktion nicht mehr zu denken. Es wird darauf zu sehen sein, eine derartige unsichere Haltung in Zukunft zu vermeiden.

Wenn die Fraktion in der letzten Stunde vor den Stichwahlen für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen anrieth, so billige ich das prinzipiell eigentlich auch nicht. Es war ein Verstoß gegen den St. Gallener Beschluß. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Wähler in den einzelnen Kreisen bei den Stichwahlen doch für den Freisinnigen gestimmt hätten. Daß wir offen als Partei eintreten für eine andere Partei, würde ich entschieden mißbilligen; wenn aber die Genossen einmal wählen, dann mögen sie wenigstens für einen Kandidaten stimmen, der nicht mit der Regierung durch Dick und Dünn geht. So wollen wir es auch künftig halten; aber wir beanspruchen keine Gegenleistung, wir verzichten auf alle Kompromisse.

Die Gründung eines Organs für die ländlichen Arbeiter würde ich mit Freude begrüßen. Es müßten aber schon vorher, sobald wie möglich, Flugblätter für die Landleute und besonders für die katholischen Gegenden zur Bekämpfung der Zentrumspartei massenhaft verbreitet werden.

Schulze-Erfurt: Wir müssen Alle wünschen, daß der Streit zwischen den Berliner Genossen und der Fraktion endgiltig gelöst werde. Die Ursache des Streits liegt darin, daß ein Theil der Genossen sich noch nicht in die neuen Verhältnisse nach dem Sozialistengesetz hat finden können. Wenn der Parteitag erst gesprochen hat, dann werden alle Mißverständnisse schwinden.

Auch ich kann es nicht billigen, daß in Bezug auf die Maifeier von der Fraktion abgewinkt ist. Wäre sie großartig und unbeeinflußt vor sich gegangen, die Maßregelungen wären mindestens nicht größer gewesen als es der Fall war. Aus unserem Zwiespalt schöpften unsere Gegner den Muth, um gegen die Arbeiter, die trotzdem feierten, Front zu machen. Wäre in ganz Deutschland gefeiert worden, wo hätte man die Streikbrecher für Hamburg herbekommen? Doch denken wir lieber an die Zukunft. Da möchte ich Ihnen zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht zweckmäßig wäre, auch ein Blatt für Arbeiterinnen herauszugeben, welches der Provinzialpresse zum Herstellungspreis als Sonntagsbeilage überlassen werden könnte.

Was die Agitation betrifft, so müssen besonders das Land und die Industriedörfer berücksichtigt werden.

Zapay-Marburg: Auch wir in Hessen sind der Ueberzeugung, daß für die ländliche Bevölkerung etwas geschehen muß, wenn anders wir Böckels Agitation gegenüber nicht in einzelnen Distrikten zurückweichen sollen.

Was den 1. Mai betrifft, so war es sehr gut, daß die Fraktion abwiegelte, denn unsere Gegner haben nur auf einen Vorwand zu Maßregelungen gelauert. Deshalb war es gut, daß es in das freie Ermessen der Arbeiter gestellt wurde, zu feiern oder nicht. Ich bin von Marburg besonders beauftragt worden, dies hier zu erklären. Außerdem bin ich beauftragt worden, dahin zu wirken, daß in dem Programm die Bestimmung stehen bleibt: Die Religion ist Privatsache.

Frau Ihrer: Die Vorbereitungen zur Herausgabe einer Frauenzeitung sind nahezu abgeschlossen; es bedarf nur noch der Zustimmung meiner Genossinnen. Beilagen in der Form von Unterhaltungsblättern haben gar kein Resultat erzielt, sie dienen nur zur Unterhaltung der Frauen, wie viele andere Klatschblättchen auch. Uns thut eine wirkliche Frauenzeitung noth, und nach den mir gewordenen Mittheilungen bin ich sicher, daß die Frauen diese Zeitung auf der Höhe der Zeit erhalten werden (Bravo), vorausgesetzt, daß die

Genossen uns in der Weise unterstützen, daß sie ihre eigenen Frauen dafür anregen. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn der Mann seiner Frau sagt, wir halten ja schon eine Zeitung, dann ist alle unsere Mühe vergebens. Auf dem Pariser Congreß sind alle Genossen verpflichtet worden, die Frauenbewegung in jeder Weise, also geistig und materiell, zu unterstützen. Was ist bisher geschehen? Von Seiten der Männer, mit wenigen, rühmlichen Ausnahmen, so gut wie nichts. Wir Frauen haben noch keine Fonds, und man hat uns gesagt: Ihr könnt nicht zum Parteitag entsandt werden, weil Ihr keine materiellen Mittel habt. Ja, da hättet Ihr Männer die Pflicht, für uns einzutreten. Wir wollen keine Extrabewegung für die Frau, keinen Sport; wir wollen nur die allgemeine Arbeiterbewegung unterstützen, rechnen dann aber auch auf Eure Unterstützung. Also behandeln Sie uns nicht so kühl abweisend, und unterstützen sie uns materiell. Wir haben ein Recht darauf, von Ihnen als vollberechtigte Genossinnen behandelt zu werden. Unterstützen Sie uns materiell und geistig, das wird seine Früchte tragen. Es handelt sich hier nicht um Spielereien, sondern um den vollen Ernst der Zeit! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Schluß 1 Uhr

---

Nachmittagssitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Dietz, welcher die Schriftführer Ernst-Berlin, Schwartz-Lübeck und Oertel-Nürnberg auf das Büreau beruft.

Die Diskussion über Punkt 1 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Es sind ca. 40 Redner gemeldet.

Germer-Groitzsch: Mit Freuden begrüße ich, daß unsere Agitation jetzt die ländlichen Kreise kräftiger in Angriff nehmen soll. Es muß dort in der That in Zukunft viel mehr geschehen. Populär gehaltene Flugblätter müssen die Vorarbeit besorgen. Wir dürfen nicht hoffen, daß das Organ, welches wir für die ländlichen Arbeiter erscheinen lassen, von denselben auch sofort gehalten wird: im Sommer haben die Leute kaum Zeit zum Lesen, und wenn sie dafür noch Geld ausgeben sollen, thun sie es erst recht nicht. Also muß für unentgeltliche Lektüre gesorgt werden, zunächst auch auf dem von Berlin empfohlenen Wege, die gelesenen Blätter aufs Land zu schicken und so den Landarbeitern Gelegenheit zu geben, sie zu studiren. Auf dem flachen Lande, wo Industrie fehlt, ist die Agitation besonders schwierig; dort hat man stellenweise unsere Genossen fürchterlich mißhandelt. Auch hier muß besonders in der ersten Zeit durch Flugblätter vorgearbeitet werden.

Ein inzwischen eingelaufener Antrag Guttenstein und Genossen, die Differenzen der Berliner Genossen vollständig von der Diskussion zu trennen, wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende darauf verwiesen, daß der Antrag Stadthagen ausdrücklich mit zur Debatte gestellt ist.

Metzner-Berlin I: In den beiden Fragen des Verhaltens der Fraktion zum 1. Mai und betreffs der Stichwahlen habe ich klarzustellen, daß die von Werner als Berliner vertretene Anschauung nicht von allen Berliner Genossen getheilt wird. Im I. Wahlkreise, und auch in mehreren anderen, ist man mit dem Für und Wider kurz vor dem 1. Mai nicht einverstanden gewesen; aber darin, ob der Fraktion lediglich die Schuld hierfür beizumessen sei, gingen die Ansichten weit auseinander. Ein großer Theil der Genossen stand und steht auf dem Standpunkt, daß der erste Schritt zum Auseinandergehen der Anschauungen von der „Berliner Volkstribüne" gethan worden ist. Sie meinen, dieses Blatt hätte sich vorher näher bei der Fraktion informiren müssen. Ein Fehler ist damit begangen worden, daß das Protokoll des vorjährigen Pariser Kongresses, welches den bezüglichen Beschluß enthielt, so spät an die Oeffentlichkeit gelangt ist. Denn aus diesem Protokoll hätte mit Leichtigkeit ersehen werden können, daß der Beschluß nicht so strikte auf allgemeines Feiern lautete. Auch bezüglich der Stichwahlen waren in Berlin die Meinungen sehr getheilt. Vielfach aber hat die Ansicht vorgeherrscht, daß in der Aufforderung der Fraktion ein Verstoß gegen den Beschluß von St. Gallen nicht gefunden werden kann. Auch ich habe dieses taktische Vorgehen dahin aufgefaßt, daß möglichst das Kartell gesprengt werden sollte. Lautet das Urtheil jetzt anders, weil wir wiederum vor einem Kartell stehen, so ist das Urtheilen nach vollzogenen Thatsachen bekanntlich leichter, als vorher. Man ist stets klüger, wenn man vom Rathhause kommt. Ich bestreite nun aber entschieden, daß gerade diese beiden Punkte die Opposition in Berlin hervorgerufen haben. Die Opposition ist viel älteren Datums, sie ist Jahre lang früher schon vorhanden gewesen; schon vor 4 Jahren hat sie sich breit gemacht, indem sie dem St. Gallener Beschluß eine ganz andere Auslegung gegeben hat, als er sie zuläßt. Die Opposition ist damals schon gegen die Stadtverordnetenwahlen mit einem gewissen Terrorismus aufgetreten. Ebenso in jüngster Zeit, wo große Versammlungen mit erdrückender Mehrheit für die Betheiligung entschieden, erklärte Werner gerade heraus, er füge sich nicht; für dieses Mal allenfalls noch, aber im Allgemeinen müsse er auf seinem Standpunkte beharren. Die Opposition hatte sich also gewissermaßen in Permanenz erklärt; sie benutzt die erwähnten beiden Beschwerdepunkte nur als Vorwand. Der Kommission muß das Material, wenn sie gründlich prüfen soll, auch vollständig geliefert werden. Wenn hier gefolgert worden ist, daß

der Zwiespalt des 1. Mai die wesentliche Ursache der späteren Maßregelungen geworden sei, so gebe ich zu bedenken, daß, selbst wenn die Fraktion die Parole „allgemeine Feier" ausgegeben hätte, dieselbe doch den gewünschten imposanten Charakter nicht würde getragen haben, weil die gewerkschaftliche Organisation noch nicht so weit gekräftigt ist, um jeden Einzelnen, mindestens aber die große Masse vor Maßregelungen zu schützen. Ich besorge leider, daß, wenn der Parteitag entschieden Stellung gegen die Opposition nimmt, diese nicht nur nicht aufhören, sondern neue Anknüpfungspunkte finden wird. In der Sache selbst bitte ich die Einsetzung einer Kommission zu beschließen, und diese Kommission möge unparteiisch und streng prüfen! (Lebhafter Beifall.)

Volderauer-Karlsruhe: Das Referat Bebels ist mit Unrecht als einseitig bezeichnet worden. Was uns Bebel über die Vorgänge in der Partei während 12 Jahre in einer Stunde berichtet hat, war nicht einseitig, sondern sehr vielseitig, namentlich was unsere Aufgaben für die Zukunft betrifft; und damit haben wir uns doch vor allem zu befassen. Bezüglich des Vorwurfs der zu späten Ausgabe der Parole zum ersten Mai meine ich, die Parteileitung hat sich zunächst über die Verhältnisse im ganzen Lande, über die Stimmung in den einzelnen Gewerkschaften orientiren wollen; die Parole, so spät sie kam, war die einzig richtige. Man darf die Berliner Gewerkschaften nicht mit denen bei uns im Süden vergleichen. — Bei den Stichwahlen ist es uns in Baden gerade durch die angerathene Taktik gelungen, den Liberalismus völlig aus dem Felde zu schlagen; selbst den Wahlkreis Karlsruhe haben wir uns näher gebracht. Seit dem St. Gallener Kongreß haben sich eben die Verhältnisse, und mit ihnen die Ansichten, erheblich geändert. Die Thätigkeit der Parteileitung bitte ich in Zukunft dahin zu lenken, daß alle Kraft auf die Wahlkreise verwandt wird, wo die Genossen am Platze zu schwach sind. In diesem Punkte hätten wir Grund zu klagen; wir machen aber doch keine Opposition, denn wir wissen, daß die Leitung alles thut, was irgend in ihrer Macht steht. Die Berliner würden ihrer Sache viel mehr dienen, wenn sie sie mit größerer Ruhe und ohne alles Hereinziehen persönlicher Momente vorbringen würden. Ich muß mich ganz entschieden gegen solche Zeitvergeudung erklären. (Beifall.)

Grenz-Chemnitz: Auf die beiden taktischen Fragen wird Bebel wohl noch näher eingehen. Ich denke über dieselben ähnlich wie Werner; aber dieser würde seiner Sache mehr Sympathieen erwerben, wenn er nicht immer auf die Fraktion hinwiese, als auf den Bösewicht, der da wieder diese oder jene große Sünde begangen habe. Auch die Parteileitung ist nicht unfehlbar. Wie gerade die Berliner die Schuld für den ersten Mai der Parteileitung zuschreiben wollen, verstehe ich nicht. Diese tüchtigen

Berliner Genossen hätten doch selbstständig etwas Verständiges leisten können. Aber wenn sie nicht geführt werden, gehen sie umher wie die irrenden Schafe (Heiterkeit); das zeigt, daß sie der Führung und Leitung noch sehr bedürftig sind. Im sächsischen Erzgebirge sind wir verständiger vorgegangen. Wenn in Versammlungen die Inscenirung großer Streiks beschlossen wird, so genügt uns das nicht; wir haben Fragebogen an alle Arbeiter verschickt, wodurch wir einmal Zeit gewinnen, und dann auch die wahre Meinung der Arbeiter erfahren wollten. Es ergab sich, daß zwei Drittel aller Arbeiter gegen die Feier waren. So hätten sich doch die Berliner Genossen, welche sonst so sehr vorneweg sind, auch einmal ohne den Rath der Fraktion behelfen können! Für das Vorgehen der Fraktion bezüglich der Stichwahlen glaube ich herausgefunden zu haben, was sie uns hat sagen wollen: Wenn wir über einen recht sumpfigen Graben hinüberspringen wollen und nicht mit einem Satz hinüberkommen können, dann sollen wir erst einmal in der Mitte festen Fuß fassen; wir können die Arbeitermassen nicht sofort zur Sozialdemokratie hinüberziehen, sondern müssen unter Umständen auch einmal unter den bürgerlichen Parteien das kleinere Uebel, z. B. die Freisinnigen, wählen. Schippel ist leider von verschiedenen Seiten ganz gefährlich verdächtigt worden. Von einigen Freunden aus dem hohen Norden ist wörtlich gesagt worden: „Paßt mal auf, was das werden wird!“ Auf Grund der Schreibweise der „Volkstribüne“ ist ihm zur Last gelegt worden, daß er irgendwie mit einer anderen Gesellschaft zusammenhängen müsse und dergleichen. Schippel hat, glaube ich, gezeigt, daß er zu uns gehört; er hat so agitirt, daß ihm die Agitation neun Monate eingebracht hat. Die Klagen der Berliner über die schwere Arbeit, die sie hätten, sind unberechtigt. Sie sollten mal in die Bezirke gehen, wo nicht immer 2000 Mann in einer Versammlung anwesend sind, wo die Leute einzeln belehrt werden müssen. — Redner spricht sich weiter für eine rege Landagitation und für eine eigene Frauenzeitung aus.

Franz Berndt-Berlin IV: Genosse Metzner hat schon zutreffend bemerkt, daß man nicht glauben solle, es ständen alle Berliner Parteigenossen durchgehends zu der Ansicht von Werner und Wildberger. Ich bestätige hier, daß ich trotz meiner abweichenden Ansichten mit der größten Majorität gewählt worden bin. Ich muß auch dagegen protestiren, daß Werner so thut, als spräche er hier für die gesammten Berliner. Er ist nicht in Berlin, sondern in Teltow-Beeskow gewählt. Hört man ihn, so muß man meinen, in Berlin sei nur Pech und Schwefel vorhanden, dort sei alles gewillt, gegen die Fraktion zu gehen. Wenn Werner sagt, die Berliner leiden an Oppositionswuth, so sage ich aus voller Ueberzeugung: zum Theile trifft das zu; aber die Berliner Opposition

ist eine künstlich erzeugte, erzeugt von einigen wenigen Personen (Zurufe), diese Ueberzeugung kann mir niemand aus dem Herzen reißen (sehr gut! und Beifall). Berlin ist keineswegs das Heerlager der Opposition. Man sollte diesen Leuten tiefer ins Herz, in die Augen sehen, ihre Intelligenz prüfen. Wenn ich oder ein anderer mit der Fraktion sich einverstanden erklärt, muß es da nicht sehr unangenehm berühren, wenn es dann immer heißt: man tutet in das Horn der Fraktion mit hinein? Versammlungen, die zu demselben Resultat kommen, spricht man Urtheil und Verständniß ab, nennt sie nach der Theorie des Herrn Wille eine Hammelheerde! Dagegen protestire ich; ich folge der Vernunft! (Bravo!) Bezüglich der Stichwahlen hat nicht die Fraktion, nicht die Parteileitung einen Fehler gemacht, sondern die Genossen, welche auf dem St. Gallener Parteitage den Enthaltungsbeschluß faßten. Unsere Taktik muß sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen; wir sind eine Partei der Entwicklung. Thoren wären wir gewesen, wenn wir angesichts der Ergebnisse des 20. Februar nur an dem alten Grundsatz hätten festhalten wollen. Das Vorgehen der Parteileitung war also völlig motivirt. Was den 1. Mai betrifft, so sollte Genosse Werner doch mal selbst in sich gehen. Heute war der Kongreß in Paris geschlossen, übermorgen schon fanden in Berlin Versammlungen statt, in denen sofort beschlossen wurde, den 1. Mai zu feiern, ohne genau zu wissen, wie denn der Kongreßbeschluß eigentlich lautete. Das wirkte epidemisch; überall ging der Antrag durch, den 1. Mai zu feiern. Man war förmlich wild. Vielen andern aber kam auch schon damals der Gedanke, ob ein gemeinsames Feiern am 1. Mai nicht zu Scenen führen könnte, die der Einzelne dann schwer verantworten müßte. Das ist meine und zahlreicher Genossen Ueberzeugung, die Ueberzeugung der Majorität der Berliner Genossen, die spreche ich aus und bitte deshalb, nicht von uns zu sagen, das sei blos eine Horntuterei gewesen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird von zwei Seiten der Schluß der Debatte beantragt und ausreichend unterstützt.

Nachdem Pittak für und Horn-Löbtau gegen den Schluß gesprochen, wird der Antrag abgelehnt.

Gewehr-Elberfeld: Diese unerquicklichen Streitereien sind auch eine Folge des Ausnahmegesetzes, welches das Spitzelsystem großgezogen hat. Berechtigte Beschwerden und persönliche Häkeleien werden mit einander vermengt. Viele Parteigenossen glauben, es sei Manchem blos darum zu thun, dieses oder jenes Mitglied der Fraktion zu stürzen. Nur ein Vorwurf gegen die Fraktion ist nicht so ganz unbegründet, das betrifft den 1. Mai. Thatsächlich ist der Vorschlag der Fraktion zu spät gekommen. Dagegen kann ich im Verhalten der Fraktion zu der Stichwahlfrage einen Fehler nicht

erblicken. Weiter will Redner die Landagitation nicht blos durch Blätter, sondern auch durch geeignete Personen betrieben wissen, die von der Partei pekuniär zu unterstützen seien.

Fell-Leipzig: Redner findet, daß die Beschwerden Werners einfach auf gewöhnliche Zänkereien hinauslaufen. Die Maifeier sei schwerer durchzuführen, als sich Mancher träumen lasse. Unsere Abstimmung möge beweisen, daß wir mit der Amtsführung der Parteileitung voll und ganz einverstanden sind. (Beifall.)

Zum zweiten Mal wird der Schluß beantragt.

Behrend-Frankfurt a. O. spricht für den Schluß, indem er konstatirt, daß noch 50 Redner eingetragen sind. Wenn wir sie alle hören wollen, brauchen wir noch 3 Tage, ohne in der Sache weiter zu kommen.

Wesch-Crefeld erklärt sich gegen den Schluß. Er sei beauftragt, den Willen seiner Wähler dem Parteitage darzulegen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Grillenberger: Werthe Parteigenossen! Ich will auf die Vorwürfe gegen die Parteileitung nicht eingehen, das wird von Bebel noch besorgt werden. Ich muß aber auf die Angriffe Werners gegen mich zurückkommen, nachdem ich in solcher Weise herausgefordert worden bin. Die Erklärungen von Metzner und Berndt überheben mich eines Theils der Abwehr; ich hatte die Absicht, vor Allem nachzuweisen, daß die Berliner Opposition nicht Sache der Berliner Genossen, sondern Sache eines kleinen Kreises derselben ist. Werner behauptet nun, er sei von mir des Geschäftssozialismus beschuldigt worden, ich hätte die Berliner Genossen Spitzel genannt, und beschwert sich über die verlesene Postkarte. Die Sache mit letzterer ist vollständig richtig. Ich für meine Person erlaube mir eben, den Herrn Werner nicht als Parteigenossen anzuerkennen. Das ist mein privates Recht und das habe ich ihm privatim mitgetheilt. Nicht öffentlich, trotzdem er mich vorher aufs Gröbste im „Volksblatt" beschimpft hatte. Als etwas später der Berliner Genosse Tempel an mich schrieb, habe ich ihm sofort Auskunft gegeben. Auch ich hätte mich lieber mit den Streitereien, welche von einer Anzahl jüngerer Elemente in der Partei, angesichts des Zuendegehens des Sozialistengesetzes vom Zaune gebrochen wurden, nicht befaßt; aber die Provinzialpresse hat die Angriffe der „Jungen" so behaglich ausgeschlachtet und dadurch in unsere Reihen Verwirrung gebracht, daß es nothwendig wurde, dazu Stellung zu nehmen. Da habe ich denn öffentlich darauf hingewiesen, daß jetzt wieder Elemente auftauchen, wie vor dem Ausnahmegesetz, welche die Sozialdemokratie als Sport betreiben. Junge Studenten, Litteraten u. dgl., welche seinerzeit beim Erlaß des Ausnahmegesetzes zum Theil — nicht Alle — merkwürdig rasch verschwanden. Ich

warnte, vor solchen Elementen auf der Hut zu sein. Ich frage Sie Alle, ob nicht das radaumäßige Treiben gewisser Berliner Elemente, die unter allen Umständen die Fraktion zu verdächtigen suchten, namentlich bei der Ausnutzung und Ausschlachtung dieser Vorgänge durch die gegnerische Presse, als eine Schmach für die Partei anzusehen war! (Stürmische Zustimmung.) Wenn man, wie ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter, Jahr für Jahr seit 10 Jahren eine lange Reihe von Monaten in Berlin weilt, da bekommt man auch einen Einblick in das dortige Treiben, da lernt man die guten, braven Parteigenossen schätzen, aber auch die andern richtig würdigen. Nicht um die beiden Punkte handelt es sich bei der Berliner Opposition, welche jetzt in den Vordergrund gestellt werden; nein, seit Jahren schon wird bei jeder Gelegenheit die Fraktion von der Berliner Klique angegriffen und heruntergezogen, nicht mit objektiver Kritik, sondern stets gehässig und mit verdächtigenden Unterstellungen. Angesichts solches Treibens habe ich erklärt, daß vielleicht unehrliche Elemente hinter den Kulissen die Hand im Spiele haben möchten. In einer Versammlung im sechsten Wahlkreise hieß es z. B., Bebel und die anderen Abgeordneten verkehrten zu wenig mit den Berliner Parteigenossen; darauf erwiderte ich, das habe seine Richtigkeit; aber es habe in Berlin eine Zeit gegeben, *wo man nicht sicher war, ob unter drei Genossen*, wenn man mit ihnen zusammen war, *nicht ein Spitzel sich befand*. Damit sollten nicht die Berliner Genossen verdächtigt werden, wie man mir unglaublicherweise unterstellte, sondern ich wollte nur die Zustände, wie sie sich in Folge der infamen Spitzelzucht in Berlin herausgebildet hatten, charakterisiren. Kein Berliner Genosse, der nicht mit der Werner-Klique ein Interesse daran hat, Verwirrung in unsere Reihen zu tragen, wird die Richtigkeit meiner Behauptung bestreiten. Aber auch Niemand, außer Werner, wird aus der Konstatirung der Thatsache, daß die Spitzelbrut sich überall einzuschleichen suchte, eine Verdächtigung der Berliner Genossen, als seien es lauter Spitzel, herausfinden. Wenn es nicht Werner gethan hätte, ich selbst würde eine Untersuchungskommission beantragt haben, und vor derselben werde ich die Beweise für meine Behauptungen erbringen. Herr Bruno Wille, der noch gar nicht als Parteigenosse zu betrachten war, der erst abwarten wollte, ob er eine Lehrerstelle bekäme, in welchem Falle er der Partei nicht beitreten zu können erklärte (Heiterkeit), trat plötzlich auf, sprach von Korruption, Versumpfung u. dgl. Dadurch veranlaßt, erklärte ich, Wille habe vielleicht den Begriff des Geschäftssozialismus von seinem Freund Werner kennen gelernt. Gegen das „Volksblatt" erhebe ich den Vorwurf, daß es eine Erklärung Werners brachte, welche mich gröblich beschimpfte, meine Erwiderung aber unterdrückt hat. Trotz dieser Vorkommnisse kommt Herr Werner später und verlangt von mir die Nennung

jener Adresse! Da schrieb ich ihm, was hier verlesen worden ist. Ich beanspruche als mein Recht, Diesen oder Jenen als würdig anzuerkennen, Parteigenosse zu sein. So wenig ich Stöcker oder Most als Parteigenossen anerkenne, so wenig lasse ich mir oktroyiren, Werner als würdigen Genossen anzuerkennen. Es liegen noch andere Dinge gegen ihn vor (Werner: heraus damit!) in allgemein menschlicher Beziehung, für die ich auch der Kommission Beweise bringen werde. (Andauernder Beifall und Zischen; fortdauernde Bewegung.)

Stolle-Gesau: Es ist das Recht des Parteitages, an der Parteileitung Kritik zu üben; aber Werner ist weit über dieses Recht hinausgegangen. Er hat seine Kritik mit Persönlichkeiten vermischt, die absolut nicht hierhergehören. Was hat die Parteileitung mit der „Volkstribüne“ zu thun gehabt? Nichts! Was gehen Werner's persönliche Angelegenheiten mit dem Drucker des „Volksblatt“ den Parteitag an? (Sehr richtig.) Alle diese Privatsachen sind in der Komission auszufechten. Wenn endlich der Leipziger „Wähler“ Stellung genommen hat gegen die „Tribüne“, mag sie scharf gewesen sein oder nicht, so geht das wiederum die Parteileitung gar nichts an. Wir haben ja noch den Punkt „Presse“ auf der Tagesordnung; sehen wir also jetzt davon ab. Auch Werner soll beweisen, daß ihm die Parteiangelegenheiten höher stehen, als seine eigenen. (Beifall.)

Liebknecht: Ich werde das Persönliche möglichst vermeiden und mich auf die Kritik der gegen die Parteileitung und Fraktion von der Opposition erhobenen Angriffe beschränken. Zunächst bin ich selbst hier herangezogen worden im Zusammenhang mit einem Artikel des „Wähler.“ Mein Name ist zwar nicht genannt, der Artikel ist aber von mir, ich bekenne mich zur Autorschaft. In jenem Artikel sollen die Berliner Genossen anarchistischer Taktik beschuldigt worden sein. Das ist beiläufig nicht der Fall; früher, so heißt es in dem Artikel, als noch anarchistelnde Elemente in Berlin vorhanden waren, wäre diese Taktik der Wahlenthaltung auf fruchtbaren Boden gefallen, — und das ist gewiß richtig, ich habe ja ihre Flugblätter selbst in Händen gehabt. Das Ganze ist aber schon verschiedene Jahre her; der Artikel trifft keinen der jetzigen Leute; man sieht, mit welchen Mitteln hier gearbeitet wird. Die Berliner Genossen aber schieben diese Opposition von den Rockschößen; in 5 Versammlungen, die ich dieses Jahr in Berlin abgehalten habe, ist sie mir niemals entgegengetreten. Da habe ich denn gefunden, daß diese sog. Opposition eine verschwindende Minorität ist, die ich bis jetzt noch nicht zu Gesicht bekommen habe. Ist es nun nicht eine anarchistische Kampfesweise, wenn ich allen Parlamentarismus, die Betheiligung an jeder Thätigkeit auf gesetzlichem Wege für verwerflich erkläre? Was bleibt uns dann

noch übrig? Diese jetzt so unreif vertretene Theorie ist ja schon früher, und zwar viel klarer und viel logischer, von Most gepredigt worden; das sind ja für uns alles „olle Kamellen". Der Fraktion vorwerfen, daß sie nicht mit dem Kopf durch die Wand gerannt ist, heißt ihr das Zeugniß ausstellen, daß sie vernünftig gehandelt hat. Den letzteren Weg gehen vernünftige Menschen, den ersteren gehen Narren! (Bravo.) Wir verwerfen die rohe Gewalt. Und doch ist unsere Partei eine Partei der Revolution, das haben wir niemals verleugnet. Wir wollen die heutige Produktionsform umgestalten; das unterscheidet uns von allen übrigen Parteien. Aber in der Anwendung der Gewalt sind uns doch die Gegner über. Was uns unsere Kraft giebt, ist jene Agitation, welche an die Massen appellirt: unsere Taktik muß ihnen beweisen, daß wir in vernünftiger Weise nach Macht streben, um unsere Ziele zu verwirklichen. Was ist aus dem Appell an die Gewalt geworden? In einem Monat vollendet sich das dritte Jahr, daß die Märtyrer von Chicago am Galgen ihr Leben endeten. Was hat sie an den Galgen geliefert? Die Theorie, welche Gewalt der Gewalt entgegen setzen wollte! Wenn wir uns auf den Boden stellen wollten, dann sind wir verloren. Wenn wir auch stark sind, wohlan, gegen uns stehen 80% der Bevölkerung; wenn wir proklamiren, wir wollen nicht durch Gesetz, sondern durch Zertrümmerung des Gesetzes unser Ziel erreichen; nun wohlan, wir haben 20%, unsere Gegner 80, sie haben die Armee, die Kanonen und die Polizei, sie stecken uns ins Zuchthaus oder besser noch ins Narrenhaus, denn dahin gehörten wir! Gehen wir fort, wie wir begonnen haben, dann wird es besser werden; mit jedem Schritt vorwärts wächst unsere Macht. Wir repräsentiren eine Kraft, und wollen sie nicht durch thörichte Maßregeln einfach verpulvern. Wir wollen nicht für unsere Gegner arbeiten! — Was nun die Correspondenz in einem ausländischen Blatte betrifft, so habe ich die Sache in einer Notiz in einem dänischen Blatte berührt. In der ausländischen Presse war gesagt worden: Jetzt sind diese Parlamentarier alt geworden; das Proletariat, welches sie erweckt haben, drängt sich vor, die „Jungen" fressen mit Haut und Haaren diese Alten auf. Solche Hanswurstiaden glaubten ja unsere Genossen nicht; aber unsere Genossen im Auslande und auch die Gegner mußten über die Lügenhaftigkeit solcher Berichte aufgeklärt werden. Und da frage ich: Ist es ehrenhaft, einen Mann, der unter dem Sozialistengesetz für ein auswärtiges Blatt schreibt, als Korrespondent dieses Blattes zu nennen, das nicht unter deutscher Zensur und nicht unter dem Ausnahmegesetz erscheint? Das ist einfach eine Denunziation! (Sehr richtig!) Dann hieß es noch im Anschluß an diese paar Zeilen, in denen ich die Opposition solchermaßen charakterisirt habe, ich hätte ein Preßbureau. Ich habe mein Urtheil einem auswärtigen Freunde, ich glaube es war Lafargue, geschrieben. Auf

dieses mein Urtheil nahm später ein Artikel im „Temps“ Bezug; ich selbst habe aber für dieses Blatt keine Zeile geschrieben. Auch nicht nach Oesterreich für das Wiener Parteiorgan. Der Genosse, der in dieses Blatt schrieb, hat sich mit seinem Namen als Verfasser des Artikels bekannt. Soll man sich denn, ohne das Recht der Vertheidigung, die Vorwürfe von Korruption und Versumpfung einfach gefallen lassen? War das ein einfacher Scherz von Ihnen? — für so scherzhaft, wie sie selbst sich nehmen, nehme ich sie nicht! Jeder ehrliche Parteigenosse hat selbstverständlich das Recht der freien Kritik. Räsonniren Sie, schimpfen Sie, kritisiren Sie meine Person, es ist mir egal; aber schänden Sie die Partei nicht. Reden Sie nicht von Korruption einer Partei gegenüber, welche alle corrupten Elemente beseitigte, und welche gerade hier den Beweis liefert, daß sie keine unreinen Elemente haben will. **Ich halte den nicht für einen wirklichen Parteigenossen, der die Partei derartig schädigt.** Man soll nach dem Feinde sich richten; als die Herren von der Opposition sahen, wie die gegnerische Presse ihre Opposition aufnahm, da mußten sie stutzend sich fragen: Haben wir recht gethan? Haben wir uns nicht an der eigenen Partei vergangen? Wer sich das nicht gesagt hat, der ist in meinen Augen allerdings kein Parteigenosse, der steht mit dem Herzen außerhalb, der ist ein Feind! (Lebhafter Beifall.)

Heppner-Dresden Land: Redner erklärt die Haltung der Fraktion in der Frage des 1. Mai für ganz korrekt. Wollen einzelne Gewerkschaftsführer die Fraktion für den Wirrwarr verantwortlich machen, so vergessen erstere, daß sie sich erst, bevor sie die Losung für den allgemeinen Feiertag ausgaben, mit der Fraktion hätten verständigen sollen.

Bebel: Einer unserer Genossen hat den bisher nicht erörterten Antrag gestellt, es möchten in Rücksicht auf die günstigen Kassenverhältnisse der Partei die noch ungedeckten Wahlschulden aller Kreise aus der Parteikasse bestritten werden. Diesen Antrag anzunehmen, ist ganz unmöglich, weil wir gar nicht übersehen können, ob die Kasse dazu ausreichen würde. Außerdem können wir nicht wissen, ob nicht manche dieser Kreise dennoch ihre Schuld allmählich werden abtragen können. Auch haben wir diesmal den Wünschen der Parteigenossen in dieser Richtung viel mehr als früher entgegenkommen können; kaum eine Forderung ist verkürzt, viele sind über den geforderten Betrag hinaus berücksichtigt worden. Wenn nun noch einige Wahlkreise mit Schulden vorhanden sind, so mögen diese sich einzeln an die neu zu wählende Parteileitung wenden, dieselbe wird dann prüfen und thunlichst jedem Wunsche gerecht werden. — Ich habe vorhin den Antrag auf Niedersetzung einer Kommission deshalb bekämpft, weil nicht genügend konkretes Material vorhanden sei. Nachdem nun aber der formulirte Antrag Stadthagen einge-

gangen ist, erkläre ich meinerseits, daß ich nunmehr die Wahl einer solchen Kommission befürworte. Werner ist heute mit sehr heftigen persönlichen Vorwürfen aufgetreten, die sich zum Theil durch ihre Kläglichkeit auszeichnen. Ein Mann von seiner Intelligenz hätte sich doch fragen sollen, ob es sich schickt, einen Parteitag von 400 Mann mit solchen Dingen zu behelligen. Ich soll ihm, nach seiner Meinung, in der Versammlung bei Lips nicht geholfen haben, der Opposition genügend Gehör zu verschaffen; Herr Bading hat ihn nicht als Maschinenmeister eingestellt; eine Zwischenperson soll durch ihren Einfluß Fraktion und Berliner Genossen unter einander verhetzt haben. In einem Kaffeeklatschkränzchen würde ich solche Geschichten begreifen; aber das ist noch nicht dagewesen, hier vor der ganzen Welt so etwas als ernsthaften Grund für eine Opposition vorzubringen. Das ist den Herren von der Berliner Opposition zum ersten Male geglückt. Sind das die Beweise für die Korruption, von der Sie Monatelang gesprochen haben? Ueber jene Lips'sche Versammlung verliere ich kein Wort. Interessant war mir, daß Werner, er, der fortgesetzt unter den niedrigsten, gehässigsten, verwerflichsten Angriffen auf meine Person gegen die Fraktion gehetzt hatte, er, der heute hier als Gegner des Personen- und Autoritätenkultus sich aufspielt, dort mich als Autorität anrufen wollte, um ihm und seinen Freunden Gehör zu schaffen. Nun, ich sagte damals, ich thue das nicht; Zubeil ist ja gewählt, die Versammlung zu leiten. Und da will ich bemerken, daß Zubeil seine Aufgabe als Vorsitzender musterhaft gelöst und sein Amt ebenso ernst als unparteiisch führte. Er hatte vieren von der Opposition gegen drei von uns das Wort gegeben. Das war durchaus loyal. Wenn Werner ferner behauptet, die Besucher jener Versammlung seien nicht Berliner Genossen gewesen, sondern solche Leute, die einmal Bebel hätten hören wollen, so kann ich das nicht kontrolliren; aber die Berliner Genossen werden diesen Punkt klarstellen können. Leute, die blos einen von uns hören wollen, machen nicht um 2 Uhr Mittags Feierabend, bringen solche Opfer nicht. Keiner in der Opposition hat uns mit gehässigeren, niedrigeren, verwerflicheren, unwürdigeren Mitteln bekämpft, wie Herr Werner, und ich bitte die Kommission, mich zu vernehmen, da werde ich beweisen, daß ich mit vollstem Recht diese Beschuldigung aussprechen durfte. Nach den heutigen Erfahrungen erkläre ich, daß ich, gleich Grillenberger, Herrn Werner nicht als Genossen ansehe. (Hört, hört!) Er hat dann weiter auf Schippel Bezug genommen. Glaubte Schippel, ihm sei von der Fraktion oder einzelnen Mitgliedern derselben Unrecht geschehen, oder daß das ihm widerfahrene Unrecht nicht in den Fraktionsverhandlungen genügend gesühnt worden sei, so würde er doch selbst an den Parteitag kommen; ich staune, daß Werner es ist, der sich zu seinem Vertheidiger aufwirft. Alle diese Schippeldinge sind drei,

viermal in der Fraktion ausführlichst behandelt worden; schon zu einer Zeit, wo Schippel noch gar nicht in der Fraktion war; er ist davon durch mich genau unterrichtet. War er noch nicht befriedigt, so hatte er gewiß den Muth und das Pflichtgefühl, seine Angelegenheiten vor den Parteitag zu bringen, und brauchte er die Anwaltschaft des Herrn Werner nicht. Das Auftreten der Opposition hat die Partei schwer geschädigt. Meinungsverschiedenheiten sind begreiflich. Glauben Sie nur nicht, daß in der Fraktion lauter Friede und Einigkeit herrschen; wir gerathen auch dort hintereinander. Es stehen sich aber nicht die Alten und die Jungen gegenüber, sondern in der Regel sind es die „Alten" selbst, die am heftigsten aufeinanderplatzen. Aus mehr als einem Munde eines jüngeren Kollegen habe ich es in der letzten Session vernommen: Daß Ihr Alten Euch dermaßen in die Haare geriethet, hätten wir nicht für möglich gehalten; aber es freut uns doch, daß da ehrlich gearbeitet wird! Auf den 1. Mai und unseren Aufruf zu den Stichwahlen komme ich im Schlußwort zurück; ich habe diese Punkte im Referat nicht erwähnt, weil ich wußte, daß sie in der Diskussion doch kommen würden, und weil ich mit der mir zugemessenen knappen Redezeit haushalten mußte. (Andauernder, lebhafter Beifall.)

Wiederum liegen vier Schlußanträge vor, die aber sämmtlich abgelehnt werden.

Gottschalk-Hamburg: Bebels Bericht kann uns nur mit Befriedigung erfüllen. Nothwendig und erforderlich ist es, jetzt mit der Agitation aufs Land hinauszugehen. Auch in Hamburg II ist der Vorwurf erhoben worden, die Parole für den 1. Mai sei zu spät ausgegeben; man sagte sich, die Fraktion wolle wohl gar nicht Stellung dazu nehmen. Das Pariser Protokoll kam zu spät heraus; um so mehr war die Fraktion verpflichtet, mitzutheilen, was denn eigentlich auf dem Kongreß beschlossen war. Deshalb behaupte ich entschieden, daß die Fraktion einen Fehler mit dieser Zögerung begangen hat, wodurch speziell den Hamburgern ein böser Schlag versetzt worden ist. Die Hamburger hatten schon zu viel Vorkehrungen getroffen, sie konnten nicht im letzten Augenblicke Kehrt machen, und das benutzten die Arbeitgeber. So kam es in Hamburg zu der furchtbaren Niederlage in dem großen Streik. Unbedingt wäre das nicht gekommen, hätte die Fraktion rechtzeitig gesprochen. Bezüglich der Stichwahlen erklärt Redner am St. Gallener Beschluß festhalten zu wollen.

Hillmer-Hamburg: Ich kann nicht umhin, die ganze Behandlungsweise, welche wir in Hamburg seitens der Fabrikanten zu erleiden hatten, zum großen Theil auf den verspäteten Beschluß der Fraktion zurückzuführen (Zustimmung und Widerspruch). Ich weiß sehr wohl, daß in Paris nicht beschlossen worden ist, einen allgemeinen Feiertag einzuführen, sondern daß die Art der Demon-

stration jedem Lande überlassen wurde. Nun, die Hamburger beschlossen, da die Fraktion für die deutschen Arbeiter nicht die Initiative ergriff, auf ihre eigene Hand den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Unsere Demonstration hätte auch Erfolg gehabt, wenn der Fraktionsbeschluß nicht hinterher gekommen wäre. Das haben die Hamburger Arbeitgeber benutzt, und da auch ein ganz kleiner Bruchtheil der Arbeiter uns opponirte, so war Zwiespalt in unseren Reihen. Diesen Zwiespalt benutzte der Fabrikantenbund, der sich dort gebildet, um gegen uns vorzugehen. Wir haben nun zwar die Schläge parirt, aber ich möchte für künftige Fälle die Bitte aussprechen, daß dann, wenn wieder eine solche allgemeine Demonstration inscenirt werden soll, die leitenden Persönlichkeiten nicht zu spät auftreten, sondern frühzeitig auf dem Posten sind.

In Bezug auf die Angelegenheit des Herrn Schippel ist thatsächlich seitens einzelner Fraktionsmitglieder in einer unerhörten Weise vorgegangen worden (hört! hört!). Die Berichte über angebliche Korruption in den Reihen der Berliner Sozialdemokratie veranlaßten einen Theil der Hamburger Genossen, eine Kommission zweimal nach Berlin zu senden, um die Sache zu prüfen, respektive um mit der Fraktion Rücksprache zu nehmen. Ferner haben wir uns noch nach Chemnitz, nach dem Wahlkreis Schippels gewendet; in beiden Fällen aber ohne Erfolg. Deshalb halte ich Untersuchung durch eine Kommission für sehr nothwendig, damit die Uneinigkeit aus unseren Reihen ausgemerzt werde.

Es wird wieder Schluß der Debatte beantragt, derselbe aber abgelehnt.

Werner konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er zur persönlichen Bemerkung das Wort verlangt hätte, wenn der Schluß angenommen worden wäre.

Slomke-Bielefeld wendet sich gegen die Doppelkandidaturen. Vollmar habe sich in München und Magdeburg als Reichstagskandidat aufstellen lassen — zwei aussichtsvolle Wahlkreise — und diese Doppelwahl habe viel Arbeit und Geld gekostet. Dazu müsse der Parteitag Stellung nehmen.

Zubeil: Werner hat keine gute Bahn damit beschritten, daß er die Versammlung bei Lips herabzusetzen sucht. Ich habe den Eindruck gehabt, daß sämmtliche Parteigenossen Berlins zu jener Versammlung eingeladen waren. Redner konstatirt nun, daß Bebel erst mit dem Referat betraut wurde, nachdem die Polizei Singer die Versammlung verboten hatte. In Bezug auf die Maifeier kann er Berndt nicht zustimmen, wenn dieser meinte, man habe sich in die Agitation gestürzt, ohne die Pariser Beschlüsse genau zu kennen. Die Arbeiter der meisten Berliner Fabriken waren für die Maifeier, und diese wäre so großartig geworden, wie wir eine ähnliche Demonstration in Berlin noch nicht erlebt haben. Da mit einem

Male kam der Erlaß der Fraktion. Man trat uns nun in den Fabriken entgegen und sagte, in welcher Weise habt Ihr uns hinter das Licht geführt! So hat die ganze Berliner Gewerkschaftsbewegung durch jenen Fraktionsbeschluß einen Schlag erhalten, den wir noch Jahre lang empfinden werden. Diese Schuld kann die Fraktion nicht von sich abwälzen. Redner spricht sich auch gegen den Stichwahlerlaß aus und erklärt, es sehr vermißt zu haben, daß nicht eine öffentliche Einladung der Frauen zu diesem Parteitage erfolgt sei (sehr richtig! bei den Frauen). Man darf der Frauenbewegung nicht entgegentreten, wie es so vielfach geschehen ist. In den meisten Textilstädten ist kein Lohnkampf ohne die Frauen durchzuführen. Die Frauenfrage ist ein wesentlicher Theil der sozialen Frage.

In vielen Punkten theile ich die Ansichten und die Opposition Werner's nicht. Oft haben wir aber auch Grund zu berechtigter Beschwerde, und man sollte nicht über die gesammten Berliner Parteigenossen den Stab brechen. Wir Berliner haben unter den schwierigsten Verhältnissen vom Anfang des Ausnahmegesetzes bis zum Ende furchtlos und unverzagt gearbeitet und wir werden dies auch in Zukunft thun. (Beifall.)

Singer: Ich werde mich auf die gegen einzelne Mitglieder der Fraktion gerichteten Angriffe in diesem Moment nicht einlassen. Ich habe die Ueberzeugung, daß es den Mitgliedern der Fraktion nur angenehm sein kann, wenn in einer Kommission diese Angriffe untersucht werden. Der Kommissionsbericht wird ja ergeben, inwieweit die sogenannte Opposition in Berlin berechtigt war, von einer Korruption in der Fraktion zu sprechen.

Für viel wichtiger halte ich die vorgebrachten Bedenken gegen die Haltung der Parteileitung bezüglich der Stichwahlen und der Feier des 1. Mai. Ich konstatire, daß dies überhaupt die einzigen sachlichen Bedenken sind, welche als gegen die Parteileitung gerichtet betrachtet werden können und die eine Diskussion verlohnen.

Als in St. Gallen der Beschluß gefaßt wurde, den Parteigenossen zu empfehlen, sich bei den Stichwahlen der Abstimmung zu enthalten, gehörten Bebel und ich zu denjenigen, die diesen Beschluß auf das Lebhafteste befürworteten, und es ist charakteristisch, daß Bebel in St. Gallen diesen Antrag gestellt hat. Wir sind damals zu dem bekannten Beschluß gekommen, weil absolut keine Veranlassung war, zu glauben, daß das Sozialistengesetz aufgehoben werden könnte. Wir mußten annehmen, daß es verewigt werden würde und daß wir uns darauf dauernd einrichten müßten. Wir waren in Bezug auf die ökonomische Entwickelung derselben Ansicht wie heute, nämlich, daß unserer Forderung gegenüber auf die Umwandlung der Produktionsweise alle bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Masse bilden.

Nun trat aber etwas Unerwartetes ein. Als uns der Ausfall des Wahlresultats vom 20. Februar nicht nur die Möglichkeit, sondern fast die Sicherheit brachte, daß die Fortdauer des Sozialistengesetzes fraglich sei, als jedenfalls das feststand, daß der Ausweisungsparagraph fallen würde, da mußten wir uns fragen, ob wir nicht einen Verrath gegen die Partei, einen politischen Selbstmord begehen würden, wenn wir durch die Parole auf Stimmenthaltung bei den Stichwahlen die Möglichkeit schafften, daß schließlich doch noch eine Majorität für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stande käme. Aus diesen Gründen und entsprechend den Anregungen, die uns aus vielen, vielen Wahlkreisen gekommen sind, hat das Zentralwahlkomitee damals einstimmig beschlossen, trotz des St. Gallener Beschlusses den Genossen zu empfehlen, für die Kandidaten der Opposition zu stimmen. Wir waren uns bei diesem Beschluß vollkommen bewußt, daß wir dem nächsten Parteitag Rechenschaft würden ablegen müssen; aber wir glaubten nicht Leidenschaftlichkeit, sondern kühle Abwägung der Parteiinteressen walten lassen zu sollen. Wer in der Wahlagitation viel herumgekommen ist, weiß ganz genau, daß in weiten Parteikreisen die Nothwendigkeit anerkannt worden ist, bei der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Zentrumsmann, oder zwischen einem Nationalliberalen und einem Freisinnigen, die Stimme auf den Kanditaten der Opposition zu lenken. Nach unserer Ueberzeugung wäre es gradezu ein Verrath an der Partei gewesen, wenn wir die Hand dazu geboten hätten, den Strick, den man uns um den Hals gelegt hatte, selbst noch zu verlängern. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag bei ruhiger, leidenschaftsloser, politischer Erwägung in seiner großen Majorität anerkennen wird, daß die damalige Situation eine derartige Entscheidung geboten hat. (Zustimmung.)

Was die Frage des 1. Mai betrifft, so will ich ohne Weiteres sehr gern zugeben, daß es viel besser gewesen wäre, wenn die Fraktion früher vor die Partei getreten wäre. (Sehr richtig!) Ich muß aber bestreiten, daß die Parteigenossen den Sinn der Pariser Resolution nicht gekannt haben. Denn unmittelbar nach Schluß des Pariser Kongresses war im Berliner Volksblatt die Resolution abgedruckt, und darin stand kein Wort, daß die Manifestation am 1. Mai geführt werden solle durch allgemeines Ruhenlassen der Arbeit. Diese Interpretation haben erst die Versammlungen hineingelegt, und der Vorwurf, daß die Fraktion zu spät gekommen, wird sehr gemildert, wenn man sich in die damaligen Verhältnisse zurückversetzt. Es war unmittelbar vor den Wahlen. Die ganze Kraft der Partei war in Anspruch genommen durch die Wahlagitation. Auch die Fraktionsmitglieder hatten keine Zeit und Gelegenheit, sich um andere Dinge zu kümmern. Allgemein war

die Ansicht verbreitet, der Reichstag würde Anfangs März zusammenberufen werden, und wir konnten uns also sagen, daß es dann noch reichlich Zeit sei, die Frage wegen der Maifeier zu erledigen. Dazu kommt, daß die Fraktion damals nur aus elf Mitgliedern bestand, deren Mandate nur noch wenige Wochen galten, und die die Verantwortung nicht auf sich nehmen konnten, angesichts einer so wichtigen Frage, die Parteiaktion für die Zukunft festzulegen. Die Auffassung, daß, wenn die Fraktion ihren Rath nicht gegeben hätte, die Arbeitsruhe ohne wirthschaftliche Nachtheile erfolgt wäre, kann ich persönlich nicht theilen. Es wären in diesem Falle außer den Hamburgern vielleicht Hunderttausende von Genossen in Deutschland aufs Pflaster geworfen worden. (Sehr richtig!) Aber ich will darum nicht streiten. Sicher ist, daß nur die großen Städte, wie Berlin und Hamburg, in denen große und starke Arbeiterorganisationen vorhanden sind, im Stande sind, einen solchen Kampf zu führen. Die Fraktion ist aber gewählt zur Vertretung der gesammten Partei, des ganzen Reiches, und wenn fünfunddreißig Männer zusammengekommen sind aus allen Theilen des Reichs und einstimmig erklärt haben, die Maifeier muß im Interesse der Partei in der vorgeschlagenen Weise abgehalten werden, so muß diesen Leuten doch ein sachverständiges Urtheil zuerkannt werden. (Glocke des Präsidenten.) Ich werde eben angeläutet (Heiterkeit) und muß schließen. Es lag mir nur daran, die Gründe anzuführen, welche für die beiden angefochtenen Erlasse der Fraktion bestimmend waren. (Lebhaftes Bravo!)

Von Liefländer-Potsdam ist ein Antrag eingegangen, der zur Untersuchung und Schlichtung der Berliner Beschwerden zu ernennenden Kommission auch andere als im Antrag Stadthagen bezeichneten Beschuldigungen zu überweisen.

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt und gelangt also auch nicht zur Verhandlung.

Sittig-Hannover: Der „Hannoversche Courier", das Leibblatt des „großen" Rudolf von Bennigsen, jammerte kurz nach dem 1. Mai, das Sozialistengesetz habe durch den 1. Mai den Todesstoß erhalten. Das ist richtig, und deshalb war auch die Taktik der Fraktion eine vollkommen korrekte. Hätten wir, wie die Berliner Genossen es wünschen, den 1. Mai in der Art und Weise begangen, wie es von ihnen verlangt wurde, dann hielten wir vielleicht nicht diesen Parteitag ab. Die ganze reaktionäre Masse hat sich auf den 1. Mai gespitzt und gehofft, daß nicht blos Arbeitseinstellungen und kleine Anrempeleien vorkommen würden; nein, man hoffte auf einen großen Aufruhr, um dann das Sozialistengesetz zu verschärfen und dauernd einführen zu können. Wir sind deshalb der Fraktion zu Dank verpflichtet, daß sie uns davor behütet hat, unseren schlimmsten Gegnern einen Gefallen zu erweisen.

Schmidt-Berlin: Die Opposition in Berlin ist absolut nicht mit allem einverstanden, was von Wille und Werner gesagt worden ist; aber sie hat allerdings zu verschiedenen Malen mit der Reichstagsfraktion in Widerspruch treten müssen, und es ist richtig bemerkt worden, daß schon lange eine gewisse Unzufriedenheit oder Opposition vorhanden war. Ich möchte aber statt Opposition lieber Neigung zur Kritik sagen. Daran, daß diese Kritik eintrat, war einzig und allein das Sozialistengesetz schuld, das uns eben nicht gestattete, unsere Meinung in der Oeffentlichkeit zu vertreten; so konnten leicht Mißverständnisse entstehen. Berücksichtigen Sie auch, daß die Berliner Genossen am schwersten mit dem Polizeibüttel zu kämpfen hatten. Berlin ist die Metropole der Polizei. Ein großer Theil unserer Parteigenossen, welche früher an der Spitze waren, saßen im Gefängniß oder waren ausgewiesen, konnten also nicht mitarbeiten, wo ihr Rath und Hilfe so sehr vonnöthen war. Alles dies hat eine Verbitterung herbeigeführt und die eigenthümlichen Verhältnisse gezeitigt, die auch ihren Ausdruck gefunden haben bei dem Streit um Stadtverordnetenwahlen, auf welche später zurückzukommen wir uns vorbehalten.

Wieder sind von mehreren Seiten Schlußanträge gestellt, die aber abgelehnt werden, nachdem Molkenbuhr ausgeführt, daß, da die gegnerische Presse so viel von schmutziger Wäsche, die gewaschen werden soll, zu schreiben gewußt habe, man nicht soll sagen können, daß einem einzigen Vertreter der Opposition das Wort abgeschnitten worden sei.

Täterow-Berlin: Ich konstatire, daß eine Zeit lang ein gewisser Muth dazu gehörte, in Berlin Sachen in Schutz zu nehmen, welche der Fraktion als Sünden angerechnet wurden. Ich persönlich bin ja schon längst als „Fraktionszuhalter“ hingestellt worden. Ich kenne das Parteileben ziemlich genau und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß wohl niemand ehrenhafter vor den Parteitag treten kann, wie gerade die Fraktion. In schweren Kämpfen hat sie das Banner hochgehalten, und wenn sie geirrt hat, so ist das eine natürliche Sache. Es hat Jeder mal einen Fehler begangen. Aber diese Fehler müssen nicht aufgebauscht werden. Die Berliner Opposition hat aber längst den Rahmen der sachlichen und loyalen Kritik überschritten. Nun, wir kennen unsere Pappenheimer und wissen, was davon zu halten ist. Metzner hat schon nachgewiesen, was Berliner Genossen sind. Es sind nicht die einzelnen Schreier, sondern diejenigen, welche die Partei zu dem gemacht haben, was sie in Berlin ist. Es haben sich dort Leute eingedrängt, welche uns persönlich verhetzt haben, und in erster Linie die Fraktion. Wenn der 1. Mai nicht zu dem geworden ist, was er sein sollte, so sind die Genossen selbst schuld. Die Fraktion hatte die Pflicht, die Arbeiterschaft mit zu hören, in welcher Weise sie sich betheiligen

wollte, und sie mußte sich sagen, daß wohl die Arbeiterschaft der großen Städte, aber nicht die in kleinen Städten und ländlichen Bezirken dem Unternehmerthum entgegentreten konnte.

Redner spricht sich auch für den Stichwahlerlaß aus.

Es wird abermals der Schluß der Diskussion beantragt. Es sind noch 30 Redner vorgemerkt.

Pfannkuch-Cassel spricht gegen den Schluß, bittet aber die folgenden Redner, sich möglichst kurz zu fassen, um Werner zum Wort kommen zu lassen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Joest-Mainz: Aehnliche Streitigkeiten wie heute haben schon die Kongresse in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen beschäftigt. Gewissen Berliner Elementen ist einfach nichts recht zu machen. Ich möchte darum aber nicht der Allgemeinheit der Berliner Genossen Vorwürfe machen. Wenn wirklich während der 12 Jahre Sozialistengesetz Mißstände in der Fraktion oder sonstwo entstanden wären, dann hätten die ehrlichen Genossen einen anderen Ton der Oeffentlichkeit gegenüber anzuschlagen, als wie es Berliner Genossen gethan haben. Die Art und Weise, wie sie den Kampf geführt, sagt mir, daß ich diesen Elementen nicht trauen darf. Ich habe zwar keine objektiven Beweise in der Hand, dafür giebt es in den meisten Fällen überhaupt keine objektiven Beweise, aber subjektiv bin ich überzeugt, daß wir diesen Leuten gegenüber Vorsicht üben müssen; die Verhältnisse in Berlin mahnen in der That zur Vorsicht. Am Vorabend des Todestages des Sozialistengesetzes ist in Berlin eine Agitation gegen die Parteileitung ins Leben gerufen worden von Leuten, die noch nicht soviel Jahre für die Partei thätig gewesen sind, als die Angegriffenen für dieselbe bereits im Gefängniß gesessen haben. Das Unheil droht uns nicht von den Feinden, sondern von den Freunden dort. (Zustimmung.)

In St. Gallen ist gar nicht beschlossen worden absolute Wahlenthaltung bei Stichwahlen zwischen unseren politischen Gegnern; es ist vielmehr gegen eine Stimme beschlossen worden, daß im allgemeinen die Wahlenthaltung nicht bindend sein solle für jeden einzelnen Wahlkreis, und die Fraktion hat sich ganz im Rahmen dieses Beschlusses bewegt. Die Erfahrung hat außerdem gelehrt, daß in dieser Angelegenheit die schärfsten Beschlüsse nicht respektirt werden. Man wählt eben lieber bei den Stichwahlen einen Demokraten oder Freisinnigen, als einen Nationalliberalen, der für das Sozialistengesetz gestimmt hat. Hier entscheiden persönliche Gefühle.

Was den 1. Mai betrifft, so können wir froh sein, daß die Fraktion, wenn auch spät, ihren Beschluß gefaßt hat. Die schlauen Berliner, die zwar immer die Autorität bei anderen bekämpfen, selbst sie aber verlangen, wir sollen ihnen alles glauben, wir sollen alle ihre Sätze, weil sie sie aufstellen, für richtig anerkennen, sie

sind für uns eben nichts weniger als Autoritäten. Wären sie aber wirklich eine solche, dann müßten sie wissen, daß man wohl in Berlin und Hamburg die Maifeier durchsetzen könnte, aber nicht in den übrigen Städten. Die Herren von der Berliner Opposition sind kurzsichtig, ihr Gesichtskreis reicht nicht weiter als wie das Weichbild der Stadt Berlin. Graben wir den Herren den Boden in der deutschen Sozialdemokratie ein für alle Mal ab! (Beifall.)

Schippel: Zwei Erklärungen lassen Sie mich abgeben. Die erste bezieht sich auf das, was Liebknecht über die „Berliner Volkstribüne" sagte. Die „Berliner Volkstribüne" hat die Notiz wegen der Korrespondenz Liebknecht's im dänischen „Sozialdemokrat" zu einer Zeit gebracht, wo ich mit der Redaktion nichts mehr zu thun hatte. Aber auch in Bezug auf die Person des jetzigen Redakteurs kann ich die Versicherung abgeben, daß ihm bei der Aufnahme dieser Notiz eine böse Absicht vollständig fern gelegen hat.

Ferner muß ich erklären, weil ich durch Bebel dazu provozirt bin, daß ich mit der Kommission betr. den Herrn Werner gar nichts zu thun habe. Ich würde selber nicht dafür sein, daß eine derartige Kommission eingesetzt werde, denn es kommt doch nichts dabei heraus, ich kann aber auch nicht dagegen sein, sonst würde es wahrscheinlich heißen, der Schippel hat sich vor irgend etwas zu geniren. Wer bis zum heutigen Tage noch nicht eingesehen hat, daß diese Beschuldigungen wegen der Verbindung mit der preußischen Regierung verrückt sind, dem wird es auch die Kommission nicht beibringen, und es hat keinen Zweck, alte Dinge nur aufzurühren, um sie aufzurühren. Sie sind nun einmal geschehen und können für mich auch durch den günstigsten Beschluß der Kommission nicht ungeschehen gemacht werden.

Hug-Bant verzichtet aufs Wort. (Bravo!)

Klein-Berlin schließt sich den Ausführungen Zubeils an.

Wesch-Crefeld hat den Beschuldigungen gegen die Fraktion niemals Gewicht beigelegt, ist aber doch für eine Prüfung der Sache.

Grothe-Halle: Ich glaube um so mehr berechtigt zu sein, hier zu sprechen, als ich auf den Namen Berliner Anspruch machen kann. Bevor ich aus Berlin ausgewiesen wurde, vor ca. 8 Jahren, war in Berlin doch ein anderer Zusammenhalt vorhanden, als in der jüngsten Zeit. Wer wie ich 7 Jahre im Exil gelebt hat, konnte nur mit aufrichtigem Schmerz und Bedauern die Berliner Bewegung der letzten Jahre verfolgen (Zustimmung). Eine Hauptschuld an jenen Verdächtigungen trägt freilich das Sozialistengesetz. Das Ausnahmegesetz war ein Knebel, der verhinderte, daß wir offen vor aller Welt hintreten und die Dinge aufklären konnten. Grillenberger hat ganz Recht: es hat eine Zeit in Berlin gegeben, wo die Spitzel sich massenhaft in die Reihen der Genossen drängten und deshalb allgemeine Unsicherheit unter diesen selbst herrschte. Aus

der Stadtverordnetenbewegung hat die Partei gerade frisches Blut bekommen. So stehen die Aktien! Genosse Werner hat damals keinen Blick in die Bewegung gehabt, er hat die Bewegung nicht mitgemacht. Die Stadtverordnetenwahlen waren die Pionierarbeit für die Reichstagswahlen. Gestehen Sie (zu den Berlinern) doch ehrlich zu, daß Sie da einen Fehler gemacht haben. Ich will ja auch nicht zu Allem Ja und Amen sagen, was die Fraktion gethan. Die Fraktion wird vielleicht bis kurz vor dem 1. Mai sich selbst nicht einig gewesen sein, deshalb hat sich die Sache in die Länge gezogen. Ich möchte die Berliner sogenannte Opposition bitten, nun endlich den Streit ruhen zu lassen. Es giebt in der Bewegung noch ungeheuer viel zu thun. Beherzigen Sie das Wort Bebel's: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!

Betreffs meiner Stellung zu den Stichwahlen bin ich im fünften Wahlkreis scharf angegriffen worden. Ich bat Herrn v. Richthofen schriftlich um die Erlaubniß, in Berlin erscheinen zu dürfen, um mich vertheidigen zu können. Leider wurde das Gesuch abgeschlagen. Hätte aber Richthofen das Gesuch genehmigt, so hätte man womöglich in Berlin gesagt, das kann nicht richtig sein, Grothe steht mit der Berliner Polizei in Verbindung. Ich weiß ja, daß das Ausnahmegesetz schuld ist, wenn der eine oder der andere verleumdet wird. (Glocke des Präsidenten.) Ordnen Sie die Person der Sache unter, begraben Sie die alten Geschichten und blicken Sie in die Zukunft. (Bravo!)

Eine weitere Anzahl von Genossen verzichtet aufs Wort. (Bravo!)

Schiel-Koblenz hält es für angemessener, zu untersuchen, wie man die ländliche ultramontane Bevölkerung für die Sozialdemokratie gewinnen kann, als mit unnützen Streitigkeiten die Zeit zu vergeuden (Beifall).

Dr. Rüdt-Heidelberg: Ich hätte nicht geglaubt, daß sich an den wirklich großartigen Bericht Bebel's eine so kleinliche Debatte von gegnerischer Seite knüpfen würde, die geradezu einen gehässigen Eindruck machen mußte. Unsere altbewährten Führer sind so gut Menschen wie wir und können Fehler machen. Aber es ist hier nicht der Platz, vor ganz Europa, ja vor der ganzen Welt uns zu blamiren, es ist nicht nöthig, unsere Führer überall herumzulästern und die Bourgeoisie aufzufordern, ebenfalls mitzulästern. Der Fehler kann nur dadurch gut gemacht werden, daß das zurückgenommen wird, was gegen die bewährten Führer unserer Partei vorgebracht worden ist. (Sehr richtig!) Meine Auftraggeber — das erkläre ich im Namen von 4 Wahlkreisen — haben nie das geringste Mißtrauen gegen die Parteiführer gehabt. (Bravo!) Im Interesse unserer internationalen Bewegung muß ein Laster ausgerottet werden, das Laster der Verleumdung! (Sehr richtig!) Das ist der Krebsschaden der Partei. Die Welt kann nicht bewundernd auf uns

schauen, wenn wir selbst so kleinlich und elend sind, uns ins Angesicht zu schlagen und uns zu verleumden. Das, meine lieben Freunde, ist meine Ansicht. (Lebhaftes Bravo!)

Krewinkel-Aachen: Wollten wir den Landleuten mit den Berliner Ideen kommen, man würde sagen, die Kerle kommen aus dem Narrenhaus. (Große Unruhe.) Wir in Aachen können kein Blatt halten; man erwäge, ob nicht doch aus der allgemeinen Parteikasse Unterstützungen für die Lokalpresse gewährt werden können.

Bremer-Magdeburg: Die Opposition behauptet, sie hätte nicht aus unlauteren Gründen opponirt. 1885 erschien eine Schrift: „Das wahre Gesicht der Sozialdemokratie", und wer waren die Verbreiter? Es waren auch damals die Leute, die sich als Parteigenossen geberdeten, und diese Schandschrift verbreiteten aus wahrer Schand- und Schmähsucht gegen Hasenclever. Wenn solche Streitigkeiten unter uns herrschen, dann ist es kein Wunder, wenn die ländliche Bevölkerung nichts von uns wissen will. Werner kam nach Magdeburg, nicht um den Organisationsentwurf zu beleuchten, ihn zu kritisiren und zu verbessern, sondern um die Streitigkeiten aufzurühren, um seinen ganzen Geifer gegen die Fraktion zu verspritzen. Und nun spielt er den Beleidigten, wenn die Angegriffenen ihm die gebührende Antwort geben. Werner mag sich ja vertheidigen. Er erzählte da von Fraktionsmitgliedern, welche sich für 900 Thaler Wohnung mietheten u. s. w. in der Hoffnung, daß davon etwas sitzen bliebe. Glaubt er selbst nicht daran, dann muß er es nicht in die Welt hinaustragen. (Bravo.)

Nachdem noch eine ganze Reihe von Rednern verzichtet haben, erhält das Wort

Werner-Berlin: M. H.! ich weiß nicht, ob ich noch Parteigenossen sagen darf. Bebel meinte, „sie sehen das wahre Gesicht der Opposition, das ist der reine Kaffeeklatsch". Ich habe aber nicht diesen Kaffeeklatsch und diese Kleinigkeiten hier gebracht, um sie vielleicht zur Entscheidung des Parteitages zu stellen, sondern ich habe nur damit bezweckt, daß die vorhin ins Wasser gefallene Kommission gewählt werden sollte und daß dann die Streitigkeiten sollten begraben sein (aha), in Folge der Aufklärungen der Kommission. Allerdings führen wir ja nicht große Namen; jede Opposition fängt klein an, und daß sie in der Minorität bleiben würde, war selbstverständlich. (Große Unruhe.) Ich habe wiederholt in Versammlungen erklärt, wenn der Parteitag gesprochen, dann ist die Streitaxt begraben (Zurufe und fortdauernde Unruhe), und ich meinte, verehrte Anwesende, alle Gründe, die ich vorzubringen hätte für die vermeintliche Opposition, konnten in öffentlichen Volksversammlungen, wenn man die Partei nicht schädigen wollte, einfach nicht verhandelt werden. (Hört!) Es ist auch vollständig falsch,

wenn man meint, die Opposition wäre zentralisirt. Diese Opposition, ich sage Ihnen das hier auf mein Ehrenwort .... (Lachen), ich überlasse es Ihnen, mir zu glauben oder nicht. Also ich sage, die Streitigkeiten waren nicht etwa vorher vorbereitet, sondern es hat Jeder für sich Opposition gemacht, der Eine aus diesem Grunde, der Andere aus jenem. Ich für meine Person stehe zur Opposition, weil nach meiner Meinung — ich kann mich ja auch irren — ein System in dieser Abschlachtung liegt. (Lebhafter Widerspruch.) Ich meine, und nur im guten Glauben, die Partei damit vorwärts zu bringen, daß nicht nolens volens Jemand, der eine andere Meinung hat, mit Schlagworten, wie Anarchist, Polizeispitzel und unberechtigte Opposition einfach beseitigt wird. Wenn man diese Theorie verfolgt, dann wird das sonst frisch pulsirende Blut dick, und die Diskussion, die Meinungsverschiedenheit, die Belehrung untergraben werden. Dann werden einzelne Parteigenossen sich nicht mehr getrauen, irgend noch einmal Opposition zu machen. (Oho!) Es würde nicht mehr frisches Blut in den Adern rollen, und diesen wunden Punkt glaube ich in der Partei entdeckt zu haben (Gelächter) und im Interesse der Partei glaube ich als Sozialdemokrat meine Schuldigthun zu müssen.

Metzner sagte, die Opposition wäre schon lange in Berlin. Ja wohl, seit 1885. Da war allerdings Genosse Grothe nicht mehr in Berlin. Es wurde uns Berliner Parteigenossen angesonnnn, wir sollten den Anarchisten Vorspanndienste leisten und da war ich der energischste Bekämpfer dieser Opposition, dieses Hineintragens der anarchistischen Elemente in unsere Organisation in Berlin. Deshalb erkläre ich auch hier, daß ich nicht Anarchist bin und daß ich auf die Gefahr hin, nicht mehr als Sozialdemokrat thätig sein zu können, Sozialdemokrat für mich allein bleiben werde. (Sehr gut.)

Metzner sprach von den Stadtverordneten-Wahlen von 1885. Ja, da spielten die örtlichen Verhältnisse eine ganz bedeutende Rolle. Da hatte jeder Genosse drei geheime Agenten hinter sich, und da haben die Parteigenossen, die einen besseren Einblick in die Verhältnisse hatten, in ihrer Mehrzahl sich gegen die Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Nachdem aber im vorigen Jahre die Majorität der Berliner Sozialdemokraten für eine Betheiligung eingetreten, ist es keinem Einzigen von uns eingefallen, noch länger dagegen zu opponiren in öffentlichen Versammlungen. Ich bin selbst zur Wahl gegangen und habe einen sozialdemokratischen Stadverordneten gewählt, weil mich die Disziplin als Sozialdemokrat den Beschlüssen einer großen öffentlichen Volksversammmlung unterwarf. Daß ich nachher doch meine Opposition nicht aufgegeben, ist selbstverständlich. Ich kann doch öffentlich hier nicht anders sprechen, als wie ich innerlich denke. Das kann doch

der Beschluß einer großen Versammlung nicht aus meinem Innern herausreißen. Ich kann doch nicht zum Gesinnungslump werden.

Der Genosse Berndt hat sicher nicht im Interesse und Sinne derjenigen Genossen gesprochen, die ihn hierhergeschickt haben (lebhafte Unruhe). Es hat in Berlin eine Auseinandersetzung stattgefunden, in der das Vorgehen Grillenbergers scharf gerügt wurde. Dieser starken Rüge entsprechend, sollte der Delegirte Berndt gegen das Gebahren Grillenbergers auf dem Parteitag protestiren; das ist aber nicht geschehen.

Die Sache mit der Maschinenmeister-Stelle ist allerdings nur eine kleinliche; ich wollte damit nur dokumentiren, warum ich selbstständiger Geschäftsmann geworden bin, und daß ich nicht selbstständig geworden wäre, wenn ich beim „Volksblatt" angestellt worden wäre.

Eine „Schmach" für die Partei kann es nicht sein, wenn man seine Meinung offen ausspricht. Die letzten Vorgänge haben aber gezeigt, daß es nicht so leicht ist seine Meinung mit in die Wagschale zu legen. Es hätte nicht geschadet, wenn die Redakteure des „Sächsischen Wochenblatts" und der „Magdeburger Volksstimme" noch bis zum Parteitag in ihren Stellungen geblieben wären. Wir haben mit unseren Entgegnungen in unserem „Berliner Volksblatt" sehr trübe Erfahrungen gemacht, es sind dieselben nicht alle aufgenommen worden.

Man hat gesagt, die schlauen Berliner sollten sich ein Bischen um die ländlichen Wahlkreise bekümmern. Nun, ich habe ländliche Distrikte sehr wohl durchgearbeitet; ich bin Tag für Tag auf den Füßen gewesen; nicht der Anerkennung wegen, sondern aus Pflichtgefühl.

Was nochmals unsere Opposition betrifft, so sind wir durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung. Ich huldige nicht allen Ansichten des Dr. Wille über den Parlamentarismus, auch Wildberger und Baginski sind nicht in Allem seiner Meinung, und so trennen auch uns drei wieder verschiedene Punkte. Meine Opposition beruht darauf: ich befürchte, daß die freie Meinung etwas umschnürt und abgeschnitten wird, und diese Befürchtung darf ich doch wohl auf dem Parteitag aussprechen.

Was den 1. Mai betrifft, so wird mir Singer zugeben müssen, daß die Beschlüsse in Paris wirklich nicht derartige waren, daß sie vorher konnten überlegt werden. Es war dort beantragt worden, daß sämmtliche Anträge und Resolutionen vom Bureau zu einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt werden sollten. Kein einziger Redner hatte davon gesprochen, den 1. Mai als internationalen Feiertag zu betrachten. Erst in der letzten Sitzung, am Sonnabend, wurde eine große, lange Resolution verlesen, wo man den ersten Punkt vergaß, bis der dritte verlesen war. Nachdem diese Resolution

verlesen war, wurde gesagt, erst wird abgestimmt und nachher diskutirt. Der Kongreß muß heute Abend geschlossen werden. Nun waren aber sämmtliche Delegirten, mit Ausnahme des Bureaus, über jenen Punkt nicht richtig informirt. Es wurde nicht einmal nachgesehen, auf welchen Tag der 1. Mai fällt. Auf Anfrage hieß es schließlich, er fällt nach dem Bußtag. Darauf kamen die deutschen Delegirten und setzten eine Propaganda in Scene. Verschiedene Versammlungen großer Städte beschlossen eine Demonstration. Von Anfang August bis zum Februar war doch wahrlich eine lange Zeit, in der die Fraktion aufklärend wirken konnte. Ich bin erstaunt, wie der Genosse Täterow, der selbst in solchen Versammlungen die Beschlüsse mit gefaßt hat, nun mit einem Male von diesen Beschlüssen nichts wissen will. Unsere Presse hätte, sobald eine derartige Resolution bekannt wurde, hervortreten und sagen müssen, das geht nicht, unterlaßt in Zukunft derartige Beschlüsse. Erst als im April die bekannte Erklärung in der „Berliner Volks-Tribüne" erschien und das „Berliner Volksblatt" dieselbe abdruckte, da gab es schon am nächsten Tage ganz gehörig etwas auf die Finger. Der Zweck dieser Erklärung war lediglich der, daß die Fraktion wenigstens mit der Sprache herauskomme. Ich will zugestehen, daß wir vielleicht einen Fehler gemacht haben; wir hätten uns vielleicht erst einmal an die Parteileitung wenden sollen (Bebel: sehr richtig!). Aber da es schon April war, so glaubten wir bestimmt, daß die Parteileitung mit unserem Vorgehen einverstanden wäre. Wenn Singer auf die wirthschaftlichen Nachtheile hinwies, so sage ich, dann dürfen wir nicht Sozialdemokraten sein und den Arbeitern in den ländlichen Distrikten zumuthen, daß sie für unsere Ideen Propaganda machen. Jede Agitation hat unbedingt wirthschaftliche Nachtheile im Gefolge. . . .

Vorsitzender: Ich habe Sie bereits die doppelte Zeit, die Ihnen zusteht, sprechen lassen. Ich bitte Sie, sich etwas kürzer zu fassen.

Werner (fortfahrend): Die verspätete Erklärung der Parteileitung hat thatsächlich der Gewerkschaftsbewegung in Berlin geschadet. Die Leute wagen sich gar nicht mehr in die Gewerkschaftsversammlungen (große Unruhe; Rufe: Schluß!) Bebel meinte, meine Worte über die Lips-Versammlung werden auch in Berlin gehört werden. Ja, meine Herren! ich bin mir dessen sehr wohl bewußt. Aber ich habe keine andere Auffassung von den Versammlungen, als wie Bebel selbst, als er sagte, was sind denn Versammlungen? Die Beschlüsse derselben können irgendwie hervorgerufen werden. Auch jene Worte von Bebel werden gehört werden: „ein Theil der Streiks sind Ausgeburten des Machtkitzels der Arbeiter vom 20. Februar." Diese Worte sind auch von den Gegnern gehört worden. Denn überall brachten die Innungsmeister jene Erklärung den Arbeitern

und sagten: „Eure Führer sehen in den Streiks nur Frivolitäten.“ Bremer hat mich beschuldigt, ich hätte versucht, Parteigenossen in Mißkredit zu bringen. Ich rufe die Genossen Klees und Schulze zu Zeugen an, ob ich nicht erklärt habe, ich wüßte, wie leicht das Mißtrauen in unsere Reihen gebracht sei. Ich sagte, Sie sehen, wie leicht es ist, Mißtrauen in Geldangelegenheiten hervorzurufen, indem man so albernes Gewäsch, dem wir selbst entgegengetreten sind, vorbringt, als ob sich ein Fraktionsmitglied eine Wohnung für 900 Thaler gemiethet hat.“ War das wirklich strafbar für mich, dann bitte, verurtheilen Sie mich, ich bin sehr gern bereit, jede Konsequenz meiner Handlungen zu tragen.

Schließlich bitte ich Sie, daß Sie in die Kommission Leute hineinwählen, die ganz objektiv urtheilen. Ich sehe dem Material über meine Person mit größter Ruhe entgegen, mit der allergrößten Ruhe. Wenn die Kommission ihr Urtheil gefällt, dann werden Sie sehen, ob ich Sozialdemokrat bin oder nicht, dann werden Sie entscheiden können, ob ich gegen die sozialdemokratischen Prinzipien verstoßen habe, ob ich nicht in guter Absicht gehandelt habe, als ich in der Meinung, einen wunden Fleck in unserer Fraktion entdeckt zu haben glaubte, Opposition machen zu müssen. (Vereinzeltes Bravo!)

Die Diskussion wird nunmehr mit großer Mehrheit geschlossen, und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erhält **Bebel**, als Referent das Schlußwort.

Bebel: Genossen! Ich möchte vorweg empfehlen, die beantragte Kommission nicht schon heute, sondern erst morgen früh zu wählen, da doch vorsichtige Auswahl getroffen werden muß. Es gilt, Männer zu wählen, die an den Dingen gar nicht betheiligt sind, sondern ihnen völlig objektiv gegenüberstehen, die Dinge objektiv beurtheilen können. Dazu müssen die Genossen erst Rücksprache unter sich nehmen. Indem ich nun kurz auf Herrn Werner's Ausführungen eingehe, konstatire ich im Voraus, mit welchem Pathos, mit welcher Lungenkraft Herr Werner auch jetzt wieder seine Sätze in den Saal hinausgestoßen hat. Aus dem ganzen ersten Theil seiner Rede ist nichts, aber auch gar nichts zu ersehen, aus dem sich schließen ließe, was seine monatelange, fortgesetzte Opposition gegen die Leiter der Partei rechtfertigt. (Sehr wahr!) Nachdem Sie, Genossen, fast ein halbes Dutzend Male den Schluß der Debatte abgelehnt haben, um Herrn Werner zur Rechtfertigung Gelegenheit zu geben, hat er nichts vorzubringen vermocht, was einer Rechtfertigung ähnlich sieht, das konstatire ich hiermit ausdrücklich. Zu den Punkten, bei denen er thatsächliche Ausführungen gemacht hat, zur Frage des ersten Mai und der Stichwahlen, haben auch zahlreiche andere Redner gesprochen; das sind Fragen, in denen Meinungsverschiedenheiten sich ergeben können, und hätte die Berliner Opposition nur solche Punkte in den Kreis ihrer Erörterungen

in den Versammlungen gezogen, niemals hätte die Opposition den gehässigen Charakter annehmen können, den sie angenommen hat. Wenn statt dessen die Opposition mit gehässigen persönlichen Angriffen kommt, wie die, daß sie die ganze Fraktion beschuldigt, die Korruption zu kultiviren, dann kann sie nicht mehr auf Sachlichkeit Anspruch machen, dann ist sie auch vor allem verpflichtet, ihre Anschuldigungen zu beweisen. (Sehr wahr!) Dieser Beweis ist bis jetzt von ihrer Seite noch nicht erbracht, ja nicht einmal zu erbringen versucht worden. Herr Werner begründet seine kleinliche Opposition mit hygienischen Rücksichten, er habe sie im Hinblick auf das Wohl der Partei gemacht. Wir brauchen solche Pferdekuren am Parteikörper nicht, um uns wohl zu befinden. Wäre der Parteikörper nicht so urgesund, er könnte leicht zu Tode kurirt werden. Eine Opposition um jeden Preis verbitten wir uns recht sehr; denn sie kann nur darauf ausgehen, das Parteiinteresse zu schädigen. Auch bezüglich der behaupteten unehrenhaften Handlungen Einzelner ist Herr Werner keinerlei Beweise vorzuführen im Stande.

Der ganze Streit, d. h. der wirklich sachliche Theil der Opposition, dreht sich in erster Linie darum, daß das Centralwahlkomitee, in Widerspruch mit dem Beschluß von St. Gallen, kurz vor den Stichwahlen einen Aufruf erließ, in dem es die Parteigenossen aufforderte, bei den bevorstehenden engeren Wahlen, insoweit ihre Stimmen in Frage kommen und den Ausschlag geben könnten, unter allen Umständen solche Kandidaten, welche gegen jede Verlängerung und Verewigung des Ausnahmegesetzes sich erklärten, zu unterstützen. Damit soll ein Kardinalverbrechen an der Partei begangen worden sein. Den Rednern, die darüber voll sittlicher Entrüstung sind, gebe ich zunächst zu erwägen, daß diese Frage keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik ist, die schon seit 18 Jahren vor St. Gallen stets in dem Sinne beantwortet wurde, daß derjenige Kandidat bei engeren Wahlen unsere Stimmen bekommen solle, welcher gewisse und besonders wichtig scheinende Forderungen der Partei zu unterstützen sich verpflichtete. Dies ist bis 1887 auf allen Parteitagen beschlossen worden. In dem, was hier über das Wesen der bürgerlichen Opposition gesagt wurde, hat uns niemand etwas Neues gesagt. Ich habe seit 20 Jahren in Schrift und Wort klarzulegen versucht, wie wir zu den bürgerlichen Parteien stehen und stehen müssen, was uns aber nicht abgehalten hat, so zu verfahren, wie die Taktik gebot. Auf dem Parteitag in St. Gallen trat nun wieder die Frage an uns heran, wie wir uns künftig verhalten sollten. Ein Theil der Redner verwarf die bisherige Taktik deswegen, weil die Hoffnungen auf die Fortschrittspartei bei den engeren Wahlen sich nicht verwirklicht hatten. Gerade dagegen trat ich auf und erklärte: Die gegnerischen Parteien sind Bourgeoisparteien; sie werden stets, namentlich wenn besonders

wichtige Fragen des Klasseninteresses im Vordergrunde stehen, lieber einem der ihrigen, stehe er politisch wo er wolle, als einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben; darauf dürfen wir also nicht rechnen, daß sie sich für uns ins Zeug legen. Das ist aber für unsere Haltung auch gar nicht maßgebend; für uns steht die Frage im Vordergrund: Bereiten wir uns den Boden für unsere Operationen möglichst ungünstig, wenn wir durch Stimmenthaltung den ausgesprochensten gegnerischen Parteien in die Hände arbeiten? Nun waren wir damals der Meinung, und ich habe das ausdrücklich ausgesprochen, daß, wie damals die Dinge lagen, gar kein Gedanke daran sei, daß wir je einmal wieder in die Lage kommen würden, daß uns daran liegen könne, ob wir ein Dutzend entschieden Liberaler mehr oder weniger im Reichstage hätten. Ich habe mich damals in diesem Punkt geirrt, wie schon manchmal in meinem Leben, und wenn das geschieht, so gestehe ich das auch offen ein. (Bravo!) Nach drei Jahren lag eben die Frage anders; jetzt lautete sie, was damals niemand voraussehen konnte: Sollen wir durch Stimmenthaltung bei den engeren Wahlen, entsprechend dem St. Gallener Beschluß, möglicher Weise dazu beitragen, eine reaktionäre Majorität in den Reichstag zu bringen, die das Ausnahmegesetz verewigt? Dies war eine Kardinal- und Lebensfrage für uns, darüber kann kein Zweifel sein. Da bin ich es wieder gewesen, der in dem Central-Wahlkomitee den Antrag stellte, so zu verfahren, wie schließlich bei den Stichwahlen verfahren worden ist. Ich führte aus: Wir haben dazumal in St. Gallen den Beschluß Stimmenthaltung gefaßt, ich selbst habe dafür gestimmt; heute stehen wir in einer Situation, die damals kein Mensch voraussehen konnte. Wenn wir nach jenem Beschluß handelten, würden wir nicht nur für den Augenblick, sondern auf unabsehbare Zeit hinaus das Parteiinteresse schwer schädigen, auch hätten wir in diesem Augenblick für den alten Beschluß nicht einmal die Majorität der Partei hinter uns, die denkt eben anders als zur Zeit in St. Gallen. Ich schlug dann weiter vor, wir sollten durch Cirkular die Meinung der Parteigenossen der größeren Orte hierüber in Erfahrung zu bringen suchen. Da wurde mir aber mit Recht entgegnet, dazu sei nicht mehr Zeit, dieser Modus würde zu lange Zeit erfordern und überdies unter die Genossen eine Streitfrage werfen, die Angesichts der Wahlen allerlei Zerwürfnisse herbeiführen könnte — kurz, besser sei es, auf eigene Verantwortung zu handeln. Da haben wir denn einstimmig beschlossen, den Parteigenossen zu empfehlen, in Rücksicht auf die besonderen obwaltenden Verhältnisse die bekannte Parole für die engeren Wahlen auszugeben. Daß damit gegen den St. Gallener Beschluß verstoßen wurde, dessen waren wir uns voll bewußt; wir haben auch ausdrücklich damals öffentlich erklärt, daß wir, trotz des St. Gallener Beschlusses, durch die gegenwärtige Lage Deutschlands

und der Partei uns veranlaßt sähen, diese Rathschläge zu geben. Und daß wir recht gehandelt, zeigte sich sofort; denn noch vor der Veröffentlichung unseres Beschlusses kamen bereits am 21. und 22. Februar aus zahlreichen Wahlkreisen an uns die Briefe, alle mit der Erklärung, man könne in Rücksicht auf die Lage dem Beschlusse von St. Gallen unmöglich nachkommen, man müsse dem entgegen für den oppositionellen Kandidaten, den Gegner des Ausnahmegesetzes, eintreten. Wir gewannen so schon damals die Ueberzeugung, daß für unsern Schritt die sehr große Mehrheit der Partei hinter uns stehe. Das verflossene Central-Wahlkomitee hat aber ein großes Interesse daran, zu wissen, ob der Parteitag nachträglich diese seine Taktik billigt. Ich hätte gewünscht, es wäre von der Opposition ein Mißtrauensvotum beantragt worden, damit der Parteitag zu dieser Frage Stellung nehmen kann. Da das nicht geschehen ist, beantrage ich die Abstimmung über folgende Resolution:

> Der Aufruf des Centralwahlkomitees bezüglich der engeren Wahlen entsprach der politischen Lage zur Zeit der Wahlen, und spricht der Parteitag nachträglich seine Billigung zu dem Vorgehen des Central-Wahlkomitees aus.

Nun noch eins. Ich habe in Berlin, wo ich mit Genossen über diese Dinge privatim sprach, nicht nur einmal, sondern mehrmals die Antwort gehört: Wenn ihr damals im Zentralkomitee diese Parole nicht ausgegeben hättet, würden wir in einem bestimmten Wahlkreise Berlins und in der Umgegend gesiegt haben, denn dann hätten die Konservativen für uns gestimmt. (Ruf: Stimmt.) Nun da ist einem Theile dieser Opposition ein ganz merkwürdiger Beigeschmack gegeben; man war Opponent gegen die Erklärung des Zentralkomitees, weil man ohne dieselbe konservativen Stimmenfang glaubte treiben zu können. Damit ist für mich diese Frage abgethan.

Was nun den 1. Mai betrifft, so kann ich mich kurz fassen. Herr Werner hat auch hier nach seiner Art die Dinge auf den Kopf gestellt; erst am 20. April habe die Erklärung der Fraktion erscheinen können. Nicht am 20., sondern am 6. April sind wir hier in Halle zusammengekommen, und die Erklärung von mir im „Volksblatt" ist nicht im April, sondern Anfang März erfolgt; ich sah mich zu dieser Erklärung veranlaßt, weil allerdings der Aufruf der Berliner auf nichts anderes hinausging, als der gesammten Partei die Direktive vorzuschreiben. Dagegen habe ich zunächst Opposition gemacht. Bedenken Sie doch in Ihrer Kritik die damalige Situation. Man spricht hier immer von der Fraktion als Parteileitung, und will sie für alles verantwortlich machen, und doch hat die Fraktion fast nie von den Schritten des Parteivorstandes Kenntniß nehmen oder ihnen zustimmen können, weil eine Verständigung in den wichtigsten Fragen ungeheuer schwer war; das

war selbst schon dem Fraktionsvorstand schwer, der zwar nur aus 5 Personen bestand, die aber an 4 oder 5 verschiedenen Orten wohnten, sodaß immer erst viel Aufwand an Zeit und Mühe verloren ging, ehe man sich über ein geschlossenes Vorgehen verständigen konnte. Diese Schwierigkeiten haben es ganz wesentlich mit verschuldet, daß in so manchen wichtigen Fragen erst spät eine Verständigung unter den Leitern der Fraktion herbeigeführt werden konnte.

Nun meine ich, die Berliner Genossen hätten vor der Veröffentlichung ihres Aufrufs erst an uns eine Anfrage richten sollen, ob wir etwas zu thun gedächten. Gaben wir eine unbefriedigende Antwort, dann hatten sie ein Recht zu ihrem Vorgehen. Daß sie das nicht thaten, erregte bei uns Mißstimmung, und ich nahm zu der Volksblatterklärung das Wort, die ja, wie ich begreife, verschiedentlich verletzt hat. Es heißt, die Fraktion hätte früher reden sollen. Sie hätte unter gewissen Umständen früher reden können, wenn nicht allgemein geglaubt worden wäre, wir, die 35 neu Gewählten, kämen bald in Berlin zum Reichstage zusammen. Dieser Umstand verhinderte uns zunächst, die Entscheidung so frühzeitig, wie vielleicht wünschenswerth war, zu treffen. Aber selbst wenn wir zu Anfang oder Mitte März eine Erklärung erlassen hätten, so war doch vielfach schon längst vorher in den großen Städten Stellung genommen, und die Sache lag um kein Haar breit anders. Wir haben gehandelt, wie wir nach bester Einsicht handeln mußten, und wie kamen nun die Dinge? Die Hamburger haben den Kampf aufgenommen; nirgends ist die Arbeiterklasse so gut organisirt, so reich an Geldmitteln, wie in Hamburg; man hat den Kampf aufgenommen und ist unterlegen. Aehnlich ist es anderwärts gegangen, und es konnte nicht anders kommen. Nun will man einen Sündenbock haben, und der soll die Fraktion sein. Und doch ist in Hamburg nur der kleinste Theil der Arbeiter der Fraktion gefolgt. Was aber hat denn in Wahrheit die Niederlage herbeigeführt? Die ungünstige ökonomische und industrielle Lage zahlreicher Gewerbe! Die Bourgeoisie würde nirgends gewagt haben, gegen uns den Kampf aufzunehmen, wenn sie die Arbeiter jeden Tag haben mußte. Das war aber nicht der Fall, und daß unsere Genossen in den großen Städten das übersehen haben, war der große Fehler, der von ihnen gemacht worden ist. Mußten nicht schon im März unsere Genossen in Berlin, Hamburg und andererorts ganz genau wissen, daß in erster Linie wir ein ganz miserables Baujahr haben würden? Und in anderen Fabrikationszweigen war es nicht besser. Mit Vergnügen warf daher die Bourgeoisie Tausende auf das Pflaster, weil es ihr eben paßte; sie gebrauchte sie nicht. Es war wenig oder keine Arbeit vorhanden, es war faule oder halbfaule Zeit für die Fabriken; darum wagte sie so gegen die Arbeiter zu handeln. Die Bourgeoisie mag die Erklärung der

Fraktion nicht unangenehm gewesen sein; aber man vergesse nicht, daß bereits im März überall in den großen Städten, Leipzig, Dresden, Berlin, Hamburg u. s. w., die Parole ausgegeben war, daß, wenn die Arbeiter am 1. Mai feierten, sie in den ersten 4, 5 Tagen nicht in die Werkstätten und Fabriken kommen dürften. Dieses sehr wesentliche ökonomische Element für unsere Haltung konnten wir nicht an die große Glocke hängen; aber es hat uns in unserer Haltung wesentlich mitbestimmt. Dazu kam ferner, daß wir der Bourgeoisie in Rücksicht auf die kurz zuvor getroffenen Entschließungen der Reichsregierung bezüglich des Sozialistengesetzes gar keinen größeren Gefallen hätten thun können, als wenn wir dem Wunsche eines Theiles unserer Genossen in den großen Städten, zum Feiern aufzufordern, gewillfahrt hätten. Und hatten wir denn übrigens das Feiern verboten? Ueberall da, erklärten wir, wo die Feier ohne wirthschaftliche Schädigung stattfinden könnte, sollte es geschehen; in dieser Einschränkung uns zu erklären, das waren wir unseren Parteigenossen schuldig. Das Feiern war kaum in den großen Städten zu erwarten, nimmermehr aber in den kleinen Städten und in den ländlichen Industriebezirken. Schippel war am energischsten für die Feier eingetreten, und Niemand ist durch seine eigenen Wähler mehr desavonirt worden, als er; denn in Chemnitz und Umgegend hat kein einziger Arbeiter gefeiert; auch dort kamen die ökonomischen Verhältnisse in Frage, und das hatten die Arbeiter begriffen. Wollen wir in Zukunft ähnliche Demonstrationen wiederholen, so werden wir wiederum alle diese Momente zu berücksichtigen haben. In Rücksicht auf die ökonomische Krise, in deren Anfang wir stehen, und welche im kommenden Winter und im nächsten Jahre sich immer mehr ausdehnen wird, können wir, meiner Meinung nach, unmöglich auf einem Beschlusse fernerhin beharren, der nothwendig zahllose Freunde in die übelste Lage brächte. Lieber wollen wir Alles aufbieten, um den Beschluß dahin zu formuliren, nicht den 1. Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai als Demonstrationstag zu setzen, wenn der internationale Kongreß sich im nächsten Jahre mit der Frage wieder beschäftigt.

Es waren also die ernstesten, sorgfältigsten Erwägungen, welche die Fraktion veranlaßten, den Aufruf, wie geschehen, zu erlassen. Wir sind damals hier in Halle auch in dieser Frage sehr heftig auf einander geplatzt und haben uns gründlich ausgesprochen, aber schließlich wurde, gegen eine oder zwei Stimmen, der Beschluß so gefaßt, wie er veröffentlicht wurde. Ich möchte, daß auch in dieser Frage der Parteitag Veranlassung nähme, seine Meinung der Fraktion gegenüber zu äußern, und schlage vor, der Parteitag wolle erklären:

Die Motive, welche die Fraktion veranlaßten, den bekannten Aufruf für die Demonstration am 1. Mai zu erlassen, fanden in

der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage ihre Rechtfertigung.

(Andauernder lebhafter Beifall.)

Beide Resolutionen werden mit sehr großer **Majorität angenommen**; eine dritte, inzwischen eingelaufene Resolution von Dr. **Rüdt**, welche einen scharfen Tadel der Opposition der sogenannten „Jungen" ausspricht, wird einstweilen zurückgezogen.

Auf Antrag von **Geck-Offenburg** wird dem **Genossen Bebel für die Kassenführung einstimmig Decharge ertheilt.**

Der Antrag Stadthagen, auf Einsetzung einer Kommission, wird ebenfalls mit großer Mehrheit genehmigt. Die neun Mitglieder der Kommission sollen morgen Vormittag gewählt werden. Während der Debatte sind bereits beim Bureau eine Anzahl Delegirten für die Kommission in Vorschlag gebracht worden. Der Vorsitzende verliest die Namen derselben, worauf **Meister-Hannover** gegen diese „hinterrücks" gemachten Vorschläge protestirt, und deren Annullirung beantragt, da ihm die Sache zu sehr als gemacht erscheine.

Vorsitzender **Dietz** verwahrt das Bureau gegen solche grundlosen Angriffe. Unter solchen Verhältnissen bleibe nichts übrig, als morgen durch Stimmzettel zu wählen.

Meister hat nicht dem Bureau irgend welchen Vorwurf machen, vielmehr nur rügen wollen, daß das Bureau mit solchen Vorschlägen bereits bestürmt worden sei, ehe noch feststand, ob eine Kommission eingesetzt würde oder nicht.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgetheilt, daß die Präsenzliste nicht vor Beendigung der Arbeiten der Mandats-Prüfungskommission, das heißt nicht vor zwei Tagen, werde erscheinen können, wird die Sitzung um acht Uhr geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 14. Oktober, Vormittags 9½ Uhr.

Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung.

Der **Vorsitzende** theilt mit, daß die Mandats-Prüfungskommission ihre Arbeiten im Laufe des Vormittags beenden wird. Vorläufig ist festgestellt, daß, außer den Abgeordneten, 410 Delegirte, darunter drei Frauen, auf dem Parteitage anwesend sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt **Berndt-Berlin**, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der betreffenden Versammlung im V. Berliner Wahlkreis, daß dort in keiner Weise Grothe-Halle, als in Beziehungen zur Polizei stehend, geschildert worden sei.

Vom Redakteur der „Berliner Volkstribüne", **Konrad Schmidt**,

ist nachfolgendes Schreiben eingegangen, das verlesen wird. Dasselbe lautet:

Ein Nichtmitglied des Parteitages ersucht den geehrten Vorsitzenden, um jedes Mißverständniß zu beseitigen, folgende Berichtigung zu verlesen:

Genosse Liebknecht hob gestern die Gefahr hervor, die eventuell durch seine Namhaftmachung als Korrespondent des „Dänischen Sozialdemokrat“ für ihn hätte entstehen können. Daß die „Volkstribüne“ sich erst gegen jene Korrespondenz gewandt habe, nachdem L. öffentlich als Urheber derselben genannt war, und daß der Vorwurf einer Denunziation das Blatt schon aus diesem Grunde nicht treffen könne, hat L. selbst bereitwilligst konstatirt. Er fügte aber hinzu, daß jene Korrespondenz, gewissermaßen gegen den Willen des Redakteurs, unter dem zwingenden Druck gewisser Hintermänner in die „Tribüne“ lanzirt sei. Das ist ein Irrthum. Ich bin dabei durchaus selbstständig vorgegangen und muß die volle Verantwortung für die polemische Erwähnung der Liebknecht'schen Korrespondenz in der „Tribüne“ übernehmen.

Konrad Schmidt.

Für die Wahl der gestern beschlossenen Neunerkommission wird auf Vorschlag Bebel's bestimmt, daß eine Vorschlagsliste gedruckt und um 1 Uhr vertheilt werden soll. Den Abstimmenden soll es frei stehen, Aenderungen resp. Ergänzungen in dieser Liste vorzunehmen. Diese Liste gilt als Stimmzettel. Die Mandats-Prüfungskommission wird beauftragt, die Zettel zu sammeln und das Wahlresultat festzustellen.

Ein Antrag von Zubeil, das Prinzip der Schließung der Rednerliste einzuführen, wird, nachdem Singer sich dagegen erklärt, abgelehnt.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein:

Punkt 3. **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion.**

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Es kann nicht meine Aufgabe sein, Sie mit den einzelnen Fragen, welche im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstag verhandelt worden sind, eingehend zu beschäftigen. Sie stehen Alle im öffentlichen Leben, haben die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion aufmerksam verfolgt und werden sich wohl bereits selbst ein Urtheil darüber gebildet haben, ob die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion dem Interesse der Partei entsprochen, oder ob die Partei Veranlassung hat, sich mit dieser Thätigkeit nicht einverstanden zu erklären. Ich möchte nur in großen Zügen die Reichstags-Thätigkeit der Fraktion beleuchten und daran eine Betrachtung knüpfen, ob die Nothwendigkeit vor-

liegt, wie behauptet worden, in der parlamentarischen Taktik und Thätigkeit der Partei eine Aenderung vorzunehmen.

In Bezug auf die Behandlung der Reichshaushaltsetats hatte die Fraktion keine Veranlassung, von der Taktik, welche sie, solange es Sozialdemokraten im deutschen Reichstage giebt, befolgt, abzuweichen. Wir haben aus prinzipiellen Gründen gegen die Etats gestimmt, weil die durch den Etat geforderten Summen wesentlich aufgebracht werden zur Unterhaltung des Militarismus, dem wir feindlich gegenüberstehen. Wir haben mit unserer Ablehnung des Etats Protest eingelegt gegen das System Bismarck, welches zwar in seinem bisherigen Träger gefallen ist, welches aber der That nach immer noch besteht und regiert. Wir mußten mit unserer Abstimmung dokumentiren, daß die von uns vertretenen Wähler, die politisch in der Sozialdemokratie organisirte Arbeiterklasse, dem herrschenden System, welches zu Gunsten des Militarismus ungeheure, das Mark des Volkes aufsaugende Summen fordert, feindlich gegenübersteht. Wir betrachten den Völkerfrieden als eine unerläßliche Vorbedingung der Bessergestaltung der sozialen Verhältnisse und stimmen gegen die Ausgaben für den Militarismus, in der Ueberzeugung, daß den steten Rüstungen, der fortwährenden Vermehrung der Mordmittel ein Ende gemacht werden muß, daß es der zivilisatorischen Aufgabe der Völker widerspricht, wenn sie, gewaffnet bis an die Zähne, gleich wilden Thieren nur auf den Moment lauern, wo sie sich zerfleischen können. (Beifall.)

Selbstverständlich haben wir auch die für jene Militärzwecke geforderten indirekten Steuern abgelehnt. Wir sind der Ansicht, daß die Mittel, welche die heutige Gesellschaft für den Militarismus braucht, getragen werden sollen von den Bevölkerungsklassen, zu deren Schutz eventuell das Militär in Aktion tritt; die heutige Gesellschaft muthet der Arbeiterklasse zu, nicht nur mit ihrem Leben und Gesundheit, im Falle eines Krieges, das Vaterland und den Besitz der herrschenden Klassen zu vertheidigen, sondern belastet auch noch in den indirekten Steuern und der dadurch herbeigeführten Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die wirthschaftlich schwachen breiten Volksmassen mit den Kosten für den Militarismus.

Wir haben in einer der früheren Sessionen einen Antrag eingebracht auf Aufhebung der Getreidezölle, der nicht über die erste Berathung im Reichstage hinausgekommen ist. Denselben Antrag haben wir in der laufenden Session gestellt. Wir werden bei der Berathung dieses Antrages Gelegenheit haben, nachzuweisen, wie verheerend die Getreidezölle gewirkt haben; während dieselben das nothwendigste Lebensmittel im Preise steigern, zieht ein Theil der besitzenden Klassen, namentlich die Großgrundbesitzer, bedeutende materielle Vortheile aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen

und das arbeitende Volk zahlt den Gewinn der Agrarier mit der Vertheuerung des Brotes. (Sehr richtig.)

Wir haben uns weiter zu beschäftigen gehabt mit dem Sozialistengesetz. Zweimal ist dasselbe im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstage zur Verhandlung gekommen. Erstens, als es sich darum handelte, die bekannten Puttkamerschen Verschärfungen in das Gesetz aufzunehmen. Sie kennen unsere Enthüllungen, welche der Welt nachwiesen, wie korrumpirend das Sozialistengesetz gewirkt hat und wie durch das Sozialistengesetz das Spitzelthum und das Agent provocateurthum gezüchtet worden ist. Nach diesen, auf amtliche Aktenstücke gestützten Enthüllungen hatte die Majorität des Reichstages noch so viel Schamgefühl, daß sie die von der Regierung beantragten Verschärfungen, die Erhöhung der Gefängnißstrafen, das Verbot der Versammlungen im Auslande, die von Herrn v. Puttkamer geforderte Expatriirung zc. ablehnte und nur für die einfache Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre stimmte. Das zweite Mal beschäftigte sich der Reichstag mit dem Sozialistengesetz kurz vor den letzten Wahlen, bei welcher Gelegenheit die Verewigung des gegen uns gerichteten Ausnahmegesetzes gefordert wurde. Neben einigen angeblichen Milderungen forderte der Bundesrath die Aufhebung der Fristdauer und die Beibehaltung der Ausweisungen. Diese Vorlage ist bei der Gesammtabstimmung abgelehnt worden. Die Nationalliberalen hatten sich in Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf, und weil sie glaubten damit Stimmen fangen zu können, entschlossen, gegen die Ausweisungen zu stimmen und die Verewigung des Sozialistengesetzes von der Beseitigung des Ausweisungsparagraphen abhängig zu machen. Die Kommission kam zu keinem definitiven Resultat, und selbst während der zweiten und dritten Berathung im Plenum hatte sich noch keine feste Mehrheit gebildet. Das Kartell — damals hatte es noch die Majorität im Reichstage — wartete auf das erlösende Kommando seines Abgottes in Friedrichsruhe; aus dem Umstande, daß Fürst Bismarck seinen Mameluken keine Befehle ertheilte, glaubten die Konservativen des Reichstages schließen zu sollen, daß die Regierung auf die Annahme des Gesetzes ohne die Ausweisung keinen Werth legen würde, und weil der rechten Seite des Reichstages das Gesetz überhaupt nicht scharf genug war, fand sich bei der Gesammtabstimmung keine Majorität für eine nochmalige Verlängerung desselben. So ist denn am 1. Oktober dieses Jahres das Sozialistengesetz gefallen, während dem Urheber sowohl als dem Hauptvollstrecker desselben bereits früher das verdiente Loos zu Theil geworden ist; das Ausnahmegesetz, unter dessen Herrschaft wir stetig an innerer und äußerer Kraft gewachsen sind, jenes Monument der Schande liegt im Staube, zertrümmert von der Partei, zu deren Vernichtung es errichtet wurde. (Lebhafter Beifall.)

Was den Arbeiterschutz betrifft, so wissen Sie, daß wir bereits im Jahre 1884 einen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht haben, der damals nicht vollständig zur Verhandlung kam. In der Legislaturperiode 1887/90 konnten wir diesen Antrag nicht wieder einbringen, weil wir nicht die dazu geschäftsordnungsmäßig erforderliche Zahl von 15 Mitgliedern, sondern nur 11 Abgeordnete hatten. In dieser Session haben wir unseren Arbeiterschutz-Gesetzentwurf auf's Neue eingebracht und es wird nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages eine Verhandlung darüber stattfinden. Die anderen Parteien haben seit mehreren Jahren, um uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, ein Wettrennen um die Gunst der Arbeiter veranstaltet; die Herren leben in dem naiven Glauben, daß die Arbeiterbevölkerung ihnen bei den Wahlen folgen werde, wenn derselben in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung Versprechungen gemacht werden; sie haben deshalb Anträge auf Arbeiterschutz eingebracht, und es ist charakteristisch, daß diesen an sich durchaus ungenügenden und ganz schwächlichen Anträgen bis zu dieser Session die Bundesregierungen ablehnend gegenübergestanden habe. Der Antrag auf Verbot der Sonntagsarbeit, auf Verbot der Kinderarbeit, auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und Frauen — Dinge, die sich in einem civilisirten Staate eigentlich von selbst verstehen müßten — wurden seitens der verbündeten Regierungen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Nothwendigkeit einer Aenderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht nachgewiesen sei; der damalige Träger der Politik der herrschenden Klassen, Fürst Bismarck, war es, welcher meinte, es müsse erst durch eine Enquete festgestellt werden, ob z. B. ein Verbot der Sonntagsarbeit nothwendig und den Arbeitern nützlich sei; trotzdem nun bei diesen Erhebungen die übergroße Mehrzahl der befragten Arbeiter und eine große Anzahl von Unternehmern sich für das Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen, haben die verbündeten Regierungen sich damals nicht entschließen können, in dieser Beziehung mit Vorlagen an den Reichstag zu kommen, und wir sind erst jetzt, im Laufe dieser Legislaturperiode, in der Lage, den Gesetzentwurf, welchen die Regierung behufs Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht hat, zu berathen. Unsere Fraktion hat bei der ersten Berathung dieses Gesetzentwurfes, welcher die „neue Aera" einleiten soll, ihren Standpunkt bereits zum Ausdruck gebracht. In der Kommission, welcher dieser Gesetzentwurf zur Vorberathung überwiesen ist, haben unsere drei Vertreter die Einfügung der Bestimmungen unseres Arbeiterschutzgesetzes in die Regierungsvorlage beantragt. Die Berathungen über die Vorlage sind noch lange nicht abgeschlossen, und es wird sich in der Presse und in Versammlungen noch oft Gelegenheit finden, über die vorgelegte Gewerbeordnungsnovelle zu verhandeln. Das aber erkläre ich schon

jetzt: Wir werden im Reichstage dem mit dem Arbeiterschutz verquickten Arbeitertrutz in Bezug auf die Koalitionsfreiheit nicht nur nicht zustimmen, sondern wir werden an diesen arbeiterfeindlichen Bestimmungen die gänzliche Inhaltlosigkeit des offiziellen Arbeiterschutzes nachweisen. (Bravo!) Wir werden zeigen, in welch' heuchlerischer Weise die herrschenden Klassen ihre sogenannte Arbeiterfreundlichkeit zum Ausdruck bringen, und beweisen, daß dieselben sich die überaus winzigen Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter mit der Vernichtung des letzten Restes des Koalitionsrechtes bezahlen lassen wollen. Die Sozialdemokratie, welche unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes das Zuckerbrot der Versicherungsgesetzgebung zurückgewiesen und die Peitsche des Sozialistengesetzes verlacht hat, sie wird sich auch nicht dazu herbeilassen, um des in der Vorlage gebotenen winzigen Arbeiterschutzes willen auf das wichtigste Recht der Arbeiterklasse, auf die volle Koalitionsfreiheit, zu verzichten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß nicht nur in dem jetzigen Umfange erhalten werden, nein, es muß so ausgestaltet werden, daß kraft desselben die Arbeiter im Stande sind, sich, von der Gesetzgebung gegen die Brutalität der Unternehmer geschützt, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Wir werden beantragen, die Unternehmer unter Strafe zu stellen, wenn sie es wagen, das durch die Bestimmungen des Koalitionsgesetzes verbriefte Recht der Arbeiter anzutasten. Gegenüber den Unternehmerkartellen, den Industrieringen, den Bestrebungen der herrschenden Klassen, die Arbeiter wirthschaftlich auszubeuten und politisch zu unterjochen, diejenigen von ihnen aufs Pflaster zu werfen, welche für die Arbeitsgenossen eintreten, werden wir gesetzliche Bestimmungen verlangen, welche diese unwürdigen und grausamen Zustände beseitigen; wir werden Strafbestimmungen nicht für die um ihr Menschenrecht kämpfenden Arbeiter, sondern für die ihre wirthschaftliche Gewalt mißbrauchenden Unternehmer fordern. (Lebhaftes Bravo!) Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß wir uns vollkommen klar darüber sind, daß durch die Arbeiterschutz-Gesetzgebung die Ziele, denen die Sozialdemokratie zustrebt nicht erreicht werden, daß durch eine noch so gute Arbeiterschutz-Gesetzgebung das heutige Produktionssystem, unter welchem die Arbeiterklasse immer mehr und mehr verelendet, in keiner Weise geändert wird. Die Sozialdemokratie kämpft für die Beseitigung des Lohnsystems, für die Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsweise, und weiß, daß nur durch Konstituirung der sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit zur Schaffung wahrhaft menschenwürdiger Zustände gegeben ist. Die Sozialdemokratie, welche die jetzige Gesellschaftsordnung von Grund aus umändern will und daher ihrer prinzipiellen Stellung nach eine durchaus revolutionäre Partei ist, weiß ganz genau, daß ihre Ziele nicht

auf dem Wege der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu erreichen sind. Wir wissen aber auch, daß wir unsere Ziele erheblich früher erreichen werden, wenn wir die Soldaten, die in dem Befreiungskampfe für die Menschheit ihre Pflicht thun sollen, in bessere Lebensverhältnisse bringen, und das geschieht, indem wir den verheerenden, degenerirenden Wirkungen des heutigen Gesellschaftssystems möglichst einen Riegel vorschieben; dazu ist die Arbeiterschutz-Gesetzgebung bestimmt. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, in unserem Sinne durchgeführt, wird es der Arbeiterklasse möglich machen, in Lebensbedingungen zu kommen, in welchen es ihr ermöglicht sein wird, an dem großen Befreiungskampfe der Menschheit thatkräftigen und erfolgreichen Antheil zu nehmen. Durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, durch ein Verbot der Nachtarbeit, namentlich durch Feststellung eines Normalarbeitstages, durch ein ausreichendes Fabrikinspektorat, durch Errichtung von Arbeiterkammern zur Ueberwachung der gesundheitlichen Verhältnisse in der Industrie wird es möglich sein, Zustände zu schaffen, in denen die Arbeiterklasse nicht mehr gezwungen ist, sich in dem Maße abzurackern und sich so elend zu ernähren, wie es heute der Fall ist. Je höher die Lebensbedingungen der Arbeiter, desto schneller wird unsere Armee wachsen und immer thatkräftiger, zielbewußter und schlagbereiter werden. (Lebhafter Beifall.)

Weiter hatten wir Stellung zu nehmen zur **Kolonialpolitik des Reiches**. Wir sind Gegner dieser Politik, weil ihre Wirkungen wiederum nur den besitzenden Klassen zu Gute kommen, und weil es keine Kulturaufgabe für Deutschland ist, seine Bürger nach Afrika zu schicken, um sie unter den dortigen ungünstigen klimatischen Verhältnissen elend zu Grunde gehen zu lassen. Die Sklaverei gilt es auch in Deutschland zu beseitigen, und die Antisklavereibestrebungen sind nur eine Maske, unter welcher ein kleiner Kreis von großen Handelsfirmen den Löwenantheil aus dem Nutzen der Kolonialpolitik zieht.

Ferner ist verhandelt worden über ein Gesetz, welches die **Einschränkung der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen** weiter ausdehnte. Wir haben dabei die Forderung vertreten, daß die **Gerichtsverhandlungen öffentliche** sein müssen. Die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ist ein Grundpfeiler einer geordneten und guten Gerichtsbarkeit. In demselben Maße, wie, namentlich bei politischen Prozessen, die Oeffentlichkeit eingeschränkt wird, wächst die Möglichkeit, Tendenzprozesse zu führen, und wir haben in dieser Beziehung bei den Geheimbundprozessen recht viele Erfahrungen gemacht.

Das **Alters- und Invaliditätsgesetz** wurde von der Regierung als „Krönung der Sozialreform" bezeichnet; dasselbe ist mit einer kleinen Majorität von 20 Stimmen vom Reichstag an-

genommen worden. Wir haben gegen dieses Gesetz gestimmt, weil es uns zu wenig für die Arbeiter geboten hat. Das Bettelgeld, welches in Form einer Rente den durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern gegeben wird, meinten wir, hätte Deutschland sich schämen sollen, der Arbeiterklasse anzubieten. (Sehr richtig!) Wir konnten in diesem Gesetze nichts weiter sehen, als eine, nicht einmal verbesserte, sondern nur veränderte Armengesetzgebung, und wir haben nachgewiesen, daß die Armenunterstützungen in vielen Orten Deutschlands erheblich höher sind, als die Renten, welche auf Grund dieses Gesetzes als „wohlerworbene Rechtsansprüche" den alten und invaliden Arbeitern gezahlt werden. Wir haben das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz abgelehnt, weil das den Arbeitern darin Gebotene durchaus unzulänglich ist und in keiner Weise den Namen verdient, welchen das Gesetz trägt. Wir haben uns mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden erklärt, wir haben aber die Ueberzeugung, daß der Gewinn, welchen die Unternehmer aus der Ausbeutung ihrer Arbeiter ziehen, sie in die Lage versetzt, in weit höherem Maße die materiellen Lasten eines solchen Gesetzes auf sich zu nehmen. Wir haben zu diesem Gesetz zahlreiche Amendements eingebracht, weil wir, wenn es uns gelungen wäre, das Gesetz so zu gestalten, daß es den Minimalforderungen der Arbeiterklasse entsprochen hätte, dafür gestimmt haben würden. Nachdem aber im Reichstage unsere so sehr bescheidenen Forderungen abgelehnt worden sind, mußten wir gegen das Gesetz stimmen; wie recht wir damit hatten, wie wenig die Prophezeihungen der Minister und der Majorität, daß nach unserer Ablehnung des Gesetzes die Arbeiter sich von uns abwenden würden, begründet waren, das hat der 20. Februar, das haben die Wahlen auf das Allerglänzendste bewiesen. (Sehr richtig; Bravo.)

Wir haben uns in dieser Session zu beschäftigen gehabt mit einer Vorlage der Reichsregierung, welche die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres um 18 000 Mann verlangte. Dabei war das Merkwürdige, daß dieselbe Regierung, welche vor wenigen Jahren erklärt hat, sie könne ohne Septennat nicht auskommen, in dieser Session selbst mit dem Septennat gebrochen, und eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gefordert hat. Wir haben selbstverständlich gegen die Vorlage gestimmt, gegen die Erhöhung des stehenden Heeres um 18 000 Mann sowohl, als auch gegen die neuen damit verbundenen Heeresformationen. Aber wir haben auch gegen die vom Zentrum bei dieser Gelegenheit eingebrachten Resolutionen gestimmt, weil wir uns verpflichtet fühlten, gegen Herrn Windthorst, welcher durch die Einbringung solch' nichtssagender Resolutionen dem Volke nur Sand in die Augen streuen wollte, Stellung zu nehmen. Wir machen die Komödie nicht mit, in demselben Augenblick, wo man 40 Millionen für die Erhöhung des Heeresstandes

bewilligt, die Regierungen aufzufordern, in ernste Erwägung zu nehmen, ob die durch den Militarismus dem Volke auferlegten Lasten nicht verringert werden könnten. Der Militarismus gereicht den Völkern zum Unheil, seine Lasten können auf die Dauer nicht getragen werden, die Völker brechen unter den Wirkungen des heutigen Militärsystems wirthschaftlich zusammen; darum wollen wir den Militarismus beseitigen und, ohne die Wehrhaftigkeit des Landes zu schwächen, durch Schaffung eines Milizheeres, durch Einführung der wirklichen allgemeinen Wehrpflicht dafür sorgen, daß Deutschland etwaigen Feinden gegenüber gewappnet ist. Der heutige Zustand dagegen ist unerträglich; aus ihm entstehen die sich stets vermehrenden Rüstungen, und schließlich führt er die Zeit herbei, in welcher der Krieg ausbrechen muß, weil die Aufrechterhaltung des heutigen bewaffneten Friedens auf die Dauer unmöglich ist. (Bravo!)

Sodann die Vorlage der Gewerbegerichte. Auch hier haben wir Amendements eingebracht, deren Annahme uns das Gesetz acceptabel gemacht hätte, weil wir glauben, daß die Schaffung solcher Gerichte in Deutschland im Interesse der Arbeiter liegt. Aber auch hier zeigte sich wieder, was man auf der andern Seite unter „Sozialreform“ versteht. Alle hierher gehörigen Gesetzvorlagen, und also auch diese, sind von einem Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiterklasse durchtränkt, der uns selbstverständlich nicht veranlassen konnte, für die Vorlage zu stimmen. Wir haben bekanntlich schließlich das Gesetz abgelehnt, weil die Theilnahme an den Wahlen an eine viel zu hohe Altersgrenze gebunden war, weil den Arbeiterinnen das Stimmrecht nicht gewährt wurde, weil bei der Organisation und Verwaltung die Mitglieder der freien Hilfskassen völlig übergangen wurden, und weil alles in allem das Gesetz den Zustand in den Städten, wo solche Gerichte bereits bestehen, wesentlich verschlechtert. Die Statuten der Gewerbegerichte in Frankfurt, Nürnberg, Leipzig u. s. w. sind für die Arbeiter viel besser, als die auf Grund des Gesetzes zu erlassenden ausfallen werden; und zu einer Verschlechterung konnten wir natürlich unsere Hand nicht bieten.

Wir haben ferner selbstständige Anträge eingebracht. Schon in der vorigen Session hatten wir bei der Etatsberathung auf einige Lücken und Mängel des Unfallversicherungsgesetzes hingewiesen; damals aber waren wir nicht in der Lage, selbstständig mit Abänderungsanträgen vorzugehen; im Laufe der letzten Session haben wir das gethan, indem wir die Aufhebung der 13wöchentlichen Karenzzeit verlangten und noch einige andere Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes verbessern wollten. Bei der Verhandlung dieses unseres Antrags hat die Regierung erklärt, noch im Laufe der Session eine Novelle zum Unfallgesetz vorlegen zu wollen. Wir werden ja bald in der Lage sein, be-

urtheilen zu können, inwieweit darin unsere Forderungen berücksichtigt sind.

Wir haben sodann Anträge auf Erhöhung und Verbesserung des Einkommens der unteren Beamten gestellt, Anträge, welche bereits in der vorigen Session in Aussicht genommen waren und dazu geführt haben, daß die Regierung einen Nachtragsetat vorgelegt hat. Wie sehr der Militarismus in Deutschland alles beherrscht, zeigte sich auch hier wieder, dadurch, daß diese Vorlage mit einer Erhöhung der Offizierseinkommen verquickt wurde. Nach Ablehnung dieser Forderung wurde beschlossen, den durch die Vertheuerung der Lebensmittel in äußerst ungünstige Verhältnisse gerathenen unteren und mittleren Beamten, Briefträger u. s. w. eine Gehaltserhöhung zu gewähren.

Wie ich schon anführte, haben wir dann den Antrag auf Aufhebung der Lebensmittelzölle gestellt, der noch verhandelt werden wird, und schließlich eine Verfassungsänderung dahingehend beantragt, daß dem Reichstage das Recht auf Einsetzung von Untersuchungskommissionen mit der Befugniß selbstständiger Erhebungen, der eidlichen Vernehmung von Zeugen u. s. w. verliehen wird. Wir sind hierzu gekommen, weil durch die Art und Weise der amtlichen Untersuchungen uns zur Gewißheit geworden ist, daß die Arbeiterkreise fast gar nicht befragt werden, obgleich angeblich in ihrem Interesse die Erhebungen vorgenommen werden. Wir wollen dem deutschen Parlament, ähnlich wie es in England der Fall ist, das Recht gewährt wissen, Untersuchungsausschüsse einzusetzen; wir wollen, daß das Parlament die verbesserungsbedürftigen Verhältnisse selbstständig untersuchen kann. Dieser Antrag ist noch nicht verhandelt, das wird erst im Laufe der Session geschehen.

Ich komme nun zu der Frage: Sind die Interessen der Partei durch die parlamentarische Thätigkeit gefördert worden? Ich habe, gegenüber den wiederholten Manifestationen innerhalb der Partei, nicht den geringsten Zweifel, daß die Partei nicht nur mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist, sondern in ihrer übergroßen Mehrheit auch damit einverstanden ist, daß die parlamentarische Thätigkeit überhaupt für die Partei eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Es hieße auf eins der wirksamsten Agitationsmittel verzichten, wenn jener, in vereinzelten Kreisen laut gewordenen Auffassung gemäß die Partei sich entschließen wollte, diese Thätigkeit aufzugeben oder wesentlich einzuschränken. In der übergroßen Majorität der Parteigenossen wird kein Verständniß dafür vorhanden sein, daß zwar gewählt werden soll, daß aber die Gewählten nachher nicht arbeiten brauchen. Die Partei hat ein volles Recht, zu verlangen, daß ihre Vertreter im Parlament die Forderungen aufstellen, deren Erfüllung sie von der heutigen Gesellschaft verlangt;

die Befürchtung, daß durch die parlamentarische Thätigkeit eine Versumpfung der Partei eintreten könnte, daß wir zu einer Possibilistenpartei werden könnten, hat in den Ergebnissen der bisherigen parlamentarischen Bethätigung keinen Boden. Auf allen Parteitagen ist bisher erklärt worden, von allen Rednern ist betont worden, daß wir den Parlamentarismus wesentlich als Agitationsmittel betrachten; um dieses Mittel aber zu voller Wirkung zu bringen, dürfen wir nicht nur für die Wahlen agitiren, sondern müssen auch die Parlamentstribüne zur Stellung unserer Forderungen, zur Kritisirung des Bestehenden, zur Aufklärung und Belehrung benutzen. Diese agitatorisch-parlamentarische Thätigkeit kann nicht dahin verstanden werden, daß man einzelne Reden im Reichstage hält, daß von Zeit zu Zeit ein Fraktionsmitglied eine allgemein gehaltene Darstellung unseres Programms giebt, sondern daß unablässig und ernsthaft, selbstredend keinen Schritt vom Programm abweichend, und niemals zu Kompromissen geneigt, bei jeder Gelegenheit dafür gesorgt wird, daß die Agitation für unsere Zwecke und Ziele gefördert wird und daß bei der Nachweisung der Schäden im Einzelnen durch Stellung von Verbesserungsanträgen die Forderungen der Partei in immer weitere Kreise hineingetragen werden. Wer da glaubt, daß dadurch die prinzipielle Stellung der Partei verwischt wird, der beurtheilt ihre Intelligenz zu niedrig, ihre prinzipielle Festigkeit zu gering. Es hieße, eins der schneidigsten, wirksamsten Mittel, die uns zum guten Theil zu dem gemacht haben, was wir sind, in die Ecke werfen, wenn wir anders handeln würden. Die Reichstagstribüne mußte, wie alle Agitationsmittel, wirksam benutzt werden und wird weiter benutzt werden müssen; durch eine prinzipielle und zielbewußte Thätigkeit im Parlament können wir der Partei große Dienste leisten. Ich glaube, daß die parlamentarische Thätigkeit, so wie sie von uns geübt worden, dem Interesse der Partei sowohl in prinzipieller, wie in taktischer Beziehung entspricht. Wir sind verpflichtet, überall da, wo es möglich ist, für die Arbeiterklassen das denkbar Beste herauszuschlagen, und wenn wir der Regierung die Anerkennung der Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes aufgezwungen haben, wenn wir den herrschenden Klassen die Ueberzeugung beigebracht haben, daß die jetzige Ausbeuterwirthschaft für die Dauer unhaltbar ist, wenn wir durch unsere unablässige Agitation im Volk und im Parlament einen Erfolg errungen haben, der sich darin dokumentirt, daß selbst die herrschenden Klassen daran gehen müssen, die Erfüllung unserer Forderungen in Angriff zu nehmen, dann hieße es in der That thöricht handeln, wenn wir darauf verzichten wollten, in diesem Sinne weiter zu arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) In der Diskussion wird sich innerhalb des Parteitages mit Nothwendigkeit die Ueberzeugung Bahn brechen, daß auch im Parlament ein Boden für unsere Thätigkeit gegeben ist und daß

wir auch dort erfolgreich zu kämpfen im Stande sind. (Sehr richtig!) Ich schließe in der Hoffnung, daß der Parteitag aus dem Mitgetheilten die Ueberzeugung gewinnen wird, daß die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie es mit ihrer Aufgabe ernst genommen haben, daß sie bestrebt gewesen sind, den Interessen der Partei zu dienen und daß sie somit für die Sozialdemokratie Deutschlands, zugleich aber auch für die Arbeiterklasse aller Länder das, was sie thun konnten, geleistet haben. (Andauernder stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Es ist zu diesem Gegenstande der Tagesordnung folgende Resolution von Fischer-London und Oertel-Nürnberg eingebracht worden:

> Der Parteitag erklärt, das die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppirung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.
>
> Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse nöthigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung der Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu wecken.

Diese Resolution wird mit zur Debatte gestellt.

Fischer-London: Wiewohl ich die feste Ueberzeugung habe, daß innerhalb des Parteitages über die Thätigkeit der Fraktion und unsere allgemeine Stellung zur parlamentarischen Thätigkeit absolut keine Meinungsverschiedenheit existirt, halte ich doch für nothwendig, daß der Parteitag eine bestimmte Meinung bekunde, und zwar angesichts der aus den Reihen der sogenannten Opposition wiederholt hervorgegangenen Beschuldigung, daß die bisherige Thätigkeit unserer Abgeordneten zum Possibilismus hinneige, ja bereits die Gefahr einer Versumpfung in sich schließe. Eine Stellungnahme des Parteitages ist auch nothwendig angesichts des Umstandes, daß die bürgerliche Presse diese Ansicht als die Meinung eines großen Theils der deutschen Genossen dargestellt hat. Wir müssen klipp und klar erklären, daß in dieser Beziehung unsere Meinung dieselbe geblieben ist. Wir müssen das bekunden dem wiederum aus den Reihen der sogenannten Opposition hervorgegangenen Bestreben gegenüber, einen Radikalismus" zu kultiviren, der eigentlich nur die politische Impotenz bedeutet und in seiner Konsequenz zum Anarchismus führt, gegen den schon in Wyden und auch später bei jeder passenden Gelegenheit

Stellung genommen worden ist. Mit dem zweiten Theil unserer Resolution wollen wir den Einwurf der Opposition begegnen, als ob die Sozialdemokratie irgendwie Anlaß zu der Annahme gegeben hätte, von den in der sogenannten neuen Aera versprochenen Reformen etwas Durchgreifendes zu erwarten. Wir haben eine viel zu gute Meinung von der Arbeiterschaft überall, um auch nur einen Augenblick in dieser Richtung Zweifel zu hegen. Auf Einzelheiten glaube ich nicht eingehen zu sollen; die Resolution faßt Alles zusammen, sodaß ich lediglich mich in Wiederholungen ergehen müßte. Eins aber muß ich noch besonders betonen: es ist die Stellung der verschiedenen ausländischen Bruderparteien zu der von der Fraktion eingenommenen Haltung. Wenn wir in allen Ländern das Bestreben sehen, die deutsche Sozialdemokratie in Taktik und Kampfmitteln zum Muster zu nehmen, so sollte uns diese Wahrnehmung doch dahin belehren, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Resolution ist aber auch deshalb nothwendig, weil die Sozialdemokratie alle Ursache hat, sich dessen zu freuen, daß sie eine solche Fraktion besitzt. Die beste Armee wird durch schlechte Führung desorganisirt und zu Niederlagen geführt. Unter der Führung dieser Fraktion aber hat es die deutsche Sozialdemokratie dahin gebracht, daß wir wieder hier in Halle auf deutschem Boden uns zu unseren Geschäften vereinigen konnten; die Fraktion hat uns im Kampf von Sieg zu Sieg geführt. Wir haben alle Ursache, uns dessen zu freuen, daß die politische Situation so klug ausgenutzt worden ist, ohne dabei unserer Würde irgend etwas zu vergeben. Wie wir für unsere Pflichterfüllung Anerkennung beanspruchen, hat auch die Fraktion das Recht auf Anerkennung, wenn ihre Thätigkeit für uns ersprießlich und erfolgreich gewesen ist! (Allseitige Zustimmung und Händeklatschen.)

Dr. **Rüdt**: Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man der Thätigkeit der Fraktion auf diesem Parteitage noch mehr Anerkennung und Lob zuerkennen wollte; ist doch beides seit Jahren in Tausenden von Versammlungen von den Parteigenossen ausgesprochen worden, hat doch namentlich das sachliche Verhalten der Fraktion im Reichstage zu der großen Begeisterung der Partei und zur Ergreifung aller der Mittel, welche den großen Sieg garantiren mußten, beigetragen! Auch die Feinde haben anerkannt, daß unsere parlamentarischen Vertreter nicht uns das Parteiinteresse würdig vertreten, sondern daß sie stets auf der Höhe der Zeit gestanden haben. So sehr wir als Sozialdemokraten Gegner des Parlamentarismus als einer Schöpfung des Bourgeoisie-Staates sind, so müssen wir doch zugestehen, daß von unseren Vertretern alles geschehen ist, was unter solchem Regime geleistet werden konnte. Namentlich ist das Schandgesetz, welches 12 Jahre lang die Sozialdemokratie in Fesseln schlug, dadurch unmöglich geworden, weil die

Fraktion es durch die Enthüllung der Polizeispitzelei, durch die Aufdeckung der in seinem Gefolge selbst von gewissen Gerichten und seitens der Polizei in Deutschland begangenen Ungerechtigkeiten und Schändlichkeiten schon vor zwei Jahren an den Wurzeln untergrub. Dadurch hat sich auch der herrschenden Bourgeoisie gewissermaßen ein moralischer Ekel vor solchen Machinationen bemächtigt, und so ist das Gesetz gefallen. Ueberall, auch im Auslande, hat die Fraktion für ihre Haltung, ihre Thätigkeit, ihre Energie, für ihre begeisterte Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes Anerkennung gefunden, und diese Haltung hat es vor Allem auch dahin gebracht, daß unsere Partei so mächtig, so gefürchtet in Deutschland geworden ist. Die auf sie gemachten Angriffe waren im Wesen und in der Form völlig unbegründet und unzulässig. (Lebhafter Beifall.)

Hug-Wilhelmshaven: Ueber die Thätigkeit unserer Abgeordneten will ich kein Wort verlieren; hätten sie eine andere Taktik befolgt, so wären wir einfach auf dem Wege zur Anarchie. Die großen Worte, die tönenden Phrasen der kleinen Berliner Klique haben nirgendwo ein Echo gefunden. Ich lenke nur die Aufmerksamkeit der Fraktion auf den Umstand, daß in Deutschland einige Tausend Arbeiter in Staatswerkstätten noch immer unter einem Ausnahmegesetz stehen, obwohl das Sozialistengesetz gefallen ist. In den Arbeitsordnungen jener Werkstätten sind die bekannten Bestimmungen, welche von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen sprechen, nach wie vor enthalten. Die Fraktion sollte das sofort im Reichstage bei den Marinewerkstätten zur Sprache bringen und, soweit sie kann, dafür Sorge tragen, daß diese Bestimmungen hinauskommen. Gerade unsere Nordwestecke bedarf in dieser Beziehung der Hilfe; ich habe dort 12 Jahre gearbeitet und gesehen, wie alle und jede politische Bewegung eingeschränkt und verboten wurde; heute ist das Gesetz fort, und trotzdem kann man sich nicht rühren. Nicht einmal an einer gewerkschaftlichen Versammlung können die Arbeiter der Staatswerkstätten theilnehmen, ohne zu riskiren, entlassen zu werden.

Zur Geschäftsordnung beschwert sich Genosse Hermann, daß Ausdrücke wie „Berliner Klique" gebraucht werden; man solle alles Persönliche vermeiden.

Ebenfalls zur Geschäftsordnung wünscht Genosse Schulze-Erfurt, daß doch diejenigen, welche zu Gunsten der Parteileitung und der Fraktionsthätigkeit sprechen wollen, auf das Wort verzichten möchten, man wolle lieber die Gegner hören.

Herbert-Stettin: Die Angriffe auf die Fraktion kommen von Seiten Derer, die in den großen Städten sitzen und sich nicht die Mühe geben, aufs Land zu gehen und dort die ungleich schwerere Agitation zu betreiben. Dort fragt man uns zunächst immer: Was

habt ihr bereits gethan? und kann man keine positive Antwort geben, dann ist es nichts mit dem Erfolg. Die Landbevölkerung ist bisher von uns noch nicht genügend berücksichtigt worden, auch bei den Arbeiterschutzanträgen. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß auch den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben wird. Ich habe während der Zeit meiner Ausweisung aus Stettin manches auf dem platten Lande in der so verrufenen Provinz Pommern erreicht; aber weit mehr würde man dort den neuen Ideen zujauchzen, wenn die Führer und bewährten Kräfte mehr von den Städten hinausgingen, wenn nicht so oft der mit Mühe gewonnene Referent im letzten Augenblicke wieder abschriebe. Es wäre doch die größte Ruhmesthat, gerade Pommern zu gewinnen. Griffe hier die Fraktion ein, sie würde sich den besten Dank erwerben.

Bremer-Magdeburg (sehr schwer zu verstehen): In letzter Zeit ist die Behauptung, unsere Theilnahme am Parlamentarismus sei ein Unrecht, mit derartigen Argumenten durch die Opposition vertreten worden, daß ich dagegen doch protestiren muß. In einem von jener Seite ausgegangenen Artikel heißt es u. A. sogar: Wer den Arbeitern sagt, er will ihnen mit dem Parlament helfen, begeht einen Schwindel, einen Betrug! — Wir haben doch unser Parteiprogramm und solange das nicht geändert ist, so lange es uns anweist, die alten demokratischen Forderungen zu erheben, deren Verwirklichung auf dem Felde des Parlamentarismus liegt, solange erkenne ich nur den als Parteigenossen an, der sich auf dieses Programm stellt. Ich gewähre die weitgehendste Freiheit in der Diskussion, aber Unterschiebung von Lüge und Betrug verbitte ich mir. Aus der Diskussion darf nicht Gehässigkeit hervorgehen, durch sie darf auch die Parteidisziplin nicht untergraben werden!

Kunert beschwert sich zur Geschäftsordnung über störende Unruhe an den Saalausgängen; **Riemann**-Chemnitz führt über die vorhandene Zugluft Klage.

Es läuft von **Vollmar** und Genossen folgende **Resolution** ein:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Partei hat für die nächste Zeit eine hauptsächliche Wirksamkeit dahin zu richten, daß das vorhandene **Koalitionsrecht** nicht nur im ganzen Umfange aufrecht erhalten und gegen jede wie immer geartete Beeinträchtigung thatkräftig geschützt, sondern weiter bis zur vollen Versammlungs- und Verbindungsfreiheit entwickelt wird. Als ein nothwendiges Mittel zum Schutze des Koalitionsrechtes der Arbeiter gegen die unterdrückerischen Bestrebungen des Unternehmerthums ist ein Gesetz anzustreben, welches jeden Versuch, das Koalitionsrecht oder die sonstige Ausübung der gesetzlichen Rechte zu hindern oder zu erschweren, unter nachdrückliche Strafe stellt.

Kloß-Stuttgart wünscht, daß diese Resolution bis zu Punkt 8 der Tagesordnung zurückgestellt werde.

Vollmar: Mein Antrag zielt nicht nur auf das gewerbliche Koalitionsrecht, sondern auf jedes Koalitionsrecht, und wir können unmöglich die Materie derart theilen, daß wir einen Theil erst bei Punkt 8 behandeln; das Koalitionsrecht ist ein politischer Faktor, der gerade nur hier erledigt werden kann, wo es sich um unsere parlamentarische Bethätigung handelt. Wir fordern bekanntlich für alle Deutschen, ob Männer oder Frauen, das gleiche, vollkommen freie Vereinigungs-, Versammlungs- und Verbindungsrecht nach jeder Richtung, darüber brauchen wir nicht zu reden; nur scheint es mir taktisch an der Zeit, jetzt uns dieses Rechtes besonders anzunehmen. Sowohl von Seiten der Regierungen wie des Unternehmerthums wird jetzt bereits der Versuch gemacht, das Vereinsrecht zu beeinträchtigen; weitere Versuche werden, wenn wir von unseren Rechten unter dem jetzt zurückgewonnenen gemeinen Recht wollen Gebrauch machen, gar nicht auf sich warten lassen. Wir müssen bedenken, die Leute sind wenig durch die bisherigen Verhältnisse an die öffentliche Diskussion gewöhnt, und wenn erst die Lawine von Versammlungen, Preßerzeugnissen, Reden u. s. w. über sie ergehen wird, dann werden die Spießbürger erst recht wieder nach Polizei schreien. Deshalb sollte nach meiner Ansicht der Parteitag hier ansetzen, nicht nur mit dem Verlangen der Ausdehnung des Rechtes, sondern auch mit der Forderung nachdrücklicher Strafen für jeden, der diese gesetzliche Freiheit zu beeinträchtigen versucht. In dem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf der Fraktion ist die Sache insofern berührt, als dort die Unternehmerkartelle und die schwarzen Listen als strafbar hingestellt werden, nicht nur civilrechtlich, sondern auch durch Verwirkung von Konventionalstrafen und dergleichen. Die Sache hat damals großen Krakehl hervorgerufen und alle guten Bürger in furchtbare Wuth versetzt, daß wir ihnen ihre Freiheit, uns zu unterdrücken, verbieten wollen. Aber gerade der Ach- und Weheschrei der Bourgeoisie hat uns den rechten Weg gezeigt; wir dürfen nicht zurück, sondern müssen weiter gehen, und das soll durch meinen Antrag geschehen. Derselbe ist nicht etwas noch nie Dagewesenes, sondern sein Inhalt ist in Frankreich z. B. bereits Gesetz; es werden dort solche Zuwiderhandlungen unter eine Geldstrafe von 200 bis 1000 Franks und unter die Androhung von Gefängniß bis zu drei Monaten gestellt. Ich bitte den Parteitag, sich möglichst einstimmig für den Antrag zu erklären, um der Fraktion gebundene Marschroute zu geben, daß sie bei der ersten Gelegenheit denselben im Reichstage einbringt.

Fleischmann-Frankfurt a. M. Sie werden sich Alle sehr wohl zu erinnern wissen, daß es eine Zeit gab, wo es fast ein moderner Sport geworden war, etwas revolutionär zu renommiren. Wir

haben dieses Treiben fast überall wahrnehmen können. Man renommirte einerseits beständig mit der Behauptung, die parlamentarische Thätigkeit führe uns nicht zum Ziel, und andererseits wurde immer auf den sog. großen kommenden Tag hingedeutet, welcher die Menschheit mit einem Schlage erlösen sollte. Derartige Leute giebt es noch hier und da in unseren Reihen; ich habe keine Veranlassung, Namen zu nennen, aber auch ich halte für nothwendig, daß wir uns in einer bestimmten Richtung ganz entschieden äußern und den von uns zu gehenden Weg bezeichnen. Wir wollen und müssen bestrebt sein, das Klasseninteresse der großen indifferenten Masse zu wecken, dann wird sich schon zeigen, wie weit wir unseren Zielen uns nähern. Ich bin nicht gerade ein Freund des Boykotts, aber ich bin entschieden für den Boykott des Militarismus. Boykottiren wir ihn, geben wir ihm keine Gelegenheit, von seinen Schießwaffen Gebrauch zu machen. Geben wir ihm keine Gelegenheit zum Einhauen auf die Massen, dann haben wir im Interesse der Fortentwicklung unserer Bewegung mehr gethan, als mit aller Revolutionsmacherei und mit dem Hindeuten auf jenen großen Tag, auf Putsche u. dgl. Die große Masse ist zum Klassenbewußtsein zu bringen, alles andere sind nebensächliche Fragen.

Liebknecht: Genossen! Ich hätte eigentlich erwartet, daß die Opposition sich melden würde. Dem Genossen Vollmar wollte ich zunächst sagen, daß das Koalitionsrecht von uns in seiner Bedeutung voll erkannt wird. Wir wissen genau, daß das Wahl- und das Koalitionsrecht die bedeutendsten Rechte sind, die wir zu vertheidigen haben werden. Uebrigens ist das, was Vollmar beantragt und von ihm hier befürwortet wurde, bereits geschehen. — Da nun hier kein Ansturm gegen den Parlamentarismus bisher gekommen ist, muß ich mich gegen einiges in der Presse Gesagte wenden. Der ganze Ansturm läuft auf eine Verwechselung dessen hinaus, was man unter Parlamentarismus versteht. Früher verstand man darunter — in Frankreich unter Louis Philipp und in England — unter Parlamentarismus nicht das Wahlrecht im Allgemeinen, sondern bloß das Wahlrecht einer Minorität, nämlich der besitzenden Klassen. Dieses ganze System ist uns als ein Schwindelsystem erschienen. Wo aber ein allgemeines Wahlrecht besteht, kann davon keine Rede sein. Die 45 Millionen Deutsche können doch nicht an einem Tage zusammenkommen und über jedes Gesetz berathen; wir müssen also eine Vertretung haben. Wessen Schuld ist es, wenn die Volksvertretung nichts taugt? Schuld daran ist doch nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern der Unverstand der Massen, die leider noch allzu oft ihre eigenen Feinde wählen. Da zeigt sich, wo wir den Hebel anzusetzen haben. (Sehr richtig!) Von den 80 Prozent, die gegen uns sind, würden mindestens noch neun Zehntel zu uns

gehören, wenn sie ihr Interesse verständen. Diese bis jetzt indifferente Masse müssen wir erobern; haben wir sie erobert, so haben wir den Sieg. Das war gerade das Gefährliche jener Opposition, womit sie den Gegnern einen ungeheuren Dienst geleistet hätte, wenn es ihr gelang, diese indifferente Masse gegen uns aufzubringen. In die Partei schlagen sie damit keinen Keil hinein, die schüttelt solche Dinge mit Leichtigkeit ab (Zustimmung), aber jene mögliche Wirkung des Auftretens der Opposition ist der Hauptfehler gewesen. Man hat alles gethan, den Parlamentarismus zu diskreditiren, so daß ein Abgeordneter fast als ein Feigling erscheinen mußte. Die Herren haben auf die Brust geschlagen, als wären sie die einzig Thätigen in der Partei. Was haben sie gethan? Ein Paar Reden gehalten. Eine Bombe werfen kann einmal jeder Esel. (Sehr richtig.) Schon früher habe ich auf die anarchistische Bewegung hingewiesen; sie ist zurückgeworfen worden, während wir in Deutschland eine Macht geworden sind. — Kompromisse sollen nicht geschlossen, unser revolutionärer Charakter muß stets scharf aufrecht erhalten werden. Im Parlament ist es oft sehr schwierig, die Grenzlinie zu ziehen; da wird unter Umständen ein klein bischen zu weit nach rechts oder nach links gegangen; wenn man aber das Ziel fest vor Augen hat, wird man diese Linie stets im Ganzen richtig innehalten, und das ist unsererseits geschehen. Die ungeheure Bedeutung des Wahlrechts wird Ihnen ja durch unsere ausländischen Genossen bezeugt. In Belgien, Oesterreich, in den Niederlanden, überall kämpft man um das allgemeine Wahlrecht, das gewaltigste Agitations- und Erziehungsmittel für die Massen, welches existirt. Trotz aller Unterdrückung, die wir erlitten haben, sind dadurch die Volksmassen bis ins Innerste aufgerüttelt worden. Wenn Sie heute den politischen Bildungszustand auf dem Lande mit dem zur Zeit vor dem allgemeinen Wahlrecht vergleichen, werden Sie erklären müssen, daß die erzieherische Wirkung dieses Wahlrechts garnicht hoch genug geschätzt werden kann, und darum müssen wir es benutzen. Fürst Bismarck, der zwar kein Staatsmann war, aber ein Demagoge, wie er im Buche steht, hat den Wählerfang gründlich betrieben. Das thun wir auch, aber wir schwindeln den Leuten nichts vor, was wir nicht erfüllen können. Früher haben wir ja theilweise eine ganz andere Taktik verfolgt. Taktik und Prinzip sind zwei verschiedene Dinge. Ich habe 1869 in einer Rede in Berlin den Parlamentarismus verurtheilt. Das war damals. Die politischen Verhältnisse waren ganz andere; der Norddeutsche Bund war eine Mißgeburt, ein Deutsches Reich gab es nicht. Niemand konnte die Wendung voraussehen, die so bald eintrat. Sie kennen die Geschichte. Der österreichische Oberkriegsrath gab seine ausgearbeiteten Schlacht- und Siegespläne den Feldherren in die Hand, und sie wurden geschlagen; den französischen Heerführern sagte man nur: Ihr habt

zu siegen, und sie siegten. Und das müssen auch Sie der Parteiführung sagen: Ihr müßt siegen, Ihr habt unsere Interessen zu vertreten! Die Taktik ist Sache der Umstände, aber Ihr müßt siegen! (Stürmischer Beifall.)

Werner-Teltow (zur Geschäftsordnung): Ich habe sofort, als der Berichterstatter begann, einen Zettel mit meiner Meldung hinaufgeschickt; ich bewundere, daß der Zettel weggekommen ist. . . .

Vorsitzender Dietz: Der Zettel ist nicht verloren gegangen, Genosse Werner bekommt jetzt das Wort.

Werner-Teltow: Ich hätte zunächst gewünscht, daß vom Bureau der Ausdruck „Berliner Clique“ gerügt worden wäre, wie das schon der gewöhnliche parlamentarische Anstand erheischt . . (Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Dietz: Ich kann dem Genossen Werner nicht gestatten, das Bureau zu kritisiren; ich werde aber auch beleidigende Ausdrücke, gleichgiltig von welcher Seite sie kommen, zurückweisen.

Werner (fortfahrend): Dann hat der Vorsitzende das überhört. — Ich stehe in der Frage des Parlamentarismus auf dem Standpunkte, daß man das Agitationsmittel der Wahl für unsere Partei unbedingt zu insceniren und anzuwenden hat, da man dadurch in die entlegensten Kreise der noch indifferenten Bevölkerung Deutschlands hineindringen kann. Aber mit der Resolution Fischer, die ja ähnlich auch schon in Kopenhagen und St. Gallen angenommen ist, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich spreche unseren Abgeordneten garnicht ab, daß sie ihre Thätigkeit im Reichstage entwickelt haben; viel zu rührig sind sie gewesen; aber ob diese Rührigkeit am rechten Ende angewandt worden ist, ist eine zweite Frage. Unsere Reichstagsfraktion muß im Parlament mehr propagandistisch, mehr agitatorisch wirken für die Ideen der Sozialdemokratie. Wir wollen doch das Parlament nicht betrachten als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck! Nun sagt Singer, wir müssen uns die Soldaten erziehen, damit, wenn die heutige Anschauung fällt, die große Masse soweit ist, daß sie weiß, welches die sozialdemokratischen Prinzipien sind und daß auf Grund derselben die neue Weltordnung aufgebaut wird. Auf diese Weise kann ich aber Soldaten nicht erziehen, wenn ich die Zweckmäßigkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung in der heutigen Gesellschaft so in den Vordergrund stelle. Was heißt es denn, wenn heute die Verkürzung der Arbeitszeit so sehr betont wird? Ich betrachte die Kaiserlichen Erlasse, die ja von Einzelnen bei uns gelobt worden sind als erster Anstoß zu einer neuen Aera, dahin: der Regent wollte die Bourgeoisie, das Kapital, darauf hindrängen, zu sagen, die anstürmende Gefahr der Arbeiterbewegung ist vorhanden, verbrüdert euch international, damit ihr jene sozialen Forderungen, die von Seiten der Arbeiter-

vertreter erhoben werden, Verkürzung der Arbeitszeit, welche Erhöhung des Lohnes nach sich ziehen muß, regeln könnt; denn wenn ihr auf dem Weltmarkt vollständig einig seid, dann kann das Produkt diese Lohnerhöhung durch die verkürzte Arbeitszeit sehr wohl tragen. Betrachten wir doch die Sache ruhig. Bei zehnstündiger Arbeitszeit wird bei der heutigen Wirthschaft ein Quantum von Arbeit fertig (Unterbrechungen) . . ich glaube, ich erzähle Ihnen nichts Neues. (Heiterkeit, Rufe: Sehr richtig!) Wenn durch die Verkürzung der Arbeitszeit und den erhöhten Arbeitslohn das gelieferte Quantum jetzt ein geringeres wird, muß doch ganz naturgemäß das einzelne Produkt im Preise steigen. (Zwischenrufe: Das wissen wir!) Es ist aber wesentlich, daß ich das heute hier konstatire. (Große Heiterkeit). Sie werden mich heute nicht aus der Fassung bringen. Die Lage der Bevölkerung wird nicht gehoben, wenn durch die Vertheuerung der Produkte eine Steigerung des Lohnes stattfindet und wenn durch die Bestimmungen des ehernen Lohngesetzes die arbeitende Bevölkerung auf dem niedrigsten Niveau der Selbsterhaltung ihre Forderungen von der Kapitalistenklasse erfüllt bekommt. Wenn heute der Lohn zwei Mark ist und die Waare kostet auch zwei Mark, so ist das doch gleichbedeutend, ob der Lohn fünfzig Mark ist, wenn die Waare auch fünfzig Mark kostet. Das ist doch ganz klar. (Lachen und fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich wollte dies Beispiel hier nur anführen, um zu konstatiren, daß unsere Reichstagsabgeordneten darauf hindrängen sollten, daß die Kapitalswirthschaft unbedingt weg muß. Diese Flickerei durch Arbeiterschutzgesetzgebung an der heutigen Wirthschaftsordnung wird niemals eine Hebung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen mit sich bringen. Geistig kann die Arbeiterklasse durch die verkürzte Arbeitszeit sehr wohl gehoben werden. (Rufe: Aha! Andauernde Unruhe.) Das ist der einzige Grund, aber eine materielle Hebung möchte ich sehr stark bezweifeln, und deshalb kann ich Singers Ausführungen nicht zustimmen, wonach auch eine bessere Ernährungsweise dadurch erzielt werden soll. Die Arbeiter werden immer auf dem niedrigsten Niveau stehen. (Fortgesetzte Unruhe.)

Vorsitzender Dietz: Die zehn Minuten sind vorüber. (Werner bittet um weiteres Gehör. Stürmischer Widerspruch. Bebel ruft: Gebt ihm noch zehn Minuten! G. Schulz-Berlin: Geben Sie Herrn Werner noch zehn Minuten mehr! Jeder blamirt sich, so gut er kann! Stürmische Heiterkeit und Lärm.)

Auf die Anfrage des Vorsitzenden beschließt der Parteitag ohne Widerspruch, den Redner weitersprechen zu lassen.

Vorsitzender: Herr Werner hat das Wort. Ich bemerke aber, daß dies kein Präjudiz sein soll. Jeder folgende Redner darf unbedingt nur 10 Minuten sprechen.

Werner (fortfahrend): Ich danke zunächst Herrn Schulz für

die Zensur, die er mir gegeben; wir werden in Berlin mit ihm darüber weiter sprechen. Vor dem Sozialistengesetz wehte in den Reden unserer Abgeordneten ein frischer, belebender Hauch; das sprach zum Herzen; da sah die Masse, daß sie von unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaft nichts zu erwarten hat und daß die Prinzipien der Sozialdemokratie einzig und allein die richtigen seien. Aber jetzt hat im Reichstage der Abgeordnete Bebel in einer Kommission erklärt, und ich möchte darüber von ihm Auskunft haben, wie er das gemeint hat, man müsse einer jeden Regierung Vertrauen entgegenbringen (Lachen). Bebel wird mir das beantworten. Ich möchte diesen Ausspruch nicht näher ausmalen. Ferner hat Bebel in seiner letzten Militärrede etwas ausgeführt, was ich nicht unterschreiben kann und was ich als Sozialdemokrat auch nicht verstehe. Ich bin ja ein ziemlich beschränkter Mensch. (Zustimmung und Heiterkeit.) Ich habe ja keine Gymnasialbildung. — Der Abgeordnete Bebel hat bei der Militärvorlage im Reichstage gesagt, er sehe ein, daß die Abrüstung nicht möglich sei und daß von der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu erwarten sei, daß sie die Kraft aus den Händen gebe. (Redner citirt den stenographischen Bericht.) Bebel erklärte sich sogar eventuell bereit, dazu Mittel zu bewilligen, um die Uniformen umzuändern. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß man der Regierung in dieser Weise Konzessionen von unserer Seite macht. Wenn wir die internationale Abrüstung verlangen, so muß immer und immer wieder betont werden, daß der Militarismus etwas Kulturfeindliches ist. Ich bin zufrieden, wenn mich Bebel in dieser Beziehung eines Besseren belehren kann, aber ich konnte das, von meinem Standpunkte aus nicht gutheißen.

Im deutschen Reichstage sind unsere Vertreter mit Recht gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz aufgetreten. Es wurde gesagt, das Gesetz sei nur eine verschobene, nicht verbesserte Armenpflege, und darum könne man ihm nicht zustimmen. Es ist mir aber erinnerlich, daß von der Fraktion der Antrag gestellt wurde, daß das kleine Bürgerthum, der Handwerkerstand, auch solle der Wohlthaten des Gesetzes theilhaftig werden. Ferner sagten die Abgeordneten im Reichstage: wir sind gegen jede veränderte Armenpflege, wir wollen keine derartige Armenpflege, — und dann kommen unsere Leute in der Stadtverordnetenversammlung und sagen: hier in der Stadtverordnetenversammlung müssen wir einmal anfangen, die Armenpflege ein bischen zu reformiren, und müssen einmal sehen, ob wir hier einen Pfennig der einen oder anderen Familie mehr geben können. Das ist gefährlich. Ich bin für die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage, aber sie muß propagandistisch, agitatorisch, von unseren Gesichtspunkten, von sozialdemokratischen Zielen aus immer zündend zur Masse sprechen.

Ferner muß ich auf etwas aufmerksam machen, was zu unliebsamen Auseinandersetzungen in der Presse geführt hat. Im Wahlkreise des Abgeordneten Stadthagen, bei der Hauptwahl, vertheilten die Freisinnigen illustrirte Flugblätter, und bei der Stichwahl kam unsere Partei und vertheilte dieselben illustrirten Flugblätter. Es handelte sich in denselben um die indirekten Steuern. Wir sehen aber doch die Zölle von ganz anderen Gesichtspunkten an, als die bürgerlichen Parteien. Die Freisinnigen sind allerdings auch gegen die indirekten Steuern, aber nur, weil sie das Privatkapital in seiner Beweglichkeit nicht einschränken wollen. Wir dagegen sind gegen die Getreidezölle, weil wir, wie Karl Marx auf dem Brüsseler Kongreß ausführte, einen revolutionären Standpunkt einnehmen, weil die große Masse der arbeitenden Bevölkerung einfach ihre Lebensmittel vertheuert bekommt und weil der Freihandel eher zum Zusammenbruch der privatkapitalistischen Produktionsweise führt. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch; der Parlamentarismus ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck. Er muß agitatorisch, propagandistisch sein, um so die Massen aufzuklären. Das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die politischen Fragen müssen mehr in den Vordergrund gestellt werden als bis dato, die Arbeiter müssen vor dem Terrorismus der Arbeitgeber geschützt werden.

Löwenstein-Nürnberg: Jede agitatorische Thätigkeit unserer Fraktion muß für unsere Partei zugleich eine praktische sein. Werner aber faßt die Thätigkeit der einzelnen Abgeordneten in dem Sinne auf, wie z. B. Hasselmann und Most dies thaten, als sie — nicht mehr Abgeordnete waren. Das ist der Kernpunkt seiner ganzen Ausführungen: es sollen anarchistische Auffassungen ins Volk hineingetragen werden. Daß wir aber damit nichts wollen zu thun haben, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Nach Werners Meinung korrumpirt die parlamentarische Thätigkeit. In gewissem Sinne ist das ja auch richtig. Dasselbe läßt sich aber ebenso gut von jeder Theilnahme an der Politik überhaupt sagen. Es werden nur Diejenigen korrumpirt, die nicht gesinnungstreu sind, die keine Prinzipien haben, die nicht opferwillig sind, die nicht die Allgemeinheit, sondern nur persönliche Interessen im Auge haben. Für die Charaktere ist die parlamentarische Thätigkeit eine Schule, und wer da charakterfest hervorgeht — und das ist bei der Thätigkeit unserer Fraktion in vollstem Maße der Fall —, bei dem ist von Korruption keine Rede. Ich bin der Meinung, daß unsere Vertreter, weil auf die agitatorische Thätigkeit der Hauptwerth zu legen ist, hauptsächlich in den großen Prinzipienfragen, also zunächst in den sozialpolitischen Fragen, arbeiten müssen und nicht in Kleinigkeiten ihre Kraft zersplittern sollen. Ich wünsche aber auch, daß unsere Abgeordneten mehr als bisher

— ich will ihnen damit keinen Vorwurf machen —, ähnlich wie seiner Zeit der leider viel zu früh gestorbene Abgeordnete Kayser, beim Budget die vorhandenen Mißstände zur Sprache bringen; das kann uns nur Anhänger gewinnen.

Bebel: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich mich auf die sogenannten nationalökonomischen Auseinandersetzungen des Herrn Werner einlasse. (Sehr richtig; Heiterkeit.) Ich wäre auch gar nicht dazu im Stande; nicht weil ich mich zu unwissend halte, sondern weil ich, was er ausführte, nicht habe verstehen können. Ein solcher Wirrwarr von verschiedenartigen Gedanken, eine solche geistige Konfusion ist mir bei einem Parteigenossen, der sich öffentlich um ein Reichstagsmandat beworben hat, noch nie begegnet. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich früher den lebhaften Wunsch gehabt habe, in Rücksicht auf die Rolle, welche Werner in der Berliner Bewegung gespielt hat, daß er bei den Wahlen des 20. Februar oder bei der Nachwahl als Abgeordneter gewählt werde, so muß ich erklären, nachdem ich heute seine Rede gehört, freue ich mich außerordentlich, daß er nicht mein Reichstagskollege geworden ist. (Sehr gut!) Wäre er gewählt worden, fürchte ich sehr, daß wir in seiner Person eine ganz ungeheure Blamage im Reichstage uns zugezogen hätten. (Bravo!) Hätte Werner seine heutige Rede im Reichstage gehalten, wo jedes Wort durch den stenographischen Bericht festgenagelt wird, ich wäre schamroth geworden über den Effekt in der Presse. Die Auseinandersetzungen, die er bezüglich der indirekten Steuern zum Besten gegeben, und bei denen er, ein **Bekämpfer** der Autorität, sich auf die Autorität von Karl Marx bezog, beweisen, daß er nicht einmal die **wesentlichen Grundbegriffe unseres Parteiprogramms** kennt. In dieser Hinsicht genügt sein Wissen nicht einmal den bescheidensten Anforderungen. Auch die von ihm zitirte Rede, die Marx auf dem Brüsseler Kongreß gehalten, hat er nicht verstanden. Würde einer von uns im Reichstag in einer Rede über die Aufhebung der Getreidezölle u. s. w. ähnliche Ausführungen machen, wie wir sie heute von Werner gehört haben, ein gründliches Fiasko wäre die nothwendige Folge. Ich sage aber mehr. Hätte Herr Werner die Ausführungen, die er heute hier über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion und über seine Stellung zu den indirekten Steuern zum Besten gegeben hat, auch bei der Wahlagitation vor seinen Wählern gemacht, ich bin fest überzeugt, daß er nicht den dritten Theil der Stimmen bekommen hätte, die er thatsächlich bekommen hat. (Sehr richtig!) Dieselben Herren, die heute fortgesetzt gegen die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion vorgehen und nicht genug heftige Worte finden, um sie zu verurtheilen, haben bei der Wahlagitation vor 6 Monaten genau in derselben Weise, wie wir Alle, für ihre Kandidaturen gewirkt. Damals hörte man von ihrer jetzt zur Schau

gestellten geringschätzigen Meinung über den Parlamentarismus und von ihren abweichenden Ansichten über die Fraktionsthätigkeit absolut nichts. (Hört! hört!) Ich weiß, daß sie im Gegentheil die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion für sich nach Möglichkeit ausgenutzt haben; ja sie haben mit dem Hinweis auf die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion die Stimmen der Wähler für sich zu erobern gesucht. (Hört! hört!) Parteigenossen! Ich möchte Sie auf diese demagogische Taktik aufmerksam machen. Hier zeigt sich in greller Beleuchtung, was es für Leute sind, die sich hier als Opposition aufspielen. Gefährlich freilich sind sie nicht, diese Herren Konfusionäre. Das zeigt ja auch die sich in fortgesetzten Widersprüchen bewegende Rede Werner's. Erst verlangt er, wir sollen **nur** propagandistisch wirken, dafür eintreten, daß die sozialdemokratischen Ideen in die Massen des Volkes getragen werden. Gleich darauf aber verlangt er, daß wir für die Vereins- und Versammlungs-, für die Koalitionsfreiheit eintreten und dementsprechende Anträge stellen. Was haben wir denn aber anderes gethan? Allerdings haben wir außerdem auch noch für den Arbeiterschutz gewirkt. Wenn dies Nebenfragen sein sollen: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Sonntagsarbeit Verbot der Nachtarbeit u. s. w., dann ist freilichr neun Zehntel unserer Agitation bisher überflüssig gewesen. (Sehr richtig!) Dann sind aber auch die Gewerkschaften der Arbeiter, ohne Ausnahme, vollständig überflüssig. (Sehr richtig!) Diese Ansicht kann aber nur aus einem Gehirn kommen, in dem es kraus und wirr aussieht. Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie thätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. (Lebhaftes Bravo!) Auf diesem Standpunkte haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen (Zustimmung). Werner hat überhaupt ganz und gar verkannt, wo er sich befindet. In einer Volksversammlung, deren Theilnehmer nie etwas von Sozialdemokratie gehört, hätte vielleicht seine Lungenkraft überzeugend gewirkt. Seine Gründe sicher auch dort nicht. Bei uns aber wirkt nicht einmal die Stärke seiner Lunge. (Sehr richtig!)

Bei seinen Angriffen auf mich und meine Fraktionsfreunde kam eine ungeheure Begriffsverwirrung und Unwissenheit zu Tage. Er wirft uns Inkonsequenz in Bezug auf das Alters- und Invaliditätsgesetz vor, weil wir die Ausdehnung desselben auf die Klein-

meister verlangten. Herr Werner beweist mit diesem Vorwurf nur, daß er da von etwas spricht, was er gar nicht kennt. Wir haben durch unsere Redner wiederholt ausführen und erklären lassen, daß das Gesetz, wie es die Regierungen einbrachten und der Reichstag schließlich annahm, nichts sei, als eine verbesserte Armenpflege. Wir wollten es aber in unserem Sinne umgestalten und verlangten damit zugleich, daß diejenigen Klassen der Bevölkerung, die sich in ähnlicher Noth wie die Arbeiter befinden aus dem kleinbürgerlichen Gewerbe- und Bauernstand, ebenfalls der Wohlthaten des von uns verbesserten Gesetzes theilhaftig werden sollen. Wir haben also ganz korrekt bei der Spezialberathung des § 1 des Gesetzes einen dahingehenden Antrag gestellt. Bei der Rentenzahlung haben wir bedeutend erhöhte Sätze beantragt und nachdem diese Bestimmungen, die für uns selbstverständlich waren, abgelehnt waren, haben wir gegen das ganze Gesetz gestimmt. Wenn je eine Fraktion in einer Frage korrekt gehandelt, dann ist es von der sozialdemokratischen Fraktion in der Alters- und Invaliditätsfrage geschehen.

Ich soll dann in der Arbeiterschutzkommission geäußert haben, man müsse einer jeden Regierung Vertrauen schenken. Ich war mir sehr wohl bewußt, als ich einen Satz ähnlicher Art ausgesprochen hatte, daß er in der Presse und wahrscheinlich von derjenigen Seite unserer Partei, die seit langem die Opposition gewissermaßen als Geschäft betreibt, ausgenutzt werden würde. Wie verhält sich nun die Sache? Wir haben bei der Berathung in der Kommission — unsere Gegner werden uns in allererster Linie dies bezeugen — alles aufgeboten, um den Arbeiterschutzgesetzentwurf in unserm Sinn zu amendiren. Durch unsere Anwesenheit und Thätigkeit sind gerade die Verhandlungen in der Kommission so eingehend geführt worden. Sehr zum Aerger unserer Gegner. In der Kommission verlangten nun die Freisinnigen, daß eine Reihe von Maßnahmen, welche durch die Regierungsbehörden und in erster Linie durch die Fabrikinspektoren gehandhabt werden sollten, gleich gesetzlich festgestellt werden sollen. Es sind das Vorschriften, die sich auf die technischen Zustände der Fabriken beziehen; diesem Verlangen der Freisinnigen gegenüber wurde nun geltend gemacht, daß es bei der beständigen Revolutionirung der Technik eine Unmöglichkeit sei, die nothwendigen Schutzmaßregeln durch Gesetz zu bestimmen; es müßten sonst nach einem halben Jahre bereits eine ganze Reihe von Bestimmungen wieder über den Haufen geworfen werden. Es können immer neue Maschinen erfunden werden, welche ganz neue Schutzvorrichtungen erforderlich machen, die gar nicht im Gesetz vorgesehen sind. Ich sagte nun, *in dieser Frage* und wenn wir einmal überhaupt ein Gesetz machen über die Aufsicht der Fabriken, müssen wir jeder Regierung, mag sie sein, welche sie wolle, das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die Bestimmungen in

dem Sinne handhabt, daß sie den Fabrikinspektoren die dem jeweiligen Stande der Technik entsprechenden Anweisungen zur Kontrole der Fabriken giebt. Also auf dem Wege der Verwaltung, wenn eine Aenderung des Produktionsprozesses eintritt, muß die Regierung die Möglichkeit haben, heute so, morgen so zu operiren. Jede andere Regelung würde zum Schaden der Arbeiter selbst ausschlagen. Da ist es egal, wer augenblicklich in der Regierung sitzt. Wir müssen uns eben darauf verlassen, daß sie die getroffenen Bestimmungen in deren Geiste handhabt. Das ist der Sinn meiner Worte.

Ich soll mich dann, entgegen unserer sonstigen Auffassung, gegen die Abrüstung erklärt haben. Das ist auch wieder eine der Wortverdrehungen, an denen kein Mensch in der Partei reicher ist, als Werner. So oft ich auch Gelegenheit gehabt habe, mit diesem Herrn zu disputiren, habe ich gefunden, daß es keinen größeren Meister in der Entstellung und Verdrehung der Worte des Gegners giebt, als ihn. Ich muß erklären, das ist ein Verfahren, das ich mit dem Begriff der Ehrlichkeit und Anständigkeit eines Mannes nicht vereinbaren kann (Bravo!). Ich habe ausgeführt, ich halte die Bestrebungen der sogenannten Friedensfreunde auf allgemeine Abrüstung für aussichtslos, weil es überhaupt nicht denkbar ist, daß die rivalisirenden Militärstaaten dazu übergehen können, gesetzliche Bestimmungen über die Abrüstung zu vereinbaren; aber selbst, wenn derartige Bestimmungen getroffen würden, dann wird mit Nothwendigkeit jede Regierung heimlicherweise dieselben zu umgehen suchen, um im Kriegsfalle dem Gegner mit größerer Macht gegenübertreten zu können. Der Krieg und die Nationalitätenfeindschaft, so führte ich aus, ist ein nothwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft und der in ihr existirenden Klassengegensätze. Sie kann keine Verbrüderung der Nationalitäten wollen, sie muß nothwendig auf die Völkerverhetzung hinarbeiten. Die Kriege sind heute schon nothwendig, damit gewisse Machthaber jeden Augenblick ein Mittel zur Hand haben, die Aufmerksamkeit der Massen von den inneren Angelegenheiten und den sozialen Mißständen abzulenken. Weiter sind die stehenden Heere ein sehr probates Mittel, um die überflüssigen Söhne der Bourgeois in fett dotirte Offizierstellen unterzubringen (Bravo!). Wenn Ihr aber einmal diese stehenden Heere für nothwendig haltet, so führte ich den Freisinnigen gegenüber, speziell gegen die sich so breit machende Richter'sche Scheinopposition aus, dann trefft wenigstens Einrichtungen, daß der aus den ungeheuren Verbesserungen in der Technik der Kriegführung entspringenden Massenhinschlachtung nach Möglichkeit gesteuert wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei der Anwendung des rauchlosen Pulvers und der gegen früher ungeheuren, gesteigerten Treffsicherheit der Gewehre, die jetzigen Uniformen mit ihren blitzenden

Metallknöpfen und grellen Farben ein geradezu Verderben bringendes Zielobjekt für die Feinde seien. Müßten sich unsere Brüder, Söhne und Väter schon einmal auf das Schlachtfeld schleppen lassen, dann kleide man sie wenigstens so, daß sie nicht geradezu das Auge des feindlichen Schützen herausfordern. (Bravo!) Und nun frage ich Euch Alle, die Ihr verpflichtet seid, gegen den auswärtigen Feind die Waffen zu tragen: als Liniensoldaten, Reservisten, Landwehrmänner oder Landsturm, wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine bequeme Zielscheibe für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas gethan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? (Rufe: nein!) Wenn ich aber weiter erklärte, ich bin bereit, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen, dann habe ich damit nichts weiter gethan, als meine Bereitwilligkeit ausgedrückt, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden. Ich habe die Genugthuung gehabt, daß jetzt nach den Manövern in allen Zeitungen und Militärblättern diese Frage erörtert wird. Es wird da ausgeführt, daß es mit der bisherigen farbenschillernden Montirung nicht mehr geht, wenn unsere Soldaten vor der massenhaften Hinschlachtung bewahrt bleiben sollen. Nie in meinem Leben habe ich in einer Frage ein besseres Gewissen gehabt, wie in dieser. Damit bin ich mit Werner fertig. (Heiterkeit).

Was den Antrag Vollmar betrifft, so ist derselbe thatsächlich in unserem Entwurf bereits wörtlich enthalten. Es ist also garnicht nothwendig, daß uns der Parteitag in dieser Beziehung erst eine gebundene Marschroute vorschreibe. Wenn die Bestimmungen, wie sie unser Antrag enthält — woran freilich nicht zu denken ist, — vom Reichstag acceptirt würden, dann stände in der That das Vereins- und Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter auf so festem Grund und Boden, wie in keinem andern Lande der Welt (stürmisches Bravo!)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bestreitet Gen. Schibolsky-Nieder-Barnim die Behauptung Werners bezüglich der Flugblätter im Wahlkreise Niederbarnim.

Stadthagen: Werner hat behauptet, ich hätte Flugblätter, die bei den Hauptwahlen für die Freisinnigen verbreitet waren, bei den Stichwahlen als sozialdemokratische verbreitet. Das ist unrichtig. Ich habe selbstverständlich lediglich sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Ich habe allerdings dieselben nicht bei Werner drucken lassen. (Heiterkeit.) Ich habe sie aber auch bei einem anderen sozialdemokratischen Genossen nicht drucken lassen können, weil dieser sein Wort nicht hielt. Ich habe sie dann aller-

dings bei einem Freisinnigen drucken lassen — ich hätte sie ebenso bei einem Konservativen drucken lassen können. Der Inhalt dieses Flugblattes ist ein lediglich sozialdemokratischer gewesen. Nun waren Bilderbogen, auf denen dargestellt war, wie die Lebensmittelzölle das Volk auspressen, im Mosseschen Verlage erschienen. Von diesen suchten wir welche zu bekommen, um auf der Rückseite unser Flugblatt zu drucken. Wir bekamen sie zu spät und haben sie mit dem Zusatz verbreitet: „Der Gegenkandidat hat für diese Zölle gestimmt, wir wünschen die Abschaffung der Getreidezölle.“ Das ist das „freisinnige Flugblatt,“ demgegenüber ein Genosse den Muth hat, von einer Korruption der Partei zu sprechen. Ich bedaure, sagen zu müssen: ich glaube nicht, daß Werner im allgemeinen an Mangel an Verständniß leidet. Soweit seine prinzipiellen Auseinandersetzungen in Betracht kommen, mag das ja zutreffen; das leuchtet aus seinen sachlichen Ausführungen hervor; was aber seine persönlichen Angriffe betrifft, so weiß er nur zu gut, daß dasjenige, was er sagt, der Wirklichkeit nicht entspricht. (Bravo!)

Werner: Bebel sagte, ich hätte den Standpunkt, den er in seiner Reichstagsrede über die Militärvorlage vertreten, für verwerflich für die Partei gehalten. Ich habe ihn aber nur um Auskunft gebeten, wie er das, was er in der Kommission gesagt, gemeint habe. Ich glaube, Sie Alle werden das so verstanden haben. Aber es scheint, daß meine Gegner hier eine sehr sonderbare Kampfesweise gegen mich zur Anwendung bringen wollen. (Gelächter.) Stadthagen habe ich persönlich überhaupt nicht vorgeworfen, daß er die Flugblätter hätte verbreiten wollen. Ich habe nur gesagt, in dem Wahlkreise, in dem Stadthagen aufgestellt war, sind diese Flugblätter gedruckt und verbreitet worden. Ich werde sofort nach Berlin telegraphiren und mir ein Exemplar senden lassen. Auf den Flugblättern steht: „Wer nicht will, daß es so werden soll, der wähle den sozialdemokratischen Kandidaten Stadthagen.“ (Unruhe.) Ich meine, wenn diese Flugblätter erst von freisinniger und dann von sozialdemokratischer Seite verbreitet werden, so bringt das eine Verwirrung unter die Massen. Schließlich möchte ich doch ersuchen, daß derartige Unterschiebungen nicht vorkommen, wie die von Stadthagen, ich sei darum gegen die Flugblätter, weil sie nicht in meiner Druckerei gedruckt seien. Das ist unanständig!

Vollmar: Mein Antrag ist keineswegs überflüssig; denn er will nicht nur die Unternehmer bestraft wissen, wenn sie die Arbeiter von Gewerkschaften, von Streiks abhalten und sie maßregeln wollen, sondern auch, wenn sie sie abhalten wollen von der Ausübung sonstiger politischer Rechte.

Bebel erklärt, daß, wenn Vollmar seinen Antrag aufrecht erhalte, selbstverständlich Niemand gegen denselben stimmen werde.

Der Vorsitzende ruft den Genossen Stadthagen wegen der eben von Werner erwähnten Aeußerung, die im Bureau wegen der herrschenden Unruhe nicht gehört worden war, nachträglich zur Ordnung.

Stadthagen: Ich habe lediglich Thatsachen aneinandergereiht und garnicht geäußert, was mir vorgeworfen wird. Wenn aus diesen Thatsachen ein Schluß gezogen wird, so kann ich das nicht ändern; ich habe es nicht gethan.

Das Schlußwort als Berichterstatter erhält **Singer:** Genossen! Ich werde mich ganz kurz fassen, denn unsere Zeit ist gemessen, in der Sache sind wir alle, mit einer einzigen Ausnahme, vollkommen einig; da aber von den übrigen Berliner Genossen leider keiner dazu kam, in der Diskussion diesen Punkt hervorzuheben, so möchte ich als Berliner Abgeordneter sowohl, wie auch als Berliner, Namens der Berliner Partei dagegen protestiren, daß Werner sich immer wieder herausnimmt, hier für die Berliner Parteigenossen zu sprechen. (Sehr richtig!) Die sogenannte Opposition ist in Berlin in den Kreisen der Parteigenossen gerade so vereinzelt, wie die Opposition Werner's hier auf dem Parteitage. (Sehr richtig!) Die Berliner Genossen haben zu dutzend Malen in den letzten Jahren ihr volles Einverständniß mit der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion ausgesprochen. Gerade in Bezug auf das Arbeiterschutzgesetz, das Werner als so nebensächlich hinstellt, haben sich eine sehr große Anzahl von Berliner Versammlungen entschieden f ü r das Vorgehen der Fraktion ausgesprochen. Ich bin überzeugt, die Berliner Genossen werden es sich nicht gefallen lassen und dagegen remonstriren, wenn man annimmt, sie seien hier durch Werner vertreten. Wäre Werner ein ehrlicher Kämpfer, so hätte er immer sagen müssen: „Es sind einige Genossen in Berlin, die meine Auffassung theilen und in deren Namen ich spreche." Werner meinte, er würde mit seinen Aeußerungen nichts Neues sagen; ja, wenn er nur etwas Gescheutes gesagt hätte! (Heiterkeit; Zuruf: Ist nicht parlamentarisch!) Die nationalökonomischen Ausführungen Werner's kann ich nicht wiederlegen, denn ich habe dieselben nicht verstanden; er sagt, im Reichstag müsse alles agitatorisch, propagandistisch, zündend wirken. Wir wirken, soweit unsere Kräfte reichen, in diesem Sinne im Reichstag. Wir thun das, indem wir die Haltlosigkeit der bestehenden Verhältnisse nachweisen, den herrschenden Klassen die Maske vom Antlitz reißen und unserem Prinzip entsprechende Anträge einbringen; damit wirken wir tausendmal agitatorischer und zündender als wie es etwa durch eine Rede à la Werner geschehen würde. (Lebhaftes Bravo!)

Zur Charakterisirung der sogenannten Opposition, vertreten einzig durch Werner, verweise ich auf den eigenthümlichen Umstand, daß jedes Mal, wenn eine Erwiderung seitens des Angegriffenen

erfolgt, Werner kommt und sagt: „Ich habe Niemand angreifen wollen; ich habe das auch nicht geglaubt und ich bin erfreut, die Aufklärung bekommen zu haben." So hat er es auch heute wieder gegen Bebel gemacht. Wenn Werner von „sonderbarer Kampfesweise" spricht, dann gilt dies Wort von ihm in erster Linie. Er ist es, der erst verdächtigt und verleumdet, und dann, wenn die Unwahrheit der Angriffe nachgewiesen ist, sagt, ich wollte ja blos Aufklärung haben, ich wollte nur hören, ob das, was ich nicht glauben kann, wahr ist. So hat er es in Volksversammlungen, so hier gemacht; so handelt aber kein ehrlicher Parteigenosse; der fragt vorher, wenn ihm etwas nicht in Ordnung scheint, verläumdet und verdächtigt aber nicht frisch darauf los um sich nachher hinter die Redensart zu verschanzen „ich habe nur aufklären wollen." (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß dieser Parteitag Aufklärung verbreiten wird über den Werth der Opposition, wie sie von Herrn Werner und den ihm Gleichgesinnten betrieben wird. (Sehr richtig!) In sofern können wir auch den Genossen aus dem Wahlkreise Werners nur dankbar sein, daß sie ihn hierher geschickt haben. (Sehr gut!) Ich glaube aber auch, daß die Zahl der übrigen Berliner Genossen, die bisher noch sachlich in einigen Punkten mit Werner übereinstimmten, nach seinen heutigen Ausführungen auf Null schwinden wird. Ich konstatire nochmals, daß alles dasjenige, was an persönlichen, kränkenden, verleumderischen Aeußerungen vorgebracht worden ist, einzig und allein Privateigenthum des Herrn Werner und der wenigen Anhänger, die er um sich geschaart hat, bleibt. Die ungeheure Mehrzahl der Berliner Genossen ist ebenso treu, brav, intelligent und kampfbereit, wie die Genossen in ganz Deutschland und hat ein Recht darauf, nicht mit Herrn Werner indentificirt zu werden. Das muß vom Parteitag anerkannt werden. (Lebhaftes Bravo!) Den Antrag Vollmar bitte ich anzunehmen, obgleich wir bereits eine derartige Bestimmung im Reichstage beantragt haben. Ueber die Resolution Fischer will ich, als Fraktionsmitglied, kein Wort sagen, aus dem Grunde, weil sie eine Anerkennung für uns enthält, hierüber müssen die Parteigenossen allein entscheiden. (Stürmisches Bravo!)

Die Resolution Fischer wird einstimmig angenommen. Werner enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution Vollmar wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Damit ist der dritte Punkt der Tagesordnung erledigt.

Vom Lokalkomitee in Halle ist ein Schreiben eingegangen, durch welches die Delegirten und Gäste zu einem Kommers auf heute Abend 8 Uhr im Saale des „Prinzen Karl" eingeladen werden.

Um 12¾ Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen.

Nachmittagssitzung.

8¼ Uhr. — Den Vorsitz führt Singer.

Nachdem die Wahlhandlung zur Neunerkommission für geschlossen erklärt und die Mandatsprüfungskommission mit der Feststellung des Resultats und der Berichterstattung über dasselbe beauftragt worden ist, begrüßt der Vorsitzende die neu erschienenen ausländischen Gäste: Frau Eleanor Marx-Aveling (lebhafte Akklamationen), die Tochter von Karl Marx, als Vertreterin der Gasarbeiter Londons und der allgemeinen Arbeitervereinigung von Großbritannien und Irland, ferner die Herren Jules Guesde und Ferroul aus Paris, als Delegirte des Nationalkongresses der französischen Arbeiterpartei zu Lille (stürmische Beifallsbezeugungen) und des Genossen Wullschleger-Basel, Mitglied des Komitees zur Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses und Redakteur des Journals „Der Achtstundentag". Der Vorsitzende heißt auch diese ausländischen Genossen namens des Parteitages herzlich willkommen; ihre Ankunft sei ein neuer Beweis der Solidarität des Proletariats aller Länder; er wünsche, daß sie von Halle die Ueberzeugung mitnehmen mögen, daß der Kongreß aufs Ernsteste bemüht sei, die Interessen der Arbeiterklasse aller Länder zu pflegen und zu fördern. Ihre Anwesenheit sei für den Kongreß eine Ehre. (Lebhafte Zustimmung.)

Darauf richtet Jules Guesde in französischer Sprache eine begeistert aufgenommene Ansprache an die Versammlung. Die Ausführungen des Redners werden von Liebknecht übersetzt; sie lauten im Wesentlichen wie folgt:

Bürgerinnen und Bürger! Ich bin glücklich und stolz, hier vor Ihnen stehen zu können. Die französische Arbeiterpartei und der Kongreß von Lille, in deren Namen ich hier spreche, senden dem Kongreß der deutschen Arbeiter vereint ihren Gruß, ihre Sympathie; ihre Bewunderung. Die französischen Arbeiter haben von Anfang an, seit dem Beginn des Ausnahmegesetzes, Euren heldenmüthigen Kampf gegen Polizeimacht und Despotismus mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt; Eure Taktik, die auf jeden Zug der Gegner mit einem Gegenzuge antwortete, hat bewirkt, daß alle Waffen des Feindes gegen den Feind gewendet wurden; sie hat bewerkstelligt, daß dieser Kampf ein Zeugniß wurde für den Despotismus in seiner schlimmsten Gestalt, aber auch ein Zeugniß für die Ohnmacht des Despotismus, dessen Waffen alle zerbrochen sind an der ehernen Rüstung der Sozialdemokratie. Von Frankreich kommend, finde ich hier denselben Geist, der den Internationalen Kongreß in Paris beseelte — den Geist des großen Denkers, dessen Bildniß auf dem Kongreß zu Paris im vorigen Jahre auf uns herniederstrahlte dessen Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" auch in

unserem Herzen, wie in dem aller Arbeiter der Welt, Widerhall gefunden hat. Das Ziel der Arbeiter aller Länder ist das gleiche: Die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die Verwandlung des Klassenstaats in einen sozialistisch organisirten Staat. In Frankreich wie in Deutschland giebt es für den Sozialismus keine Grenzen; unsere Heimath ist die Welt, die Erlösung der Menschheit unser Ziel. Wir in Frankreich haben dasselbe Programm, wir verfolgen dieselbe Taktik, und freudig bewegt sind wir, daß wir gerade noch rechtzeitig hierher gekommen sind, um zu sehen, wie die von der Bourgeoisie auch in der französischen Presse verbreitete Lüge, daß die deutsche Sozialdemokratie durch innere Spaltung Selbstmord begehen werde, in ihr Nichts zerronnen ist. Wir sind Zeugen geworden, daß die deutsche sozialdemokratische Partei niemals einiger gewesen ist als heute, und wenn wir nach Frankreich zurückgekehrt sind, werden wir den Genossen sagen, daß die Spaltungsnachricht eine infame Lüge der Bourgeoispresse war. Deutschlands Proletariat ist das am großartigsten organisirte, es steht an der Spitze des Welt-Proletariats mit seinem Programm, seiner Organisation und seinen Erfolgen. Wir in Frankreich benutzen das allgemeine Wahlrecht, wie Ihr in Deutschland, zur Agitation bei allen Wahlen, ohne dabei auch nur einen Augenblick das Endziel aus den Augen zu verlieren. In Frankreich ist der internationale Gedanke nicht erst neueren Datums: schon die Junikämpfer fochten 1848 unter dem rothen Banner; die Kommune kämpfte für das Proletariat der ganzen Welt. Und der deutschen Sozialdemokratie werden wir es nie vergessen, daß sie in dem Moment, wo die Kommune, im Blut erstickt, am Boden lag, sich mit ihr solidarisch zu erklären den Muth hatte. Das Proletariat hat nur einen Feind: sich selbst; ist es einig, sind die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder zu einer Armee geschlossen, dann kann ihm keine Macht der Erde widerstehen! — Zum Schlusse liegt mir noch daran, das Mißverständniß zu zerstreuen, als ob in Frankreich Sympathieen beständen für das despotische Rußland; der französische Arbeiter haßt in Rußland das Rückgrat des europäischen Despotismus. Der Kongreß in Lille hat es durch einen besonderen Beschluß an den Pranger gestellt und hat die Bourgeoisie der Verachtung geweiht, die in ihrer Angst vor dem Proletariat in dem Bündniß mit Rußland Hilfe sucht. Hoch das sozialistische Deutschland!

Hiernach richtet Genosse Liebknecht Dankesworte in französischer Sprache an den Vorredner, und fordert dann den Parteitag auf, ein dreifaches Hoch auf das sozialistische Frankreich, auf das Frankreich der Arbeit und ebenso auf die internationale Sozialdemokratie auszubringen. „Vive la France ouvrière, vive la France socialiste! Und hoch die internationale Sozialdemokratie!" Begeistert stimmen die Anwesenden, die sich von den Plätzen erhoben haben, in die Hochrufe ein.

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, richtet darauf auch **Ferroul**, Mitglied der französischen Kammer und der sozialistischen Fraktion derselben, in französischer Sprache einige Begrüßungsworte an die Versammlung, welche ebenfalls von Liebknecht verdeutscht werden. Er bringe die Grüße seiner Fraktion und ebenso, wie Guesde, die des Liller Kongresses. Die französischen Arbeiter haben im Geiste mitgekämpft den Kampf der deutschen Brüder gegen die Unterdrückung; sie haben den Sieg vom 20. Februar auch als den Sieg der französischen Arbeiter, als den Sieg des Proletariats der ganzen Welt angesehen. Er habe der deutschen Arbeiterschaft die Anerkennung auszusprechen für ihre Ausdauer im Kampf, wie für die Tüchtigkeit ihrer Organisation, die unter den Schlägen der Gegner, statt zertrümmert zu werden, immer härter gehämmert worden sei. Das französische Volk wolle keine Allianz der Diplomaten, die sich gegen die Völker wende, sondern nur eine Allianz der Völker gegen die Despoten, gegen die internationale Bourgeoisie. Redner schloß: „Vive l'internationale ouvrière en guerre ouverte et en guerre acharnée contre l'internationale capitaliste et despotique!" „Es lebe die Internationale der Arbeiter, die in offenem und unablässigem Kampfe steht gegen die Internationale des Kapitalismus und Despotismus!" (Stürmischer Beifall.)

Auch an diesen Vertreter der französischen Arbeiter richtet Genosse **Liebknecht** Dankesworte in französischer Sprache.

Der Vorsitzende macht Mittheilung von dem Eingang einer weiteren Reihe von Begrüßungstelegrammen und Zustimmungsadressen an den Parteitag aus dem In- und Auslande.

Vor der Tagesordnung wird dann der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet.

Berichterstatter **Pfannkuch**-Kassel: Die Kommission hat an den Mandaten sehr wenig auszusetzen gehabt. Nur in *einem* Falle wird die Ungiltigkeitserklärung beantragt. — Es sind anwesend 410 Delegirte, welche 235 Wahlkreise vertreten. Außerdem sind 2 Mandate resp. Ausweise von schweizerischen und dänischen Genossen der Kommission überwiesen worden. Diese Ausweise sind aber nicht als Mandate für den Kongreß anzusehen. Ferner sind 8 Mandate für Arbeiterinnen nicht von Wahlkreisen, sondern von Arbeiterinnenversammlungen ausgestellt. Das Mandat der Frau Gundelach ist vom Delegirten Bremer-Magdeburg angefochten worden, da Frau Gundelach bei der ursprünglichen Wahl nicht gewählt wurde. Erst als die gewählte Frau Großendorf das Mandat nicht auszuüben im Stande war, habe letztere dann kurzer Hand Frau Gundelach, unter Ueberweisung des Mandats und des Geldbetrages, mit der Vertretung beauftragt. Außerdem ist in der Kommission ein Mandat des Genossen Lutz aus Baden-

Baden für ungiltig erklärt; seine Qualifikation als Delegirter wird dadurch aber nicht berührt, da er im Besitz anderweiter giltiger Mandate sei. In dem Protest gegen die Lutz'sche Wahl wird behauptet, daß Lutz in der betreffenden Wahlversammlung alle Diejenigen, welche anderer Meinung waren als er, nicht zum Worte hat kommen lassen. Außerdem soll er Wähler, die ihn bereits in Gaggenau gewählt hatten, nochmals zu dieser Versammlung kommandirt haben. Die Kommission hat das nicht für korrekt befunden und deshalb dies Mandat für ungiltig erklärt. Ein Monitum liegt ferner vor gegen die Wahl von Wesch-Crefeld. 15 dortige Genossen drücken in einem Schreiben an den Kongreß ihre Unzufriedenheit mit seiner Wahl aus, gestehen aber gleichzeitig zu, daß die Wahl ordnungsmäßig vor sich gegangen ist. Ferner wird das Mandat von Gotthelf von Wietersheim — Hamm-Soest beanstandet, weil es nicht von den Genossen des dortigen Wahlkreises, sondern von Spezialbranchen, den Hut- und Bergarbeitern, aufgestellt ist, der Form der Einladung zum Parteitag also nicht Genüge geschehen ist. Ebenso wird die Wahl des Genossen Plorin-Halle insoweit beanstandet, als in dem dem Mandat beigefügten Schreiben nur gesagt ist, daß der hier in Halle in der Wahlversammlung gewählte Krüger nicht in der Lage sei, sein Mandat auszuüben, und man daher Plorin mit der Vertretung beauftragt habe. Dann ist gegen die Wahl des Delegirten in Meerane ein Schreiben eingelaufen, welches denselben seiner Schulden halber als nicht berechtigten Theilnehmer bezeichnet. (Heiterkeit.) Die Kommission war aber der Ansicht, wenn das ein Grund für die Anfechtung sein sollte, daß dann wohl gar zu viele der Anwesenden ihre Mandate verlieren müßten. (Große Heiterkeit.)

Außerdem ist gegen die Wahl von Alwin Kerrl aus Lemgo ein Schreiben eingelaufen, über dessen Natur die Kommission zu keinem Urtheil gelangen konnte, indem die Aeußerungen darauf basiren, daß er von einem Verein der neuen Aera gewählt sei und diese Neugründung sich mit dem vorhandenen Arbeiterverein nicht in Verbindung gesetzt habe. Eine Ausstellung haben wir daran nicht zu machen. Auch ein ziemlich umfangreicher Protest gegen die Münchener Wahl liegt vor; des Pudels Kern ist die Behauptung, daß die Wahlen für München I und II in einem combinirten Wahlgang gleichzeitig vorgenommen; 6 Genossen seien dort gewählt und man wisse nicht, wer München I, wer München II vertrete. Die Protesterheber scheinen damit unzufrieden, daß ein Genosse Wambsgans, den sie mit der Delegation betrauen wollten, nicht gewählt worden ist. Einen Antrag knüpft die Kommission auch an diesen Protest nicht.

Ueber die Proteste wird nach der Reihenfolge des Berichts verhandelt.

Kloß-Stuttgart theilt mit, daß soeben noch ein Mandat eingeliefert ist für Frau Helene Steinbach in Hamburg, gewählt in Gera von einer Versammlung von Frauen und Männern.

Die Mandate für Frauen werden ohne Diskussion für giltig erklärt. Vorsitzender Singer spricht seine Freude darüber aus, daß die Arbeiterinnen Deutschlands sich der Pflicht bewußt gewesen sind, ihre Interessen hier vertreten zu lassen.

Bezüglich des Mandats der Frau Gundelach theilt Köster-Wanzleben mit, daß, nachdem sich für die Magdeburger Frauen die Unmöglichkeit ergeben hatte, Frau Großendorf zum Kongreß zu senden, die Frauenkommission sich mit Frau Gundelach in Verbindung gesetzt und ihr einstimmig das Mandat übertragen habe.

Das Mandat wird mit großer Mehrheit für giltig erklärt.

Zur Frage der Giltigkeit seines Baden-Badener Mandats nimmt Lutz selbst das Wort. Es beständen dort zwei Arbeiter-Wahlvereine; ein älterer mit sieben Mitgliedern und ein jüngerer, dessen Vorsitzender der Redner selbst ist. Die für die Wahl auf den 5. Oktober ausgeschriebene Volksversammlung sei gut besucht gewesen, während sonst die Arbeiter in Baden-Baden lieber zum Pferderennen als in die Versammlungen gehen. Bei der Gegenprobe sei Niemand aufgestanden. Jene sieben aber haben für sich ihren Delegirten in der Person des Herrn Geck-Offenburg erwählt und protestiren nun gegen meine ganz loyal erfolgte Wahl.

Ohne weitere Debatte wird auch diese Wahl für giltig erklärt.

Für die Giltigkeit der Wahl des Genossen v. Wietersheim treten letzterer persönlich und Zwiener-Bielefeld ein. Bei der in den dortigen Industriebezirken herrschenden Verfolgungswuth der Arbeitgeber habe man zu dem Deckmantel von Fachversammlungen greifen müssen, um eine Delegirtenwahl zu ermöglichen; sonst wäre weder ein Lokal zu haben, noch eine Versammlung zu veranstalten gewesen.

Einstimmig wird auch dieses Mandat für giltig anerkannt.

Das Mandat von Plorin-Halle bittet Schulze-Erfurt für ungiltig zu erklären. Thatsächlich sei Krüger gewählt; das Komitee habe aber nach Schluß der Versammlung diese Wahl eigenmächtig annullirt. Das sei, aus Achtung vor dem demokratischen Prinzip und auch des Präjudizes halber, nicht zulässig.

Kaulich-Halle: Es sind zunächst 3 Genossen für Halle gewählt worden, demnächst 3 Stellvertreter, unter letzteren befand sich Plorin. Krüger ist, seiner Arbeitsverhältnisse halber, an der Ausübung des Mandats behindert und Plorin rechtmäßig als sein Vertreter hier erschienen.

Auch dieses Mandat wird mit großer Mehrheit für giltig erklärt.

In Betreff der **Münchener** Wahl erklärt **Vollmar**, daß seit Menschengedenken München keine Versammlung wie jene Wählerversammlung gesehen habe; zwischen 6- und 7000 Mann wären zugegen gewesen. Bei der Fülle des Besuchs war die Wahl durch Stimmzettel einfach unmöglich. Nach dem stenographischen Bericht über die Versammlung (den Redner verliest) sei alles ordnungsmäßig zugegangen. Wambsgans sei bei der Wahl durchgefallen, was für ihn um so unangenehmer war, als er zweiter Vorsitzender in der Versammlung war. Daher der Protest.

Auch über diesen Protest wird hinweggegangen.

Das Mandat von **Wesch**-Crefeld wird für giltig erklärt, nachdem der Referent **Pfannkuch** noch darauf aufmerksam gemacht, daß die 15 Crefelder gegen die ordnungsmäßige Wahl von Wesch überhaupt keinen Einspruch erhoben haben.

Lichtenberg-Crefeld meldet sich zum Worte. (Rufe: Ist kein Delegirter!)

Vorsitzender **Singer**: Dann habe ich nur zu bedauern, daß die an den Thüren postirten Genossen Leute hereingelassen haben, die nicht im Besitze eines Mandats sind. (Zu Lichtenberg:) Haben Sie ein Mandat?

Lichtenberg: Ja!

Vorsitzender **Singer**: Haben Sie es der Kommission übergeben?

Lichtenberg: Ja!

Referent **Pfannkuch**: Das Mandat ist ordnungsgemäß ausgestellt.

Grimpe-Elberfeld: Wenn wir das Mandat für Lichtenberg anerkennen wollen, müssen wir doch erst prüfen, ob die Versammlung, in der er gewählt, ordnungsgemäß berufen war. Es sollte in öffentlicher Versammlung gewählt werden; dort ist Wesch nahezu einstimmig delegirt worden. Ausdrücklich wurde beschlossen, nur **einen** Delegirten zu wählen.

Vorsitzender **Singer**: Dann schlage ich vor, diese Sache zur Klarstellung der Verhältnisse an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Schulze-Erfurt beantragt, die Wahl des Delegirten **Giertz**-Weimar für **ungiltig** zu erklären. Der Antrag wird ausreichend unterstützt, und nachdem der Antragsteller und Leutert-Apolda für Ungiltigerklärung und Reißhaus-Erfurt dagegen gesprochen, das Mandat Giertz für giltig erklärt.

Frau **Ihrer** (zur Geschäftsordnung): Ich wollte den anwesenden Delegirten nur im Namen meiner Genossinnen und derer, die uns gewählt haben, unseren Dank aussprechen dafür, daß Sie abgegangen sind von der veralteten Methode des Ausschlusses der

Frauen.*) Ich spreche Ihnen unseren wärmsten Dank dafür aus. Sie haben uns dadurch für die Zukunft vieles erleichtert. Wir werden jederzeit unser Theil an der sozialen Arbeit gründlich zu erledigen suchen. (Beifall.)

Vorsitzender **Singer**: Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Ich glaube, die Partei kann stolz sein auf das Resultat, daß sie ihren ersten Parteitag in der neuen Aera mit 413 Delegirten beschickt hat. Sie darf sich freuen, wieder einmal ihre Kraft, Einheit und Stärke auf diese Weise bewiesen zu haben.

Danach geht der Parteitag über zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Organisation der Partei,

(Wortlaut des Entwurfs siehe Anhang.)

Berichterstatter **Auer**: Werthe Genossen! Unsere bisherigen Verhandlungen haben sich hauptsächlich mit den Aktionen der Vergangenheit und speziell der letzten Zeit befaßt. Nachdem wir damit fertig, gehen wir dazu über, die Basis zu schaffen, auf welcher wir unsere weiteren Aktionen unternehmen, die Schlachten der Zukunft schlagen wollen. Es handelt sich jetzt darum, uns eine neue Organisation zu geben, nachdem es uns wieder möglich geworden ist, frei und offen aufzutreten. Nicht zum ersten Mal schaffen wir uns eine Organisation; schon vor dem Sozialistengesetz haben wir uns mehrere Male mit der gleichen Aufgabe beschäftigt. Ich halte es deshalb für nothwendig, bevor ich auf den jetzigen Entwurf näher eingehe, auf unsere frühere Organisation einen Rückblick zu werfen. Ich will dabei die älteren Organisationen, das Vereinsstatut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Statut der sogenannten Eisenacher Partei nicht heranziehen, sondern nur auf die nach der Vereinigung auf dem Gothaer Vereinigungskongreß von 1875 geschaffenen Einrichtungen eingehen. Nicht 1876, wie hier über meinem Haupte (auf einer der zahlreich im Sitzungssaale angebrachten Gedenktafeln) zu lesen ist, fand dieser Kongreß statt; denn 1876 hatten wir die Organisation schon nicht mehr, die wir 1875 im Mai geschaffen hatten. Warum wir sie nicht mehr hatten, das bitte ich Sie auch bei der jetzigen Berathung nicht außer Acht zu lassen. Nicht wir waren daran Schuld; sondern daß unsere damalige Organisation nur eine so kurze Lebensdauer hatte, es kam davon, daß in der Organisationsfrage Mächte mitzureden haben, auf die, einen Einfluß auszuüben, wir nicht in.

---

*) Es mag bemerkt sein, daß auf keinem der Parteikongresse, weder vor dem Sozialistengesetz, noch während der Giltigkeit desselben, Frauen, welche sich zur Theilnahme gemeldet hatten, von den Kongressen oder Parteitagen ausgeschlossen wurden. Es haben sich nur leider sehr selten Frauen gemeldet.

der Lage sind. Die Organisation kann und wird nicht so von uns geschaffen werden können, wie wir sie unserer Ueberzeugung nach für am geeignetsten und besten halten; sondern wir müssen dabei auf die eben angedeutete Mächte Rücksicht nehmen. Daß wir 1876 nicht mehr zusammentreten konnten als Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, wie wir uns 1875 nannten, sondern daß 1876 ein allgemeiner Sozialistenkongreß berufen werden mußte, lag daran, daß, nachdem wir im Mai 1875 uns konstituirt hatten, im März 1876 unsere Partei für Preußen bereits „vorläufig" geschlossen worden ist. Als wir 1876 zusammentraten, mußte der damalige Berichterstatter des früheren Parteiausschusses die Erklärung abgeben, daß für Preußen die Parteiorganisation ungiltig gemacht und daß wegen der vorläufigen Schließung der Partei es unmöglich gemacht sei, die Organisation in der früheren Form weiter zu handhaben. Wir haben deshalb 1876 keinen Parteivorstand mehr gewählt, sondern, da die Wahlen in Aussicht standen, ein Central-Wahlkomitee eingesetzt mit dem Sitze in Hamburg. Es wurde von Otto Capell der Antrag gestellt, zur permanenten Leitung der sozialistischen Wahl- und Parteiagitation möge der Kongreß ein ständiges Central-Wahlkomitee aus 5 Personen wählen, dessen Amtsthätigkeit sich bis zum nächsten Kongreß zu erstrecken habe; diesem Komitee sollte in allen Agitations- und Parteiangelegenheiten diktatorische Gewalt übertragen werden. Zur Kontrole dieser Centralbehörde solle weiter eine Revisions- und und Beschwerdekommission, bestehend aus sieben Personen, eingesetzt und gewählt werden von den Genossen des Ortes, wo die Kommission ihren Sitz hat.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden, trotz der heute wohl für manche Ohren schrecklichen Worte „diktatorische Gewalt". Es folgten die Wahlen von 1877 mit ihren bedeutenden Erfolgen für uns. Wir traten nach den Wahlen wieder zusammen im allgemeinen Sozialistenkongreß zu Gotha 1877. Dort war eine der ersten Handlungen die Konstituirung einer sogenannten Organisationskommission, welche die Frage der Neuorganisation zu prüfen hatte. Diese Kommission trat unter dem Vorsitze unseres Altmeisters der Organisation, dem in Organisationsfragen so oft bewährten Genossen C. W. Tölcke, der auch jetzt, trotz geschwächter Kräfte, es sich nicht hat nehmen lassen, unter uns zu erscheinen, und dem ich den freundlichsten Gruß der Versammlung entgegenbringe (allseitige freudige Zustimmung), zusammen und das Resultat ihrer Berathungen war, dem Kongresse zu empfehlen, von irgend einer formellen Organisation Abstand zu nehmen. Die Kommission sei, so führte der in ihrem Namen sprechende Genosse Tölcke damals aus,

„zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Kongreß von der Schaffung

einer Organisation Abstand nehmen müsse; nicht deshalb, weil eine solche etwa nicht mit den Vereinsgesetzen in Einklang zu bringen wäre, sondern, weil nach der ausdrücklichen Erklärung des Staatsanwalts Tessendorf keine wie immer gestaltete Organisation der Sozialisten in Preußen geduldet werden dürfe, so lange das jetzige Vereinsgesetz in Preußen existire. — Man dürfe Tessendorf den Gefallen nicht thun, ihm durch Herstellung einer neuen Organisation Gelegenheit zu geben, die Sozialisten in Preußen durch erneute Strafanträge verfolgen zu können. — Uebrigens sei eine formelle Organisation nicht mehr nöthig, wie das Resultat der Reichstagswahl und die trotz des Mangels einer Organisation fortwährend steigernde sozialistische Propaganda genügend beweisen. Die Kommission schlug dem Kongresse vor, in einer Resolution zu erklären: „Mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden förmlich proklamirte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen nimmt der Kongreß von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisiren."

Diese Resolution fand ohne weitere Debatte einstimmige Annahme. Daneben wurde die Wiedereinsetzung des Centralkomitees und außerdem die Wiedereinsetzung einer Art Kontrollkommission beschlossen.

So standen die Dinge vor dem Sozialistengesetz unter dem gemeinen Recht. Bemerken will ich, daß nach der Zeit, wo in Gotha diese Resolution angenommen wurde, außer in Preußen, auch in Bayern und Sachsen die Schließung der Partei erfolgte.

Die Beschlußfassung über diesen Punkt der Tagesordnung hängt also, wie Sie sehen, durchaus nicht davon ab, was wir wohl für das Richtigste und Beste für die Partei halten, sondern wir haben auf Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, die wir allerdings am liebsten davon fernhalten möchten. Ich betone, daß dieselben gesetzlichen Bestimmungen, auf Grund deren vor dem Sozialistengesetz die Organisation aufgelöst wurde, auch heute noch existiren. (Sehr richtig!). Niemand wird nun so naiv sein, zu glauben, daß man heute uns gegenüber eine mildere Praxis anwenden wird, als 1876/77. Wir werden deshalb ungemein vorsichtig sein und bei unseren Beschlüssen uns stets gegenwärtig halten müssen: es sieht uns Jemand über die Schultern, bei dem es bei dem geringsten Versehen unsererseits, blos eines Federstriches bedarf, um unser ganzes Werk über den Haufen zu werfen.

Was nun thun? Wir haben Ihnen einen Organisationsentwurf vorgelegt. Ueber diesen Entwurf ist seit seiner Veröffent-

lichung in der Parteipresse sowohl wie auch in Versammlungen eine außerordentlich erregte Diskussion geführt worden. Ich muß bedauern, daß gelegentlich dieser Diskussion Angriffe erfolgt sind, die bei näherer Kenntniß der Sache vielleicht weniger scharf ausgefallen wären. Der Entwurf trägt die Unterschrift der 35 Mitglieder der Fraktion. Wenn nun das eine oder andere Mitglied durch persönliche Gründe verhindert war an der Berathung und Mitarbeiterschaft theilzunehmen, so konnte man doch voraussetzen, daß es durch seine Abwesenheit bereits bekunde, daß es überzeugt sei, daß die Anwesenden, soweit es in ihren Kräften steht, das Möglichste und Beste thun würden. Wenn wider Erwarten aber auch von dieser Seite her noch scharf kritisirt worden ist, so steht ja das Recht der Kritik zweifellos jedem Genossen offen; nur darf ich im Namen aller derjenigen, die sich den Kopf über den Organisationsentwurf zerbrochen, die Arbeit geleistet und die nicht selten gegentheiligen Anschauungen mit aller Schärfe betont und vertreten haben, das Bedauern aussprechen, daß es denjenigen Fraktionsgenossen, die nachher durch ihre Kritik ein so hohes Interesse an dem Entwurf bekundet haben, nicht möglich gewesen ist, an den Berathungen und den Arbeiten in der Fraktion theilzunehmen. Es wäre uns dann vielleicht die etwas unangenehme Erscheinung erspart geblieben, daß Personen, deren Namen selbst unter dem Entwurfe standen, nachher zum Gaudium der Gegner sich zu einer solch' scharfen Kritik desselben veranlaßt gesehen haben.

Die Kritiker hätten überhaupt mehr berücksichtigen sollen, daß es doch auch Genossen sind, die diesen Entwurf verfaßt haben. Wir sind ja unter uns gewohnt, uns nicht gerade all zu sanft zu behandeln; aber von Fraktionsherrschaft, Diktatur, ja sogar Parteipäpsten und Aehnlichem zu reden und zu schreiben, schien uns doch etwas über das Erlaubte hinauszugehen. (Sehr richtig!) Es muß doch nicht immer der schlimmste Ausdruck gebraucht werden (Heiterkeit), wenn man Jemandem sagen will, daß man mit ihm nicht einverstanden ist. Man muß nicht gleich mit der Thür ins Haus fallen. (Heiterkeit). Ich muß weiter sagen, daß ich beim Lesen und Hören der verschiedenen Urtheile recht oft die Empfindung hatte, daß die guten Leute, die am schärfsten kritisirten, sich in ihrem Urtheil durch Sachkenntniß recht wenig beengt fühlten und gerade deshalb so gar ungenirt raisonniren konnten. (Heiterkeit).

Das Recht der Kritik steht gewiß Jedem offen, und ich kann Ihnen ruhig mittheilen, daß der Entwurf, so wie er Ihnen vorliegt, auch nur das Produkt eines Kompromisses ist. In der Fraktion war nicht ein Einziger, der an dem Entwurf nicht das eine oder das andere auszusetzen hatte. Es zeigt überhaupt von wenig Scharfsinn und noch weniger Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, von Fraktionsherrschaft bei uns zu reden. Die Fraktion, welche als

Parteipapst geherrscht haben sollte und angeblich noch herrscht, wechselt doch in ihrem Personenbestande fortwährend. Unter den 35 heutigen Fraktionsmitgliedern ist nicht ein Einziger, der während der ganzen 13 Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes der Fraktion dauernd angehört hat. Selbst unser dauerhaftester Abgeordneter, Genosse Bebel, hat bei der Wahl von 1881 einen Durchfall erlebt. (Bebel: Trotz 37 Kandidaturen! Heiterkeit). Sie sehen, der Fraktionspapst ist nur ein Gespenst ohne Fleisch und Körper. Außerdem hat Bebel gestern, so drastisch wie nur er zu schildern vermag, bereits über die einzelnen Vorgänge in der Fraktion, die ich Ihnen gar nicht so offen eingestanden hätte (Heiterkeit.) Mittheilung gemacht. Also auch unter den Fraktionsmitgliedern giebt es Meinungsverschiedenheit und es wird dort ebenso per majora abgestimmt, wie hier. Dabei soll nicht gesagt werden, daß man nachher keine eigene Meinung mehr haben darf. Speziell aber bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich gar nicht um endgiltige Bestimmungen, die sollen Sie ja hier erst schaffen. Man hätte bei der Kritik berücksichtigen sollen, daß man ein Produkt von Genossen und nicht einen Gesetzentwurf des Bundesraths vor sich hatte. (Große Heiterkeit). Der Bundesrath ist außerdem in viel günstigerer Lage; für ihn treten die Staatsanwälte ein, während wir hilflos dastanden. (Heiterkeit.)

Indem ich nun auf den Entwurf selbst eingehe, will ich zunächst hervorheben, daß auch für die Fraktion die Frage im Vordergrund stand: können wir es riskiren, einen „Verein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ für ganz Deutschland zu gründen, oder müssen wir uns konstituiren als Partei, der möglichst der Charakter eines Vereines nicht aufgedrückt werden kann? Diese Frage ist sehr scharf diskutirt worden, wir sind aber zu keiner Entscheidung gekommen, und zwar deshalb nicht, weil die Mehrheit der Fraktion, auf Grund der früheren schlimmen Erfahrungen, unter dem Eindruck stand: es ist ja absolut gleichgiltig, wie wir die Paragraphen fassen, wir werden ja doch wieder aufgelöst. Andererseits fühlten wir uns moralisch verpflichtet, sowohl den Genossen wie der Oeffentlichkeit gegenüber, uns wieder eine formelle Organisation zu geben. Wird sie später wieder aufgelöst, nun — dann geht's auch so weiter (Heiterkeit). Aus der Welt sind wir bisher nicht geschafft worden, trotz aller Auflösungen; erfolgt eine neue, so haben wir einen größeren Spielraum (Heiterkeit).

Auf alle Einzelheiten der Vorlage kann ich nicht eingehen; es ist auch nicht nothwendig. Zunächst ist eine Aenderung des Namens vorgeschlagen; wir sollen uns von jetzt ab sozialdemokratische Partei nennen. Bisher war der offizielle Parteititel: Sozialistische Arbeiterpartei. Bei der seinerzeitigen Wahl dieses Namens wurde von einflußreichen Genossen auseinandergesetzt, daß eine sozialistische

Partei eo ipso eine demokratische sein müsse. Diese Auffassung läßt sich heute, wo alle Welt in Sozialismus macht, wohl nicht mehr gut aufrecht halten. Doch das sind Formsachen; wir bleiben, gleichgiltig wie wir uns nennen, was wir waren.

Besonderen Anstoß hat es erregt, daß wir die Mitgliedschaft an der Partei von der dauernden materiellen Unterstützung derselben abhängig machen wollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß alle früheren Organisationsstatuten ausnahmslos Bestimmungen enthielten, worin sogar ein bestimmter Beitrag festgesetzt war und worin es hieß, wer nach Verlauf einer bestimmten Frist diesen Beitrag nicht geleistet hat, kann nicht mehr als Parteigenosse im engeren Sinne, d. h. als Angehöriger der organisirten Partei, betrachtet werden. Von einer Vergewaltigung gegenüber den Arbeitern und Genossen kann also bei unserem Vorschlag gar keine Rede sein. Diese Bestimmung ist auch früher nicht so schlimm aufgefaßt worden; Sie finden auch ein Analogon in allen unseren Wahl- und Arbeitervereinen. Man hat gesagt, wer nicht mehr bezahlt, würde von uns nicht mehr als Sozialdemokrat betrachtet werden. Das ist einfach thöricht. Ebenso falsch ist, wenn andererseits gesagt wird, die Zugehörigkeit zur Partei bekunde doch die für uns erfolgte Stimmabgabe. Wir haben ja gar keine Kontrole, wer für uns stimmt, und die betreffenden Genossen werden doch wohl nicht Puttkamer entgegenkommen und das geheime Wahlrecht aufheben wollen. Trotzdem also diese Einwürfe unbegründet sind, so darf ich doch im Namen meiner Auftraggeber, der Fraktion, erklären, daß wir bereit sind, die Worte „dauernde materielle Unterstützung" fallen zu lassen. Wir sind nämlich von hervorragender juristischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Verlangen einer fortgesetzten pekuniären Leistung schon genüge, uns als einen Verein zu erklären.

Dagegen müssen wir unter allen Umständen im Parteiinteresse wünschen, daß man daran festhält, daß zur Partei nicht gehört, wer sich nicht zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Unsere Partei muß rein bleiben von zweifelhaften Elementen. Ich bemerke, daß wir nicht gerade an ehrlose Handlungen gedacht haben, wo der eine oder der andere durch Zufälligkeit, Leichtsinn, Noth u. s. w. in Konflikt mit dem Strafgesetzbuch gekommen ist; nein, es giebt ehrlose Handlungen, die kein Strafgesetzbuch der Welt verurtheilt und die doch schlimmer sind als die gemeinsten Verbrechen. (Sehr richtig!)

Ich möchte wünschen, daß wir uns mit Ausschließungen gar nicht mehr zu beschäftigen haben; aber die Möglichkeit, unsaubere Elemente uns von den Rockschößen zu schütteln, müssen wir haben und dafür eine Form festsetzen.

Was die Vertrauensmänner betrifft, so wird die glückliche Lösung der Frage, wie wir die für die Parteileitung absolut noth-

wendigen Korrespondenten und Vertrauensmänner in den verschiedenen Wahlkreisen Deutschlands schaffen werden, sehr schwer sein. Werden bessere Vorschläge gemacht, als unsere sind, so werden wir sie mit Vergnügen entgegennehmen. Die Bestimmung des § 3: „Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen", bedarf eines Zusatzes. Es giebt Wahlkreise, die nur den Theil eines Ortes bilden, aber trotzdem sehr umfangreich und groß sind und innerhalb deren Parteigenossen in sehr großer Zahl vorhanden sind. Ich exemplifizire nur auf Berlin VI und IV. Es wird also heißen müssen, daß da in der Regel nur ein Vertrauensmann zu wählen sei.

Daß alljährlich ein Parteitag stattzufinden habe, ist von keiner Seite angegriffen worden; daß die Einberufung des Parteitages von der Parteileitung zu erfolgen habe, ist ebenso selbstverständlich, und die Frage dreht sich nur um das Recht der Vertretung auf demselben. Da haben wir nun vorgeschlagen, daß zur Theilnahme am Parteitage berechtigt sind die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf. Diese letztere Bestimmung ist scharf angegriffen worden. Nun ist es aber selbstverständlich, daß Wahlkreise, die gar kein Parteileben haben, die bei den allgemeinen Wahlen mit 90 oder 150 für uns abgegebenen Stimmen auftreten, sich nicht durch 3 Delegirte vertreten lassen werden. Dazu fehlen ja den Genossen jener Kreise schon die Mittel. So konnte unser Vorschlag nicht verstanden werden. Es hat uns vollständig fern gelegen, wie uns vorgeworfen wurde, durch diese Bestimmung die Intelligenz der großen Städte vom Parteitag fernzuhalten. Wie hat sich denn die Sache in Wirklichkeit gemacht? Nun, Berlin IV und VI und — Weimar haben je 4 Delegirte hierher geschickt, also mehr, als unser Entwurf festsetzt. Ob die Berliner Delegirten das Berliner Parteileben nicht repräsentiren, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob durch jene Einschränkung die Intelligenz innerhalb der Berliner Genossenschaft zu kurz gekommen ist; ich glaube es nicht; denn wir haben gesehen, daß die Berliner Delegirten — natürlich Werner nicht, er ist ja kein Berliner Delegirter — es sehr wohl verstanden haben, ihre Sache hier zu vertreten.

Persönlich bin ich übrigens der Ansicht, man macht in der Organisation gar keine Vorschriften darüber und überläßt es dem Taktgefühl der einzelnen Orte und Wahlkreise, wie sie sich auf dem Parteitag vertreten lassen wollen. Mit dieser meiner Ansicht bin ich aber nicht durchgedrungen. Man meint, eine gewisse Abgrenzung ei nothwendig. Man will sich nicht dazu entschließen, den kleinerenf Wahlkreisen dasselbe Recht, wie den größeren, zu geben. Ja, wo

soll uns dies Bedenken hinführen; das stellt uns ja gegenseitig auf den Kriegsfuß! Die Genossen in Greiz ältere und jüngere Linie sind zweifellos so brav und tüchtig, wie die Parteigenossen in den großen Wahlkreisen. Wir sind doch hier nicht eine Aktiengesellschaft, die zusammenkommt, um auf Heller und Pfennig zu rechnen, daß keiner zu viel kriegt, oder welche Dividende herauskommt. Hier giebt's überhaupt nichts zu theilen. Die 170 000 Mark in der Parteikasse sind wohl aufgehoben, nicht einmal die Polizei kann an sie heran (Heiterkeit). Es gilt nur das Interesse der Partei nach allen Richtungen zu wahren. Die Parteitage haben vor allem den hohen Werth, daß sie uns moralisch heben; daß die Genossen, ob sie nun in Memel oder in Konstanz oder sonstwo wohnen, frisch, froh und muthig auf demselben erscheinen, und nachdem die Parteiangelegenheiten geordnet sind, alle mit neuer Lust, mit der Ueberzeugung nach Hause gehen, daß wir Alle der Sache treu bleiben wollen bis in den Tod. (Lebhaftes Bravo!) Wie viel Vertreter da aus einem Kreise anwesend sind, ist ziemlich gleichgiltig. Die Berliner sind mit 20 Mann hier, die Hamburger mit 9. Will nun Jemand behaupten, Berlin und Hamburg sei hier nicht entsprechend vertreten? Gewiß kann man über die geeignetste Form der Vertretung verschiedener Meinung sein; aber dessen können Sie versichert sein: der Fraktion lag nichts ferner, als den großen Städten einen Kappzaum anzulegen.

Daß den Mitgliedern des Parteivorstandes das Recht der Theilnahme am Parteitage eingeräumt werden soll, ist eigentlich mehr eine Formalität. Solange wir einen Parteivorstand haben werden, wird auch verlangt werden, daß Mitglieder desselben da sind, um Bericht zu erstatten über dessen Thätigkeit. Was weiter die Theilnahme der Reichstagsabgeordneten betrifft, so müßte das ja ein jämmerlicher Kerl von Reichstagsabgeordneter sein, der, wenn ihm daran liegt, auf den Parteitag zu kommen, sich kein Mandat anzuschaffen wüßte. Die Anwesenheit eines Abgeordneten ist aber unter Umständen sogar sehr nothwendig. Taugt einer davon nichts in der Partei, dann soll er erst recht auf dem Parteitag sein, damit man ihm sagt, du bist nichts werth, du hast dein Mandat niederzulegen; ist er gar ein Verräther, so wäscht man ihm den Kopf und schmeißt ihn hinaus. Da es aber nothwendig ist, daß unsere Abgeordneten nach den Parteitagen kommen, so dürfen wir sie nicht in die Lage bringen, eventuell um ein Mandat betteln zu müssen. Wir schlagen also vor, den Reichstagsabgeordneten das Recht zu geben, auf dem Parteitage anwesend zu sein, mit der Einschränkung, — die ich übrigens nicht einmal für richtig halte — über ihre parlamentarische Thätigkeit u. s. w. nur eine berathende Stimme zu haben. Mit der Anerkennung, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten das Recht haben, auf dem Parteitag zu erscheinen, ist

aber — ich hebe das hervor — noch nicht ausgesprochen, daß die Partei die Verpflichtung hat, auch für die Mittel zu sorgen, daß sie auf dem Parteitag erscheinen können. Ob das ausgesprochen werden soll, lasse ich dahingestellt. In dem Entwurf ist diese Verpflichtung nicht, und von den Verfassern ist deren Aufnahme sogar abgelehnt worden.

Nach § 10 kann ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden durch den Parteivorstand, auf Antrag der Reichstagsfraktion und auf Antrag von 15 Wahlkreisen und durch die Namensunterschriften von mindestens 10 000 Parteigenossen. Es wird allerdings außerordentlich schwierig sein, diese 10 000 Unterschriften zu kontrolliren. Im Uebrigen hat diese Bestimmung wohl auch nur einen mehr dekorativen Werth. Nach dem Entwurf soll jedes Jahr ein Parteitag stattfinden. Der Termin ist also möglichst kurz gesetzt. Die Parteibehörden haben außerdem absolut keine Exekutivgewalt, durch die sie die Genossen zu etwas zwingen könnten, was diese, freiwillig zu thun, sich weigern. Auch die Fraktion wird ja doch immer aus Parteigenossen bestehen, die in Bezug auf Parteigüte, persönliche Ehrenhaftigkeit, Tüchtigkeit und Mannhaftigkeit nicht unter dem Durchschnitt der Genossen stehen werden, so daß alle Garantieen vorhanden sind, daß, wenn sich ein Parteitag innerhalb des Verlaufs eines Jahres nothwendig machen wird, derselbe, ohne daß das Mittel einer Abstimmung erst in Anwendung zu kommen braucht, — berufen werden wird.

Die Bestimmung, daß die Mitglieder des Parteivorstandes für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen können, und daß die Höhe derselben durch die Reichstagsfraktion festgestellt wird, hat zu vielen Aussetzungen Anlaß geboten. Die Kritik hat geradeheraus bei diesem Punkt hier und da sehr über die Schnur gehauen. Es hätten Fernerstehende wirklich zu dem Glauben gelangen können, daß der Parteivorstand den Fraktionsmitgliedern Prozente vom Gehalt geben wird. Diese Art Vorwürfe sind denn doch etwas schlimmer, als einfach lächerlich. Es ist doch für die Höhe der Gehälter wirklich gleichgiltig, ob der Parteitag die Gehälter festsetzt, oder nicht; darüber redet kein anständiger Mensch. Uns hat ein praktischer Fall zu dieser Bestimmung geführt. Als wir 1875 auf dem Vereinigungskongreß den Parteivorstand erwählten, wählten wir uns auch einen vollständig besoldeten Vorsitzenden in der Person des verstorbenen Genossen Hasenclever. Es stellte sich aber in kürzester Frist heraus, daß in diesem Amt keine volle Beschäftigung für ihn da war. Hasenclever sah dies selbst ein; er widmete deshalb seine Thätigkeit der Presse, und wir haben ihn ersetzt durch einen Vorsitzenden, der monatlich blos 15 Thaler erhielt. Weil wir nun auch heute nicht wissen, wie in Zukunft die Thätigkeit des zukünftigen Vorstandes sein wird, so haben wir die Frage der Höhe

der Besoldung offen gelassen. Dem Parteitag wird ja Rechnung zu legen sein. Der Vorwurf, daß man mit in der Fraktion Techtelmechtel machen werde, um sich möglichst hohe Gehälter herauszuschlagen, ist gehässig, undelikat, und ich bedaure, daß es Genossen giebt, die solche Vorwürfe erheben. Wenn solche Schofels unter uns wären, dann wäre es schlimm. Nachdem aber einmal solche Vorwürfe erhoben sind, mögen Sie anders beschließen. Aber ich glaube, so tief sind wir wirklich nicht gesunken, wie man uns unterstellt. (Zuruf Bebels). Nein, wir sind garnicht gesunken, wir sind ganz nette Kerls! (Große Heiterkeit.)

Die Bestimmung des § 14, daß der Parteivorstand auch die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrolliren hat, hat zu der irrigen Annahme geführt, der Vorstand werde in einem fort in die Redaktion hineinreden. In einem gegnerischen Blatte hieß es in Bezug auf diese Bestimmung sogar „man spricht dort schon", nämlich in der Opposition, „offen von Geschäftssozialismus, namentlich durch die Centralisirung der Presse in den Händen zuverlässiger Genossen will man diesen auf Kosten der Arbeiter eine feine, bourgeoismäßige Existenz schaffen. Die finanzielle Konkurrenz allein, welche die neuauftauchenden Arbeiterblätter ihnen machen wollen, ist ein Grund des heftigen Auftretens der Parteipäpste gegen dieselben, und man wird sich auf heftige Debatten auf dem Kongreß gefaßt machen müssen" rc. Ich will mich bei dieser Auslassung nun nicht weiter aufhalten, und verweise Sie nur auf § 18 unserer alten Organisation. Derselbe lautete:

„§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrolkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind, gleich den beiden in § 14 genannten Organen, in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt."

Das war früher Parteigesetz! Und nun frage ich die älteren Parteigenossen, ob früher wirklich von Seite der Parteileitung irgend ein unberechtigter Einfluß auf die lokale Presse ausgeübt worden ist? Gewiß nicht! das wäre auch eine Thorheit gewesen. Es wär aber nicht blos eine Thorheit, sondern auch eine Unmöglichkeit. Wie uns Genosse Bebel in seinem Bericht mitgetheilt, existiren zur Zeit in Deutschland über 100 sozialdemokratische Blätter. Wie soll ein Parteivorstand, und mag er noch so zahlreich sein, es fertig bringen, diese gesammte Presse zu kon-

trolliren und event. zu zensiren? Ein Vorstand, der sich so etwas herausnähme, würde einfach „hinausfliegen."

Andererseits ist freilich auch festzuhalten, daß, jemehr die Partei sich ausbreitet, je größer die Zahl unserer Blätter wird, und vor allem, jemehr es nach und nach anfängt, profitabel zu werden, Blätter mit sozialdemokratischer Tendenz herauszugeben, irgend ein Organ in der Partei da sein muß, welches feststellt, ob dieses oder jenes Blatt auch wirklich befähigt und berechtigt ist, im Namen der sozialdemokratischen Partei zu schreiben und zu sprechen. (Sehr richtig!) Wollen Sie den Vorstand nicht mit dieser Aufgabe betrauen, so müssen Sie eben irgend ein anderes Organ schaffen.

Zwar sagt Werner: die Genossen am Ort werden das schon machen. Ich aber behaupte, die Genossen am Ort werden nicht verhindern können, daß derartige Organe doch erscheinen, selbst wenn erstere nicht abonniren. Solche Organe können aber der Partei schwere Verlegenheiten bereiten. Diese Blätter können und werden mit einzelnen Artikeln Unfrieden in die Partei bringen und unter dem Scheine, daß ihre Tendenz sonst ein gute ist, als enfants terribles die Partei blamiren.

Ich komme nun zur Kontrollfrage. Wenn es möglich ist, was ich augenblicklich noch bezweifle, eine Form zu finden, die uns ein Kontrollsystem, wie wir es früher gehabt haben, erlaubt, ohne dabei an den Klippen der Gesetzgebung zu scheitern, so bin ich beauftragt, im Namen meiner übrigen Fraktionsgenossen, welche den Entwurf ausarbeiteten, zu erklären, daß wir gar nicht darauf bestehen, daß die Kontrolle der Fraktion übertragen wird. Wir sind nur aus rein praktischen Erwägungen dazu gekommen, die Fraktion mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es liegt aus der Mitte der Delegirten ein Antrag vor, der nicht den Entwurf anerkennen, sondern nur eine Parteispitze ausbilden will. Wenn man überhaupt dieser Ansicht huldigt — und sie ist mir am sympathischsten — dann begreife ich nicht, wie man dem gesetzlich am meisten geschützten Faktor, nämlich der Fraktion, mit einer Art, ich will nicht sagen Mißtrauen, aber doch Bedenken, entgegentreten konnte. Wären wir frei in Bezug auf unsere organisatorische Gestaltung, so würden wir gar nicht davon geredet haben, die Fraktion mit besonderen Befugnissen auszustatten; da wir aber nicht frei sind, so halte ich es für meine Person allerdings nicht für taktisch klug, demjenigen Organ, das hervorgegangen ist aus dem Vertrauen der Partei und in seiner Gesammtheit gewiß auch die Parteiintelligenz und Tüchtigkeit repräsentirt, nicht diejenigen Aufgaben zuzuweisen, die in anderen Händen vielleicht schwer zu erfüllen sind.

Also nicht die Sucht, der Fraktion die Herrschaft zu sichern, hat uns zu dem Vorschlage gebracht, sondern der Glaube, daß es dadurch möglich sein wird, die vereinsgesetzlichen Klippen zu um-

schiffen. Ich gebe aber gern zu, eine angenehme, eine willkommene Lösung dieser Schwierigkeit ist unser Vorschlag nicht; ich kann aber, bis etwas Besseres bekannt gemacht wird, für meine Person von demselben nicht abgehen.

Als Parteiorgan schlagen wir Ihnen vor, das „Berliner Volksblatt", das am stärksten verbreitete, zweifellos gut redigirte und in Zukunft wo möglich noch besser redigirte Blatt der Partei zu wählen. Dieser Vorschlag bricht mit der bisherigen Tradition, ein wöchentlich nur zwei oder drei Mal erscheinendes Blatt, das ganz frei vom Charakter eines Lokalorgans ist, zum Zentralorgan zu haben. Wir haben früher als Centralorgan gehabt: im Allg. deutschen Arbeiterverein den „Neuen Sozialdemokrat", bei den Eisenachern den „Volksstaat" und später den „Vorwärts".

Bei unserem Vorschlage haben uns wieder nur rein praktische Gesichtspunkte geleitet. Hätten nicht Hödel und Nobiling geschossen und wäre der „Vorwärts" nicht verboten worden, so wäre an uns wahrscheinlich schon 1878, sicher aber 1879 die Frage herangetreten, ob der „Vorwärts" nicht eingeschränkt werden müsse. Denn dieses Blatt — und das ist für Viele von Ihnen gewiß neu es zu hören — war in der kurzen Zeit seiner Existenz von 12 000 bis auf 7 000 Abonnenten zurückgegangen, und diesem Zurückgehen ließ sich nicht steuern, trotz unseres ganzen Parteiapparats. Wo Lokalblätter entstanden, ging der „Vorwärts" zurück. Dazu kam die Konkurrenz der „Berliner Freie Presse". Man sagte sich in der Provinz, der „Vorwärts" bringt alles 2—3 Tage später als die „Freie Presse". Die „Freie Presse" nahm an Abonnenten fortwährend zu, der „Vorwärts" ging zurück. Es war thatsächlich damals bereits so weit, daß die Parteileitung, die Fraktion &c. sich genöthigt sahen, sehr oft mit ihren Erlassen und Bekanntmachungen sich zunächst an die „Freie Presse" zu wenden, so daß das offizielle Organ erst nachhinkte. In eine ähnliche Situation würden wir heute wieder gerathen, wenn wir ein Wochenblatt als Centralorgan ins Leben riefen. Mit einem Blatt nach Art des „Vorwärts" würden wir also unseren Zweck nicht erreichen, sondern wahrscheinlich damit der Partei nur ein nicht unerhebliches Defizit aufladen. Die ebenfalls laut gewordene Befürchtung, daß das „Volksblatt" der Lokalpresse Konkurrenz machen würde, ist vollständig unbegründet. Das würde im Gegentheil viel mehr bei einem neuen Wochenblatt als Centralorgan der Fall sein. Die Vertrauensmänner werden ja allerdings das „Volksblatt" halten müssen, das macht aber der Lokalpresse keine Konkurrenz. Es ist aber auch gar kein Bedürfniß nach einem neuen Wochenblatt als Centralorgan. Wir haben bereits drei Blätter, welche ihrer ganzen Haltung und ihrem Inhalt nach nicht blos für enge lokale und provinzielle Kreise wirken, sondern für die ganze Partei bestimmt sind: die „Arbeiterchronik" in Nürn-

berg, die „Volkstribüne“ in Berlin und die „Nordwacht“. Die „Berliner Volkstribüne“ wird mit großem Geschick redigirt, das kann ruhig anerkannt werden, wie ja unsere Presse im Großen Ganzen sehr gut ist, und die Proletarierpresse weit erhaben über dem gewöhnlichen Preßklatsch steht. Gewiß hat die „Volkstribüne“ schon ab und zu kleine Nebensprünge gemacht, aber das schadet nichts. Die „Nordwacht“ und die „Arbeiterchronik“ haben stets ihre Pflicht gethan und sind in ihrer Art nicht minder gut gehalten, als die „Volkstribüne“. Gründen wir nun ein Wochenblatt als Centralorgan, so werden die drei bestehenden ruinirt, oder wir haben vier Blätter, von denen keines sich deckt. Nun sind die drei bestehenden Blätter keineswegs Privatunternehmungen. Zwei von ihnen, die „Nordwacht“ und die „Arbeiterchronik“ standen bereits bisher in Bezug auf ihre finanziellen Erträge der Partei zur Verfügung, und die „Berliner Volkstribüne“ wird sich keinen Augenblick weigern, wenn es verlangt wird, in ganz dasselbe Verhältniß zur Partei zu treten. Es ist doch nun entschieden besser, die bereits existenzfähigen Blätter in diesem Zustande zu erhalten und sie wo möglich zu Ertragsquellen für die Partei auszubilden, als ein viertes Konkurrenzorgan zu gründen, welches die bestehenden Blätter ruinirt oder gar Zuschüsse erfordert. Unsere Zeitungen werden in Zukunft wesentlich dazu dienen müssen, in pekuniärer Hinsicht das Rückgrat der Partei zu bilden. Von Beiträgen allein kann die Partei nicht mehr existiren, wir bedürfen dazu der Erträge aus der Presse. Nun haben allerdings unsere ausländischen Genossen mit großem Bedauern das Eingehen des „Sozialdemokrat“ empfunden. Auch wir bewahren dem Londoner „Sozialdemokrat“ und seiner ebenso tapferen als geschickten Vertheidigung der Parteiinteressen ein sehr gutes Andenken. (Bravo!) Aber er mußte eingehen, es war das ein Gebot der politischen Ehrlichkeit, und in dieser Beziehung giebt es für uns kein Wanken und kein Schwanken. Wir kämpfen immer mit offenem Visir, wenn man uns nur die Möglichkeit dazu offen läßt. Einen Ersatz für den „Sozialdemokrat“ zu schaffen, ist allerdings schwer, ja unmöglich. Ein „Sozialdemokrat“ mit dem Inhalt, wie er in London und in der Schweiz erschien, kann vorläufig in Berlin noch nicht erscheinen (Heiterkeit). Sie bedauern dies gewiß mit mir, denn man liest gern, was man sich sonst denken muß. Die ausländischen Genossen können sich aber aus den Wochenblättern und der „Neuen Zeit“ zur Genüge über die Vorgänge in Deutschland informiren. Konnten wir also einen vollen Ersatz für den Londoner „Sozialdemokrat“ unmöglich schaffen, so glaubten wir nichts Besseres thun zu können, als das größte in Deutschland, im Centralpunkt des politischen Lebens erscheinende sozialdemokratische Tageblatt zum Centralorgan zu erwählen. Ob Sie den Titel des Blattes ändern wollen oder nicht, ist gleichgiltig.

Ich gebe auf Förmlichkeiten nichts. Dieses Blatt darf aber auch seinen lokalen Charakter nicht verlieren. Das schadet auch nichts. Wer den lokalen Theil nicht lesen will, für den bringt der politische Theil immer noch mehr, als das größte und bestredigirte Wochenblatt. Soll das „Berliner Volksblatt" überhaupt seine Aufgabe erfüllen, dann muß es das Organ besonders der Berliner Genossen bleiben. Dies zu ihrer Beruhigung. Für draußen wird es nur das Centralblatt der Partei sein, das in Berlin erscheint und in einzelnen Orten in einzelnen Exemplaren gelesen wird. An eine Massenverbreitung, wie mit dem „Neuen Sozialdemokrat", ist natürlich bei einem wöchentlich sechs Mal erscheinenden Blatt nicht zu denken. Das ist aber auch heute nicht mehr nothwendig. Unsere Lokalpresse verdient heute schon das Prädikat „gut" und ich hoffe, daß sie in kürzester Zeit sehr gut werden wird. Deshalb können wir diese Sache ganz ruhig der Zeit und der Entwicklung überlassen. Sollte sich aber wirklich nach Verlauf eines Jahres die Nothwendigkeit eines besonderen Wochenblattes herausstellen, gut, dann schaffen wir es.

Damit bin ich mit meinen allgemeinen Ausführungen zu Ende. Was nun die geschäftliche Behandlung unseres Entwurfes betrifft, so halte ich es für das Beste, wir treten jetzt in eine Generaldiskussion ein, in der wir uns über die allgemeinen Gesichtspunkte aussprechen, und setzen dann eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, der wir das gesammte Material, alle zu diesem Gegenstande eingegangenen Anträge und die in der Generaldiskussion zu Tage getretenen Wünsche und Anschauungen mitgeben. Wir können dann vielleicht schon übermorgen endgiltig über die Organisationsfrage entscheiden. (Stürmisches Bravo!)

Der Parteitag erklärt sich mit der vom Referenten vorgeschlagenen Art der geschäftlichen Behandlung einverstanden und vertagt die Generaldiskussion auf Mittwoch 9 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 15. Oktober 1890.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Singer** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und giebt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem als Gast des Parteitages anwesenden

Genossen **Wullschleger**-Basel: Werthe Genossen und Freunde! Ich wollte nicht ermangeln, Ihnen auch an dieser Stelle die Grüße Ihrer schweizerischen Gesinnungsgenossen zu überbringen. Das

Parteikomitee der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat es für nothwendig erachtet, angesichts der großen Bedeutung, welche Ihre, die deutsche Partei, innerhalb der Arbeiterbewegung aller Länder einnimmt, und angesichts der Wichtigkeit Ihrer Traktanden einen Abgeordneten an Ihren Kongreß zu schicken. Ich danke Ihnen für die freundliche Aufnahme, die Sie auch mir, als auswärtigem Gaste, haben zu Theil werden lassen. Ich vertrete zwar hier ein kleines Land, und mit gemischten Gefühlen stehe ich hier vor Ihnen. Denn Sie erinnern sich, daß vor noch nicht langer Zeit einigen Ihrer besten Genossen in unserm Lande schwere Unbill widerfahren ist. Es ist allerdings unsere Partei daran nicht schuld; es trägt überhaupt daran das Schweizervolk in seiner Gesammtheit keine Schuld, sondern, wenn überhaupt Schweizern eine Schuld daran beizumessen ist, so sind es vor allem unsere Behörden gewesen. Freilich muß man auch diese von einem Theile der Schuld freisprechen; Sie wissen es, unter welchem ungeheuren Drucke unser kleines Land gestanden hat. Es ist ja nur zu richtig, was Engels im Londoner „Sozialdemokrat" über die kleinen Staaten geschrieben hat: „es ist schwierig für ein kleines Land, sich allen Anforderungen zu widersetzen, die die fremde Diplomatie stellt." Ich kann Sie aber versichern, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Ausweisung wie damals nicht mehr beschlossen würde; ich glaube annehmen zu können, daß unsere Behörden selbst jene Vorgänge ihrerseits bedauern, wenn sie auch natürlich es nicht wagen, dies öffentlich einzugestehen.

Ich stehe aber hier mit gemischten Gefühlen auch deshalb, weil unsere Arbeiterbewegung in der Schweiz im allgemeinen und die sozialdemokratische im besonderen noch sehr jungen Datums ist. Während Sie in Deutschland bereits eine mächtige Partei sind, verfügen wir erst über die Anfänge einer solchen. Unsere ganze Bewegung ist noch im ersten, höchstens erst im zweiten Stadium der Entwickelung. Eine eigentliche sozialdemokratische Partei haben wir erst seit zwei Jahren, seit den bekannten Vorgängen gegen ihre damals bei uns ausgewiesenen Landsleute, und es ist diesem Gewaltstreich vornehmlich zuzuschreiben, daß die Schweizer Bürger sozialdemokratischer Richtung sich zu einer eigenen Organisation zusammengethan haben. Auch da hat sich das Sprichwort bewährt: „Kein Unglück ist so groß, es ist ein Glück dabei."

Wir laufen in der Schweiz innerhalb unserer Richtung hauptsächlich zwei Gefahren. Entweder wir tragen dem nüchternen Charakter des Schweizervolks allzusehr Rechnung, nehmen Umgang von theoretischer Propaganda und betheiligen uns bloß an den jeweiligen Fragen der Tagespolitik: auf diese Weise wird es uns allerdings gelingen, da und dort Erfolge zu erzielen und unserer

Partei, äußerlich wenigstens, eine gewisse Bedeutung zu sichern; aber wir würden dabei Gefahr laufen, in einen kleinbürgerlichen Possibilismus auszuarten, der dann schließlich von den Grundprinzipien der Sozialdemokratie nichts mehr wissen will. Die andere Gefahr ist, daß wir unserem nüchternen Volkscharakter zu wenig oder gar nicht Rechnung tragen, daß wir uns vorzugsweise oder ausschließlich mit theoretischer Propaganda befassen; dann werden wir vielleicht ein kleines Häuflein von Gesinnungsgenossen um uns schaaren, aber auf die Masse des Volks keinen Einfluß haben. Da gilt es, die richtige Mitte zu treffen, beides richtig zu verbinden. — Für uns in der Schweiz ist es eine gegebene Sache, uns am politischen Leben zu betheiligen, darüber können bei uns eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten entstehen. Ein Gegner der Betheiligung am praktischen politischen Leben ist für uns einfach ein Anarchist. Die ganze politische Entwicklung des Landes, seine politisch demokratischen Institutionen bringen es mit sich, daß alle Parteischattirungen sich am praktisch politischen Leben zu betheiligen haben, und diese Betheiligung mit der Propaganda für die sozialdemokratischen Ideen richtig zu vereinen, das ist unsere Aufgabe. In dieser Richtung haben wir uns in neuester Zeit sehr bethätigt und gedenken das in der Folge noch sehr viel umfangreicher zu thun. Insbesondere kann ich Ihnen mittheilen, daß wir in nächster Zeit bei den Wahlen zur schweizerischen Volksvertretung, zum Nationalrath, in verschiedenen Wahlkreisen, wo unsere Genossen in größerer Zahl vorhanden sind, als eigene sozialdemokratische Partei vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen gedenken. (Beifall.) Wenn wir auch vor der Hand damit noch keinen großen Erfolg erzielen werden, so ist doch ein Anfang zu selbstständigem politischem Vorgehen geschehen, und die Anfänge sind am Ende die Hauptsache, aus ihnen wird sich dann das Weitere von selbst ergeben.

Wenn auch da und dort in Ihrem Lande die Anschauung verbreitet ist, unsere Entwicklung sei eine zu konservative, so bitte ich Sie doch zu bedenken, daß nur der Schein, die äußere Form, diesen Glauben erwecken kann. Wir Deutschschweizer sind ja ungeheuer nüchtern und unsere ungeschliffenen Manieren lassen noch durchblicken, daß wir dem Wesen nach immer noch mehr ein Volk von Bauern sind. Allein nichtsdestoweniger ist die radikale Gesinnung auch unter uns verbreitet und die Verhältnisse sorgen ja reichlich dafür, daß der Radikalismus in unserem Sinne auch im Schweizervolk von Tag zu Tag mehr um sich greift. Die wirthschaftliche Entwicklung hat auch in der Schweiz in den letzten Jahren den Gang genommen, wie anderswo, daß die Kleinbetriebe nach und nach absorbirt werden. Diese Entwicklung wird manchem Blinden die Augen öffnen und ihn in die Reihen der Sozialdemokratie überführen. Die Parole der schweizerischen Sozialdemokraten ist die-

jenige der Sozialdemokraten aller Länder: Nieder mit der Lohnsklaverei! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Singer** theilt mit, daß zu den ausländischen Gästen noch hinzugekommen ist der Präsident des Grütlivereins der Schweiz, Fürsprech **Scherrer**, den diejenigen Delegirten, welche den Parteitag in St. Gallen mitgemacht haben, persönlich kennen gelernt und dem sie das beste Andenken bewahrt haben. (Beifall.)

Eine weitere Reihe von Telegrammen und Zuschriften ist eingelaufen. Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, eine Liste aller dieser Schriftstücke dem Protokoll einzuverleiben. Das Bureau wird diesem Wunsche nachkommen.

Das **Resultat der Wahl zur Neuner-Kommission** ist festgestellt und wird verkündet. Abgegeben sind 372 Stimmzettel, davon sind 17 ungiltig, weil sie mehr Namen enthalten, als Personen zu wählen waren; es haben erhalten: Kloß-Stuttgart 181, Pfannkuch-Kassel 180, Müller-Darmstadt 171, Kaden-Dresden 147, Reißhaus-Erfurt 135, Geck-Offenburg 119, Grimpe-Elberfeld 106, Meist-Köln 103, Ewald-Brandenburg 90 Stimmen.

Die übrigen zersplitterten Stimmen, die dem Ermittelungsprotokoll angehängt sind, kommen nicht zur Verlesung. Die Kommission wird vom Vorsitzenden ersucht, sich zu konstituiren; das bezügliche Material wird ihr sofort zugehen.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein: **Generaldiskussion des Organisationsentwurfs.**

Vollmar: Parteigenossen! In dem ausführlichen Vortrag Auers von gestern sind manche Punkte enthalten gewesen, mit denen ich mich einverstanden erklären kann, nicht wenige aber auch, mit denen ich nicht einverstanden bin. Insbesondere muß ich beanstanden, daß Genosse Auer sich nicht dazu hat entschließen können, die Sache absolut ruhig und kühl sachlich zu behandeln, sondern daß er dem polemischen Ton, der leider zu lange während des Sommers in der Partei geherrscht hat, auch hier noch einen Nachklang gegeben hat. Sie haben während der vergangenen Tage hinreichend Ihre Ansicht über Gedanken und Kampfesweise der sogenannten Opposition ausgesprochen. Ich bin gewiß der allererste, der eine Kampfesweise der Opposition, die Gehässigkeit in die Sache trägt, verurtheilt; andererseits aber müssen wir vollkommen gerecht sein und zugeben, daß auch von der andern Seite dieser polemische Ton die Sache nicht wenig zugespitzt hat. Wir sind doch nicht hier, um uns Schmeicheleien zu sagen, auch nicht dazu, Leichenreden zu halten; aber wenn wir irgendwo einen Fehler, eine Unart entdecken, sollen wir doch an uns selbst Kritik üben und zusehen, wie es besser zu machen ist. Ein Erfurter Genosse hat am ersten Tage ein sehr wahres Wort gesprochen; er meinte, daß wir noch nicht genügend aus dem Ausnahmezustand herausgekommen sind, uns noch nicht

genug an die frühere öffentliche Kritik und Diskussion gewöhnt haben. Das beruht durchaus auf Gegenseitigkeit, und ich möchte ersuchen, von nun an diesen polemischen Ton, der auf alle Fälle nur verletzend wirken kann, fahren zu lassen und rein sachlich zu verhandeln. Daß das von Auer nicht geschehen ist, haben Diejenigen, die die Verhältnisse etwas näher kennen, schon gestern gehört. Auer hat meinen Namen nicht genannt; aber Jeder, der Augen und Ohren hat, wußte, wer gemeint war; diese mehreren, welche nicht in der Fraktion anwesend waren, bin ich. Die Sache ist ja vollkommen richtig. Wer die Blätter liest, weiß, daß ich auf Grund eines Gesuchs aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt worden bin, nachdem ich einen Theil der Reichstagssitzungen mitgemacht hatte. Was ich, wenn ich weiter geblieben wäre, gesagt haben würde, kann ich nicht wissen ist jetzt auch gleichgiltig; jedenfalls behielt ich der Partei gegenüber das volle Recht der Kritik. Nun heißt es, jeder hat das Recht der Kritik; aber wenn man es anwenden will, liegt die Sache anders. Sonst würde ich mir das Urtheil über die von mir veröffentlichten Artikel nicht erklären können. Kein Mensch soll sein eigener Lobredner sein; aber ich fordere die Leser jener Artikel auf, Zeugniß darüber abzulegen, ob eine ruhigere, sachlichere, rücksichtsvollere, höflichere Art der Kritik möglich ist, als die meinige. Wenn nun eine solche Kritik geübt wird, soll man in einer Partei wie der unsrigen froh sein, daß sie so geübt wird, denn jedes kritisirende Wort kann nur zur Aufklärung beitragen; aber man soll sich nicht formell dahinter verschanzen, daß es besser gewesen wäre, die Kritik zu unterlassen. Ich bin nur gezwungen und herausgefordert worden; ich wollte schon früher hier das Wort ergreifen, habe aber angesichts der friedlichen, guten Stimmung darauf verzichtet, und habe auch meine wenigen Bemerkungen nur gemacht, weil ich herausgefordert war.

Nun zu dem Entwurf selbst. Wenn etwas meine ursprüngliche Meinung, daß er nicht auf richtigen Grundsätzen aufgebaut ist, verstärkt hat, so ist es der gestrige Vortrag Auers. Er sagte uns geradezu, wir haben unausgesetzt in dem Gedanken gearbeitet, daß die Arbeit doch für nichts ist. Wenn ich die deutschen Polizeiverhältnisse mir ansehe, glaube ich das auch; es ist traurig, aber es ist so. Sie können die Organisation beschließen, wie Sie wollen, wir in Bayern werden sie nicht ausführen, weil wir es nicht können. Der ganze Absatz von den Vertrauensmännern ist in Bayern, nach oberster gerichtlicher Auslegung, hinfällig; es ist schon eine ganze Anzahl Genossen daraufhin zu drei, vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden wegen Geheimbündelei. Dadurch fällt schon diese Art der Organisation für einen nicht kleinen Theil des deutschen Reiches hinweg; in Preußen, sagt man mir, wird ganz ähnlich verfahren. Ob es dann noch der Mühe werth ist,

solche wesentliche Bestimmungen für Thüringen, Baden, die freien Städte aufrechtzuerhalten, das überlasse ich gänzlich dem Parteitag. Mit Recht hat Auer gestern den 1877er Beschluß angezogen, in dem es heißt, wir bedürfen einer formellen Organisation im früheren Sinne nicht; die Verbindung wird den Genossen in den einzelnen Städten und Ländern, je nach den Verhältnissen, überlassen. Wenn wir damals mit Recht erklären konnten, daß dieser ideelle, nicht formelle Zusammenhang vollkommen aufrecht erhalten worden ist, so sehe ich garnicht ein, weshalb wir heute andere Grundsätze acceptiren wollen. Noch eins. Die heutige Partei ist etwas himmelweit Verschiedenes von der Partei vor zwölf Jahren. Damals war sie klein, jetzt ist sie die größte. Je größer die Partei wird, desto unmöglicher wird es, eine irgendwie an Vereinswesen erinnernde Organisation zu schaffen und aufrecht zu erhalten, desto mehr muß sie ähnlich gemacht werden der anderer großen Parteien. Mit einem Worte: nicht nur aus gesetzlichen, sondern auch aus praktischen Gründen sollten wir alles, was irgend an eine vereinsähnliche Organisation erinnert, nach Möglichkeit von uns thun und immer daran denken, daß wir nicht einen Verein, sondern eine gewaltige politische Partei organisiren sollen. Jedem einzelnen Ort ist die Organisation selbst zu überlassen und als gemeinsames Band giebt es, außer der Fraktion, nur drei Dinge: Parteivorstand, Kontrollausschuß und Centralorgan. Das ist völlig genügend.

Damit komme ich auf den Kontrollausschuß, den ich auch schon in meinen Veröffentlichungen hauptsächlich besprochen habe. Ich brauche wohl nicht dagegen zu sprechen, daß der Fraktion Herrschaftsgelüste untergeschoben werden. Soweit ich es verfolgt habe, sind sie ihr auch nicht untergeschoben worden, sondern es ist gesagt worden, daß eine derartige Organisation dazu benutzt werden könnte. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Ich bin im Gegentheil sicher, daß die Fraktionsmitglieder herzensfroh sind, daß man ihnen nicht mehr aufladet; trifft man aber derartige Bestimmungen, so müssen sie dem Charakter der Partei entsprechen und dürfen nicht gemißbraucht werden können von Leuten, die wir noch gar nicht kennen. Der Vorschlag, daß die Fraktion die Kontrolle über den Parteivorstand ausüben soll, ist nach meiner aufrichtigen Meinung unannehmbar, deswegen, weil er Fraktion wie Parteivorstand in die denkbar schiefste Lage bringt. Nach dem Entwurf soll die Fraktion die Gehälter der Vorstandsmitglieder festsetzen, sie hat das Recht, die Kasse und die Geschäftsführung zu untersuchen, sogar das Recht, Vorstandsmitglieder abzusetzen; der Vorstand dagegen soll die Kontrolle über die prinzipielle Richtung der Parteiblätter haben. Nun sind bekanntlich die meisten Fraktionsmitglieder entweder direkte Leiter und Redakteure von Parteiblättern, oder stehen als Reporter u. dgl. mit ihnen in Verbindung. Ich verweise lediglich auf Berlin.

Nach dem Entwurf ist nun der Vorstand berechtigt und verpflichtet, die Fraktionsgenossen in ihrer Eigenschaft als Redakteure oder Herausgeber auf ihre Haltung zu kontrolliren, hat aber nicht das Recht, sie abzusetzen, wohl aber kann die Fraktion die Kontrolleure absetzen. Da vermag ich mich nicht herauszufinden; ich würde unter keiner Bedingung solche Kontrolle annehmen, weil die Lage unbedingt eine schiefe ist, weil Mißhelligkeiten zwischen beiden dazu führen können, daß die betr. Vorstandsmitglieder sich als unterdrückt ansehen. Der Parteitag hat das endgiltige Urtheil; aber der „Himmel ist hoch und der Zar ist weit“. Er tritt einmal im Jahre zusammen; da häuft sich so viel Stoff, daß, wenn nicht gerade die Streitfrage der Zeit nach unmittelbar vor den Kongreß fällt, neuere Dinge die alten Streitigkeiten vollständig zudecken und der Kongreß davon gar nichts mehr hören mag. Auch in dieser Beziehung bin ich für die frühere Einrichtung. Auer sagt, der Kontrollausschuß könne gemaßregelt werden. Ja, vor dem Sozialistengesetz und als Tessendorff schon da war und uns verfolgte, hat drei Jahre lang ein Kontrollausschuß bestanden, ohne behelligt zu werden. Möglich, daß das jetzt anders werden kann, aber wir müssen es versuchen, und Mittel und Wege werden sich finden, diesen Ausschuß von solchen Maßregelungen ziemlich unabhängig zu stellen. Täusche ich mich, dann müssen wir auf andere Einrichtungen sinnen; die vorgeschlagene ist im Interesse der Partei und der Fraktion unannehmbar.

Gegen die Kontrolle der Parteiorgane, so wie sie im Entwurf steht, habe ich nichts einzuwenden. Zweifellos muß, wenn ein Blatt nicht auf dem prinzipiellen Boden der Partei steht, irgend eine Stelle zu der Erklärung befugt sein, daß das Blatt nicht zu uns gehört. Aber im Gegensatz zu Auer meine ich, für diese Kontrolle reichen die Parteigenossen des Ortes vollkommen aus. Wir sollen es nicht verhindern können, meinte Auer, daß ein solches Blatt trotzdem weiter besteht. So liegen die Dinge nicht. Die Genossen jedes wohlorganisirten Parteiortes können ein solches Blatt ohne weiteres todt machen, dazu genügt eine einzige Versammlung, in der man die Thatsachen erzählt und vor dem Blatte warnt. Bleibt die Bestimmung bestehen, so werde ich sie nicht groß bekämpfen, aber Auer's Aeußerungen haben mich doch bedenklich gemacht. Er meinte, es handle sich darum, daß Blätter, die an sich gut sein können, auf unserm Programm stehen, aber hintenherum eine abweichende Ansicht vertreten, Feindseligkeiten hereintragen, desavouirt werden sollen. Hier hat's ein Ende; wenn solche Auslegung gelten soll, dann haben wir keine freie Presse mehr. Ueber die Abweichung von der prinzipiellen Haltung ist leicht zu entscheiden; aber wer entscheidet darüber, ob ein sonst im allgemeinen ausgezeichnet gehaltenes sozialdemokratisches Blatt vielleicht einmal bei einer Frage der auswärtigen Politik oder dergleichen sich verfehlt und den An-

schein erweckt, als ob es Unfrieden stiftet? Das alles ist dem Parteivorstand in die Hände gegeben, und ich möchte mich in solche Hände nicht geben.

Ein offizielles Parteiorgan wünsche auch ich. Für eine Partei wie die unsrige, welche jeden Tag im politischen Leben zu kämpfen hat, muß tagtäglich ein Centralorgan am Sitze der Macht in Berlin selbst, wohl bedient von leitenden Persönlichkeiten, seine Stimme ertönen lassen können; ohne ein solches können wir nicht auskommen. Dafür soll aber auch die übrige Presse vollkommen frei sein. Gewiß hat keiner der Genossen sie unterdrücken wollen, aber wir müssen unsere Bestimmungen so treffen, daß nicht in Zukunft eine andere Auslegung möglich wird.

Was die Beschickung des Parteitages anbetrifft, so bin ich mit Auer gegen jede Beschränkung der Delegation. Wir haben früher damit die besten Erfahrungen gemacht; wir sind doch alle miteinander Sozialdemokraten. Soll aber eine Beschränkung eintreten, so bin ich gegen die mechanische Feststellung von drei Mann, sondern würde ein Proportionalsystem vorziehen.

Alles übrige läßt sich auf diese drei Hauptpunkte zurückleiten. Ich beantrage, die ganze Stelle, welche von der Kontrolle des Parteivorstandes durch die Fraktion handelt, zu beseitigen und dafür, wie früher, einen Kontrollausschuß zu setzen, so zwar, daß der Kongreß einen Ort bestimmt, dessen Parteimitglieder die Kontrollkommission wählen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen. (Beifall.)

Werner-Teltow: Ich freue mich, daß endlich einmal einer der Parteigenossen erklärt hat, es möge hier streng sachlich vorgegangen werden. Wenn Jemand eine irrige Ansicht gehabt hat, soll man ihn sachlich zu belehren versuchen. Ich habe mir noch nicht angemaßt, für die gesammten Berliner hier zu sprechen; ich bin Delegirter von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und spreche meine eigene Meinung aus. Das System, welches hier Platz zu greifen schien, war nicht sehr schön. Ich bin einer Derjenigen, welche auch in Opposition gestanden haben gegen die Auffassung der Organisation im Entwurf. Ich habe an den verschiedensten Orten auch darüber referirt und muß hier gleich erklären, daß man mir niemals nachsagen konnte, daß ich ihn nicht vollständig objektiv behandelt habe. Die mir bezüglich Magdeburgs gemachten Unterstellungen sind nicht wahr. Ich theile die Meinung Vollmars hinsichtlich der Kontrolle durch die Fraktion vollständig; ich meine auch, daß unsere Abgeordneten gerade an der Parteipresse beschäftigt sind, und weil ich annehme, daß die Reichstagsfraktion eine Körperschaft ist, die in der Auffassung der Dinge schließlich eine einheitliche Meinung hat, wonach die ganze Presse in Deutschland von diesem Gesichtspunkte aus bearbeitet wird, und daß in Folge dessen, wenn Jemand, wie es uns in Berlin gegangen ist,

wenn wir in dem Organ eine Aufnahme in Anspruch nahmen, uns unsere Entgegnung, die dem Blatte nicht lieb war, einfach abgeschnitten wurde, oder man frug erst in Dresden an, ob auch diese oder jene Notiz wirklich ins „Volksblatt“ hinein soll. Parteigenossen! Darum sage ich, kann die Fraktion nicht als Kontrollkommission fungiren, nicht weil ich ihr unterschieben will, daß ich irgend welche Unehrlichkeit der Fraktion zutraue, oder behaupten will, sondern weil ich sage: die Wähler zum Reichstage wählen doch nicht die Fraktionsgenossen, daß sie die Parteileitung in die Hand nehmen sollen, sondern die Fraktion untersteht der Kontrolle der Parteigenossen, sie soll agitatorisch thätig sein. Wenn nun die Parteigenossen an irgend einem Orte etwas gegen die Fraktion haben, wenden sie sich an den Vorstand, und der Vorstand giebt diesem Drucke nach und die Fraktion, als Kontrollkommission, sitzt oben als oberste Richterin wie in Paris auf dem Eiffelthurm, in der Glashütte, und überschaut so den ganzen Bau, dann kann die Fraktion, wenn sie angeklagt ist, nicht als Richter über sich fungiren. Darum habe ich mich, auch aus praktischen Gründen, zuerst dagegen gewendet. Der Auer'schen Erklärung, daß das Vereinsgesetz eine öffentliche Kontrollkommission zu wählen verbietet, steht § 8 des Vereinsgesetzes entgegen; ja, ich glaube, daß die Fraktion als Kontrollkommission, wenn letztere als politischer Verein betrachtet wird, in der Zeit der Unterbrechung der Sitzungen ganz ebenso antastbar und unter Anklage zu stellen ist, wie mit einander in Verbindung tretende politische Vereine. Darum habe ich — ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß ich jeder Regierung Vertrauen schenke — mit einem Theil der Berliner Genossen den Antrag eingebracht, daß der Parteitag einen Vorstand von 20, 18, 16 — die Zahl ist ja egal — wählt; diese wählen unter sich eine Körperschaft zur Führung der Geschäfte, und die andern sollen die Kontroll-Kommission und Beschwerdeinstanz bilden. Dadurch glauben wir, ist das Inverbindungtreten zweier politischer Vereine völlig illusorisch gemacht. Schon Vollmar hat gesagt, es sei fraglich, ob der Aufbau der Organisation im Entwurf nicht mit den Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes kollidire. Ich frage, ist es möglich, daß man an jedem Ort, wenn ein Wahlkreis aus mehreren Orten besteht, den Vertrauensmann, der die Beiträge der zahlenden Parteigenossen annimmt und abliefert, mit diesen Genossen als politischen Verein konstruirt? Sollte nicht ein Staatsanwalt dies als einen Verein am Orte betrachten können, der durch den Vertrauensmann mit dem Vorstand in Verbindung tritt? Ich bin nicht Rechtsgelehrter genug, das zu entscheiden. Und wie, wenn nach Vollmars Vorschlag die Genossen sich an jedem Orte selbst organisiren und um an den Parteivorstand die Gelder abzuliefern, einfach in Versammlungen beschließen, zu dem und jenem Zweck bewilligen wir diese Summe, sie gewisser-

maßen schenken? Wie gesagt, ich überlasse das den Rechtsgelehrten. — Zu dem wichtigsten Punkt, dem des Centralorgans, kann ich mit Vollmar nicht einverstanden sein. Für das (für einige Berliner Genossen leidige) „Volksblatt“ wäre besser eine Korrespondenz, auf hektographischem Wege hergestellt, alle offiziellen Bekanntmachungen und Mittheilungen an die Redaktionen der Provinzpresse enthaltend, je nach Bedürfniß versandt; die lokalen Redaktionen müßten zur Erhaltung dieser Korrespondenz einen Abonnementsbeitrag leisten, und dadurch wären auch diejenigen Sozialdemokraten, welche nicht in der Lage sind, das Centralorgan halten zu können, in ihrem Organ über die Absichten der Parteileitung vollständig informirt. Denn was jedem Orte recht ist, ein Lokalblatt zu besitzen, das ist doch den Berliner Parteigenossen wahrhaftig billig. Sie haben es verstanden, den Abonnentenstand des „Volksblatt“ in 3 Wochen von 12 000 auf 30 000 zu bringen, allerdings mit den Mitteln des Boykotts. Sie müssen doch diesen Berlinern Rechnung tragen. Wenn das „Volksblatt“ Centralorgan wird, werden ewige Streitigkeiten vorhanden sein, weil wir dort eine entwickelte Gewerkschaftsorganisation haben und jede Gewerkschaft das Blatt auch gleichzeitig als Agitationsorgan für ihren Beruf benutzen will, und da sollen nun die ellenlangen Berichte ins Centralorgan kommen? Die kommen dann zu spät oder werden hinter wichtigeren Dingen zurückgestellt; und die Gewerkschaftsführer werden dann sagen: Da seht ihr für unsere Agitation wird gar nichts gethan. Dadurch wird ein Unwille in die Gewerkschaften getragen, wie er jetzt schon thatsächlich existirt. Das „Berliner Volksblatt“ ist ein sehr wunder Punkt in der Berliner Bewegung; die Mehrzahl der Berliner Genossen verlangt da einen Einblick in die Verhältnisse des Blattes. Die Gewerkschaftsbewegung darf darunter nicht leiden, darum soll man das Blatt den Berlinern nicht nehmen, sondern ein neues Centralorgan gründen, wenn durchaus eins sein soll. Macht man das „Volksblatt“ dazu, so wird das dauerndes Zerwürfniß erzeugen und das Blatt ein ewiger Zankapfel der Berliner Sozialdemokraten sein. Auch bezüglich der Festsetzung der Gehälter theile ich Vollmar's Ansicht. Ich bitte Sie, unbedingt den Parteivorstand so zu wählen, wie wir es vorschlagen.

Müller-Schkeuditz: Redner meint, daß die geübte Kritik, wenn sie auch zum Theil als schon nicht mehr anständig bezeichnet werden mußte, doch soviel ergebe, daß der Entwurf Mängel hat, die zu beseitigen sind. Es müssen vor allem Formen gefunden werden, welche uns vor der Gefahr behüten, mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu kommen. Die Zugehörigkeit zur Partei soll man nicht an einen bestimmten, laufenden Betrag binden; das kann von unseren ländlichen Bezirken, bei der Natur ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht verlangt werden. Man soll nicht zu strikte Vor-

schriften aufnehmen, oder doch wenigstens Milderungsgründe zulassen, wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit, die von der Zahlung zu entbinden hätten. Mit der Vertretung auf dem Parteitage nach dem Entwurf ist Redner einverstanden. Agitatorisch ist gerade möglichst starke Vertretung der Kreise mit wenigen Parteigenossen erforderlich, da diese auf dem Parteitag lernen und die erworbene Kenntniß in ihre Kreise tragen und sie dort verwerthen sollen.

Metzner-Berlin I: Ich schließe mich dem Wunsche Vollmars an, daß die Diskussion möglichst leidenschaftslos geführt und jede verletzende Aeußerung bei Seite gelassen werden möchte, meine aber, daß dieser Wunsch von Allen beachtet werden sollte und bedaure, daß der nachfolgende Redner es sofort hat über sich gewinnen können, die Redewendung zu gebrauchen: er stehe nicht auf dem Standpunkte, daß er jeder Regierung Vertrauen schenke. Das ist eine Anknüpfung an Dinge, die gestern erörtert und völlig klargestellt worden sind; sie heute wieder hereinzuziehen, kann nur in der Absicht geschehen sein, sich der verletzenden Ausdrücke nicht begeben zu wollen. (Sehr richtig!) — Nun hören wir von Auer wie von Vollmar, daß wir möglicherweise verfolgt werden, welcher Art auch die Organisation sei, die wir uns geben; daß wir vor Anfechtungen in keinem Falle ganz sicher sind. Andererseits steht fest, daß wir, trotzdem uns jede Möglichkeit der Organisation fehlte, uns nicht nur zusammengefunden, sondern auch zusammengehalten und verstärkt haben. Sollen wir nun, um uns vor jeder Anfechtung zu bewahren, jede Organisation bei Seite lassen, oder sollen wir uns, nachdem wir dem Anschein nach wieder unter das gemeine Recht gestellt sind, dementsprechend in irgend einer Weise organisiren? Da meine ich, daß die ganz überwiegende Ansicht auf letzteres geht. Auf die Form müssen wir freilich näher, bis ins Einzelne, eingehen, denn gerade diese Frage ist es nothwendig, streng sachlich zu erörtern. Es ist vorgeschlagen worden, der Partei vom Parteitag einen Vorstand von 20 Personen geben zu lassen, um allen Widerwärtigkeiten zu entgehen. Thun wir etwas in dieser Richtung — nun, die Tessendorff's sind noch nicht alle geworden; sie werden im Auslegen erfinderisch sein und auch in der allerharmlosesten Form etwas finden, was sie anfechten können. Ich meine deshalb, wir müssen den Entwurf, wie er vorliegt, unter allen Umständen als Grundlage in Betracht ziehen. Von den Einzelfragen ist die: ob dauernder Beitrag oder nicht, auch in Berlin vielfach behandelt worden, man ist aber darüber nicht zur Klarheit gekommen, weil sich Theorie und Praxis, Wünsche und Erfahrungen gegenüberstehen, so daß die Kommission, für deren Einsetzung ich ganz entschieden bin, mit den Erfahrungen, die auf diesem Gebiete bereits gemacht worden sind, ganz besonders zu rechnen haben wird. Ich bin fest überzeugt, wenn allseitig der gute Wille vorhanden ist, uns ein Band zu geben,

das möglichst den Wünschen Aller entspricht, dann ist auch der scheinbare Widerspruch gelöst, der in den Ausführungen Auer's gefunden wurde, daß wir uns eine Organisation geben müssen und daß wir doch wahrscheinlich vergeblich arbeiten. Ich empfehle die Wahl einer Kommission von ganz besonders erfahrenen Männern aus möglichst allen deutschen Staaten.

Theiß-Hamburg ersucht zur Geschäftsordnung, die nachfolgenden Redner möchten nicht auf provokatorische Aeußerungen des Vorredners derart, wie eben geschehen, eingehen. Man kenne doch Werner's Art und solle nicht auf seine Versuche, Jemandem eins auszuwischen, immer wieder anbeißen. Das Beste sei, ihn gar nicht zu beachten.

Vorsitzender Singer: Ich bin nicht im Stande, einem Redner, wenn er sonst sachlich ist, aus solchem Grunde das Wort zu entziehen.

Keßler-Bernburg: Ich schließe mich ebenfalls der Mahnung Vollmar's durchaus an und werde mich freuen, wenn die Diskussion ferner sachlich geführt wird. Ich werde den Frieden nicht brechen, aber: wie man in den Wald hineinschreit, schallt es auch wieder heraus. Ich möchte das preußische Vereinsrecht etwas näher beleuchten. Liebe Genossen! Dieses preußische Recht gilt für den größten deutschen Staat, und wenn es auch höchst reaktionär ist, so bietet es doch den großen Vortheil, daß dem polizeilichen Einschreiten ein richterlicher Spruch folgen muß. Wenn Tessendorff gesagt hat, er würde alle Vereine vernichten, wir könnten uns nicht organisiren, so haben wir den Kampf aufgenommen und gezeigt, daß es dennoch Formen giebt, in welchen man sich in Preußen organisiren kann, die für Staatsanwalt und Polizei völlig unangreifbar sind. Diese Formen sind aber in dem Entwurf nicht dargestellt; der Entwurf bietet vielmehr dem Vereinsgesetz die allergrößte Angriffsfläche dar. Ich habe mich darüber gewundert, da ich aus Auer's Worten vernahm, daß man mit einem solchen Entwurf schon früher ein sehr schlechtes Geschäft gemacht habe. Man hat aber in dem neuen Entwurf die Angriffsfläche des vorigen noch vergrößert. Ein Vergleich des § 1 des Gothaer und des jetzigen Entwurfs zeigt, daß im letzteren der Begriff eines Vereins noch viel deutlicher und bestimmter zum Ausdruck kommt. Mit Interesse habe ich von dem Beschlusse gehört, den der Kongreß von 1877 gefaßt hat, der darin gipfelte, überhaupt keine Organisation zu schaffen; ich bin fest überzeugt, wenn unsere diesmalige Kommission sachgemäß und ernst verfährt, wird sie auch zu keinem anderen Resultat kommen, denn die Verhältnisse sind ganz dieselben wie früher, wir stehen unter denselben Gesetzen und der gleichen Handhabung dieser Gesetze wie früher. Will man in Preußen eine Organisation gründen, dann muß man von vornherein wählen, ob eine politische oder eine unpolitische; eine gemischte Form giebt es

nicht. Wählt man die unpolitische Form, so verzichtet man von vornherein darauf, politische Angelegenheiten in Versammlungen zu verhandeln; nimmt man die politische Form, dann kann man zwar verhandeln, was man will, aber was wie ein Verein aussieht oder durch Richterspruch dafür erklärt ist, darf unter keinen Umständen mit einem andern Verein in Verbindung treten. Wenn Werner meint, die Vereine könnten Gelder sammeln und an eine Centralstelle abliefern, so ist das ganz unmöglich; es würde sofort eine neue Vereinsbildung konstatirt werden und die Auflösung müßte erfolgen. Denn politische Vereine dürfen absolut nicht zu gemeinsamen Zwecken, auch nicht einmal zu einer Fahnenweihe, in Verbindung treten. Nach dem Reichsgerichts-Erkenntniß vom 2. November 1888 in dem großen Maurerprozeß ist die Kommission, die von einer größeren Versammlung gewählt ist, wenn diese letztere sich auflöst und die Kommission übrig bleibt, ein Verein; ein Vorstand, den wir einsetzen, wäre eine solche Kommission, und man könnte nur fragen: Sind schon zwei eine Mehrheit oder erst drei? Wählen wir noch eine Kontrollkommission, heiße sie wie sie will, so ist das wieder ein Verein, treten beide in Verbindung, dann klappt die Falle zu; beide werden aufgelöst und sind dem Gesetz verfallen. So bleibt denn nur der Vorschlag des Berliner Entwurfs, mit dem ich sonst nicht einverstanden bin: eine größere Kommission zur Führung der Verwaltung, welche aus sich heraus einen Vorstand für die Kommission wählt, der zugleich Parteivorstand ist. Es sind also sehr große Schwierigkeiten zu überwinden; in dieser Form geht es aber, wenn von allen Seiten klug und umsichtig verfahren wird. Ich bedauere, daß man die Sache immer von dem Gesichtspunkte betrachtet: wir würden in jedem Falle angefochten werden; gewiß, aber wir sollten diesem Pessimismus nicht Raum geben. In Sachsen und Bayern wird es so nicht durchzuführen sein, für Preußen aber läßt sich diese Form verwirklichen. — Im Einzelnen kann ich nur unterschreiben, was Vollmar gesagt hat. In die Fraktion setze ich kein Mißtrauen; wir können weder an der persönlichen Haltung der Einzelnen, noch an der prinzipiellen Haltung der Gesammtheit etwas aussetzen. Volle Preßfreiheit wünsche und vertrete auch ich. Die Kontrolle muß sich selbstredend auf alle von der Partei begründeten und verwalteten Blätter beziehen; die Auslegung Auers aber, wonach sogar ein einzelner Artikel schon zum Einschreiten Veranlassung gäbe, führt zur Aufhebung jeder Preßfreiheit. Das wäre eine Präventivzensur, und — vestigia terrent! Wie gegen die Dresdener und Magdeburger Zeitungen verfahren ist, das hat mich abgeschreckt. Ich bitte Sie, die Preßfreiheit zu sichern.

Stolle-Gesau: Als wir in der Fraktion den Entwurf beriethen, waren wir alle fest davon überzeugt, daß wir, wie er auch

ausfalle, nicht unangefochten bleiben würden. Es ist ja auch nur natürlich, daß die Parteigenossen von überall her aus dem großen, weiten Reich ihre besonderen Ansichten zur Geltung zu bringen versuchen würden. Doch sind immerhin nicht viele prinzipielle Aenderungen vorgeschlagen worden; die meisten der zahlreichen Anträge sind formeller Natur. Ueber die prinzipiellen haben die meisten sächsischen Delegirten sich in einer Vorbesprechung geeinigt und werden in deren Namen nur zwei Redner, Kaden und ich, sprechen. Für uns in Sachsen, dem klassischen Staat der Polizeigesetze, der klassischen Polizeiwillkür, ist die Gestaltung der Organisation von der allergrößten Wichtigkeit, namentlich ist dies die Frage, wer in Zukunft öffentlich der Partei als Genosse angehören darf. In Sachsen besteht das Vereinsgesetz von 1849, welches nach der Niederwerfung der Revolution gemacht wurde und eigentlich ein Ausnahmegesetz in Permanenz ist. Wir stehen da viel schlechter als unter dem Sozialistengesetz. In dem kurzen Zeitraum seit dem Verfall dieses Gesetzes sind mehr Versammlungen verboten worden, als jemals zuvor im gleichen Zeitraum. Wenn wir die Parteigenossenschaft erlangen sollen, ohne Gefahr zu laufen, diesem Vereinsgesetz zu verfallen, so darf die Forderung der „dauernden" Unterstützung der Partei nicht erhoben werden. Ich habe sie schon in der Fraktion bekämpft und bin erfreut, daß der Vorstand nicht mehr darauf besteht. Auch in Anbetracht unserer ökonomischen Verhältnisse war diese Forderung falsch. Ein großer Theil unserer armen, namentlich der ländlichen Bevölkerung wird nicht in der Lage sein, dauernd zahlen zu können. Aber nicht blos durch das Landesgesetz, sondern vielfach auch durch lokale Gesetze jeder einzelnen Stadt, durch Polizeistrafen ist es bei uns verboten, irgendwie einen Beitrag zu leisten. So sind noch in den letzten Wochen Polizeiverfügungen erlassen worden, welche bei 50 oder 100 Mark Strafe die Leistung eines Beitrags oder die Abhaltung einer Tellersammlung verbieten, ja welche das Darreichen von Almosen an Arme untersagen. Die „dauernde" materielle Unterstützung wäre also für uns eine große Gefahr, und wir beantragen daher einstimmig, sie zu streichen. — Was den Wahlmodus betrifft, so kann doch im Ernst von der Verletzung des demokratischen Prinzips nicht die Rede sein. Wenn noch die Verhältnisse in den großen und kleinen Städten und auf dem Lande die gleichen wären! Zudem hat der Fraktionsvorschlag agitatorisch den großen Vortheil, daß er die Möglichkeit erleichtert, unsere Bestrebungen in die Kreise zu tragen, wohin die Kenntniß von uns und unseren Zielen noch wenig gedrungen ist. Aus diesen Kreisen, die noch im Dunkel liegen, am Rhein, in Bayern, im preußischen Osten u. s. w., müssen die Parteigenossen möglichst zahlreich den Parteitag besuchen, um, zurückgekehrt, reichlicher den Samen für unsere Parteiziele ausstreuen zu können. In Berlin, wo sich

Tausende in Folge der ökonomischen Verhältnisse selbst zu Sozialdemokraten ausbilden, kann man sich leicht selbst helfen, und man soll daher nicht sagen, es sei undemokratisch, wenn auch ein Wahlkreis mit nur 70 oder 100 sozialdemokratischen Wählern einen Delegirten schickt. — Die Kontrollfrage ist im Entwurf so geregelt, weil uns eben diese Polizeigesetze abhielten, einen selbständigen Kontrollausschuß einzusetzen. Bis heute hat man noch nicht versucht, eine parlamentarische Fraktionskontrolle unter das Vereinsgesetz zu stellen. Die Zweifel an der Objektivität dieser Kontrole muß ich energisch abweisen. Sind denn die gewählten Abgeordneten so miserable, schlechte Charaktere, daß sie bei Dingen, die ihre Person betreffen, eine Einwirkung auf ihre Kollegen versuchen werden, ihr eigenes über das Parteiinteresse stellen werden? — Was das Centralorgan betrifft, so sind wir nach allen Verhandlungen der Meinung, daß wir heute nicht mehr mit einem „Volksstaat“ oder „Vorwärts“ nach früherem Muster kommen können. Wir müssen auf die gestiegene Ausdehnung der Partei und auf die Nothwendigkeit der täglichen Vertretung und Vertheidigung ihrer Prinzipien den Gegnern gegenüber Rücksicht nehmen. Darum stimmen wir dem Fraktionsvorschlag zu. — Von den selbstständigen Anträgen müssen wir denjenigen einiger Berliner Genossen entschieden bekämpfen, der dahin geht: „Betreffs Aufstellung von Kandidaten zu einer Gesetzgebungs- oder Verwaltungs-Körperschaft haben die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise oder Orte die Zustimmung vom Vorstand einzuholen.“ Womit wollen Sie denn den Parteivorstand noch belasten? Ich bin erstaunt, daß gerade von der Seite ein solcher Antrag ausgeht. Das heißt doch, den Genossen alle Bewegungsfreiheit nehmen; in diesem Punkte haben die Männer in Berlin, so Gutes sie geleistet haben, kein größeres Recht, als bei uns die kleinste Landgemeinde. (Sehr gut! Bravo!) Ich halte dafür, daß der Parteitag den Antrag einstimmig ablehnen wird. (Beifall.)

Thierbach-Königsberg in der Neumark: Auch wir sind für Streichung des Wortes „dauernd;“ seine Aufrechterhaltung ist unter den heutigen Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit. Von vielen Seiten sind sonstige Aenderungen vorgeschlagen, von Berliner Kollegen ist sogar ein vollständiger Gegenentwurf eingebracht worden. Ich stehe, zumal nach Vollmars und Werner's Ausführungen, auf dem Standpunkte, daß wir uns in Acht nehmen müssen, mit dem preußischen Vereinsgesetz in Konflikt zu gerathen, daß wir nach dem Berliner Antrag einen einzigen Vorstand aus 20 oder 16 Personen einsetzen müssen. In der Kontrollfrage bin ich aber anderer Meinung; ich hege kein Mißtrauen gegen die Fraktion und kann die in dieser Richtung geäußerten Befürchtungen nicht theilen. Ursprünglich war auch ich gegen das „Volksblatt“ als Centralorgan; nach reiflicher Ueberlegung aber meine ich, Berlin, das zugleich noch ein Wochen-

blatt besitzt, kann sehr wohl das „Volksblatt" den Genossen Deutschlands übergeben. Den Gewerkschaftsinteressen wird das Blatt sicherlich Rechnung tragen; es wird gewiß vom 1. Januar 1891 ab diesen Interessen eine Extrabeilage zur Verfügung stellen, auch wohl eine Erweiterung der Redaktion vornehmen, um diese Interessen weiter, wie bisher, zu pflegen. Mit dem Vorschlag einer Kommissionsberathung bin ich einverstanden.

Schönfeld-Dresden: Auch ich gehöre zu den Bösewichtern, die mit dem Organisationsentwurf nicht ganz einverstanden sind. Hätte man diesem Entwurf Motive beigegeben, dann hätte die Kritik nicht die Schärfe angenommen, die Auer beklagte.

Die Verpflichtung zur materiellen Unterstützung der Partei sollte man als moralischen Zwang festlegen, nicht aber die Mitgliedschaft von der dauernden materiellen Unterstützung abhängig machen. Ich bin aber mit dieser Ansicht in Dresden nicht durchgedrungen, die Dresdener beantragen nur, daß Erwerbslosigkeit von jener Verpflichtung entbinden soll.

In Bezug auf die Zugehörigkeit zur Partei beantragen wir, daß ehrlose Handlungen gegen die Partei von der Partei ausschließen. Wir können nicht das, was heute der bürgerlichen Moral als ehrlos gilt, auch für uns reklamiren. Wenn z. B. Jemand aus Noth ein Stück Brod stiehlt, so kann uns das noch nicht bestimmen, den Mann von uns zu weisen.

Bezüglich der Vertretung auf dem Parteitag stimmen wir dem von Vollmar in der „Münchener Post" vorgeschlagenen System der proportionalen Vertretung zu.

Hinsichtlich der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteiorgane können wir dem Entwurf nicht zustimmen. In Dresden war bekanntlich ein Zeitungsstreit in der Frage des 1. Mai. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" stand auf dem Boden der Dresdener Genossen und beharrte auf demselben, nachdem in Halle die Fraktion einen anderen Standpunkt eingenommen. Da nun anzunehmen ist, daß in einem solchen Falle der Parteivorstand, die Parteikontrolle, eingreifen und das Blatt verpflichten würde, in ihrem Sinn zu schreiben, so ist die Bestimmung für mich unannehmbar. Ich gestehe den Genossen am Ort zu, die Kontrolle über die Zeitungen auszuüben, aber nicht dem Parteivorstande, weil dann eine gewisse schablonenmäßige Schreibweise bei der Presse eintreten müßte.

Das „Berliner Volksblatt" zum Centralorgan zu wählen, halte ich für verfehlt. Ein Lokalorgan darf nicht zugleich Centralorgan sein. Die Genossen außerhalb Berlins müßten den ganzen Ballast des „Volksblattes" mit in den Kauf nehmen. Es müßte ein selbstständiges Centralorgan geschafft werden, in dem der Parteivorstand seine Ansichten geltend machen könnte.

Dietz übernimmt den Vorsitz.

Stengele-Hamburg: Wir Hamburger wünschen, daß die Fraktion verpflichtet, nicht berechtigt ist, auf dem Parteitag zu erscheinen. Die Mittel hierzu werden sich in irgend einer Weise beschaffen lassen.

Das „Berliner Volksblatt“ als Centralorgan würde der Lokalpresse der kleineren Städte Abbruch thun. Der lokale Theil des Volksblatts, mit seiner breiten Schilderung der Berliner persönlichen Streitigkeiten, ist für das übrige Deutschland von gar keinem Interesse, ja in gewissem Sinne sogar schädlich.

Wir in Hamburg II. beantragen weiter, daß, sofern gesetzliche Hindernisse nicht im Wege sind, ein Parteiausschuß an Stelle der jetzt normirten Kontrollkommission der Reichstagsfraktion gewählt werde. Wir wünschen also, daß die Kommission selbstständig gewählt werde, und nicht die Fraktion als solche eine besondere Kommission bilde. Die Aufgaben der Fraktion und der Kontrollkommission sind sehr verschiedene. Was nun die vereinsgesetzlichen Bedenken betrifft, so hat seiner Zeit das Hamburger Oberlandesgericht entschieden, daß die Mitglieder einer solchen Kommission nicht als Verein zu betrachten sind. Hiernach würde also der Gründung einer selbstständigen Kommission nichts im Wege stehen.

Liefländer-Osthavelland: Die Auer'sche Rede hat mich im Allgemeinen sehr erfreut, denn sie hielt sich, im Gegensatz zu anderen Fraktionsgenossen, in sachlichen Grenzen, und war nicht geeignet andere Parteigenossen, wenigstens indirekt, zu beleidigen.

Mit dem Organisationsentwurf, wie er von der Fraktion vorgelegt worden ist, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die „Abänderungsanträge zum Organisationsentwurf“ von den Berliner Genossen sind entschieden vorzuziehen. Der Ausdruck „Genossen“ in § 1 ist jedenfalls präziser, als der Ausdruck „Personen“. In Bezug auf die Wahlen zum Parteitag muß eine bestimmte Grenze gezogen werden, und es dürfen nicht, wie gesagt worden, aus den Kreisen beliebig viel Delegirte hergeschickt werden.

Die Opposition hat gar kein Mißtrauen zur Fraktion insgesammt; wir wünschen ihr nur nicht noch größere Macht zu übertragen, als sie heute inne hat, und das ist in dem Berliner Antrag ausgesprochen. Es kann kein Mißtrauen darin erblickt werden, wenn wir beantragen, der Parteitag solle die Besoldung der thätigen Mitglieder des Parteivorstandes festsetzen. Der Parteitag ist doch die höchste Instanz, und es würde Mißtrauen hervorrufen, wenn die Parteifraktion einseitig die Besoldungen feststellte. Die Kritik hat nicht das Gehässige gehabt, was man ihr zuschreibt. Auer hat auf die gegnerische Presse hingewiesen. Ja, seit wann kümmern wir uns um die gegnerische Presse? Hat sie nicht die Reden verdreht, hat sie nicht die Reden Bebel's benutzt, um gegen uns Propaganda zu machen? Warum jetzt diese Empfindlichkeit,

früher ist doch viel schärfere Opposition gemacht worden! Wir sind doch nicht hierhergekommen, um uns Süßigkeiten zu sagen! Grade die Parteigenossen, die an der Spitze der Leitung stehen, und denen wir eine höhere Intelligenz zuschreiben müssen, sollten nicht ihre Meinung in einer die Opposition verletzenden Weise zum Ausdruck bringen und dadurch zu neuer Opposition Anlaß geben. (Sehr richtig!) Es bekundet einen schwachen Standpunkt und eine schwache Intelligenz, wenn man auf den groben Klotz einen noch gröberen Keil setzt; das ist nicht der Weg zum Frieden. Vollmar stimme ich völlig bei. Er hat das ausgeführt, was die sogenannte Opposition in Berlin ausgeführt hat. Die „Opposition" beschränkt sich nicht auf Berlin. Nein, wir sind auch in der Umgegend von Berlin derselben Ansicht. Wir verurtheilen es, wenn von Berlin gehässig vorgegangen wird, aber auch, wenn das von der anderen Seite geschieht. Eine Partei, welche die Toleranz auf ihre Fahne geschrieben, muß zunächst selbst tolerant sein.

Die Vereinigung möchten wir möglichst lose gestaltet haben. Als früheres Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wäre ich für eine möglichst straffe Centralisirung; aber da jede derartige Organisation aufgelöst werden wird, so möchte ich mich für die lokale Organisation erklären.

In Bezug auf die Presse kann ich der Fraktion als solcher kein Kontrollrecht einräumen. Es kann aus der Mitte des Parteitages sehr wohl eine Kommission bestellt werden. Außerdem wissen die Genossen am Orte am besten über die Haltung ihrer eignen Presse ein Urtheil zu fällen.

Für ein Centralorgan bin ich selbstredend; aber ich wünsche nicht, daß es täglich erscheint. Ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt könnten auch die ärmeren Parteigenossen in Ostpreußen, Schlesien und anderswo halten. Das „Volksblatt" ist auch viel zu theuer, und die Genossen haben gar nicht die Zeit, den ganzen Ballast zu lesen. Ich habe beantragt, daß, wenn ein Centralorgan geschaffen wird, es wenigstens völlig Eigenthum der Partei wird, damit der Profit des „Berliner Volksblatt" und der anderen Berliner Parteiblätter und aus dem Druck der Broschüren, der sich auf 100 000 Mark belaufen wird, und der den Privatdruckern in die Tasche fließen würde, der Partei wieder zugute komme. Dieser Antrag mag Manchem unangenehm sein, aber ich werde ihn nachher vertheidigen.

Wilschke-Berlin: In Bezug auf § 3 Absatz 2, wo es heißt: „Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen," wünschen meine Auftraggeber, daß in der Regel nur ein Vertrauensmann gewählt wird, je nach Lage und Stärke des Wahlkreises.

Im übrigen glaubt Redner, daß es genügte, wenn zu den

Parteitagen aus jedem Kreise ein Delegirter käme. Als Centralorgan erscheint ihm das „Volksblatt" nicht geeignet; wird es aber doch dazu genommen, dann müsse es so billig als möglich abgegeben werden.

Klein-Berlin: Als Parteigenosse sollte Jeder gelten, der das Parteiprogramm anerkennt. Der Unterschied zwischen organisirten und nicht organisirten Parteigenossen ist schwer durchzuführen. Bei der Streikbewegung haben wir auch die unorganisirten Kollegen mit in den Kauf nehmen müssen.

In Rücksicht auf die Vereinsgesetze giebt Redner anheim, ob es nicht zweckmäßig wäre, sich eine ganz lose Organisation, nach Art der einzelnen Gewerkschaften mit dem Vertrauensmännersystem, zu geben. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages sollte man nicht allzu leicht, aber auch nicht zu schwierig machen.

Schmidt-Berlin: Die Bedenken Vollmar's gegen das Vertrauensmännersystem werfen, wenn sie berechtigt sind, die vorgeschlagene Form der Organisation über den Haufen.

Die Wahl einer besonderen Kontroll-Kommission ist nach den Keßler'schen Ausführungen absolut unmöglich. In dieser Beziehung bietet der Berliner Antrag auch dem sophistischsten Staatsanwalt nicht die geringste Angriffsfläche dar. Stolle hat gesagt, die Erfahrung habe uns bisher belehrt, daß Kommissionen, welche von der Fraktion einer Partei eingesetzt werden, nicht als politische Vereine angesehen werden und daß auch nicht die Gefahr bestehe, daß, wenn sie mit einander in Verbindung treten, sie mit dem Vereinsgesetz kollidiren. Wir müssen aber bedenken, daß die Sozialdemokratie bisher eine solche Institution nicht gehabt hat, und die Erfahrung von anderer Seite beweist für uns nichts. Was dem einen erlaubt, ist dem andern verboten; das zeigt unsere Gewerkschaftsbewegung im Vergleich zur Innungsbewegung und den sonstigen Unternehmerverbänden. Diese können sich zusammenthun in Kongressen, Vereinen und Korporationen und politische Angelegenheiten erörtern, wir nicht.

Die von uns vorgeschlagene und von Stolle angefochtene Bestimmung, daß der Vorstand befugt sein soll über die aufgestellten Kandidaturen in den Kreisen ein Urtheil abzugeben, ist keineswegs überflüssig und kleinlich. Die Genossen am Ort können nicht immer wissen, ob der aufgestellte Kandidat auch das Vertrauen der Partei verdient und ob er schon etwas für die Partei gethan hat. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen war Kandidatenmangel, und es sollte ein Holzhändler als Kandidat aufgestellt werden, der nicht einmal unser Programm anerkannte. So etwas muß vermieden werden.

Der Wahl des „Berliner Volksblatt" zum Centralorgan haben wir keine Veranlassung entgegenzutreten. Die Genossen in der Provinz haben ja nicht die Verpflichtung, auf das Volksblatt zu

abonniren. Die Provinzialblätter können einfach sagen, der Parteivorstand hat im Centralorgan das und das veröffentlicht.

Es wird Schluß der Diskussion beantragt, aber abgelehnt.

Von einer Seite wird zur Geschäftsordnung bemerkt, es hätten schon 5—6 Berliner Genossen gesprochen, ohne weitere Momente anzuführen.

Vorsitzender Singer: Ich für meine Geschäftsführung kenne weder Berliner, noch andere lokale Genossen, sondern nur Mitglieder des sozialdemokratischen Parteitages. (Sehr richtig!) Jeder hat dasselbe Recht und kommt in der Reihenfolge zum Wort, in der er sich gemeldet hat.

Faber-Frankfurt-Lebus: Die Berliner haben sich 5- bis 6mal zu demselben Thema geäußert. Die einzelnen Kreise sollten sich verständigen und nur einen Redner wählen.

Vorsitzender: Darüber können wir hier doch unmöglich beschließen!

Jochem-Danzig: Ich bin der Ansicht, daß eine feste Organisation nicht geschaffen werden kann. Der Entwurf hat auf mich den Eindruck gemacht, als wenn er ein Statut eines Vereins wäre. Die sozialdemokratische Partei ist so mächtig, daß sie auch ohne eine eiserne Form bestehen kann. So war es nach dem Freiberger Prozeß und warum nicht nach dem Fall des Sozialistengesetzes? Soll aber eine feste Organisation geschaffen werden, so beantrage ich zu § 1, daß Jeder Parteigenosse ist, der für die Partei thätig ist. Die Parteigenossen werden zahlen, ob das hier steht oder nicht. In Bezug auf die Vertretung zum Parteitag bin ich für das Proportionalsystem. Was das Parteiorgan betrifft, so habe ich mich durch die Gründe Auer's für das „Berliner Volksblatt" umstimmen lassen. Ein eigenes Centralorgan würde keine hohe Abonnentenzahl haben und nicht gelesen werden. Ein Organ auch für Ost- und Westpreußen zu schaffen, wäre falsch. Ein Parteiorgan soll keine Agitationsschrift, sondern eine Zeitschrift sein, welche die Genossen auf dem Laufenden erhält.

Kandt-Rostock: Wir in unserer engeren Heimath können von dieser ganzen Organisation absolut keinen Gebrauch machen, abgesehen vielleicht vom Parteivorstand. Indessen, ich spreche hier auch für die Allgemeinheit; da meine ich, daß in § 1 unbedingt die dauernden Beiträge wegfallen müssen. Wer einen bestimmten Beitrag zahlt, muß nothwendiger Weise gebucht werden, und daraus würde der Staatsanwalt mit Leichtigkeit die Existenz eines Vereins konstruiren.

Redner schildert nun die bekannten politischen Zustände Mecklenburgs und erklärt, so pessimistisch geworden zu sein, daß es ihn nicht mehr wundern würde, wenn er es eines Tages erleben sollte, daß die Staatsanwaltschaft eine einzelne Person für einen politischen

Verein hält. (Oh!) In der Interpretation und Konstruktion sind die Herren sehr findig, dagegen sind wir Kinder. Deshalb theile ich Auer's Meinung, daß uns alles zu Schanden gemacht werden wird.

Wir haben den Organisationsentwurf nicht in öffentlichen Versammlungen berathen können, wie Sie, sondern nur privatim. Wir haben uns aber dahin geeinigt, daß es nicht gut ist, das „Berliner Volksblatt" als Centralorgan zu wählen. Ein solches Organ ist uns zu theuer; auch interessirt es uns nicht, zu erfahren, was der Schuhmacher Müller oder der Schneider Schulze in einer Berliner Versammlung geredet haben. Meine Freunde sind für ein wöchentlich dreimal erscheinendes, neues Centralorgan.

Meyer-Frankfurt a. M.: Ohne eine Organisation werden wir zu unseren Wählern nicht zurückkehren dürfen. Der vorliegende Entwurf ist aufgebaut auf dem System der Vertrauensmänner. Obgleich ich nun allen Respekt vor der Findigkeit der preußischen Staatsanwälte habe, so gestehe ich, daß es mir bis dato nicht vorgekommen ist, daß ein Vertrauensmann als politischer Verein erklärt worden ist. Ich bin also im Prinzip für den Entwurf. Das Wort „dauernd" im § 1 muß gestrichen werden. Weiter bin ich dafür, daß die Einberufung des Parteitages, mit Rücksicht auf die ländlichen Kreise, nicht vier, sondern sechs Wochen vor der Abhaltung des Parteitages im Parteiorgan publizirt werden muß. Gegen ein täglich erscheinendes Centralorgan ließe sich nichts einwenden, man wird aber neben demselben nicht noch ein Lokalblatt halten können, und insofern würde allerdings die Lokalpresse verdrängt werden. Niemand von uns will den Berliner Lokalklatsch lesen, der kann vollständig in Berlin bleiben. Wird aber das „Volksblatt" gewählt, so mag es in einem Bogen für die Provinz erscheinen, das Uebrige aber kann in Berlin bleiben.

Emmel-Aschaffenburg: Ich bin mit der Ausführung des Vorredners einverstanden. Nachdem wir wieder dasselbe Recht haben, wie die anderen Parteien, müssen wir auch danach trachten, möglichst ähnliche Organisationen, wie die Gegner sie haben, für uns zu schaffen. Wird uns dies verwehrt, so gewinnen wir der Regierung gegenüber ein Agitationsmittel, welches wir nicht unterschätzen dürfen. Ohne Organisation werden dann unsere Genossen mehr leisten, als mit einer solchen, denn sie werden sich enger zusammenschließen. Aber der Versuch muß wenigstens gemacht werden. Ich bin für die Fraktion als Kontrollkommission. Ein Ausschuß, in einer Stadt gewählt, würde viel parteiischer sein als die Fraktion, deren Mitglieder über ganz Deutschland verbreitet wohnen. Dazu kommt, daß die Fraktion, nach dem Vereinsgesetz, noch nicht als Verein gilt und einen großen Theil des Jahres in Berlin zusammen ist. Am Besten wäre es wohl, wenn die Presse Eigenthum der

Partei würde. Ich fürchte aber nicht, daß die Fraktionsmitglieder, selbst wenn sie Leiter von Blättern sind, aus persönlichen Gründen, in ungerechtfertigter Weise, gegen ein Blatt vorgehen würden. Gegen ein solches Gebahren würde sich sofort eine Opposition erheben und ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Ich habe keine Furcht, daß die Fraktion diktatorisch handeln könnte; denn nicht die leeren Formen machen die Demokratie aus, sondern der Geist der Demokratie, der in uns Allen lebt, muß den Ausschlag geben. (Bravo!) Das Centralorgan muß billig sein und möglichst verbreitet werden. Es wäre am einfachsten, wenn nur das Hauptblatt zu einem niedrigeren Preise nach außerhalb verschickt würde, die Berliner können auf die lokale Beilage besonders abonniren.

Schibolsky-Niederbarnim: Wir bitten Sie, dem zweiten Passus des § 4 folgende Fassung zu geben:

> Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl, mit Angabe ihrer genauen Adresse, sofort dem Parteivorstande mitzutheilen; in denjenigen Wahlkreisen, wo mehrere Vertrauensmänner in verschiedenen Orten gewählt werden, haben die gesammten Vertrauensmänner des Kreises aus ihrer Mitte einen Obmann zu wählen, der seine Adresse an den Parteivorstand abgiebt.

Die Debatte wird abgebrochen.

Bebel macht Vorschläge über die in die 25er Kommission zu wählenden Personen. Zunächst müßten alle diejenigen Richtungen in der Kommission vertreten sein, die hier während der Debatte ihre abweichenden Ansichten vertreten haben. Zweitens müßte Rücksicht genommen werden auf die verschiedenen Gegenden und Provinzen Deutschlands. Drittens müßten solche Personen gewählt werden, die auf Grund ihrer bisherigen Thätigkeit mit dem Organisationswesen genau vertraut sind. Viertens gehören in die Kommission einige Mitglieder der Fraktion, die theils durch ihre persönliche Stellung bei der Berathung in der Fraktion selbst, theils, wie Vollmar, außerhalb derselben sich veranlaßt sahen, gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. In der Fraktion selbst — ich verrathe kein Geheimniß — standen sich Auer und meine Person in wesentlichen Dingen und Anschauungen gegenüber. — Bebel schlägt nun fünfundzwanzig Namen vor, darunter drei Abgeordnete.

Außerdem werden noch weitere Namen vorgeschlagen.

Ein Antrag von Zubeil-Berlin, die Bebel'sche Liste en bloc anzunehmen, wird abgelehnt, nachdem Stolle darauf hingewiesen, daß damit die freie Willensmeinung der Abstimmenden beschränkt wird.

Auerbach wünscht, daß in die Kommission auch eine Frau, zum Beispiel Frau Ihrer, gewählt werde.

Die Wahl der Kommission wird nach dem Vorschlage des Vorsitzenden in derselben Weise, wie bei der Neunerkommission

morgen, vor Beginn der Sitzung, durch Stimmzettel erfolgen. Der Vorsitzende theilt schließlich auf Befragen mit, daß Dr. Rüdt vom Bureau nicht beauftragt worden sei, auf dem Kommerse im Namen der Partei zu sprechen.

Schluß 1 Uhr 26 Minuten.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. — Den Vorsitz führt Dietz.

Vor der Tagesordnung berichtet:

Pfannkuch, als Referent der Mandat-Prüfungskommission, über das Ergebniß der nochmaligen Prüfung der Krefelder Mandate. Die Kommission beantragt, das Mandat von Carl Wesch, der als alleiniger Kandidat gewählt ist, für giltig anzuerkennen, dagegen das des Genossen Lichtenberg, der in einer fünf Tage späteren Besprechung etlicher Genossen mit der Vertretung der Krefelder betraut worden ist, für ungiltig zu erklären.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen. Darauf setzt der Parteitag die Generaldiskussion über den Organisationsentwurf fort.

Gottschalk-Hamburg: Die Hamburger glauben darauf beharren zu müssen, daß ein dauernder Beitrag durchaus nothwendig ist, um die Zugehörigkeit zur Partei zu verbürgen. Wenn die Partei als solche prosperiren soll, muß sie Geld haben, und das kann sie doch nicht aus dem Aermel schütteln, es kann auch nicht von Einzelnen hergegeben werden. Was die Vertretung auf dem Parteitag anbetrifft, so würden die Hamburger auch mit zwei Delegirten zufrieden sein, da es für die Propaganda jedenfalls förderlicher ist, wenn die ländlichen Wahlkreise möglichst viel Vertreter entsenden. (Sehr gut!) Nehmen Sie auf 5000 Wähler einen Delegirten, dann würde Berlin deren 34 zu stellen haben. Was würde das der Partei nützen? Aus derselben Erwägung haben die Hamburger auch prinzipiell keine Abgeordneten gewählt; die Abgeordneten aber besitzen selbstverständlich unser Vertrauen nach wie vor. Wenn 15 Wahlkreise, oder die Unterschriften von 10 000 Parteigenossen als Voraussetzung für die Berufung eines außerordentlichen Parteitages hingestellt werden, so entsteht doch die Frage, wie sollen diese Unterschriften kontrollirt werden? Das ist einfach ein Unding. Die 15 Wahlkreise können ja bleiben, die Zahl ist besser als sechs oder sieben, wodurch es die Berliner leicht haben würden, einen Extraparteitag für sich einberufen zu lassen; die Bedingung der 10 000 Unterschriften aber wäre zu streichen. Daß der Parteitag die Höhe der Gehälter des Vorstandes festsetzt, wie die Berliner

Genossen beantragen, halten wir für unmöglich; das muß dem Ausschuß oder der Fraktion überlassen bleiben, die doch erst kontrolliren müssen, was für Arbeit erwächst. Dieser Parteitag kann das nicht übersehen; der nächste würde schon wenigstens annähernd dazu in der Lage sein. Die Kontrolle der Presse nehmen wir unbedingt für die Parteigenossen am Orte in Anspruch; im Falle einer Streitigkeit, ist der Ausschuß zur Entscheidung heranzuziehen. Einen solchen Ausschuß befürworten wir, und nicht etwa aus Mißtrauen gegen die Fraktion. Wir sind der Meinung, daß das Mißtrauen garnicht erst geweckt werden soll, daß wir die Fraktion vor solchen Anschuldigungen, inkorrekt zu handeln und dergleichen, bewahren müssen. Sonst sind wir eventuell auch dafür, daß der Vorschlag auf Einsetzung eines einzigen Ausschusses von zwanzig Personen mit einer aus sich heraus gewählten Exekutive von fünf Personen angenommen wird; wenn die fünfzehn andern, die kontrollirenden, zum Theil der Fraktion, zum Theil den Genossen des Parteitages entnommen werden, dann ist die Sache vollständig und glücklich geregelt. Der Vertrauensmännerfrage sollte nicht solches Gewicht beigelegt werden. Ein in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann kann als Person mit anderen Personen in Verbindung stehen, da ist keine geheime Verbindung festzustellen; er kann auch Agitation treiben, ohne der Geheimbündelei beschuldigt zu werden. Die Organisation muß so eingerichtet sein, daß es auch möglich bleibt, sie aufrecht zu erhalten; darum sollten wir Genossinnen nicht aufnehmen, weil das gegen das preußische Vereinsgesetz verstößt.

Theiß-Hamburg: In meiner Stellung zum Organisationsplan haben mir meine Schleswiger Mandanten völlige Freiheit gelassen; meine Ausführungen dazu mache ich auf Grund der von mir gesammelten Erfahrungen. Die gegen den Entwurf lautgewordene abfällige Kritik ist mir von allem Anfang an ziemlich überflüssig erschienen, da doch bei allen darüber stattgehabten Diskussionen die Für- und Gegengründe nicht so eingehend untersucht werden konnten, als hier, wo uns Auer's Vortrag erst das vollständige Material zur Verfügung gestellt hat. Danach haben sich auch meine Anschauungen in manchen Punkten berichtigt. In einem Hauptpunkte aber muß ich bei meiner Meinung bleiben; ich halte nach wie vor für ganz verkehrt, daß, wie bisher, die Fraktion die Parteileitung haben soll. Es ist für die Zukunft die ganz spezielle Aufgabe unserer Fraktion, sozial-reformatorisch im Reichstag vorzugehen; darauf wird sie ihre ganze Kraft zu verwenden und gar keine Zeit haben, auch noch das Kontrollamt mit zu versehen. Redner acceptirt den Berliner Vorschlag über die Bildung des Partei-Vorstandes, verlangt aber volle Organisationsfreiheit für die einzelnen Kreise. In Bezug auf die Parteipresse tritt er den Ausführungen des Referenten bei, und

giebt er dem Wunsche Ausdruck, daß die offiziellen Wochenblätter sich in Zukunft nicht mehr die Abonnenten wegzufischen suchen.

Auerbach-Berlin (zur Geschäftsordnung): schlägt vor, den Vormittags abgelehnten Vorschlag: Bebels Liste für die 25 er Kommission en bloc anzunehmen, nun doch zu acceptiren, da im andern Fall, das Wahlresultat erst Sonnabend festgestellt werden könne und die Verhandlungen sich bis in die nächste Woche hineinziehen würden. Nach kurzer Debatte für und wieder stellt der Vorsitzende Dietz die Unterstützungsfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und nachdem an Stelle der zurücktretenden Genossen Ehrhardt und Woldersky, die Frau Ihrer und Kandt-Rostock auf die Liste gesetzt sind, diese, entsprechend dem Antrag Auerbach, nun mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende theilt noch mit, daß auch Genosse Tölcke für die Kommission vorgeschlagen worden wäre, wenn man nicht bedacht hätte, daß dem alten Herrn die Anstrengung nicht gut thun würde. Tölcke werde aber eingeladen werden, der Kommission mit Rath und That, soweit angänglich, zur Seite zu stehen. (Bravo!)

Hierauf wird die unterbrochene Debatte wieder aufgenommen.

Schweer-Hamburg: Das Centralorgan muß ein täglich erscheinendes Blatt sein. Ich fürchte nicht, daß es deßwegen den Lokalblättern Konkurrenz machen wird. Erscheint es blos ein- oder zweimal in der Woche, so wäre der materielle Erfolg jedenfalls zweifelhaft und die Nothwendigkeit von Zuschüssen aus der Parteikasse wahrscheinlich. — Mein Wahlkreis hat mich beauftragt, hier dafür einzutreten, daß die Gehälter der festbesoldeten Vorstandsmitglieder vom Parteitag festgesetzt werden, nicht vom Parteivorstande. Man soll allen unangenehmen Eventualitäten aus dem Wege gehen; man soll nicht die Möglichkeit zulassen, daß gesagt werde, der Vorstand habe sich eine gute Besoldung angedeihen lassen. Auch dagegen müssen wir uns aussprechen, daß die Delegirten aus der Parteikasse Diäten beziehen sollen, wie beantragt ist; wir meinen, die Kosten für die Delegirten sollen einzig und allein von ihren Wahlkreisen aufgebracht werden.

Es sind 4 Schlußanträge eingegangen.

Liebknecht gegen den Schluß: Ich bitte Sie dringend, den Antrag abzulehnen. Der Entwurf ist schon vor Monaten vorgelegt worden, er ist in der Presse eingehend kritisirt worden; alle dort vorgebrachten Punkte müssen auch hier erörtert werden. Es ist behauptet worden, die Majorität, oder der Vorstand, wolle die Minorität vergewaltigen. Darum erst recht ist es nothwendig, daß Jeder zum Worte kommt, der an diesem Entwurf etwas auszustellen hat; denn es handelt sich hier um etwas, was auf längere Zeit für uns Gesetz sein soll. Ich warne davor, durch die Annahme des Schlußantrages auch nur den Schein zu erwecken, als

wollten Sie die Minorität vergewaltigen. Glauben Sie nicht, daß durch den Schluß die Debatte abgekürzt wird. Diejenigen, denen das Wort jetzt abgeschnitten wird, werden alles versuchen, später doch mit ihrer Meinung zum Worte zu kommen, und es wird bei ihnen ein Gefühl der Unbefriedigtheit zurückbleiben. Lassen Sie es nicht dazu kommen. Die Kommission kann ja glücklicherweise schon heute zusammentreten und die Arbeiten des Kongresses werden dann bis zum Ende der Woche erledigt sein.

Meister-Hannover für den Schluß: Man scheint doch ein rascheres Tempo zu wollen. Schließen wir nicht, so bekommen wir doch alle diese Reden nachher bei der Berathung des Kommissionsberichtes noch einmal. Von einer Vergewaltigung wird man nicht sprechen können.

Der Schluß der Diskussion wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Schlußwort erhält

Referent Auer: Dem Wunsche, daß wir uns bei unseren Verhandlungen größerer Objektivität befleißigen möchten, schließe ich mich aus vollem Herzen an; auch meine Sache ist es nicht, Gegensätze besonders herauszukehren und was uns versöhnt und bindet zurückzudrängen. Wie aber die Dinge gekommen sind, nachdem man seit Wochen und Monaten die Verfasser des Entwurfs in der rücksichtslosesten Weise angegriffen hat, dürfen sie dem Referenten es nicht verdenken, wenn er sich dagegen im Namen der Verfasser vertheidigte. Ich bin für durchaus sachliche, von jeder Gehässigkeit freie Verhandlung. Schlägt man mir gegenüber aber einen anderen Ton an, wie es thatsächlich geschehen ist, dann halte ich es damit, daß die beste Deckung der Hieb ist, und setze auf einen Schelmen anderthalbe! So habe ich dieses Mal gehandelt, so gedenke ich es auch in Zukunft zu halten. Liefländer beanstandete, daß ich einen Satz aus der gegnerischen Presse zitirt hätte, und meinte, was kümmern uns die Gegner. Gerade die Gegner in dieser Frage unter unseren Parteigenossen haben aber zuerst die gehässigsten Urtheile aus der gegnerischen Presse in ihre Organe aufgenommen, um zu zeigen, wie gefährlich der Vorschlag sei. Aber auch unsere eigene Presse hat Leistungen aufzuweisen, die weit über das erlaubte Maaß der Kritik unter Genossen hinausgingen. Ich bringe dafür einen ganz kurzen Beleg. Der Punkt wegen Festsetzung der Höhe der Gehälter ist doch gewiß so nebensächlich wie nur etwas; und gerade in diesem Punkte wurden die gehässigsten Angriffe laut und zwar gegen Personen, welche durch ihr ganzes Thun und Handeln über jeden Verdacht nach dieser Richtung hin erhaben sein sollten. Die „Dresdener Arbeiter-Zeitung“ enthielt in ihrer Nummer 102 vom 24. August einen „Der Organisationsentwurf“ überschriebenen Artikel, in dem gegen Bebel polemisirt wird. Da heißt es: „Wird

Herr Bebel es nicht zugeben, daß es für die Wirkung vollständig gleichgiltig ist, ob das Geld, über das man im Uebrigen frei verfügen darf, einem selbst oder Jemand anderem gehört? Besonders überzeugend klingt so etwas nicht, und dieses Rechthabenwollen um jeden Preis ist nur geeignet, einem Betrachtungen nahezulegen, wie etwa: Was wohl die Herren der Fraktion veranlaßt, sich an Rechte und Befugnisse, trotzdem sie ihnen, wie Auer sagt, selbst nicht angenehm sind, so krampfhaft anzuklammern." Dieser Satz stand, wie gesagt, in einem parteigenössischen Blatte. Er ist aber so gehässig, und unterstellt so ordinäre Motive für unser Handeln, daß der bösartigste Gegner ihn nicht schlimmer hätte schreiben können. Dagegen muß man sich doch wohl wehren. Schönfeld, der dem Blatte ja nahe gestanden hat, stimmt gewiß diesem Satze auch nicht zu. Dieser Genosse meinte, wenn die Fraktion zu dem Entwurf Motive veröffentlicht hätte, so wäre manches Schlimme unterblieben. Dem gegenüber möchte ich die Frage stellen: wenn es den kritisirenden Genossen wirklich nur um Aufklärung zu thun war, warum haben sie sich dann nicht bei den paar Leuten, auf denen seit Jahren die ganze Arbeit der Parteileitung lastet, nach den Motiven erkundigt, bevor sie diese beleidigenden Angriffe losließen? Solchen Vorwurf hat der Genosse Bebel wirklich am allerwenigsten verdient. Andere die Arbeit machen lassen, schwierigen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und dann vom „demokratischen" Kothurn herab den Kritiker spielen, das ist sehr billig. — Sie wissen, was die Gegner daraus gemacht haben; aus unseren Reihen selbst, ist, wenn auch ohne Absicht, der gegnerischen Presse das Material geliefert worden, von der Spaltung, von „Alten" und „Jungen," und all dem übrigen Unsinn zu reden.

Auf das Weitere gehe ich nicht ein; ich wünsche, daß die persönlichen Kämpfe beseitigt sind. Ich werde immer objektiv sein, wenn ich objektiv kritisirt werde; ich kann aber, wenn es mir nothwendig scheint und die Umstände es erfordern, so saugrob sein, wie irgend Einer. (Heiterkeit.) Dem Genossen Keßler, der sich wunderte, warum der Entwurf, trotz unserer Erfahrungen, gerade so ausgefallen sei, antworte ich: Weil erst diese Verhandlung hier vorausgehen mußte, ehe die Partei, die eine große Masse junger, mit den früheren Vorgängen unbekannter Elemente unter sich hat, sich schlüssig machen kann. Wir mußten uns erst im persönlichen Meinungsaustausch gegenseitig überzeugen, daß dies oder jenes nicht geht, was in den einzelnen Köpfen spukt. Das ist der Grund dafür. Die meisten von uns haben sich darüber nicht getäuscht, daß der Entwurf so, wie er ist, nicht angenommen werden kann. Hätten wir aber den Entwurf nach Keßler's Wunsch gestaltet und vorgelegt, dann hätte ich erst einmal die Kritik hören mögen! In Bezug auf die Partei-

beiträge sprach Stolle von Idealen, welche zur Bezahlung der Parteiagitation keinen Kurs haben. Er dachte dabei gewiß an das Wort des famosen Ritters Ofenheim von Pont Euxin: „Mit Idealen baut man keine Eisenbahnen!“ Womit ja Beide auch ganz recht haben.

Wegen des Centralorgans seien Sie ganz ruhig. Sie werden doch dahin kommen, es so zu machen, wie es der Entwurf vorschlägt; es ist der Zwang der Thatsachen, was uns dahin bringt. Wir können das Centralorgan nicht wieder herstellen nach früherer Weise, es sei denn, daß wir einen großen Theil unserer Parteigelder zur Deckung des Defizits verwenden wollen. Hamburg ist ja zweifellos der kräftigste Parteiort, den wir haben, er war es auch schon vor dem Sozialistengesetz. Und in demselben Hamburg, das einen relativ gut genährten und bezahlten Arbeiterstand hat, wo die Arbeiter auch wirklich etwas für ihre Partei hingeben, das 22 000 Abonnenten für sein Lokalblatt hatte, wo die Genossen stets auf der Centralisation und auf der Nothwendigkeit eines Centralorgans bestanden, in diesem Hamburg hatte der „Vorwärts“ in den zwei Jahren vor dem Sozialistengesetz einen fortgesetzten Rückgang zu verzeichnen. (Hört, hört!) Wollen Sie ein neues Centralorgan, das etwas anderes ist als die Wochenblätter, die wir schon besitzen, wollen Sie etwas Gediegenes und nur halbwegs den Wünschen der Genossen Entsprechendes — und wir dürfen doch keinen Schofel herausgeben —, dann kostet uns ein derartiges Organ solche Summen, daß Sie im nächsten Jahre, wenn wir die Rechnung vorlegen, sagen werden: Um Gotteswillen, bringt das Centralorgan wieder bei Seite! Niemand hat ein Interesse daran, es nicht zu schaffen; aber die Erfahrung lehrt: die Lokalpresse wird die große Zahl der Abonnenten haben und nur hier und da würde auch das Centralorgan gehalten werden. Werner sagte, die Berliner würden über das ihnen anzuthuende Unrecht raisonniren. Ja, das liegt bei uns im Blute. Vor dem Sozialistengesetz war es auch schon so: In Hamburg raisonnirte man auf das Lokalblatt und rühmte die „Berliner Freie Presse“; das sei ein Blatt, das habe Schneid und Courage; kam man aber nach Berlin, so hieß es dort: Ach, die „Freie Presse“, die hat zuviel Mängel, aber seht Euch mal das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ an, da liegt was drin! (Heiterkeit.) Als dann aber das Sozialistengesetz kam und beide Blätter verboten wurden, hätte man wohl zufrieden sein mögen, das eine oder das andere noch zu haben. Also mit dem Raisonniren auf die Blätter ist es nicht so gefährlich, wir thun das alle gern ein bischen, und es schadet auch nicht, denn es zeugt von Interesse an den Preßorganen. Im Uebrigen werden die Berliner Genossen voll und ganz zu ihrem Rechte kommen, soweit das Blatt für sie Lokalorgan ist und bleiben wird.

Thatsächlich muß ich noch den Genossen Liefländer berichtigen. Er sprach von großen Summen, welche das „Berliner Volksblatt“ für den Drucker Profit abwirft, er nannte 100 000 Mark. Das ist nicht wahr. Das Blatt hat schon immer der Partei recht gute Dienste gethan, seitdem es Ueberschüsse hat. Aber bis zur Einführung der Rotationsmaschine hat es nur ca. 10 000 Abonnenten gehabt; von diesen war die Gesammteinnahme ca. 110 000 Mark, dazu 20 000 Mark an Annoncen, macht 130 000 Mark. Daß man dabei nicht 100 000 Mark Profit machen kann, liegt auf der Hand. Uebrigens möge sich Herr Liefländer beruhigen; fett soll bei uns kein Buchdrucker werden. In Bezug auf seinen Vorschlag auf Gründung einer Genossenschaftsdruckerei will ich bemerken: Die alten Genossen, die bei unseren Genossenschaftsdruckereien ihre Erfahrungen gemacht haben, werden ein wenig Respekt vor der Gründung einer neuen besitzen. Wenn es am Platze ist, gründen wir wieder eine, aber so pressirt's nicht; ich habe auch noch immer Antheilscheine, welche nicht bezahlt sind. (Heiterkeit.)

Bezüglich der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Presse haben mich Vollmar und Keßler mißverstanden, wenn sie ausführen, nach meiner Darlegung solle schon ein einziger Artikel oppositioneller Natur genügen, diese Bestimmung in Kraft zu setzen. Ich habe sagen wollen: Es kann sehr wohl Blätter geben, die sich sogar radikaler aufspielen als unsere übrige Presse, und von denen wir alle trotzdem überzeugt sind, daß die Art und Weise, wie solche Organe wirken, der Partei schadet, und daß dieses radikale Gebahren von einer Seite und aus Gründen betrieben wird, vor denen wir alle Ursache haben, uns zu bewahren. Ich könnte Beispiele davon geben sowohl vor als unter dem Sozialistengesetz. Hier müssen wir vorkehren. Und so schlimm ist es doch mit meinem Despotismus auch nicht; ich verlange nicht im geringsten, der Parteivorstand solle den Censor spielen über die Presse; das ist einfach ausgeschlossen, wir würden dann ein halbes Dutzend Censoren brauchen. Aber erinnern Sie sich z. B. an die „Rothe Fahne“ Hasselmann's. Ist sie denn nicht zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um den Mittelpunkt abzugeben für die Bestrebungen, die kaum geeinte Partei wieder zu spalten, auseinanderzureißen? (Zwischenrufe: Volksfreund!) Aehnlich lag es mit dem „Volksfreund“, der viel radikaler war als das „Volksblatt“, und doch hat man davor gewarnt. Sie wissen, warum; man hat den Stöcker dahinter gewußt. — So war meine Aeußerung zu verstehen: Es muß ein Organ da sein, ob der Vorstand oder eine spezielle Kommission ist Nebensache, das in solchem Fall erklärt, die Partei hat mit dem Blatt nichts zu thun. Zu solchen Preßorganen sind häufig Mittel da, die nicht von den Parteigenossen gegeben werden; wir können das Fortbestehen solcher Blätter nicht hindern, darum müssen wir uns auf andere Weise schützen.

Damit bin ich fertig und will nur wünschen, daß die 25er-Kommission einen Entwurf ausarbeitet, der Allen so gut und praktisch vorkommt, daß er en bloc angenommen wird. (Beifall.)

Liefländer stellt richtig, daß er nicht gesagt habe, der Drucker des „Berliner Volksblatt" verdiene 100 000 Mark, sondern er habe alle Blätter gemeint, die als Parteiorgane in Berlin anzusehen sind, und zwar nach ihrer geschäftlichen Gestaltung in der Zukunft; auch habe er die Broschüren mit darunter verstanden, mit denen in Zukunft ein viel umfangreicheres Geschäft gemacht werden würde.

Der Organisationsentwurf mit sämmtlichen Anträgen geht an die 25er-Kommission, die sich sofort im Gartensaal konstituiren wird.

Vorsitzender Dietz: Es ist eine Anfrage an das Bureau gelangt, folgenden Inhalts: Im Nebensaale sind ein Berliner Regierungsrath und ein Regierungspräsident aus der Provinz Sachsen eingetroffen; ob sich da nicht etwas machen ließe? (Heiterkeit.) — Im Gegentheil, die Herren sind uns sehr willkommen und mögen uns aufmerksam zuhören und recht viel zu ihrem Nutzen von hier mit fortnehmen! (Heiterkeit und Beifall.)

Da Punkt 5 der Tagesordnung: „Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation" einstweilen zurückgestellt werden muß, wendet sich der Parteitag zu Punkt 6:

Das Programm der Partei.

Berichterstatter Liebknecht: Genossen! Ich habe hier keine Programmrede zu halten, sondern nur über das Programm der Partei zu reden und darüber, ob und inwieweit Abänderungen an demselben vorgenommen werden müssen. Unser Programm datirt vom Jahre 1875, vom „Einigungskongreß" her und ist ein Kompromißprogramm, wie man es mit Recht genannt hat. Das Wort „Kompromiß" soll hier beiläufig kein Tadel sein. Schon vor fast 20 Jahren schrieb ich: Alle historischen Vorgänge sind Ergebnisse von Kompromissen. Natürlich ist das Wort Kompromiß da in einem anderen Sinne gebraucht, als es jetzt meist geschieht, im Sinne des charakterlosen Aufgebens von Prinzipien. Der Satz hat insofern Geltung, als eine neue Weltanschauung sich niemals sofort fix und fertig verkörpern kann, sondern die alte und die neue eine Zeit lang nebeneinander bestehen, bis die neue die alte vollständig überwunden hat. Unser jetziges Programm war thatsächlich ein Kompromiß zwischen dem Programm der auf dem Boden der internationalen Arbeiterassoziationen stehenden „Eisenacher", und dem des nationalen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Den Mitgliedern des letzteren zu Liebe wurde bekanntlich z. B. der Lassallesche Vorschlag von den Produktivassoziationen aufgenommen. Dafür erklärten die Lassalleaner ihre Zustimmung zu den demokratischen Forderungen

und der internationalen Grundlage unseres Programms. Ich selbst hatte damals die Ehre, die Programmrede zu halten, und damals, wenigstens der Absicht nach, eine wirkliche, da es galt, ein neues Programm zu schaffen, und damals schon betonte ich die Unvollkommenheit des Programms und zeigte, daß es keineswegs ein endgiltiges sein könne, daß es aber ein Produkt der Verhältnisse und eine Nothwendigkeit sei, daß wir überhaupt niemals ein vollkommenes und endgiltiges Programm schaffen können, da die Wissenschaft stets voranschreitet — und daß die Partei sich demnach auch nicht einen papierenen Papst in Gestalt eines unfehlbaren Programms schaffen dürfe.

Kaum war das Einigungs-Programm Gesetz geworden, da wurden schon Abänderungen vorgeschlagen — und schon vor dem Sozialistengesetz wurden auf den Kongressen Anträge auf Revision gestellt, für welche sich allerdings im Fortschreiten unserer Entwickelung das Bedürfniß herausstellte. Man wollte namentlich die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe beseitigt wissen; außerdem wurden noch einige andere Punkte beanstandet, besonders der Satz: „Religion ist Privatsache", der schon in den siebziger Jahren eine ziemlich lebhafte Polemik hervorrief. Es wurden auch Beschlüsse gefaßt zu Gunsten der Revision — da kam das Sozialistengesetz und unsere Partei wurde von dem Boden der Theorie und wissenschaftlichen Entwickelung hinabgedrängt auf den Boden des Handelns, des Kampfes. Sie hat 12 Jahre zu kämpfen gehabt. In dieser langen Zeit ist auch hie und da der Ruf nach Aenderung des Programms erschallt, aber nur sehr vereinzelt, und stets ist er nur von solchen erhoben worden, welche an dem eigentlichen Kampfe, an diesem Kampf auf Leben und Tod, nicht theilzunehmen in der Lage waren. Wer solchen Kampf kämpft, kann sich nicht mit Programmfragen beschäftigen, — das haben sich alle Militenten (Kämpfenden) gesagt, die Masse der Partei wie die „Führer". Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes haben wir — und wiederholt auch ich — verschiedentlich dazu aufgefordert, die Partei möge in die Diskussion des Programms eintreten; aber der Aufforderung wurde so gut wie nicht entsprochen — nur von wenigen Genossen wurden einige vereinzelte und fast blos untergeordnete Fragen angestreift, zu einer eingehenden Erörterung, zu einer Diskussion des Programms kam es nicht.

Als wir nach langem Ringen so weit waren, daß wir — auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes — wußten, wir waren die Sieger, — auf dem Kongreß zu St. Gallen — wurde die Programmfrage wieder aufgeworfen und eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines revidirten Programms niedergesetzt. Diese Kommission bestand aus Auer, Bebel und mir. Wohlan, wir haben unsere Mission nicht erfüllt — wir müssen uns schuldig

bekennen. Unsere Entschuldigung ist: wir haben in den letzten zwei Jahren nicht die Zeit dazu gehabt. Und mit uns schuldig ist die ganze Partei, welche sich — trotz des gefaßten Beschlusses — und trotz eindringlicher Aufrufe im Londoner Parteiorgan, so gut wie gar nicht mit der Diskussion des Programms beschäftigt hat —. Wahrhaftig, aus sehr guten Gründen, denn gerade nach dem St. Gallener Kongreß begann in Deutschland eine politische Krisis, welche mit dem Falle Bismarcks geendigt hat. Unsere Feinde hatten sich überzeugt, daß die Ausnahmegesetzgebung verfehlt, das Sozialistengesetz eine unwirksame Waffe war. Aber es beseitigen, das wollte Bismarck nicht, sonst beseitigte er die Basis seiner Macht: das Gewalt- und Willkürregiment; — er wollte ein verschärftes Gesetz verlangen, da er, in der eigenthümlich-beschränkten Denkweise, in der er befangen war, sich dem Glauben hingab, durch äußerste Steigerung der Polizeiwirthschaft, durch äußerste Steigerung des Druckes, schließlich doch unser Herr zu werden. Der berüchtigte Expatriirungsvorschlag kam; man wollte die „Führer" der Sozialdemokratie aus dem Lande jagen. Da nahm der Kampf zwischen uns und dem Polizeiregiment verdoppelte Kraft an; wir hatten zu ringen mit Anspannung jedes Nervs. Wir entlarvten die Lockspitzel; wir stellten unsere Feinde vor der Welt an den Pranger; wir erfochten Sieg auf Sieg; doch nach jeder gewonnenen Schlacht wurden wir in neue Kämpfe getrieben, und bis zum 1. Oktober haben wir nicht die Zeit gehabt, auch nur einen Moment auszuruhen, geschweige denn, daß wir Muße gehabt hätten, ein neues Programm berathen zu können. Das neue, das heißt, das revidirte Programm, muß auch der Partei würdig sein. Darum, weil dies Muße erheischt, mußten wir uns auch gegen den Vorschlag erklären, gleich hier und jetzt eine Kommission zur Revision des Programms niederzusetzen. Die Kommission hätte aus den tüchtigsten Kräften des Parteitages bestehen müssen; diese wären dem Kongreß verloren gegangen, und in den 7 oder 8 Tagen, die wir zusammen sein werden, hätte man nur hastig ein Programm improvisiren können, dessen genaue Durchdenkung und Durcharbeitung einfach unmöglich gewesen wäre.

Ich gehe nun auf die einzelnen Punkte unseres Programms ein und werde diejenigen herausgreifen, bei denen die Kritik eingesetzt hat, und diejenigen bezeichnen, welche als besonders revisionsbedürftig erscheinen; ich werde dann eine Resolution vorschlagen, dahin gehend, daß der Parteivorstand beauftragt wird, dem nächsten Parteikongreß einen Revisionsentwurf vorzulegen und diesen drei Monate vor dem Zusammentritt des Parteitags zu veröffentlichen und der allgemeinen Diskussion zu übergeben, damit die Partei Zeit hat, sich schlüssig zu machen. Das Programm der Partei muß die Kollektivarbeit sämmtlicher Parteigenossen sein, und Jeder

wird mir beistimmen, daß eine solche Arbeit früher, in der Zeit des Kampfes, nicht gethan werden konnte.

Es ist zunächst Anstand genommen worden an dem Namen unserer Partei: sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Schon auf dem Einigungskongreß ist darüber viel gesprochen worden, aber damals war man einhellig der Meinung, dieser Name sei der passendste. Es wurde ausgeführt, daß jede sozialistische Partei nothwendig eine demokratische sein muß. Und der Ausdruck „Arbeiterpartei“ ward gewählt, weil wir von der Arbeiterklasse als solcher die Durchführung dieses Programms erwarten. Wir wissen ja, daß edeldenkende, erleuchtete Männer aus den sog. „höheren“, herrschenden Klassen an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse theilnehmen; aber das sind Ausnahmen, die Masse dieser „höheren“ Klassen ist aus Klassenbewußtsein und Klasseninteresse uns feindlich —, der Befreiungskampf der Unterdrückten kann also nur von der Arbeiterklasse geführt werden. Darum glaube ich, wir werden es bei dem alten Namen belassen, wie wir auch in dem Entwurf der Fraktion ihn beibehalten haben.

Das Programm selbst besteht nun aus einem allgemeinen und einem besonderen Theil. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine solche Trennung manche Bedenken hat, und sie wird in der That von der niederzusetzenden Kommission oder dem künftigen Vorstand, falls dieser mit dem Entwurf betraut wird, nicht aufrecht erhalten werden können.

Dem allgemeinen Theil, die Erklärung der Parteiprinzipien betreffend, ist der Stempel des Kompromisses scharf aufgedrückt; ihm fehlt vielfach die wissenschaftliche Präzision, welche ein Programm unserer Partei unbedingt haben sollte — das Programm einer Partei, die sich mit Recht als die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus bezeichnet.

Nehmen wir die einzelnen Punkte:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur.

Prinzipiell ist der hier ausgedrückte Gedanke vollkommen richtig. Trotzdem ist die Fassung neuerdings angegriffen worden; es ist gesagt worden: Die Arbeit ist nicht die alleinige Quelle des gesellschaftlichen Reichthums, auch die Natur hilft ihn schaffen, sie ist gewissermaßen — so hieß es wörtlich — die Mutter, und die Arbeit der Vater des Reichthums. Wer das gesagt hat — und diese irrige Ansicht ist wiederholt aufgetaucht — hat — ganz abgesehen von der Sonderbarkeit, die weibliche Arbeit zum Vater zu machen — nur ausgesprochen, was die flache, bürgerliche Nationalökonomie schon lange vorher ausgesprochen hat; französische Nationalökonomen haben, gegenüber der klassischen englischen Nationalökonomie, welche nur die Arbeit als Schöpferin der Werthe kennt, die Natur ein-

geschmuggelt. Natürlich stehen wir nicht außerhalb der Natur; natürlich giebt es keine Arbeit ohne Natur; der arbeitende Mensch ist selbst ein Stück Natur, wie die Luft, die der Arbeiter athmet, wie die Erde auf der er steht — das alles versteht sich von selbst und braucht nicht gesagt zu werden. Die Natur, als Natur, schafft eben keine Werthe, keine Werthe im nationalökonomischen Sinne. Wie viele Menschen würden sich in der Natur ernähren können ohne menschliche Arbeit? Was wollen die paar Beeren des Waldes besagen? Und nicht ein Mensch wäre im Stande, unseren Winter zu überdauern. Dem, der diesen eigenthümlichen Vorschlag gemacht hat, will ich die Nationalökonomie Roscher's empfehlen; der hat sogar noch einen zweiten Vater oder eine zweite Mutter entdeckt, nämlich das Kapital, sodaß erst die Dreieinigkeit: Arbeit, Natur, Kapital, den Reichthum erzeugen soll. Und das Manchesterthum sagt ja auch: Arbeit ohne Kapital ist nichts; allein, was ist denn das Kapital? Produkt der Arbeit! Also kommen wir immer wieder zur Arbeit, als der Quelle alles Reichthums, zurück.

Ferner hat man gemäkelt an dem Worte „Reichthum". Ob es ganz glücklich gewählt ist, will ich nicht diskutiren; es paßt nicht ganz, weil es ja auch einen andern Sinn giebt und leicht Anlaß zu Mißverständnissen werden kann. Es ist die Uebersetzung des englischen wealth, — gleichen Ursprungs wie das deutsche „Gewalt" — wealth of nations — Nationalreichthum, Reichthum der Nationen, und in diesem wissenschaftlichen Sinn ist das Wort hier durchaus richtig gebraucht. Jedenfalls ist der jüngst vorgeschlagene Ausdruck „Wohlbefinden" gewiß nicht besser; denn er drückt die Sache durchaus nicht aus und bringt uns von dem wissenschaftlichen Gebiet der Nationalökonomie ab. Ein unglücklicherer Ersatz konnte nicht leicht angerathen werden.

Wenn wir sagen: nicht bloß der gesellschaftliche Reichthum ist Produkt der Arbeit, sondern auch alle Kultur, so ist das ebenfalls durchaus richtig. Die Kultur ist nicht vom Himmel heruntergefallen, nicht geschaffen durch irgend ein Wunder, nicht das Werk einiger Leithammel, die nach einer gewissen Theorie von irgendwo hergekommen sind; nicht den sogenannten „großen" Männern, nicht den Propheten verdanken wir die geschichtliche Entwickelung; sie ist die Kollektivarbeit der gesammten Menschheit. Keine Kraft kann nach dem Naturgesetz verloren gehen; gerade die kleinsten Lebewesen haben die größte schöpferische Thätigkeit entfaltet und thun das fortwährend in dem Organismus der Welt, während die großen Lebewesen, die Löwen, Tiger und sonstigen Raubthiere eine höchst überflüssige Thätigkeit ausüben. So trägt auch die Arbeit der Kleinsten bei zur Erhöhung des Kulturniveaus; sie bildet einen Theil der gesammten gesellschaftlichen Arbeit, und ohne diese Collectivarbeit der Millionen und Abermillionen würde der Mensch

nichts sein, oder ein Thier — wie denn der Mensch überhaupt nur Mensch ist in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft — durch seine und seiner Mitmenschen Arbeit und die Arbeit der tausende von Menschengeschlechtern, die vorausgegangen sind,

„und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

Auch hier stoßen wir auf einige nicht wissenschaftlich präzise Wendungen. Es ist falsch, jedenfalls mißverständlich, daß das gesammte Arbeitsprodukt nach gleichem Recht allen Mitgliedern der Gesellschaft gehört. Der Gesellschaft gehört es, aber „nach gleichem Recht allen Gliedern", das ist wenigstens unklar ausgedrückt. Bei der genossenschaftlichen Produktion wird es nicht möglich zu machen sein, das Arbeitsprodukt jedem Einzelnen individualistisch, in mechanisch gleichen Theilen, zu Gute kommen zu lassen; da würden wir ganz anachronistisch auf dem Boden des Individualismus zurückkehren. Hier müssen wir die sozialistische Organisation der Gesellschaft in Produktion und Konsumtion betonen. Die mechanisch gleiche Vertheilung der Produkte oder des Arbeitsertrags ist eine Unmöglichkeit. — Die „allgemeine Arbeitspflicht" ist dagegen unbedingt ausgesprochen. Die Arbeitspflicht besteht, während das sogenannte „Arbeitsrecht" oder „Recht auf Arbeit" ein sehr problematischer Begriff ist. Die menschliche Arbeit ist eine Pflicht; die Arbeit ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck; wir leben nicht um zu arbeiten, sondern wir arbeiten um zu leben. Ohne Arbeit können wir nicht leben; deshalb hat die Gesellschaft das Recht, jedem Mitglied die Arbeit als Pflicht aufzuerlegen. —

Viel ist gespottet worden über die „vernunftgemäßen Bedürfnisse"; hier wird die Kommission eine etwas glücklichere Fassung zu wählen haben.

„In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen."

Im Wesentlichen ist auch dieser Gedanke richtig. Ein neuerdings erhobener Einwand richtet sich gegen den Ausdruck „Arbeiterklasse", für den man, angeblich „schärfer", „Proletariat" setzen will. Das wäre aber eine bedeutende Verschlechterung; es wäre nicht nur nicht richtiger, sondern ganz unrichtig und völlig unwissenschaftlich. Der Kampf, welcher gekämpft wird, ist ein Klassenkampf; es ist nothwendig, gerade diesen Klassencharakter des Emanzipationskampfes

zu betonen; zu konstatiren, daß die Klasse der Arbeiter gegenübersteht der Klasse Derer, welche das Monopol der Arbeitsmittel besitzen. Und um so nothwendiger ist dies, als gerade in unserer Partei in Bezug hierauf vielfach irrige, unwissenschaftliche Ausdrücke gebraucht werden. Man spricht zum Beispiel vom Arbeiterstand. Den giebt es nicht. Es giebt in der modernen Kulturwelt blos eine Arbeiterklasse. Man hat die Arbeiter den vierten Stand genannt; der Ausdruck konnte gebraucht werden vor Jahrzehnten, heute kann von einem vierten Stand nicht mehr geredet werden — es giebt keinen. Der Ausdruck ist dem französischen tiers état, dem dritten Stand, nachgebildet; der „dritte Stand" in Frankreich aber war das gesammte Volk — 25 Millionen — mit Ausnahme von einigen hunderttausend Geistlichen und Adligen; in diesem dritten Stand, das heißt an 25 Millionen, mit Ausnahme der Geistlichen und des Adels, war das Proletariat, das Handwerkerthum, das Kleinbürgerthum, die Bourgeoisie enthalten. Nachdem der dritte Stand zur Herrschaft gelangt war, hat der Kampf der Stände sein Ende erreicht, und der Klassenkampf hat begonnen. Der Begriff der Stände ist mittelalterlich; mit dem Untergang der Stände endete auch das Mittelalter. Von dem Augenblick an, wo die französische Ständeversammlung, die Generalstaaten, sich zur französischen Nationalversammlung erklärten, gab es keine Stände mehr, keinen dritten, noch weniger einen vierten Stand; da begann die Trennung der Gesellschaft in die Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden, derer, welche die Arbeitsmittel haben, und derer, welche für die Besitzer der Arbeitsmittel arbeiten müssen. In England, wo die ökonomische Entwicklung rascher vor sich ging, ist der Ausdruck „Klasse" schon weit früher gebraucht worden. Im Interesse der Präzision wird also der Ausdruck „Arbeiterklasse" beizubehalten sein. Für den Ausdruck „Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen" ist vielleicht eine genauere und weniger allgemeine Fassung möglich.

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtheit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages."

In diesem dritten Absatz wird es nöthig sein, die Ziele unserer Partei schärfer zu formuliren, schärfer hervortreten zu lassen, wie es nothwendig ist, die kapitalistische Produktion durch die genossenschaftliche zu ersetzen, wie überhaupt eine wissenschaftlichere schärfere Formulirung der Ziele, welche wir verfolgen, nothwendig erscheint.

Es ist neuerdings vielfach daran Anstoß genommen worden, daß unser Parteiprogramm die Grund- und Bodenfrage nicht ausdrücklich erwähnt. Ich kann hierzu nur bemerken, daß wir auf

dem Gothaer Einigungskongreß von der Annahme ausgingen, die Erde, der Grund und Boden, sei ein Arbeitsmittel, und daß in der Erklärung, die Arbeitsmittel müßten Gemeingut der Gesellschaft werden, die Proklamirung des Grund und Bodens zu gesellschaftlichem Eigenthum schon eingeschlossen sei. Dem Wunsche, diese unsere Stellung noch besonders zu betonen, ist eine gewisse agitatorische Berechtigung nicht abzusprechen. Falsch aber ist die Behauptung, daß die Grund- und Bodenfrage für uns erst seit Kurzem aufgetaucht sei. Schon 1868 stand für uns die Frage auf der Tagesordnung. Im Leipziger Hochverrathsprozeß finden Sie massenhaft darauf bezügliche Zitate von uns, welche als Glieder in der Beweiskette des angeblichen Hochverraths gegen uns verwerthet wurden. Im Jahre 1869 bereits wurde auf dem Baseler internationalen Kongreß unzweideutig von uns Stellung dazu genommen. Im Auftrage unserer Partei, die mich nach Basel delegirt hatte, sprach und stimmte ich damals für die bekannte Resolution, welche die Erklärung des Grund und Bodens zu Gemeingut forderte. Aufs Heftigste deswegen angegriffen, fand ich mich mit Bebel veranlaßt, in verschiedenen Vorträgen unseren Standpunkt zu rechtfertigen; ich hielt u. A. einen Vortrag, der als Broschüre veröffentlicht und zu der Schrift: „Zur Grund- und Bodenfrage" erweitert ward. In dieser Schrift führte ich beiläufig u. A. auch aus, kein größerer Fehler könne von unserer Partei begangen werden, als die letzten Ziele nicht auszusprechen, — wir müßten stets ganz und rückhaltlos sagen, was wir wollen, das sei ehrlich und zugleich die beste Politik. Und das erwies sich in diesem Fall auch als taktisch richtig. Zuerst entstand ein allgemeines Halloh, man wollte uns die Bauern und Landarbeiter auf den Hals hetzen; da haben wir den Stier bei den Hörnern gefaßt und nachgewiesen, daß das, was wir wollen, schon heute für neun Zehntel aller Grundbesitzer, sogenannte Bauern, von größtem und unmittelbarem Vortheile wäre. Dies jetzt weiter und eindringlicher der Landbevölkerung durch Schriften und Agitation klar zu machen, wird von nun ab eine der wichtigsten Aufgaben für uns sein.

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind."

Genossen! An der Richtigkeit des ersten Theils dieses Satzes ist nicht zu zweifeln — die Arbeiter sind die Unterdrückten und Ausgebeuteten — und die Unterdrücker und Ausbeuter werden ihre Opfer sicherlich nie freiwillig befreien. Mit Bezug auf den zweiten Theil hat man uns aber den Vorwurf gemacht, einen „radikalen" Beschluß gefaßt zu haben, den wir gar nicht ausführen können und der obendrein nicht ganz richtig sei. Wir seien z. B. genöthigt, mit der bürgerlichen Demokratie ein großes Stück Weges zusammen,

theilweise Hand in Hand, zu gehen. Ja, in manchen Fragen der bürgerlichen Freiheit ist allerdings ein Theil des Bürgerthums, bis zu einem gewissen Grade, mit uns einverstanden; da aber, wo es gilt, das von allen anderen Parteien scharf abgegrenzte Wesen unserer Partei zu bethätigen, wo das revolutionäre Ziel unserer Partei scharf zu Tage tritt, da zeigt sich sofort die Richtigkeit des Satzes, da sind alle übrigen Klassen uns gegenüber eine reaktionäre Masse, da sind sie die eine Klasse der Besitzenden, und in den historischen Momenten, wo das Proletariat handelnd auf der Weltbühne erscheint, offenbart sich in grellster Beleuchtung die Wahrheit des Satzes. Als wir 1871 uns mit der Kommune solidarisch erklärten und sagten, die Kommunarden sind nicht Blutmenschen, nicht Verbrecher, sondern edle Menschen, die für das Beste der Menschheit streben und wirken, und als wir nach dem Falle der Kommune die Sache der Besiegten und mit Koth Beworfenen vertheidigten, hatten wir damals auch nur die geringste Unterstützung durch die fortschrittliche und demokratische Presse? „Frankfurter Zeitung“ und „Kreuzzeitung“ griffen uns gleich heftig an; nur ein Blatt, die allerdings erst etwas später erschienene „Wage“ meines Freundes Guido Weiß hatte die Mannhaftigkeit, für uns und die Kommune eine Lanze zu brechen.

In Deutschland liegen die Dinge eben so, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade gar nicht vermieden werden kann. Hätten wir englische Zustände, das heißt eine ganz scharfe Abgrenzung der Klassen — hätten wir das Bürgerthum als direkt herrschende Klasse, dann könnte natürlich von einem Zusammengehen nicht mehr die Rede sein. Aber wir sind in Deutschland in einer eigenthümlichen Lage. Unser Bürgerthum ist zu feig, zu unentwickelt gewesen, um seine bürgerlich-demokratischen Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen, welche in England und Frankreich Gesetz geworden sind, hat unser Bürgerthum nicht zu verwirklichen vermocht; es hat, mit geringen Ausnahmen, jetzt auch auf dieselben verzichtet, und so ist es denn bei uns die Aufgabe der arbeitenden Klassen geworden, das, was das Bürgerthum in seiner Feigheit versäumt hat, nachzuholen, auch diese Arbeit zu verrichten und neben unseren sozialistischen Forderungen auch für die Forderungen der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen — eine Lage, die unsere Arbeit vermehrt, aber unsere Position günstiger macht. Es wird sich also auch hier möglicherweise eine etwas schärfere Formulirung als nothwendig und zweckmäßig ergeben.

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch

Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."

Hier komme ich an einen Punkt, der weniger für Sie, als für die uns zuhorchenden Gegner erklärt werden muß. Im ursprünglichen Programm stand „mit allen gesetzlichen Mitteln". Dieses „gesetzlich" haben wir in Wyden gestrichen. In Folge dessen hat man uns vorgeworfen, wir hätten uns damit einfach auf den Boden der Gewalt gestellt. Nichts kann falscher sein, als diese Behauptung. Die Partei hat gethan, was die Pflicht der Selbsterhaltung und ihre Würde ihr geboten hat. Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des Gesetzes, außerhalb des gemeinen Rechts gestellt; da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen, oder wir mußten thun, was wir gethan haben, — erklären: wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existiren, wir existiren aber, und wollen existiren, und deshalb müssen wir, dem Gebot der Selbsterhaltung folgend, dieses Gesetz brechen, untergraben, zerbrechen — und das können wir doch nicht „gesetzlich", d. h. auf dem Boden eben dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die nothwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz: es war zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt. (Stürmischer Beifall.)

Ob es sich empfiehlt, das Wort „gesetzlich" wieder aufzunehmen, ist eine Frage der Erwägung für die Kommission oder die Revisoren. Ich lege dieser Frage nicht die geringste Bedeutung bei. Der Charakter des Programms ist klar auch ohne dieses Wort. Aber wir leben in merkwürdigen Zeiten. Die Welt ist vielleicht niemals so im Fluß gewesen, wie jetzt. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren wunderbare Ueberraschungen erlebt, und die Zeit der Ueberraschungen ist noch nicht vorüber; — wer weiß, wie lange für uns der Sonnenschein dauern wird, wie bald aus der Sammetpfote wieder die Kralle hervorbricht! Zum Glück sind wir gewappnet, wir haben die gute Rüstung aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes und alle Kampfmittel und Waffen jener Kampfzeit noch heute zur Verfügung, — und auch manches Kampfmittel, von dem wir noch keinen Gebrauch gemacht haben. Es hängt von der weiteren Entwicklung der Dinge ab, wie wir uns zu dem Wörtchen „gesetzlich" zu stellen haben.

Dann kommt hier noch ein Ausdruck, welcher zu mancherlei Bedenken Anlaß gegeben hat: „der freie Staat." Die bisherige Fassung „freier Staat" und „sozialistische Gesellschaft" wird sich schwerlich aufrecht erhalten lassen. Besser wäre vielleicht: „Die sozialistische Gesellschaft im freien Staat." — Man wird aber sagen,

— und man hat es gesagt — die sozialistisch organisirte Gesellschaft ist **gar kein Staat mehr.** Der ganze Staatsbegriff ist ein reaktionärer Begriff; es liegt in der ganzen Natur des Staates, daß er zu einer selbstständigen Macht wird, die sich gegen das Volk richtet. Der heutige Staat mit der von ihm eingeschlossenen Gesellschaft läßt sich mit einem Krebse vergleichen. Der Krebs hat eine feste Haut, die sich wie die Schale, zur Kruste verhärtet, und den weichen Körper, die von der Kruste umpanzerte Masse am Wachsthum hindert, und durch eine Revolution gesprengt, beseitigt werden muß, damit der Körper wachsen kann; die Gesellschaft ist der Körper, der Staat die Kruste. — Genug, ich lasse die Frage, ob das Wort „Staat" beseitigt werden muß, offen. Es ist Sache der Theoretiker, welche unsere Forderungen wissenschaftlich zu formuliren haben, dies klarzustellen. Wir kommen hier noch zu einem Ausdruck, der zu Ausstellungen Anlaß gegeben hat: „ehernes Lohngesetz." Ein ehernes Lohngesetz, das mußten wir uns schon in Gotha sagen, existirt thatsächlich nicht. Das sogenannte „Gesetz" ist der Bourgeois-Nationalökonomie entnommen; der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt. Er hat etwas Greifbares, Anschauliches, allein, wissenschaftlich richtig ist er nicht. Wenn es ein ehernes Lohngesetz gäbe, wenn der Lohn auf das absolute Minimum herabgedrückt werden könnte, dann wäre es ja nicht möglich, daß in einem und demselben Lande in einer und derselben Branche ganz verschiedene Lohnzustände wären. Doch ich kann hier nicht tiefer in die Frage eingehen, die einen besonderen Vortrag erheischen würde. Schon Marx hat das eherne Lohngesetz für eine „**ökonomische Fiktion**" erklärt. Es muß daher, meines Erachtens, eine präzisere Formel gewählt werden, die die Natur des heutigen Produktionsprozesses, und die systematische Ausplünderung des Arbeiters, welche er bedingt, umfassend und klar zum Ausdruck bringt.

„**Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt, und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.**"

Diese Gedanken sind wohl von unanfechtbarer Richtigkeit. Keiner, der für den internationalen Gedanken noch so sehr begeistert ist, wird sagen, wir haben keine nationalen Pflichten. National und international sind keine Gegensätze. Man muß blos das Wort „national" richtig auffassen. Es handelt sich nur um einen bestimmten, abgegrenzten Theil der internationalen Menschheit. Der Theil gehört zum Ganzen. Und „international" heißt blos, über die Grenzpfähle der Nation, des engeren Vaterlands hinausgehend,

den Horizont über das Ganze erweitern, die Menschheit als eine Familie, die Welt als Heimath betrachten. So richtig die Gedanken, so stilistisch ungeschickt ist die Formulirung — was theilweise die Folge des Kompromisses ist, der zwischen der mehr internationalen Auffassung der „Eisenacher" und der mehr nationalen der Lassalleaner abgeschlossen werden mußte. Die Betonung des nationalen und internationalen Standpunktes neben einander wäre sonst kaum für nöthig erachtet worden.

Mit dem allgemeinen Theil des Programms bin ich nun zu Ende, und ich fasse das Gesagte dahin zusammen, daß derselbe unter allen Umständen gründlich umgearbeitet werden, und daß auch für die an sich richtigen Gedanken eine präzisere, den Anforderungen der Wissenschaft mehr entsprechende Form gefunden werden muß.

Nun kommt das engere Programm, welches seinerseits wieder in einen weiteren und engeren Theil zerfällt. Zunächst der weitere:

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes."

Wir zählen heute 1890. Vor fünfzehn Jahren — 1875 — wurde dieser Punkt als Hauptkonzession an die Lassalleaner aufgefaßt. Die Einigung war da, aber noch nicht die Verschmelzung. Diese ist inzwischen erfolgt. Die beiden Ströme, die wie bei Mainz Main und Rhein, noch eine Weile, dem Auge unterscheidbar, verschieden in Diesem und Jenem, nebeneinander herliefen, haben sich nach der Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher so rasch in Eins verschmolzen, und die wissenschaftliche Fortentwicklung unserer Partei hat auch unter den ehemaligen Lassalleanern die volle Klarheit gebracht, daß mit Produktivgenossenschaften und Staatskredit, mögen sie noch so sehr mit demokratischen Garantieen verbrämt werden, die soziale Heilung nicht bewerkstelligt, die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische nicht bewirkt werden kann; daß die dem Lassalle'schen Vorschlage zu Grunde liegende Auffassung vielleicht dem noch etwas primitiven Zustande des deutschen Großkapitalismus aus der damaligen Zeit entsprochen haben mag, aber heute, bei der kolossalen Entwicklung unserer Industrie, absolut unzulänglich erscheint und das Lächeln jedes Großkapitalisten hervorrufen muß. Und auch kein Arbeiter, der vom modernen Industrialismus eine Ahnung hat, kann sich derartigen Illusionen noch hingeben. Hören wir weiter:

„Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß

aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht."

Sie sehen hier die ganze Naivetät der Auffassung, welcher damals noch Rechnung getragen werden mußte. Man konnte noch denken: der Staat stellt sich über die Klassen, er impft der heutigen Gesellschaft den Sozialismus ein, oder, anders ausgedrückt — er treibt den Keil des Sozialismus vermittelst solcher Genossenschaften in die heutige kapitalistische Gesellschaft und sprengt sie dadurch auseinander. Der heutige Staat ist aber ein Klassenstaat und muß es sein, so lange er nicht sozialistisch ist. Und die bürgerliche Gesellschaft geht nicht par ordre du moufti, nicht durch einen Ukas von oben zu Grunde, sondern durch ihre eignen Widersprüche und durch ihre Gemeinschädlichkeit, und durch unsere Thätigkeit — sie wird mehr und mehr zur ökonomischen Unmöglichkeit; sie muß in klassischer Form schließlich einen Selbstmord begehen, indem sie die Grundlagen ihres Seins zu zerstören genöthigt ist, und sie hat sich obendrein selber in den Proletariern die eigenen Todtengräber herangezogen. Mehr kann man nicht verlangen!

Auf alle Fälle muß dieser Programmpunkt entweder gestrichen oder vollständig umgestaltet werden.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde."

Diese, sozusagen selbstverständliche Forderung hat auch noch heute ihre volle Bedeutung für uns und bedarf keiner Erörterung. Ich habe nur auf eins aufmerksam machen wollen. Es ist in der neueren Zeit wieder die Nothwendigkeit betont worden, in unserem Programm die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, und so hat man vorgeschlagen, hier ausdrücklich zu erklären, daß auch die Frauen das Stimmrecht haben sollen. Diese Frage wurde schon auf dem Einigungskongreß behandelt. Damals wurde nun das Wort „Staatsangehörige" gewählt, im Gegensatz zu dem im Eisenacher Programm befindlichen Wort „Männer", blos um ein Wort zu haben, welches sowohl Frauen als Männer umfaßt, also die Gleichberechtigung in sich schließt. Wohlgemerkt: es heißt Staatsangehörige, nicht Männer. Ob es sich nun aber nicht doch empfiehlt, in direkter, positiver Form die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, das gebe ich den künftigen Revisoren anheim. Nothwendig ist es nicht; denn wenn die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung aller Menschen will, so versteht sich die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne einfach von selbst.

Für die Sozialdemokratie giebt es überhaupt keine Frauenfrage, die Frauenfrage ist in der sozialen Frage einfach inbegriffen; sie ist ein Theil der sozialen Frage, die mit der Umgestaltung der heutigen Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse von selbst gelöst wird.

Daß der Wahl- und Abstimmungstag ein Sonn- und Feiertag sein muß, wie es weiter im Programm heißt, ist so selbstverständlich, daß ich darüber kein Wort sagen will.

Im Anschluß an diese Forderung ist nun eine andere vorgeschlagen worden, die unter allen Umständen in das Programm aufzunehmen ist: das proportionale Wahlsystem. Die Sozialdemokratie hat gegenwärtig, im Verhältniß zu ihrer Stimmenzahl, eine viel geringere Vertretung im Reichstage, als die anderen Parteien; etwa nur ein Drittheil so viel als z. B. das Centrum, das, obgleich seine Wählerzahl der unsrigen nachsteht, doch dreimal so viel Abgeordnete hat. Das ist eine flagrante Ungerechtigkeit, der in gründlichster Weise durch das sogenannte Proportionalsystem abgeholfen wird. Dasselbe ist zuerst in Frankreich, dann in England und später in der Schweiz aufgetaucht und von unserer Partei — und von mir seit Jahrzehnten, noch ehe es eine sozialdemokratische Partei gab — empfohlen worden. Das System besteht darin, daß nach Listen im ganzen Lande abgestimmt wird und daß das ganze Land blos einen einzigen Wahlkreis bildet. Jede Partei hat das Recht, auf ihrer Liste so viel Kandidaten aufzustellen, als überhaupt Mandate zu vertheilen sind, und nun geht es ans Abstimmen. Die Stimmzettel der verschiedenen Parteien, welche, zur Vermeidung von Irrthümern, verschiedene Farben haben könnten, werden an den Wahlurnen abgegeben; die im ganzen Lande abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und dann die Gesammtzahl durch die Zahl der Mandate dividirt, und auf die Stimmenzahl, die so herauskommt — sagen wir auf je 9- oder 10 000 Stimmen — entfällt je ein Mandat, und dann vertheilt man einfach. Bei je 10 000 Stimmen auf ein Mandat würde unsere Partei, bei 1½ Millionen Stimmen, 150 Sitze im Reichstage haben. Dieses System hat noch den weiteren Vortheil, daß auch der kleinsten Minorität, die bei dem jetzigen System unvertreten bleibt, die Möglichkeit der Vertretung gewährt wird. Es ist zwar gesagt worden: die Mehrheit ist stets dumm, Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen; was wird da aber aus dem demokratischen Gleichheitsprinzip? Ja wohl, es giebt eitle Gecken, die da glauben, den Verstand mit Löffeln gegessen zu haben, das Monopol des Verstandes zu besitzen. Nun, ein solcher Bursche mag sich doch aufstellen lassen! Jetzt ist er ein verkanntes Genie, und ein solches ist stets unzufrieden; wenn er aber seinen Namen und sein Genie aufpflanzt und sich den Wählern von ganz Deutschland vorstellt, dann ist ganz Deutschland sein Rekrutirungsfeld — da hat er doch bessere Aus-

sichten, als jetzt. Und wenn eine neue Idee auftaucht, so ist doch, falls sie etwas taugt, wohl zu erwarten, es werden in ganz Deutschland so viel Stimmen für sie abgegeben werden, daß wenigstens ein Vertreter ins Parlament kommt. Und jede Idee, jede Strebung und Strömung soll vertreten sein.

Wir kommen dann zur

„direkten Gesetzgebung durch das Volk."

Ob dieser Satz nicht einer näheren Präzisirung bedürfen wird, ist die Frage. In der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk, jedoch nur in einigen der kleinsten Kantone uneingeschränkt. Ohne Einschränkung ist sie auch in größeren Staatswesen nicht möglich. Bei uneingeschränkter direkter Gesetzgebung durch das Volk müßte man konsequent das ganze Volk über alle Gesetze berathen und abstimmen lassen, die gesammte wahlfähige oder stimmberechtigte Bevölkerung hätte in Volks- oder Landesversammlungen zusammenzutreten, und über alle Gesetze nicht blos, sondern auch über alle Maßnahmen und politischen Akte zu verhandeln und sich schlüssig zu machen. So ist es bei den altnordischen, den germanischen Völkern gewesen, bei den Angelsachsen, Norwegern u. s. w., wo das gesammte Volk, d. h. die Freien, in Things zusammentrat und die Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung direkt ausübte — die sogenannte Theilung der Gewalten war unbekannt. Alle Gewalt lag im Volk. In einzelnen Kantonen der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung und Regierung noch. Im Kanton Glarus z. B. kommt in jedem Jahr die Landesgemeinde, d. h. die ganze Wählerschaft des Kantons, zusammen und giebt sich die Regierung, sitzt zu Gericht über die Regierung und beschließt die Gesetze. Ja, das ist möglich in einem so kleinen Lande, aber in den großen Reichen der modernen Zeit ist dies nicht durchzuführen. Schon in den größeren Kantonen der Schweiz wird die Gesetzgebung so vorgenommen, wie bei uns: durch Vertretung, aber mit der Maßgabe, daß über Gesetze erst eine Volksabstimmung stattfinden muß, ehe sie in Kraft treten können, und daß, wenn eine gewisse Anzahl von Wählern ein bestimmtes Gesetz fordert, ein solches Gesetz dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden muß. Eine Bestimmung in diesem Sinne, überhaupt eine nähere Definition der direkten Gesetzgebung, ist unter allen Umständen in unser zu reformirendes Programm aufzunehmen.

„Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk".

Das ist für uns, einstweilen freilich, Zukunftsmusik im verwegensten Sinne des Worts. Ein demokratisches Volk, das seine Regierung in der Hand hat, weil es selbst die Gewalt hat, entscheidet natürlich über Krieg und Frieden, und wenn wir einmal eine wirklich demokratische Verfassung haben, wie sie unserem

Programm entspricht, dann kann es keine Regierung mehr geben, die über die Köpfe des Volkes hinaus einen Krieg erklären kann. Zu dieser Forderung gehört die

„allgemeine Wehrhaftigkeit — Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“.

Während des französischen Krieges, als zuerst die Frage der Annexion in den Vordergrund trat, sagte ich im Reichstage, laßt den Franzosen Elsaß-Lothringen; wenn Ihr das nehmt, dann habt Ihr die Gefahr einer russisch-französischen Allianz, und der Schwerpunkt der europäischen Macht wird, statt von Paris nach Berlin, von Paris nach Petersburg verlegt werden, und Rußland allein hat den Vortheil. Man verlange von den Franzosen, außer einer Kriegsentschädigung, die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung des Milizsystems, wie es die Schweiz hat; das ist die beste Garantie des Friedens; denn ein wirkliches Volk in Waffen führt keinen Eroberungskrieg, vorausgesetzt, daß es nicht ein Volk von Wilden ist. Wenn jeder deutsche Arbeiter, Bauer, Kleinbürger selbst Soldat ist, dann giebt es nicht zweierlei Staatsbürger im Staat, nicht zwei Völker im Volk — eins ohne und eins mit Waffen, von denen das eine das andere gelegentlich über den Haufen schießen kann; — giebt es nur ein Volk, und das Volk hat alle Macht, dann ist es unmöglich, daß eine Regierung einen Eroberungskrieg oder überhaupt einen Angriffskrieg beginnt, denn die Völker wollen den Frieden. Wenn der schweizer Bundesrath den Schweizern zumuthen wollte, einen Eroberungszug, z. B. gegen irgend ein hübsches Stückchen von Italien zu machen, so würden — auch wenn die Schweiz zwanzig mal so groß wäre — die Schweizer Volkssoldaten antworten: wenn Ihr Lust habt, dummes Zeug zu machen, so machts und laßt Euch selbst todtschießen; wir machen nicht mit. — Eine Miliz, ohne stehendes Heer, — denn man hat auch Milizen neben einem stehenden Heere — ist die beste Bürgschaft des Friedens. Daß aber der ersehnte ewige Friede oder Weltfriede erst kommen kann, wenn der soziale Krieg aufgehört hat, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Bravo!)

„Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze“ —

versteht sich von selbst.

Was die

„Rechtsprechung durch das Volk“

betrifft, so hat die Sache doch gegenwärtig auch ihre zwei Seiten. Ich habe, gleich Bebel, einmal das Unglück gehabt, daß ich mich — es war beim Leipziger Hochverrathsprozeß — der Rechtsprechung durch das Volk, d. h. einem Schwurgericht, zu unterwerfen hatte. Wir wurden damals zu je 2 Jahren Festung, wegen Vorbereitung zum Hochverrath, verurtheilt, und wir waren an den uns zur Last gelegten

Vergehen genau so unschuldig, wie jeder der Herren Rechtsprecher aus dem Volk, die uns schuldig befunden hatten. In den modernen Ländern — auch in den politisch freien — wo die Rechtsprechung durch das Volk allgemein ist, erweist sie sich entschieden als eine Klassenjustiz. Die herrschende Klasse sitzt über die arbeitende Klasse zu Gericht. In England, Frankreich und Amerika sind durch die Geschworenen Urtheile von flagrantester Ungerechtigkeit gefällt worden — Urtheile, die von Berufsrichtern, kraft ihrer besseren Schulung im logischen Denken, wenigstens im juristischen Denken, das eine besondere Logik hat, nie und nimmer gefällt worden wären; solche Urtheile kommen jeden Tag vor, und ich sage ganz offen, ich hätte damals in Leipzig viel lieber vor Berufsrichtern gestanden. Es ist mir nach unserem Prozeß von einem Berufsrichter erklärt worden: wenn Sie vor uns gestanden hätten, hätten wir Sie freisprechen müssen, denn es war juristisch unmöglich, Sie zu verurtheilen. Genug, im heutigen Klassenstaat ist die Rechtsprechung durch das Volk ein zweischneidiges Schwert.

Was die

„Unentgeltlichkeit der Rechtspflege“

betrifft, so versteht es sich von selbst, daß wir die Forderung festhalten müssen. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege hat sich aber auch auf den Rechtsbeistand zu erstrecken. Der Charakter des Klassenstaats unserer Gesellschaft tritt gerade bei der Justiz und nicht blos in der Rechtsprechung, sondern auch — und fast noch schärfer — darin zu Tage, daß das Recht so theuer ist, und daß der arme Mann deshalb sein Recht — und sei es klar wie die Sonne — in vielen Fällen nicht zur Geltung bringen kann. (Sehr richtig!) Ich bin, namentlich während meines achtjährigen Aufenthalts auf dem Dorfe, hundertmal von Rechtsuchenden um Rath gefragt worden, und ich habe den armen Leuten gar oft sagen müssen: Ihr habt Recht, aber Ihr könnt Euer Recht nicht erlangen, vergleicht Euch lieber, — auf dem Wege des Prozesses seid Ihr verloren; Ihr könnt die Gerichtskosten und den Advokaten nicht bezahlen, und ohne Advokat könnt Ihr nichts machen. — Die Advokaten sind in schlechten Ruf gerathen, ganz ohne ihre Schuld — auch sie sind Opfer des Klassenstaats. Es sind — und da spreche ich aus eigner, sehr reicher Erfahrung — weit mehr Leute dadurch, daß sie, aus Scheu vor den hohen Kosten und vielleicht auch abgeschreckt durch den schlechten Ruf der Advokaten, ihre Sache selbst führen wollten und so verpfuschten, — es sind dadurch weit mehr Leute geschädigt worden, als vielleicht durch die Kniffe und die Unehrlichkeit von Advokaten. In ähnlicher Lage sind, um etwas Anderes, prinzipiell jedoch ganz Gleiches zu berühren, heutzutage auch die Aerzte. Der Bauer geht nicht zum Arzt, wenn er es irgend zu vermeiden im Stande ist, er scheut die Kosten. So kommt es, daß tausende von

Krankheiten, die, von einem Arzt rechtzeitig erkannt und behandelt, mit Sicherheit hätten geheilt werden können, jetzt in unzähligen Fällen, namentlich bei Frauen, einen tödtlichen Ausgang nehmen oder doch zu dauerndem Siechthum führen. Hier ist genau dieselbe Kur nothwendig, wie in der Anwaltsfrage: die ärztliche Behandlung muß unentgeltlich werden, oder mit anderen Worten: der Arzt — wie der Rechtsanwalt — muß Beamter des Staates, der Gesellschaft sein, besoldeter Beamter, der nicht von dem Klienten oder Patienten Honorar zu nehmen hat, sondern den einfach die Gemeinde oder der Staat anstellt, damit er Jedem, der seiner Hilfe bedarf, solche unentgeltlich angedeihen lassen kann.

Die

„allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat"

ist selbstverständlich, ebenso der

„unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten."

Die

„Erklärung der Religion zur Privatsache,"

zu der ich nun gelange, ist ein kritischer, viel umstrittener Punkt. Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich mit der Erde zu wenig beschäftigen, im Himmel aber eifrig spazieren gehen und dadurch auf der Erde zu kurz gekommen sind. Es ist ein Zeichen geistiger Unfähigkeit und mangelnder Thatkraft, statt auf der Erde seine Energie zu bethätigen, in den unendlichen Himmel hinauszugondeln und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben. In Amerika verdarb ich es mit den Freidenkern dadurch, daß ich einmal sagte: der deutsche Arbeiter, der jetzt unter dem Sozialistengesetz den Kampf gegen den schwächsten Gensdarm oder Schutzmann führt, entwickelt in meinen Augen tausendmal mehr Muth, als wie derjenige, der den allmächtigen Jehovah als persönlichen Feind bekämpft und aus dem Himmel wirft. Auf der Erde wirken, das ist's, worauf es ankommt. Wer macht denn — man verzeihe mir den geschäftlichen Ausdruck — in religiöser Freiheit oder Freireligiosität? Ich verfolge das Thun dieser Klasse von Menschen seit vor 1848. Damals war in meiner engeren Heimath, in Offenbach, ein Hauptnest dieser Freireligiosität, der freigemeindlichen Bewegung. Nun, und was sind diese Freidenker geworden? Welche Rolle haben sie in der Revolution von 1848 gespielt? Es waren fast alles jämmerliche Spießbürger. Und jetzt? Ist einer unter diesen „radikalen" Freigemeindlern gewesen, der es wagte, den Kampf gegen die Unterdrückung, für gleiches Recht aufzunehmen? Und einer unter ihnen, der den Muth der Konsequenz gehabt hätte, sich Sozialdemokrat zu nennen? Diesen Leutchen, wenn sie unter sich sind, sind wir gar nicht radikal genug, weil wir nicht wenigstens einmal jeden Tag den lieben Herrgott absetzen. Aber vor dem realen politischen Kampf

haben sie, mit verschwindenden Ausnahmen, eine heilige Scheu — höchstens, daß sie als Fortschrittler oder Volksparteiler stimmen. Von Konsequenz des Denkens und Handelns keine Spur, — und zum weitaus größten Theil sind sie unsere politischen Gegner. Es giebt Heißsporne unter uns, die sich mit besonderem Eifer auf die Religion werfen, weil noch ein Stückchen vom Jehovah in ihnen ist, den sie nicht ganz los werden können. (Sehr richtig!)

Wir müssen weiter bedenken, daß die Religion an sich und die Kirche an sich nicht fähig sind, uns zu unterdrücken, wenn nicht der Staat sie hält, wenn nicht die Gesellschaft sie hält. Die katholische Kirche so gut wie die protestantische Kirche, sie sind die Bundesgenossen, nein, die Stützen, die Werkzeuge des heutigen Klassenstaats, und zugleich ein Produkt desselben. Sie helfen dem Staat, und sofern sie ihm helfen, müssen wir auch gegen sie Front machen. Wer aber, statt den Klassenstaat selbst, statt die ökonomischen Bedingungen des Klassenstaates und seine politischen Voraussetzungen anzugreifen, sich auf die Kirche verbeißt, der verpulvert seine Kraft gegen falsche Objekte; haben wir erst den Staat erobert, dann ist uns die Religion nicht gefährlich. Glauben Diejenigen unter Ihnen, die vielleicht an dem Kampf gegen Jehovah Gefallen finden, glauben Sie etwa, daß durch radikal-religiöse Phrasen, oder gar durch Schimpfen, der Religion Abbruch gethan wird? Das wäre ein großer Irrthum! Im Gegentheil! Betrachten Sie doch den Kulturkampf! Ich für meine Person bin mit der Religion sehr früh fertig gewesen. Ich stamme aus der Zeit, wo die deutsche Studentenschaft Hegel'sche Philosophie studirte, wo sie durch die Strauß, Bauer, Feuerbach u. s. w. in den Atheismus eingeweiht wurde. Mir war das, da ich sehr frei erzogen war, nicht schwierig. Aber ich habe eines während meines langen politischen Lebens gelernt, das mich praktisch gemacht hat: ich habe gelernt, daß ich nie einen Menschen, der an Religion glaubte, durch Beschimpfung der Religion, durch Angriffe auf die Religion habe belehren können. (Sehr richtig!) Der Religion können wir blos dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen; die Schule muß gegen die Kirche mobilisirt werden, der Schulmeister gegen den Pfaffen; richtige Erziehung beseitigt die Religion. Angriffe machen sie blos stärker, und Diejenigen unter uns, die gegen die Religion den Hauptkampf führen, verfallen in den Fehler der preußischen Regierung in ihrem Kampf gegen die katholische Kirche: sie machen den Feind nur stärker. (Lebhaftes Bravo!)

Wir haben in unserem Programm gesagt: die Religion ist Privatsache. Ich will nicht sagen, daß dieser Ausdruck ein absolut fehlerloser ist. Ich kann nur bemerken: einen vernünftigeren, praktischeren Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen

Forderungen. Ich bin öfters genöthigt gewesen, in Gegenden zu agitiren, wo der Katholizismus noch eine Macht ist, aber neben ihm auch die Sozialdemokratie. Da habe ich durch diesen Punkt unseres Programms, indem ich ihn richtig erklärte, zahlreiche Stimmen erlangt von Leuten, die heute noch sozialdemokratisch stimmen, die aber durch einen Angriff auf die Religion uns entfremdet worden wären. In der Gegend von Mainz gerieth ich einmal mit einem katholischen Priester in eine Diskussion. Er war sehr höflich, stimmte sonst im Wesentlichen mit mir überein, aber daß wir die Religion aus dem Staate verdrängen, sie zur Privatsache machen wollten, das ginge doch nicht. Ich sagte ihm: Sie irren sich, das ist ja gerade für Sie von großem Vortheil. Sehen Sie, wenn der preußische Staat die Religion zur Privatsache erklärt hätte, wie wir fordern, dann hätte der Kulturkampf nicht entstehen können. Er bemerkte dann: ja, der Staat muß christlich sein. Ich erwiderte, welches Christenthum soll denn der Staat haben? Wir haben ein protestantisches, ein reformirtes, ein lutherisches, ein katholisches, ein griechischkatholisches Christenthum und noch 20 bis 30 christliche Sekten. Was soll nun der christliche Staat sein? Soll er protestantisch oder katholisch sein, oder was sonst? Als protestantischer Staat führt er gerade den Kulturkampf gegen die katholische Kirche, als katholischer Staat würde er ihn gegen die protestantische Kirche führen u. s. w. Und das hat den katholischen Bauern so eingeleuchtet, obwohl der Pfarrer sich noch sträubte, daß sie einstimmig für mich gestimmt haben. (Heiterkeit.) Und glauben Sie nicht, ich hätte geheuchelt; ich sagte den Bauern rückhaltlos: ich bin Atheist, ich glaube nicht an Gott, aber ich glaube, daß Jeder das Recht hat zu glauben was er will; wir Sozialdemokraten wollen absolute Gewissensfreiheit, absolute Meinungsfreiheit; kein Staat, keine Gesellschaft hat das Recht, einem Menschen mit der Faust an's Gewissen zu greifen, einem Menschen ein religiöses Bekenntniß oder eine andere Meinung aufzudrängen. Wenn wir das versuchen, dann schaden wir nur unserer Sache. (Bravo!) Bei Begründung unseres Antrages auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze, auch der gegen die Jesuiten, habe ich im Reichstage auf das Beispiel der Vendée hingewiesen. Und in der That, es ist schlagend. Im revolutionären Frankreich war die Herrschaft der Vernunft eingeführt, die Revolution hatte die Wissenschaft zur Basis. Die armen, in geistiger Finsterniß lebenden Bauern ergriffen die Waffen für ihren katholischen Aberglauben und nahmen den Kampf auf gegen die übermächtige, stürmisch voranstürmende Revolution. Ungleicher konnten die Kräfte nicht vertheilt sein. Und was war der Erfolg? Kaum war das aufständische Gebiet, von einem Ende zum andern, mit Feuer und Schwert verwüstet, jeder Widerstand niedergeworfen, so loderte der Brand wieder in irgend

einer Ecke auf, und die Blutarbeit hatte von Neuem zu beginnen — bis die Sieger erlahmten. Ein Beweis, wie er schlagender nicht gedacht werden kann, daß es absolut unmöglich ist, eine Idee, und wäre sie auch eine falsche, mit Gewalt zu überwinden oder durch irgend einen Machtspruch wegzudekretiren. Unsere Partei ist eine Partei der Wissenschaft. Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen. Die Wissenschaft sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Und im Uebrigen bekennen wir Farbe. Also ich bin für Beibehaltung des Satzes. In einem Privatschreiben wurde ich neulich ersucht, ich möge doch dahin wirken, daß unserem Programm die alte demokratische Forderung der Trennung der Kirche von der Schule, der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat ausgesprochen werde. Das wäre indeß ein Rückschritt. Indem wir die Religion zur Privatsache erklären, trennen wir eo ipso die Religion vom Staat, und die allgemeine und gleiche Erziehung durch den Staat schließt selbstverständlich die Trennung der Schule von der Kirche mit ein. Die Fassung unseres Programms ist weit besser, umfassender und prinzipiell richtiger, als jene alte, die sich beiläufig noch in unserem Eisenacher Programm befunden hat.

Es kommen nun die Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft" — das heißt die dritte Abtheilung des Programms, so daß wir also eine weitere oder allgemeine, eine engere und eine noch engere haben. Hier wird geändert werden müssen. Daß den Forderungen der Partei eine möglichst kurze, klare und scharfe Darlegung der Prinzipien vorausgeht, ist in der Ordnung; aber sie hat gewissermaßen das Fundament zu sein, auf dem die Forderungen sich erheben. Die Forderungen selbst in Forderungen schlechthin, und in solche „innerhalb des heutigen Staates" zu trennen, ist sicherlich nicht zu rechtfertigen. Wo soll die Grenzlinie sein? Stellen wir nicht alle unsere Forderungen „innerhalb des heutigen Staats?" Und wo fängt der heutige Staat an? Wo hört er auf? Ist eine Grenzlinie zu ziehen zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten „Zukunftsstaat" — um einmal das viel mißbrauchte Wort zu gebrauchen. Gehen beide nicht in einander über?

Diese Forderungen im heutigen Staat sind sehr mannigfaltiger Natur, und trotz engeren als engen Charakters zum Theil recht allgemein. Zum Beispiel gleich die erste Forderung:

„Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten."

Wie allgemein! Und zugleich wie selbstverständlich! Gegen den Inhalt ist natürlich nichts einzuwenden — die Form läßt sich vielleicht bessern.

Die Forderungen bezüglich einer einzigen progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, bezüglich des unbeschränkten Koalitionsrechtes, des Normalarbeitstages und des Verbots der Sonntagsarbeit entsprechen noch heute unserem Standpunkte wie von vor 15 Jahren.

Als Ganzes sind die am Schlusse unseres Programms aufgestellten Forderungen des Arbeiterschutzes veraltet, von der Zeit überholt. Seit 15 Jahren sind wir auf diesem Gebiet, wenigstens theoretisch, so weit gekommen. In jedem Wahlprogramm im kleinsten Städtchen Deutschlands sind seitdem weit radikalere und umfassendere Forderungen aufgestellt worden. Damals war das neu, und so unvollkommen es heute erscheint, damals war es eine That, eine bahnbrechende That. Und mit diesen Forderungen haben wir den heutigen Klassenstaat gezwungen, daß er die Arbeiterschutzgesetzgebung als obersten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wie rasch der Fortschritt auf diesem Gebiet ist, das zeigt sich besonders deutlich am Normalarbeitstag. Hätten wir 1875 eine bestimmte Zeit festgesetzt, so wäre es schon kühn gewesen, den zehnstündigen Normal-Arbeitstag zu fordern. Heute würde der zehnstündige Arbeitstag für uns in gewisser Beziehung schon ein überwundener Standpunkt sein, heute würden wir sagen müssen: acht Stunden; und nach zehn Jahren würde vielleicht der Achtstundentag wieder ein überwundener Standpunkt sein. Es war darum sehr vernünftig, daß das Programm nicht einen zeitlich definitiv bestimmten Normal-Arbeitstag, sondern einen „den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden" forderte. Den Gesellschaftsbedürfnissen und dem Gesellschaftskönnen, auch das muß ausgedrückt werden. Durch die sich immer mehr vervollkommnende Technik, durch die bessere Art des Betriebes, durch die bessere Organisation der Arbeit wird die Arbeit immer produktiver und kann in Folge dessen beständig abgekürzt werden, sodaß man jetzt schon in einigen Kolonien Englands einen sechsstündigen Arbeitstag hat und in Australien einen fünfstündigen erstrebt. Mit Bezug auf unser Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit haben allerhand Leute gehöhnt: die Sozialdemokraten wollen nicht arbeiten, sie wollen faulenzen. Dieses alberne, verleumderische Geschwätz kommt regelmäßig aus dem Munde von Leuten, die nicht wissen, was arbeiten heißt, die aber sehr wohl wissen, was faulenzen ist. (Heiterkeit.) Lafargue hat diesem läppischen Geschwätz gegenüber das „Recht auf die Faulheit", das ist auf Muße proklamirt. Der Mensch ist nicht ausschließlich zur Arbeit geboren; wir müssen, um Menschen zu sein, uns harmonisch ausbilden, — das können wir nicht ohne Arbeit; ohne Arbeit können wir überhaupt nicht leben. Die Arbeit ist folglich eine Nothwendigkeit. Aber mehr arbeiten als für den Zweck, Mensch zu sein, nothwendig ist, das

heißt den Zweck dem Mittel opfern. Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern wir arbeiten, um zu leben. (Sehr richtig!)

Ich muß nun noch nachträglich bemerken, daß neuerdings vorgeschlagen worden ist, es solle im Programm ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie die Republik erstrebe. Ob es nöthig ist, das auszusprechen, will ich dahingestellt sein lassen. Daß das Staatsideal auf einem demokratischem Boden, einer auf dem Boden der Gleichheit und Freiheit stehenden Partei die Republik ist, versteht sich für jeden denkfähigen Menschen einfach von selbst. Auf der andern Seite wissen wir auch sehr wohl, daß auch in dem republikanischen Klassenstaat, auch in den Bourgeoisrepubliken das Gleichheitsprinzip genau ebenso verletzt wird wie in den Monarchien — und zwar durch jeden Bourgeois. Deshalb steht das Postulat politischer Gleichheit, obgleich wir sie natürlich erstreben, für uns nicht so im Vordergrund, wie s. Z. für die bürgerlichen Parteien. — Mir persönlich ist es gleichgiltig, ob dieser Vorschlag angenommen wird, oder nicht — für uns handelt es sich vor allem um die soziale, die ökonomische Gleichheit, welche die politische von selbst bedingt, während das Umgekehrte nicht der Fall ist.

Ich komme zum Schluß. Ich habe vorher ausgeführt, daß, und warum es bisher unmöglich war, das Programm zu reformiren, und Ihnen schon jetzt einen neuen Entwurf vorzulegen. Wenn da eine Schuld ist, sind Sie Alle mitschuldig, insofern aus dem Schooße der Partei über das Programm Vorschläge in nennenswerthem Maaße nicht gekommen sind, und eine Diskussion im größeren Stil nicht stattgefunden hat Uebrigens ist dadurch, daß wir das Programm noch nicht reformirt oder revidirt haben, der Partei kein Nachtheil erwachsen. Dies Programm, das Einigungsprogramm, oder Gothaer Programm, ist uns 15 Jahre lang eine Sturmfahne gewesen, die der Partei auf ihrem ununterbrochenen Vormarsch, in all ihren Kämpfen, vorangetragen worden ist. Es war ein Führer und Kompaß, der uns den Weg zeigte, ein Leitstern, der unsere Schritte lenkte. Die Fahne ist zerfetzt und zerschossen worden, aber sie hat uns zum Siege geführt; in ihr verkörpert sich ein ruhmvolles Stück Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; und ich will blos wünschen, daß das neue Programm, die neue Fahne, die wir den Erfordernissen der Zeit entsprechend, uns schaffen werden, der deutschen Sozialdemokratie ebenso glorreich im Kampfe vorangetragen werden möge, wie diese alte, verfolgte Sturmfahne. (Bravo!) Und schlecht ist dies Programm wahrhaftig nicht gewesen und ist es jetzt nicht. — Trotz seiner Mängel spricht es im Großen und Ganzen die Ziele und das Wesen der Partei aus, und — blos als Programm betrachtet, ohne Berücksichtigung der Partei — steht es thurmhoch über den Programmen aller anderer

Parteien, es ist thatsächlich das einzige politische Programm, welches in Deutschland existirt. Keine der bürgerlichen Parteien hat ihre Forderungen zusammengefaßt und formulirt — auch nicht die konservative und nicht die Centrums-Partei. Keine andere Partei hat mit der Rückhaltslosigkeit, die nur dem guten Recht eigen ist, und wie wir sie in unserem Programm bewiesen haben, ihre letzten Ziele hingestellt, keine sich eine solche Richtschnur gegeben, wie wir in diesem unserm Programm. Es hat die Partei nicht falsch geführt, und wir wären Thoren gewesen, wenn wir, ehe wir aus der heißen Schlacht gekommen, es hätten bei Seite werfen und in der Eile durch ein anderes ersetzen wollen. Das Programm ist uns lieb geworden. Seine Mängel hat Jeder von uns gefühlt, in vielen Reden vor den Wahlen ist die Nothwendigkeit der Reform betont worden. Vollkommenes kann niemals geschaffen werden. Das Programm, welches wir in einem Jahr uns geben werden, wird sich gleichfalls überleben. Die Welt geht eben im Sturmschritt voran. Dieses alte Programm aber, welches mit der Geschichte unserer Partei so innig verwachsen, selbst ein Theil der Parteigeschichte ist, leichtsinnig zu vertauschen mit einem rasch über Nacht zusammengestoppeltem neuem Programm, wäre einfach eine Tollheit, eine Impietät gewesen. Das neue Programm soll auch gut werden, und „gut Ding braucht Weile." Die Gegner haben gesagt, das Sozialistengesetz sei für uns ein eiserner Reifen gewesen, der die Partei gewaltsam zusammengehalten habe und die Partei werde zerfallen, wenn das Sozialistengesetz aufhöre. Wohlan, der 1. Oktober und dieser imposante Kongreß haben bewiesen, wie falsch unsere Gegner urtheilen, haben sie Lügen gestraft. Einiger hat die Partei sich nie gezeigt, einiger, ja so einig war sie nie zuvor. Aber ist diese Einigkeit etwa allein herbeigeführt worden durch den gemeinsamen Kampf gegen das Sozialistengesetz und dessen Urheber und Vollstrecker? Nein, wenn das Sozialistengesetz ein eiserner Reif war, dann war unser Programm ein diamantnes Band für uns. (Lebhaftes Bravo!) Mit unserem Programm haben wir das Sozialistengesetz, diesen eisernen Reif, zerbrochen — es hat sich also stärker erwiesen. Diamant ist ein griechisches Wort, Adamas, das heißt: „das nicht zu Bändigende," das „Unbesiegbare," und dieses Band der Unbesiegbarkeit, welches das alte Programm uns gewesen ist, möge und wird uns auch das neue Programm werden. Das neue Programm soll es zu lebendigem Ausdruck bringen, daß die Partei stets fortschreitet, daß es für uns keinen Stillstand giebt auf ewige Zeit, denn Stillstand ist Untergang. Die Wissenschaft ist für uns der Boden, auf dem wir unüberwindlich sind, wie es für jenen Riesen des Alterthums die Mutter Erde war. Die Wissenschaft ist die Mutter des Sozialismus; wenn wir sie verlassen, dann sind wir verloren. Auf dem Boden der Wissenschaft

und der Wirklichkeit sind wir unbesiegbar und werden alle unsere Feinde überwinden! (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Nach dieser vortrefflichen Rede Liebknecht's schlage ich vor, die Diskussion bis morgen zu vertagen. Damit ist der Parteitag einverstanden. — Es ist angefragt worden, ob die Rede des Genossen Liebknecht gedruckt werden wird. Ich kann mittheilen, daß die Rede thunlichst ihrem ganzen Wortlaute nach in das Protokoll aufgenommen werden wird. (Bravo!) Damit sind Sie einverstanden.

Es ist eine weitere Reihe von Telegrammen eingegangen.

Liebknecht bringt nunmehr folgende Resolution ein:

In Erwägung:

daß das von dem Einigungskongreß zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen worden ist,

beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Schluß der Sitzung 6¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 16. Oktober 1890.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Es ist abermals eine ganze Reihe von Telegrammen und Begrüßungszuschriften eingegangen.

Die Genossen Fr. W. Höppner, Georg Horn, August Frauenlob (Dresden-Land), Ernst Messing, L. Müller (Dresden-Altstadt), Emanuel Wurm (Pirna) und Kaden (Dresden) geben folgende Erklärung zu Protokoll:

Der Genosse Schönfeld erklärte, daß in Bezug auf die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zum 1. Mai die Arbeiter Dresdens und der Umgegend vollständig auf Seite der Zeitung gestanden, und doch wäre diese Haltung nicht im Einklang mit den Ansichten der Fraktion gewesen. Sollte also dem Parteivorstand die Auf-

sicht über die prinzipielle Haltung der Presse aufgetragen werden, könnten gleiche Vorgänge zur Maaßregelung des Organs führen.

Wir erklären, daß die Arbeiterschaft Dresdens und Umgegend in prinzipieller Beziehung der 1. Mai-Feier vollständig sympathisch gegenüberstand, in Bezug auf die praktische Ausführung jedoch keineswegs der Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zustimmte. Die Genossen hatten jedoch zu keiner Zeit einen genügenden Einfluß auf das Blatt, um ihre Meinung geltend zu machen."

Singer (zur Geschäftsordnung): In der heutigen Nummer des hiesigen „Generalanzeiger" wird eine Notiz verbreitet, wonach die meisten Führer der Partei mit den französischen Gästen in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt haben sollen. (Gelächter.) Ich würde der Lächerlichkeit dieser Behauptung gegenüber, es nicht für nothwendig erachtet haben, ein Wort zu verlieren. Wir haben, in Rücksicht auf die Nothwendigkeit der freiesten öffentlichen Verhandlung, der Presse einen Raum in diesem Saale eingeräumt, der weit über das hinausgeht, was wir eigentlich in Rücksicht auf unsere Delegirten uns selbst schuldig wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben aber gemeint, den vor Zusammentritt des Kongresses schon erhobenen Verdächtigungen dadurch am besten entgegentreten zu können. Wir kümmern uns um das, was die gegnerische Presse von unseren Verhandlungen bringt, garnicht. Wir verlangen weder die Vorlegung der Berichte, die die Herren schreiben, noch wollen wir irgend einen Einfluß auf ihre Berichte ausüben. Wogegen wir aber ein Recht haben zu protestiren, das sind lügnerische, verleumderische Behauptungen. (Sehr richtig!) Die Notiz des „Generalanzeiger" ist von diesem Kaliber. Wir haben keinen Grund, mit unseren ausländischen Genossen in „geheime" Berathung zu treten. Das, was wir gemeinsam wollen, das wollen und können wir so öffentlich sagen und bethätigen, daß die Gegner ihren Schrecken daran haben werden. (Bravo!) Indem ich im Namen des Parteitages jene Behauptung als eine Lüge bezeichne, beantrage ich zugleich das Einverständniß des Parteitages, daß für den Fall dieser Herr Berichterstatter sich im Saale befinden sollte, er sich von diesem Moment an als ausgewiesen zu betrachten hat. (Lebhaftes Bravo!)

Hermann-Dresden erklärt, daß er seine Unterschrift unter die Dresdener Erklärung nicht gesetzt habe, weil in der That die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zur 1. Mai-Feier im Einklang gestanden hätte zu der Haltung der Genossen in Dresden.

Kaden-Dresden: Unsere Erklärung beruht auf Thatsachen. Wir sind dafür gewesen, daß der 1. Mai soweit wie thunlich gefeiert werde, das heißt, soweit nicht dadurch Maßregelungen entstehen

konnten. Ein großer Theil der Arbeiter war mit den Aufforderungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ nicht einverstanden.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein: **Generaldiskussion über den Bericht Liebknecht's, betreffend das Parteiprogramm.**

Es stehen folgende Anträge zur Diskussion:

1. Die oben mitgetheilte Resolution Liebknecht's.

2. Die Resolution von **Fritz Berndt**-Berlin V.:

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den V. Berliner Wahlkreis spricht sich entschieden dafür aus, daß die Revision des Parteiprogramms nicht verschoben wird. Sie beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms:

1. Die Forderung: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ wird statt an die sozialistische Gesellschaft an den heutigen Staat gestellt. — 2. Der die Produktiv-Assoziationen betreffende Satz wird gestrichen. — 3. Jede Beschränkung von Frauenarbeit, im Unterschied von der Männerarbeit, fällt. Die Forderung des gesetzlichen gleichen Lohnes für Mann und Frau fällt, weil ihre Durchführung thatsächlich zur Verdrängung der Frauenarbeit führt. Nur das Verbot der Nachtarbeit verheirateter Frauen ist zu fordern. — 4. Die Forderung des politischen Wahlrechts der Frauen wird in das Programm aufgenommen und zwar unter die Forderungen an den heutigen Staat. — 5. Abschaffung der Gesindeordnung. — 6. Verbot der Naturalienlöhnung an die ländlichen Arbeiter. — 7. In den die Einkommensteuer betreffenden Passus wird die Steuerfreiheit der Einkommen unter dreitausend Mark aufgenommen.

3. Antrag **J. Stern**:

1. Dem letzten Theil des Programms (Forderungen vom heutigen Staat) die weitere Forderung anzufügen:

„Der Staat hat die Pflicht, allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte.“

2. Im allgemeinen Theil des Programms von der Sozialdemokratie, neben dem Charakter der Klassenbewegung, auch den Charakter der Kulturbewegung zu betonen.

4. Antrag von **Guben**:

Den Absatz im Programm betreffend die Produktivgenossenschaften zu streichen.

5. Antrag Dr. **Rüdt**-Heidelberg:

Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, bei der Ausarbeitung der Programmvorlage in Erwägung zu ziehen, ob das Partei-Interesse es nicht verlange, daß die Forderungen des

Gotha-Wydener Programms: „Erklärung der Religion zur Privatsache" abgeändert werde wie folgt:

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands greift zwar in die religiöse Ueberzeugung der einzelnen Parteigenossen unmittelbar nicht ein, sie steht, aber als revolutionäre Partei, auch in religiöser Beziehung auf dem Boden der freien wissenschaftlichen Forschung. Infolge dessen verwirft sie prinzipiell jeden Dogmenglauben als eine Quelle geistiger Knechtschaft und als gewaltiges Hinderniß des Emanzipationskampfes des Proletariats, und bekämpft jede Kirche, die auf Grund der Glaubensdogmen den sozialen und politischen Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse entgegentritt.

6. Antrag der Frauen Ihrer, Gundelach, Blohm und Steinbach:

Zu Abtheilung 3 des Programms wünschen wir den § 5 so lautend: Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren. Beschränkung aller die Gesundheit besonders schädigenden Arbeit auf höchstens 6 Stunden täglich.

§ 6. Zwischen: gewählte Beamte und — — — ein wirksames: „insonderheit für die gewerbliche Frauenarbeit, weibliche Beamte."

Der Vorsitzende stellt bezüglich des Antrages Berndt die Unterstützungsfrage; der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Guttenstein-Karlsruhe: Das Parteiprogramm ist das punctum saliens unserer Verhandlungen. Die Beschlüsse über den Organisationsentwurf können von den Regierungen umgestoßen werden, bei dem Parteiprogramm haben lediglich und allein die Sozialdemokraten mitzureden. Der erste Ruf unserer Gegner bei jeder Wahlbewegung heißt: Heraus mit Eurem Programm! Unser Programm ist der Niederschlag der sozialistischen Wissenschaft.

Während der 12 Jahre des Sozialistengesetzes war die sozialistische Literatur unterdrückt, und nur kleine Broschüren konnten auf verbotenen Wegen verbreitet werden. Sie werden mir zustimmen, daß sogar einzelnen Genossen die Bestimmungen des Programms vielfach unbekannt sind. Es war keine Gelegenheit geboten, in den engeren lokalen Kreisen das Programm zu diskutiren, während es doch unbedingt erforderlich ist, daß die einzelnen Organisationen nicht von heute auf morgen, sondern monatelang sich mit jedem Punkt des Programms in jeder Richtung eingehend befassen. Die sozialdemokratische Partei ist keineswegs blos eine Arbeiterpartei; die Arbeiterschaft allein kann die soziale Frage nicht lösen ohne Mithülfe der Theoretiker, der gebildeten Sozialdemokraten. Was wir heute bringen, ist nur schätzbares Material für die Feststellung des künftigen Programms.

Thierbach-Königsberg (Neumark): Was zunächst unsere

Stellung zur Religion betrifft, so werden uns die trefflichen Ausführungen Liebknecht's überzeugt haben, daß dieser Punkt des alten Programms stehen bleiben muß. In Punkt 4 sollte, anstatt Normalarbeitstag, besser „Maximalarbeitstag" gesagt werden. Es muß eine feste Norm vorhanden sein. Bei Einführung des Normalarbeitstages wäre den Kapitalisten Gelegenheit geboten, je nach Bedarf auch wieder über diese Grenze hinweg arbeiten zu lassen, der Normalarbeitstag würde eine Waffe zu Gunsten der besitzenden Klassen werden. Mit der Wahl einer Kommission bin ich einverstanden.

Blos: Beschränken wir uns auf diejenigen Punkte, bei denen wir einmüthig sind. Dies sind namentlich die ökonomischen und theilweise auch die politischen Sätze in unserem Programm. Ich begreife kaum, wie von so mancher Seite beantragt wird gerade die Bestimmungen über die Religion abzuändern. Jeder, der einmal agitatorisch thätig gewesen ist, wird wissen, daß dieser Punkt des Programms uns sehr gute Dienste geleistet hat (Sehr richtig!), und wir würden unzweifelhaft eine ungeheure Thorheit begehen, wenn wir ihn ändern würden. (Sehr richtig!) Gerade jetzt, wo ein ganz neuer Kampf mit dem Centrum beginnen wird, würden wir mit einer derartigen Aenderung ohne Zweifel dem Centrum Waffen in die Hände liefern, die es bisher garnicht besessen. (Sehr richtig!) Dieser Partei würde es ohne Zweifel gelingen, die Massen zu einem religiösen Fanatismus zu entflammen, der unserer Agitation die größten Hindernisse bereiten würde. Wir können auf diesem Gebiete der freien wissenschaftlichen Forschung und unserer Parteiliteratur ruhig ihren Lauf lassen, wir dürfen unsere Partei nicht zu einem Laboratorium für freireligiöse und freidenkerische Experimente machen. (Bravo!) Ich begreife, daß diese Strömung, wie sie namentlich die Berliner Genossen ergriffen, sich in einen Antrag, wie den von Rüdt, verdichtet hat. Rüdt sagt zwar, man wolle nicht unmittelbar in die religiösen Anschauungen eingreifen, dieser Vordersatz ändert aber nichts an der Tendenz des Antrages. Wir sollen einen Punkt aufnehmen, welcher der freireligiösen und freidenkerischen Richtung entspricht. Darauf wollen wir uns aber schon nun deshalb nicht einlassen, weil nachher ganz ungeahnte Schleusen mit neuen Wünschen sich eröffnen würden, die uns unangenehm werden könnten. Es könnten schließlich auch die Vegetarianer kommen, sogar die „Wollenen". (Heiterkeit und Beifall.)

Die ländliche Agitation hat schon der St. Gallener Parteitag behandelt. Leider haben wir bisher nicht Gelegenheit gehabt, etwas Praktisches zu schaffen. Gestehen wir es nur ein: sozialdemokratische Bauern, im eigentlichen Begriff giebt es bis heute nicht. Unsere Agitation ist in dieser Beziehung von Erfolg nicht begleitet gewesen, einerseits der ökonomischen Verhältnisse wegen, andererseits, weil

wir die Bestimmungen in unserem Programm, die wir für eine solche Agitation brauchen, bis jetzt nicht gehabt haben. Wir brauchen, um das ländliche Proletariat zu unserer Bewegung heranzuziehen, vor allen Dingen praktische Forderungen. Wir müssen vor allem unsere Agitation darauf richten, die Lage dieser abhängigen Landbevölkerung einigermaßen zu erleichtern durch eine praktische Thätigkeit der Gesetzgebung u. s. w. Die große Lüge, daß das patriarchalische Verhältniß die Lage des Landvolkes angenehmer machen könnte, hinter der sich die ganze mittelalterliche Brutalität verbirgt, muß gründlich enthüllt werden. Verlangen wir, daß das ländliche Proletariat der Gesindeordnung entzogen wird; das wird uns ein ungeheures Material für die Agitation in die Hände geben. Zunächst müssen wir prinzipiell und sozial-ökonomisch unsere Forderungen gegenüber der Landbevölkerung formuliren. Dazu gehört allerdings ein gewisses Studium; es wird nicht leicht sein und man wird sich gegenwärtig halten müssen, daß die Verhältnisse auf dem Lande ganz andere sind, als in der städtischen Industrie. Mit allgemeinen Redensarten richten wir hier garnichts aus, noch weniger, wenn wir die auf die städtischen, industriellen Arbeiter zugeschnittenen Programmpunkte auf die ländlichen Arbeiter übertragen wollen. (Bravo!)

Liefländer: Wir haben seit Jahren die Produktivassoziationen gefordert. Ich habe bis jetzt noch keinen Vorschlag gehört, der diesen Programmpunkt ersetzen will. Ich meine, um die Lösung der Frage in unserem Sinne anzubahnen, müssen wir sie gründen; es soll ja nur ein Uebergang sein. — Unter den heutigen Verhältnissen werden wir ein proportionales Wahlsystem nicht bekommen, damit würde ja die heutige Gesellschaft sich selbst aufgeben. — Wie das Volk Recht spricht, hat Liebknecht schon richtig geschildert; um das zu sehen und zu würdigen, braucht man nur einer Schöffengerichtssitzung beizuwohnen. Der alte Satz: „Religion ist Privatsache" sollte doch eine Aenderung erfahren; am besten würde er ganz gestrichen, weil sich an ihn fortwährend neue Angriffe und neue Kritiken knüpfen — oder wir können ihn auch behalten, wie er früher war. (Große Heiterkeit und Beifall.) Most hat seiner Zeit für den Austritt aus der Landeskirche agitirt, aber diese Agitation hat nicht die erhofften Früchte getragen.

Auerbach-Berlin V.: Es ist mir gestern in Privatunterhaltungen gesagt worden, daß es gar keinen Werth hätte, sich auf die Diskussion des Programms einzulassen. Ich kann dem nicht beipflichten. Monatelang ist in den Versammlungen und in der gesammten Presse soviel davon die Rede gewesen, daß es mehr als bedenklich sein würde, wenn wir hier nicht in eine ausführliche Erörterung eintreten würden. Die bürgerliche Presse und die Gegner würden immer und immer wieder ihre alte Behauptung wiederholen: das

ist eine Partei, die nicht einmal ein festes Programm hat, die es erst auf dem nächsten Parteitage machen will! Darum müssen wir wenigstens die allgemeinen Gesichtspunkte aufstellen.

Was den Namen betrifft, so wissen wir ja, was wir unter der „sozialistischen Arbeiterpartei" zu verstehen haben. Aber die christlich-sozialen Oberwinder und Genossen pflegen auch zu sagen, wir sind Arbeiter und nebenbei Sozialisten. Es wäre deshalb doch vielleicht ganz gut, wenn wir „sozialdemokratische Arbeiterpartei" sagten. — Ueber den Kardinalpunkt unseres Programms, die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, hat Liebknecht sich gestern so glänzend ausgesprochen, daß da nichts mehr hinzuzusetzen ist. Ich bin dafür, das Wort „gesetzlich" nicht wieder aufzunehmen, sondern es bei „mit allen Mitteln" zu belassen; wir haben nicht nöthig, den herrschenden Klassen gegenüber irgend einen Vorbehalt zu machen, die uns als Unterminirer ihrer Gesellschaft, und mit Recht, betrachten. Die Gleichberechtigung der Frauen auch bei den Wahlen stärker im Programm und auch bei unserer Agitation zu betonen, wäre sehr nützlich; bisher ist letzteres noch sehr vernachlässigt worden, und unter den „Staatsangehörigen" hat man fast überall nur die Männer verstanden. Fordern wir also stets das gleiche aktive und passive Wahlrecht auch für die Frauen. Den „kitzlichen" Punkt: direkte Gesetzgebung durch das Volk, möchte ich so lassen, wie er ist. Das Wählen soll doch nur ein Agitationsmittel sein, und kann es ein glänzenderes Agitationsmittel geben, als wenn wir verlangen: direkte Gesetzgebung durch das Volk, wo jedes Gesetz dem ganzen Volke vorgelegt wird. An der „Rechtsprechung durch das Volk" wollen wir auch nicht rütteln; wenn hier und da ein Schwur- oder Schöffengericht einen falschen oder schlechten Spruch abgiebt, so kann das für eine Aenderung kein durchschlagender Grund sein. Beide Gerichtsformen sind ein Schritt zum besseren, und es ist ganz ersprießlich, wenn Leute aus dem Volk den Richtern beigegeben werden. Das Volk weiß, wo es der Schuh drückt, darum sollen Männer des Volkes die Rechtsprechung haben. Die Eingangsformel „möglichste Ausdehnung dieser Rechte und Freiheiten" möchte ich geändert wissen; ich will keinen Unterschied zwischen der heutigen und der künftigen Gesellschaftsordnung im Programm, nicht „möglichste" Ausdehnung dieser Rechte, nein, alles wollen wir fordern! Ob man es uns giebt, ist gleichgiltig. Die einzelnen Programmforderungen bezüglich des Arbeiterschutzes werden wir nach den Beschlüssen des Pariser Kongresses umzuändern haben. Den Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit bitte ich Sie im Parteiprogramm fallen zu lassen. Für mich giebt es keine verschiedene Sittlichkeit von Mann und Frau, welche geschädigt werden kann; für mich giebt es nur eine allgemeine Sittlichkeit, und reaktionär von uns wäre es, wenn wir die Frau, welche sich wirthschaftlich

selbstständig machen will, irgendwie in ihrer Erwerbsthätigkeit beschränken wollten.

Noch eine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Wir sind in einer Zwangslage; wir haben in St. Gallen beschlossen, daß dem nächsten Parteitage ein Programmentwurf vorgelegt werden soll. Das Komitee hat uns keinen Entwurf vorlegen können und kann sich auch nicht hinsetzen und bis morgen einen solchen ausarbeiten. Da bitte ich nun, den Entwurf schon 6 Monate vor dem nächsten Parteitag zu publiziren, damit zur Durcharbeitung allen Interessirten genügende Zeit bleibt. Endlich eine Berliner Bemerkung. (Heiterkeit.) Ich gebe die Erklärung ab, daß wir Berliner; trotz aller Unterschiede in der Taktik; das veränderte, das neue Programm ansehen werden als einen rocher de bronce und es gemeinsam mit allen Genossen aus der Provinz hochhalten werden für alle Zeit. (Beifall.)

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich begrüße mit Freuden die allseitigen Bestrebungen in unserer Partei, das Programm zu ergänzen, denn das ist, auch im Hinblick auf seine praktische Ausführung ein Bedürfniß. Wohin wir uns wenden, wir treten einem Reichstagsabgeordneten, oder einem Landtagsabgeordneten, oder mindestens einem Stadtrath auf die Hühneraugen (Heiterkeit); es ist also unsere Pflicht, unser Parteiprogramm möglichst deutlich zu machen, damit unsere Parteigenossen bei der Agitation eine Schablone haben. Unser Programm ist für uns die Fahne, um die wir uns unter allen Umständen schaaren. In letzter Zeit ist uns durch verschiedene Umstände die Agitation sehr erschwert worden, nicht zum wenigsten durch die Berliner, welche mit ihren langwierigen Berathungen über die Religion uns in der Provinz beständig den Prügel zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Nichts ist erbärmlicher, als wenn ich in einer Centrumsversammlung immer wieder Aeußerungen aus jenen Versammlungen vorgehalten bekomme mit dem Beifügen: „Ihr wollt die Religion beseitigen oder sie blos vorläufig noch bestehen lassen, um den „dummen Bauern" nicht vor den Kopf zu stoßen." Wenn ich nun vor diesen Bauern stehe, muß ich immer erst den Mist wegräumen, den die Berliner aufgeladen haben. (Zustimmung und Widerspruch.) — Zu den Schlußforderungen an den heutigen Staat habe ich einen Vorschlag. Ich habe die Verstaatlichung der Apotheken im Auge. Keine der heutigen Einrichtungen eignet sich besser zur Verstaatlichung. Wie wirksam muß diese Forderung als Agitationsmittel sein, wenn man erwägt, wie erbärmlich es heute um die Verpflegung der Armen mit Midikamenten bestellt ist! — Ueber den sogenannten Zukunftsstaat müßte möglichst rasch ein kleines Brochürchen, eine Art Katechismus herausgegeben werden. Wir wissen nicht, wie lange die heutige Aera der sogenannten Freiheit dauert; es darf keine Minute versäumt werden, um das, was wir dem Volke zu sagen

haben, in die Massen zu werfen. Verwenden wir in ausgedehntestem Maaße den Riesenfonds, der hinter uns steht, nicht zu Unterstützungs- sondern zu Agitationszwecken! Im nächsten Jahre wollen wir soviel arbeiten, wie in den verflossenen zehn Jahren zusammen, aber praktisch, nicht nur theoretisch; ob das Wort im Programm so oder so lautet, ist minder wichtig, in der Sache sind wir ja einig! (Beifall.)

Schwartz-Hamburg: Gegenüber den vielen Ausführungen der letzten Zeit in der Religionsfrage stehen wir so: Der Staat soll sich nicht in Religionsangelegenheiten mischen; wer das Bedürfniß hat, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, hat die Kosten dafür zu tragen, nicht aber soll der Steuersäckel des Volkes herangezogen werden, um Pfaffen zu besolden. Auch in Hamburg hat sich jüngst eine Agitation etwas breit gemacht, welche auf den Massenaustritt aus der Landeskirche hinarbeitet. Das wäre falsch; das Landvolk würde dann en masse von uns zurückweichen. In der ländlichen Presse wurde dies besonders gegen uns ausgeschlachtet. Darum muß dieser Agitation entgegengewirkt werden. Ich empfehle, den Passus „Religion ist Privatsache“ unverändert bestehen zu lassen.

Molkenbuhr: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es eigentlich völlig überflüssig ist, in unserm Programm Bestimmungen über politische Tagesfragen zu haben. Dazu sollte in Resolutionen Stellung genommen werden, für deren Vereinbarung die Parteitage, die wir ja jetzt öfter haben werden, der Ort sind. Das Programm muß die Endziele festlegen, sollte sich aber mit Tagesfragen nicht befassen. Sonst kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus, daß wir fast jedes Jahr das Programm ändern müssen, weil uns jedes Jahr neue Fragen aufgedrängt werden. Auch tritt uns dann unser Programm bei der Agitation gewissermaßen hemmend in den Weg; stehen diese oder jene bestimmten Forderungen im Programm, so können die Leute daraus schließen, wir wollten nichts anderes, nichts weiter, als was darin steht, und dabei können doch immer neue berechtigte Forderungen auftauchen, denen Rechnung getragen werden muß. Zu der Frage „Religion ist Privatsache“ glaube ich, als Bewohner des platten Landes und nach den Erfahrungen meiner Thätigkeit auf den Dörfern, berechtigt zu sein, mich auch hier zu äußern. Man will den Passus aus dem Programm beseitigen, weil wir doch den Atheismus als Produkt der wissenschaftlichen Forschung fordern. Nehmen wir alle Produkte wissenschaftlicher Forschung auf, dann haben wir kein Programm mehr, dann könnten wir ganze Bände herausgeben. Wir sind doch zunächst eine politische Partei, und können als solche doch unmöglich die gesammte Wissenschaft in unser Programm hineinschreiben. Aus dem Verlangen, daß ein zielbewußter Sozialdemokrat mit der Landeskirche brechen müsse, folgert man auf dem Lande, daß, wenn die Sozialdemokratie zur

Herrschaft gelangt, Jedem seine Religion verboten, eine große Ketzerrichterei in dem umgekehrten Sinne veranstaltet werden würde, daß man die Gläubigen verbrenne. Und das folgert man mit ziemlicher Nothwendigkeit, wenn wirklich verlangt wird, daß keiner in der Partei geduldet werden soll, der zu einer Kirche gehört. Durch diese Agitation wird auch ein Mißverständniß insofern hervorgerufen, daß man die freien Gemeinden auf Kosten der sozialistischen Partei zu stärken sucht, denn auf etwas Anderes läuft doch die ganze Sache nicht hinaus. Wir wollen doch keinen Gewissenszwang gegen uns, beanspruchen vielmehr völlige Gedankenfreiheit; also müssen wir sie auch den anders Denkenden lassen. Auf dem Lande kommen wir mit der Religion am besten voran, wenn wir sie ganz aus dem Spiel lassen. Wenn die Leute auf den Dörfern unser Programm, unsere Hauptforderungen kennen gelernt haben, sind sie schon halbe Sozialisten geworden; nun können die Pfaffen es sich nicht versagen, über die Sozialdemokraten herzufallen; sie kommen dann in ihren Predigten auf das Theilen, die Abschaffung der Ehe und alle anderen Lügen. Gerade das ruft dann den Widerspruch der schon halb zu Sozialdemokraten Gewordenen hervor, weil sie sehen, wie leichtfertig da von den Pfaffen Lügen in die Welt gesetzt werden; das macht sie schwankend, und vielfach haben es auf diese Weise in manchen holsteinischen Orten, wo Sonntags früher ziemlich die ganze Bevölkerung in die Kirche ging, die Herren mit ihren früheren Kirchgängern verdorben. So entsteht von selbst, was jene Heißsporne mit Gewalt herbeiführen wollen. Wir stehen ja doch nicht thurmhoch erhaben über der Bevölkerung; wir wollen sie doch zu unseren Auffassungen herüberziehen; da dürfen wir sie nicht auf diesem Wege zurückstoßen und zwischen ihr und uns eine Scheidewand aufrichten. Das geschähe aber auch dann schon, wenn wir bloß die Nothwendigkeit, Atheist zu sein, betonen würden.

In der Frage der Verstaatlichung von Grund und Boden werden wir, im Interesse der ländlichen Agitation, jedenfalls eine Schrift verfassen müssen, die diesen Punkt festlegt und unseren agitatorisch auf dem Lande wirkenden Genossen eine Richtschnur bietet. Ich bin Zeit meines Lebens im Grunde nichts anderes, als ein Bauernagitator gewesen. Die Landleute sind nicht völlig unempfindlich für die sozialistischen Lehren, im Gegentheil findet man ein gut Stück praktischen Sozialismus schon oft auf dem Lande (Bravo!), beim Entwässerungswesen, beim Verwenden landwirthschaftlicher Maschinen, welche den Kleinbetrieb unmöglich machen, im Genossenschaftswesen u. s. w. Dadurch wird dem eigentlichen sozialdemokratischen Grundgedanken Vorschub geleistet; die Leute sind praktisch sozialistischer, als sie selbst glauben, und faßt man die Sache dann am richtigen Ende an, so werden sie auch für unser Programm zugänglich. Es liegt hier kein Fehler im Programm;

es fehlt nur an der nöthigen Litteratur, wonach sich jeder Agitator richten kann. (Beifall.)

Dr. Rüdt: Ich habe das Wort zu einem sehr wichtigen Punkte unseres Programms erbeten und möchte zunächst jedes Vorurtheil gegen mich beseitigen. Ich bin weder ein Freireligiöser, noch ein Freidenker, ich bin ein Feind des Freidenkerthums und bekämpfe es; ich wünsche Ihnen allen Tretet in die Sozialdemokratie ein, da ist der Platz, wo ihr kämpfen sollt! Ich weide auch nicht auf den Wiesen der grauen Theorie, sondern ich bin wahrscheinlich der praktischste Agitator der Partei. (Heiterkeit.) Das beweisen die Anforderungen, die an mich gestellt werden; ich habe in anderthalb Jahren 140 Reden gehalten. Die Parteigenossen in Bayern, Baden, Württemberg, im Schwarzwald können mir's überall bestätigen.

Ich bin nicht aus Opposition gegen unser Parteiprogramm zu meinem Antrag gekommen, sondern weil ich wünsche, daß unsere herrliche und erhabene Partei bewahrt bleibe vor dem Vorwurf der Heuchelei. Eine solche Partei muß auch wahrhaftig sein. Wir haben gestern selbst von Liebknecht gehört, daß er, wie die meisten andern, auf dem Standpunkt des Atheismus steht. Es soll das nicht ausgesprochen werden im Programm; ich verlange nur, daß wir offen und ehrlich als Partei erklären, daß wir, als Revolutionäre auf dem Standpunkt der Wissenschaft stehend, nichts mit den alten Hirngespinnsten, mit denen die Pfaffen unsere Ziele, unsere Pläne durchkreuzen, gemein haben. Ich habe draußen im Süden Deutschlands unendlich vielmit Pfaffen zu thun, — warum? weil sie uns die Sozialdemokraten vor der Nase wegnehmen wollen! (Heiterkeit.) Deshalb trete ich ihnen entgegen und sage ihnen: Ihr kommt zu spät; auf den Arbeiter macht ihr mit euren Hirngespinnsten keinen Eindruck mehr. Wenn sie vor das Volk hintreten und die Arbeiter warnen vor uns, den Sozialdemokraten, die alles, auch den lieben Herrgott, vernichten wollen, da müssen wir doch einschreiten und den Arbeitern zeigen, daß die Pfaffen sie an der Nase herumführen wollen. Das ist die Aufgabe des Agitators, das beweisen meine Erfolge in den katholischen Ländern. Als die Wahlen kamen, hieß es bei uns: nun wird's gefährlich sein, den Rüdt aufs Land hinauszuschicken, den werden die Pfaffen todtschlagen. (Heiterkeit.) Aber als die Wahlen da waren, hat man den Rüdt doch hinausgeschickt, wo die Pfaffen waren, und da hat er seine größten Erfolge gehabt. Als die Pfaffen vor zwei Jahren gegen Giordano Bruno vorgingen, behaupteten, er sei ein Esel und ein Schwein gewesen, da ging ich nach Köln, und die Kölner können Euch erzählen, was ich da fertig gebracht habe. (Heiterkeit.) Ein freierer Geist war hineingetragen worden; der nützt immer und schadet nie. Dazu meine Erfahrungen im Rheinlande gegen Pastor Thümmel. Die Remscheider Parteigenossen hatten mir

geschrieben: wir können nicht fertig werden, wir kommen zu keinem Verein, wir stehen nach Thümmels Erfolgen als gemeine Verbrecher da, Niemand will sich zu uns bekennen. Da bin ich hingekommen und habe gewirkt. Ich bin also thatsächlich kein unpraktischer Parteiphilosoph. Liebknecht sagt selbst, man müsse den Muth haben, nicht vor den letzten Konsequenzen zurückzuschrecken; er hat 1869 in Basel den Kollektivismus auch an Grund und Boden offen verkündet; und wir sollten heute nicht den Muth haben, zu sagen: ja wohl! als Partei brechen wir vollständig mit der Meinung, als gehörten wir noch zu dem alten Zopf, der dem alten Moses nachzieht? Liebknecht meint, die Schule werde schon helfen. Gewiß, aber nur, wenn sie aus den Händen der Pfaffen genommen wird. Bleibt sie so wie heute, oder kommt sie zu ihnen zurück, so haben wir keine Hoffnung, daß diese Schule Sozialdemokraten aus unseren Kindern machen wird. Auf der Pastorenkonferenz in Hannover haben wir ebenfalls dieselben Absichten wieder kennen gelernt: wir brauchen nur wieder einen schönen Himmel, den brauchen wir nur mit unseren schwarzen Kutten zuzudecken, dann wird der Staat mit uns zufrieden, und diese Abwendung wird wieder zurückgedrängt sein. Ich bin der festen Ueberzeugung, diese Abwendung wird nicht zurückgedrängt, aber sie kann gehemmt werden durch das Pfaffenthum. Haben wir nicht in der Geschichte die schlagendsten Beispiele dafür? Nachdem die Revolution niedergeworfen war, sind da nicht diese Ideen von den Pfaffen wieder zur Geltung gebracht worden? Bebel hat das wunderbare Prognostikon gestellt, daß jetzt unsere Thätigkeit stärker gegen die Ultramontanen gerichtet werden müsse; unser Kampf geht aber ebenso gegen die Stöckerei und Muckerei, wie gegen den Ultramontanismus. Denn diese Brüder haben sich untereinander sehr gern und stehen auf demselben Boden. Wir handeln, wie ich praktisch erfahren habe, nicht ganz recht, wenn wir bei jenem alten Satze stehen bleiben. Dreesbach wird mir bezeugen, daß bei der letzten Wahl die Gegner in ihren Flugblättern gerade hier eingesetzt hatten, um die Führer als miserable Heuchler und Lügner hinzustellen; im Programm stände: „Religion ist Privatsache," und die Führer hätten den Atheismus gepredigt. Darum sage ich, die Partei soll sich bekennen, weiter gar nichts, und dann die Pfaffen bekämpfen. Ich brauche nicht auf die enge Verbindung von Thron und Altar hinzuweisen; Sie wissen, wie strikte die beiden immer zusammengehalten haben. — Die große sozialistische Bewegung dreht sich doch nicht blos um den Magen; sie ist eine große Kulturfrage und -Bewegung, und als solche kämpft sie zunächst für die soziale, dann für die politische und dann im Großen und Ganzen für die Geistesfreiheit der Menschen. Sklaven werfen die Kette nicht ab. Ich kann, liebe Freunde, den Vorwurf zurückweisen, daß diejenigen, welche gegen das Pfaffenthum ankämpfen,

gegen den lieben Herrgott ankämpfen; ich habe nie mit den Geistlichen um diese oder jene schöne Eigenschaft desselben gestritten, darauf habe ich mich nie eingelassen, sondern stets praktisch den Pfaffen vorgehalten: Ihr wollt das Volk auf dem Boden der blauen Phantasie in der Knechtschaft erhalten. Die Partei selbst fühlt heraus, daß hier etwas geschehen muß. Von allen Gegenden Deutschlands kommen mir seit zwei Jahren Briefe über Briefe, die mich auffordern, in zwei, drei Tagen nach dem Rhein, nach Schlesien Sachsen, Hannover u. s. w. zu kommen. (Rufe: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache; ich will damit beweisen, daß ein praktisches Bedürfniß vorhanden ist, daß die Leute selbst verlangen, in Schutz genommen zu werden.

Stolle-Gesau: Der erste Satz unseres Programms: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur" ist von der Manchesterschule angefochten worden, und es verlohnt sich der Mühe, zu untersuchen, ob dieser vor 15 Jahren aufgestellte Satz Stich hält.

Auch an dem Programmpunkt, betreffend die Arbeitsmittel, hat die kapitalistische Presse eingesetzt und eine präzisere Fassung verlangt. Es ist auch bei uns angeregt worden, nicht mehr von Arbeitsmitteln, sondern von Arbeitswerkzeugen zu sprechen. Der Ausdruck „Arbeitsmittel" ist ein Kompromißausdruck; auch die Bodenfrage ist ja in dem Programm nicht buchstäblich erwähnt; früher stand doch an der Stelle das Wort „Kollektiveigenthum". Wenn wir aber heute unser Programm präzisiren, müssen wir das alles hineinnehmen; heute muß ausgesprochen werden, daß der Grund und Boden verstaatlicht werden muß, und daneben muß der Ausdruck „Arbeitsmittel" genauer gefaßt werden. — Die gegen die Rechtsprechung durch das Volk gestern und heute angeführten Thatsachen können mich nicht bestimmen, davon abzugehen; denn wir haben nicht gewählte Volksgerichte, sondern Geschworene, die nach einem Census berufen werden. — In der Religionsfrage besagt unser Programm, daß wir das Bekenntniß zu einer Religionsgemeinschaft Jedem überlassen, wir greifen in die Ueberzeugung nicht ein, wir schreiben nichts vor. Aber damit begegnen wir einem aufgetretenen Uebelstande nicht. Die Kirche, als privilegirte Institution, ist von uns zu bekämpfen, und das muß in dem Programm irgendwie zum Ausdruck kommen. Ich bedaure, daß unsere hierhergehörige frühere Forderung aus dem Eisenacher Programm herausgekommen ist. Die Kirche kann nicht nur Andersdenkende boykottiren, ächten, sie kann sie ganz unschädlich machen und ist so geschützt, daß man gegen die Geistlichen nicht klagbar vorgehen kann. Soll das ewig so fortgehen? Was die Schule betrifft, so schützen selbst unsere Dissidentengesetze uns nicht hinreichend, unsere Kinder freidenkend erzogen zu bekommen. Also Trennung der Schule von der Kirche, der Kirche vom Staat!

(Glocke.) Ich komme nur noch kurz auf den Berliner Antrag wegen der Frauenarbeit; dieser Antrag scheint mir gänzlich verfehlt, insofern er die Forderung gleichen Lohnes für Männer und Frauen beseitigen will. Den Frauen müssen in jeder Beziehung die gleichen Rechte zugesprochen werden. Gerade die Konkurrenz der billigeren Frauenarbeit macht jährlich Tausende von Männer arbeitslos. Wer objektiv denkt, wird diesem Antrage nicht zustimmen.

Geyer-Leipzig beantragt den Schluß der Diskussion; Klees ist gegen den Schluß; der Schlußantrag wird abgelehnt.

Agster-Stuttgart: Ich will vorweg gegen Dr. Rüdt bemerken, daß der größere oder geringere Erfolg der praktischen Agitation nicht in der größeren oder geringeren Zahl der gehaltenen Reden gefunden werden kann. Die längeren Ausführungen bezüglich des Pfaffenthums waren mehr oder minder überflüssig. So schlimm, wie Dr. Rüdt es geschildert hat, ist denn doch die Sache mit dem Pfaffenthum nicht. Wenn wir auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Wort „gesetzlich" weglassen, möchte unserer Agitation, speziell in gewissen Kreisen, doch ein unbequemer Hemmschuh angelegt werden, insofern der deutsche Philister ja sehr geneigt ist, nunmehr zu glauben, daß wir uns damit auf einen ungesetzlichen Boden stellen wollen. — Daß die Apothekenfrage sehr reformbedürftig ist, unterliegt keinem Zweifel; das Programm würde aber ein Ungeheuer an Umfang werden, wenn wir alle diese Spezialien darin aufnehmen wollten. Die von Auerbach befürwortete Beseitigung der Trennung der Programmforderungen in zwei Gebiete ist eine Frage praktischer Erwägung, die nicht so sehr ins Gewicht fallen kann. Liebknecht hat mit Recht betont, daß wir eine gewisse Pietät obwalten lassen müssen. — Bei der Forderung der Rechtsprechung durch das Volk muß der Umstand beachtet werden, daß man heutzutage von einer eigentlichen Rechtsprechung durch das Volk noch nicht reden kann; heute hat die besitzende Klasse die Rechtsprechung in den Schwur- und Schöffengerichten in der Hand.

Metzner-Berlin I: Ich möchte zunächst auf die Produktivgenossenschaften eingehen. Liebknecht sagte, der Gedanke habe sich überlebt; Andere wollen ihn festhalten. Thatsächlich hat er sich überlebt, denn gerade diese Bestimmung ist in den letzten Jahren vielfach falsch gedeutet worden. Man berief sich auf das Programm, wenn man Produktivgenossenschaften gründen wollte, zum Theil auch, z. B. in Berlin, gegründet hat. Man hat geglaubt, mit solchen Gründungen vorgehen zu *sollen*, während doch das Programm nur so aufgefaßt werden kann, daß der *Staat*, in welchem derartige Associationen begründet werden sollen, erst herbeizuführen ist, und man hat ganz und gar übersehen, daß, wenn derartige Genossenschaften gegenwärtig begründet werden, sie absolut nicht bestehen können, wenn sie nicht auf dem Boden der heutigen

kapitalistischen Produktion aufgerichtet werden. Sie stellen also nur eine Verlängerung des heutigen Zustandes dar. Solche Mißverständnisse müssen unmöglich gemacht werden, und es hat daher dieser Passus fortzufallen. Andererseits ist nicht außer Acht zu lassen, daß diese Forderung seiner Zeit aufgestellt wurde, um der Agitation von Schulze-Delitzsch entgegenzuwirken. Von da ist sie in unser Programm hineingerathen. — Zu dem wunden Punkte der Religionsfrage bemerke ich nur, daß ich, obwohl selbst freireligiös und der Berliner Gemeinde seit Jahren angehörend, mich doch nicht für den Antrag Rüdt erwärmen kann. Gerade weil auch ich unsere Partei vor Heuchelei bewahren will, möchte ich das, was hier in seinem Antrag gesagt ist, nicht in das Programm aufnehmen.

Mit Stolle halte ich es für unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß der konfessionelle, der dogmatische Unterricht nicht mehr in den Schulen vom Staate protegirt wird; das ist in dem Satze: Religion ist Privatsache, zum guten Theil mit ausgedrückt. Damit ist schon gesagt, daß der Staat als solcher auch nicht berechtigt sein soll, für irgend welche besondere konfessionelle Anschauung einzutreten. In der Beziehung wird vielfach den Anhängern der freireligiösen Richtung mit Unrecht ein Vorwurf gemacht. Sie wollen nicht unsere Reihen lichten; im Gegentheil kann ich von Berlin mit Fug behaupten, daß sich auf diesem Gebiete die Anschauungen mehr und mehr klären. Dem Gebahren, welches auf Massenaustritt aus der Landeskirche gerichtet ist, stehe ich gleichfalls sehr kühl gegenüber. Nichts hat mir größeren Widerwillen bereitet, als vor einer Reihe von Jahren in Berlin Most direkt in einer großen Volksversammlung dazu auffordern zu hören; ich habe mir schon damals sofort gesagt, daß diese gegen die Stöcker'sche Bewegung gerichtete Demonstration einen nennenswerthen Erfolg nicht haben würde. Es ist leicht, in Volksversammlungen dazu aufzufordern; aber noch nicht der zehnte Theil führt es nachher aus. Gewiß muß dahin gewirkt werden, unsere Jugend möglichst aus den Fesseln des Dogmenglaubens herauszureißen, aber da haben wir mit uns selbst noch viel zu thun, und auf Kommando läßt sich so etwas nicht machen. Den Antrag Berndt möchte ich nicht dahin verstehen, daß die Revision des Programms sofort vorgenommen werden soll, denn sonst würden wir blos ein Programm zusammenstoppeln, das nachher als nicht gehauen und nicht gestochen bezeichnet werden müßte. (Beifall.)

Frau Steinbach-Gera: Daß ich überhaupt hier das Wort ergreife, verdanke ich nicht Ihnen, sondern leider unseren eigenen Kämpfen. Ich habe mich nicht dazu gedrängt, ich bin gedrängt worden noch im letzten Augenblick, wo in einer hämischen Notiz der „Hamburger Nachrichten“, dem Lagerplatz Bismarck'scher Weisheit, den Sozialdemokraten unterschoben wurde, daß sie höchstwahr-

scheinlich beim Kongreß Frauen nicht zulassen würden, trotzdem sie doch im Reichstag beim Gesetz über die gewerblichen Schiedsgerichte die Forderung aufgestellt, daß das Frauenstimmrecht eingeführt werde, und weil dies abgelehnt wurde, das ganze Gesetz abgelehnt haben.

Auch wir Fauen haben uns erlaubt, Ihnen zum Programm einen Antrag zu unterbreiten. Ist die gewerbliche Arbeit nur für einen Theil des Volkes, nur für die Frauen schädigend? Leidet die ganze Familie weniger darunter, wenn der Mann krank, verseucht, elend Familienpflichten übt? Die Fürsorge für die Frauen allein ist eine Beschränkung, die in guter Absicht, scheinbar zu unseren Gunsten, gemacht ist, wir müssen uns aber entschieden dagegen verwahren. Durch ein Verbot der Frauenarbeit in diesen Gewerben würden vielleicht Tausende von Frauen auf das Pflaster geworfen werden, und da sie nicht verhungern können und sollen, — was auch nicht Ihre Absicht sein wird — so sind sie gezwungen, das enorme Angebot von billiger, beinahe schon unbezahlter Arbeitskraft in den übrigen Branchen weiblicher Thätigkeit noch zu vermehren. Gerade die massenhaft durch billige Frauenarbeit hergestellten Artikel vertragen keinen Zuschlag auf den Arbeitslohn. Ich will nur die Spiegelbelege-Industrie erwähnen, die besonders schädlich ist. Ich bitte Sie also im Programm festzulegen, wenn Sie schon auf die Schädlichkeit der Arbeit Rücksicht nehmen, daß beide Geschlechter gleichmäßig berücksichtigt werden.

Ebenso bitte ich Sie unseren zweiten Antrag anzunehmen, worin wir die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren fördern. (Beifall.)

Kokosky-Braunschweig: Die „Hamburger Nachrichten" haben einmal eine gute That gethan, denn ohne ihren Artikel wäre unsere Genossin nicht hier erschienen. In unserem Programm ist kein Unterschied gemacht zwischen Mann und Frau. Es sollte aber unverkennbar gesagt werden, daß die Frauen mit uns gleichberechtigt sind.

Man sagte, wir trieben Heuchelei, wenn wir hier nicht ein Rüdt'sches Bekenntniß ablegen. (Heiterkeit.) Ich habe überall den Standpunkt vertreten, daß jede Religion, jedes Bekenntniß zu bekämpfen sei. Nun, es giebt dafür noch eine andere Art der Agitation, als wie die großen Reden des Dr. Rüdt. Ist es nicht auch ein Beispiel von Agitation, wenn man seine Kinder nicht in die Kirche schickt? Wir wollen nicht mehr dem alten Moses folgen, aber auch nicht dem neuen Moses, dem Dr. Rüdt. (Heiterkeit.)

Hoffen wir, daß nach fleißiger Arbeit ein Programm zu Stande kommt, welches auf der Höhe der Wissenschaft steht, gleichgiltig von wem es herrührt. (Beifall.)

Oertel-Nürnberg: Die Sozialdemokratie hat immer die Gleich-

berechtigung der Frau verlangt, und es ist uns nicht im Mindesten eingefallen, die Genossinnen von hier fernzuhalten. Gleichzeitig möchte ich aber auch betonen, daß mich die Ausführungen der Frau Steinbach nicht überzeugt haben. Die Frauenarbeit ist nur ein Stück der sozialen Frage und kann als einzelne Frage durchaus nicht gelöst werden. So wenig es uns Männern gelingt, innerhalb der heutigen Gesellschaft eine menschlichere Existenz zu erringen, ebensowenig würde es den Frauen gelingen, diejenigen Rechte eingeräumt zu erhalten, die ihnen naturgemäß gehören.

Von allen Rednern, die heute gesprochen, sind nur verschwindend wenig neue Gesichtspunkte bezüglich des Parteiprogramms angeführt worden. Es waren größtentheils nur Wiederholungen dessen, was Liebknecht gestern zusammengefaßt hat. (Sehr richtig!) Ehrhart's Tonart möchte ich nicht folgen. Ich werfe mich hier nicht zum Anwalt der Berliner Genossen auf, aber ich halte es nicht für schön, daß man bei jeder Gelegenheit den Berlinern etwas am Zeuge flicken will. Es ist ein unveräußerliches Menschenrecht der Berliner Genossen, ebenfalls ihre Ansichten geltend zu machen. Wenn einzelne Berliner Genossen zum Austritt aus der Landeskirche auffordern, so wird die Sozialdemokratie daran nicht zu Grunde gehen. Wenn wir uns selbst Furcht einflößen, dann wird es nicht gut. Den Antrag des Dr. Rüdt halte ich für vollständig überflüssig. Seine ganzen Erlebnisse sind für mich höchst gleichgiltig, und für die Partei nicht minder. Wir können nicht durch Agitation die Religion von heute beseitigen, sie liegt in der heutigen Gesellschaft begründet, und diese wird die Religion stets aufrecht erhalten, weil sie ein großes Interesse daran hat. Ich glaube mit Liebknecht, daß, wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, wir sehr leicht mit der Religion fertig werden.

Es sind noch ca. 40 Redner gemeldet.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Genosse Schmidt-Berlin: Ich bedaure, daß im Laufe der heutigen Debatte wieder einzelne Angriffe gegen die Berliner Genossen gerichtet worden sind, und zwar in einer Weise, die wir entschieden zurückweisen müssen. Es ist da von „Berliner Mist" gesprochen worden. Ich erkläre, daß die Versammlungen in Berlin, welche den Austritt aus der Landeskirche zum Zweck hatten, nicht von der Partei ausgingen, sondern einfach auf die Initiative einzelner Genossen zurückzuführen sind. Denn vorläufig steht im Parteiprogramm nicht, daß jeder Sozialdemokrat Atheist sein muß. Vogtherr sprach also im eignen Namen, nicht für die Partei. Wenn auf dem Lande „Berliner Mist" abgeladen wird, so geht er nicht von Berliner Genossen aus, er wird nicht von ihnen aufgetragen. Ich bitte also den Genossen, der dies gesagt,

sich in Zukunft etwas anständigerer und gebildeterer Ausdrücke zu bedienen.

Zubeil: Ich kann mich dem nur anschließen. Wir können hier nicht für die Ausführungen Werner's speziell verantwortlich gemacht werden. Wir unsererseits haben nicht eine einzige, irgendwie beleidigende Aeußerung einem Delegirten gegenüber gebraucht und ich wundere mich, daß derartige beleidigende Ausdrücke gegen die Berliner Delegirten nicht einmal von dem Vorsitzenden unseres Parteitages gerügt werden. Wenn Ehrhart behauptet, daß die Berliner mit solchem „Mist" umgehen, so ersuche ich ihn, eine Zeitlang in Berlin zu leben, vielleicht hat er es dann nicht nöthig, Mist abzuladen.

Lücke-Köln: Rüdt hat sich berufen auf seine Erfolge in Köln, und er hat uns, „seine lieben Freunde," angezapft zu einer Aeußerung über seine Erfolge. Ich muß im Namen meiner Genossen in Köln erklären, daß wir die Erfolge, welche die Sozialdemokratie in Köln aufzuweisen hat, nur zum kleinen Theile Herrn Dr. Rüdt zuschreiben. Wenn er sich einen großen Theil an den dortigen Erfolgen beimißt, dann möge er es Anderen überlassen, ihm Lorbeerkränze zu flechten.

Gewehr-Elberfeld; Die Partei als solche hat sich niemals an der Angelegenheit Rüdt-Thümmel betheiligt, und die Partei als solche hat Rüdt auch niemals zu einer Reise nach dem Rhein eingeladen.

Dr. Rüdt: Dem Braunschweiger Genossen erwidere ich, daß ich es doch nicht verdient habe, wenn ich in objektiver Weise einen anderen Standpunkt durch meinen Antrag vertrete, so persönlich angegriffen zu werden. Den Vergleich mit Moses habe ich auch nicht verdient, dazu bin ich viel zu blond. Ich will mir nicht ein Verdienst beimessen, daß ich in Köln gesprochen. Aber mein Kampf gegen die Jesuiten in Köln hat wesentlich dazu beigetragen, daß dort ein sehr viel freierer Geist hineingekommen ist. Ich habe mir also nicht zu viel zugetraut. Ich habe allerdings von den Sozialdemokraten eine Einladung bekommen, nach dem Rhein zu kommen. Ich weiß nicht, in welcher Beziehung ich mich irgendwie überhoben hätte. Höchstens war es ein Fehler, daß ich gesagt habe, ich wäre der praktischste Agitator der Partei. Ich habe sagen wollen, daß ich in gewisser Beziehung vielleicht am meisten in dem Kampfe gegen die Pfaffen praktische Erfahrung habe. Ich möchte also bitten, daß man nicht gleich über einen Redner, der unvorbereitet spricht und seine Worte nicht reiflich überlegen und wählen kann, in dieser Weise herfällt.

Lenz-Remscheid: Nach den Rüdt'schen Ausführungen mußte es in Remscheid so erbärmlich schlecht mit der Partei bestellt sein, daß Herr Rüdt aus Heidelberg kommen mußte, um uns ins Leben zu rufen. Wir haben eine starke Partei gehabt, noch ehe wir Rüdt kannten.

Rüdt hat also eine Unwahrheit gesprochen. Es ist eine Uebertreibung, die ich entschieden im Namen meiner Remscheider Genossen zurückweisen muß, wenn er uns gesagt hat, wir hätten ohne ihn nicht fertig werden können. Pfarrer Thümmel ist auch heute noch nicht mundtodt, obwohl allerdings der Vortrag Rüdt's viel zur Aufklärung beigetragen hat.

Jeup-Dortmund verliest, um der Verwirrung, welcher die sozialdemokratische Partei von Seiten der Ultramontanen in Bochum ausgesetzt ist, entgegenzutreten, eine Erklärung, wonach er, Redner, im Gegensatz zu anderen Rednern, der Ansicht ist, daß die Stellung der Partei zur Religion im Programm klar und präzis ausgedrückt ist.

Vorsitzender Dietz: Es ist soeben wieder der Ausdruck „Unwahrheit" gefallen. Der Genosse Rüdt ist der Uebertreibung beschuldigt worden, und vorher hat Genosse Ehrhart gesagt, daß sie „den Berliner Mist ausbaden müßten". Ich habe mich erkundigt, wie Ehrhart das gemeint hat. Er hat sagen wollen, die Berliner Beschlüsse hätten die Leute im Lande nachher auszubaden. Ich muß doch bitten, daß derartige Angriffe unterbleiben, und daß Meinungen, wie die letzteren, in andere Formen gekleidet werden.

Rüdt führt an, daß er vom Vorsitzenden des Lesevereins eingeladen worden sei, worauf Lenz entgegnet, der Leseverein oder ein Genosse seien aber nicht die Remscheider Sozialdemokraten.

Ehrhart-Speyer: Vielleicht geht der Ausdruck „Mist" etwas zu weit. Ich nehme ihn zurück. Ich wollte nicht die Berliner Genossen im Allgemeinen angreifen, sondern ich meinte nur diesen Punkt in Bezug auf die Landeskirche. Rüdt habe ich durchaus nicht für einen Parteiphilosophen gehalten; ich möchte also diesen Ausdruck nicht auf ihn angewandt wissen.

Woldersky-Köln: Ich erkläre, daß von der Parteileitung Kölns Rüdt niemals nach Köln gerufen ist.

Hierauf erhält das Schlußwort

Liebknecht: Man hat mir von gegnerischer Seite den Vorwurf gemacht, daß ich in meinen gestrigen Ausführungen das berühmte Thema des Zukunftsstaates nicht behandelt habe. Als der Sozialismus noch sehr jung war, noch nicht auf der wissenschaftlichen Basis stand, und sich zum modernen Sozialismus verhielt, wie die mittelalterliche Alchymie zur modernen Chemie, da beschäftigten sich die Arbeiter, welche in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung standen, auf das Eingehendste mit der Frage, wie der Zukunftsstaat aussehen und wie es im Zukunftsstaat zugehen werde. Ich kam anno 1847, als junges Bürschchen in die Schweiz, gerade als das letzte Nachspiel der Kämpfe zwischen den Kommunisten, geführt durch Weitling, und dem „Jungen Deutschland", dessen Hauptvertreter der jetzt verrückt gewordene Antisemit Marr war, stattfand. Da wurde in jedem deutschen Verein des jungen Deutschland, wie

in jedem kommunistischen Arbeiterverein auf das Eingehendste die Frage des Zukunftsstaates erwogen. Und ich erinnere mich, daß damals die Frage ganz besonders große Schwierigkeiten verursachte: wer wird in dem kommunistischen Staate die Stiefel putzen, die Kleider und Kloaken reinigen und die Straßen fegen. Heute lächelt Jeder über diese Versuche, sich den Zukunftsstaat auszumalen. Die Schwierigkeiten von damals sind zum Theil durch die Fortschritte der Technik, der Wissenschaft, schon im Gegenwartsstaat beseitigt worden. Die Kloakenreinigung z. B. wird durch's Wasser weit besser besorgt, als jemals durch Menschen. Die Eisenbahnen, die Elektrizität, die Elektrotechnik sind gekommen und haben die Welt revolutionirt, von Grund aus umgestaltet. Die Wirklichkeit ist der kühnsten Phantasie vorangeeilt. In Shakespeare's „Sommernachtstraum" will Puck, der Zauberer und Genius, einen Gürtel um die Erde legen in 30 Minuten. Heute fährt der elektrische Funke, der zum Diener des Menschen gemachte Blitz, in einer Sekunde um die ganze Erde herum. Diejenigen Herren, die Auskunft über den Zukunftsstaat von uns wollen, mögen bedenken, daß uns jede Voraussetzung fehlt, auf welche hin vorausgesagt werden könnte, wie ein Staat, oder eine Gesellschaftsordnung, ich will sagen in zehn Jahren — nein in einem Jahr — beschaffen sein wird. Was heute als Wahrheit gilt, ist morgen als Unsinn erkannt. Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion. Und da will man sagen, wie künftig der Staat sich gestalten soll! Nur ein Narr kann das fragen. Wer will sich unterfangen, zu sagen, wie es nächstes Jahr in Deutschland aussehen wird? Leute, die solche Fragen stellen, verstehen von den sozialen Fragen nichts, nichts von dem organischen Entwickelungsprozeß der Gesellschaft, und sie nageln sich selbst an als vollständig unwissenschaftliche, denkunfähige Köpfe. (Sehr richtig!)

Ich komme nun zu der soeben beendigten Diskussion. Die zu diesem Punkt der Tagesordnung eingebrachten Anträge sind, wie schon angedeutet worden, einfach Material für die Genossen, welche beauftragt werden, der Partei den revidirten Entwurf vorzulegen. Es ist in dieser Debatte nicht ein Antrag gestellt und nicht ein Wort gesprochen worden, welches nicht berücksichtigt werden wird. Unser Programm kann nicht hervorgehen aus den Köpfen einzelner Weniger, es muß die Kollektivarbeit der ganzen Partei sein. Alles was noch in der Presse, in Versammlungen Neues an Gesichtspunkten auftauchen wird, wird selbstverständlich als Baustein verwendet werden für das neue Programm. Nur einen Irrthum habe ich hier zu rektifiziren. Es ist wiederholt von einer Kommission gesprochen worden, oder von der Kommission, welcher, nach der von mir beantragten Resolution, diese Aufgabe zu übertragen sei. Ich habe den Antrag gestellt, den Parteivorstand zu beauftragen,

einen revidirten Entwurf vorzulegen. Wir haben ausdrücklich vorlegen gesagt, und nicht auszuarbeiten. Der Vorstand kann und wird selbst, soweit die Kräfte seiner Mitglieder reichen, an dem Entwurf arbeiten; er hat aber die Pflicht, alle tüchtigen Kräfte in der Partei heranzuziehen und mitarbeiten zu lassen. Kurz: die Partei soll das neue Programm machen, und der Vorstand dieser Kollektivarbeit die würdige Form geben.

Es ist falsch, zu sagen, wir müssen ein definitives Programm schaffen. Es giebt kein definitives Programm für irgend eine Partei, geschweige denn für eine wissenschaftliche Partei, denn es giebt keine definitive Wissenschaft. Lord John Russel, der da glaubte, er habe die politische Weisheit mit seiner Reformbill zum Abschluß gebracht und von der Firality-Endgültigkeit sprach, hat sich durch dieses Wort für ewige Zeiten lächerlich gemacht. Wir behalten auch das neue Programm nur, solange es dem Stande der Wissenschaft entspricht; merken wir, daß die Wissenschaft darüber hinausgegangen ist, dann reformiren wir es abermals. Wir sind niemals zufrieden, wir gehen immer vorwärts! (Sehr richtig!)

Ein Redner hat gewünscht, wir möchten doch das Wort „Normalarbeitstag" durch das deutlichere Wort „Maximalarbeitstag" ersetzen. Dieser Vorschlag liefert einen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß unter dem Sozialistengesetz zwar eine kampfesmuthige Generation herangewachsen ist, daß aber die theoretische Ausbildung etwas Noth gelitten hat unter den Erfordernissen des Kampfes. (Heiterkeit.) Sonst würde der Genosse wissen, daß es einen Mann gegeben hat, dessen Name noch nach 1000 Jahren als der des Begründers unseres wissenschaftlichen Sozialismus in hellem Glanze strahlen wird, nämlich einen gewissen Karl Marx, der in seinem monumentalen Werke, dem Kapital, den klassischen Ausdruck „Normalarbeitstag" gewählt hat. Das Wort „Maximalarbeitstag", das absolut nicht mehr sagt als „Normalarbeitstag", ist einfach eine Neuerung, versucht theilweise aus bewußter Opposition gegen Karl Marx von Männern, die wünschten, daß der internationale Charakter, welchen Marx der Bewegung aufgedrückt hat, etwas zurückgedrängt werden möge. Es sind die Anhänger des nationalen und konservativen Rodbertus gewesen, welche den Ausdruck „Normalarbeitstag" durch „Maximalarbeitstag" zu ersetzen versuchten, und es ist der Staatssozialismus, der sich für diesen Ausdruck ins Zeug gelegt hat. Wir halten es mit Marx, und wir bleiben bei unserem „Normalarbeitstag".

Ich komme jetzt zu der Frage der Religion. Ich habe mich mit derselben gestern deshalb so eingehend beschäftigt, weil ich wußte, daß unter uns allerhand Geister das Bedürfniß haben, sich in den luftigen Regionen herumzutummeln. Ich habe gestern schon alle Einwürfe gegen die Fassung unseres betreffenden Programm-

satzes vorweg widerlegt. Nun hat Herr Rüdt gesagt: wir machen uns einer Heuchelei schuldig, wenn wir nicht Farbe bekennen und den Atheismus auf unsere Fahne schreiben. Bekennt unser Programm nicht Farbe, stellen wir uns nicht auf den Boden der Wissenschaft? Und weiß nicht jeder denkfähige Mensch, der weiß, was Wissenschaft ist, daß Wissenschaft und Religion unvereinbare Gegensätze sind? Durch den wissenschaftlichen Charakter unserer Partei ist jede Mißdeutung nach dieser Richtung hin beseitigt. Von einer Heuchelei ist also keine Rede, wohl aber umgekehrt von einer mangelnden Kenntniß der Dinge und mangelndem Urtheilsvermögen auf Seite derjenigen, welche die Auffassung theilen, daß die Religion in erster Linie zu bekämpfen sei. Die Kirche, die katholische, wie die protestantische, ist heutzutage nichts anderes, als eine Stütze, ein Instrument des Klassenstaates, und die Basis des Klassenstaates ist die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Sklaverei und Ausbeutung in jeder Gestalt. Mit der kapitalistischen Produktion steht und fällt der moderne Klassenstaat. Jeder General, der den Feind schlagen will, vergeudet seine Kräfte nicht in einer untergeordneten Position, die für das Ganze keine ausschlaggebende Bedeutung hat, sondern er packt den Schlüssel der feindlichen Position, nach dessen Fall alles Andere fallen muß. Statt mit Nebensachen die Kräfte zu zersplittern, packen wir die ökonomische Basis an, auf welcher der heutige Klassenstaat mit sammt den Kirchen oder Konfessionen und dem Pfaffenthum steht: fällt die Basis, dann fällt alles Andere mit. (Sehr richtig!) Und dann bedenke man noch, daß die Verpflichtung zur Religionslosigkeit ein Eingriff in die Gewissensfreiheit wäre, in die Freiheit des Denkens, in die persönliche Freiheit, die wir unter allen Umständen achten und schützen müssen. Kurz, wir, die wir den Satz vertheidigen, daß die Religion Privatsache, sind mehr in Harmonie mit den Grundprinzipien unserer Partei und obendrein bei weitem radikaler als Diejenigen, denen in der Bekämpfung der Religion selbst eine gewisse Religiosität (sehr gut!) oder richtiger, ein Rest von Pfafferei anhängt. Ich liebe die Pfaffen in keiner Gestalt, und die Antipfaffen genau so wenig wie die richtigen. (Bravo!)

Und noch eins: Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet, den Glauben an die höchsten Ideale? Ist im Sozialismus nicht die höchste Sittlichkeit: Selbstlosigkeit, Aufopferung, Menschenliebe?

Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig das schwerste Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen, uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, blos um der Sache zu dienen, so war das auch Religion, aber nicht die Religion des Pfaffenthums, sondern die Religion des Menschenthums. Es war der Glaube an den Sieg des Guten

und der Idee; die unerschütterliche Ueberzeugung, der felsenfeste Glaube, daß das Recht siegen und daß das Unrecht zu Falle kommen muß. Diese Religion wird uns niemals abhanden kommen, denn sie ist Eins mit dem Sozialismus. — Im Reichstage sagte einmal der Abgeordnete Bamberger, als ich über die Gemeinschädlichkeit des Sozialistengesetzes sprach und den Sturz seiner Urheber voraussagte, seufzend zu einem Nebenmann: „Die Sozialdemokraten haben noch den Glauben!“ Ja, wir haben noch den Glauben — die Herren Fortschrittler haben ihn nicht —, wir wissen, daß wir die Welt erobern werden. (Lebhaftes Bravo!)

Also mit der Religion wären wir nun fertig.

Es ist ferner von der Frauenarbeit und von dem Frauenstimmrecht die Rede gewesen. Selbstverständlich sind wir alle für das Frauenstimmrecht, für die absolute Gleichberechtigung der Frauen. Diese Gleichberechtigung hat sich auch auf das Gebiet der Arbeit zu erstrecken. Die Genossin, welche vorhin so beredt über dieses Thema gesprochen, ist vollkommen im Recht, zu sagen: Sollen wir die Vergiftung, die Durchseuchung, die Zerstörung des Lebens und der Gesundheit durch die jetzige Produktionsweise beim Manne mehr billigen als bei der Frau? Und sind die vergiftenden, die Gesundheit, das Leben untergrabenden Einflüsse, die wir von dem weiblichen Arbeiter abwenden wollen, nicht auch verderblich für den männlichen Arbeiter? — Prinzipiell ist hiergegen nichts einzuwenden. Und prinzipiell muß auch nach dieser Richtung hin Gleichheit sein. Der Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den wir im Reichstag eingebracht haben, trägt dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Gleichheit von Mann und Frau auch Rechnung, soweit es irgend möglich ist, ohne die Interessen der Frau zu schädigen; allein die größere Zartheit des weiblichen Organismus, die Schwäche des Weibes, die zugleich seine Stärke ist, zwingt zu Rücksichten, die das Prinzip der Gleichberechtigung nicht verletzen, von der Humanität aber gefordert werden. Ich will ins Einzelne nicht eingehen — auch diese Frage wird gewiß in vorurtheilslosester, den Interessen der Frauen sicherlich förderlichster Form zur Erledigung gebracht werden.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk, so absolut hingestellt wie in unserem Programm, ist praktisch nicht durchführbar. Aber ich will mich nicht auf Details einlassen. Daß das heutige System der Vertretung, welches man mit dem Namen Parlamentarismus bezeichnet, auch in praktischer, wenn ich so sagen darf: in technischer Beziehung an vielen Mängeln leidet, daß es den Willen des Volkes nicht voll zur Geltung kommen läßt, das unterliegt keinem Zweifel. Vielleicht habe ich im nächsten Jahre die Ehre, als Referent oder Korreferent über das neue Programm

zu sprechen, und dann habe ich auch diese Frage ausführlich zu behandeln und auszuführen, wie nach meiner Ansicht die Volksvertretung und Gesetzgebung vernünftig zu gestalten sind.

Die Unentgeltlichkeit der Medizin ergiebt sich von selbst aus der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung.

Es ist gewünscht worden, daß auch die Aufhebung der Gesindeordnung in dem sogenannten praktischen Theil des Programms gefordert werden möge. Das ist eine Frage, die wir hier nicht entscheiden können, aber dem Ermessen der Genossen möchte ich es doch zur Erwägung anheimgeben, daß es sich wohl kaum verlohnen würde, Materien in's Programm aufzunehmen, die schon in einigen Jahren aus der Welt geschafft sein können. Ein Parteiprogramm ist kein Wahlprogramm, kein Gelegenheitsprogramm, welches blos den Bedürfnissen des Tages zu entsprechen hat.

Einen Fehler unseres Programms habe ich gestern nur gestreift, er besteht darin, daß es in verschiedene Abtheilungen zerfällt, bei deren Abgrenzung ziemlich willkürlich und unlogisch verfahren worden ist. Statt organisch aus einem Guß oder Wuchs zu sein, ist es mechanisch in drei Theile zerschnitten, was den organischen Zusammenhang aufhebt und logisch, wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen ist. Da heißt es z. B. nachdem die allgemeinen Prinzipien ausgesprochen sind: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von „sozialistischen Produktivgenossenschaften". Von wem fordert sie das? Doch nicht vom „Zukunftsstaat", sondern vom heutigen Staat. Und wo soll die Lösung „angebahnt" werden? Doch auch nicht im „Zukunftsstaat", wo sie ja bereits erfolgt ist, sondern im heutigen Staat. Nun kommt aber am Schluß dieser Abtheilung des Programms ein zweiter Absatz: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft." Sie sehen, diese Trennung ist vollkommen willkürlich, und sie bildet einen der größten Fehler dieses Programms. Wer kann den heutigen Staat von dem künftigen Staat scharf abgrenzen? Der heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein, gerade wie der Zukunftsstaat schon in dem heutigen Staat drinsteckt. Es geht nicht wie beim Fall des Sozialistengesetzes, Nachts 12 Uhr hört der alte Staat auf und fängt der neue an. (Heiterkeit.) Dieser kindischen Auffassung, der unsere Gegner huldigen, indem sie fürchten, wir wollten tabula rasa machen — als ob das möglich wäre! — dürfen wir uns nicht schuldig machen; und wir thäten es, wenn wir eine bestimmte Grenze zwischen dem heutigen und dem sogenannten Zukunftsstaat ziehen wollten. Da fällt mir ein: in den Zeitungen war wieder von „Theilerei" die Rede. Kein Anderer als Herr Eugen Richter hat uns wieder das Theilgespenst vorgeführt. Nun, die Herren, die mit solchen Mitteln

arbeiten, beweisen dadurch blos, daß sie das ABC des Sozialismus und auch die Nationalökonomie nicht kennen. Ueber derartige Späße geht man hinweg und überläßt die Leute, die solche Dummheiten machen, ihrem Schicksal, der Lächerlichkeit. Aber wenn man sich auch mit solchen Kindereien nicht befassen kann: die Partei hat jetzt in Wahrheit den geistigen Kampf zu kämpfen, von dem jetzt so viel die Rede ist, und für uns ist er Ernst, während er für unsere Feinde blos Spiegelfechterei ist. Indem die Partei in die Diskussion des Programms eintritt, tritt sie zu gleicher Zeit ein in die Diskussion der Parteigrundsätze im weitesten Umfang. Noblesse oblige!*) Mit der Kraft wächst die Pflicht. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes, das Wachsthum unserer Partei legt uns Pflichten auf. Unsere erste Pflicht ist, Wissen in die Massen zu bringen. Im Wissen liegt Macht. Hätten die deutschen Arbeiter nicht durch die Sozialdemokratie, d. h. durch die einzige Partei, welche die Erziehung der Massen sich zur Aufgabe gemacht hat, eine große Summe von Wissen und Kenntnissen überkommen, glauben Sie, daß wir den Kampf gegen das Sozialistengesetz ausgehalten und unsere Gegner auch geistig überwunden hätten? Nun wohlan! Zwölf Jahre hat der Kampf unsere ganzen Kräfte in Anspruch genommen. Für die Theorie hatten wir keine Zeit. Jetzt kommt wieder die Zeit des Studiums, der Belehrung, und gerade die Neugestaltung des Programms giebt uns die beste Gelegenheit, und ist ein mächtiger Sporn, diese Mission der Aufklärung in weitester Ausdehnung zu erfüllen.

Und nun bitte ich Sie blos noch, setzen Sie alles daran, daß die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, im vollsten Maaße erfüllt wird. Das neue Programm muß stehen auf der Höhe der Wissenschaft, es muß athmen den Geist der Partei, die da weiß, daß sie nicht willkürlich und durch Zufall das geworden ist, was sie ist, und daß wir nicht ein Haufe von verbissenen Unzufriedenen sind, die nicht wissen, was sie wollen — wie unsere Gegner behaupten. Nein, wir sind Sozialdemokraten aus Ueberzeugung und aus Nothwendigkeit. Die Nothwendigkeit zwingt das auf Besserung seiner Lage bedachte, nach seiner Befreiung ringende Volk, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Die ganze gesellschaftliche und staatliche Entwickelung, aus der wir hervorgegangen, ist eine Nothwendigkeit. Diese Nothwendigkeit, die unsere Gegner mit keinen Kanonen, mit keinen Polizeiwaffen aus der Welt schaffen können, besteht, und kraft ihrer bestehen wir. Die Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit, und unser Sieg ist eine Nothwendigkeit. Nicht die blöde Nothwendigkeit des griechischen Fatums, das mit

*) Französisch. Eigentlich: Adel verpflichtet. — Höhere Macht und Leistungsfähigkeit legen höhere Pflichten auf.

dem Menschen spielt, wie die Katze mit der Maus, sondern die Nothwendigkeit des organischen Entwicklungsprozesses, in welchem der Mensch als höchst entwickelter Organismus, die entscheidende, bestimmende Arbeit verrichtet. Irgend ein übel berathener Literat hat jüngst gesagt, die Marx'sche Lehre schließe die Gefahr in sich, den Glauben zu erzeugen, wir hätten mit verschränkten Armen dazustehen und, während der Entwicklungsprozeß sich von selbst vollziehe, es ruhig abzuwarten, bis die Suppe der Sozialdemokratie gekocht sei. Der Mann, der das geschrieben, hat keine Zeile von Marx gelesen oder verstanden. Marx gerade hat es scharf ausgesprochen, daß der Mensch selbst mitbestimmender, nein, bestimmender Faktor ist, daß er aber nicht willkürlich die Entwicklungsgesetze verändern und deren Wirkungen aufheben kann. Und wäre diese Lehre nicht richtig, nimmer wäre es uns möglich gewesen, unsere Gegner zu besiegen. Unsere Gegner verfügen über alle menschlichen Machtmittel: Geld, Polizei, Soldaten — aber sie haben uns nichts anhaben können, weil die organischen Entwicklungsgesetze, die für uns wirken, sich nicht ändern, nicht fälschen, nicht in ihr Gegentheil verkehren lassen. Die Machtfülle eines Bismarck war Ohnmacht im Kampfe mit uns. Gestützt auf unser gutes Recht und in voller Erkenntniß der Thatsachen, im klaren Bewußtsein unserer Stärke und der gegenseitigen Machtverhältnisse haben wir gekämpft und gesiegt — nicht, indem wir die Arme verschränkten, sondern thatkräftig eingriffen, jeder Einzelne mit äußerster Anspannung seiner Kraft — und so wollen wir fortfahren.

Das alte Programm hat sich überlebt, schaffen wir ein neues. Dieses wird wiederum alt werden, dann schaffen wir abermals ein neues. Was wir nicht thun, thun unsere Kinder. Man hat von „Jungen" und „Alten" gesprochen. Dummes Zeug! Wer das Wort erfunden, kennt das Wesen der Sozialdemokratie nicht. Unsere Partei ist eine Partei der Jugend, die Partei des jungen Riesen: Proletariat, der die Menschheit befreien wird. Die meisten von uns sind glücklicher Weise jung, andere sind alt an Jahren, aber als Sozialdemokraten sind wir Alle jung. Gewiß, wie ich am 1. Oktober in Berlin sagte: Wir haben eine junge und eine alte Garde; die junge Garde ist erzogen worden unter dem Sozialistengesetz und durch das Sozialistengesetz. Neben ihr, nie weit vom Feind, steht aber auch die alte Garde, und beide müssen mit einander wetteifern, wie die junge und alte Garde der französischen Armee. Sie müssen einander anspornen und vorantreiben im großen Emanzipationskampf, damit das Programm der Partei möglichst gründlich und möglichst bald verwirklicht werde, das Meiste dazu beitragen, daß unsere Ziele erreicht werden, das sei eines Jeden Ehrgeiz! Mit diesen Worten komme ich zum Schluß. Nehmen Sie unsere Resolution womöglich einstimmig an und thun Sie, was

Sie können, daß das Programm zur Verwirklichung, und die Partei zum Siege gelange! (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Nachdem ein Antrag Berndt, die Berathung über das Parteiprogramm sofort vorzunehmen, zurückgezogen ist, wird die Resolution des Genossen Liebknecht einstimmig angenommen. (Bravo!)

Es ist ein Antrag eingegangen, die Liebknecht'sche Rede in 100 000 Exemplaren drucken zu lassen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Liebknecht'sche Rede thunlichst ausführlich im Protokoll erscheinen wird. Die Presse kann dann diese Rede abdrucken, wodurch eine viel größere Verbreitung gesichert ist, als durch jenen Vorschlag.

Singer beantragt, daß alle in Bezug auf das Parteiprogramm eingegangenen Anträge dem Parteivorstande als Material mitgegeben werden.

Dieser Antrag wird angenommen. In der Tagesordnung wird insofern eine Aenderung beschlossen, daß zunächst über „Streiks und Boykotts" und dann über „die Parteipresse" verhandelt werden soll.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Auf Wunsch der sämmtlichen im Saale anwesenden Berichterstatter macht der Vorsitzende dem Parteitag die Mittheilung, daß von den Herren, die bisher hier anwesend waren, Niemand die heute Vormittag als Lüge bezeichnete Notiz im „General-Anzeiger" verfaßt hat.

Unter den wiederum an den Parteitag zahlreich eingelaufenen Zuschriften befindet sich, wie der Vorsitzende unter großer Heiterkeit der Versammlung anzeigt, auch eine solche aus London von der Heilsarmee. Dem vielfachen Rufe: Vorlesen! erklärt der Vorsitzende nicht Folge geben zu können, da es sich um ein sehr langes Schriftstück handle, dessen Vorlesung zu sehr aufhalten würde.

Außerdem hat eine gestern in Berlin stattgehabte, von mehreren tausend Personen besuchte Volksversammlung nicht nur dem Parteitag ihre Grüße gesandt, sondern auch das Bureau ersucht, namens dieser Versammlung auch den ausländischen Genossen besonderen Brudergruß zu übermitteln. (Lebhaftes Bravo!)

Einige Genossen wünschen, das Bureau möge für morgen eine Abendsitzung anberaumen, da sie Samstag abreisen müssen. Der Parteitag wird im Laufe des Freitags sich darüber schlüssig machen.

Zur Verhandlung steht, da Punkt 7 der Tagesordnung, die

„Parteipresse,“ wegen Behinderung Auers und Bebels in der 25er Kommission, einstweilen zurückgestellt ist,

Punkt 8:

Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts.

Berichterstatter Kloß-Stuttgart: Obgleich die Stellung der Partei oder wenigstens der einzelnen Parteigenossen, wiederholt in Wort und Schrift zur Kenntniß der Allgemeinheit gebracht worden ist, dürfte es doch zweckmäßig sein, einmal auf dem Parteitag dazu Stellung zu nehmen, um nicht immerfort Verdächtigungen ausgesetzt zu sein. Es wird sich wohl zunächst darum handeln, ob Streiks und Boykotts überhaupt berechtigt sind, und dazu werden wir einen kurzen Blick auf die gewerblichen Verhältnisse werfen müssen, um zu sehen, ob Streiks und Boykotts durch die Natur unserer Produktion herausgefordert werden, also berechtigt sind, oder ob unsere Arbeiter sich blos einbilden, ohne Streiks nicht fertig zu werden, ob die Streiks wirklich häufig blos das Werk von Hetzern sind.

Unter den heutigen Produktions- und Erwerbsverhältnissen steht der Arbeitsvertrag, der ja das Gleiche sein soll wie ein Kaufvertrag, diesem garnicht gleich. Bei jedem Kaufvertrag bestimmt der Eine die Waare, sei es an Werth oder an Qualität, und der Andere, der diese Waare verkauft oder abgeben will, bestimmt den Preis dafür. Ein Käufer wird nicht sagen können, ich will die Waare in der und der Qualität und in dem und dem Quantum, werde aber nur diesen oder jenen Preis zahlen, sondern der Verkäufer wird den Preis feststellen, und der Käufer wird um diesen Preis, wenn er mit der Waare einverstanden ist, sie kaufen.

Wie ganz anders beim Arbeitsvertrag! Auch hier ist der Arbeiter der Verkäufer der Waare Arbeitskraft, der Unternehmer der Käufer derselben. Da wäre es doch ganz gerechtfertigt, wenn der Arbeiter, der dem Unternehmer die Waare Arbeitskraft nach dessen Anforderungen stellen muß, auch von diesem den entsprechenden Preis würde verlangen können. Aber so ist es in unseren Erwerbsverhältnissen nicht. Die Unternehmer maßen sich an, nicht nur die Arbeit nach Quantität und Qualität zu bestimmen, sondern auch den Preis festzusetzen, unbekümmert darum, ob der Verkäufer damit einverstanden ist und bei diesem einseitigen Vertrage seine Rechnung findet.

In jedem halbwegs gesunden Gesellschaftsverhältniß bestreitet die Gesellschaft den Unterhalt aller ihrer Glieder und muß ihn bestreiten; andererseits aber stellen alle Glieder ihre Arbeitskraft dieser Gesellschaft zur Verfügung, damit sie alle diese Glieder erhalten kann. Das heutige ist mit diesem gesunden Gesellschaftsverhältniß nicht in Einklang zu bringen, weil die heutige Gesellschaft unter

der heutigen kapitalistischen Produktionsweise nicht die Verpflichtung übernimmt, für alle ihre Glieder zu sorgen, sie alle zu erhalten; denn übernähme sie diese, dann würde sie nicht etwa nur die arbeitskräftigen Glieder erhalten, sondern im Interesse der Selbsterhaltung der Gesellschaft liegt es auch, neue heranzubilden, sie wird für ausreichenden Unterhalt auch der Kinder sorgen müssen. Dem ist eben nicht so in der heutigen Gesellschaft. Stellen wir die Arbeit des Einzelnen, als Leistung für die Gesellschaft, dem Lohn oder Unterhalt, als Leistung der Gesellschaft an den Arbeiter, gegenüber, so müßten von diesem Lohne soviel Glieder der Gesellschaft erhalten werden können, als auf jedes einzelne arbeitskräftige Glied entfallen. In unserer heutigen Produktion giebt es aber nur sehr wenig Arbeiter, die sagen können, daß sie mit ihrem Lohn sich, ihre Frau und ihre Kinder ernähren können, und daß weiter der Lohn noch ausreicht, um anderen moralischen Verpflichtungen der Gesellschaft zu entsprechen, nämlich diejenigen, welche im Dienste der Gesellschaft ihre Arbeitskraft eingebüßt haben, Greise und Invaliden, erhalten zu können. Der Lohn reicht in den meisten Fällen nicht entfernt dazu aus.

Sind nun Einrichtungen getroffen, welche den Ausfall an Lohn ersetzen können? Vergeblich blicken wir uns danach um. Keine Einrichtung tritt in Thätigkeit, wenn der Arbeiter mit seinem Lohn nicht die ganze Familie ernähren kann. In letzter Zeit ist allerdings eine Einrichtung getroffen, welche gewissermaßen der moralischen Verpflichtung der Gesellschaft entsprechen sollte, die „große" Sozialreform des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Hier hatte ja der Staat die Absicht, dafür zu sorgen, daß die Veteranen der Arbeit noch existiren können; aber ein Blick auf die Höhe der Rente, welche diesen Invaliden und Veteranen gezahlt wird, lehrt uns zugleich die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung kennen.

Woher kommt es denn, daß die Löhne so gering, so unzureichend sind? Einfach daher, daß der Unternehmer zwar der Repräsentant der Gesellschaft ist, insofern er uns unsere Arbeitskraft abnimmt, aber nicht insofern, daß er die Leistung der Gesellschaft, entsprechend der Verpflichtung derselben, uns gegenüber erfüllt; er ist in dieser Hinsicht nicht der Repräsentant der Gesellschaft, sondern nur seines Geldbeutels; er zahlt einfach den Lohn, den er unter den jeweiligen Verhältnissen zu zahlen gezwungen ist. Jeder Unternehmer weiß ja, wenn er eine Maschine in Dienst stellt, daß er erst Kapital daran zu geben hat, daß er die Maschine kaufen, sie richtig bedienen, den Dampfkessel mit Feuer und Wasser speisen muß; es ist ihm so klar, wie daß $2 \times 2 = 4$ ist, daß, wenn er die Maschine nicht gehörig mit Dampf versorgt, er auch die vorausgesetzte Leistung nicht von ihr erwarten kann. Wie ganz verschieden aber sieht es mit dem Arbeitsmittel Mensch aus! Wenn

der Unternehmer ganz genau weiß, was er der maschinellen Arbeitskraft schuldig ist, der menschlichen Arbeitskraft gegenüber weiß er es allem Anschein nach nicht. Es dürfte uns schwerlich schon ein Unternehmer zu Gesicht gekommen sein, der am Freitag früh seinen Arbeiter fragt: Hast Du noch das nöthige Geld für heute Abend zum Nachtessen für Dich und die Deinen? der da fragt: Hast Du noch genug, um eine gesunde Wohnung miethen zu können, damit Eure Gesundheit erhalten bleibt? Er kümmert sich um alles das garnicht; er baut den Pferden noble Ställe, ob aber der Arbeiter eine gesunde Wohnung hat, danach fragt er nicht. Das Pferd repräsentirt für ihn einen Kapitalwerth, die menschliche Arbeit nicht, weil diese sich jeden Augenblick auf der Straße findet. Und auch mit dem Unterhalt dieser Arbeitskraft geht er nicht vor wie mit dem der thierischen oder maschinellen; er zahlt nicht, was nothwendig ist, um sie zu erhalten und neue heranzubilden, sondern nur, was er nach der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes zahlen muß. Aber damit nicht genug; er geht auch ganz einseitig vor, wenn ihm der Lohn einmal zu hoch erscheint, oder wenn der Reisende, den er ausgesandt hat nach neuen Bestellungen, ihm schreibt: ich kann um den Preis nicht absetzen, der Preis muß zurückgesetzt werden. Da wird denn in allererster Linie am Lohn des Arbeiters abgezwackt, einfach eine Lohnreduktion dekretirt, gleichviel, ob der Arbeiter einverstanden ist oder nicht. Oder wenn gewisse Einrichtungen dem Unternehmer nicht mehr passen, dann fragt er nicht lange, er läßt einfach eine Beschränkung des Arbeitsvertrages eintreten, sei es durch Verlängerung der Arbeitszeit oder dergl. Heute wird der Arbeiter nicht gefragt, er ist nicht der andere Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrages.

Wenn nun aber die Verhältnisse sich so verschlimmert haben, daß der Arbeiter mit seinem Lohn absolut nicht mehr auskommen kann, wenn er bei den Einrichtungen der Werkstatt sein Leben gefährdet sieht, wenn der Unternehmer alles das schweigend an sich vorübergehen läßt, was bleibt dem Arbeiter übrig, als dann durch den Zwang des Streiks auf den Unternehmer einzuwirken, um besseren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen? Wenn eine Lohnreduktion angekündigt wird, sieht sich der Arbeiter gezwungen, das alte Verhältniß zu erhalten zu suchen, indem er die Arbeit unter dem neuen Verhältniß verweigert. Hier tritt der Abwehrstreik ein, den Jedermann als voll und ganz berechtigt wird anerkennen müssen.

Wenn ferner die Verhältnisse durch irgend welche Vorkommnisse sich verschlechtern, wenn z. B. durch Zollschranken dem Volke die Nahrungsmittel vertheuert werden, wenn durch Viehsperren das Fleisch vertheuert wird, sodaß, entsprechend dieser Vertheuerung, die Lebenshaltung zurückgeschraubt werden müßte, wer wollte es dann

dem Arbeiter verargen, daß er durch Erlangung höheren Lohns seine Lage in etwas zu verbessern sucht? Die gegnerische Presse empfiehlt uns ja das Sparen, jederzeit sind Sparapostel aller Art aufgetreten: wir sollen uns nach der Decke strecken. Den Unsinn, der thatsächlich in diesem Rathe liegt, scheinen die Leute gar nicht einzusehen. Sie sagen uns „wir haben vor 20 Jahren viel billiger gearbeitet mit längerer Arbeitszeit," nehmen sich aber nicht die Mühe, zu vergleichen, zwischen der damaligen und der jetzigen Zeit. Sie empfehlen uns das Sparen, denn „wir haben zu große Bedürfnisse und können folglich mit dem uns gewährten Lohne nicht auskommen." Darin liegt eine vollständige Verkennung unserer heutigen Produktionsverhältnisse. Man hat uns nicht nur den Italiener als Muster der Sparsamkeit und Bedürfnißlosigkeit anempfohlen, man hat uns sogar den Kuli als Muster hinstellen wollen. Die Nationalökonomen, die darin die Lösung der sozialen Frage suchen, beweisen dadurch, daß sie thatsächlich von unseren wirthschaftlichen Verhältnissen auch nicht das Mindeste verstehen, sonst würden sie wissen, daß unsere gesammte Produktion auf Massenkonsum und auf Bedürfnißreichthum basirt; wollten wir zu der anempfohlenen Bedürfnißlosigkeit zurückkehren, dann würde die Gesellschaft in kürzester Zeit in sich zusammenbrechen, weil die ganze kapitalistische Produktion nicht mehr gerechtfertigt wäre. Unter solchen Umständen ist jener Rathschlag geradezu ein Hohn auf die heutigen Verhältnisse und die Lebenshaltung des Arbeiters: es ist daran etwa ebensoviel richtig, als wenn man einem 20 jährigen Menschen empfehlen wollte, sich unter der Decke zu strecken, die vielleicht vor 10 Jahren seiner Länge angepaßt war; er wird sich nicht strecken können unter dieser Decke, sondern im höchsten Fall sich darunter zusammen kauern, aber niemals sich darunter behaglich fühlen. Deshalb ist es richtiger, wenn sie diese ihre Decke der Körperlänge entsprechend machen. Das aber beabsichtigen gerade die Arbeiter, indem sie höheren Lohn verlangen, um ihre Lohndecke entsprechend einrichten zu können.

Wenn nun aber die Vorstellungen der Arbeiter, daß der Lohn nicht ausreicht, daß die Werkstatt ungesund ist, daß die Ventilation gar nicht oder nur mangelhaft vorhanden ist, somit Gesundheit und Leben des Arbeiters untergraben wird, nichts fruchten, wenn der Unternehmer sich entschieden weigert, ihnen Gehör zu geben, was bleibt dem Arbeiter übrig, als wiederum sein Heil darin zu suchen, daß er sich mit seinen Berufsgenossen vereinigt, um bessere Arbeitsverhältnisse herbeizuführen? Nicht nur der Abwehrstreik, auch der Angriffsstreik ist prinzipiell ganz entschieden berechtigt.

Ebenso steht es mit den Boycotts. Wenn die Arbeiter sich in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte beeinträchtigt fühlen

durch eine Klique von Unternehmern, vielleicht unter Mitwirkung von Behörden, durch Lokalabtreibung u. dergl. daran behindert werden, ihre Interessen zu berathen und darüber zu beschließen, was bleibt ihnen anders übrig, als zur Abhilfe die Ausübung eines Gegendrucks zu versuchen? Wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten ist, bei den Wahlen zusammenzukommen, um die Wahlangelegenheiten besprechen zu können, so werden sie dadurch eben in ihren bürgerlichen Rechten beschränkt. Auch da sind die Boycotts prinzipiell berechtigt.

Doch ich will mich dabei nicht aufhalten. Die Genossen aus Berlin, welche ganz speziell damit zu thun hatten, werden in der Diskussion darüber nähere Auskunft geben können.

Wir haben es aber nicht allein mit der prinzipiellen Seite der Frage zu thun, sondern auch mit der taktischen. Diese mit in Betracht zu ziehen, veranlaßt uns ganz besonders das Ueberhandnehmen der Streiks während der letzten Jahre. Da wurden Streiks über Streiks inscenirt, haben aber in der großen Mehrzahl einen unglücklichen Ausgang genommen. Es ist von den Genossen längst darauf hingewiesen, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, leicht denjenigen verletzen kann, der sich damit vertheidigen wollte. So wird es bei allen Streiks der Fall sein, wo seitens der Arbeiter nicht für die Vorbedingungen gesorgt ist, die einen glücklichen Ausgang in sichere Aussicht stellen. Mit den Streiks wird gar oft Mißbrauch getrieben. Während der letzten Jahre hat die Zahl der Streiks ganz bedeutend zugenommen. Eine zuverlässigere Mittheilung über die Zahl der Streiks kann ich leider nicht geben, dazu ist das mir zugegangene Material zu gering. Aber aus den mir gewordenen Mittheilungen ging nur allzudeutlich hervor, daß die Streiks während der letzten Jahre in weitaus den meisten Fällen ihren Zweck verfehlt haben. Die Gründe dafür waren starker Zuzug, Indifferentismus der Kollegen, die nicht genügend in die Verhältnisse eingeweiht waren, um ihn standhaft aushalten zu können, und vor allem Mangel an Unterstützung. Allein unter den Tischlern Deutschlands haben sich die Arbeiter in ca. 40 Orten Deutschlands geregt, um Lohnbewegungen zu insceniren, und nur durch die Organisation ist es gelungen, zu erreichen, daß die Streiks in den meisten Orten unterblieben, während einige, indem sie sich mit geringen Konzessionen begnügten, auch ohne Streik einigen Vortheil erzielt haben. Aber das in vielen Fällen erzielte Resultat ist später durch ungenügende Organisation, mangelhafte Schulung oder große Indifferenz, Vergessen der Thatsache, daß die Erfolge nur der Solidarität der Gesammtheit zu verdanken waren, wieder in Frage gestellt oder gänzlich verloren worden.

Wie ist nun dem Ueberhandnehmen, dem unvorsichtigen Insceniren von Streiks entgegenzutreten? Die vielen Streiks der

letzten Jahre, inscenirt von Arbeitern, die gar nicht oder erst kurze Zeit organisirt waren oder sich erst organisiren wollten, sind gewissermaßen einem Erwachen aus dem Schlafe zu vergleichen, wo der Erwachende sich im Augenblick nicht klar in die wirklichen Verhältnisse hineinversetzen kann; der Arbeiter fühlt das Unbehagen, weiß ihm nicht wirksam entgegenzutreten, und glaubt mit einem Male die Sache durch den Streik bessern zu können. Er weiß nicht, daß ein Schlag nicht genügt, um die Verhältnisse dauernd zu bessern. Die Arbeiter haben so lange in Indifferentismus dahingelebt, sich der Organisation fern gehalten, und erst als sie vielleicht statistisch aufgeklärt wurden oder ein Redner in ihre Kreise drang, der sie durch das lebendige Wort über ihre Lage aufklärte, erwachten sie aus dem Schlummer und glaubten nun, nichts Besseres thun zu können, als zu streiken. Dieses unvorbereitete Vorgehen ist die Hauptursache des mißglückten Verlaufs der meisten Streiks; man befand sich in Unkenntniß der Verhältnisse und war nicht im Stande, die Geschäftslage richtig zu beurtheilen.

Weiter darf ich den Hinweis darauf nicht unterlassen, daß auch das Verhalten der Behörden gegenüber den Streikenden allzu oft ein sehr großer Hemmschuh war, daß dadurch die Organisation verhindert wurde, ihre ganze Kraft zu entfalten, daß aber den Organisationen der Unternehmer Schutz und Hilfe in Aussicht gestellt oder zu Theil wurde. Bei den verschiedenen Streiks, vor zwei Jahren in Magdeburg und an anderen Orten, haben die Unternehmer sofort schwarze Listen angefertigt, um die daran betheiligten Arbeiter zu kennzeichnen. An diesen schwarzen Listen hat sich keine Behörde gestoßen, kein Staatsanwalt hat sich veranlaßt gesehen, dagegen einzuschreiten; als aber die Arbeiter in den Zeitungen vor diesem oder jenem Geschäft warnten, da fanden die Behörden darin sofort einen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung. Denken wir ferner an die Vorkommnisse in Hamburg vor drei Jahren und in diesem Jahre. Als 1887 die Tischler in Hamburg streikten, faßte der den Streik leitende Tischlerverein den Beschluß, daß kein Vereinsmitglied bei einem Innungsmeister in Arbeit treten dürfe. Was war die Folge? Die Behörde erblickte in dem Beschluß eine Gefährdung der Innungen, einer staatlich anerkannten Institution. Als aber in diesem Jahre die Unternehmer in Hamburg beschlossen, in ihren Branchen keinen Arbeiter einzustellen, der der fachgewerblichen Organisation angehört, fand sich weder Polizei noch Staatsanwalt, welche hierin einen Verstoß gegen § 153 in dem Sinne erblickten, daß dadurch staatlich anerkannte Institutionen, wie es die Fachvereine auf Grund des § 152 thatsächlich sind, in ihrem Bestehen gehindert wurden. Man ging noch weiter, man hat die Kassirer dieser Organisationen verhaftet, die Kassen beschlagnahmt, diese Leute gleich Verbrechern mit Nummern auf der Brust photo-

graphiren lassen. (Rufe: Pfui!) Später stellte sich natürlich heraus, daß man diesen Verhafteten gesetzwidrige Handlungen nicht nachweisen konnte, daß man also Leute, die im vollen Recht waren, einfach mit Gewalt lahm zu legen versucht hatte. Diese Behandlung der Streikenden dürfte zum unglücklichen Ausgang vieler Streiks mit beigetragen haben. Aber noch manches Andere hat mitgewirkt. Vor einigen Monaten fanden wir in jedem Gewerkschaftsblatt regelmäßig wiederholte Warnungen vor Zuzug nach gewissen Orten, oft waren nicht weniger als 20, und darunter ganz bedeutende Orte aufgeführt. Waren nun in drei, vier, sechs Orten gleichzeitig Streiks inszenirt, so suchten natürlich überall die jungen Leute, um die Streikkasse zu entlasten, anderswo unterzukommen; irgendwo mußten sie doch unterkommen, und es war ihnen oft nicht möglich, an all' den Orten vorüberzugehen, wo die Arbeiter ebenfalls im Kampfe lagen: sie traten in Arbeit, und die Klagen lauten denn auch übereinstimmend dahin, daß der Zuzug zu stark war und deswegen die Streiks nicht durchgeführt werden konnten.

Aber wenn auch diese Streiks zum Theil unglücklich verliefen, weil sie unverständiger Weise inscenirt waren, so sind sie deswegen keineswegs absolut verwerflich; im Gegentheil, haben wir sie im Prinzip anerkannt, und der Mißerfolg kann daran nichts ändern. Wesentlich geändert muß aber die Taktik werden. Diese Frage geht auch den Kongreß an.

Seit Jahren ist es in einzelnen Kreisen der Parteigenossen leider gar zu sehr üblich gewesen, über die Fachorganisationen sich weit erhaben zu fühlen. Manche haben die fachgewerbliche Bewegung geradezu als Humbug hingestellt, und gerade durch dieses Ignoriren der Fachvereinsbewegung ist das Wachsthum der Partei sehr aufgehalten worden; die Partei wäre heute ungleich stärker, wenn die Genossen auch für die fachgewerbliche Bewegung durch Erörterung der wirthschaftlichen Fragen und dergleichen vor den Mitgliedern der Fachvereine thätig gewesen wären und sie uns dadurch näher gebracht hätten. Mögen die Genossen zurückdenken; viele von ihnen sind erst durch diese fachgewerbliche Bewegung zu politischen Anschauungen gekommen. (Sehr wahr!) Wäre das geschehen, wir hätten schon 1887 mit einer viel größeren Stimmenzahl rechnen können. Ebenso bestimmt aber glaube ich, daß unsere diesmalige große Stimmenzahl zum guten Theil der fachgewerblichen Agitation zuzuschreiben ist, die ganz bedeutend an Boden gewonnen, in immer weitere Arbeiterkreise das Klassenbewußtsein getragen hat. (Sehr gut!) Deshalb müssen wir uns hier schlüssig machen, ob wir nach wie vor der fachgewerblichen Organisation gegenüber uns passiv verhalten wollen oder ob wir uns nicht vielmehr der Nothwendigkeit klar bewußt werden wollen, daß wir dafür zu sorgen haben, daß die große Masse der Arbeiter sich erst organisirt, um dann

nach genügender Vorbereitung mit Streiks und Boycotts auch wirksam und ohne Besorgniß vor Verlusten vorgehen zu können.

Soll nun der lokalen oder der zentralen Organisation der Vorzug gegeben werden? Gegen die letztere ist hervorgehoben worden, daß sie, da sie keine Politik treiben dürfe, der Versumpfung anheimfallen müsse. Es dürfte aber in Wirklichkeit kaum so werden, wenn die Genossen es nur verhindern wollen. So lange letztere sich den Organisationen fernhalten, so lange dort nur Leute sind, die lernen wollen, aber keine Lehrer finden, so lange liegt die Gefahr der Verflachung nahe, wenn aber die Genossen, die das politische Prinzip anerkennen und hochhalten, sich ihnen anschließen, dann wird davon keine Rede sein, dann werden sie ihren Zweck voll und ganz erfüllen, ohne Politik zu treiben. Andererseits sagt man, die Lokalorganisationen dürfen Politik treiben, darum sind sie an sich vorzuziehen. Aber sie werden mit Argusaugen bewacht, wir haben ja den Herfurth'schen Erlaß kennen gelernt, der geringste Fehltritt würde sie zur Auflösung führen. Thatsächlich wurden in Erfurt 3 Lokalorganisationen unter Anklage gestellt, in Verbindung getreten zu sein, weil sie eine gemeinsame Herberge errichtet haben; ein solches Vorgehen ist nicht zu billigen, weil es nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben kann. — Also auch diese Organisationen werden keineswegs in der gewünschten Weise vorgehen können, namentlich nicht auf dem Gebiete der politischen Angelegenheiten.

Der Zweck der Organisation ist, Aufklärung in die Reihen der Arbeiter zu bringen, und der Zweck wird im Wesentlichen durch die Agitation erreicht. Als beste Agitationsform empfiehlt sich also die zentrale Organisation. Die lokale Organisation hat kein Interesse daran, daß in der Schwester- oder Nachbarstadt eine ähnliche Organisation besteht, weil sie mit ihr nicht in Verbindung treten kann, bezw. darf; die zentrale aber, die z. B. in Hannover als Zahlstelle existirt, hat ebensoviel Interesse daran, in Königsberg, Kassel oder München eine Zahlstelle entstehen zu sehen. Solche zentrale Organisation kann auch viel leichter Opfer bringen für die Agitation.

Nun haben ja auch diese Organisationen sehr viel mit behördlichen Maßnahmen zu kämpfen gehabt. Zunächst suchte man sie als politisch zu erklären, um sie dann verbieten zu können. Dieser Anschlag ist nur in vereinzelten Fällen gelungen, wo die Organisation am Orte selbst die nöthigen Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen hatte. Aber auch sonst ist ihnen das Leben recht sauer gemacht worden; es wurde alles aufgeboten, sie als Versicherungsgesellschaften darzustellen, zuerst in Barmen, dann in Frankfurt und Berlin, bis das Oberverwaltungsgericht diesem Versuch einen Riegel vorschob. Aber das wirkte nicht lange: unbekümmert um dieses Urtheil hat man nachher wieder in Magdeburg, Berlin und anderen Orten die Vereinszahlstellen unter An-

klage gestellt, Versicherungsgesellschaften zu sein, und erst neuerdings ist noch eine in Erfurt erhobene Anklage vom Kammergericht in Berlin zurückgewiesen worden.

Alles in Allem wiederhole ich, die Genossen sollten die fachgewerblichen Organisationen nach Kräften unterstützen, da sie unbedingt einsehen müssen, daß diese die Sache der Arbeiter nur fördern können. Ein Beispiel aus Stuttgart. Dort bestand 1883 eine lokale Organisation von ca. 500 Mitgliedern; sie erhielt sich trotz der Aussperrung von 1883 auf ziemlich hohem Stand, bis 1885/86 einige Parteigenossen von lokalem Einfluß einfach erklärten, diese Bewegung sei für sie ein überwundener Standpunkt. Die Arbeiter in den großen Werkstätten Stuttgarts, die auf die Sozialdemokraten unter den Vereinskollegen ihr Hauptaugenmerk zu richten gewohnt waren, wollten nun auch nichts mehr davon wissen, und so schmolz der Bestand auf 120 bis 130 zusammen. Erst seit die Genossen eingesehen haben, daß sie im Unrecht waren, ist die Organisation wieder erstarkt und rechnet jetzt nicht mehr mit 120, sondern mit 900 bis 1000; das haben wir lediglich der Unterstützung der Genossen zu danken, die endlich den Bann abgeschüttelt und erkannt haben, daß durch ihr früheres Verhalten auch die Parteiinteressen geschädigt waren. Denn die aus der Gewerkschaftsbewegung Ausgeschiedenen waren auch für die Parteibewegung verloren. Ist Einer ein gutes Fachvereinsmitglied geworden, so müßte es auch kurios zugehen, wenn seine eigene Vernunft ihn nicht in die Reihen der Sozialdemokratie überführte, welche für seine bürgerlichen wie wirthschaftlichen Rechte gleichmäßig eintritt. Dann aber, wenn wir diese Organisationen kräftigen und fördern, wird auch bald dem Uebelstande abgeholfen sein, daß die Streiks als eine so gefährliche Waffe betrachtet werden müssen; denn dann werden die Streiks, wenn sie überhaupt unvermeidlich sind, von ganz anderem Erfolge begleitet sein.

Bis jetzt ist noch auf keinem Parteitage darüber Beschluß gefaßt, noch niemals zur Frage der fachgewerblichen Organisation Stellung genommen worden. Wir hier, auf dem ersten Parteitag nach dem Falle des Sozialistengesetzes, sollten dies nachholen, damit die Genossen allerwärts wissen, wie die höchste Instanz unserer Partei sich zu dieser Frage verhält. Ich erlaube mir daher, Ihnen im Verein mit Grillenberger folgende Resolution vorzuschlagen:

Der Parteitag erklärt:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirthschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal, um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen,

dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten, und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.

Ich empfehle Ihnen diese Resolution zur einstimmigen Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Ein inzwischen eingegangener Antrag von Horn-Löbtau, Heppner und Frauenlob, wonach für alle aus Streiks und Boykotts hervorgegangenen Prozesse Rechtsschutz durch Bestellung von Rechtsanwälten aus den Mitteln der Parteikasse gewährt werden soll, findet nicht die genügende Unterstützung.

In der Diskussion erhält zuerst das Wort

Bock-Gotha: Das Referat meines Freundes Kloß wird jedenfalls dazu beigetragen haben, jenen Theil der hier vertretenen Genossen, welche bisher dieser Richtung feindlich gesonnen waren, vielleicht etwas umzustimmen. Man macht den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie nicht so voll und ganz für die Partei ausgenutzt werden können, wie man es wünscht. Damit schüttet man aber das Kind mit dem Bade aus. Ich stehe seit 20 Jahren in der Bewegung und muß meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß unter dem Sozialistengesetz dort, wo der Kampf sich ausschließlich auf das politische Gebiet konzentrirte, diese Auffassung einige Berechtigung hatte; aber nachdem jenes gefallen ist, werden die Genossen,

welche in dieser Bewegung einen Rückschritt sahen oder ihr direkt feindselig entgegentraten, sich anders stellen.

Mit Recht hat der Referent ausgeführt, daß er sich nicht vorstellen kann, daß ein guter Gewerkschafter nicht auch zugleich ein guter Parteigenosse soll sein können. Unsere älteren Genossen an der Spitze haben sich sehr oft im günstigsten Sinne über die Bewegung ausgesprochen. Wenn irgend etwas, so muß doch schon der Umstand die Andern überzeugen, daß die Regierungen zwischen der gewerkschaftlichen Bewegung und uns in der Bekämpfung gar keinen Unterschied gemacht haben. (Sehr richtig!) Die Regierung weiß sehr wohl, inwieweit die gewerkschaftliche Bewegung der politischen von Vortheil ist. Ich halte es nun überhaupt für verkehrt, daß man den Gewerkschaften einen ausgeprägt bestimmten politischen Charakter giebt. Wir haben gestern so beredt auseinandersetzen hören, daß eine antireligiöse Agitation derart nachtheilig sein kann, daß wir einem großen Theil der Bevölkerung damit vor den Kopf stoßen. Ganz genau dasselbe ist auch hier der Fall. Wenn wir von jedem Arbeiter verlangen, daß er in der gewerkschaftlichen Organisation zugleich der sozialdemokratischen oder überhaupt einer bestimmten politischen Richtung angehöre, dann verkennt die gewerkschaftliche Bewegug vollständig ihren Zweck, denn die Leute kommen nicht als Sozialdemokraten in die Gewerkschaft, sondern als Arbeiter. Wenn die Gegner der Bewegung meinen, daß die Gewerkschaften durch Leisetreterei versimpeln, daß sie am Gange der Arbeiterbewegung nichts bessern würden, so übersehen Jene, daß, obwohl die Gewerkschaften keine Politik treiben dürfen, noch keine Generalversammlung, kein Kongreß, keine Zahlstelle gefunden werden konnte, wo nicht zielbewußte Arbeiter an der Leitung betheiligt gewesen wären. Versumpfen sie, dann ist es nicht Schuld der Arbeiter, sondern unsere Schuld. Auf dem Gebiet der Fachpresse ist der Versumpfung vorgebeugt; in diesem Punkt steht unsere deutsche gewerkschaftliche Bewegung allen anderen Ländern weit voran. Sie finden in dieser Presse nationalökonomische Aufklärung in jeder Beziehung, und da sie als selbstständige Unternehmung neben den Gewerkschaften steht, so kann von Versumpfung wohl nicht die Rede sein. — Wollen wir die Gewerkschaftsbewegung pflegen, dann müssen wir nicht nur die zielbewußten Arbeiter an uns ketten wollen, sondern gerade an die große Masse der Indifferenten herangehen, und die bekommen wir nur dann, wenn wir den Gewerkschaften nicht einen ausgesprochen politischen Charakter verleihen. Die Leute politisch aufzuklären, ist Sache der politischen Partei; in den Gewerkschaften soll man sie widerstandsfähig machen gegen das Kapital, gegen das Unternehmerthum. Das letzte Jahr hat den verschiedenen Gewerkschaften in Deutschland großartige Kämpfe gebracht, und damit ist auch zugleich die gewerkschaftliche

Organisation riesenhaft gewachsen. Meine Gewerkschaft ist von 5000 Mann auf 15 000 Mann in einem Jahre gestiegen, und gerade diese Parias mit ihrer längsten Arbeitszeit und dem kümmerlichsten Lohn sind durch die Gewerkschaftsorganisation befähigt worden, eine große Anzahl Kämpfe siegreich durchzuführen. — Der Referent führte aus, es liege im Interesse der Bewegung, nutzlose Streiks möglichst zu verhüten. Dafür giebt es kein besseres Mittel, als eine kräftige, gut organisirte Gewerkschaft. So lange die Arbeiter in einzelnen kleinen Verbändchen zusammen sind, ohne Fühlung mit der Gesammtheit, nicht genügend disziplinirt, so lange werden derartige kleine Streiks jederzeit wiederkehren und die Arbeiter werden ihre Opfer nutzlos vergeuden; eine stramme Organisation aber verbürgt, daß nur da gestreikt wird, wo Aussicht auf Erfolg vorliegt. Wo sind denn die englischen Gewerkschaften hingekommen? Sie selbst werfen jetzt den bisherigen Apparat über Bord und erklären, daß dem Arbeiter nur auf dem politischen Gebiete geholfen werden kann. Bis dahin ist doch noch ein weiter Schritt. (Glocke.) Es thut mir leid, abbrechen zu müssen. Wenn in der Zukunft etwas Praktisches geleistet werden soll, dann muß das Streben der gesammten Arbeiterschaft zielbewußt darauf gerichtet sein, die untersten Schichten und Branchen emporzuheben, da anzufangen, wo die Masse in Elend und Noth versumpft, wo bisher weder politisch, noch gewerkschaftlich etwas gethan wurde. (Beifall.)

Lenz-Remscheid: Betrachten wir die Berliner Streiks. Der Maurerstreik hatte den Zweck, den Stundenlohn von 60 auf 70, womöglich auf 75 Pfennige zu bringen. Die jungen Leute reisen ab, helfen in der Provinz und drücken da den niedrigen Lohn von 20 bis 30 Pfennig noch weiter herunter. Gerade dadurch, daß die Forderungen theilweise in's Unvernünftige hoch hinaufgeschraubt werden, wird unsere Partei ganz entschieden geschädigt. Die Streiks der Baubranchen in Berlin und Hamburg sind zum Schaden der Betreffenden und auch zum Schaden der ganzen Partei ausgeschlagen. Ich bitte Sie daher, alles einzusetzen, um diese theilweise leichtfertig, wenn auch nicht gerade frivol angezettelten Streiks zu verhüten.

Horn-Dresden Land: Was mein Freund aus Remscheid eben angeführt hat, kann keinesfalls die Billigung des größeren Theils der Delegirten finden, weil in Berlin und Hamburg mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen ist, als auf dem platten Lande. Wenn es sich um die Erringung höheren Lohnes handelt, ist doch zunächst zu berücksichtigen, ob der bisher bestandene Lohnsatz auch ausreicht für die Bedürfnisse der am Orte vorhandenen Arbeiter oder Gewerkschaftsmitglieder. Es giebt Gegenden, wo die Leute sich mit einem Stundenlohn von 30 Pf. nur gerade so knapp behelfen müssen, wie in Berlin oder Hamburg mit 60 Pf. — Mit

der Fassung der Resolution bin ich im Großen und Ganzen einverstanden. Wenn ich die bisherigen Kämpfe berücksichtige, muß ich aber auch dazu kommen, diesen Bestrebungen die möglichste Unterstützung nach jeder Richtung angedeihen zu lassen. Wo das Verlangen nach Besserung der Lage der Arbeiter in den Gewerkschaften von uns als berechtigt anerkannt wird, sollte auch aus Parteifonds Hilfe geleistet werden, und dahin zielte mein Antrag, der allerdings vorhin leider nicht die genügende Unterstützung fand. Ein berechtigter Kern liegt aber doch darin.

Molkenbuhr-Altona: Ob wir ein Recht haben, Streiks und Boykotts anzuwenden, über diese Frage sind wir längst hinweg. An und für sich sind die Streiks nach meiner Meinung viel weniger abhängig vom Willen derer, welche daran betheiligt waren, als von den Verhältnissen, wie sie sich einmal entwickeln. Hier aber kommt die Frage in Anregung, wie leichtfertige Streiks verhindert werden können. Darüber zu entscheiden, sind auch wir hier absolut nicht in der Lage, denn die Höhe der Forderungen, welche gestellt werden können, läßt sich doch von solchen, welche dem ganzen Streik fern standen, viel weniger beurtheilen, als von Jenen, die direkt im Kampfe stehen. Im Ganzen ist doch das Streben der Arbeitgeber immer darauf gerichtet, die Waare Arbeitskraft so billig wie möglich zu erhalten; die Arbeiter dagegen streben, sie so theuer wie möglich zu verkaufen. Daß die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften absolut nothwendig ist, darüber kann es ebenfalls keinen Streit mehr geben; in der Zeit der kapitalistischen Produktionsweise sind die Gewerkschaften gerade so nothwendig, wie die Zünfte im Mittelalter.

Den Boykott will ich als politisches Kampfmittel für durchaus gerechtfertigt erachten, wenn es die Eroberung von Lokalen für Versammlungen und dergl. gilt; wenn er aber dazu dienen soll, irgend Jemand, irgend eine Gesellschaft, die vielleicht von den Arbeitern materiell abhängig ist, zu zwingen, daß sie Sozialismus heuchele, das kann ich nicht billigen, das sollte uns völlig fern bleiben. Ebenso liegt es mit der politischen Gewerkschaft. Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen zentralisirt dem Kapital gegenüberstehen, damit sie als Macht sich dem Kapital gegenüber schützen können; da soll man nicht vorher von dem Einzelnen ein politisches Glaubensbekenntniß verlangen. Das würde nur zur Zersplitterung führen, wie bei den Hirsch-Dunckerschen. Da sind Sozialdemokraten ausgeschlossen, sie wollen nur Freisinnige haben. Würden wir alle Nichtsozialisten ausschließen, dann würden wir damit mit einem Male den ganzen Arbeiterstand in so und soviel Gruppen spalten; das Gegentheil des Gewollten wäre erreicht, die Arbeiter würden zersplittert unter sich im Kampf liegen, und das würde für den Arbeitgeber, den Ausbeuter von höchstem Nutzen

sein. Diese Zersplitterung muß auf jeden Fall vermieden werden.

Wilschke-Berlin II: Es ist hier gesagt worden, es hätten viele Streiks in letzter Zeit stattgefunden, deren unglücklichen Verlauf man hätte voraussehen können. Es haben in Berlin Streiks stattgefunden wegen Maßregelung einzelner Personen, Maßregelungen, welche aus Lohndifferenzen hervorgegangen waren. Da war es allerdings verkehrt, gleich zum Streik zu greifen; man hätte sich begnügen sollen, die Gemaßregelten anderswo unterzubringen oder sie, wenn keine Arbeit vorhanden ist, materiell zu unterstützen. Der Kostenaufwand hierfür ist lange nicht so groß, als wie bei einem Streik, der dann möglicher Weise einen kolossalen Umfang annimmt und Tausende und Abertausende kostet. Nun haben wir in Berlin und anderwärts zu einem Mittel gegriffen, welches, wenn auf guter Basis errichtet, sich bewährt hat und von allen Lokalorganisationen Zustimmung gefunden hat, nämlich eine Streik-Kontrollkommission. Es handelt sich nun darum, womöglich hier von den Parteigenossen eine Erklärung zu erhalten, welche Unterlage einer solchen Kommission zu geben sei, damit diese Kommission nach einem System arbeiten könnte. — Der Referent hat dann auf die Berliner Erfahrungen in Boykotts hingewiesen. Da hat er wohl blos die Lokalsperre gemeint, in der wir allerdings gesiegt haben. Im vorigen Jahr konnten wir kein größeres Lokal mehr bekommen, da haben wir denn seit April den Boykott über sie verhängt; das hat sich so bewährt, daß man es überall in den größeren Städten ebenso gemacht hat. Daß der Boykott gleichwohl nicht allenthalben angebracht ist, ist selbstverständlich. In jüngster Zeit sind Boykotts inscenirt worden, die von vornherein als aussichtslos erscheinen mußten; zweifellos kann diese Waffe sich auch einmal gegen uns kehren. Man hat versucht, wegen Maßregelung einzelner Personen einzelne Geschäftsleute zu boykottiren; das ist unklug und zwecklos. Kommt der Boykottirte dem Drucke nach und stellt den Gemaßregelten wieder ein, wer will ihn zwingen, wenn er den Arbeiter dann nach 14 Tagen wieder entläßt, diesen trotzdem weiter zu beschäftigen? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Beim Hamburger Streik und im vorigen Jahre bei den Berliner Maurern ist es vorgekommen, daß alle diejenigen, die sich während des Lohnkampfes in irgend einer Weise bethätigt hatten, namentlich diejenigen, die auf den Bahnhöfen die zureisenden Fremden von der Arbeitsannahme abzuhalten hatten, einfach von der Polizei verhaftet und ins Gefängniß gesteckt wurden, ohne Untersuchung; in Hamburg ging die Polizei soweit, alle Personen, welche sich nur annähernd auf dem Bahnhofe aufhielten und die sie für Maurer, Tischler, Zimmerleute halten zu dürfen glaubte, einfach beim Kragen zu packen und vom Bahnhof herunter zu trans-

portiren, auch wenn sie ein Billet gelöst hatten. Dieses Vorgehen ist nicht blos in Berlin und Hamburg, sondern auch anderswo vorgekommen; es scheint systematisch betrieben worden zu sein und auf einer einheitlichen Anordnung der obersten Behörde zu beruhen. In einer Berliner Versammlung wurde ein Protest dagegen beschlossen und die Fraktion aufgefordert, ihn dem Minister zu unterbreiten, diesen zu befragen, ob er die unteren Organe dahin instruirt habe. Es wäre wohl zu verlangen, daß die Fraktion diese Frage an den Minister richtete. Wenn man sich auch nicht viel davon versprechen kann, so wird doch, wenn man die Parlamentstribüne als ein so wichtiges Agitationsmittel anerkennt, auch diese Anregung Beachtung finden müssen; sie wird den unteren Organen, namentlich der Polizei, einen gewissen Stoß geben.

Beyer-Leipzig: Wir können den gewerklichen Kampf nur aufnehmen auf Grund der heute bestehenden gewerkschaftlichen Organisation, deshalb müssen wir die gewerkschaftliche Bewegung in vollem Sinne des Worts unterstützen. Viele Genossen stehen der gewerkschaftlichen Bewegung vollständig fremd gegenüber. Mit ein paar Groschen Beitrag ist es nicht gethan. (Beifall.)

Es ist folgende Resolution eingegangen:

In Erwägung,

daß durch die fortschreitende wirthschaftliche Entwickelung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt, und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetze, ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisiren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.

Glocke-Berlin. Bock-Gotha. Segitz-Nürnberg. Barth-Berlin.
Slomke-Bielefeld. Bruhns-Bremen. Fritz-Berlin.

Zubeil-Berlin: Ich kann mich mit den Ausführungen des Genossen Kloß nur einverstanden erklären. Die Gewerkschaftsbewegung muß auf das Lebhafteste unterstützt werden, sie wird unsere Zwecke wesentlich fördern. In Bezug auf ernste Lohnkämpfe wird häufig an einen großen Theil der Arbeiter das Ansuchen gestellt, sofort die Stadt zu verlassen. Diese Arbeiter gehen nun in andere Städte und drücken die Löhne noch tiefer hinab. Man sollte die sogenannte Reiseunterstützung mehr und mehr einschränken. Die Unterstützung sollte vielmehr dazu gebraucht werden, daß die Genossen beim Ausbruch eines Lohnkampfes in der Stadt aushalten können. Niemand darf den Ort verlassen, der es nicht freiwillig thun will. Die Boykotts sind, zur rechten Zeit und mit

den rechten Mitteln angewandt, oft bessere Waffen, als die Streiks. Wenn aber gesagt worden ist, daß in Hamburg und Berlin frivole Forderungen gestellt worden sind, so muß ich das entschieden zurückweisen. In großen Städten wie Hamburg und Berlin, sind 60, 70, 75 Pfg. pro Stunde nicht zu viel. Maurer und Zimmerer namentlich haben einen großen Theil des Jahres nichts zu thun und müssen im Winter Noth leiden. Wenn aber auf einem sozialdemokratischen Parteitag derartige Forderungen unvernünftige genannt werden, dann weiß ich nicht, was wir mit dem Lohnkampfe überhaupt anfangen sollen. Selbstverständlich würde diese Aeußerung, wenn sie ins Protokoll kommt, von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Unsere Fraktion muß für ein Vereins- und Versammlungsrecht wirken, welches es ermöglicht, in jeder Stadt eine Organisation zu gründen. In Berlin verfahren die Behörden in dieser Beziehung sehr willkürlich. Während in der Umgegend Berlins überall Zahlstellen eines Verbandes gestattet sind, ist es bis jetzt in Berlin noch nicht gestattet, eine Zahlstelle zu gründen. Dieses Verfahren kann der Parteitag nicht scharf genug verurtheilen. Die lokale Organisation kann das nicht bieten, was eine zentrale Organisation bietet. Ich bitte Sie, in die Resolution auch die Arbeiterinnenvereine aufzunehmen.

Haburg-Potsdam: Die Gewerkschaften haben uns bei der letzten Reichstagswahl große Dienste geleistet. Sie haben überall Geld aufgebracht, um uns den Sieg zu ermöglichen. Gegen Boykotts wider solche Lokalbesitzer, welche ihr Lokal zur Wahl u. s. w. nicht hergeben, läßt sich nichts einwenden. Der Boykott darf aber nicht gegen Geschäftsleute verhängt werden, welche eine andere politische Ueberzeugung haben als wir. Wenn man uns wegen unserer politischen Ueberzeugung maßregelt, so dürfen wir dasselbe Verfahren nicht anwenden, um einen politischen Gegner in seinem Gewerbe zu schädigen.

Wilke-Braunschweig: Bei der Form der Organisation müssen wir die thatsächlichen politischen Verhältnisse und die Auslegungen der bestehenden Gesetze im Auge behalten. Uebrigens kommt es weniger auf die Form, als auf den Geist an, welcher in der Organisation weht, die wir uns schaffen. Die Ansicht des Genossen Kloß, es könne einer lokalen gewerblichen Vereinigung, z. B. in Braunschweig, gleichgiltig sein, ob sich ein ähnlicher Verein in Magdeburg bilde, kann ich nicht theilen. Es ist uns von außerordentlichem Nutzen, wenn rings um uns herum noch recht viele Festungen gegen den Kapitalismus errichtet werden. Der einzelne Verein kann dies zwar nicht veranlassen, es kann aber in einer öffentlichen Versammlung eine Agitationskommission gewählt werden, der es zur Aufgabe gemacht wird, in den umliegenden Ortschaften die Agitation in die Hand zu nehmen. Nach den bisherigen Er-

fahrungen, besonders der Metallarbeiter, bietet die lokale Organisation eine geringere Angriffsfläche dar, als die zentrale. Die Zentralisation wird ja hergestellt durch die Gewerkschaftskassen. Was Gewerkschaften ohne Statuten leisten können, hat die Organisation der Töpfer gezeigt. Die Zentralisation hat aber ihre besonderen Gefahren. Wenn man in zentralisirten Gewerkschaften einmal über die Gesetze spricht, so gefährdet man den ganzen Verband; wird ein einzelner Verein aufgelöst, so schadet dies nicht so viel. Man sollte es den Einzelnen überlassen, wie sie sich organisiren wollen, es aber Jedem zur moralischen Pflicht machen, sich einer Organisation anzuschließen. Der Hauptzweck dieser Vereine soll zunächst gewerkschaftliche Angelegenheiten sein, und ich habe noch kein Statut gefunden, wo es heißt, es werden nur Sozialdemokraten zugelassen. Ist man dann eine zeitlang zusammen, dann kann ja ein tüchtiger Redner einen lehrreichen Vortrag über ein sozialistisches Thema halten. Was das Abreisen bei Streiks betrifft, so dürfen wir doch auch nicht übersehen, daß durch die ausgewanderten Genossen oft in anderen Ortschaften ein ganz neu pulsirendes Leben hineingekommen ist. Es sind neue Organisationen entstanden, und es ist auf die faulen Zustände aufmerksam gemacht worden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Zu persönlicher Bemerkung bestreitet

Stengele-Hamburg die Behauptung von Lenz, daß in Hamburg unvernünftige Forderungen gestellt worden sind.

Das Schlußwort erhält

Grillenberger: Nachdem aus der Versammlung eigentlich Niemand einen gegnerischen Standpunkt gegen die Ausführungen des Referenten eingenommen (Zuruf: wir sind nicht zum Wort gekommen!), kann ich mich kurz fassen. Die gegnerischen Anschauungen würden sich höchstwahrscheinlich nur auf die Form der Organisation bezogen haben; der Parteitag hat Stellung zu nehmen zur Frage der Streiks und Boykotts im Allgemeinen. Wie die Gewerkschaften am zweckmäßigsten zu organisiren sind, wird Sache der demnächst bevorstehenden Gewerkschaftskonferenz und der Gewerkschaftskongresse sein. Wir müssen entscheiden, ob die Partei überhaupt befugt ist, Stellung zur Frage der Streiks und Boykotts zu nehmen. Die Partei hat allerdings ein Recht dazu, weil der ökonomische Kampf heute eine andere Gestalt annehmen muß, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes sind die Herren Unternehmer genöthigt, auch auf dem ökonomischen Gebiet eine veränderte Front einzunehmen. Früher hatten die Unternehmer das Sozialistengesetz und dessen Anwendung durch die Behörden zur Verfügung. Man schlug seitens der Behörden einfach alles todt, was einigermaßen danach roch, daß die Massen auf gewerkschaftlichem Gebiete organisirt und das Philister-

thum in seiner Ruhe gestört werden konnte. Wo das Sozialistengesetz versagte, stand das Vereinsgesetz zu Gebote, um Körperschaften, sobald sie sich mit sogenannten öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, als politische Vereine zu betrachten, die nicht miteinander in Verbindung treten können. Reichte auch dies nicht aus, so nahm man zu dem Gesetz über das Versicherungswesen seine Zuflucht. Man erklärte einfach solche Vereine, z. B. den Deutschen Buchdrucker-Unterstützungsverein, als Versicherungsgesellschaft (in Bayern) — und verbot sie, weil sie als solche ihre Zulassung in dem betreffenden Bundesstaate nicht nachgesucht hatten.

Jetzt, wo man nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr nach Belieben mit einem polizeilichen Federstrich eine derartige Organisation aus der Welt schaffen kann, fangen neuerdings die Unternehmer an, sich in ähnlicher, aber viel gewichtigerer Weise zu organisiren, wie die Arbeiter seit Jahrzehnten versucht haben. Seit Monaten errichten die Unternehmer allenthalben im Reich, in den verschiedensten Industriebranchen, zentralisirte Verbände, die nicht blos Angehörige irgend eines einzelnen Fachkreises, sondern ganze Branchen umfassen, Ringe, Verbindungen, die jegliche Arbeiterbewegung durch die Gewalt des Kapitalismus lahmlegen und durch Anwendung der Hungerkur gegen die Arbeiter das Sozialistengesetz ersetzen sollen. Demgegenüber fragt es sich eigentlich nur, ob unsere Partei nicht schon längst dazu hätte Stellung nehmen sollen. Es ist allerdings von der weisen Unternehmerpresse und von den Unternehmern selbst vielfach behauptet worden, Streiks und ähnliche Maßregeln der Arbeiter seien nur sozialdemokratische Kampfmittel, um die Unzufriedenheit unter den Massen zu erregen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern, und auf diese Weise die rabiat gewordenen Arbeitermassen der sozialdemokratischen Bewegung in die Arme zu treiben. Jeder, der die Entwickelung unserer Gesellschaft einigermaßen kennt und ehrlich ist, muß sich sagen, daß das nichts ist als eine elende Verdächtigung. Der Sozialdemokratie ist es niemals eingefallen, Streiks zu dem Zwecke zu provoziren, um Unzufriedenheit zu erregen. Wir haben stets erklärt, Streiks sind eine zweischneidige Waffe, die nur in dem alleräußersten Falle angewendet werden darf. Wir meinen, daß die Organisirung der Massen an sich schon eine Waffe ist, gewichtig genug, um vielfach die Unternehmer und ihren Uebermuth in Schach zu halten, daß es sogar in verschwindend wenigen Fällen nothwendig sein wird, zu dem Mittel des Streiks zu greifen. Aber wie die Verhältnisse einmal liegen, und da die Gegensätze sich zuzuspitzen begonnen haben, ist es nothwendig, hier zu erklären, daß die Streiks von uns nicht zurückgewiesen, nicht unterdrückt werden **können**, daß die Streiks für die Arbeiterklasse eben zur Nothwendigkeit geworden sind und daß bei dem Uebermuth des Unternehmerthums die Streiks

öfter auf der Bildfläche unserer Bewegung erscheinen werden, als uns selbst lieb ist.

Dasselbe ist auch bei den Boykotts der Fall. Nur dürfte in Bezug auf die Anwendung dieses Mittels, das in Deutschland verhältnißmäßig jung ist, noch größere Sorgfalt am Platze sein, als bei der Gutheißung von Streiks. Boykotts zur Beseitigung von Hindernissen, die den Arbeitern hauptsächlich bei Ausübung ihrer politischen Rechte in den Weg gelegt werden, und meistentheils gerichtet gegen Besitzer großer Lokalitäten, sind von vornherein gut zu heißen, zumal in solchen Fällen, wo in ganz besonders brutaler Weise das Unternehmerthum glaubt, sein Uebergewicht zeigen zu können. Die Boykott aber in allen den Fällen, wo es sich um eine kleine Differenz zwischen Unternehmer und Arbeitern handelt, gleichsam, als ständige Institution in's ganze gesellschaftliche Leben zu übertragen, wäre das Gefährlichste, was seitens der Arbeiterbevölkerung überhaupt geschehen könnte. Man hat der Fraktion in Bezug auf den 1. Mai vorgeworfen, daß ihr Erlaß zu spät oder überhaupt ergangen sei. Man hat also die Fraktion für die Mißerfolge des 1. Mai verantwortlich machen wollen. Ich verweise Sie auf einen Mißerfolg auf dem Gebiet des Boykott, wo die Fraktion keinerlei Einfluß gehabt hat. Ich meine den großen Bierboykott in Berlin, von dem sich die Parteigenossen außerhalb Berlins sofort gesagt haben, daß derselbe nie und nimmer zu einem glücklichen Erfolge führen könnte, weil es ein Unding war, sämmtliche Aktiengesellschaften boykottiren zu wollen, blos um sie zur Schlichtung einer untergeordneten Differenz mit ihren Brauergesellen zu bringen. An dem ist die Fraktion vollständig unschuldig gewesen. Wir können als Partei Streiks und Boykotts umsomehr als berechtigt anerkennen, weil die Maßregeln der Unternehmer von den gesammten politischen Parteien unserer Gegner unterstützt oder doch als berechtigt hingestellt werden. In den Preßorganen dieser Parteien, mögen es Deutsch-Freisinnige, Nationalliberale oder Konservative sein, wird unausgesetzt gegen die Arbeiterverbindungen gehetzt. Dazu kommt noch, daß die nationalliberale Partei auch in Bezug auf die Handhabung der Maßregelungen gegenüber den Arbeitern am gehässigsten vorzugehen pflegt. Gegenüber den buntschedigen, aber äußerst gefährlichen Mitteln der Unternehmer haben wir nichts, als das Gefühl der Solidarität und die Möglichkeit der Zusammenfassung der großen Massen. Wenn heute ein Streik inscenirt wird und Jemand die indifferenten oder nur mit halber Seele theilnehmenden Genossen auffordert, sich doch dem Streik anzuschließen, und wenn er dabei nur irgend annähernd die Grenzen des „Zulässigen“ überschreitet, so wird er sofort wegen sogenannter Verrufserklärung in's Gefängniß gesteckt. Das ist in der letzten Zeit zu einer wahren Kalamität geworden. Sobald ein Arbeiter

seinen Kollegen zur Innehaltung des Koalitionsrechts u. s. w. zu veranlassen sucht, wird er in's Gefängniß gesteckt. Wenn aber die Unternehmer sich zusammenthun, um die Arbeiter daran zu hindern, das Koalitionsrecht auszuüben, so ist noch niemals die Polizei oder eine sonstige Behörde gegen das Unternehmerthum aufgetreten. In Sachsen, dem reaktionärsten Lande Deutschlands, hat man dem Boykott gar den „groben Unfugparagraphen" entgegengestellt. Ein sehr beliebtes Mittel der Verrufserklärungen von Seiten der Fabrikanten, sind die schwarzen Listen. Es werden Briefe versandt, in welchen darauf aufmerksam gemacht wird, dieser oder jener Arbeiter war bei mir am Streik betheiligt. Diese Briefe enthalten nicht blos die schwerste Verrufserklärung, sondern zugleich eine Boykottirung, und doch wird gegen diese Fabrikanten nicht vorgegangen. Andererseits hat man neuerdings entdeckt, daß in dem Gebiet des preußischen Landrechts Streiks, wenn sie ohne Einhaltung der Kündigungsfrist inscenirt sind, verfolgt werden können auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches wegen „Ungehorsam!" Wenn dagegen Unternehmer zusammentreten, um bei Arbeitsstockungen, oder lediglich deshalb, um die Preislage der Produkte in die Höhe zu treiben, für längere Zeit ihre Etablissements sperren und deshalb ihre Arbeiter ohne Kündigung auf die Straße setzen, oder wenn in Fabriken, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, die Akkordlöhne verkürzt werden, so hat man nicht gehört, daß gegen sie der § 110 angewandt, oder daß gegen letzteres Verfahren auch nur einmal die Untersuchung wegen Unterschlagung des verdienten Arbeitslohnes eingeleitet worden wäre. Das Schönste aber auf diesem Gebiet ist unzweifelhaft das, was das Landgericht der Freien Reichs- und Hansestadt Lübeck fertiggebracht hat. Dort haben Arbeiter am 20. Februar erklärt, sie seien nicht geneigt, an diesem Tage zu arbeiten. Darauf wurde ihnen erklärt, wenn Ihr nicht arbeitet, braucht Ihr auch am Freitag und Samstag nicht zu kommen. Die gemaßregelten Arbeiter wandten sich an ihren Fachverein und dieser setzte sich mit dem Unternehmer in Verbindung und erklärte: Wenn Sie den betreffenden Arbeitern nicht den Lohn für die zwei Tage bezahlen, so werden wir diese Arbeiter als gemaßregelt betrachten und sie aus unserer Vereinskasse unterstützen. Die beim Untersuchungsrichter geäußerte Ansicht des Unternehmers, die Vertreter des Fachvereins hätten mit Streik direkt gedroht, wurde vom Unternehmer selbst nicht mehr aufrecht erhalten, vom Gerichtshof aber als richtige Version angesehen, und darauf wurden die Vertreter des Fachvereins, die den Fabrikanten auf diese Weise gezwungen hatten, seine Arbeiter zu bezahlen, verurtheilt, der eine zu sechs, der andere zu drei Monaten Gefängniß wegen des Vergehens der Erpressung. (Rufe: Hört, Hört!) Was sagen Sie aber dazu, daß vor Kurzem dieses Urtheil, das man allgemein für

unmöglich gehalten hat, vom Reichsgericht sanktionirt worden ist! (Erneute Zurufe.) Demgegenüber gilt es nicht mehr einer Gewerkschaftsbewegung anzuhängen, die vielfach nur eine Art Vereinsspielerei gewesen ist, eine Zwergorganisation, sondern es gilt, die Massen zu organisiren, die Arbeiterklasse als solche in den Kampf gegen das Unternehmerthum zu führen. Die Gewerkschaften müssen großartige Dimensionen annehmen, wenn dem Vorgehen des Unternehmerthums mit einigem Erfolg entgegengetreten werden soll. Selbst dann, wenn die Massen in gewaltig großen Organisationen zusammengeballt werden, hat das Unternehmerthum übermächtige Vortheile in Folge des großen Geldbesitzes. Das Einzige, was die Arbeiter gegenüber den Unternehmern noch einigermaßen zu schützen vermag, ist, daß bei gewissen Differenzen die sogenannte Einigkeit derselben regelmäßig nicht lange Stand zu halten pflegt: der Konkurrenzneid ist nicht selten der Bundesgenosse der organisirten Arbeiter. Aber im Großen und Ganzen wird nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Unternehmerthum sich hauptsächlich auf das Gebiet des Lohnkampfes werfen, und deshalb haben die Arbeiter alle Ursache, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Es handelt sich dabei nicht blos um zentralisirte Verbände im gewöhnlichen Sinne, sondern um große Unionen, ähnlich wie sie in England groß gezogen sind. Die speziellen Organisationen der einzelnen Fächer können ruhig innerhalb der großen Union existiren. Aber es müssen sämmtliche Fächer einer Branche zusammengefaßt werden, so das Baugewerbe &c.

Der Vorwurf, daß in den großen Städten mitunter unberechtigte oder unvernünftige Forderungen von den Arbeitern erhoben werden, ist bereits zurückgewiesen worden. Es ist aber doch insofern ein Fehler gemacht worden, als man sich mit dem Vorgehen auf gewerkschaftlichem Gebiet allzu sehr in die großen Städte und Industriezentren zurückgezogen hat. Es kann unmöglich eine gedeihliche Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung stattfinden, wenn in den großen Städten, in irgend einer beliebigen Branche, bereits für den neunstündigen oder achtstündigen Arbeitstag agitirt wird, während in den Provinzialstädten in derselben Branche noch bis zu 16 Stunden täglich gearbeitet werden muß. Hier muß ein Ausgleich herbeigeführt werden. Jetzt, wo wir in eine Periode des wirthschaftlichen Niederganges eingetreten sind, wo also überhaupt an Angriffsstreiks nicht gedacht werden kann, sondern wo hauptsächlich daran gedacht werden muß, zur Abwehr sich zu vereinigen, müssen wir Organisationen schaffen, um für die Zukunft widerstandsfähig zu sein. Es muß jetzt auf die Agitation in den Provinzen und auf dem flachen Lande das Hauptgewicht gelegt werden, und es müssen diejenigen Genossen draußen, die stets treu zur Sache gehalten haben, aber noch unter dem Druck einer unmenschlich langen Arbeitszeit stehen

und allein nicht im Stande sind, etwas zu leisten, besser unterstützt werden. Namentlich muß das Augenmerk darauf gerichtet werden, einen annähernden Ausgleich auf diesem Gebiet herbeizuführen. Das Land und die kleinen Städte müssen auch ihren Theil haben an den bisherigen Errungenschaften des Lohnkampfes und der gewerkschaftlichen Bewegung. Unterstützen Sie diese Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung, so weit dies nur in Ihren Kräften liegt. Deshalb empfehle ich, unsere Resolution nicht nur einstimmig anzunehmen, sondern nach Kräften auch danach zu handeln, wenn Sie wieder nach Hause kommen. (Lebhaftes Bravo!)

Die Resolution Kloß-Grillenberger wird einstimmig angenommen, ebenso auch die Resolution Glocke.

Es würde nunmehr in der Reihenfolge der Berathungsgegenstände der letzte Punkt der Tagesordnung: „Anträge aus der Mitte des Parteitages" zur Verhandlung kommen müssen. Da aber die betreffenden Anträge erst nach Gruppen zusammengestellt, gedruckt und vertheilt werden sollen, so schlägt der Vorsitzende vor, die Sitzung abzubrechen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schluß nach 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 17. Oktober 1890.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr mit folgender Mittheilung:

Es ist dem Parteitag eine Adresse zugegangen von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Leseklubs „Lessing" in Berlin. (Bravo!) Ich werde die Adresse ausnahmsweise zur Verlesung bringen. Sie lautet:

„Dem ersten Arbeiterparlament der deutschen Sozialdemokratie auf deutschem Boden, den Vertretern der völkerbefreienden Sozialdemokratie unseren herzlichsten Brudergruß!

„Gleichzeitig geben wir dem Wunsche Ausdruck, daß die Beschlüsse des Kongresses einen bedeutenden Fortschritt bilden mögen in den berechtigten Bestrebungen der Proletarier aller Länder.

„Indem wir den großen kulturgeschichtlichen Moment eines derartigen Kongresses zu würdigen wissen, erkennen wir dessen Einfluß auf die gesammten Emanzipationsbestrebungen des Proletariats, das stolze Bewußtsein sieghaften Vordringens und die Weckung und Verallgemeinerung des internationalen Solidaritätsgefühls.

„Darum vorwärts im zielbewußten Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Die Mitglieder des sozialistischen Leseklubs „Lessing“.“

Indem ich Namens des Parteitages den Absendern der Adresse den wärmsten Dank ausspreche, beantrage ich, diese schön ausgestattete Adresse den Halleschen Genossen zum dauernden Andenken an diesen Parteitag zu überweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist der Parteitag einverstanden. Ich ersuche das Lokalkomitee, die Adresse hier in Empfang zu nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Schönfeld-Dresden, daß seine neuliche Behauptung bezüglich der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, soweit seine Informationen reichen, richtig sei. Sollte er sich geirrt haben, so nähme er keinen Anstand, seine Behauptung zurückzunehmen.

Höppner glaubt, daß die übrigen Dresdener Genossen durch diese Erklärung befriedigt sein werden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Punkt 7:

Die Parteipresse.

Hierzu hat W. Liefländer-Potsdam-Osthavelland folgenden Antrag gestellt:

„Da die Presse das mächtigste Kampfmittel in Händen der Partei ist und in Erwägung, daß es heiligste Pflicht der Partei sein muß, dieses Kampfmittel bis zur äußersten Grenze anzuwenden und auszunutzen, spricht sich der Parteitag dafür aus, daß zur Herstellung des event. Zentral-Organs und aller von der Parteileitung ausgehenden Schriften eine eigene Druckerei errichtet werde, damit der gesammte, aus Herstellung dieser Preßerzeugnisse resultirende Reinertrag wiederum für Parteizwecke zur Verwendung gelangen kann.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Liefländer:

„Ein etwaiger Kontrakt mit einem Drucker betreffs Herstellung eines von der Parteileitung herausgegebenen Zentralorgans und anderer Druckschriften darf nur bis zum nächsten Parteitag abgeschlossen werden.

Der Antragsteller hat beide Anträge zurückgezogen.

Es liegt nur noch ein Antrag der Gubener Genossen vor.

Es wird beantragt, daß die gesammte sozialdemokratische Presse Eigenthum der Partei sei.

Eine Reihe anderer auf die Presse bezüglicher Anträge wird bei den allgemeinen Anträgen aus der Mitte des Parteitages verhandelt werden.

Berichterstatter Auer: Ueber unsere Parteipresse, insonderheit die Lokalpresse (denn über das Zentralorgan entscheidet ja bis zu

einem gewissen Grade bereits unser Organisationsstatut) herrschen noch wenig klare Anschauungen. Das zeigt der Antrag Guben, der bereits die Expropriation des gesammten Preßeigenthums beschließen will. Ein solcher Antrag ist einfach unannehmbar. Die Lokalpresse muß sich von der Zentralpresse vor allem darin unterscheiden, daß der Haupteinfluß auf dieselbe den Parteigenossen am Ort, bezw. der Provinz und dem Kreise zusteht, für den das Blatt selber erscheint, während die Zentralorgane ausschließlich für die Gesammtpartei vorhanden sind. Man erhebt nur gar zu leicht den Anspruch, daß die Mittel der gesammten Partei unter Umständen für ein einzelnes Lokalorgan zur Verfügung stehen sollen. Ging doch neulich ein Aufruf durch die Presse, behufs Errichtung einer Druckerei an einem bestimmten Orte Deutschlands die gesammte Partei in Aktion zu setzen! Das ist eine absolut falsche Auffassung. Die Parteiorgane müssen getragen werden durch den Kreis, für den sie bestimmt sind (Sehr richtig!), und das hier recht präzis auszusprechen, war mit einer der Gründe, warum wir den Gegenstand überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt haben. Daß im Uebrigen die Lokalorgane der Partei zu dienen haben, dem Gesammtintereße, daß sie in Bezug auf taktische und prinzipielle Fragen sich der Ordnung und Disziplin anzuordnen, zu fügen haben, ist selbstverständlich. Es ist aber unmöglich, die Lokalpresse gewissermaßen zu uniformiren. Die Lokalpresse muß der Verschiedenartigkeit der verschiedenen Gegenden Rechnung tragen. Es kann also garnicht davon die Rede sein, daß man der Lokalpresse gewissermaßen von oben herab eine Direktion giebt in dem Sinne, daß man sich in die Einzelheiten hineinmischt. Die Genossen der betreffenden Orte und Bezirke sollen sowohl in materieller Beziehung für ihr Lokalblatt aufkommen, als auch die geistige Leitung desselben soweit wie möglich in der Hand haben. Selbstverständlich geht es nicht, daß ein einzelnes Organ erklärt, was kümmern wir uns um die Beschlüsse des Parteitages, um unser Programm, um unsere Organisation! Die taktische Ausführung und Vertretung der allgemeinen Parteigrundsätze dagegen kann den lokalen Verhältnissen angepaßt werden. Alles, was ich Ihnen zu sagen hätte, erschöpft folgende Resolution, die wir Ihnen zur Annahme empfehlen:

„Der Parteitag beschließt:

In Erwägung: daß die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfesmittel ist;

in weiterer Erwägung: daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder maßgebende nicht parteigenössische Einfluß von ihr ferne gehalten wird,

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

daß die Genossen überall, neben der Agitation für die Verbreitung des Centralorgans und der nichtperiodischen Parteiliteratur, sich vor allem die Unterstützung und Verbreitung unserer bereits existirenden Lokalpresse angelegen sein lassen,

daß sie ferner überall strenge darauf achten, daß unsere Presse nicht Gegenstand von Privatspekulationen werde, die mit dem Parteizweck nichts gemein haben,

daß die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgend welche Privatinteressen leide.

Insbesondere empfiehlt der Parteitag den Genossen:

bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind."

(Zustimmung.)

Ich mache Sie besonders auf die Rathschläge aufmerksam, die wir in unserem Schlußpassus aussprechen, Genossen! So hochwichtig die Presse für uns ist, so sehr kann sie der Partei geradezu schädlich werden, wenn leichtsinnig mit der Gründung von Preßorganen vorgegangen wird. Dieser Leichtsinn muß unter allen Umständen vermieden werden. Nur eine in ihrer materiellen Existenz gesicherte und geistig wie technisch gut geleitete Presse kann ihre Aufgabe recht erfüllen. So gut wie nicht Jeder ein geschickter Modelleur, Schneider und Schreiner sein kann, so gut ist auch nicht Jeder von Natur dazu berufen, ein Zeitungsredakteur zu sein. (Heiterkeit.) Die Scheere soll nicht das Zeichen sein, in dem die Redaktion arbeitet und siegt! Solchermaßen hergestellte Blätter gereichen der Partei nicht zum Nutzen. Ebensowenig aber auch solche, die fortgesetzt mit Defizits arbeiten und die Mittel der Partei aufbrauchen, die besser zur Agitation u. s. w., für das Interesse der gesammten Partei, verwendet werden können. Solche Blätter sind wirklich unter Umständen ein Krebsschaden. Außerdem können deswegen unter den Parteigenossen der betreffenden Orte leicht Differenzen entstehen. Wir haben vor allem die Pflicht, unsere bestehende existenzfähige Presse zu unterstützen und zu verbessern. Es ist zweifellos nichts verloren, wenn mit der Gründung neuer Zeitungsunternehmen noch ein bischen gewartet wird. Lassen Sie die alten Organe sich einleben, dann werden sich leichter die Mittel finden, um neu entstandenen helfen zu können. Eine schwache, immer auf dem Aussterbeetat stehende Presse ist ein Uebel. Ich empfehle Ihnen also unsere Resolution. Nehmen Sie

dieselbe an und sorgen Sie vor allem dafür, daß sie kein todter Buchstabe bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Steinbach**-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, uns Frauen auch in Bezug auf die Preise Gleichberechtigung zu gewähren. Nicht um blaustrümpflerische Neigungen zu fördern thue ich dies. Der sogenannte Gleichberechtigungsdusel, wie er bisher leider von Frauenrechtlern und Frauenrechtlerinnen auf den Markt geworfen ist, liegt mir am Allerentferntesten. Wie ich für die Frauen nur die nächstliegenden praktischen Forderungen vertrete, nur plaidire für die Gründung von Fachvereinen, um auf dem Arbeitsmarkt den Frauen das gleiche Recht wie den Männern zu erringen, so fordere ich auch von der Presse nur die Unterstützung dieser unserer fachgewerkschaftlichen Bestrebungen. Ich muß mich nun darüber öffentlich beschweren, daß mir in meinem Wohnort, in Hamburg, von dem dortigen Arbeiterorgan nicht in dem gehörigen Maaße der geringe Raum, den ich für meine praktischen Bestrebungen gefordert habe, eingeräumt worden ist. Es wird leider von den Männern noch alles in einen Topf geworfen, was von den Frauen ausgeht. Es ist in der Redaktion gesagt worden, „zu der Tragödie des Männerstreiks dieses traurigen Sommers hat die Frau Steinbach nun auch noch die Komödie eines Hamburger Plätterinnenstreiks hinzugefügt.“ Dieser Plätterinnenstreik ist leider, gegen meinen Willen, vor sich gegangen. Immerhin ist das Resultat dieser Bestrebung noch ein ganz gewaltiges geworden. Wir haben für einen Theil unserer Arbeitsgenossinnen eine Erhöhung ihres Tagelohnes, eine Verringerung ihrer bisher die Nächte hindurch währenden Arbeitszeit errungen, und wenn wir das auch nur für 40 oder 50 Genossinnen errungen haben, mit einer 5 Monate alten Organisation, so kann ich verlangen, daß meine kurzen, aufklärenden Berichte über diese Bewegung aufgenommen werden, und ich kann einem Redakteur nicht das Recht zugestehen, dies noch zu beschneiden. (Heiterkeit.) Das ist Mehlthau auf unsere Bestrebungen. Persönliche Anzapfungen, Klatsch dürfen die Herren zurückweisen, aber für sachliche Ausführungen verlange ich mein Stückchen weißes Papier. Es giebt ja soviel Lumpen und Papier auf der Welt. Kaufe doch die Redaktion mehr Papier! (Heiterkeit.)

Oertel-Nürnberg: In der letzten Zeit ist eine wahre Zeitungs-Gründungs-Epidemie ausgebrochen. Viele dieser Blätter und Blättchen sind nicht existenzfähig. Sie werden über kurz oder lang von der Parteileitung Unterstützung verlangen oder wieder verschwinden. Man darf solchen Gründern den Vorwurf der Unvorsichtigkeit nicht ersparen. Das Zeitungsgeschäft muß gelernt sein. Vielfach haben Leute die Blätter begründet, sich nicht vorher orientirt, sich nicht von Fachleuten Auskunft geben lassen. Derartigen Dingen kann man am besten dadurch gegenübertreten, daß die Partei

beschließt, daß von der Parteileitung irgend welcher Zuschuß an die Lokalpresse nicht abgegeben werden darf. Der Gründung eines Arbeiterinnenorgans stehe ich sympathisch gegenüber. Allerdings müßte die Redaktion und Mitarbeiterschaft eines solchen Blattes vorzüglich sein. Bekanntlich müssen unsere Frauen mit der denkbar schlechtesten Zeitungslektüre zur Zeit vorlieb nehmen. Es hat sich in den letzten Jahren eine ganze Anzahl sogenannter parteiloser Blätter breit gemacht, Lokalanzeiger, Generalanzeiger u. s. w. Sie erscheinen unter der Maske der Parteilosigkeit und sind in Wirklichkeit nichts, als reaktionäre Blätter, die mit großem Wohlbehagen die reaktionärsten Ansichten und Bestrebungen verbreiten. Die Arbeitermassen sind es vor allen, die diese Blätter unterhalten. In Nürnberg hat ein solches Organ in kurzer Zeit 20- bis 25 000 Abonnenten gewonnen. Gegen diese „parteilosen" Blätter muß ein wohlorganisirter Feldzug unternommen werden. Den Antrag Guben bitte ich abzulehnen. Wenn wir die Presse annektiren, dann müssen wir auch für etwaige Defizits aufkommen, dazu haben wir aber gar keine Veranlassung. Unsere Partei ist eine Kampfpartei, die ihre Mittel nicht festlegen darf. Außerdem wäre es auch ungerecht, solche Blätter zu annektiren, die während des Ausnahmegesetzes als private Blätter begründet wurden und nur mit großen Geld- und persönlichen Opfern erhalten werden konnten.

Heinrich-Altona: Ich werde für die Resolution stimmen. Redner führt im Auftrage seines Wahlkreises Beschwerde gegen Baumeister Keßler, wegen dessen Angriffe auf Frohme. Nach längeren, theilweise heftigen Ausführungen bringt er folgenden Antrag ein:

> Der Parteitag spricht hiermit seine entschiedene Mißbilligung über das vom Regierungsbaumeister Keßler in seinem Organe „Vereinsblatt" gegenüber den Hamburger Genossen, insbesondere dem Genossen Karl Frohme, beachtete unwürdige Verhalten aus!

Im gleichen Sinne spricht Schwer-Hamburg I.

Kahl-Duisburg beantragt Ueberweisung an die Neuner-Kommission, wogegen Keßler sich ausläßt, weil verschiedene Mitglieder darin mehr oder weniger betheiligt seien. Dagegen erklärt er sich mit einem Schiedsgericht einverstanden, das Bebel zusammenberufen möge. Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Bildung und Einberufung dieses Schiedsgerichts dem Vorstande überwiesen.

Von Slomke-Bielefeld ist folgende Resolution eingegangen:

> Der Parteitag spricht sich entschieden gegen die Aufnahme von Lotterieannonzen, Geheimmittelempfehlungen und ähnlichen, den guten Charakter der Parteipresse verletzenden Anzeigen aus.

Ein Unterantrag von Slomke, in seinen Prinzipalantrag auch Abzahlungsgeschäfte aufzunehmen, wird nicht genügend unterstützt.

Rüger-Werden ist für die Resolution Auer. Durch Schweigen

könne man am Besten sein Einverständniß mit derselben bethätigen. (Beifall.)

Kittler-Heilbronn: Wollen wir mit der parteilosen Presse konkurriren, so müssen wir unsere Preise möglichst billig abgeben. Sollte auch anfangs mit Defizits gearbeitet werden, das Massenabonnement macht später das Unternehmen doch rentabel.

Ein weiterer Antrag:

> Der Parteitag empfiehlt den Genossen allerorts, daß bei Gründungen von sozialdemokratischen Preßunternehmungen der einzelnen Orte und Wahlkreise die Zustimmung der Delegirten eines vorher einzuberufenden Provinzialtages einzuholen ist,

wird bei den allgemeinen Anträgen zur Verhandlung kommen.

Schulze-Magdeburg erklärt Namens seiner Auftraggeber, daß die Magdeburger sich ebenfalls der sogenannten Opposition angeschlossen haben. Er will nun die Gründe für diese Haltung darlegen, wird jedoch vom Vorsitzenden mit dem Hinweis unterbrochen, daß jetzt die Parteipresse zur Berathung stehe. Es bleibe dem Redner ja unbenommen, eine schriftliche Erklärung vom Bureau verlesen zu lassen. Redner wünscht in Bezug auf die Presse, daß so unqualifizirbare Aeußerungen, wie sie in letzter Zeit von einzelnen Parteiorganen gethan seien, in Zukunft vermieden werden.

Gottschalk-Hamburg: Wir stehen unbedingt auf dem Standpunkt, daß die Presse Parteieigenthum sein muß und zwar der Partei am betreffenden Orte. Dieser müßte auch die Kontrole zustehen. Dem Antrag Slomke kann ich nicht zustimmen. Annonzen sind eine sehr ergiebige Einnahmequelle für die Zeitungen. Mache man es doch so, wie in Hamburg, daß man schreibt: für den Annonzentheil übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Was die Blätter für die Frauen betrifft, so glaube ich, daß die Frauen doch nur Kaffeekränzchenblätter haben wollen. . . .

Vorsitzender Singer: Ich kann es nicht für zuläßig erachten, daß behauptet wird, die in der Arbeiterinnenbewegung stehenden Frauen wollen nichts wie „Kaffeekränzchenblätter" gründen.

Gottschalk (fortfahrend): Ich sage mir, daß die gleichberechtigte Frau dieselben Blätter lesen kann, die wir schon besitzen. Die Frauen können in politischen Blättern ebenso gut für die Sache wirken, wie in besonderen Blättern, die schon mit Defizits arbeiten. Frau Steinbach hat sich darüber beschwert, daß ein Hamburger Redakteur ihre Berichte beschnitten habe. Wollte der Redakteur allen diesen Vereinsgeschichten Raum geben, dann könnte sein Blatt schließlich nicht 8 Seiten umfassen, sondern müßte zwölfmal so groß sein. Er muß in dieser Beziehung etwas beschneiden. Ich möchte also den Vorwurf zurückweisen, als wolle man die Frauen beschneiden, nein, die Männer werden gerade so gut beschnitten! (Stürmische Heiterkeit.)

Schmalfeld-Stade: Ueber die Gründung eines Lokalblattes sollten nur die Genossen am Ort entscheiden, damit sollte die Partei als solche nicht belästigt werden. Es wird sich bald ein gewisses Gründungsfieber bemerkbar machen. Dem muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die Schwindel- und Unsittlichkeitsannoncen müssen unbedingt aus der Presse verschwinden; ich kann es auch nicht billigen, wenn ein Blatt die Verantwortlichkeit für solche Annoncen abzuschütteln sucht. Die Leser sagen sich einfach: die Geschäfte, welche in unserem Blatte annonciren, müssen gut sein; die Redakteure haben eine bessere Uebersicht als die Leser. Anders steht es mit den Annoncen, betreffend die Abzahlungsgeschäfte. Diese sind gewissermaßen ein Produkt unserer heutigen Verhältnisse, sie sind nicht aus der Welt zu schaffen. Es sollte aber von den Blättern darauf hingewiesen werden, daß die Käufer in ganz unverantwortlicher Weise von diesen Geschäften übervortheilt werden. Frau Steinbach steht mit ihrer Klage nicht allein da. Die Einsender solcher Lohnbewegungsberichte sollten sich möglichst kurz fassen. Bei der Gründung neuer Blätter sollte man recht vorsichtig sein, um nicht den bereits bestehenden Abbruch zu thun. Dies gilt besonders von Schleswig-Holstein und Mecklenburg.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Köster-Wanzleben: Unsittliche und marktschreierische Annoncen muß unsere Presse zurückweisen. Die Frage der Kontrollkommission hat bei uns in Magdeburg schon praktische Gestalt angenommen. Wir haben selbst eine Kontrolle ausgeübt, welche aus dem leidigen Streit entstand, ob das Recht der freien Meinungsäußerung durch die frühere Redaktion der „Magdeburger Volksstimme" in einer Weise ausgeübt wurde, welche dem Sinn und der Sprache eines Arbeiterorgans angemessen ist, oder in einer Weise, die dem Genossen Bebel das Recht gab, eine Beleidigung für die Parteileitung herauszulesen. Die Art der Kontrolle muß sich durchaus nach den lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen richten, und deshalb ist man in Magdeburg mit der Kontrolle, wie sie Auer vorgeschlagen, nicht einverstanden. Es könnte darnach leicht vorkommen, daß die Haltung eines Blattes wie der „Volksstimme" als eine Verletzung der Prinzipien der Partei angesehen wird. Um nun zu verhüten, daß Vorkommnisse, wie bei der „Magdeburger Volksstimme", wiederkehren, möchte ich beantragen: der Parteitag erklärt, daß Streitigkeiten, bei denen es sich nur um eine ungeschickte Kampfesweise handelt, in den Spalten der Zeitung, nicht in Volksversammlungen ausgefochten werden müssen und daß nicht gleich die Kontrollkommission einschreitet und kurzer Hand einfach tabula rasa mit der ganzen Redaktion macht.

Zappay-Marburg beantragt:

Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß die Partei-

blätter nicht nur Anzeigen von Geheimmitteln u. s. w. zurückweisen, sondern auch von denjenigen Geschäften, welche den am Ort üblichen Arbeitslohn ihren Arbeitern resp. Arbeiterinnen nicht bezahlen.

Dieser Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Gewehr-Elberfeld: Vorkommnisse wie bei der „Magdeburger Volksstimme" und der „Sächsischen Arbeiterzeitung" sind nicht für die ganze Partei maßgebend. Ich bin gegen den Antrag Guben und für den Wunsch von Schulze, daß die Parteipresse Eigenthum der Partei am einzelnen Orte ist. Ueber die Aufnahme von Annoncen mögen die Redakteure selbst entscheiden.

Der Schluß der Diskussion wird beantragt und von Ohlig befürwortet. Es sei ja sicher, daß auch diesmal der Antrag des Referenten einstimmig angenommen werde. Man solle doch nicht muthwillig die Arbeit hinauszögern.

Frau Ihrer ist für Fortsetzung der Debatte und protestirt gegen den Ausdruck „muthwillig".

Der Schlußantrag wird angenommen.

Slomke-Bielefeld verlangt noch das Wort zur Begründung seines Antrages.

Vorsitzender Singer befragt die Versammlung, ob sie ausnahmsweise und abweichend von der Geschäftsordnung den Genossen noch hören will.

Die Versammlung entscheidet mit großer Mehrheit dagegen.

Slomke (zur Geschäftsordnung): Es ist doch wohl ganz selbstverständlich, daß man die Einbringer selbstständiger Anträge, die noch dazu eine Redezeit von 20 Minuten nach der Geschäftsordnung beanspruchen können, auch zum Worte kommen läßt.

Vorsitzender Singer: Es handelt sich nicht um einen selbstständigen Antrag, sondern um eine Resolution zu einem bereits vorliegenden Antrag. Der Gegenstand ist erledigt.

In einer dem Bureau überreichten „Erklärung der Delegirten des ehemaligen nördlichen Belagerungsgebietes" Theiß, Lüttgens, Hillmer, Schwartz, Hogreve, Schweer, Heinrich und Dubber, wird dem Parteitage mitgetheilt, daß dieselben mit den Ausführungen von Gottschalk-Hamburg wegen der Inserate nicht einverstanden sind.

Zur Geschäftsordnung erklärt Bremer-Magdeburg, daß die Magdeburger Delegirten ohne gebundenes Mandat gewählt seien, nur mit dem Auftrage, sachgemäß Stellung zu nehmen; auch Schulze-Magdeburg hätte kein gebundenes Mandat.

Desgleichen erklärt Stengele-Hamburg zur Geschäftsordnung: Ich erkläre, daß ich der von Frau Steinbach angegriffene Redakteur des Hamburger „Echo" bin. . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer (unterbrechend): Ich kann Ihnen dazu

das Wort nicht weiter verstatten. Frau Steinbach hat zwar das Blatt, aber nicht mit ihren Namen genannt.

Das Schlußwort erhält

Referent **Auer**: Ich werde mich auch beim Schlußwort möglichst kurz fassen. Ich fange wieder damit an, Sie zu bitten, möglichst von heute ab sich zu befleißigen, daß Sie die bereits gefaßten Beschlüsse nicht leere Worte sein lassen, sondern sie auch thatkräftig ausführen. Wenn wir bisher schon diesen Rath befolgt hätten, wären heute alle Reden über Annoncenwesen und dergleichen nicht mehr nothwendig gewesen. Ich werde Ihnen die betreffenden Parteibeschlüsse von früher vorlesen, daraus werden Sie ersehen, daß wir zu allen diesen Fragen schon längst Stellung genommen haben. Sind Mißstände vorhanden, so liegt das daran, daß die Parteigenossen die früheren Beschlüsse nicht ausgeführt haben. In St. Gallen wurde am 6. Oktober 1887 folgende Resolution von Bebel eingebracht: „Der Parteitag stellt an die Fraktion das Ersuchen, ihren moralischen Einfluß bei den Herausgebern und Eigenthümern von Arbeiterblättern und sonstigen auf die Arbeiterkreise berechneten Literaturerzeugnissen in Deutschland nachdrücklich dahin geltend zu machen, daß diese Art von Literatur ihrer Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären, auch wirklich entspricht, was nicht immer der Fall ist. Insbesondere aber soll die Parteivertretung ihr Augenmerk auch darauf richten, daß der ausbeuterische und korrumpirende Charakter verschiedener dieser auf die Arbeiterkreise berechneten Unternehmungen (marktschreierische Anpreisung von zweifelhaften, literarischen Erzeugnissen, von Geheimmitteln und dergleichen, sowie die Veröffentlichung von Schmutz- und Schwindelannoncen u. s. w.) aufhört. Weigern sich die Herausgeber solcher Preßerzeugnisse, den im Interesse der Arbeiterklasse ausgesprochenen Wünschen der Reichstagsfraktion nachzukommen, so soll letztere öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen oder Verbreiten solcher Literatur warnen."

Wenn wir den Beschluß gehalten hätten und darauf achten, ihn in Zukunft zu halten, dann ist alles das auf diesen Punkt bezügliche hier und früher schon Gesagte erledigt. Ich konstatire also nur, daß die Partei in dieser Beziehung bereits eine Marschroute hat.

Es ist nun auch der Vorschlag der „Verstaatlichung" der Parteipresse wieder aufgetaucht, und Einzelne sind mit der von mir vorgeschlagenen Resolution deshalb nicht einverstanden, weil dieser Gedanke darin nicht ausgesprochen ist. In der Diskussion ist aber schon darauf hingewiesen worden, daß es eine reine Unmöglichkeit ist, die gesammte Parteipresse als Parteieigenthum zu erklären. Das geht aus tausenderlei Gründen nicht an, liegt auch garnicht im Interesse der Presse selber. Die Folge davon wäre, daß der eigene Trieb derjenigen Blätter, die noch in etwas unsicherer Stellung sich befinden, sich herauszuhelfen, fortfallen würde, daß wir nur der

Partei als solcher eine Last von Defizits aufbürden würden, welche die Partei nicht tragen kann und soll. Blätter dagegen . . . .

(Hier erfährt die Verhandlung eine Unterbrechung. Ein Delegirter ist plötzlich ohnmächtig von seinem Sitz zu Boden geglitten und wird von den ihm zunächst sitzenden Genossen aus dem Sitzungssaal in einen Nebenraum getragen. In der Versammlung herrscht große Bewegung über den Vorfall. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, fährt der Redner fort.)

Die gesammte Parteipresse zum Parteieigenthum in dem Sinne zu machen, daß sie der Gesammtpartei gehöre, wofür wir dann wieder ein eigenes Organ schaffen müßten, welches juristisch dieses Eigenthum übernehmen kann, das ist unmöglich durchzuführen. Es steht ja aber den Genossen an den einzelnen Orten garnichts im Wege, Einrichtungen dahin zu treffen, daß ihr Lokalorgan auch in Bezug auf das Eigenthumsrecht ihr Organ wird und nicht irgend einer Privatperson gehört. Dagegen spricht sich auch die Resolution in keiner Weise aus. Die Genossen können also in dieser Beziehung machen, was sie wollen; was wir nicht annehmen können, ist, daß die Gesammtpartei Eigenthümerin der gesammten Parteipresse sein soll. Was die Genossen wollen, ist wahrscheinlich auch nur das, daß ihnen das Recht eingeräumt werde, sich selbst zu Eigenthümern ihres Lokalorgans zu machen. Das mag gemacht werden, wo es sich irgendwie als zweckentsprechend erweist.

Ferner ist auch hier die Frauenbewegung wieder hereingezogen worden. Es ist eigentlich bedauerlich, daß die Frauen gar so viel zu klagen haben. Das liegt doch wohl nicht blos am mangelnden Entgegenkommen seitens der Parteigenossen, sondern vielleicht sind die Frauen auch in etwas pessimistischer Stimmung. Ihre Bewegung hat ja wirklich noch nicht die Ausbreitung, die wir alle ihr wünschen, und je kleiner die Bewegung ist, — das ist eine alte Erfahrung, die auch wir Männer seiner Zeit gemacht haben — je mehr sie noch in den Kinderschuhen steckt, desto mehr machen sich innere Zwistigkeiten, kleinliche Nörgeleien und ein gewisses Gefühl des Unbefriedigtseins geltend. Es ist das meine persönliche Meinung. Es scheint mir, daß auch die Leiterinnen der Frauenbewegung bei uns nach und nach dahin gekommen sind, daß sie über die Dinge, die sie selbst reformiren und bessern sollen, in Uneinigkeit gerathen und nun uns armen Männern die Schuld dafür geben, daß sie sich untereinander nicht vertragen können. Ich bin ja selbst verheirathet und hoffe, daß mir diese Aeußerung von den Frauen nicht nachgetragen werden wird. (Heiterkeit.) „Komödie des Plätterinnenstreits,“ für eine solche in der Aufregung gethane Aeußerung eines einzelnen Blattes müssen Sie nicht die Gesammtheit verantwortlich machen; solchen Ausdruck können Sie ja mit der größten Leichtigkeit zurück-

geben, denn für diese einzelne „Komödie“ des Plätterinnenstreiks mache ich mich sofort anheischig, zwei, drei, vier gleiche „Komödien“, die die Männer in Szene gesetzt haben, anzuführen, da sind Sie reichlich entschädigt. Das müssen Sie nicht so genau nehmen. Wir wissen Alle, und das drückt auch unser Organisationsentwurf aus, wie wir voll und ganz bereit sind, die Gleichberechtigung der Frauenbewegung mit der unsrigen anzuerkennen. Liebknecht sagte, die Frauenbewegung ist eben mit die soziale Frage; wir gehören da zusammen und wollen uns nicht scheiden.

Der Genosse Schulze-Magdeburg hat gemeint, es empfehle sich, keine so schroffen Worte bei den Angriffen mehr zu gebrauchen, und Köster-Wanzleben hat gesagt, derartige Streitfragen sollten in den Parteiorganen, nicht in öffentlichen Versammlungen, ausgetragen werden. Ich spreche zunächst meine Genugthuung darüber aus, daß es Magdeburger Genossen sind, welche dem dortigen Organ nahestanden, die solchen Wünschen Ausdruck geben; ich hoffe, daß sie in alle Zukunft diesen ihren eigenen Rath befolgen werden und bedaure nur, daß sie ihn nicht schon vorher befolgt haben. Die Genossen selber waren es übrigens, welche Stellung zu ihrem Parteiblatt nahmen, sowohl in Dresden und in Magdeburg. Es hat wirklich keine Vergewaltigung stattgefunden. Daß in Magdeburg Bebel erschienen ist, kann doch nicht Wunder nehmen: hat er nicht das Recht der freien Meinungsäußerung, wie wir alle? Und in Dresden wohnte er ja sogar und konnte schon als bloßer Parteigenosse an der Versammlung theilnehmen, wie auch die Genossen am Orte das Recht hatten, seine Meinung, als die des Angegriffenen, zu hören. Gerade die dort erfolgte Beschlußfassung müssen Sie also respektiren. Ich wünsche nur, daß wir in alle Zukunft möglichst mit derartigen Vorkommnissen verschont bleiben. (Beifall.)

In persönlicher Bemerkung zum Schlußwort des Referenten weist Frau Steinbach den Ausdruck „Komödie“ nochmals entschieden zurück.

Die Resolution Auer wird darauf nochmals verlesen und gelangt sodann einstimmig zur Annahme.

Der Antrag der Gubener Genossen wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt, der Antrag Slomke angenommen. Der Antrag der Hamburg-Altonaer Genossen wird, da die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen ist, zurückgezogen.

Vorsitzender Singer: Ich habe dem Parteitage eine tieftraurige Mittheilung zu machen. Der Genosse, der eben, wie wir glaubten, in Folge eines Unwohlseins vom Stuhle fiel, ist, wie leider feststeht, vom Schlage getroffen, gestorben. Wir haben wiederum einen Genossen verloren, der in treuester Pflichterfüllung für die Interessen der Partei gearbeitet hat. Der Delegirte Baumgarten für Hamburg III war einer der ältesten Genossen

Hamburgs; seit langem treu für unsere Sache eintretend, stand er in der Reihe derjenigen, die auch für ihre Person Maßregelungen um ihrer Ueberzeugung willen erlitten haben. Wir empfinden dieses plötzliche Hinscheiden um so schmerzlicher, als der Genosse hier durch seine Thätigkeit mit dazu beigetragen hat, daß die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie glänzender wie je sich manifestirt hat. Wenn es einen Trost für diesen plötzlichen Verlust giebt, so besteht er darin, daß der Genosse die Ueberzeugung in den Tod mitnehmen konnte, daß seine Partei, die Partei des Proletariats, für welche er bis zu seinem letzten Athemzuge gekämpft hat, den vollen, den ganzen Sieg erringen wird. Ich bitte Sie, das Andenken an den von uns geschiedenen Genossen durch Erheben von den Sitzen zu ehren.

(Die Versammelten erheben sich einmüthig von ihren Plätzen.)

Unter der Einwirkung dieses schmerzlichen Ereignisses halte ich es nicht für angemessen, in unseren Arbeiten fortzufahren. Ich bitte Sie, in Würdigung der Stimmung, in der wir uns alle befinden, die Sitzung jetzt abzubrechen und um 2 Uhr wieder aufzunehmen; die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11½ Uhr.

Nachmittagssitzung.

Um 2¼ Uhr wird die Sitzung unter dem Vorsitz des Genossen Dietz wieder aufgenommen.

Vor der Tagesordnung verlangt das Wort

Singer: Ich habe bezüglich meiner vor dem Parteitag wegen der Notiz im hiesigen „General-Anzeiger" abgegebenen Erklärung von dem Chefredakteur Herrn Friedrich Baumann an meine Adresse folgende Mittheilung erhalten:

> Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Berathungen des sozialdemokratischen Parteitages stellten Sie im Namen des Parteitages die Behauptung des „General-Anzeiger":
>
> > Am verflossenen Dienstag Abend, während des Kommerses, hätten Führer der Partei mit den französischen Delegirten in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt,
>
> als eine verleumderische Lüge hin.
>
> Demgegenüber erkläre ich, daß ich selbst die französischen Delegirten, nachdem ich mit denselben eine halbe Stunde im Saale des Prinz Karl zugebracht hatte, in das bewußte Hotel geführt und dort während mehrerer Stunden in Gesellschaft dieser Herren, des Abgeordneten Liebknecht und anderer Parteimänner verweilt habe. Dieses Zusammensein fand in einem reservirten Zimmer der ersten Etage

des erwähnten Hotels statt. Ihre Persönlichkeit habe ich dortselbst nicht bemerkt. Angesichts des Charakters der geführten Unterhaltung, angesichts der Fragen, welche die französischen Herren an den Abgeordneten Herrn Liebknecht richteten, war ich vollauf berechtigt, diese Zusammenkunft, fern der Kommersfeier, in den wenigen Worten, die ich ihr gewidmet habe, mit dem übrigens unverfänglichen Ausdruck „geheime Berathung" zu bezeichnen. Die böswillige Absicht, welche Sie mir als Ergebniß Ihrer mißverständlichen Auffassung unterschieben, hat mir absolut fern gelegen. Deshalb erhebe ich energisch Einspruch gegen Ihre Anschuldigung und erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie gegenwärtige Erklärung zur Richtigstellung an gleicher Stelle bekannt geben."

Ich stelle einfach diesem Schreiben den Wortlaut der Notiz aus dem „General-Anzeiger" gegenüber, wo es heißt: „Ein Genosse nahte sich ihnen und lud sie im Namen des Abgeordneten Liebknecht ein, zu ihm ins Centralhotel zu kommen. Hier saßen die meisten Führer, tranken Bier und pflegten geheime Berathung 2c." und überlasse es dem Urtheil des Parteitages und der Außenstehenden, ob ich ein Recht hatte, diese Behauptung als eine verleumderische Lüge hinzustellen, ein Ausspruch, den ich hiermit wiederhole. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt der Parteitag in die

Spezialdiskussion über den Organisationsentwurf,

wie er nach den Beschlüssen der 25 er Kommission gedruckt unter die Mitglieder zur Vertheilung gelangt ist. Dieselbe Kommission hat dem Parteitage eine Vorschlagsliste für die auf Grund der neuen Organisation vorzunehmenden Vorstandswahlen überreicht.

Berichterstatter Auer: Die Kommission, welche Sie vorgestern gewählt haben, hat gestern getagt und zwar den ganzen Tag, und das Resultat ihrer Arbeiten liegt Ihnen vor in dem Schriftstücke, überschrieben „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands." Die Kommission hat mich mit der Berichterstattung beauftragt. Sowohl im Interesse unserer Verhandlungen, als auch angesichts der großen Einmüthigkeit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, glaube ich, mich möglichst kurz fassen zu können; ich werde mich auf die allernothwendigsten Erläuterungen beschränken.

Zunächst haben wir in der Ueberschrift den Parteinamen geändert in „sozialdemokratische Partei Deutschlands". Darüber wird es einer weiteren Auseinandersetzung gar nicht bedürfen.

§ 1 lautet jetzt:

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

Zweierlei ist hier besonders zu beachten.

Mit dem Worte „Person" (wie schon im Entwurf) wird ausgesprochen, daß Männer wie Frauen zur Partei gehören können. Als Kennzeichen ferner für die Zugehörigkeit zur Partei wollen wir das Bekenntniß „zu den Grundsätzen unseres Parteiprogrammes" betrachten, nicht engherzig „zum Parteiprogramm", so daß Jeder jeden Buchstaben anerkennen müßte, sondern in Berücksichtigung dessen, daß der Eine oder der Andere gegen diesen oder jenen speziellen Punkt seine Bedenken habe und eine kleine Abweichung irgend welcher Art gar keine Rolle spiele. Außerdem soll, wer zu uns gehören will, die Partei „nach Kräften unterstützen". Damit ist den Einwürfen gegen „dauernd materiell" Rechnung getragen. Die Unterstützung kann in den verschiedensten Formen geschehen: materiell, durch Agitation, durch theoretische, wissenschaftliche Arbeit; es ist absolut freier Spielraum gelassen. Ich bemerke noch, daß wir auch in Rücksicht auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland speziell zu dieser Form gekommen sind, diese Rücksicht war die ausschlaggebende.

§ 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Auch hier ist nicht mehr von einem groben Verstoß gegen den Buchstabensinn des Programms, sondern gegen die Grundsätze desselben die Rede; die Bestimmung aber, daß, wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, nicht mehr zu uns gehört, haben wir beibehalten. Auch darüber brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Wir hielten dafür, daß es ehrlose Handlungen giebt, die Jedem gegenüber als ehrlos gelten, und daß da von bürgerlicher und sozialdemokratischer Moral gar nicht die Rede sein kann. In den Augen gewisser bürgerlicher Kreise gilt man ja schon als ehrlos, wenn man einmal das Unglück hatte, einer Majestätsbeleidigung verdächtigt zu werden; daß für uns derlei nicht als ehrlos gilt, ist selbstverständlich. Nach Absatz 2 des § 2 sollen über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Wahlkreise zu entscheiden haben. Der ganze Aufbau der Organisation, wie sie beschlossen ist, läßt gar nichts anderes zu. Nur den

Appell an die Parteileitung und an den Parteitag haben wir offen gehalten.

Bei dem ganzen Kapitel über die Vertrauensmänner will ich mich gar nicht aufhalten; die §§ 3 bis 5 des Entwurfs sind mit kleinen Abänderungen beibehalten worden. Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Vereinsgesetzgebung, und weil wir Deutsche uns noch des Vorzugs erfreuen, ein Land innerhalb der Reichsgrenzen zu haben, welches in Bezug auf Konstitutions- und Verfassungslosigkeit mit Rußland und der Türkei konkurriren kann, nämlich Mecklenburg, ohne Vereins- und Versammlungsgesetz, endlich weil in Bayern der Wortlaut des Vereinsgesetzes nach der Interpretation mehrerer Gerichtsbeschlüsse es außerordentlich erschweren dürfte, den Bestimmungen in den §§ 3 bis 5 nachzukommen, haben wir einen neuen § 6 geschaffen, wonach dort den Genossen völlig freie Hand gelassen wird, die Organisation so einzurichten, wie sie ihnen durchführbar und zweckmäßig erscheint.

Die Bestimmungen über den Parteitag sind im Wesentlichen geblieben, wie sie waren. Viele dazu gestellte Anträge haben auf irrthümlichen Voraussetzungen beruht. Im jetzigen § 8 ist aber die Bestimmung, daß die Anträge für den Parteitag spätestens 14 Tage nach der Bekanntmachung des Termins vorliegen müssen, als eine ganz unnütze Einschränkung gestrichen worden. Jetzt werden die Parteigenossen Anträge stellen können, soviel sie wollen, mit der einzigen Einschränkung, daß sie zehn Tage vor dem Termin bekannt sein müssen. Damit hat sich eine große Anzahl von Anträgen ohne Weiteres erledigt. Zu § 9 (Theilnahme am Parteitage) lagen besonders viele Anträge vor, welche auf eine andere Art der Vertretung und Zulassung zum Parteitage hinausliefen. Sie sind alle abgelehnt worden, weil wir uns über keinen anderen Modus verständigen konnten und es, wie sich herausstellte, ungemein schwer ist, in dieser Beziehung zu reglementiren. Wir haben schließlich beschlossen, zu sagen, daß „in der Regel“ kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf. Es bleibt danach dem Taktgefühl der Parteigenossen selber überlassen, ob sie glauben, einem späteren Parteitage zumuthen zu können, daß aus ihren Kreisen mehr als 3 Delegirte in maximo erscheinen. Daß es nur loyal und berechtigt sein kann, wenn die großen Wahlkreise mit sehr großer Wählerzahl mehr schicken wollen, dagegen wird auch Niemand etwas haben. Das Recht ist Ihnen jetzt zugesagt; den richtigen Gebrauch davon zu machen, ist Ihrem Taktgefühl und Ermessen überlassen. Auch § 10 (Aufgaben des Parteitages) ist geblieben. Desgleichen § 11 (Einberufung eines außerordentlichen Parteitages). Hier ist jedoch eine Bestimmung weggefallen, daß die Einberufung auch zu erfolgen habe auf Antrag von 10 000 Unterschriften von Parteigenossen. Der Fall, daß ein außerordentlicher

Parteitag erst aus der Partei heraus erzwungen werden muß, wird ungemein selten vorkommen; wir werden es wohl nie erleben. Diese Erwägung und die fernere, daß die Kontrolle der 10000 Unterschriften gar nicht möglich ist, und daß damit etwa eine für uns gefährliche Klippe in vereinsgesetzlicher Hinsicht von uns selbst geschaffen werden würde, hat uns veranlaßt, diese Bestimmung des Statuts einstimmig fallen zu lassen. Sie würde doch nur dekoratives Beiwerk gewesen sein und hätte möglicherweise einem findigen Staatsanwalt willkommenen Anlaß geboten, hier eine geheime Verbindung zu konstruiren.

Bei unseren Berathungen über die Parteileitung, dem springenden Punkt des Ganzen, wurde von vornherein von allen Seiten ausgesprochen, daß nicht darauf bestanden werde, irgend eine vorher ausgesprochene, geschriebene oder gedruckte Meinung aufrecht zu erhalten, sondern daß uns Alle in unseren Anträgen, in unserer Kritik, in Presse und Versammlungen nur das Bestreben geleitet habe, das Beste für die Partei herbeiführen zu helfen. So war denn von Anfang an die Möglichkeit einer Verständigung sehr leicht; es frug sich für uns alle nur: Wie wird der mit dem Statut verfolgte Zweck zu erreichen sein, ohne uns der Gefahr auszusetzen, die Organisation sofort wieder aus vereinsrechtlichen Gründen zu gefährden? Nachdem von allen Seiten die Erfahrungen zum Besten gegeben waren, nachdem auch die Vertreter der Fraktion sofort erklärt hatten, daß dieselbe auf der Uebertragung der Kontrolle durchaus nicht bestehe, sondern diesen Vorschlag eigentlich gegen den Willen der Mitglieder, nur dem Zwange folgend, gemacht habe, um damit nach ihrer Meinung eine Schutzwehr gegen die Auflösung der Partei zu errichten, haben wir uns nach längerer Debatte vollständig geeinigt. Der Vorschlag der Hamburger Genossen und theilweise der der Berliner, der nichts anderes ist, als eine gewisse, wenn auch nicht wörtliche Nachahmung der Organisationsbestimmungen, die sich die deutschfreisinnige Partei, auch dem Zwange folgend, gegeben hat, ist die Grundlage unserer Beschlüsse geworden. Der Antrag Theiß unterschied sich von dem Berliner nur in 2 Punkten; einmal setzte er die Zahl der Vorstandsmitglieder geringer an, als der der Berliner, und dann enthielt er die Einschränkung in der Auswahl der Personen nicht, welche sich im Berliner Antrage befand. Der Berliner Antrag wollte 20 Vorstandsmitglieder, von denen 10 der Fraktion angehören dürfen, dem Exekutivausschuß von 5 Personen sollten nur 2 Fraktionsmitglieder angehören können. Gegen diese Einschränkungen wurden aber ganz bestimmte Erklärungen abgegeben, und nach genügender Aussprache schließlich von keiner Seite mehr die Aufrechterhaltung derselben verlangt, und zwar sind wir alle aus rein praktischen Erwägungen zu der einstimmigen Anschauung gelangt, daß eine derartige Einschränkung nicht möglich ist. Bei der Besetzung der Vorstandsämter kommt nicht in Frage, ob einer der

Fraktion angehört, sondern ob er die Fähigkeit und die physische und materielle Möglichkeit hat, dem Vorstand anzugehören; die Abgeordnetenqualität ist hierfür vollständig irrelevant. Wir haben festgesetzt einen Vorstand aus 12 Personen, 2 Vorsitzende, 2 Schriftführer, 1 Kassirer, 7 Kontrolleure. Die Wahl erfolgt auf dem Parteitag mittelst Stimmzettel, und zwar so, daß der Parteitag auch gleich ausspricht, welchen Charakter er mit der einzelnen Wahl verbinden will. Die folgenden Bestimmungen dieses Abschnitts sind rein geschäftlicher Natur. Bemerken will ich noch, daß die Meinung dahin ging, daß die 5 Personen, welche die Verwaltung führen sollen, möglichst an einem Platz oder in einem verhältnißmäßig nicht zu großen Umkreis wohnen sollen, daß es dagegen bei den Kontrolleuren, welche die Geschäftsführung zu überwachen haben, weniger darauf ankommt, obwohl auch hier wünschenswerth ist, daß sie nicht allzu entfernt vom Sitze der Parteileitung ihren Wohnort haben.

Diese Parteileitung ist gewissermaßen der Kopf des Ganzen. In der Parteileitung ist der Mittelpunkt für die Verwaltung geschaffen; für die politische Leitung wird ja die Fraktion nachher immer noch ihren sehr bedeutenden und maßgebenden Einfluß haben, gleich wie auch die Parteipresse.

Mit dieser Zusammensetzung des Parteivorstandes aber glauben wir auch zugleich die nothwendige Kontrollinstanz geschaffen zu haben, wodurch eine Extrakontrollbehörde überflüssig wird. Die gewählte Form ist ja wieder auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse zurückzuführen; wir waren in der Kommission einstimmig darin, daß, wenn wir uns überhaupt eine Organisation geben können, dies die einzig mögliche Form ist.

Wir haben zuletzt noch den Zusatz beschlossen:

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Dieser Passus klingt etwas selbstherrlich, aber auch diese Vorschrift ist uns durch die Verhältnisse aufgezwungen. Wir haben ja Vermögen, das soll sich vermehren, es ist im Interesse der Partei sehr zu wünschen, daß wir gewisse Fonds haben. Nun können, trotz aller Vorsicht, trotz alles Bestrebens, dem Gesetze möglichst nachzukommen, — man sucht ja immer wieder uns von dem Boden des Gesetzes abzudrängen — wir dennoch nicht wissen, ob wir nicht wieder als Verein erklärt und geschlossen werden; die schließende Behörde möchte dann vielleicht kommen und verlangen, daß wir mit dem Gelde herausrücken, weil es beschlagnahmt werden müsse. Für diesen Fall — denn wir hätten kein Vergnügen daran, der Polizei das Geld auszuliefern (Heiterkeit) — glaubten wir uns sichern zu müssen. Ausliefern würden wir das Geld ja nicht, darüber täuscht sich auch die Polizei nicht; aber wenn wir diese Bestimmung

nicht haben, welche den Vorstand der Partei den Gerichten gegenüber deckt, so könnte nach früheren schlimmen Erfahrungen eine Behörde wieder von uns die Herausgabe verlangen, und im Falle der Weigerung, die Anklage wegen Unterschlagung erheben. Siehe den Prozeß in Mannheim; die Mannheimer sind verurtheilt worden, obwohl eine Unterschlagung im kriminellen Sinne nicht vorlag; aber die Richter sind zu der Ueberzeugung gekommen, weil die Metallarbeiter mit Rücksicht auf ihre Gewerkschaft unter der Aera des Sozialistengesetzes mit der Klarlegung des Thatbestandes nicht offen heraustreten konnten. Wird dies statutarisch so festgelegt, so wird die Leitung einfach bezügliche Beschlüsse fassen. Vielleicht werden wir das Vermögen bei der Bank von England niederlegen — wir sind ja zu allem fähig — und dann werden wir, wie man uns maßgebend juristisch belehrt hat, sagen können, das Geld ist da, aber in der Bank von England; wenn ihr wollt, geht hin und holt's euch! (Heiterkeit.) Ich theile das blos mit, damit nicht nach außen der Eindruck aufkommt, als wenn die Parteileitung, über die Köpfe der Genossen hinweg, mit den Geldern wirthschaften könnte, wie sie wollte. Die Leitung soll vor aller Welt abrechnen über Einnahmen und Ausgaben; aber die Gelder müssen so untergebracht werden, daß nicht irgend Jemand heran kann, für den es nicht gesammelt war. (Heiterkeit.)

Im § 14 wird festgesetzt, daß der Parteitag die Höhe der Besoldung für die Vorstandsmitglieder zu bestimmen hat. Wir folgen damit dem Wunsche zahlreicher Stimmen auf dem Parteitag; die Gründe aber, welche ich in meinem Referat dafür geltend gemacht hatte, daß wir nicht ursprünglich sofort so verfahren sind, wurden in der Kommission als vollkommen zutreffend anerkannt. Einen Ausweg haben wir gefunden in einer Resolution, in der ausgesprochen werden soll, daß bis zum nächsten Parteitag der neuen Parteileitung überlassen wird, die Gehälter festzusetzen, weil man nicht weiß, wie groß der Umfang der Arbeit sein wird, wer ganz und wer nur zeitweise beschäftigt sein wird. Nach dieser Resolution würde die Bestimmung des § 14 für dieses Mal noch nicht zur Ausführung gelangen.

Im § 15 ist die Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Parteiorgane durch die Parteileitung beibehalten worden und zwar aus Gründen, die in der Kommission noch näher ausgeführt wurden und so durchschlagend waren, daß ein ganz entschiedener Gegner dieser Bestimmung in der Kommission die Erklärung abgab, daß er keine Ursache mehr habe, gegen diese Vorschrift zu stimmen.

Nach § 16 sollen die Vakanzen dadurch beseitigt werden, daß die Kontrolleure die Neuwahl vornehmen. Wir halten das für die glücklichste Lösung und hoffen außerdem, daß eine Vakanz nicht

eintreten wird, daß wir fünf so gesunde, kräftige, tüchtige Genossen in den Vorstand bekommen, daß sie alle den nächsten Parteitag noch erleben werden. Daß die Wahl aus dem gesammten Kreise der Parteigenossen erfolgen kann, versteht sich von selbst.

Die so organisirte Parteileitung, die zumal immer nur ein Jahr besteht, garantirt uns vollständig, daß Beschwerden über die Leitung oder die Fraktion schnell und sachgemäß zur Erledigung kommen werden; es ist kein Grund mehr vorhanden, eine besondere Kontrollbehörde einzusetzen, die uns lediglich der Gefahr der Auflösung preisgeben würde.

In Betreff des Parteiorgans sind die ursprünglichen Vorschläge vollständig beibehalten worden. Da waren sehr viele Wünsche, und wurden auch in der Kommission wieder laut; aber nach nochmaliger gründlicher Erörterung der Für und Wider haben wir uns von der Unmöglichkeit überzeugt, eine andere Lösung, als die vorgeschlagene, zur Zeit zu finden. Auf dem nächsten Parteitag kann auch diese Bestimmung geändert werden; für jetzt wäre dies nur unter Schädigung sehr wesentlicher Parteiinteressen möglich.

Nachdem wir so den ganzen Tag fleißig gearbeitet hatten, nachdem alle Meinungen — und in der Kommission saßen ja die Vertreter der schroffsten Gegensätze, wir waren thatsächlich ein Miniaturbild des Parteitages — nochmals aufs Energischste und mit den sachlichsten Gründen vertheidigt worden waren, nachdem der Abend gekommen war und unsere Arbeit beendet, da war das ebenso für Sie wie für uns in der Kommission erfreuliche Resultat, daß es keine Sieger und keine Besiegten gab, sondern daß wir das ehrliche und offene Geständniß ablegen konnten, daß wir alle nur nach bestem Wollen und Können auf die Wahrung des Parteiinteresses bedacht gewesen waren. Einstimmig haben wir alle 25 miteinander nicht blos den Entwurf angenommen, sondern uns auch verpflichtet, einstimmig hier im Plenum für denselben einzutreten und Sie im Parteiinteresse zu ersuchen, den Entwurf en bloc anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Es ist der Antrag eingelaufen, die Kommissionsbeschlüsse nicht zu diskutiren, sondern sofort en bloc anzunehmen. (Allseitige Zustimmung.)

Unter jubelndem Beifall wird, diesem Antrag entsprechend, ohne Diskussion der Entwurf nach den Kommissionsvorschlägen mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

Auf Antrag Bebel's wird nunmehr zunächst über die Resolution, betreffend die Festsetzung der Gehälter berathen.

Bebel: Es sollen 5 Personen vorhanden sein, welche die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte zu leiten haben. Nach unserer praktischen Erfahrung müssen unter diesen 5 mindestens 2 sein, die mit ihrer ganzen Arbeitskraft von früh bis spät sich zur Verfügung

stellen; in nicht mehr zu ferner Zeit schon werden 2 vielleicht nicht mehr ausreichen. Neben den beiden Schriftführern wird die meiste Arbeit der Kassirer haben; dann aber werden die 5 Mitglieder sehr häufig, und zwar auch während des Tages, nicht blos in den Abendstunden, zusammenkommen müssen und demnach erhebliche Zeitopfer zu bringen haben. Ohne Rücksicht darauf, wer gewählt wird, und ob ein Gewählter auf materielle Beihilfe verzichten kann, meinen wir doch, daß gewisse materielle Entschädigungen diesen Personen gezahlt werden müssen, unter allen Umständen denjenigen, welche mit ihrer ganzen Arbeitskraft herangezogen werden. Früher erhielten die Schriftführer je 150, der Kassirer 105, die beiden Vorsitzenden je 45 Mark. Diese Beträge werden gegenwärtig nicht mehr auslangen, namentlich wenn Berlin, welches größere Mittel erheischt, zum Sitz der Parteileitung gewählt wird, wie es höchst wahrscheinlich geschehen wird. In Anbetracht der Zeitopfer und der materiellen, in Bezug auf Repräsentation an die Mitglieder zu stellenden Anforderungen glauben wir annehmen zu dürfen, daß in maximo für die beiden Schriftführer monatlich je 250 Mark, für den Kassirer 150 Mark, die beiden Vorsitzenden je 50 Mark auszugeben sein wird. Ist der Eine oder der Andere später in der Lage, auf diese Zuschüsse zu verzichten, um so besser für die Partei; im Prinzip aber halte ich eine derartige Festsetzung für nothwendig. Ich schlage nun vor, von der Detailberathung abzusehen und statt dessen folgende Resolution zu beschließen:

In Erwägung, daß im § 14 des Organisationsstatuts bestimmt ist, daß die Gehälter für die Parteileitung durch den Parteitag festgesetzt werden sollen; in Erwägung, daß noch nicht zu übersehen ist, wie groß die Arbeit der Parteileitung sein wird, also sich die Höhe der nothwendigen Gehälter nicht genau festsetzen läßt, beschließt der Parteitag, daß die Parteileitung ermächtigt ist, das Gehalt bis zum nächsten Parteitag selber festzusetzen mit der Einschränkung, daß das Gehalt der einzelnen Mitglieder, soweit sie überhaupt Gehalt empfangen, den Betrag von 250 Mark pro Monat nicht übersteigen darf.

Für die Kontrolleure ist eine bestimmte Entschädigung nicht vorgesehen; doch werden dieselben, wenn sie zusammentreten, sowohl Reisekosten und Auslagen ersetzt erhalten, wie auch entsprechende Diäten bekommen. (Allseitige Zustimmung und Rufe: Abstimmen!)

Ohne Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf wird nach § 10 des Statuts der Sitz der Parteileitung bestimmt.

Dazu liegen 2 Anträge vor: 1. von Elbing-Marienburg, den Sitz nach Danzig (Heiterkeit) zu verlegen, 2. zum Sitze Berlin zu wählen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Jochem-Danzig: Der Vertreter für Elbing-Marienburg hat mir den Danzig betreffenden Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Ich sagte ihm, er solle doch so etwas nicht machen. Er hat ihn mir nochmals vorgelegt, ich habe meine Unterschrift wieder verweigert. Was ich befürchtet habe, ist eingetreten, es wurde über den Vorschlag gespottet, und da habe ich zu erklären, daß die Danziger Genossen und ich mit dem Antrage nichts zu thun haben.

Der Vorschlag, betreffend Danzig wird unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt, Berlin dagegen einstimmig angenommen.

Auf Grund des § 10, Absatz 3 geht der Parteitag jetzt über zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.

Von der 25er Kommission ist folgende Vorschlagsliste dem Parteitage unterbreitet worden:

Vorstand

A. Gerisch, Vorsitzender.
P. Singer, „
J. Auer, Schriftführer.
R. Fischer, „
Bebel, Kassirer.

Kontrolleure.

Behrend-Frankfurt a. O.
Dubber-Hamburg.
Ewald-Brandenburg.
Herbert-Stettin.
Jacobey-Berlin.
Kaden-Dresden.
G. Schulz-Berlin.

Hierzu bemerkt Kühn-Langenbielau: Als Mitglied der 25er-Kommission bin ich beauftragt, zu motiviren, wie die Kommission dazu gekommen ist, diesen Vorschlag sich zu erlauben. Nach Annahme des § 13 ergab sich ganz von selbst die Frage, ob sich nicht in diesem engeren Kreise eine Verständigung über die geeignetsten Personen finden ließe. Die Kommission war sich völlig bewußt, daß ihr Mandat nicht dahin ging; entschied sich aber einstimmig dafür, es dennoch zu thun. Als Gründe für dieses Vorgehen waren maßgebend zunächst die Rücksicht auf Zeitersparniß in Anbetracht der Geschäftslage; ferner bezüglich der Feststellung der Personenfrage selbst der Umstand, daß es wünschenswerth erschien, wenn die Kontrolleure nicht zu weit vom Sitze der Parteileitung entfernt

wohnen, um in dringenden Fällen möglichst an einem Tage zur Erledigung der betreffenden Angelegenheiten zusammenkommen zu können. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die vorgeschlagenen Kontrolleure ausgewählt worden; der andere geltend gemachte Wunsch, daß möglichst jeder größere Einzelstaat oder jede Gegend Deutschlands in der Parteileitung berücksichtigt werden möchte, hatte demgegenüber zurückzutreten. Bei der Abwägung der Personenfrage ist natürlich in erster Linie die Qualifikation der einzelnen Vorgeschlagenen erwogen worden. Die Kommission bezweifelt gar nicht, daß es außerhalb ihrer Vorschläge noch andere, für die weitverzweigte, komplizirte Thätigkeit der Geschäftsleitung ebenso geeignete Personen giebt und will dem Recht des Parteitages nicht im Geringsten vorgreifen (Unruhe, Schlußrufe); sie erlaubt sich eben nur, Ihnen nach ihrer Ansicht geeignete Vorschläge zu machen. Der Name Liebknecht fehlt auf der Vorschlagsliste, weil wir der Ansicht waren, daß Liebknecht, als Chefredakteur des Parteiorgans, einmal keine Zeit für die Vorstandsthätigkeit übrig haben, dann aber doch so wie so der geistige Leiter bleiben würde.

Joest-Mainz: Ich habe einen Antrag mit fünf anderen Namen von Kontrolleuren eingereicht, der aber nicht verlesen worden ist. Im Umkreise von Berlin, über Dresden hinaus, befindet sich auf der Kommissionsliste kein einziger Genosse. Der ganze Süden und Westen Deutschlands soll unvertreten bleiben; das begreife ich nicht. (Gelächter.) Ich schlage Grillenberger, Geck-Offenburg und Müller-Darmstadt statt der beiden Berliner und des Frankfurter Genossen vor.

Geyer-Leipzig-Land: Ich finde Joest's Ansicht geradezu partikularistisch. Er spricht von Gerechtigkeitsgefühl; ist es gerecht, Anderen das Gerechtigkeitsgefühl abzusprechen?

Prinz-Frankfurt a. M.: Man sollte doch die Vorschläge der Süddeutschen nicht auslachen; die Süddeutschen haben dieselben Eigenschaften wie die Norddeutschen, mit Ausnahme einiger Berliner. (Oho!) Auch von Darmstadt und Nürnberg kann man in einer Tagereise nach Berlin kommen. Der Vorstand von vor 1878 war über ganz Deutschland verzweigt.

Pittak-Kiel-Rendsburg tritt für den Kommissionsvorschlag ein.

Behrend-Frankfurt a. O. erklärt, im Interesse der Süddeutschen zurücktreten zu wollen.

Frohme kann sich auch mit der Liste nicht ganz befreunden. Der Vorwurf des Partikularismus sei zurückzuweisen; bei dem großen Interesse, welches die Genossen allerorten in Deutschland der Geschäftsleitung entgegenbringen, sei der Hinweis der Süddeutschen auf die Nothwendigkeit, im Vorstand vertreten zu sein, selbstverständlich. Es würde einen höchst üblen Eindruck in Süddeutschland machen, wenn den Wünschen der dortigen Genossen nicht würde nachgegeben werden.

Sittig-Hannover: Meinen Mandatgebern würde es nicht angenehm sein, wenn der gesammte Vorstand aus Personen besteht, deren Wohnorte rings um Berlin liegen. Ich würde noch Meister-Hannover vorschlagen, der als Abgeordneter ohne Unkosten für die Parteikasse dabei sein könnte.

Meister-Hannover: Es ist mir recht peinlich, jetzt das Wort zu erhalten. Ich erkläre vorweg meinen Verzicht auf eine solche Wahl, bin aber ebenfalls mit dem Kommissionsvorschlag nicht einverstanden. Nicht etwa aus Animosität gegen Berlin, sondern weil mir der Gesichtskreis der Kommission sehr enge gewesen zu sein scheint. Für die Kommission hat nur Berlin und Umgegend existirt, das übrige Deutschland nicht. Die Motivirung des Referenten war wohl auch nicht ernst gemeint; die Kontrolleure sollen doch den Vorstand kontrolliren, nicht selbst die Geschäfte des Vorstandes ausführen; die Schlagfertigkeit, die dort im Interesse schleunigen Zusammentretens gewünscht wird, ist also gar nicht so sehr erforderlich. Die Kontrolleure sollten gerade im Interesse ihres Amtes etwas weiter vertheilt sein. Ich vermisse in der Liste auch ganz Rheinland und Westfalen.

Lüttgens-Hamburg: Die Kommission ist von der Erwägung ausgegangen, daß eine Eisenbahnfahrt von höchstens vier bis fünf Stunden ausreichen müsse, um an den Sitz der Parteileitung zu gelangen. In diesem Sinne ist der Kommissionsvorschlag durchaus der richtige. Wir dachten damit besonders praktisch zu verfahren. Hintergedanken haben wir absolut nicht gehabt. Zwei Genossen aus Berlin hielten wir der Schnelligkeit der Kontrolle halber für mindestens nöthig im Vorstande.

Theiß-Hamburg: Es müssen wenigstens zwei Beisitzer in Berlin sein, um Gegenstände von geringerer Bedeutung sofort erledigen zu können. Welche Personen das sein sollen, darüber werden wir bis morgen Nachmittag nicht einig werden. Die zwei Genossen sind vorgeschlagen, weil sie in persönlichen Angelegenheiten in Berlin die unparteiischste Anschauung haben. (Sehr richtig!) Die Wahl süddeutscher Genossen haben die Süddeutschen selbst als partikularistisch zurückgewiesen.

Kokosky-Braunschweig: Die beiden wichtigsten Aemter ruhen doch in süddeutschen Händen. Die beiden Schriftführer Auer und Fischer sind Bayern.

Vollmar-München: Ich bin so zu sagen auch ein Süddeutscher und habe als solcher in der Kommission den Gedanken bekämpft, einen Theil der Kontrolleure nach Süddeutschland zu setzen. Es ist viel praktischer, wenn die Leute nahe zusammen wohnen, welche diese Sachen machen. (Beifall.)

Lutz-Baden: Man will eine Mainlinie gewissermaßen zwischen

uns wieder aufrichten. (Oho!) Ich bitte also, auch Süddeutschland zu berücksichtigen.

Schmidt-Burgstädt schlägt vor, an Stelle von G. Schulz-Berlin Schulz-Magdeburg zu wählen.

Fritz Berndt-Berlin will statt G. Schulz Zubeil gewählt wissen, den die Berliner Delegirten mit 16 gegen 5 Stimmen zum Kontrolleur vorzuschlagen beschlossen hätten.

Behrend-Frankfurt a. O. will an seine Stelle Pfannkuch-Cassel treten lassen.

Es wird beschlossen, daß Vorschlagslisten vertheilt werden, welche nach Wunsch geändert werden können und als Stimmzettel gelten sollen. Diese Stimmzettel sollen von drei Genossen nach einer halben Stunde gesammelt werden.

Von einer Seite wird Auskunft gewünscht über die Person der Genossen Gerisch und Fischer.

G. Schulz-Berlin fragt die Berliner Genossen, ob er sich während seiner 22jährigen Thätigkeit in der Partei etwas habe zu schulden kommen lassen, was seine Nichtwahl rechtfertige.

Hiernach wird zur Beschlußfassung über den Ort des nächsten Parteitages geschritten. Maßgebend ist § 7 des Statuts:

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich verständigen.

Auf Antrag Gottschalk-Hamburg wird es dem Parteivorstande überlassen, den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

Damit sind, bis auf die Feststellung der Wahlen, die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der letzte Gegenstand der Tagesordnung:

Punkt 9:

Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Das Bureau hat diese Anträge, in 4 Gruppen vertheilt, drucken lassen. Außerdem sind gestern einige 20 Anträge eingegangen, die nicht mehr gedruckt werden konnten, weil ihre Vertheilung erst kurz vor Schluß des Parteitages möglich ist. Sie sind übrigens, ihrem Inhalte nach, großentheils schon in den gedruckten Anträgen mit enthalten.

Der Vorsitzende schlägt vor, diese Anträge, sowie die Anträge in Gruppe III und IV (s. Anhang) dem Parteivorstande zur Erledigung resp. Berücksichtigung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Es gelangen zunächst die Anträge der Gruppe III zur Verhandlung.

Der erste Antrag lautet:

Folgende Thatsachen setzen wir als bekannt voraus:

Die Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder, welche in der Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Gärtnerei, beim Fuhrwesen, Binnenschifffahrt, Fischerei und zu persönlichen Dienstleistungen beschäftigt werden, stehen nicht unter der Reichsgewerbeordnung, sondern unter den Gesindeordnungen der Einzelstaaten.

Diese Gesindeordnungen sind ausnahmslos auf dem Grundsatz errichtet, daß Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse sind. So enthält die sächsische Gesindeordnung in ihren Motiven den Satz: „Dienstloses Gesinde bildet jedenfalls eine der besonderen polizeilichen Aufsicht bedürfende Menschenklasse.“ Diese polizeiliche Aufsicht schreibt besagte Gesindeordnung auch vor.

Die preußische Gesindeordnung vom Jahre 1810, die sächsische und die meisten anderen gestatten der Herrschaft und deren Stellvertretern, das Gesinde, also alle oben genannten Arbeiter, Arbeiterinnen u. s. w. körperlich zu züchtigen. Widerstand gegen derartige körperliche Züchtigung wird beim Arbeiterstand eventuell mit Gefängniß bestraft. Ebenso Ungehorsam gegen die Herrschaft u. s. w.

Wir beantragen daher:

Der Parteitag wolle beschließen:

Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, insbesondere der Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß obengenannter Theil des Arbeiterstandes der deutschen Gewerbeordnung unterstellt und die Gesindeordnungen der Einzelstaaten aufgehoben werden.

Otto Jochem. Robert Greiner-Aschersleben.
Gottfr. Baitz-Kalbe a. S. August Trautmann-Quedlinburg a. H.
Robert Dahlen-Halberstadt. Albert Bartels-Wernigerode.
August Noack-Eilenburg. Ernst Titze-Minden.
Christian Schrader-Osnabrück. Wilh. Fehl-Burgsteinfurt i. W.
Alois Kretschmar-Lüneburg. C. Weichelt-Pirna.
Herm. Herzog-Leutersdorf b. Zittau. Carl Neu-Reichenbach i. V.
W. Hänsler-Mannheim. Th. Lutz-Baden-Baden.
J. Zarbock-Bromberg. C. Bertram. Otto Böttcher. Emil Hähle.
Carl Schultz-Königsberg. F. Geserick-Egeln. C. Beneke-Celle.

In derselben Richtung bewegt sich der zweite Antrag dieser Gruppe:

Der Pateitag fordert die Fraktion auf, in der nächsten Session des Reichstages einen Antrag einzubringen, der vom sozialreformatorischen Standpunkt aus die Arbeitsverhältnisse

a. der Land- und Forstarbeiter,
b. der heute unter die Bestimmungen der Gesindeordnung fallenden Personen,

regelt.

Halle a. S., den 14. Oktober 1890.
Auerbach-Berlin. Fr. Zubeil-Kalau-Luckau.
F. Trosiener-Grevesmühlen-Hagenow.

Greiner-Aschersleben als Mitantragsteller: Die ländlichen Arbeiter haben sich bei den Wahlen mit Recht darüber beschwert, daß wir nichts für die Beseitigung der drückenden Gesindeordnung gethan haben. In der Gesindeordnung steht, daß das Züchtigungsrecht nicht überschritten werden darf, und doch ist ein Brotherr freigesprochen worden vom Gericht, „weil er sich der Strafbarkeit seiner Handlung nicht bewußt" war. Die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen unter die Gewerbeordnung gestellt werden schon in Rücksicht auf Lohndifferenzen und auf die Kündigungsfrage.

Dahlen-Halberstadt: Bei den letzten Wahlen sind Knechte, die für uns gestimmt haben, sofort auf die Straße gesetzt worden. Das darf nicht so weiter gehen.

Riemann-Chemnitz beantragt, beide Anträge der sozialistischen Reichstags- resp. sächsischen Landtagsfraktion zu überweisen.

Geyer: Die Reichstagsfraktion kann keinen direkten Antrag auf Aufhebung der Gesindeordnung einbringen, weil diese Frage nicht vor den Reichstag gehört. Sie ist Sache der Landesgesetzgebung. Im sächsischen Landtage haben unsere Abgeordneten einen solchen Antrag gestellt, natürlich ohne Erfolg. Die Agitation darf deswegen nicht ruhen.

Trautmann-Quedlinburg: Der Protest gegen die Gesindeordnung wäre ein wirksames Agitationsmittel. Redner führt, unter lebhaften Entrüstungsrufen der Versammlung, einige drastische Fälle an, wo das Züchtigungsrecht überschritten worden, und trotzdem eine Freisprechung erfolgt ist.

Der Antrag Riemann wird angenommen.

Es werden nunmehr die Anträge Gruppe I zur Debatte gestellt.

Antrag 1 lautet:

In Erwägung, daß unter den Genossen vielfach die Ansicht vorherrscht, es seien manche der früheren Genossen im „Sozialdemokrat" ganz ungerechtfertigterweise in den Verdacht gebracht worden, der Polizei Dienste zu leisten, beschließt der Parteitag, eine aus 7 Genossen (Delegirten) bestehende Kommission zu wählen, welcher die Parteileitung das gegen die betreffende Person vor-

liegende Material zur Prüfung zu übergeben und die dann nach erfolgter Kenntnißnahme dem Parteitag kurz Bericht zu erstatten hätte.

Gustav Keßler. Werner. Wernicke. Jacobey. Berndt.
Auerbach-Berlin. Zubeil. Trosiener. Schwarz. Jochem.
J. Zwiener. Slomke. E. Ihrer. Wilh. Liefländer.
Adolph Schultze. Friedr. Katurbe. Ed. Gutmann. H. Altermann.
Fr. Schwabe. E. Ernst. W. Gieshoit. J. Wernau.
H. Heine. Fr. Blohm. Fr. Gundelach. Louis Fichtmann.
Heinrich. R. Bräuer.

Riemann beantragt, diesen Antrag der Neuner-Kommission zu überweisen.

Zubeil will den Antrag einfach der Parteileitung überwiesen wissen. Die übrigen Antragsteller würden hoffentlich damit einverstanden sein.

Singer: Parteigenossen! Ich bitte für die Behandlung dieses Antrages um Ihre ernste Aufmerksamkeit. Das Bureau hat mich beauftragt, über diesen Antrag, in Verbindung mit einigen, dem Parteitag zugegangenen Beschwerden, zu referiren. Das gesammte Bureau hat einstimmig beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, und ich beantrage es hiermit, den Antrag Keßler und Genossen abzulehnen. Es liegt dem Parteitage eine Zuschrift von Oskar Krohm, Medailleur in Berlin, vor, in der er den Parteitag anruft, seine durch eine Beschuldigung im „Sozialdemokrat" verloren gegangene politische Ehre wiederherzustellen. Herr Krohm ist im „Sozialdemokrat" als im Dienste der Polizei stehend angezeigt worden, und er hat das bestritten. Er hat den Redakteur der „Volkstribüne", den Genossen Schippel, welcher diese Mittheilung in sein Blatt aus dem „Sozialdemokrat" übernommen hatte, verklagt. Schippel ist verurtheilt worden, weil es ihm nicht möglich war, den Beweis der Wahrheit zu führen; das Berliner Polizeipräsidium hat die Erlaubniß zur Vernehmung derjenigen Beamten, auf deren Zeugniß Schippel sich berufen hatte, verweigert. Herr Krohm verlangt nun vom Parteitag unter der Mittheilung, daß die Beschuldigung eine falsche sei, Remedur und wünscht, daß die Sache untersucht werde. Aehnlich liegt der Fall mit dem Herrn Conrad von Breslau. Auch er wendet sich an den Parteitag als oberste Instanz, mit der Bitte, die Mittheilung, welche der „Sozialdemokrat" über ihn gebracht, deren Wahrheit er bestreitet, zu annulliren, resp. die Sache zu untersuchen. Dann liegt hier, veranlaßt durch den Antrag Keßler, der durch die Presse gegangen ist, ein Schreiben des Buchdruckereibesitzers Römer aus Berlin vor, der in längerer Auseinandersetzung die auf ihn bezüglichen Mittheilungen des

„Sozialdemokrat" bestreitet. Und zum Schluß ist ein Schreiben eingelaufen, gerichtet an unseren Genossen Liebknecht, von Herrn Maximilian Schlesinger in Breslau, der den Parteitag ersucht, falls der Antrag Keßler wegen Einsetzung einer Untersuchungskommission betreffend unbegründeter Verdächtigungen u. s. w. angenommen würde, auch seine Sache zu verhandeln. Nach meiner Auffassung — ich spreche in diesem Falle nur persönlich, weil dem Bureau diese Sache nicht vorgelegen, — hat der Parteitag mit Herrn Maximilian Schlesinger überhaupt nichts zu thun (hört, hört!) weil derselbe kein Parteigenosse ist. Was sodann den Antrag Keßler betrifft, so wird in der Partei gewiß nicht ein Mitglied existiren, welches es nicht auf das Allerlebhafteste bedauern würde, wenn mit der Bezeichnung „Polizeispitzel" irgend Jemand Unrecht geschehen wäre. Das muß ausgesprochen werden gegenüber den Verdächtigungen, die gegen einzelne unserer Parteigenossen verbreitet sind, als ob es sich für sie darum gehandelt habe, aus Gründen privater Rache, aus Gründen persönlicher Natur zu einem Mittel zu greifen, welches allerdings die Ehre eines Mannes schwer schädigen und vernichten muß. Ich weise Namens der ganzen Partei, insbesondere aber auch Namens der bisherigen Parteileitung und Namens der Fraktion diese Verdächtigung auf das Entschiedenste zurück. Niemand in der Partei kann und darf solchen Vergehens beschuldigt werden. Denn wäre es wahr und könnte es bewiesen werden, daß Jemand aus Gründen persönlicher Natur mit der Ehre eines Parteigenossen so verfahren ist und denselben bewußt fälschlich als „Polizeiagent" bezeichnet hat, so würde in der ganzen Partei Niemand sein, der nicht ein solches Verfahren als ehrlos und verwerflich erklären würde. Der Antrag Keßler und Genossen weist aber dem Parteitage eine Aufgabe zu, die zu erfüllen er nicht im Stande ist. (Sehr richtig!) Der Antrag verlangt vom Parteitage, er solle Mittel und Wege finden, Aufklärung zu schaffen über Dinge, die aufzuklären er nicht die Macht in Händen hat. Dieser Antrag muthet dem Parteitage zu, zu erforschen, wer die „eiserne Maske" ist. Ich frage, ob hier in der Versammlung ein Mensch in der Lage ist, darüber Auskunft zu geben? Und nun, was soll mit diesem Antrag geschehen? Keßler und Genossen verlangen: die Parteileitung solle das gegen die betreffenden Personen vorliegende Material einer Kommission zur Prüfung übergeben. Ja dazu müßte die Parteileitung doch erst „Material" haben. Haben die Antragsteller den geringsten Grund zu der Annahme, die Parteileitung sei im Besitze solchen „Materials?" Sollen wir, die bisherige Parteileitung oder der frühere Vorstand, durch diesen Antrag veranlaßt werden, eine Anfrage an unsere Freunde in Zürich und London zu richten, von denen die betreffenden Mittheilungen gekommen sind? Und wie dann, wenn dieselben sagen — was sie als Ehrenmänner müssen —

bei aller Freundschaft zu Euch, wir sind nicht in der Lage, Euch Material zur Prüfung zu liefern, wir sind nicht gewillt, diejenigen, von denen wir die Mittheilungen haben, zu nennen. Dann steht die Parteileitung vor der Unmöglichkeit, den Beschluß des Parteitages auszuführen. Aber nicht nur dieser formelle Grund veranlaßt mich, Sie zu bitten, den Antrag abzulehnen. Wohl kann ich mit den Antragstellern auf das lebhafteste bedauern, wenn wirklich ungerechtfertigte Beschuldigungen in dieser Beziehung erhoben worden sein sollten, jedoch weit über dem Interesse des Einzelnen, steht das Interesse der Partei, und diese hat weder die Möglichkeit, noch Ursache sich in diese Angelegenheit hineinzumischen. Die Partei hat allen Grund, dem unter dem Namen „eiserne Maske“ existirenden Unbekannten dankbar zu sein dafür, daß es möglich gewesen ist, die Enthüllungen über Schröder-Haupt, Ehrenberg u. s. w. zu machen. Wir müssen uns doch sagen, daß, nachdem die Wahrheit dieser schwerwiegenden Behauptungen auf das glänzendste nachgewiesen ist, gewiß kein Grund vorliegt, Mißtrauen gegen weitere Mittheilungen aus derselben Quelle zu hegen. Immer zugegeben, daß für den Fall wirklich Jemand Unrecht geschehen ist, dies sehr bedauerlich wäre, glaube ich doch, daß die sozialdemokratische Partei keine Ursache hat, Fragen zu stellen, an deren Beantwortung ein Interesse einzig und allein die Polizei hat. (Sehr richtig!) Vergegenwärtigen Sie sich einen Augenblick die Situation; Machtmittel, Aufklärung zu erzwingen, haben wir nicht; die wichtigsten und weittragendsten von den Mittheilungen, welche durch den „Sozialdemokrat“ gekommen, sind auf ihre Richtigkeit geprüft und für zutreffend befunden worden; daß unter dem Sozialistengesetz das Spitzelthum gezüchtet worden, ist weltbekannt. In Berücksichtigung aller dieser Umstände werden Sie mit mir zu der Ueberzeugung kommen, daß es das Interesse der Partei gebieterisch verlangt, den Antrag abzulehnen, und unter der zwingenden Wucht der Verhältnisse über die „eiserne Maske“ nicht weiter verhandeln. — Ich habe mich bemüht, diese Angelegenheit durchaus in den Grenzen sachlicher Diskussion zu halten, und ich bin überzeugt, daß der Parteitag die Frage mit dem Ernste, welchen sie gewiß verdient, diskutiren, sich aber auch bewußt bleiben wird, daß hierbei ein höheres Interesse, das der Gesammt-Partei, zur Geltung gebracht werden muß. Namens des Bureaus, welches diesen Beschluß einstimmig gefaßt hat, beantrage ich, der Parteitag wolle den Antrag Keßler und Genossen ablehnen und durch die Ablehnung dieses Antrages die eingegangenen Beschwerden von Krohm, Konrad und Röwer für erledigt erachten, sowie erklären, daß er mit Schlesinger in Breslau überhaupt nichts zu thun hat. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.)

Heisig-Breslau: Ich erkläre auf Ehrenwort, daß Conrad

im Geheimbundsprozeß einen Genossen bloßgestellt hat. Er hat —

Vorsitzender Dietz: Ich kann Angriffe auf Conrad und andere in die Sache Verwickelte nicht gestatten. Es ist keiner von den Betreffenden da, sich zu vertheidigen.

Wernau-Berlin erklärt, daß sein Name ohne sein Zuthun unter den Antrag Keßler gekommen ist. Er empfiehlt ev. Uebergang zur Tagesordnung.

Keßler (zur Geschäftsordnung): Der Antrag ist mir zur Unterschrift vorgelegt worden und ich habe ihn unterstützt, weil ich es für zulässig hielt, daß man über diesen Antrag spreche. Ich bin der Antragsteller nicht.

Der Antrag Singer wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Damit sind die übrigen Anträge beseitigt.

Antrag 2 lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen aufzufordern, um die durch das verurtheilte Ausnahmegesetz angerichteten Schäden einigermaßen gut zu machen, das auf Grund der willkürlichen Bestimmungen dieses Gesetzes weggenommene Eigenthum von Körperschaften und Personen wieder herauszugeben.

Vollmar. Schmid. Göschl. Götzenberger. Birk.

Wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Resolution unter 3:

„In Erwägung, daß durch die Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen die sogenannten gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 78 eine Reihe von staatsbürgerlichen Rechte ausgeübt werden kann, ohne von Strafe bedroht zu sein;

in fernerer Erwägung, daß auf Grund desselben Gesetzes eine große Zahl von Bestrafungen von Rechtswegen erfolgt sind, welche von den Betroffenen zur Zeit verbüßt werden; daß weiter die Bestimmungen des zitirten Gesetzes die grundlegende Tendenz vieler Bestrafungen auf Grund der §§ 128 und 129 des R.-St.-Gesetzbuches bilden, deren Verbüßung zum Theil zur Zeit noch nicht erfolgt, erklärt der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie zu Halle, indem er den Opfern des Sozialisten-Gesetzes seine Sympathie und seinen Dank für ihr mannhaftes Eintreten für ihre Ueberzeugung und die Emanzipation der Proletarier aus politischer und ökonomischer Knechtschaft ausspricht — daß es mit den Aufgaben eines Rechtsstaates nicht vereinbar und daher Pflicht desselben ist, die Aufhebung bezüglicher Strafvollstreckungen auszusprechen, und beauftragt der

Kongreß das Bureau, diese Resolution der Staatsregierung zu übermitteln.

M. Lücke-Köln. Ernst Moritz-Köln. Franz Werner-Köln.
Jos. Kenfenheuer-Mühlheim a. R. H. Hager-Mühlheim a. R.
Heinr. Altermann-Nossen. Otto Klein-Berlin.
Ernst Wilschke-Berlin. Janiszewski-Berlin
R. Salomon-Oberbarnim. H. Schibolsky.
Adolf Hofmeister-Köln Landkr. Hugo Woldersky-Köln Landkr.
Lorenz Kurth. Carl Riemann 9. sächs. Kreis.
Carl Porges 21. sächs. Kreis. Adolph Albrecht-Halle a. S.
Otto Schmidt-Querfurt. Ad. Hoffmann-Merseburg.
H. Hirt-Niederbarnim. A. Plasse-Niederbarnim.
Ernst Hahn-Gera. H. Müller.

Lücke-Köln: Unsere Resolution verlangt nicht gerade Amnestie von der Staatsregierung, sondern sie verurtheilt die Bestrafungen und die fernere Inhafthaltung der Genossen, welche unter dem Sozialistengesetz verurtheilt wurden.

Bebel: Ich bitte diesem Antrage nicht zuzustimmen. Bei aller Vorsicht der Fassung, um den Schein zu vermeiden, als wenn wir unsererseits für unsere Genossen eine Amnestie beantragen wollten, kann die Sache doch auf keinem anderen Wege, als auf dem der Amnestie erledigt werden. Die Erledigung dieses Antrages ist auf gesetzlichem Wege überhaupt nicht möglich. Wir sollen z. B. hier in Bezug auf die §§ 128 und 129 einen Vorschlag annehmen, der schon deshalb unannehmbar ist, weil beide Paragraphen dem gemeinen Recht angehören, das durch den Fall des Sozialistengesetzes garnicht berührt wird. Die Geheimbundsprozesse sind mit dem Fall des Sozialistengesetzes nicht unmöglich geworden. Polizei und Staatsanwälte können jeden Augenblick neue Geheimbundsprozesse insceniren, sobald ihnen „Thaten" bekannt würden, die unter dem Sozialistengesetz als Geheimbündelei sich qualifiziren ließen. Er warne nachdrücklich sich irgend welcher Täuschung hinzugeben und zu glauben, mit den Geheimbundsprozessen sei es vorbei. Vergehen gegen die §§ 128 und 129 verjähren erst nach 5 Jahren nach begangener That, wenn nicht mittlerweile diese Frist durch eine gerichtliche Untersuchungshandlung unterbrochen worden ist. Die Staatsanwaltschaft kann also auf Grund von Thatsachen, welche sich als Geheimbündler qualifiziren, innerhalb dieser Frist jeden Augenblick einen Geheimbundsprozeß anstrengen (hört! hört!). Außerdem wäre es eine Inkonsequenz, nur die Vergehen auf Grund der §§ 128 und 129 herauszugreifen, dagegen die Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung, Hochverrath, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr 2c. zu übergehen. Ferner: Sie schlagen vor, sich an die Staatsregierung zu wenden, an welche? Wir haben in Deutschland 23 Staatsregierungen. Stände die Reichsregierung,

dann könnte die preußische Regierung als Reichsbehörde in Frage kommen; aber nach der bestehenden Gesetzgebung kann eine gerichtlich erfolgte Verurtheilung nur auf dem Wege der Amnestie aufgehoben werden, und die Amnestie kann nur im Einzelstaat erlassen werden. Eine Amnestie wollen wir aber nicht, und auch Diejenigen nicht, die heute im Gefängniß sitzen. Haben Hunderte und Tausende unter dem Sozialistengesetz ihre Strafen bis zum Ende abgebüßt, so mögen es auch Diejenigen thun, die heute noch im Kerker sitzen. (Bravo!)

Die Resolution wird abgelehnt.

Antrag 4 lautet:

> Unterzeichnete stellen den Antrag, die Fraktion möge im Reichstag den Antrag stellen auf Aufhebung aller französischen Gesetze in Elsaß-Lothringen.

B. Böhle-Straßburg i. Elf. Jacob Haug-Mülhausen i. Elf.

Böhle weist auf die Nothwendigkeit hin, die Rechtsungleichheit in Elsaß-Lothringen zu beseitigen.

Bebel: So sehr ich die Tendenz des Antrages als berechtigt anerkenne, so muß ich mich doch gegen denselben erklären, weil die Antragsteller so zu sagen das Kind mit dem Bade ausschütten. Es wird verlangt die Aufhebung aller französischen Gesetze. Bekanntlich ist aber die Civilgesetzgebung in Elsaß-Lothringen, die auf die Gesetze der großen Revolution aufgebaut ist, der deutschen weit vorzuziehen. Hätten die Antragsteller ganz bestimmte Gesetze bezeichnet, dann ließe sich über den Antrag reden. So müssen selbstverständlich der Diktaturparagraph für Elsaß-Lothringen und die Preßgesetze und die Gesetze über das Vereins- und Versammlungswesen aufgehoben werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 5 lautet:

> Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion zu beauftragen, ein Vereins- und Versammlungsgesetz auszuarbeiten und im Reichstage einzubringen, welches unter vollständiger Wahrung der Vereins- und Versammlungsfreiheit dem unhaltbaren Zustande der betreffenden Landesgesetze ein Ende macht. G. Fell-Leipzig.

Der Antragsteller betont die Nothwendigkeit eines Vereins- und Versammlungsgesetzes, nach welchem alle Einschränkungen, außer der Anmeldung der Vereine und Versammlungen, wegfallen. So habe z. B. in den Versammlungen kein überwachender Polizeibeamter zu erscheinen u. s. w. In Sachsen sei schon die Agitation zu Gunsten eines besseren Gesetzes im Gange.

Vorsitzender Dietz: Ich habe Ihnen mitzutheilen, daß unser verstorbener Kollege, der Delegirte Baumgarten aus Hamburg, jetzt in den Sarg gebettet ist und von hier nach dem Bahnhof geleitet werden soll. Das Bureau drückt den Wunsch aus, daß die Mitglieder des Parteitages dem Verstorbenen das Geleit bis zum Bahnhof geben. Ferner stellt das Bureau den Antrag, daß die

Parteikasse die Kosten der Beerdigung zu übernehmen hat. Dagegen erfolgt kein Widerspruch. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 5¼ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 18. Oktober 1890.

Schlußsitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Stengele-Hamburg: Parteigenossen! Im Namen der Delegirten aus dem ehemaligen Hamburger Belagerungsgebiet spreche ich Ihnen unseren wärmsten Dank aus für die erhebende Art und Weise, wie Sie unserem theuren, unvergeßlichen Todten die letzte Ehre erwiesen haben. Ich danke insbesondere den Genossen von Halle dafür, daß sie uns bei dem Trauerfall mit Rath und That zur Seite gestanden haben. Wenn etwas den Schmerz der Familie lindern kann, so ist es das Bewußtsein, daß dem Heimgegangenen noch im Tode der Dank abgestattet wurde für sein treues, unverdrossenes Wirken. Wir wollen den Todten dadurch ehren, daß wir, seine Kampfesgenossen, fortarbeiten, wie er es bis zum letzten Athemzuge gethan hat, und daß wir die Fahne der Sozialdemokratie hoch halten! (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Singer: Es sind folgende Zuschriften eingegangen: Eine Anzahl Berliner Genossen erhebt Protest gegen das Auftreten des Genossen Berndt auf dem Parteitag.

Berliner Genossen protestiren dagegen, daß Werner sich hier als Vertreter der Berliner Genossen bezeichnen konnte. Herr Dolinski von Berlin bittet den Parteitag, eine Beschwerde, die er gegen das „Volksblatt“ hat, zu untersuchen, und beantragt die Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Ein Schreiben aus Hamburg, in welchem Beschwerde gegen die Redaktion des „Echo“ erhoben wird, kommt zu demselben Resultat.

Ich beantrage Namens des Bureaus, diese Schriftstücke dem Parteivorstande zur Erledigung zu überweisen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

In einer Zuschrift aus Berlin wird energisch Protest erhoben gegen die Bezeichnung, welche Ehrhart in Bezug auf die Berliner Genossen gebraucht; der damalige Vorsitzende hat den Ausdruck gerügt und Ehrhart hat ihn zurückgenommen. Damit ist die Sache erledigt.

Ein Herr Eduard Isert-Berlin wünscht dagegen Schutz, daß er, wie es nach seiner Ansicht mehrere Genossen thun, als Agent der Polizei betrachtet werde. Dieser Brief an den Parteitag ist nach den gestrigen Beschlüssen als erledigt zu betrachten. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Seitens der sämmtlichen Berliner Delegirten auf unserem Parteitag ist folgende Erklärung eingegangen mit der Bitte, sie zu verlesen und dem Protokoll einzuverleiben:

In Erwägung, daß durch die auswärtige und hiesige gegnerische Presse die Behauptung ging, daß die Berliner Parteigenossen im prinzipiellen Gegensatz zur Partei und Parteileitung stehen und einer Spaltung der Partei zustreben, erklären die Vertreter von Berlin, Teltow-Beeskow-Storkow und Nieder-Barnim:

Es liegt uns nichts ferner, noch haben wir jemals auch nur im entferntesten die Absicht gehabt, derartiges zu unternehmen. Wir werden alle dahingehenden Versuche mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden unserer Parteigrundsätze.

Alle diese Verdächtigungen beruhen vielmehr nur auf falschen, die Partei schädigenden Unterstellungen, benutzt von der gegnerischen Presse, um ihre schon oft bemerkten, unehrlichen Absichten gegenüber unserer Partei zu bethätigen.

Wir wahren uns aber auch das Recht der freien Kritik, und wünschen im Interesse unserer Partei, daß alle persönliche Gereiztheit in der Presse und in Versammlungen wie bei jedem Einzelnen verschwinden möge.

Wir werden mit allen Kräften weiterarbeiten an der Einheit, Entwickelung und dem Aufbau der Partei. (Bravo!)

Berlin I.: Täterow, Th. Metzner. Berlin II.: Otto Klein, Janiszewski, Wilschke. Berlin III.: Fritz, Gründel, Barth. Berlin IV.: Robert Schmidt, Johann Petersen, Franz Berndt, Adolph Scholtz. Berlin V.: Berndt, Auerbach, Jacobick. Berlin VI.: Jul. Wernau, W. Gieshoit, Franz Schwabe, E. Ernst. Niederbarnim: A. Plasse, H. Hirsch, H. Schibolsky. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: H. Wernicke-Charlottenburg, W. Schütze, Werner.

Die gestern vorgenommene Wahl der Parteileitung hat folgendes Resultat gehabt: Es wurden 368 Stimmen abgegeben, die sämmtlich als giltig zu erachten sind. Es wurden gewählt zu Vorsitzenden: Singer mit 368, Gerisch mit 357 Stimmen; zu Schriftführern: Auer mit 368 Stimmen, Fischer mit 364 Stimmen; zum Kassirer: Bebel mit 367 Stimmen; zu Kontrolleuren: Dubber-Hamburg mit 359, Herbert-Stettin mit 339, Ewald-Brandenburg mit 336, Kaden-Dresden mit 326, Jacobey-Berlin mit 294, G. Schulz-Berlin mit 168, Behrend-Frankfurt a. O. mit 159 Stimmen. Auf Pfannkuch-Kassel fielen 121, auf Zubeil-Berlin 126, auf Grillenberger 52, auf Müller-Darmstadt 44, auf Geck-Offenburg 38 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

Demnach ist die Parteileitung gewählt und die Partei dadurch definitiv konstituirt. (Bravo!)

Ich glaube Namens aller Gewählten mit dem Dank für die Wahl die Versicherung verbinden zu können, daß wir uns der Wahl würdig zeigen werden, durch treue, aufrichtige Pflichterfüllung. (Bravo!)

Grillenberger: Die an Einstimmigkeit grenzende Wahl des eigentlichen Parteivorstandes beweist in glänzender Weise die Disziplin und Einigkeit der Partei. Daß eine andere Zusammensetzung des Parteivorstandes stattfinden mußte, als es bisher unter dem Ausnahmegesetz der Fall war, ist selbstverständlich. Es konnte beispielsweise unser Freund Meister nicht mehr in den Parteivorstand gewählt werden, und es war selbstverständlich, daß auch die Uebrigen darauf verzichten mußten, da eben die Gewählten ihren Sitz in Berlin haben müssen. Es ist aber von einigen Parteigenossen darauf hingewiesen worden, daß man es nicht für richtig halte, ein Mitglied des früheren Parteivorstandes, das seinen Sitz in Berlin hat, nicht in den Parteivorstand mit hineinzuwählen, nämlich unseren altbewährten Genossen und Freund Liebknecht. Darauf ist zu erwidern: Es ist von jeher Gebrauch gewesen, daß der Redakteur des offiziellen Parteiorgans nicht zu gleicher Zeit Mitglied des Parteivorstandes sein kann; dies war unter der alten Organisation sogar statutarisch verboten. Von diesem Grundsatz ausgehend, ist davon abgesehen worden, Liebknecht mit in Vorschlag zu bringen. Es ist aber doch ein kleiner Lapsus insofern untergelaufen, als man es unterlassen hat, die Wahl des Chefredakteurs des offiziellen Parteiorgans dem Parteitage zu übertragen. Liebknecht gehört zwar seit dem 1. Oktober der Redaktion des nunmehr zum leitenden Parteiorgan in Deutschland ernannten Blattes an, aber ich meine, es ist Pflicht des Parteitages, diese Wahl zum Chefredakteur des offiziellen Organs auch offiziell zu sanktioniren. Es gehört sich, daß dieser Chefredakteur dem Parteivorstande in allen Dingen koordinirt ist. Der Parteivorstand hat eine gewisse Aufsicht über das Blatt zu üben, aber der Chefredakteur des Centralblattes muß in allen Dingen Aufschluß haben über das, was in der Partei vorgeht. Er muß in ununterbrochenem Kontakt mit dem Parteivorstande sein, und deshalb ist es selbstverständlich, daß dieser Redakteur ebenso als Parteibeamter betrachtet wird, wie die Mitglieder des Vorstandes, daß er an allen Sitzungen derselben theilzunehmen und berathende Stimme hat. Er kann nicht als Bediensteter des Parteivorstandes betrachtet werden. Auch aus einem Akt des Vertrauens und der Dankbarkeit für unseren altbewährten Parteigenossen Liebknecht, der seit mehr als 40 Jahren für unsere Prinzipien kämpft und auch auf diesem Parteitage bewiesen hat, wie nahezu unersetzlich er für uns ist, beantrage ich, der Parteitag wolle beschließen: Liebknecht wird als Chefredakteur des offiziellen Parteiorgans bestätigt und ist als solcher gleichberechtigt mit dem Parteivorstande. (Bravo!)

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender **Singer**: Der Parteitag hat mit diesem Beschluß eine offizielle Stellung mehr geschaffen, und ich kann der Partei zu diesem Beschluß nur Glück wünschen.

Es ist abermals eine Reihe von Begrüßungstelegrammen eingegangen.

Von Frau **Ihrer**-Berlin liegt folgendes Schreiben vor:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre ich, daß ich die Antragstellerin des sogenannten Antrages Keßler (Eiserne Maske betreffend) bin, und zwar in Rücksicht darauf, daß mir der Fall Rohmann nicht aufgeklärt erscheint.

Ferner wird folgende „**Erklärung**“ zur Kenntniß des Parteitages gebracht:

Als Delegirte des Wahlkreises Lennep-Remscheid-Mettmann geben Unterzeichnete die Erklärung ab, daß die vom Delegirten Lenz gethane Aeußerung bezüglich der Berliner und Hamburger Streiks von unseren Mandatgebern nicht getheilt wird.

Carl Meist. Max König.

Hierauf wird in der **Tagesordnung** fortgefahren und die gestern abgebrochene Diskussion über Antrag 5 sub I fortgesetzt.

Aßmann-Braunschweig und **Kerrl**-Bremen weisen auf die Verschiedenartigkeit der Vereinsgesetzgebung in den einzelnen Staaten und auf die agitatorische Wirkung hin, welche eine Behandlung dieser Materie haben würde, die reichsgesetzlich geregelt werden müsse.

Blos: Wir schneiden hier eine sehr gefährliche Materie an. Ich glaube, daß die von anderer Seite gewünschte reichsgesetzliche Regelung sich bald in Wirklichkeit übersetzen wird. Unsere Fraktion wird dann gerade genug zu thun haben, um die Angriffe auf die Vereins- und Versammlungsfreiheit abzuwehren. (Sehr richtig!) Wir wollen dann froh sein, wenn wir mit einem blauen Auge davonkommen. Es ist nicht blos von konservativer, sondern auch von freisinniger Seite bereits die Ansicht ausgesprochen worden, daß man bei einer Neuregelung dieser Gesetzgebung einfach die Grundsätze des preußischen Vereinrechts auf das ganze Reich zu übertragen gedenke. Sogar Munckel hat dieser Anschauung zugestimmt. Wir werden dagegen auf's schärfste opponiren. Wenn wir aber diese Frage selbst anregen, so könnte uns von der öffentlichen Meinung die Verantwortung für die neue Beschneidung des Koalitionsrechtes aufgebürdet werden, und davor sollten wir uns in Acht nehmen. (Sehr wahr!)

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag **abgelehnt**.

Es wird beantragt, die übrigen noch unerledigten Anträge der Parteileitung zur Erledigung resp. Berücksichtigung zu überweisen. (Zustimmung.)

Der **Vorsitzende** bittet, in der Diskussion der Anträge so lange

fortzufahren, bis die Neunerkommission, welche ihre Berathungen noch nicht beendet hat, fertig ist.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Inzwischen ist folgender Antrag eingegangen:

Der Parteitag wolle beschließen, der Einladung des Generalraths der belgischen Arbeiterpartei, den nächstjährigen internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel abzuhalten, Folge zu leisten.

Bebel.

Zur Diskussion steht weiter Antrag 6:

Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Reichstage zu ersuchen, nach Kräften dahin zu wirken, daß die Mißstände beim Auswanderungswesen möglichst beseitigt werden; so insbesondere die Regierungen zu ersuchen, den Transport der Auswanderer, wie auch die Unterbringung derselben in den Hafenstädten so scharf wie möglich zu überwachen und zu kontrolliren, da die bisherigen Einrichtungen, sowohl was Transport wie Unterbringung der Reisenden anbelangt, den einfachsten Forderungen der Hygieine Hohn spricht.

Watermann-Bremerhaven. F. Kerrl-Bremen. L. Funke.

Kerrl-Bremen schildert die Mißstände in den Häfen und auf den Auswandererschiffen. Dietz habe bei der Dampfersubventionsvorlage das ganze Material im Reichstage vorgebracht, auch auf die große Zahl der Selbstmorde und darauf hingewiesen, daß, wenn diese Thatsache wahr, die Staatsanwaltschaft schon längst hätte dagegen einschreiten müssen. Der Vertreter des Norddeutschen Lloyd, Meier, habe damals nicht geantwortet, und seither sei garnichts geschehen. Die Fraktion müsse die Sache in die Hand nehmen.

Bebel: Mit der Annahme des Antrags stoßen wir offene Thüren ein. Wir haben bereits thatsächlich Reichskommissare, welche das Auswanderungswesen zu überwachen haben, insbesondere auch die Unterbringung der Auswanderer in den Seehäfen, Logirhäusern und auf den Schiffen kontrolliren, und alljährlich wird dem Reichstage darüber Bericht erstattet. Jedesmal ist auch ausführlich darüber gesprochen worden; das Centrum hat sich der Sache in sehr anerkennenswerther Weise angenommen. Ich werde aber dem Antrage dennoch zustimmen, in der Erwartung, daß die Genossen, welche solche Anträge stellen, den Vertretern im Reichstage das Material zusammenstellen, um für Bremen, Hamburg u. s. w. auch im Reichstage der Diskussion eine beglaubigte Unterlage zu liefern. Wenn die Genossen sich an Ort und Stelle unterrichten, den Zustand der Logirhäuser untersuchen und über ihre Erfahrungen an die Fraktion regelmäßig Bericht erstatten wollen, dann wird auch die Erörterung im Parlament fruchtbarer sein. Die Mittheilungen über die Behandlung der Kohlenzieher in den Schiffen haben ja seiner

Zeit das größte Aufsehen erregt. Ich wiederhole also meine Bitte an die Parteigenossen, in dieser Richtung eine besondere Thätigkeit zur Feststellung der Thatsachen zu entfalten.

Millarg-Friedeberg: Es kommen hier nicht blos die Seestädte, sondern auch Berlin in Betracht als Centralpunkt für die Auswanderer der östlichen Provinzen. Die Berliner Agenten in der Invalidenstraße lassen den Auswanderern eine geradezu unwürdige Behandlung angedeihen; durch das feine Vordergebäude die Leute in die elenden Schuppen der Hinterhäuser zu führen, geniren sie sich, deshalb haben sie von der Hinterseite, von der Charitee her, ein Loch als Zugang ausbrechen lassen, durch welches die Auswanderer ihren Eintritt in diese elende Herberge nehmen müssen. Und solcher Mißstände giebt es noch mehr, die diese Berliner Kommissionäre verschulden. Da muß irgendwie eingeschritten werden.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrags 7:

> In Anbetracht der elenden Lage, in der sich die große Mehrzahl der seefahrenden Bevölkerung Deutschlands befindet, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage, die Forderung auf Revision der deutschen Seemannsordnung zu stellen.
>
> J. Schwarz-Hamburg III und Genossen.

Schwartz-Lübeck: Ich darf mir wohl gestatten, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Als Seemann lange Jahre auf Segel- und Dampfschiffen thätig gewesen, kann ich über die Lage der Seeleute erschöpfende Auskunft geben. Hier will ich nur in einigen Punkten die Revisionsbedürftigkeit der Seemannsordnung darthun. Am 1. April 1891 treten die Verordnungen in Kraft, welche darauf hinzielen, daß die Zahl der Unfälle im Seefahrtsbetriebe möglichst eingeschränkt wird. Nach dem Buchstaben ausgeführt, würden diese Verordnungen allerdings geeignet sein, die Unfälle möglichst zu verhüten und die Menschenleben mehr als bisher zu schützen. Aber bleibt man bei den heutigen Gewohnheiten, so fällt die gute Absicht dieser Erlasse einfach ins Wasser, wenn nicht der Seemann bei der Ausführung mitzuwirken befugt ist. Bis heute ist das nicht der Fall. Wenn auch ein Paragraph der Seemannsordnung besagt, daß ein Schiffsoffizier und zwei Mann der Besatzung beim Seeamt oder Konsulat die Untersuchung eines Fahrzeuges auf seine Seetüchtigkeit, die genügende Ausrüstung mit Lebensmitteln u. s. w. beantragen können, so steht dem ein anderer Paragraph gegenüber, wonach, falls die Untersuchung den guten Zustand des Schiffes und seiner Ausrüstung ergiebt, die Antragsteller mit schweren Strafen belegt werden können. Dadurch wird die Möglichkeit der Beschwerde so beengt, daß der Seemann sich schwerlich entschließen wird, einen solchen Antrag zu stellen. Und daß der Schiffsoffizier ihn stellen

wird, ist noch weniger schwerlich anzunehmen, da er, wenn er es thäte, eigentlich nicht mehr in der Lage wäre, noch ferner als Schiffsoffizier zu fungiren. So haben wir es mit der geltenden Seemannsordnung noch zu keinem nennenswerthen Fortschritt in dieser Beziehung bringen können. Aber auch in anderen Richtungen ist eine Reform dringend nothwendig. Manche Schiffsführer sind notorische Trinker, dem Seemann aber ist es auf keine Weise möglich, sich gegen solche unzurechnungsfähigen Führer zu helfen; er muß den verworrensten Befehlen sich fügen, wenn er nicht schwere Strafe erleiden will. Es ist ferner in der Seemannsordnung eine einheitliche Speiserolle für das ganze Deutsche Reich herzustellen; es muß auch festgestellt werden, was für Speisen zu liefern sind. Heute übergeben die großen Rhedereien die Menage einfach dem Führer, welcher dabei noch einen Verdienst für sich herausschlägt. Butter wird auf den wenigsten Schiffen gegeben; wird sie aber wirklich gegeben, dann ist es eine gewisse Schmiere, welche auf dem Lande Niemand essen würde, oder gar Margarine, welche nie und nimmer als Butter zu betrachten ist. Die Seemannsordnung stammt aus den 70er Jahren, sie war, den damals vorhandenen Zuständen gegenüber, immerhin ein Fortschritt, aber jetzt ist sie in zahlreichen Punkten ungenügend geworden. Ich bitte Sie also, dem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Da sich Niemand zum Worte meldet, wird die Diskussion geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Der **Antrag** wird **angenommen**. Ein Antrag der **Bautzener** Genossen: die Fraktion solle selbstständige Gesetzentwürfe, vor Einbringung im Reichstage, erst der Gesammtpartei zur Begutachtung vorlegen; ferner, daß **jeder** Genosse das Recht haben solle, dem Vorstande, zur Begutachtung durch die Gesammtpartei, selbstständige Gesetzentwürfe oder Vorschläge einzureichen, und daß endlich die Fraktion die Pflicht habe, solche Gesetzentwürfe, für welche zwei Drittel der Abstimmenden sich entschieden, dem Reichstage vorzulegen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag **Zubeil und Genossen**, aus der **Parteikasse** den einzelnen Kreisen, die noch Wahlschulden haben und sie zu zahlen nicht im Stande sind, die nöthigen Mittel anzuweisen, wird zurückgezogen.

Es folgt die Berathung des Antrags 10:

> Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, in die **Wahlagitation** einzutreten, sei es für den **Reichstag**, die **Landtage** oder **Gemeindevertretung**.

Dreesbach. Zubeil. Metzner. Heine. Tutzauer. Gottfr. Schulz.
Bamberger. Berndt. Klein. Gründel. Brietz. Barth.
Millarg. Täterow.

Dreesbach: Wir haben selbstverständlich die Pflicht, überall in die Wahlagitation einzutreten, nicht nur da, „wo Erfolge in Aussicht stehen.“ Wir sagten uns aber, daß es bei den Landtags- und Gemeindewahlen in einzelnen Distrikten des deutschen Reiches kaum möglich ist, durchzudringen, ohne Kompromisse einzugehen. So betrachte ich die Betheiligung an diesen Wahlen in Preußen als einfach unmöglich für unsere Genossen, weil sie dort im günstigsten Falle nur die Wahlmänner der dritten Klasse ohne Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien durchbringen können, also ein wirklicher Erfolg nicht denkbar ist. Wir haben den Antrag eingebracht, weil man in sehr vielen Gegenden noch zweifelhaft ist, ob man sich bei diesen Wahlen betheiligen soll oder nicht. Ich halte es für eine Pflicht der Partei in ihrer jetzigen Entfaltung, sich überall am politischen Leben zu betheiligen; ich weiß speziell, daß in den Gemeindevertretungen wir kaum in der Lage sein werden, unsere Endziele zum Durchbruch zu bringen, aber wir haben zu zeigen, daß wir eine lebensfähige Partei sind und von dem Wahlrecht den möglichst weitgehenden Gebrauch machen wollen.

In der Diskussion bemerkt

Schmidt-Berlin: Wir werden für den Antrag stimmen, wie er hier vorliegt. Man hat uns in jüngster Zeit vorgeworfen, wir wollten den Parlamentarismus negiren und würden damit aus Sozialdemokraten zu Anarchisten. Es sind aber lediglich aus falschen Anschauungen heraus Fehler gemacht worden. Wir haben einfach erklärt, der Parlamentarismus ist der Mantel, mit welchem sich der Absolutismus unserer heutigen Gesellschaftsordnung zudeckt, und von dieser Auffassung werden wir nicht abgehen. Nicht ein Sozialdemokrat, nein hunderte von Sozialdemokraten haben in Wort und Schrift bewiesen, daß der Parlamentarismus in unserer heutigen Gesellschaft unendlich faul ist. Aber deshalb lehnen wir doch nicht die Betheiligung an den Wahlen ab, sondern nehmen das Kampfmittel, welches uns die Bourgeoisie bietet, auf und betheiligen uns überall, wo es möglich ist, am Wahlkampfe. Wir haben auch bisher damit sehr gute Erfolge errungen. Betreffs unserer besonderen Stellung zu den Stadtverordnetenwahlen kann ich mich auf Liebknecht berufen; Liebknecht führte aus, er habe 1869 noch nicht gewußt, daß 1871 das geeinigte Deutsche Reich bestehen würde; wir sagen, wir wußten 1887 nicht, daß 1890 das Ausnahmegesetz fallen würde; wir ändern jetzt ebenfalls unsere Taktik, wir werden jetzt wieder energisch an den Gemeindewahlen uns betheiligen, das erklären wir hiermit. (Sehr gut!) Niemand wird verkennen, daß wir unter dem Gesetz sehr schwere Arbeit, unendlichen Kampf mit der Polizei hatten, daß das alles die Agitation sehr zurückgehalten hat. In der Auswahl der Vertreter haben wir auch Fehler begangen, wir waren darin nicht vorsichtig

genug, aber auch das lag an den bösen Verhältnissen; unsere besten Genossen waren ausgewiesen, ein großer Theil hatte sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen, thatsächlich war Mangel an geeigneten Kandidaten vorhanden. Diese Umstände veranlaßten uns und verschiedene Andere damals dazu, den Wahlen zur Gemeindevertretung nicht die frühere Sympathie entgegenzubringen. Wir haben uns aber der Majorität gefügt; und wenn auch jetzt die Meinungsverschiedenheiten über den Nutzen des Parlamentarismus wieder stärker hervortreten, wir werden immer gemeinsam weiter arbeiten. Wie die Zukunft sich gestaltet, kann Niemand voraussehen. (Beifall.) Unsere Stadtverordneten sind keine Geschäftssozialisten; sie haben Geschäfte eingerichtet, weil sie auf andere Weise keine Existenz mehr fanden.

Frantzen-München-Gladbach bittet, daß in Zukunft den Schwarzen etwas energischer auf den Leib gegangen werde.

Glocke-Nordhausen: Es könnte zweifelhaft sein, ob eine längere Diskussion über den Antrag am Platze ist; aber da thatsächlich nach der Erörterung dieser Frage in St. Gallen dieselbe immer wieder, und besonders stark in Berlin, diskutirt worden ist, scheint es angebracht, daß der heutige Parteitag endlich einmal eine bestimmte Stellung vorschreibt und die Streitigkeiten damit abschneidet. Vielfach haben persönliche Momente die Berliner Genossen veranlaßt, eine gewisse Antipathie gegenüber den Stadtverordnetenwahlen an den Tag zu legen. Aber auch prinzipielle Momente haben, wenn auch nicht in Berlin, zu der theilweisen Enthaltsamkeit mitgewirkt; es muß ferner an die Arbeiter im Staats- oder Gemeindedienst gedacht werden, die ungeheuren Maßregelungen ausgesetzt sind. Wir stehen nicht mehr auf dem Protest-Standpunkt der alten Demokraten, sondern wir betheiligen uns an den Wahlen, um sozialistische Elemente in die Stadtvertretung zu bringen. Art, Charakter und Handhabung der Agitation zu den Kommunalwahlen muß prinzipiell korrekt festgelegt werden. Natürlich können Stadtverordnete, die schwere Fehler sich zu Schulden kommen ließen, nicht mehr aufgestellt werden; wir blamiren uns und die Partei zu sehr damit.

Horn und Genossen beantragen, hinter „Erfolge“ im Antrag Dreesbach einzuschalten:

„und seien dieselben auch nur propagandistischer Art.“

Die Diskussion wird geschlossen und zunächst der Eventualantrag Horn und sodann mit diesem der ganze Antrag angenommen.

Die Berathung wendet sich zu Antrag 11:

Die Genossen von Marburg beantragen, daß in Anbetracht des Vordringens der antisemitischen Bewegung auf immer weitere Kreise und der verwerflichen Kampfesweise, welcher sich die Antisemiten speziell gegen die Sozialdemokraten bedienen,

die Partei die Parteigenossen Marburgs in irgend einer Weise unterstützt, damit am Heerde der antisemitischen Agitation eine kräftige Gegenagitation entwickelt werden kann.

Zappay-Marburg.

Von vier verschiedenen Seiten wird beantragt, diesen Antrag der Parteileitung zu überweisen.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.

Zwei Anträge von Hamburg II. unter Nr. 12, auf Einsetzung eines ständigen Schiedsgerichtes und eventuelle Einsetzung eines Partei-Ausschusses werden als erledigt zurückgezogen.

Vorsitzender Singer: Bevor wir in der Erledigung der Tagesordnung fortfahren, theile ich auf Wunsch mit, daß im Ganzen 251 Telegramme und 55 Zuschriften und Adressen an den Parteitag eingegangen sind.

Ferner bringe ich eine dem Genossen Kühn-Langenbielau zugegangene Mittheilung zur Verlesung:

Soeben erhalte ich aus Langenbielau in Schlesien von dem mir als durchaus zuverlässig bekannten Genossen Lux folgende Nachricht: Am 14. Oktober hat sich dort in meiner Wohnung eine Person als Kaiserdeputirter Schröder aus Westfalen vorgestellt und erklärt, er sei vom Agitationskomitee der westfälischen Bergarbeiter beauftragt, im Schlesischen Kohlenrevier Versammlungen abzuhalten, um den Zuzug nach Westfalen zu verhindern, da dort gestreikt werden solle; es ständen zu diesem Zweck 1 800 000 Mark zur Verfügung, und davon könne er bis zu 5000 Mark für Schlesien zur Verfügung stellen. Legitimation hat der Mann verweigert mit dem Bemerken, er habe sich bereits auf der Polizei legitimirt. Da nun Bergarbeiter Schröder mir soeben mündlich erklärt, daß er diese Woche hier gewesen, überhaupt noch nie nach Schlesien gekommen sei, so muß angenommen werden, daß ein Schwindler seinen Namen mißbraucht, wahrscheinlich zu dem Zwecke, die im Werden begriffene Organisation der schlesischen Bergleute durch einen vorzeitigen Koup zu hintertreiben.

Zur Abgabe einer Erklärung nimmt das Wort

Liebknecht: Genossen! Aus Italien ist uns ein Brief zugegangen, in welchem man uns ankündigt, daß aus Ravenna ein telegraphischer Gruß an den hiesigen Parteikongreß ergangen sei, und nun zeigt man uns brieflich an, daß der Kongreß der italienischen Arbeiterpartei, die auf unserem Boden steht, morgen, Sonntag, in Ravenna zusammentritt. Nach dem ganzen Wortlaut dieses Briefes nun, der die größten Hoffnungen für die sozialistische Bewegung in der ganzen Welt durch die Entwicklung der Partei in Deutschland ausspricht, hielt ich uns für verpflichtet, dem Wunsch, der hier vielfach ausgesprochen wurde, nachzukommen und den

italienischen Arbeiterkongreß von Seiten des hiesigen telegraphisch zu begrüßen und ihn zu ermuntern, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Ich habe deshalb im Einklang mit den Freunden hier, gemeinsam mit unserem Freund Anseele, ein französisches Antwortstelegramm aufgesetzt, welches deutsch folgendermaßen lautet:

„Der Kongreß der deutschen Sozialdemokraten in Halle begrüßt im Namen der Verbrüderung der Völker und der Solidarität der Arbeiter aller Länder die Sozialisten Italiens, die zum Kongreß versammelt sind. Unser Kongreß hofft, daß der Kongreß von Ravenna fruchtbar sein möge für den italienischen und den internationalen Sozialismus, und er ladet die dort versammelten Deputirten der Arbeit ein, den allgemeinen Weltkongreß von 1891 in Brüssel zu beschicken, um dort das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse und der Befreiung der Menschheit vollenden zu helfen.

Ich bitte, den Wortlaut des Telegramms einstimmig anzunehmen und das Bureau zur Absendung desselben an die angegebene Adresse zu ermächtigen.

Unter lebhafter Zustimmung genehmigt der Parteitag diesen Vorschlag.

Darauf wird in der Berathung der selbstständigen Anträge fortgefahren.

Der Antrag 13:

„Die Parteigenossen Danzigs nehmen den vor Erlaß des Ausnahmegesetzes gemachten Vorschlag, Gründung einer Parteibibliothek, wieder auf und beantragen demgemäß beschließen zu wollen.

Unter Parteibibliothek ist zu verstehen: In Berlin soll eine Bibliothek errichtet werden, welche nur werthvolle wissenschaftliche Werke führt, die den agitatorisch wirkenden Genossen im ganzen Reiche zur Benutzung stehen sollen, da es den meisten Genossen nicht möglich ist, größere Summen für Anschaffung solcher Bücher zu verwenden,

wird ohne Debatte auf Antrag Bebels der Parteileitung überwiesen.

Dasselbe geschieht hinsichtlich des Antrags 14:

„Unterzeichneter beantragt hiermit, daß die Parlamentsberichte des Reichstags in Zukunft in Form eines Nachschlageheftes in größeren Auflagen gedruckt und zum möglichst billigen Preis an die verschiedenen Parteiblätter als Beilage abgegeben werden.

Die Ausführungen werden der Parteileitung übertragen.

Georg Johannes-Zittau i. S.

Antrag 15 lautet:

Der Kongreß beschließt:

„Der 1. Mai ist dauernd ein Feiertag der Arbeiter, der, entsprechend dem Beschluß des internationalen Pariser Arbeiterkongresses den Einrichtungen und Verhältnissen des Landes gemäß zu begehen ist. Wenn sich der Arbeitsruhe an diesem Tage Hindernisse in den Weg stellen, so haben die Umzüge, Feste im Freien u. s. w. am 1. Sonntag im Mai stattzufinden."

W. Liebknecht. Jensen-Stade. Arnold-Konstanz.

Ein Gegenantrag von 4 Berliner Genossen will die Feier des 1. Mai stets auf den ersten Sonntag im Mai verlegen, wenn nicht der 1. Mai ein Sonntag ist.

Liebknecht: Genossen! Eine Rede werde ich nicht halten, dazu ist die Zeit schon zu weit vorgerückt und sachlich sind wir in dieser Frage ja auch vollkommen einig. Den Antrag, die Feier des 1. Mai allgemein auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, wie das in England, theils weil dort die großen Arbeitermeetings seit Jahrzehnten am Sonntag stattfinden, theils zur Vermeidung von Konflikten geschehen ist, kann ich nicht empfehlen. Ich glaube nicht, daß wir in Deutschland diese Konzession machen können. Der 1. Mai ist nicht blos durch Beschluß des internationalen Pariser Kongresses ein historischer Tag, sondern er ist schon seit Jahrtausenden ein Volksfeiertag der germanischen, gallischen, zum Theil auch der lateinischen Völker. Im größten Theil Deutschlands, in ganz England, Italien, Frankreich und der Schweiz wird der 1. Mai noch heute mehr oder weniger festlich begangen als Tag der Wiederauferstehung der Natur. Die Amerikaner, welche den 1. Mai als Feiertag der Arbeit proklamirten, haben dabei allerdings im Auge gehabt, daß es der Partei, welche die Wiedererweckung der Menschheit aus tausendjährigem Elend, aus dem geistigen Tode und aus der Knechtschaft bewerkstelligen wird, vor Allem zukommt, das Frühlingsfest feierlich zu begehen und in einem Fest die Auferstehung der Natur und der Menschheit zu feiern. Am 1. Mai müssen wir also unter allen Umständen festhalten. Andererseits wollen wir aber auch nicht unnütze Konflikte herbeiführen; darum geht mein Antrag weiter dahin, den 1. Mai in jedem Falle zu feiern, und zwar in würdigster Weise, durch Versammlungen, Vorträge, Feste und, wo es möglich ist ohne Konflikte oder sonstige Unannehmlichkeiten oder Nachtheile für die Bewegung selbst, auch durch Ruhenlassen der Arbeit, Umzüge u. s. w. Wo dieser letzteren Art der Feier sich aber Hindernisse entgegenstellen, da soll am 1. Mai von solchen Kundgebungen abgesehen werden, sollen nach der 1. Mai-Feier, nicht mit Ausschließung derselben, am ersten Sonntag im Mai die großen Kundgebungen, Umzüge und der-

gleichen stattfinden. Ich will nur wünschen, daß der Antrag möglichst ohne Debatte angenommen werde. (Beifall.)

Der Berliner Antrag wird zurückgezogen.

Eine Debatte erhebt sich nicht.

Im Schlußwort bemerkt Genosse Liebknecht: Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Gegenantrag Konflikte eben vermeiden will, während der meinige vielleicht zu Konflikten, ähnlich wie sie in diesem Jahre gewesen sind, führen möchte. Diese Ansicht ist vollkommen hinfällig. In diesem Jahre waren wir durch die Wahlen derart in Anspruch genommen, daß rechtzeitig ein anderer Rathschlag nicht möglich war. Das aber wird künftig nicht geschehen. Wir haben nicht jedes Jahr Wahl, und dann haben wir doch diesmal praktische Erfahrungen gemacht; diese Befürchtung ist also grundlos.

Mit allen gegen drei Stimmen wird der Antrag angenommen.

Der Antrag 16, der letzte Antrag der ersten Gruppe, lautet:

Beantragen, daß bei Stichwahlen zwischen den bürgerlichen Parteien sich die Genossen der Abstimmung zu enthalten haben.

Herbert-Stettin. F. Kandt-Rostock.
Borkmann - Randow-Greifenhagen.

Antragsteller Kandt-Rostock: Es könnte scheinen, als ob nach Ertheilung der nachträglichen Zustimmung zum Verhalten der Fraktion in der Stichwahlfrage sich die Erledigung dieses Antrages erübrige. Ich bin jedoch anderer Meinung. Der Wortlaut meines Antrages ist im Wesentlichen in St. Gallen zum Beschuß erhoben worden. Durch das Ausgeben der bekannten Parole zu den 1890er Stichwahlen ist vielfach Verwirrung erzeugt worden. Solche Inkonsequenz ist nicht korrekt. Ich bitte um Annahme meines Antrages, damit ein korrekter Zustand hergestellt wird.

Kalnbach-Karlsruhe: Der Antragsteller schüttet das Kind mit dem Bade aus. Es ist oft von äußerster Wichtigkeit, die reaktionärsten, volksfeindlichsten Abgeordneten aus dem Reichstag zu verdrängen. Das kann aber nicht erreicht werden, wenn wir nach dem Antrage beschließen. Ein klassischer Beweis für das Gegentheil ist unsere letzte Wahl in Karlsruhe, wo es galt, den erzreaktionären Staatsanwalt Fieser zu schlagen. Es wurde der freisinnige Pflüger vorgeschlagen, zwar keine bedeutende Persönlichkeit, aber durchaus freiheitlich gesinnt und überall für die Arbeiter einzutreten bereit. Durch unsere Betheiligung an der Stichwahl haben wir ihm zum Siege verholfen und einen großen Feind der Arbeiter verdrängt. Wir sollten uns also nicht generell binden, sondern von Fall zu Fall, nach der Persönlichkeit und den Verhältnissen entscheiden. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Joest-Mainz: Auch ich möchte vor solchem Beschluß warnen; wir sind alle überzeugt, daß er doch nicht wird gehalten werden können. (Sehr richtig!) Auf dem St. Gallener Kongreß ist allerdings so beschlossen worden, aber die Genossen haben ihn kaum zur Hälfte respektirt. Auch die thatsächlichen Verhältnisse sprechen dagegen. Der Oberstaatsanwalt Hartmann soll einmal im Reichstage gesagt haben: Ihr Sozialdemokraten gehört gesellschaftlich hier gar nicht hinein! Wenn man an einem solchen Herrn ein Exempel statuiren und dabei erreichen könnte, daß ein minder rücksichtsloser Gegner in den Reichstag kommt, dann sollte man doch diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, weil man durch einen Beschluß in der Richtung des Antrags gebunden wäre. Ich bin es müde, immer wieder Beschlüsse zu fassen, von denen wir alle im Voraus wissen, daß man sie nicht respektirt; wir verlieren höchstens dadurch nach außen an Ansehen. (Beifall.)

Es wird der Schluß der Diskussion beantragt.

Auerbach-Berlin hält die Debatte für so wichtig, daß er dringend bittet, sie fortzusetzen.

Der Schlußantrag wird angenommen und der Antrag Herbert-Kandt-Borkmann, gegen eine geringe Minderheit, abgelehnt.

Damit ist die Berathung der gedruckt vorliegenden Anträge erledigt.

Der vorher mitgetheilte Antrag Bebel, betreffend den Brüsseler Kongreß, wird einstimmig angenommen.

Folgender Antrag:

In Erwägung, daß diejenigen Parteigenossen, welche im Besitz eines Reichstagsmandats sich befinden, die Pflicht haben, den Parteitag zu besuchen, erscheint es erforderlich, daß denselben die ihnen entstehenden Unkosten zurückerstattet werden. Daher wolle der Parteitag beschließen, die Höhe der täglichen Spesen für den genannten Zweck festzusetzen.

Franz Berndt-Berlin, 4. Wahlkreis. Fr. Riesop-Konitz, W.-Pr.
Fritz Berndt-Berlin, 4. Wahlkreis. Fr. Zubeil-Kalau-Luckau.
R. Jakobey-Berlin V. v. Wietersheim-Hamm-Soest.
Kahl-Duisburg. Ad. Schultze-Magdeburg. Karl Grünberg-Hartha.
Anton Guhmann-Döbeln. Emil Busch-Güstrow.
H. Schwerdtfeger-Neubrandenburg. Wendt-Malchin-Waren.

dessen prinzipieller Theil bereits entschieden ist, wird, soweit es sich um die finanzielle Regelung handelt, dem Parteivorstande überwiesen.

Hiermit sind die Geschäfte des Parteitages beendet, bis auf den Bericht der Neunerkommission, der noch nicht fertiggestellt ist.

Es tritt eine Pause von 25 Minuten ein.

Um 11 Uhr 15 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet.

Vorsitzender Singer: Wir würden nunmehr den Bericht der Neunerkommission entgegennehmen können. Zunächst möchte ich aber den prinzipiellen Standpunkt des Parteitages in der Behandlung dieser Angelegenheit feststellen. Wir haben die Neunerkommission als einen Gerichtshof zur Untersuchung und Beurtheilung der ihr überwiesenen Angelegenheit gewählt. Wir haben mit der denkbar größten Objektivität diese Kommission zusammengesetzt und dadurch vermieden, daß irgendwie an der Sache interessirte Personen einen Einfluß auf die Fassung des Urtheils ausüben konnten. Da nun der Parteitag nicht in der Lage sein würde, in irgend einer Weise in eine Nachprüfung des Aktenmaterials einzutreten, so halte ich es für nothwendig, daß der Parteitag schon jetzt, ehe Jemand das Urtheil kennt, erklärt, daß die Mittheilungen der Kommission, mögen sie ausfallen wie sie wollen, für ihn als verbindlich erachtet werden und daß der Parteitag es von vornherein ablehnt, in eine Erörterung des Kommissionsberichts einzutreten.

Gieshoit-Berlin: Damit sind wir Berliner nicht einverstanden. Man hat in der Kommission nur 3 Zeugen aus Berlin vorgeschlagen. Die Kommission hätte andere Berliner auch als Zeugen vernehmen sollen (Rufe: Abschlachtungstheorie, weiter nichts!).

Slomke-Bielefeld: Ich bin mit vielen Anordnungen des Präsidiums zufrieden gewesen, wenn unnöthige Angelegenheiten vom Parteitage ferngehalten wurden. Wir wollen aber in dieser Sache den Vorwurf der Abschlachtung dem Parteitage zuguterletzt ersparen.

Schippel: Wir können ja nicht einmal wissen, ob der Beschluß der Kommission nicht dem Organisationsentwurf der Partei überhaupt widerspricht. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte und Reichstagswahlkreise. Es ist also formell absolut unzulässig, daß, ehe alle Instanzen durchgegangen sind, der Parteitag hier irgend etwas entscheidet. Ich kann mir recht wohl denken, daß wir vielem zustimmen, was die Kommission vorschlagen wird, wir können aber nicht debattelos dem, was die Kommission vorbringt, beistimmen.

Vorsitzender Singer: Um jeden Schein zu vermeiden, als ob von hier aus irgend welche Besorgniß, in die Diskussion dieser Angelegenheit einzutreten, herrscht, ziehe ich meinen, übrigens auf Wunsch einer größeren Anzahl Genossen gemachten Vorschlag zurück und überlasse das Weitere dem Verlauf der Verhandlungen. (Bravo!)

Berichterstatter Geck-Offenburg: Parteigenossen! Die Neunerkommission hat folgendes Urtheil gefällt. Dieselbe wurde vom Parteitage beauftragt, die in dem beigefügten Antrage verlangte Untersuchung vorzunehmen. Sie ist nach einer dreitägigen Verhandlung des in thatsächlicher und rechtlicher Beziehung geprüften

Materials dazu gekommen, die 5 vorgelegten Hauptfragen also zu beantworten:

Bericht der Neuner-Kommission.

Frage A. Ist Grillenberger Geschäftssozialismus vorzuwerfen? Nein!

Frage B. Haben die Verhandlungen in der Kommission ergeben, daß sich eine Mittelsperson verhetzend zwischen Fraktion und die Berliner Genossen gestellt hat? Nein!

Frage C. Ist die Behauptung Werner's über die Art seiner Nichtanstellung beim Volksblatt wahr? Nein!

Frage D. Ist das Vorgehen der Fraktion gegen Schippel als ein zu schroffes und ungerechtfertigtes zu bezeichnen? Nein!

Frage E. Ist in der Anwendung des Wortes „Spitzel" bei Charakterisirung der Berliner Parteizustände eine bewußte oder unbewußte Beleidigung der Berliner Genossen zu erblicken? Nein!

Die Beantwortung sämmtlicher Fragen ist nach eingehender Prüfung einstimmig erfolgt.

Es handelt sich zunächst um den Vorwurf des Geschäftssozialismus, welcher von Berlin aus durch Wille gegen den Reichstagsabgeordneten Grillenberger, als Angestelltem der Buchdruckerei Wörlein & Co. in Nürnberg, erhoben wurde. Grillenberger entgegnete: „Wille habe jedenfalls den Geschäftssozialismus von seinem Freunde Werner kennen gelernt."

Hierauf antwortete Buchdrucker Werner im Sprechsaal des „Berl. Volksbl." vom 23. August d. J.: „Grillenberger habe eine Menge allgemeiner Verleumdungen zu Tage gefördert. — Hoffentlich kommen wir beide nach Halle. Ich werde dort Material gegen Grillenberger bringen."

Werner ist nun seinem Vorgeben nicht nachgekommen; sein der Kommission vorgelegtes Material beschränkt sich auf zwei in Nürnberg erschienene Flugblätter aus dem Jahre 1884, worin unwahre Behauptungen enthalten sind, wegen denen der Verfasser der verleumderischen Beleidigung schuldig befunden wurde. Ein weiterer Beweis wurde nicht versucht; der Hinweis auf die Aeußerung einer untergeordneten Person kann nicht als solcher betrachtet werden. Dagegen konnte im Verlauf der Verhandlung festgestellt werden, daß die Wörlein'sche Druckerei in Nürnberg in ihrem geschäftlichen Verhältniß zur Partei eine Praxis befolgte, über welche man nur die größte Befriedigung haben kann. Diese Thatsache war unter den Berliner Parteigenossen seit Jahren so bekannt, daß man sich nur wundern muß, wie heute Genossen, welche öffentlich auftreten, eine gegentheilige Auffassung kolportiren dürfen. Es steht durch die Verhandlung fest, daß Genossen sich von der Unhaltbarkeit derartiger Anschuldigungen jederzeit bei solchen,

die seit längerer Zeit mit den Parteiverhältnissen bekannt sind, hätten Auskunft verschaffen können.

Grillenberger bringt seinerseits eine Anzahl von Thatsachen vor, welche als Kriterien für eine Geschäftspraxis des Buchdruckers Werner dienen sollen, die den Vorwurf „Geschäftssozialismus" verdiene. Es ist nicht zu leugnen, daß die Summe der einzelnen Bilder den Eindruck erzeugt, daß Buchdrucker Werner, nachdem er vom Arbeiter zum Geschäftsmitinhaber avancirte, eine geschäftliche Usance entwickelt, welche an der Grenze des Zulässigen sich bewegt.

Mag es auffallen, daß die „Tribüne" aus den Händen des bisherigen Druckers ohne äußeren Anlaß genommen und der Werner'schen Druckerei zugetheilt wurde, so kann es doch nicht als erwiesen angesehen werden, daß Werner direkt diese Veränderung anregen bezw. herbeiführen half; ebensowenig liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Werner Vorbereitungen traf, auch den Druck des „Volksblatt" an sich zu reißen; es ist allerdings auffallend, warum Werner gerade gegen das Volksblatt und Leute, die bei dem Volksblatt angestellt sind, öffentliche Angriffe macht. Es sei gleich hier betont, daß durch die Verhandlung festgestellt wurde, daß Werner nicht durch Maßregelung oder Arbeitslosigkeit gezwungen war, sich zu etabliren.

Werner macht kein Geheimniß daraus, daß er in letzter Zeit Schritte that, um auch den Druck des Vereinsblattes zu erhalten.

In diesen und ähnlichen Fällen gehen die Bemühungen Werner's um Druckaufträge Hand in Hand mit der von der allgemein üblichen Geschäftskonkurrenz befolgten Praxis.

Dagegen wurde die Ueberzeugung gewonnen, daß das Geschäftsgebahren Werner's, wie solches bei der Schaffung verschiedener Druckarbeiten, insbesondere des Berliner Verkehrs-Almanach, zur Geltung kam, als sehr zweifelhaft und verdächtig zu bezeichnen ist. Die geschäftliche Manipulation, durch welche der Verkehrs-Almanach geschaffen wurde, gilt als noch nicht genügend aufgeklärt; Werner, als Vorsitzender der betreffenden Kommission und zugleich als Unternehmer des Werkes, hätte im eigenen, wie im Interesse der Berliner Genossen bemüht sein müssen, in diesem Geschäfte nach jeder Hinsicht volle Klarheit walten zu lassen. Andererseits entlasten ihn die betreffenden Berliner Genossen insofern, als diese sich dem Vorwurfe nicht entziehen können, in diesem Falle die in der Partei übliche Gründlichkeit außer Acht gelassen zu haben.

Zur Beurtheilung der Frage, ob Werner der geeignete Mann sei, über den Charakter anderer Leute öffentliche Kritik zu üben, wurden einige Angaben zur Prüfung vorgelegt, welche sich auf das private Leben W.'s beziehen. Dieselben liegen in der Zeit zu weit zurück, als daß man zu ihrer Prüfung hätte die nothwendigen Erhebungen machen können. Herr Werner, der von diesen gegen ihn

im Umlaufe gewesenen Gerüchten früher wiederholt Kenntniß erhielt, unterließ es, sie durch ein gerichtliches Vorgehen gegen die Verbreiter derselben zu beseitigen.

Die Behauptung Werner's von einer Zwischenperson, die sich zwischen die Fraktion und die Berliner Genossen verhetzend drängte, richtet sich gegen einen Parteigenossen, dem nicht nachgewiesen werden kann, daß er in seinem freundschaftlichen Verkehr mit den Fraktionsmitgliedern der Berliner Parteigenossenschaft irgend welche Verlegenheiten bereitete. Die Freundschaft zu Fraktionsmitgliedern ist kein Anlaß, jemandem Mißtrauen entgegenzubringen. Dies sollte Buchdrucker Werner um so mehr bedenken, als er in seinem Geschäfte Personen anstellte, deren Vergangenheit einen Verkehr mit Sozialdemokraten ausschließt. Ohne jeden Rückhalt ist auch der Versuch Werner's, zwei Artikel des „Berliner Lokalanzeiger" auf Inspiration eines Mitgliedes der Bading'schen Druckerei zurückzuführen. Es hat sich die große Wahrscheinlichkeit ergeben, daß dieselben von Dr. Hamburger herrühren.

Die Meinungsverschiedenheit über die Feier des 1. Mai sollte im Volksblatt ungehindert zum Ausdruck kommen; daß eine von den Freunden Werner's eingesandte Erklärung nicht erschien, daran trifft, nach dem Ergebniß der Untersuchung, die genannte Redaktion keine Schuld; die Aufnahme unterblieb auf Wunsch der Einsender selbst. Von der Beseitigung irgend eines Schriftstückes kann durchaus keine Rede sein.

Bezüglich seines öffentlichen Auftretens macht Werner nicht den Eindruck, daß er seine Angriffe immer auf Thatsachen stützt, sondern mehr die subjektive Ansicht dritter Personen unterlegt. Seine Art, sich auszudrücken, trägt dazu bei, ihn in der Entwickelung seiner Themata immer mehr vom sachlichen Boden zu entfernen. Er gesteht dies selbst zu, indem er einräumt: „In der Hitze des Gefechtes kommen mir oft Worte, die ich nicht gebrauchen wollte." — „Hätte ich gewußt, daß es mir so ausgelegt würde, so hätte ich nicht gewagt, es zu sagen."

Zeugen, die von ihm selbst vorgeschlagen und mit ihm befreundet sind, sagten aus: „Werner ist thatsächlich ein Mann, dem die Zunge durchgeht 2c." „Er ist ein guter Kerl, aber er kann sich nicht beherrschen."

Werner sagte, er habe wegen einer Mehrforderung von 3 Mark Lohn die Maschinenmeisterstelle in der Bading'schen Druckerei nicht erhalten, und knüpft daran die Behauptung, er (W.) hätte sich niemals etabliert, wenn er damals diese Stellung bekommen hätte.

Die Verhandlung ergab, daß die Behauptung Werner's nach dieser Richtung der Wahrheit vollständig entbehrt. Nach der anderen Seite besteht für Werner — selbst für den Fall, daß es sich um eine Preisdifferenz von 3 Mark handelte, kein Anlaß sich

zu beschweren. Es ist bewiesen, daß Werner bei Vergebung von Einbinden von Parteidruckschriften Nichtparteigenossen deshalb bevorzugte, weil sie billiger arbeiteten, als Parteigenossen.

Die Vernehmung Schippels und der Mitglieder der Kommission zur Herausgabe des Verkehrs-Almanachs haben dies ergeben.

Die Behauptung Werner's, daß er wegen seines öffentlichen Auftretens eine Maßregelung im Geschäfte seines damaligen Prinzipals zu befürchten hatte, ist durch Zeugen ebenfalls als unrichtig erwiesen.

Es ist unwahr, daß Grillenberger die Berliner Parteigenossen als solche mit Polizeispitzel titulierte. Nach Feststellung der betreffenden Aeußerung Grillenberger's ergiebt sich, daß er sagte, es gab eine Zeit, wo man nicht sicher war, daß unter 3 Personen in Berlin ein Spitzel sich befand. Die Vernehmung Berliner Genossen als Zeugen ergab die Berechtigung dieser Behauptung.

In Anbetracht aller gegen Werner vorgebrachten Thatsachen mußte der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führen, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören; jedoch konnte sich die Kommission, nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials, nicht entschließen, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen. Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte, die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen.

Halle, 18. Oktober 1890.

Die Kommission:

W. Geck-Offenburg. Aug. Kaden-Dresden. Kloß-Stuttgart.
Hermann Grimpe-Elberfeld. Ewald-Brandenburg.
Meist-Köln. Reißhaus-Erfurt. Pfannkuch-Cassel. Müller-Darmstadt.

Werner: Ich möchte den Referenten bitten, die ganze von mir im „Volksblatt" veröffentlichte Sprechsaalnotiz vorzulesen.

Berichterstatter Geck: Es ist im Urtheil nicht behauptet, daß Werner den Grillenberger des Geschäftssozialismus bezichtigte. (Der Berichterstatter verliest den betreffenden Passus der Urtheilsgründe.)

Werner: Ich bestehe darauf, daß meine ganze Sprechsaalnotiz verlesen wird.

Berichterstatter Geck kommt diesem Wunsche nach.

Die Erklärung im „Sprechsaal" lautet:

> In einer Rede, die Grillenberger am vergangenen Montag in Nürnberg hielt, und die nun durch die Presse läuft, hat derselbe eine Menge allgemeiner Verleumdungen zu Tage gefördert.
>
> Meine Person beehrt er ganz besonders damit.
>
> Herr Wille habe — das läßt er so mit unterfließen —

den „Geschäftssozialismus", von dem Herr Wille in Berlin sprach, wohl von seinem Freunde Wilhelm Werner kennen gelernt. Herr Wille, den ich höchstens vier Mal gesehen und mit dem ich in meinem Leben höchstens zwanzig Worte gewechselt habe, sogar nicht einmal über Parteiverhältnisse, wird von Grillenberger im Handumdrehen zu meinem Freunde gemacht — jedenfalls durch falsche Einflüsterungen von einer bestimmten Seite, welche ein Interesse daran zu haben scheint, den Zwist zwischen Fraktion und Berliner Genossen zu schüren, um für allein würdig gehalten zu werden, mit ersterer verkehre zu dürfen. Warum auch nicht? So kompromittirt man beide gleich auf einmal: mich als Geschäftssozialist und ihn als meinen Freund. Ich weise die Verdächtigung Grillenbergers mit aller Entschiedenheit zurück.

Ich habe ja noch nicht Gelegenheit gehabt, durch langjährige Thätigkeit im Reichstage den parlamentarischen Anstand zu studiren und meine Kampfesweise danach einzurichten. Aber ich halte es augenblicklich für besser, meine Ausführungen, Grillenberger gegenüber, bis auf den Parteitag aufzusparen, es könnte sonst der gegnerischen Presse etwas neuer Stoff gegeben werden. Hoffentlich kommen wir beide nach Halle. Ich werde dort Material gegen G. bringen.

Er soll mir auf dem Parteitag Rede und Antwort in dieser Frage stehen. Ich bin bereit. Kann er dort seine Behauptungen nicht aufrecht erhalten, kann er mir den Geschäftssozialismus nicht beweisen, so wird er sich gefallen lassen müssen, wenn ich ihn einen ehrlosen Verleumder nenne.

Berlin, den 22. August 1890.

W. Werner, Buchdrucker.

Es ist der Antrag eingegangen, den Bericht der Neunerkommission sobald als möglich drucken zu lassen und den Delegirten zuzusenden.

Werner: Sie werden Alle in meiner Sprechsaalnotiz im „Berliner Volksblatt" nicht gefunden haben, daß ich darin Herrn Grillenberger des Geschäftssozialismus geziehen habe. Wie kommt aber Herr Grillenberger dazu, in jener Nürnberger Versammlung einfach zu erklären: „Den Geschäftssozialismus, von dem Herr Wille sprach, hat derselbe wohl durch seinen Freund Werner kennen gelernt. Gewisse Leute in Berlin hatten das Bestreben, das dortige „Volksblatt" an sich zu reißen; das ist nicht gelungen, da das „Berliner Volksblatt" zum Centralorgan der Partei bestimmt wurde." Ich habe zur Genüge den Beweis geliefert, daß dies nicht wahr ist, und einen Theil meiner Berliner Genossen, die alle über die internen Vorgänge in Berlin ganz genau unterrichtet sind, als Zeugen vorgeschlagen, sie sind aber nicht verhört worden. (Hört! Hört!)

Grillenberger hat selbst in der Kommission erklärt, daß er nicht aus eigener Erfahrung mich beschuldigt habe, sondern daß er es von dem Prokuristen des „Berliner Volksblatt", Herrn Jacob Bamberger, habe. Zu derselben Zeit, als der Abgeordnete Grillenberger vom Geschäftssozialismus sprach, erschienen in der „Berliner Volkszeitung" mehrere Notizen und Artikel, in denen ich als Schildknappe Schippel's hingestellt wurde und als Mann mit den geschäftspolitischen Machenschaften. Ich wußte gar nicht, wie nur diese „geschäftspolitischen Machenschaften" in die „Berliner Volkszeitung" gekommen waren. Ich ging in Folge dessen in Versammlungen gegen die „Volkszeitung" vor, und eine große Parteiversammlung auf Tivoli beschloß, die „Berliner Volkszeitung" habe sich in die Parteiverhältnisse der Sozialdemokraten nicht hineinzumischen. Das „Volksblatt" druckte diese Resolution ab und erklärte, wir haben mit der „Volkszeitung" nichts mehr zu thun. Darauf erschien eine ziemlich gehässige Erklärung in der „Volkszeitung" im Briefkasten: Endlich haben wir einmal das „Berliner Volksblatt" auf einer Doppelzüngigkeit ertappt. Damals, als wir die geschäftspolitischen Machenschaften gegen das „Volksblatt" aufdeckten, war man mit denjenigen Theil, welcher die Angelegenheit provozirte, einverstanden, jetzt aber, wo die Angriffe nur gegen die „Berliner Volkszeitung" gehen, zieht man sich einfach von dieser Sache zurück." Das ist doch ein Beweis von einer ziemlichen Dreistigkeit. Wir haben uns nun die größte Mühe gegeben, danach zu forschen, was es denn eigentlich mit dieser Notiz für eine Bewandtniß hat, und wir haben selber nachher klargestellt bekommen, daß eben Herr Jacob Bamberger, der Prokurist des Volksblatts, thatsächlich auf der Redaktion des Berliner Volksblatt verkehrte und daß, wenn er zu der Zeit zu Hause gewesen wäre, als der Streit mit der Volkszeitung und dem Volksblatt entstand, nie und nimmer diese Polemik hätte entstehen können. Ledebour, der jetzt weg ist von der Volkszeitung, erklärte später seinem Freunde Wille in Gegenwart des Redakteurs Scherbel aus Berlin, daß die Anzapfungen dem Genossen Schippel gegenüber auf Veranlassung der Redaktion des Berliner Volksblatts geschehen seien. Damit halten sie zusammen, daß Herr Jacob Bamberger, der als Prokurist gar nichts weiter zu thun hat, als die Druckaufträge des Blattes entgegenzunehmen, sich permanent in der Redaktion befindet. Herr Bamberger sollte eben Thatsachen gegen meine Person aufbringen, und darum sage ich, daß er als Zwischenperson viel mehr Schuld hatte als Grillenberger. Man hat mich nun deswegen des Geschäftssozialismus geziehen, weil ich angeblich Druckarbeiten, die ich in unserer Druckerei nicht schaffen konnte, an eine andere Druckerei die nicht tarifmäßig bezahlte, weggegeben habe. Felgentreff und Mohrbach haben dieses Material zusammengebracht. Sie sind, um

Erkundigungen einzuziehen, bei den verschiedensten Druckereien wegen des Auftrages des „Almanach“ gewesen. Mohrbach ist hier garnicht erschienen, weil Unregelmäßigkeiten gegen ihn vorliegen. Das sind die Elemente, die man gebraucht, um Material zusammenzusuchen gegen andere Parteigenossen, die es einmal gewagt haben, Herrn Jacob Bamberger oder irgend Jemand Anderem entgegenzutreten. Wegen Abgabe eines Druckauftrages kann man mich des Geschäftssozialismus nicht beschuldigen. Die erwähnte Druckerei zahlt zur Zeit tarifmäßig. Dagegen kann ich beweisen, daß Bamberger, seit 20 Jahren ein Freund verschiedener Fraktionsleute, nachdem er mit Herrn Bading die Druckerei in Händen hat, seine Druckerei drei Jahre lang gesperrt gesehen hat, weil er nicht tarifmäßig zahlte. Man hat nun, um der Sache eine persönliche Spitze zu geben, Dolinski mit in die Debatte gezogen. Dolinski ist seit 8 Wochen in unserem Geschäft thätig. Er ist gewerkschaftlich so engagirt, daß er in Berlin keine Arbeit mehr bekommt und da haben wir gemeint, ihn anstellen zu müssen, gleichviel ob er gewerkschaftlich ruinirt ist oder nicht. Bamberger erklärte, daß die Kaution, weswegen man den Dolinski immer verdächtigte, nicht verloren gegangen sei, sie sei gerettet worden, aber man kann es nur nicht dem Dolinski sagen, sonst könnte er schließlich sich nicht alles so gefallen lassen, was über ihn geredet werde. Eigenthümlich ist das Verfahren Bambergers resp. des Volksblatt in Bezug auf den von Wille geschriebenen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Es wurde gesagt, es ist hier ein Artikel geschrieben worden, aber das wahre Streitobjekt brachte man nicht zur Kenntniß der Leser, sondern schrieb unten in einer Note, wir halten es nicht für werth, diesen Artikel zu veröffentlichen, weil wir nicht die Ansichten theilen, die darin enthalten sind. Ja, wenn man ein Streitobjekt aufwirft, so erfordert es die Gerechtigkeit, daß man dieses Streitobjekt auch abdruckt. Nun erschien dies Streitobjekt in der „Berliner Volkstribüne“, infolgedessen sich die Polemik zwischen Liebknecht und Schippel entwickelt hat. Der Abgeordnete Liebknecht hat hier vom Podium herab erklärt, daß der Artikel in die Volkstribüne gekommen sei, weil man dem Redakteur, der selbst nicht daran Schuld sei, die Pistole auf die Brust gedrückt habe (Liebknecht: Ist auch wahr!) Redakteur Schmidt hat hier eine Erklärung niedergelegt, in der er behauptet, daß daran kein Wort wahr sei, daß aus seinem eigenen Ermessen dieser Artikel hineingekommen sei. Dr. Konrad Schmidt hat Bebel ersucht, er möge es hier konstatiren, daß ohne jegliches Zuthun irgend welcher Berliner Genossen der Artikel aus der Sächsischen Arbeiterzeitung in die Tribüne gekommen sei. Bebel hat ihm nun, wie mir Schmidt mitgetheilt hat, gesagt, daß er diese Mittheilung telephonisch aus dem Bureau erhalten habe. Als Schmidt etwas darauf entgegnete, erklärte Bebel, ja der Mann hat

etwas gehört, das sind seine Vermuthungen, er hat sich ein Urtheil darüber gebildet und dieses Urtheil hat man mir mitgetheilt, das kann ich den Leuten gar nicht verdenken (**Bebel**: das habe ich nicht gesagt; bekannte Verdrehung!) Nun, da ist wohl zur Evidenz bewiesen, daß eine Zwischenperson (Unruhe) vorhanden ist. Und noch eins. Herr Bamberger hat sich unter dem Sozialistengesetz öffentlich in Berlin gar nicht bemerkbar gemacht. Wie konnte er da mit einem Mal auf dem Parteitag mit einem Mandat erscheinen? (Fortgesetzte Unruhe.) Meine Behauptung in Bezug auf meine Anstellung beim „Berliner Volksblatt“ halte ich voll und ganz aufrecht. Wäre ich beim „Volksblatt“ angestellt worden, ich hätte mich nie und nimmer selbstständig gemacht. Ich konnte mich nirgends halten, weil ich überall von der Polizei umlagert war. Ich bin deshalb mit Einem, der schon eine Druckerei hatte, in Verbindung getreten, ohne einen Pfennig Geld. Herr Bading hat mir allerdings 500 Mk. auf zwei Wechsel gegeben. Aber die Dankbarkeit dafür kann mich doch nicht abhalten, Sachen, die mir in der Partei nicht gefallen, zu mißbilligen und ihnen entgegenzutreten. Man hat mir weiter vorgeworfen, der Direktor des „Münchener Brauhaus,“ Arndt, hätte mir 20 000 Mk. geboten, um ein Konkurrenzblatt gegen das Volksblatt zu gründen. Ich habe das schon einmal in der Lipsversammlung widerlegt und gesagt, ich hätte Jeden, der mir derartiges angesonnen, ganz energisch zurückgewiesen. Ich weise diese Unterstellung noch einmal ganz entschieden zurück und berufe mich auf meine Berliner Parteigenossen, die nicht meine persönlichen Feinde sind. Wenn ich Geschäftssozialist bin, dann sind es alle, die vielleicht nur ein Geschäft machen, und die ganz andere Sachen gemacht, die den Bierstreik in Berlin ausnutzten, um das Fürther Bier aus Nürnberg durch Bamberger in Berlin einzuführen, wo er von Nürnberg Prozente in Anspruch nimmt (**Bebel**: wieder unwahr! große Unruhe.) Ich werde Beweise bringen. Es ist mir dann eine unanständige Handlung in der Kommission vorgehalten worden. Ich könnte nun sagen, ich war zu der Zeit, als die Sache geschehen ist, 20 Jahre alt, und habe es vielleicht in meiner Dummheit gemacht. Aber ich erkläre auf Ehrenwort, daß ich es niemals gethan habe. In Berlin ist eine Kommission darüber eingesetzt worden, wozu der Betreffende geladen war, er ist aber nicht erschienen, um seine Beschuldigung gegen mich aufrecht zu erhalten. Ich habe in der Kommission auf Ehrenwort, ich weiß ja nicht, ob ich noch eins habe, erklärt, daß ich diese That nicht begangen habe. Ich meine, was sich ein Parteigenosse nicht erlauben darf, dürfen sich die Fraktionsmitglieder auch nicht erlauben; die Fraktionsmitglieder sind nicht mehr, als die anderen Parteigenossen. (**Bebel**: selbstverständlich!) Die Volkstribüne ist ein Organ, welches vollständig mit der Polizei nichts zu thun hat, und doch geht ein Theil

der Fraktionsleute nach Hannover, Köln, Solingen u. s. w. und erklärt, das Organ sei ein Polizeiorgan und sein Redakteur ein zweideutiger Mensch. Da habe ich ein Recht, zu sagen, diese Sachen gehören sich nicht, und ich werde mich nicht scheuen, auch wenn ich die Herren Abgeordneten gegen mich habe, derartige Unregelmäßigkeiten zu rügen. Sie können mit mir machen, was sie wollen. Ich gebrauche nicht erst Hinterthüren, sondern was ich zu sagen habe, — das ist meine Ungeschicklichkeit und Plumpheit — das sage ich den Leuten ins Gesicht. Davon soll man mir erst einmal das Gegentheil beweisen. Ferner ist mir ein schwerer Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich in Magdeburg eine Versammlung abgehalten habe, wo ich mich kolossal mißbilligend über den Organisationsentwurf ausgesprochen haben soll. Nach den Berichten habe ich aber im Eingang der Rede gesagt: Wir erkennen ja die Ueberlegenheit jener Genossen Bebel, Liebknecht, Singer gern an, haben sie auch nie angegriffen, aber wir haben das volle Recht, den Maßstab der Kritik an sie zu legen und zu sagen, das und das gefällt uns nicht von euch — und das Recht der freien Kritik darf ich mir doch wohl noch erlauben. Wenn ich dann über die theuren Wohnungen der Abgeordneten gesprochen habe . . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer (unterbrechend): Der Parteitag ist gewiß gewillt, dem Redner möglichst Zeit für seine Ausführungen zu gestatten, dann sollte er sich aber doch dazu entschließen, nur zu dem im Berichte Vorgetragenen zu sprechen. Von der Magdeburger Versammlung z. B. steht im Bericht kein Wort, von vielen anderen Dingen, die der Redner bespricht, auch nichts.

Werner (fortfahrend): Es sind Dinge verbreitet worden, die jeder Basis vollständig entbehren. (Unruhe.) Ich soll mich um das Vereinsblatt beworben haben. Ist denn das nicht eine ganz geschäftliche Handlung? Wenn dann später in Berlin, und zwar wieder vom Volksblatt, verbreitet wurde, ich sei bei Wernigerode auf dem Brocken gewesen und hätte dorthin die ganze Opposition zu einer geheimen Sitzung bestellt. (Heiterkeit.) Wenn solche Gerüchte verbreitet werden, so sind das ganz unanständige Unterstellungen. Wenn man mir den Geschäftssozialismus nicht nachweist, so werden mir alle Parteigenossen nachsagen müssen, daß bei mir davon nicht die Rede sein kann. Verurtheilen Sie mich oder nicht, es ist mir ganz egal; ich gebe hiermit die Erklärung ab: ich bleibe nach wie vor Sozialdemokrat und sage mit Wille: „Es giebt noch einen Ort, wo man sich zurückziehen kann!"

Pfannkuch: Ich mache darauf aufmerksam, daß durch Beschluß des Parteitages, auf Grund des Antrags Stadthagen, der Neunerkommission ihr Arbeitspensum und Arbeitsgebiet vorgeschrieben war und wir durchaus kein Interesse daran hatten, es aus eigener Initiative zu erweitern. Daß wir nicht alle von Werner vor-

geschlagenen Zeugen gehört haben, beruht darin, daß schon zwei zu seinen Gunsten dasselbe bekundet hatten, wir also einen dritten und vierten nicht brauchten.

Schmidt-Burgstädt: Ich bitte um möglichst einstimmige Annahme des Kommissionsberichts. Ich kenne Werner sehr lange, kenne auch die Berliner Opposition und bin geradezu erstaunt über die Objektivität des Urtheils. Die Berliner Genossen müssen mir bestätigen, daß das Urtheil ihnen aus der Seele gesprochen ist; es stellt den Sachverhalt so naturgetreu hin, daß gar nicht mehr daran zu rütteln ist. Sprechen wir der Kommission unser volles Vertrauen dadurch aus, daß wir einstimmig bestätigen, daß sie ein durchaus objektives Urtheil gefällt hat.

Meister-Hannover: Es soll Jemand die Niedertracht begangen haben, die „Volkstribüne" als Polizeiorgan zu bezeichnen, und dabei wurde auch Hannover genannt. Da mir nun selbst in Berlin eine derartige Niederträchtigkeit vorgeworfen wurde, so richte ich an Werner die Frage, wer das gethan hat. (Werner ruft: Der Abgeordnete Frohme!) Wir in Hannover wissen von einer solchen Aeußerung Frohme's nichts.

Pfannkuch: Wir haben die Form dieser so viel umstrittenen Aeußerung genau festzustellen gesucht und es ergab sich folgendes: Frohme erklärt, und das ist auch anderweitig bekannt durch andere Fraktionsmitglieder, er habe ausgeführt, die Schreibweise Schippel's sei eine derartige, daß, wenn er bewußter Weise im Dienste der Polizei stände, er nicht geschickter diese Schreibweise ausüben könnte. (Vereinzelte Pfuirufe.)

Zu einer Erklärung bezüglich des „Berliner Volksblatt" erhält das Wort der als Berichterstatter auf dem Parteitag anwesende

Redakteur des „Berliner Volksblatt" Baake: Genossen! Das Bureau hat mir gestattet, obgleich ich nicht als Delegirter hier anwesend bin, eine kurze Erklärung im Namen der Redaktion abzugeben. Herr Werner sagt, Wille hätte ihm mitgetheilt, der Redakteur Ledebour von der „Volks-Zeitung" habe in Gegenwart eines anderen Redakteurs Namens Scherbel erklärt, die Angriffe gegen Schippel in der „Volks-Zeitung" seien auf Veranlassung der Redaktion des „Berliner Volksblatt" erfolgt. Wenn eine solche Aeußerung in der That gefallen ist, so ist damit eine unwahre Behauptung ausgesprochen worden. Ich als Mitglied der Redaktion weiß nicht das Geringste darüber, daß unserseits ein Eingreifen der Volks-Zeitung veranlaßt sein soll. Die Schilderung des Verhältnisses, in welchem Bamberger zur Redaktion steht, ist in den meisten Punkten übertrieben. Wir stehen wohl im Verkehr mit Bamberger, der auch häufig auf die Redaktion kommt, aber daß er bestimmenden Einfluß auf unsere Entschlüsse und Handlungen hätte, bestreite ich entschieden im Namen der Redaktion des „Berliner Volksblatt". (Bravo!)

Bebel: Herr Werner hat auch heute wieder genau dieselbe Taktik in seinen Ausführungen verfolgt, welche wir bereits während der früheren Verhandlungen an ihm beobachtet haben, obgleich er sich hätte angelegen sein lassen sollen, hier angesichts seiner bisherigen Erfahrungen nicht wieder in diese Taktik zurückzufallen. Da es ausgeschlossen ist, daß der Parteitag unzurechnungsfähig ist, so muß es sich wohl bei Werner um eine Art von Geistesverfassung handeln, die sehr zu seiner Entschuldigung spricht. Eine andere Frage ist freilich, ob ein Mann, der absolut außer Stande ist, Wahres von Unwahrem zu unterscheiden, immer und immer wieder schon erledigte Dinge in der früheren unwahren Weise hier vorbringen soll; ich überlasse das ganz der Beurtheilung des Parteitages.

Die ganze Taktik Werner's ist auch jetzt wieder darauf ausgegangen, die Ausführungen der Kommission möglichst zu umgehen und eine Menge von Dingen vorzuführen, auf welche die Kommission kein Gewicht gelegt oder welche sie als durch die Zeugenaussagen erledigt angesehen hat. Auf diese Art zwingt Werner uns wieder in eine lange Debatte hinein, die in seinem eigenen Interesse möglichst hätte vermieden werden sollen. Er zerrt die Magdeburger Vorgänge hier herein, die in der Kommission, unter meiner Zuziehung erörtert worden sind und auf die die Kommission nicht mehr zurückgekommen ist. Dann erwähnt er auch die Harzzusammenkunft, über welche alle, die davon hörten, gelacht haben. Wenn Werner und seine Freunde wirklich zusammengekommen sind, warum soll man ihnen das Recht dazu bestreiten? Haben die einzelnen Männer der Opposition gemeinsame Zielpunkte, dann haben sie gewiß nur ihr Recht wahrgenommen, wenn sie zusammenkamen.

Nun schreitet er aber zu neuen Verdächtigungen fort. In der Bading'schen Druckerei soll vor Jahren nicht tarifmäßig bezahlt worden sein. Bamberger erklärt, es ist allerdings wahr, daß in dem Organ der Buchdrucker dem „Correspondent" unsere Druckerei vor einigen Jahren unter den nicht tarifmäßig zahlenden aufgeführt worden ist; darauf haben wir die Kommission der Buchdrucker herangezogen, ihr die Bücher vorgelegt, und die Kommission hat sich von der Einhaltung des Tarifs überzeugt.

Wer aber war der Mann, der diese niederträchtige Verleumdung veröffentlicht hat? Das war derselbe Herr Dolinski, der jetzt bei Werner beschäftigt ist. (Hört! Hört!) Mit Dolinski haben wir ja noch näher zu thun, ich kenne ihn sehr genau, zu genau, seit 13, 14 Jahren; es ist da allerlei vorgekommen, was wir untersuchen werden und was wesentlich anders ausfallen dürfte, als es ihm lieb sein wird. Ferner soll Bamberger wegen der Kaution irgend etwas zugegeben haben. Dolinski war Redakteur der „Freien Presse"; er wurde gegen 1500 Mark Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen und ging ins Ausland, nach der Schweiz, wo ich ihn gesehen

habe und wo er eine solche Haltung eingenommen hat, welche ganz besonders die untersuchende Thätigkeit der Parteileitung herausfordern wird. Dann stellte er sich den Gerichten und nun war selbstverständlich diese Kaution fällig. Ich halte es für ganz undenkbar, daß Bamberger gesagt haben sollte: „Die Kaution ist zurückgezahlt worden, aber Dolinski darf das nicht erfahren." Dolinski mußte doch vom Gericht selbst unterrichtet werden, daß die Kaution durch seine Gestellung hinfällig geworden sei und an wen sie gezahlt werden solle. Da Rackow die Kaution gestellt hatte, ist sie nach London gesandt worden und Rackow hat sie mir überwiesen für die Parteikasse. Ich habe sie erhalten, Dolinski aber mußte davon, als der erste, unterrichtet sein.

Weiter behauptet Werner, Bamberger habe den Bierboykott in Berlin — einen der verhängnißvollsten Schritte, die je unternommen worden sind und wobei Werner der Hauptattentäter war — benutzt, um Nürnberger Bier nach Berlin zu schaffen, und für diese Organisation des Bierabsatzes von dem betreffenden Brauer Prozente erhalten. Redner weist nun des Längeren aus persönlicher Kenntniß nach, wie diese Werner'sche Behauptung unwahr und völlig grundlos sei, und fährt fort:

Es wird auch hierbei wieder nur zu klar, was für Mittel und Wege angewandt werden, jemand zu verdächtigen. Bamberger gehört zu den verhaßtesten Personen bei Werner und einigen seiner Freunde (Ruf: In ganz Berlin!) — ja, das sind die alten Redensarten, man spricht von ganz Berlin, ohne ein Recht dazu zu haben. Bamberger ist seit mehr als 20 Jahren in der Partei; eine Anzahl Personen, welche zufällig auch Reichstagsabgeordnete sind, kennen ihn, haben mit ihm verkehrt, einige häufiger, wozu ich nicht gehöre. Daß dabei auch die Berliner Vorgänge erörtert werden, liegt auf der Hand. Der weitere Umstand, daß Bamberger Prokurist beim Volksblatt ist und als solcher mit der Redaktion in Verbindung steht, macht es erklärlich, daß bei diesem Verkehr die verschiedensten Dinge besprochen werden, Gutes und Schlechtes, wie Sie wollen. Aber da man Bamberger geradezu als die Mittelsperson bezeichnet hat, die sich zwischengedrängt und systematisch auf die Verhetzung der Berliner Genossen hingearbeitet habe, so erkläre ich, daß von allem diesem kein Wort wahr ist! Ist es nicht zugleich die stärkste Beleidigung, die man uns einzeln und insgesammt anthun kann, daß ein Einzelner die Macht haben soll, uns gegen die Genossen zu verhetzen? Ich verwahre mich dagegen aufs entschiedenste (Lebhafter Beifall), ich verwahre dagegen auch alle meine Freunde; ich würde mich dessen in der Seele schämen. Als Kassirer muß ich doch am besten wissen, wie groß die Opferwilligkeit der Parteigenossen in Berlin ist; wer da bestrebt sein wollte, dieselben bei uns zu verdächtigen, der würde schön von uns heimgeschickt werden.

Eins aber muß ich erklären. Allerdings sind nicht blos erst

in der letzten Zeit, sondern vom ersten Augenblick der Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes an, immer von einem mehr oder weniger großen Theil, mitunter blos von einzelnen, bei der Fraktion, die verschiedensten Versuche gemacht worden, die Fraktion unter das Aufsichtsrecht der Berliner Genossen zu stellen. Man hat mir sogar Deputationen geschickt, durch die man von mir Abrechnung verlangte, und Derjenige, der einmal in diesem Auftrage kam, ist hintennach unzweifelhaft als Polizeispitzel entlarvt worden. (Hört, hört! Große Bewegung.) Sie drangen auf Abhaltung von Konferenzen, welche nothwendigerweise das Material zu einem Geheimbundprozeß geliefert hätten! Weil wir dies alles wußten, haben wir solchen Zumuthungen den entschiedensten Widerspruch entgegengesetzt. (Lebhafte Zustimmung; Ruf: Mit Recht!) Wir sind dadurch in viele persönliche Unannehmlichkeiten gekommen, welche ganz wesentlich dazu beigetragen haben, allmählich eine gewisse Entfremdung zwischen einem Theil der Berliner Genossen und der Fraktion herbeizuführen. Es ist das die Schuld eines mehr oder weniger großen Theils der Berliner Genossen, welche innerhalb der Ausnahmegesetzperiode unausgesetzt diese Bestrebungen zur Geltung bringen wollten.

Ueber diese Verhältnisse und Vorgänge ist in der Fraktion ungemein oft gesprochen worden; es ist daselbst häufig zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, schließlich haben wir uns aber stets verständigt, wir müßten jeden solchen Versuch der Berliner, sich als kontrollirende Behörde aufzuspielen, zurückweisen. Ich will nicht weiter auf diese Dinge eingehen, ich müßte da zu Vorgängen kommen, die hier öffentlich zu erörtern für beide Theile bedenklich und unangenehm wäre. Ich glaube, ich habe genug gesagt.

Herr Werner hat weiter erklärt, er würde sich nicht nehmen lassen, Vorgänge, die zwischen einzelnen Abgeordneten und dem Redakteur der „Volkstribüne“ sich abgespielt hätten, zu rügen und öffentlich zu besprechen. Es liegt hier immer wieder der fortgesetzte Versuch vor, den Verdacht zu erwecken, als gäbe es einen Menschen in der Partei oder in der Fraktion, der ihm und seinen Freunden das Recht der Kritik nehmen wollte. Aber die Kritik soll anständig, mit Wahrheit und Wahrhaftigkeit, geübt werden. Im Genter Manifest steht der schöne Satz: „Wir sind verpflichtet, gegen uns selbst und allen Menschen gegenüber Wahrheit und Wahrhaftigkeit im Umgange zu pflegen.“ Es möchte vielleicht nothwendig sein, diesen Satz in das Parteiprogramm aufzunehmen für die, die das nicht begreifen, und dazu gehört in erster Linie Werner. (Heiterkeit.) Schippel hat sich durch meine Mittheilungen über die Verhandlungen in der Fraktion über die Vorgänge, auf die Werner anspielt, für zufriedengestellt erklärt. Das weiß Werner, und doch tritt er immer

wieder mit diesen Verdächtigungen vor uns. Werner hat gesagt, Konrad Schmidt, der Redakteur der „Volkstribüne", habe ihm erklärt, daß mir aus der Redaktion des „Berliner Volksblatt" verdächtigende Aeußerungen über Berliner Genossen zugegangen seien. Ich habe zu erklären, daß Bamberger, den er hierbei im Auge hatte, bei dieser ganzen Sache nicht in Frage kommen konnte, weil er sich zu jener Zeit auf einer Erholungsreise auf Rügen befand, und daß Konrad Schmidt, mit dem ich die Sache in der freundschaftlichsten Weise besprach, wie es sich unter Genossen versteht, in Plauen, wohin er auf meine Einladung kam, mir gesagt hat, es sei ihm nun unendlich viel klar, was ihm früher nicht klar gewesen, er sei in verschiedenen Richtungen getäuscht worden. Wenn viele Genossen über die Parteiverhältnisse sich mehr zu informiren suchten, so würde unendlich viel Streit, Zank und Unannehmlichkeiten vermieden werden. (Sehr richtig!) Werner aber hat es stets verschmäht, sich an der Quelle Aufschluß zu verschaffen. Was die telephonische Mittheilung betrifft, so habe ich Schmidt gesagt, daß Baake mir die betreffende Mittheilung gemacht habe. Schmidt hat sich mit Baake ins Einvernehmen gesetzt und mir gesagt, daß meinerseits ein Irrthum vorliege; ich habe meinen Irrthum unbedingt zugegeben; ich war zu jener Zeit mit Arbeiten überhäuft, sodaß der Irrthum sehr verzeihlich war. Ich kann also nicht konstatiren, wer mir jene Mittheilung aus dem Volksblatt telephonisch zurief; Bamberger aber war es nicht, sonst hätte ich ihn an der Stimme erkannt.

Werner hat dann, entgegen den klaren und bestimmten Ausführungen des Urtheils, auch jetzt wieder erklärt, er wäre nie Unternehmer geworden, wenn er noch fernerweit in Berlin hätte Beschäftigung finden können. Ich will zugeben, daß er im Laufe seiner Thätigkeit in Berlin ein oder mehrere Male gemaßregelt worden ist. Aber ich konstatire, daß seine letzte Stellung eine solche war, daß der betreffende Buchdruckereibesitzer garnicht an seine Maßregelung gedacht hat. Der Mann hat bezeugt, daß Werner ihm freiwillig gekündigt hat mit der Motivirung, daß er sich selbstständig machen wolle. (Hört! Hört!) Ich habe nichts hinzuzufügen.

Ueber eins will ich noch in der Partei volle Klarheit schaffen. Ich wiederhole hier, daß ich selbst es auf das Allerentschiedenste verurtheilt habe, daß die Berliner „Volkszeitung" damals, als die Konflikte zwischen uns und der Opposition ausbrachen, sich in einer Art und Weise gegen die Opposition benommen und dieselbe kritisirt hat, wozu ihr nach meiner Auffassung kein Recht zustand, da sie kein Parteiblatt ist. Aber ich muß weiter erklären, daß, soviel ich unterrichtet bin, zum Mindesten kein Fraktionsmitglied hinter diesen Dingen stand. Was die Volkszeitung gethan, haben die Redakteure

auf eigene Faust gethan, und wenn sie von manchen inneren Vorgängen in der Partei, die wir sehr viel lieber begraben sein lassen wollten, eine Kenntniß, die uns selbst sehr unangenehm ist, hatten, so sind nicht wir es, durch die sie diese Kenntniß erlangt haben. (Lebhaftes Bravo!)

Von den Chemnitzer Delegirten wird folgende Resolution mitgetheilt:

Die heute im Gasthaus Wiesenthal versammelten Parteigenossen von Chemnitz Stadt und Land erklären sich mit der Haltung ihres Abgeordneten, Herrn Max Schippel, voll und ganz einverstanden und beauftragen die heute zum Parteitage gewählten Delegirten, diese Resolution dem Parteitage zu unterbreiten.

Chemnitz, 8. Oktober 1890.

Wagler. Binneberg. Heiner. Hendel. Krauß.

Schippel: Ich bin in der merkwürdigen Lage, daß ich für einen Parteigenossen sprechen muß — ich betrachte ihn als solchen — mit dem ich in den letzten Monaten in ziemlich hartem Kampfe gelegen habe. Sehe ich mir unser Parteileben an, so gestehe ich offen, daß Werner, allerdings etwas rücksichtsloser und weniger anständig, als es sonst der Fall, aber doch so ziemlich dasselbe thut, was Tag für Tag in unserer Partei massenhaft geschieht. Das Benehmen Werner's auf diesem Kongreß war weder gut noch besonders anständig. Aber wenn ihm Geschäftssozialismus vorgeworfen wird: nun, wie viele sind unter uns, über welche in solchen Fällen, wo etwas nicht sicher zu beweisen war, doch in der Oeffentlichkeit derartige Gerüchte kolportirt wurden? Wir haben es selber hier auf dem Parteitage erlebt von einem angesehenen Parteigenossen, daß er ruhig Gerüchte als Thatsachen ausgesprochen hat. Unser alter Parteigenosse Liebknecht, ich will nicht sagen, daß er die Unwahrheit wissentlich hat sagen wollen, hat gesagt, er wisse ganz bestimmt, daß dem Redakteur der „Volkstribüne“ die Pistole auf die Brust gesetzt worden wäre, damit er eine Erklärung gegen ihn, Liebknecht, aufnähme. Am nächsten Tage bekamen wir einen Brief von Schmidt selber, worin er das ganz entschieden zurückweist. Nun, das ist eben eine Art zu reden und zu kämpfen in unserer Partei, die sich unter dem Sozialistengesetz bei uns eingelebt hat. Und wenn der Eine dies thut, dann wollen wir deswegen auf den Anderen keinen Stein werfen. Herr Liebknecht hat sogar die Erklärung von Schmidt gehört und doch seine Behauptung aufrecht erhalten. Also, wenn wir das alles soweit kontrolliren wollten, daß wir es gleichsam gerichtlich erhärteten, dann dürfte man sich wohl über Weniges in der Partei aussprechen. Ungerechtfertigte Vorwürfe wegen des Geschäftssozialismus kommen in unserer Partei alle Tage vor. Auch Grillenberger, wie wir aus der Volksblattnotiz gesehen, hat Werner vorgeworfen, seine ganze Opposition rühre daher, daß er

das Volksblatt nicht zum Druck bekommen habe. Ich will mit Grillenberger nicht darüber rechten, daß er dies gesagt; aber er hätte vorsichtiger und sich mehr erkundigen sollen. Das sind Vermuthungen, für die der Beweis fehlt. So hat es auch Werner gemacht. Wir sollten die ganze Gelegenheit viel weniger benutzen, um Werner eine Lektion zu ertheilen, sondern wir alle sollten für uns selber eine Lehre daraus ziehen. Was Werner dutzendfach gethan, hat jeder Einzelne von uns ein oder zwei Mal gethan.

Es hat in der letzten Zeit den Anschein gewinnen können, als ob die Fraktion als Körperschaft irgendwie gegen mich vorgegangen wäre. Das hat sie niemals gethan, auch früher nicht. Die ganze Fraktion kann nicht verantwortlich gemacht werden für das, was vielleicht Zwei oder Drei einmal gethan haben. Ich konstatire weiter, daß die Fraktion sogar, wo Uebergriffe vorgekommen, diese korrigirt hat und daß die Sache für mich erledigt ist und für die Partei. Wenn Werner mal ein Wort fallen läßt, was uns nicht gefällt, so wollen' wir ihm das nicht so verübeln. Entnehmen wir für uns die Lehre daraus, daß wir Alle zusammen nicht so viel unnützes Zeug schwätzen sollen.

Grillenberger: Werner hat den Thatbestand, der durch die eingehenden Zeugenvernehmungen in der Kommission festgestellt ist, verwirren wollen. Er hat behauptet, ich hätte in der Kommission erklärt, daß das, was ich in Bezug auf seinen Geschäftssozialismus wisse, mir durch Bamberger mitgetheilt sei. Dies ist unwahr. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß das, was Anderen bekannt geworden ist über jene Geschichte, über die Vergangenheit Werner's, daß das nicht auf meine eigene Wissenschaft zurückzuführen sei, sondern daß mir die Mittheilungen darüber von Bamberger geworden sind. In Bezug auf den Geschäftssozialismus habe ich ausdrücklich angegeben, daß andere Berliner Parteigenossen Mittheilungen gemacht haben, und in der Kommission ist auch eine Reihe von Briefen verlesen worden, die mir ungefordert zugegangen sind. Also nicht die Angaben über den Geschäftssozialismus habe ich von Bamberger erhalten, sondern über die andere Affaire, auf welche die Kommission nicht eingegangen ist, weil sie zu weit in der Zeit zurückgelegen hat, als daß wir uns darüber vergewissern könnten. In Bezug auf diesen Punkt wird Werner nichts anderes übrig bleiben, als die Personen, die ihm das vorgeworfen, gerichtlich zu belangen und so den Thatbestand festzustellen.

Im Kommissionsbericht heißt es unter A: Wille habe mir persönlich den Vorwurf des Geschäftssozialismus gemacht Das ist nicht ganz richtig. Wille hat den Vorwurf erhoben gegen die gesammte Parteileitung und gegen die Partei im Allgemeinen, und als Angehöriger der Parteileitung habe ich selbstverständlich diesen Vorwurf zurückgewiesen und gesagt, Wille könne sich über den Begriff

des Geschäftssozialismus durch seinen Freund Werner belehren lassen. Ich bitte, diese Aenderung im Protokoll wiederzugeben, damit mir nachher kein Vorwurf gemacht werden kann.

Herr Schippel hat gemeint, ich hätte ja auch eine Unrichtigkeit verübt, indem ich Werner vorgeworfen hätte, derselbe habe das „Berliner Volksblatt" an sich reißen wollen. Es geht aber aus meiner Erklärung klar hervor, daß die eigene Person von Werner dabei garnicht in Betracht gekommen ist. Ich habe in der Nürnberger Versammlung erklärt, daß in Berlin gewisse Leute vorhanden sind oder waren, die das „Berliner Volksblatt" gern an sich gerissen hätten. Damit meinte ich den Theil der Genossen, die zur sogenannten inneren Bewegung gehören, welche das Blatt für diese Bewegung reklamiren wollten, während die Fraktion die Absicht hatte, dasselbe zum Centralorgan der Partei zu erklären. Es war gar keine Rede davon, daß ich in jener Versammlung Werner vorgeworfen, er hätte das Volksblatt zum Druck an sich reißen wollen.

Ob Schippel ein- oder zweimal gethan, was Werner dutzendmal gethan hat, kann ich nicht untersuchen, aber ich für meine Person, und ich kann das wohl auch für meine übrigen Kollegen in der Fraktion aussprechen, wir verwahren uns dagegen, daß wir mit Werner auch nur in einem Punkt in Vergleich gestellt werden. (Sehr gut!)

Schmidt-Berlin (große Unruhe): Ich kenne keine „innere" Berliner Bewegung, sondern nur eine Berliner Bewegung. Ich bedaure, daß Werner in etwas leichtfertiger Weise Verdächtigungen gegen einzelne Personen erhoben, nur möchte ich ihn gegen den Vorwurf des Geschäftssozialismus in Schutz nehmen. Der Druck der „Volks-Tribüne" wurde ursprünglich einem Drucker übergeben, der bis dahin kein Parteigenosse war und vielleicht auch bis heute noch nicht Parteigenosse ist. Wir hatten eben in Berlin keinen Parteigenossen, der die Tribüne hätte drucken können. Mittlerweile gründete Werner eine Druckerei mit einem Genossen zusammen und wir übergaben ihm den Druck, weil er unser Gesinnungsgenosse ist. Wäre Grillenberger in Berlin gewesen, so wäre er vielleicht in Frage gekommen. Werner hat also nicht die Tribüne zu sich herübergezogen, um Geschäfte zu machen, sondern die Genossen haben in ihrer Mehrheit beschlossen, diesem Parteigenossen die „Volks-Tribüne" zum Druck zu geben. In derselben Weise verhält es sich auch mit dem Almanach. Auf Wunsch Schippel's wurde beschlossen, die „Arbeiterbibliothek" vorläufig bei dem anderen Drucker, Posekel, zu lassen, um ihm nicht sofort den ganzen Erwerb zu nehmen. Ich glaube, Grillenberger hat etwas gesündigt, wenn er sagte: unter drei Berliner Parteigenossen ist immer ein Spitzel. —

Vorsitzender Singer: Grillenberger hat nur gesagt, man sei zu

gewissen Zeiten in Berlin nicht sicher gewesen, ob nicht, wenn drei Parteigenossen beieinander waren, ein Polizeispitzel dazwischen war.

Schmidt (fortfahrend): Ich nehme das Wort zurück. (Große Unruhe.) Grillenberger wird nicht bestreiten, daß die Bemerkung der „Fränkische Tagespost" von wegen der „silbernen Löffel" direkt gegen Werner gerichtet war. Nun ist ja diese Angelegenheit noch nicht ganz aufgeklärt. Aber selbst wenn es Wahrheit gewesen wäre, was Grillenberger andeutete, so ist es doch nicht nöthig, unseren Feinden das Schauspiel zu geben, in solch gehässiger Weise gegen einen Genossen vorzugehen. Wäre es wahr, dann wäre der betreffende Parteigenosse hinausgeworfen worden. Es war aber nicht gut, zum Gaudium unserer gegnerischen Presse so etwas vorzubringen. (Fortdauernde Unruhe.)

Es werden Schlußanträge gestellt.

Thierbach erklärt sich gegen den Schluß, damit nicht von den Berliner Genossen der Vorwurf erhoben werden könne, sie seien vergewaltigt worden. (Gelächter.)

Der Schluß der Debatte wird gegen eine verschwindende Minderheit angenommen.

Persönlich bemerkt:

Liebknecht: Genosse Schmidt hat mir bestritten, daß er zur Aufnahme der bekannten denunziatorischen Notiz gegen mich in die „Volks-Tribüne" genöthigt worden wäre. Ich erkläre hierauf: meine Quelle ist Herr Felgentreff gewesen, der mir noch gestern hier wiederholt hat, Schmidt habe zugegeben, er, der Redakteur, habe sich nicht erwehren können der Aufforderungen, die von gewisser Seite ihm zugegangen sind. Hier ist mein Gewährsmann, ich kolportire nichts gegen meine bessere Ueberzeugung, wie das Andere thun. Ich erkundige mich genau. Wollen Sie es untersuchen, so untersuchen Sie es.

Schippel: Ich habe vorhin ausdrücklich betont, daß ich es für selbstverständlich halte, daß Liebknecht in bester Ueberzeugung seine Aeußerung gethan hat. Aber die Quelle Felgentreff ist für mich eine trübere, als die Quelle Konrad Schmidt.

Werner: Die sog. Brockenverschwörung war nichts weiter als eine ganz gewöhnliche Landpartie, wo Männlein und Weiblein zusammen waren. (Heiterkeit.)

Warnecke beklagt sich darüber, daß ihm das Wort abgeschnitten ist; er wird sich darüber bei der Parteileitung beschweren.

Werner: Schmidt hat dem Zeugen Felgentreff in meiner Gegenwart, in Gegenwart von Zeugen erklärt, daß Niemand ihn gedrängt habe, diesen Artikel aufzunehmen. Wenn Herr Felgentreff etwas anderes zu Liebknecht gesagt hat, dann hat er gelogen. (Rufe oho! pfui!)

Schwabe-Berlin: Felgentreff ist nach dem Eingesandt auf der Volkstribüne erschienen und hat Schmidt Vorhaltungen gemacht. Eine Kommission hat über diesen Fall entschieden, und in dieser Kommission, der ich angehört habe, hat Schmidt entschieden erklärt, daß ihm von Berliner Parteigenossen kein Auftrag geworden ist, dies in die „Tribüne" hineinzusetzen. Es ist eine ganz gewöhnliche Verdächtigung gewesen, die Felgentreff hier ausgesprochen hat.

Vorsitzender Singer: Ich bin der Meinung, daß wir uns in der letzten Stunde unseres Beisammenseins nicht mit so umfangreichen Geschäftsordnungsdebatten aufhalten sollten; ich kann es überhaupt nicht genug bedauern, daß der enorme Eindruck, den unser Parteitag unstreitig auf die ganze zivilisirte Welt gemacht haben wird, beeinträchtigt wird durch Erörterung solch' kleinlicher, rein persönlicher Streitigkeiten. (Zustimmung.)

Der Vorsitzende verliest hierauf nochmals das Urtheil der Neuner-Kommission und verkündet sodann den Eingang folgender, von 10 Genossen unterzeichneten Resolution:

„Der Parteitag erklärt, daß die Anführungen Werner's über den Bericht der Neuner-Kommission keinen Gegenbeweis enthalten haben, und stimmt den Erklärungen der Kommission in jedem Punkte bei."

Die Resolution wird genügend unterstützt. Mit allen gegen etwa 24 Stimmen entscheidet der Parteitag im Sinne der eben eingegangenen Resolution:

Ein weiterer Antrag ist eingelaufen:

„Der Parteitag erklärt, nachdem er von dem Bericht der Neuner-Kommission, den der Parteitag als objektiv gehalten anerkannt hat, Kenntniß genommen, den zur Verhandlung stehenden Fall Werner gegen die Fraktion für erledigt und macht es jedem Parteigenossen zur Pflicht, im privaten wie im Parteileben stets die größte Wahrhaftigkeit zu bewähren."

Vorsitzender Singer: Dieser Antrag enthält eigentlich eine Beleidigung der Partei; ich bringe ihn nicht zur Abstimmung. Die Pflicht, im privaten wie im öffentlichen Leben sich stets wahrhaftig zu erweisen, wird wohl von jedem Parteigenossen als selbstverständlich anerkannt werden. Ich habe nur den dringenden Wunsch, daß der eben erledigte, nicht angenehme Theil der Verhandlungen des Parteitages seine Früchte dahin tragen möge, daß die künftigen Parteitage von ähnlichen Verhandlungen verschont bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Namens des Parteivorstandes ersucht der Vorsitzende die Mitglieder der Parteileitung, sich Nachmittags 3 Uhr im Restaurationssaale zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zusammenzufinden.

Gottschalk-Hamburg: Das Mitglied der Parteileitung, Dubber, ist bereits abgereist.

Das Wort ergreift nunmehr

Tölcke-Dortmund (mit lebhaftem Beifall empfangen): Parteigenossen! Ich bin wohl einer der ältesten Parteigenossen in ganz Deutschland. Ich habe das Bedürfniß gefühlt, an diesem Parteitage theilzunehmen selbst dann, wenn ich mir hier den Tod geholt hätte. Ich habe die Beweggründe dazu geschöpft aus meiner langjährigen Thätigkeit in der Partei; ich bin deren Angehöriger seit dem Beginn der Arbeiterbewegung in Deutschland; ich habe fast allen Generalversammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angehört, und nach der Vereinigung der beiden Fraktionen, allen Kongressen beigewohnt, bis dann meine Theilnahme an den inneren Angelegenheiten der Partei theils durch das Sozialistengesetz gehindert wurde, theils aber auch in Folge einer Verhaftung, die ich auf Grund des Preßgesetzes erduldet habe als Redakteur einer Parteizeitung in Westfalen. Während der Haft habe ich mir schwere Krankheiten zugezogen, so daß ich aus dem Gefängniß zu meiner Familie entlassen werden mußte. Ein Rest von dieser Strafe und zwei Preßstrafen blieben noch rückständig, elf Monate weniger einen Tag. Es war das 1879. Seitdem habe ich von Jahr zu Jahr von der Staatsanwaltschaft Aufschub erhalten, und zwar zehn Jahre hindurch, auf Grund eines Zeugnisses des Kreisphysikats und anderer ärztlicher Atteste, die mir bescheinigten, daß ich unmöglich den Rest meiner Strafe aushalten könnte, weil mein Leben ganz bestimmt in Gefahr kommen würde. Schließlich habe ich die Strafe nicht zu verbüßen brauchen, weil Kaiser Friedrich eine Amnestie erließ, worin auch die Preßvergehen inbegriffen waren. Ich habe mich gefragt, ob ich mich der sogenannten Amnestie fügen sollte; ich habe deshalb nicht dagegen protestirt, weil ich auch nicht im Stande gewesen wäre, die Strafe zu verbüßen, ich hätte keine acht Tage im Gefängniß zubringen können, dann wäre ich auf dem Gefängnißhofe beerdigt worden. Zu diesem Entschluß haben mich die ärztlichen Atteste gebracht, sodaß ich die Amnestie habe Amnestie sein lassen; die Staatsanwaltschaft hat unter diesen Umständen am Ende mehr Vortheil davon gehabt wie ich. Ich war früher einer der stärksten Männer Deutschlands, und nach dem Gutachten meiner Aerzte hätte ich vielleicht 100 Jahre alt werden können, wenn nicht, eine Folge der Haft, mein Körper vollständig ruinirt wäre.

Ich mußte unbedingt diesen Parteitag besuchen. Ich wollte mich überzeugen, inwieweit die sozialdemokratischen Grundsätze in Deutschland sich verbreitet und ihre Anhänger zugenommen. Ich habe die Verhandlungen dieses Parteitages mit großem Interesse und mit möglichster Aufmerksamkeit verfolgt und gefunden, daß die Partei in diesem Augenblick, nach 12jähriger Pause, eine

Sicherheit für die Weiterentwickelung ihrer Grundsätze und Bestrebungen in Deutschland bietet, wie ich sie kaum erwartet hätte. Die wichtigsten Beschlüsse hat der Parteitag gefaßt mit Einstimmigkeit, andere untergeordnete Punkte sind erledigt worden mit fast eben derselben Einstimmigkeit. Die Anträge wegen vorgekommener Streitigkeiten sind mit möglichster Gründlichkeit erledigt worden, und ich bin überzeugt, daß von jetzt ab in der Partei derartige Sachen kaum mehr vorkommen werden. Der Parteitag hat endgültig auch in dieser Frage entschieden und die Partei wird sich den gefaßten Beschlüssen, auch in anderer Beziehung, unbedingt fügen. Das ist keine absolute Disziplin, wie man sie uns von gewisser Seite vorhalten könnte, daß man sagt, es müsse den bekannten Vorstehern Folge geleistet werden. Aber es muß von jedem Parteigenossen unbedingt vorausgesetzt werden, daß er die gefaßten Beschlüsse respektirt und ihnen folgt bis sie abgeändert werden.

Ich weiß nicht, ob es mir noch möglich sein wird an einem künftigen Parteitag theilzunehmen. Ich habe mich auch diesmal an der Diskussion nicht betheiligt. Ich habe mich zwar zweimal zum Wort gemeldet bei prinzipiellen Fragen, wurde aber daran durch die Annahme des Schlusses verhindert. Ich habe das aber durchaus nicht bedauert, weil ich meine Theilnahme an der Diskussion für vollständig überflüssig gehalten habe. Ich hätte Ihnen nichts anderes sagen können, als was Sie selbst zur Sache gebracht haben. Ich habe die Versicherung abzugeben, daß die ganzen Verhandlungen, der Verlauf des Parteitages für mich ein durchaus erhebender gewesen ist. Wenn ich über kurz oder lang sterbe, dann sterbe ich getrost in der Ueberzeugung, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie allein die zukünftigen Geschicke der Menschheit gestalten werden.

Nun habe ich auch noch, als wohl ältester Parteigenosse unter den anwesenden Delegirten, von vielen Seiten den Auftrag erhalten, der Leitung des Parteitages den Dank der Delegirten auszusprechen für die Unparteilichkeit, für die rastlose Thätigkeit und Umsicht der Vorstandsmitglieder des Parteitages und ich bitte Sie, Ihre volle Ueberzeugung darüber mit mir auszudrücken, daß eine bessere Leitung gar nicht hätte stattfinden können. (Stürmisches Bravo!)

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Wir sind am Schluß unserer Arbeiten angelangt. Ich will zunächst dem Gefühl herzlichen Dankes für die soeben gehörten Worte des Seniors unserer Versammlung Ausdruck geben. Wir alle sind erfreut darüber, daß er an diesem Parteitag hat theilnehmen können. Wir wünschen und hoffen, daß es unserem verehrten Freund Tölcke möglich sein werde, noch recht viele unserer Parteitage zu besuchen, und bei der geistigen Regsamkeit und Frische, von der er eben ein glänzendes Zeugniß abgelegt hat, bin ich überzeugt, daß wir ihn dann auch in der

Diskussion hören werden. Für die freundlichen Worte, mit welchen Tölcke der Thätigkeit des Bureaus gedacht hat, und für Ihre Zustimmung hierzu, danke ich im Namen des gesammten Bureaus herzlich. Ich bitte Sie, diesen Dank auch übertragen zu dürfen auf die Genossen, welche in den Kommissionen thätig waren, und die in gewissenhafter Erfüllung der ihnen vom Parteitage übertragenen Aufgaben sich nicht so lebhaft an den Verhandlungen des Plenums betheiligen konnten, wie sie es wohl gewünscht und beabsichtigt haben. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag mit der Uebertragung des Dankes an die Kommissionen einverstanden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun werthe Genossen, lassen Sie mich in Ihrem Namen den Halleschen Genossen unseren wärmsten Dank aussprechen für die mühevolle, opferfreudige Thätigkeit, welche sie nicht allein bei den Vorbereitungen für den Parteitag, sondern auch während der Verhandlungen desselben bewiesen haben. Alle, die mit solchen Arbeiten schon einmal beschäftigt gewesen sind, wissen, wie schwierig gerade die befriedigende Lösung solcher Aufgaben ist; wir alle wissen, was dazu gehört, eine Versammlung von über vierhundert Personen häuslich so unterzubringen, daß sie sich in den ihr zugewiesenen Räumen wohl und behaglich fühlt. Was nach Lage der Verhältnisse möglich war, haben die Halleschen Genossen redlich gethan. Während der Verhandlungen waren sie bemüht, die Gastfreundschaft in ausgiebigstem Maaße zu gewähren, sie haben unsere Thätigkeit in nie ermüdender, stets bereiter Weise unterstützt, aber auch dafür gesorgt, daß die Geselligkeit zu ihrem Recht gekommen ist. Sie haben einen Kommers veranstaltet, der alle Theilnehmer desselben auf das Höchste befriedigt hat und den Jeder im allerbesten Andenken behalten wird. Sie sind gewiß alle damit einverstanden, daß ich den Halleschen Genossen für ihre thatkräftige Unterstützung und die brüderliche Gastfreundschaft unsern wärmsten Dank ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.)

Gestatten Sie mir nun noch einen kurzen Rückblick auf unsere Verhandlungen. Genossen! Wir sind zusammengekommen in dem Bewußtsein und der Ueberzeugung, daß auf diesem Parteitage die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei sich glänzend manifestiren werden. Aber die gegnerischen Parteien sowohl wie die gegnerische Presse, welche mit wahrer Wollust in nimmersatter Gier eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei herbeisehnen, hatten dem Parteitage das Prognostikon gestellt, daß in Halle, als erste Wirkung der Aufhebung des Sozialistengesetzes, die Partei sich spalten und auseinanderfallen werde.

Genossen! Unsere Verhandlungen haben gezeigt, daß diese Hoffnungen, diese Vermuthungen zwar den Wünschen der Gegner, aber nicht den thatsächlichen Verhältnissen entsprochen haben. Ich darf dreist behaupten: der Beweis, daß es sich nicht um wirklich

ernsthafte, prinzipielle und taktische Gegensätze in der Partei handelt, ist in so eklatanter Weise durch unsere Verhandlungen erbracht worden, wie fast auf keinem früheren Parteitage.

Wenn man bedenkt, daß in der gegnerischen Presse systematisch seit Wochen und Monaten gehetzt worden ist, daß versucht wurde, rein persönliche Differenzen zu wirklich prinzipiellen Streitigkeiten aufzubauschen, wenn man die rastlose Minirarbeit der Gegner beobachtet hat, so muß man sagen: der Parteitag hat durch seine Verhandlungen und Beschlüsse über diese Bestrebungen ein vernichtendes Urtheil gesprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verhandlungen dieses Parteitages beweisen den Gegnern, was den Parteigenossen längst zur felsenfesten, unerschütterlichen Ueberzeugung geworden, daß derjenige, der da glaubt, auf eine Spaltung in der Sozialdemokratie rechnen zu können, sich gründlichst irrt; sie beweisen, daß die Sozialdemokratie fest und treu auf dem Boden ihrer Prinzipien und ihres Programms steht, daß in ihren Reihen zwar Meinungsverschiedenheiten möglich sind, daß aber auch diejenigen Genossen, welche in einzelnen Punkten abweichender Meinung sein mögen, sich stets dem Willen und Ausspruch der Partei unterordnen und niemals an der Einheit und Geschlossenheit der Partei rütteln werden. (Bravo!) Ich darf es aussprechen, gerade die Delegirten, welche unter dem Namen der sogenannten Opposition nach Halle gekommen sind, sie haben in ihrer erdrückenden Mehrheit durch ihr Verhalten auf dem Parteitage, namentlich durch ihr Verhalten unseren Beschlüssen gegenüber, bewiesen, daß, obgleich sie in einzelnen Punkten verschiedener Ansicht waren, das Solidaritätsgefühl in ihnen so mächtig ist, daß sie unseren Beschlüssen fast einstimmig beigetreten sind; gerade diejenigen Delegirten, auf welche unsere Feinde die größten Hoffnungen gesetzt hatten, die Berliner, haben sich durch ihre zu Protokoll gegebene Erklärung ein Denkmal für ihre Parteitüchtigkeit gesetzt, sie haben damit gezeigt, daß die Berliner Genossen nach wie vor die Alten sind und auch bleiben wollen. (Bravo!)

Genossen! Wir dürfen sicher sein, daß unsere Verhandlungen einen Ansporn bilden für weite Kreise im Volke. Wir haben uns eine Organisation geschaffen, wir haben Einrichtungen getroffen, um die Verbreitung unserer Parteiliteratur in regeren Fluß zu bringen; wir haben Stellung genommen zu dem Parlamentarismus und zu einer Reihe augenblicklich die ganze Kulturwelt bewegender Fragen, namentlich in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung; aber auch unsere Prinzipien, das Ziel, welchem wir zustreben, haben wir vor aller Welt klargelegt. Wir sind was wir waren, und bleiben was wir sind: die Partei der Armen und Ausgebeuteten, welche erst mit der Beseitigung der Klassenherrschaft ihre Aufgabe erfüllt sieht. Der Zusammentritt und der Verlauf dieses

Parteitages hat bewiesen, daß es keine Macht der Erde giebt, welche mit der Sozialdemokratie fertig wird! Es ist durch unsere Verhandlungen sichergestellt, daß wir nach wie vor unentwegt und unbeirrt unsere Bahnen ziehen, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis das große Ziel erreicht ist, dem wir uns zugeschworen haben, das Ziel der Befreiung der Proletarier aller Länder! (Stürmischer Beifall.)

Beim Schluß unserer Verhandlungen wollen wir uns geloben, daß Jeder, nach seinem besten Wissen und Können, dem Banner, welches jetzt wieder frei entfaltet in Deutschland weht, in alter Treue dient. Unsere Fahne, das Wahrzeichen der Menschenliebe, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ruft uns! Wohlan, lassen Sie uns unsere Standarten der Arbeiterklasse zu immer neuen Kämpfen, zu immer neuen Siegen vorantragen. Hoch die deutsche, dreimal hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemoraktie! hoch! und abermals hoch! und zum dritten Mal hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben und fällt in stürmischer Begeisterung in die Hochrufe ein. Stehend singen die Delegirten darauf die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Vorsitzender Singer: Hiermit erkläre ich die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, der nach dem Fall des Sozialistengesetzes zum ersten Mal seit 13 Jahren wieder auf deutschem Boden getagt hat, für geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist die Delegirten: Altermann, Eims, Goldstein, Grünberg, Knuth, Nelleßen, Pelz, Riemann, Schiel, Schuhmacher, Schäfer-Metz, Sperka, Stern, Stolle-Meerane, Wehner, Wendt.

Nichtverhandelte Anträge;

laut Beschluß des Parteitages — cfr. Protokoll Seite 253 — dem Parteivorstand zur Erledigung event. zur Berücksichtigung überwiesen.

Gruppe III.

1. Unterzeichneter beantragt die Gründung eines Blattes in Elsaß-Lothringen. Böhle-Straßburg i. E.

2. Unterzeichnete stellen den Antrag, daß der künftige Partei-Vorstand beauftragt wird, mit aller Energie dahin zu wirken, in Elsaß-Lothringen ein Partei-Organ ins Leben zu rufen und die dazu erforderlichen Mittel aus der Parteikasse zu bewilligen.
Böhle. Hickel-Straßburg i. E. J. Haug-Mühlhausen i. E.

3. Der Kongreß möge beschließen, auf Kosten der Partei eine speziell für Elsaß-Lothringen passende Agitationsbroschüre in deutscher und französischer Sprache zu schaffen.
Thies-Mannheim.

4. Die durch den Schuhmacher Julius Zarbock auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Halle a. S. vertretenen Genossen des Bromberger Wahlkreises beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß eine in polnischer Sprache einmal wöchentlich erscheinende Zeitung zu dem vierteljährlichen Preise von 75 Pfennige herausgegeben werde. Der Zweck des Blattes soll sein: der großen Masse der Landbevölkerung die sozialdemokratischen Anschauungen in gemeinverständlicher Weise zugänglich zu machen.

5. Die Unterzeichneten beantragen hierdurch zu Punkt 7 der Tagesordnung „die Presse" die Unterstützung der Gründung einer wöchentlich einmal erscheinenden Zeitung in polnischer Sprache für Posen, Schlesien und das russische und österreichische Polen. Die Herausgabe hat in Breslau zu erfolgen.
Fritz Kunert und Genossen.

6. Unterzeichneter beantragt, in Erwägung, daß als Kampf und Agitationsmittel die Presse absolut nothwendig ist, der Parteitag wolle beschließen, daß aus Parteifonds in denjenigen Wahlkreisen, wo die sozialdemokratische Parteibewegung eine fruchtbare Zukunft zu erwarten hat, die Gründung von sozialdemokratischen Blättern zu erleichtern ei. H. Krewinkel-Aachen und Genossen.

7. Die durch den Kaufmann Robert Rüger auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Halle a. S. vertretenen Genossen des 6. hannoverschen Wahlkreises beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß neben dem Centralorgan eine täglich erscheinende Zeitung zum vierteljahrespreise von 1 Mark herausgegeben werde. Der Zweck des Blattes soll sein, der großen Masse der Landbevölkerung die sozialdemokratischen Anschauungen in gemeinverständlicher Weise zugänglich zu machen.

8. Es ist ein Unterhaltungsblatt herauszugeben, welches, in unserem Sinne geschrieben, sämmtlichen sozialdemokratischen Zeitungen als Wochenbeilage dient.

Volderauer-Karlsruhe. Hans Arnold.

9. Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand ist gehalten, allmonatlich, unter Hinzuziehung ihm geeignet erscheinender Kräfte, eine Agitationsnummer, gerichtet an die indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders an die ländliche Bevölkerung, herauszugeben. Diese Flugschrift ist unentgeltlich an die Genossen größerer, an die Landdistrikte angrenzender Städte zu senden, und von diesen besonders auf dem Lande zu verbreiten.

Halle a. S., den 13. Oktober 1890.

Auerbach-Berlin. Berndt-Berlin, 5. Wahlkreis.
Jacobick-Berlin, 5. Wahlkreis. Werner-Teltow-Beeskow.
Wernicke-Teltow-Beeskow. Schütze-Teltow-Beeskow. Schäfer-Metz.
Frantzen-M.-Gladbach. Ebert-Düsseldorf.
Wilh. Busch-Neuß-Grevenbroich. H. Heine-Düsseldorf.
Wilke-Braunschweig, Kreis Holzminden, Ruppin-Templiner Kreis.
Fr. Riengs-Konitz. Zubeil. J. Jensen-Stade.
J. Schmalfeldt-Stade. Trosiener-Grevesmühlen.
Peters-Schwerin i. Mecklbg. v. Wietersheim-Hamm-Soest.
Klüß-Elmshorn. Plorin-Halle a. S. Pittack-Rendsburg.
Heinr. Mahlke. Steph. Heinzel. H. Lienem. W. Kellermann.
W. Benthien. H. Schwertfeger. H. Paegelow. Emil Busch-Güstrow.

10. Die Genossen des Wahlkreises Friedberg-Büdingen beantragen, der Parteitag wolle beschließen, in den ländlichen Wahlkreisen von Zeit zu Zeit, auf Kosten der Partei, ein Flugblatt erscheinen zu lassen, welches geeignet ist, die Agitation, den antisemitischen wie den anderen reaktionären Bestrebungen gegenüber, zu fördern. H. Westphal. H. Prinz-Friedberg-Büdingen.

11. Der Parteitag wolle beschließen, der künftigen Parteileitung aufzugeben, für die Broschürenliteratur größere Summen zu verwenden, besonders Schriften für die ländliche Arbeiterbevölkerung herauszugeben. Auch möge ein Preis ausgesetzt werden

für die Abfassung einer Schrift, gerichtet an die ländlichen Arbeiter, in welcher in populärer Weise unsere Forderungen klargelegt werden. Dieser Vorschlag ist übrigens nicht neu, sondern er wurde kurz vor Erlaß des Sozialistengesetzes gemacht.

Die Gründung von Zeitungen für ländliche Arbeiter, welche uns in Aussicht gestellt wird, ist mit Freuden zu begrüßen. Es ist aber nothwendig, daß Leute, welche doch nur eine geringere Kenntniß unserer politischen und sozialen Verhältnisse haben, zuerst im allgemeinen aufgeklärt werden müssen. Otto Jochem-Danzig.

12. Die Unterzeichneten beantragen:

Den Parteivorstand aufzufordern, eine umfassende Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die unmittelbar aus den Quellen, mit gründlicher Verwerthung des gesammten Materials, gearbeitet ist, abfassen zu lassen.

Begründung.

Es handelt sich bei dem Gegenstand des Antrages gleichmäßig um eine Ehrenpflicht, wie um ein praktisches Interesse unserer Partei.

Bei dem ausnahmslos tendenziösen, die Thatsachen verfälschenden Charakter der Literatur über die deutsche Arbeiterbewegung ist es Ehrenpflicht, eine Darstellung zu veranlassen, die der Entwickelung unserer Partei und ihren Bestrebungen gerecht wird.

Bei dem Umstand aber, daß die genaue Kenntniß unserer eigenen Geschichte eine der Bürgschaften für das sichere und in glücklichen Bahnen sich bewegende Fortschreiten der Partei bildet, ist das an jene Untersuchung sich knüpfende Interesse auch von hoher, praktischer Bedeutung.

Dieses Interesse wird vollkommen nur dann gewahrt werden, wenn die geforderte Untersuchung nicht auf eine Glorifizirung unserer Partei hinausläuft, sondern mit der Strenge und Unparteilichkeit wissenschaftlicher Methode Licht und Schatten gleichmäßig gerecht vertheilt. Wir verlangen darum eine wissenschaftliche Arbeit, die dabei in einer schönen, allgemein verständlichen Sprache geschrieben sein soll.

Wir fordern die Untersuchung im jetzigen Moment, weil der 30. September 1890 den Abschluß einer geschichtlichen Epoche bedeutet, und weil gegenwärtig, besser als in einem späteren Zeitpunkt, das für die Arbeit nöthige Quellenmaterial vollständig beschafft werden kann. Kaden-Dresden u. Genossen.

Gruppe IV.

1. In Erwägung, daß die ländlichen Wahlkreise in Deutschland seither nicht in der Weise bearbeitet werden konnten, wie dies mit Rücksicht auf die proletarische Bevölkerung dieser Gegenden geboten erscheint;

in fernerer Erwägung, daß die Unterstützung solcher Wahlkreise aus Parteimitteln für die Ausbreitung unserer Prinzipien nur von Vortheil sein kann, beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird ermächtigt, mehr als dies seither geschehen, die ländlichen Wahlkreise Deutschlands finanziell und agitatorisch zu unterstützen.

Müller-Darmstadt u. Genossen.

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß dafür Sorge getragen wird, daß bei der ländlichen Bevölkerung mehr für Aufklärung gethan wird, und zwar sowohl durch Auswahl einer geeigneten Literatur, als auch durch Anstellung von Agitatoren.

Chr. Schrader-Osnabrück.

3. Der Parteitag ermächtigt den Parteivorstand, größere Geldmittel der Parteipresse in denjenigen Landestheilen, wie z. B. Posen, Elsaß-Lothringen, Ost- und Westpreußen und Thüringen zuzuwenden, wo unsere Genossen nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die Parteipresse in der nöthigen Weise zu fördern.

Carl Schultze-Königsberg und Genossen.

4. Die Genossen des Kreises Waldenburg beantragen hiermit, fernerhin die Agitation in der Provinz viel mehr zu fördern und die tüchtigsten Agitatoren zu senden, damit die Provinz ebenfalls in gleicher Linie marschiren kann mit der Großstadt, und nicht, wie es bisher geschehen, wo bloß die Großstädte die beste Agitation genossen haben.

Jüttner.

5. Der Parteitag beschließt:

In den ländlichen Bezirken Distriktsorganisatoren oder Vertrauensleute zu ernennen, welche, wenn es die Umstände erheischen, in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Höhe entschädigt werden.

Die Ernannten haben die Verpflichtung, der Parteileitung mindestens allmonatlich einen Bericht über ihre Thätigkeit einzusenden.

A. Kerrl-Bremen.

6. Der Parteitag wolle beschließen:

Den Agitatoren und Rednern der Partei, die nicht Abgeordnete sind, in Anbetracht, daß den ersteren das zur Agitation jeweilig wichtigste Material selten zu Gebote steht, von Partei- bezw. Vorstandswegen, die etwaigen statistischen, stenographischen oder sonst wichtigen Unterlagen parlamentarischer Körperschaften, wenn möglich, zugängig zu machen. Des Weiteren, vor jeder Reichstagswahl einen „Leitfaden für die Agitation“ nach Art der „Parlamentarischen Thätigkeit der Reichs- und Landtage“ auf Kosten der Partei erscheinen zu lassen.

Goldstein-Dresden.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Abel	Siegen	Wittgenstein-Siegen
Agster	Stuttgart	Göppingen-Gemünd
Albrecht	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Altermann	Rossen	Rossen-Roßwein
Anderhub	Hechtsheim	Mainz
Apel	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Arnold	Konstanz	Ueberlingen
Aßmann	Braunschweig	Holzminden
Auer	Berlin	
Auerbach	Berlin	Berlin V
Baerer	Harburg	Harburg-Buxtehude
Bamberger	Berlin	Rinteln-Hofgeismar
Bartels	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt
Barth	Berlin	Berlin III.
Bartling	Limmer	Münden-Hameln.
Bauer	Plauen	Plauen i. V.
Bauer	Nieder-Zwönitz	Stollberg-Schneeberg
Baumgarten*)	Hamburg	Hamburg III.
Bebel	Berlin	
Becker	Hannover	Hannover
Beetz	Marktzeulen	Kronach
Behrend	Plötzin	Jüterbogk-Luckenwalde
Behrend	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Beneke	Celle	Fallersleben-Gifhorn
Bennewitz	Oberlungwitz	Glauchau-Meerane
Benthien	Kleinen	Schwerin-Wismar
Bentrup	Flensburg	Apenrade-Flensburg Tondern-Husum
Berndt, Franz	Berlin	Berlin IV.
Berndt, Fritz	Berlin	Berlin V.
Berndt	Guben	Guben-Lübben
Berthold	Darmstadt	Worms-Heppenheim
Bertram	Hannover	Hildesheim
Beyer	Schönefeld-Leipz.	Leipzig, Land
Bieber	Spremberg	Cottbus-Spremberg
Birk	München	München I Kaufbeuren
Blohm, Frau	Hamburg	Harburg-Buxtehude

*) Verschied während der Verhandlung des Parteitages am 17. Oktober.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Blos	Stuttgart	Pforzheim
Bock	Gotha	Gotha
Böhle	Straßburg i. E.	Straßburg, Stadt*)
Böttcher	Chemnitz	Chemnitz
Borkmann	Grabow a. O.	Randow-Greifenhagen
Bräuer	Velten	Potsdam-Osthavelland
Breder	Nürnberg	Nürnberg
Breil	Hagen i. W.	Hagen
Bremer	Magdeburg	Magdeburg
Brey	Hannover	Lüchow-Uelzen
Brühne	Frankfurt a. M.	Usingen-Höchst-Homburg
Bruhns	Bremen	Bremen
Buchwald	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Burkhardt	Glauchau	Glauchau-Merane
Busch	Güstrow	Güstrow-Ribnitz
Busch	Neuß	Neuß-Grevenbroich
Colditz	Crimmitschau	Zwickau-Crimmitschau
Dahlen	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
Daßbach	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Demmler	Geyer	Stollberg-Schneeberg
Dick	Heidenheim	Ulm-Heidenheim
Dietz	Stuttgart	
Dittus	Pforzheim	Pforzheim
Doerr	Mainz	Bingen-Alzey
Dreesbach	Mannheim	Mannheim
Dubber	Hamburg	Hamburg I
Eckert	Cölln b. Meißen	Meißen
Ehrhardt	Ludwigshafen	Speyer
Eims	Mittweida	Mittweida-Limbach
Eitzinger	Nürnberg	Nürnberg
Emmel	Frankfurt a. M.	Aschaffenburg
Epple	Stuttgart	Stuttgart
Erbert	Düsseldorf	Düsseldorf
Erfurth	Herzberg	Goslar
Ernst	Berlin	Berlin VI
Ernst	München	Schweinfurt
Ewald	Brandenbrg. a. H.	Westhavelland
Faber	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Feer	Schweinfurt	Schweinfurt
Feiler	Neustadt a. O.	Weida-Auma
Felber	Augsburg	Augsburg
Fell	Plagwitz	Leipzig, Land
Fichtmann	Elbing	Elbing-Marienburg
Fischer	London	Aichach-Lechhausen

*) Die Wahl, welche in Straßburg durch die Polizei verhindert wurde, fand in Kehl i. Baden statt.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Fischer	Mühlhausen i. Th	Mühlhausen-Langensalza
Flassig	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Fleischmann	Wiesbaden	Cassel
Foerster	Hamburg	Greiz (Reuß ä. L.)
Frantzen	M.-Gladbach	M.-Gladbach
Frauenlob	Potschappel	Ger.-Bez. Dresden
Friedrich	Eisenach	Eisenach
Friesecke	Rathenow	Westhavelland
Fritz	Berlin	Berlin III
Fröhlich	Katscher O.-Schl.	Leobschütz
Frohme	Hamburg	Altona
Funke	Hastedt	Bremen
Galm	Seligenstadt	Dieburg-Offenbach
Geck	Offenburg	Offenburg
Gentzel	Nordhausen	Nordhausen
Germer	Großpriesligk	Borna-Pegau
Geserick	Egeln	Wanzleben
Gewehr	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Geyer	Leipzig	Leipzig, Land
Giertz	Weimar	Weimar-Apolda
Gieshoit	Berlin	Berlin VI
Glocke	Berlin	Jerichow I und II Nordhausen
Göschl	München	München I
Götzenberger	München	München II
Goldbach	Anger-Crottendf.	Leipzig, Stadt
Goldstein	Dresden	Meißen
Gottschalk	Hamburg	Hamburg II
Greiner	Sonneberg	Sonneberg
Grenz	Chemnitz	Annaberg-Eibenstock
Grillenberger	Nürnberg	Nürnberg Regensburg
Grimpe	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Grothe	Halle a. S.	Saalkreis Halle
Grothe	Sprottau	Sagan-Sprottau
Grünberg	Hartha	Nossen-Roßwein
Gründel	Berlin	Berlin III
Grundstein	Ebingen	Reutlingen-Tübingen Vahingen-Rottweil
Guhmann	Döbeln	Nossen-Roßwein
Gundelach, Frau	Magdeburg Arbeiterin.	Magdeburg
Guttenstein	Karlsruhe i. B.	Karlsruhe
Haburg	Potsdam	Potsdam-Osthavelland
Haeckel	Berlin	Schönau-Hirschberg
Hähle	Gablenz b. Chmn.	Chemnitz
Hänsler	Mannheim	Mannheim
Häuschen	Jahnsbach	Zschopau-Gelenau

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Hager	Gladbach	Mühlheim-Wipperfürth
Hahn	Gera	Reuß j. L.
Hahnfeld	Essen a. R.	Essen a. R.
Haug, F.	Freiburg i. B.	Freiburg i. B.
Haug, J.	Mülhausen	Mülhausen i. E.
Heilmann	Zierndorf	Erlangen-Fürth
Heine	Düsseldorf	Düsseldorf
Heine	Halberstadt	
Heinrich	Altona	Altona
Heinzel	Kiel	Kiel-Rendsburg
Heisig	Breslau	Breslau-West
Herbert	Stettin	Stettin
Herrling	Sangerhausen	Sangerhausen-Eckartsberga
Herrmann	Gronau	Tecklenburg-Ahaus
Herrmann	Dresden	Dresden r. d. Elbe
Herzog	Leutersdorf	Zittau
Hickel	Mülhausen i. E.	Mühlhausen i. E.
Hildebrandt	Gotha	Gotha
Hillmer	Hamburg	Hamburg II
Hirsch	Weißensee	Niederbarnim
Hirschmeier	Neustadt O. S.	Neustadt O. S.
Hochbaum	Olvenstedt	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Höhle	Büdelsdorf	Schleswig
Höppner	Cotta	Ger.-Bez. Dresden.
Hoffmann	Merseburg	Merseburg-Querfurt
Hoffmann	Zeitz	Naumburg-Zeitz
Hofmann	Saalfeld	Schwarzburg-Rudolstadt Sonneberg-Saalfeld
Hofrichter	Kalk	Köln a. R. Landkreis
Hogreve	Wandsbeck	Altona
Hoppe	Lüdenscheid	Altona-Iserlohn
Horn	Löbtau	Ger.-Bez. Dresden
Hosang	Dessau	Dessau-Zerbst
Hüttig	Gößnitz	Sachsen-Altenburg
Hug	Bant	Weener-Leer-Emden Aurich-Wilhelmshafen Oldenburg Varel Delmenhorst
Hugo	Eschwege	Eschwege-Schmalkalden
Jacobick	Berlin	Berlin V
Jahn	Greiz	Reuß ä. L.
Janiszewski	Berlin	Berlin II Posen
Jensen	Stade	Otterndorf-Neuhaus
Jeup	Gelsenkirchen	Bochum
Ihrer, Frau	Velten Arbeiterin.	Berlin
Jochem	Danzig	Danzig-Stadt

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Jocst	Mainz	Mainz
Johannes	Zittau	Zittau
Johannsen	Einbeck	Einbeck-Northeim
Jüttner	Waldenburg i. Schl.	Waldenburg i. Schl.
Kaden	Dresden	Dresden r. d. Elbe
Kaempfe	Bamberg	Bamberg
Kahl	Duisburg a. Rh.	Duisburg
Kalnbach	Karlsruhe	Bretten-Sinsheim
Kambach	Kunersdorf	Schönau-Hirschberg
Kandt	Rostock	Rostock-Doberan
Kater	Barleben	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Katurbe	Burg	Jerichow I u. II
Kaulich	Halle a. S.	Saalkreis Halle
Keck	Fürth	Erlangen-Fürth
Kegel	München	Bamberg
Keinitz	Wurzen	Oschatz
Keller	Görlitz	Lauban-Görlitz
Kellermann	Itzehoe	Nord- und Süd-Dithmarschen
Kenfenheuer	M.-Gladbach	Mühlheim-Wipperfurth
Kerrl	Bremen	Bremen Lippe-Detmold
Keßler	Berlin	Bernburg
Kettel	Oberweimar	Weimar-Apolda
Kießling	Braunschweig	Braunschweig
Kittler	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim
Klees	Magdeburg	Magdeburg
Klein	Berlin	Berlin II
Kloß	Stuttgart	Stuttgart Böblingen-Vaihingen
Klüß	Elmshorn	Nord- und Süd-Dithmarschen
Knuth	Uetersen	Ottensen-Pinneberg
König	Remscheid	Lennep-Mettmann
Körner	Cöthen	Bernburg
Köster	Gr. Ottersleben	Wanzleben
Kokosky	Braunschweig	Braunschweig
Konrad	Mainz	Mainz
Kramer	Kirchberg	Kirchberg-Auerbach
Kretschmann	Hamburg	Rostock-Doberan
Kretschmer	Harburg	Harburg-Buxtehude Lüneburg-Winsen
Krewinkel	Aachen	Aachen
Kricke	Naumburg a. S.	Naumburg-Zeitz
Kühn	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Kunert	Breslau	
Kurth	Kalk	Köln a. Rh. Landkreis
Lampe	Quittelsdorf	Schwarzburg-Rudolstadt
Langenstein	Plauen i. V.	Plauen i. V.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Langer	Chemnitz	Chemnitz
Langner	Breslau	Breslau-West
Laufe	Dessau	Dessau-Zerbst
Lechte	Bovenden	Göttingen-Münden
Lenz	Remscheid	Lennep-Mettmann
Leutert	Apolda	Weimar-Apolda
Leven	Wald	Solingen
Liebknecht	Berlin	Gießen Cassel
Lieflânder	Berlin	Potsdam-Osthavelland
Lienau	Neumünster	Kiel-Rendsburg
Löwenstein	Nürnberg	Hof
Lorenz	Königsberg i. Pr.	Königsberg (Stadt)
Lücke	Köln a. Rh.	Cöln a. Rh. Stadtkreis
Lütjens	Hamburg	Hamburg I
Lutz	Baden-Baden	Pforzheim Baden-Rastadt
Maier	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Malke	Flensburg	Hadersleben-Sonderburg Apenrade-Flensburg
Mathies	Elbingerode	Goslar
Meist	Köln a. Rh.	Lennep-Mettmann
Meister	Hannover	Grönenberg-Melle Einbeck-Northeim Fallersleben-Gifhorn
Messing	Dresden	Dresden links der Elbe
Metzger	Hamburg	
Metzner	Berlin	Berlin I.
Meyer	Hamburg	Hamburg III
Meyer	Pirmasens	Zweibrücken
Millarg	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Mösler	Gotha	Gotha
Molkenbuhr	Ottensen	Ottensen-Pinneberg
Moritz	Köln a. Rh.	Köln a. Rh., Stadtkr.
Müller	Bamberg	Bamberg
Müller	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller	Darmstadt	Darmstadt Erbach-Bensheim
Müller	Dresden	Dresden, links der Elbe
Müller	Schkeuditz	Merseburg-Querfurth
Nellessen	Süchteln	Kempen a. Rh.
Neu	Reichenbach	Kirchberg-Auerbach
Neubeck	Brandenbrg. a. H.	Westhavelland
Niemann	Rheydt	M.-Gladbach
Noak	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Oertel	Nürnberg	Bayreuth Forchheim
Ohlig	Heusenstamm	Dieburg-Offenbach
Orb	Offenbach a. M.	Dieburg-Offenbach
Orbig	Gießen	Gießen Wetzlar-Altenkirchen
Pägelow	Parchim	Parchim
Palmer	Eutritzsch	Leipzig, Stadt
Pape	Lübeck	Lübeck
Pelz	Nürnberg	Ansbach-Schwabach
Peters	Schwerin	Schwerin-Wismar
Petersen	Berlin	Berlin IV
Pfannkuch	Cassel	Cassel
Pinkau	Thonberg	Leipzig, Stadt
Pittack	Rendsburg	Kiel-Rendsburg
Plasse	Friedrichsberg	Niederbarnim
Plorin	Halle a. S.	Halle-Giebichenstein
Poitzmann	Goslar	Goslar
Porges	Buchholz	Annaberg-Eibenstock
Postelt	Dresden	Löbau-Ebersbach
Potthast	Hannover	Hannover
Prinz	Frankfurt a. M.	Friedberg
Proß	Eßlingen	Eßlingen-Nürtingen
Raecker	Burgsteinfurt	Tecklenburg-Ahaus
Rebner	Wurzen	Oschatz
Reinemer	Erbenheim	Cassel
Reißhaus	Erfurt	Erfurt-Schleusingen Sonneberg-Saalfeld
Rempe	Essen	Essen a. R.
Richter	Striegau	Jauer-Bolkenhain
Riemann	Chemnitz	Freiberg-Oederau
Riepold	Rheine	Tecklenburg-Ahaus
Riesop		Konitz
Röder	Schneeberg	Stollberg-Schneeberg
Rohleder	Elsterberg	Kirchberg-Auerbach
Rüdt, Dr.	Heidelberg	Müllheim Lahr Heidelberg Kaiserslautern
Rüger	Verden	Verden-Hoya
Salomon	Wriezen	Oberbarnim
Schaefer, A.	Augsburg	Augsburg
Schaefer, Fr.	Metz	Metz
Schalling	Olbernhau	Zschopau-Oelenau
Schenck	Greiz	Reuß ä. L.
Scherm	Nürnberg	Kronach

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Schibolsky	Bernau	Niederbarnim
Schiel	Coblenz	Coblenz-St. Goar
Schippel	Friedrichshagen	
Schlichtholz	Coswig	Dessau-Zerbst
Schlossareck	Brieg	Brieg-Namslau
Schmalfeldt	Stade	Stade-Bremervörde
Schmid	München	München II
Schmidt	Berlin	Berlin IV
Schmidt	Blankenburg	Braunschweig
Schmidt	Bernburg	Bernburg
Schmidt	Burgstädt	Mittweida-Limbach
Schmidt	Querfurt	Merseburg-Querfurt
Schmidt	Zwickau	Zwickau-Crimmitschau
Schnabel	Dresden	Pirna
Schneidenbach	Brunndöbra	Plauen i. V.
Schönfeld	Dresden	Dresden links der Elbe Bautzen
Scholz	Berlin	Berlin IV
Schrader	Osnabrück	Osnabrück-Iburg
Schröder	Dortmund	Dortmund
Schütz	Breslau	Breslau-Ost
Schütz	Rixdorf	Telt.-Beesk.-Stork.Charlottenb.
Schulenburg	Osterode	Einbeck-Northeim
Schultze	Königsberg i. Pr.	Königsberg-Stadt
Schultze	Magdeburg	Magdeburg
Schulz, G.	Berlin	Coburg
Schulz	Jena	Weida-Numa
Schulze	Erfurt	Weimar-Apolda Erfurt-Schleusingen
Schumacher	Solingen	Solingen
Schwabe	Berlin	Berlin VI
Schwartz	Zeitz	Naumburg-Zeitz
Schwartz	Lübeck	Lübeck
Schwarz	Hamburg	Hamburg III
Schweer	Hamburg	Hamburg I
Schwerdtfeger	Neubrandenburg	Meklenburg-Strelitz
Segitz	Fürth	Würzburg
Seifert	Zwickau	
Seige	Poeßneck	Sonneberg-Saalfeld
Semmler	Limbach	Limbach-Mittweida
Sievers	Limmer	Münden-Hameln
Singer	Berlin	Fallersleben-Gifhorn
Sittig	Hannover	Hannover
Slomke	Bielefeld	Bielefeld
Sperka	Stuttgart	Stuttgart
Spindler	Zschopau	Zschopau-Gelenau
Stadthagen	Berlin	
Stamm	Bautzen	Bautzen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Stamm	Cannstadt	Cannstadt-Ludwigsburg Backnang-Hall
Starke	Bunzlau	Bunzlau-Lüben
Steinbach, Frau	Gera Arbeiterin.	Gera
Steinfatt	Hamb.-Eimsbüttel	Oldenburg-Plön
Steiten	Meerane	Glauchau-Meerane
Stengele	Hamburg	Hamburg II
Stephan	Hildesheim	Hildesheim
Stephan	Oschatz	Oschatz
Stern	Stuttgart	Cannstadt-Ludwigsburg Backnang-Hall
Stölzer	Tangermünde	Stendal-Osterburg
Stolle, W.	Gesau	
Stolle, H.	Meerane	Borna-Pegau
Stolz	Liegnitz	Haynau-Liegnitz
Strobel	Ravensburg	Ravensburg-Tettnang
Stürmer	Barmen	Barmen-Elberfeld
Sturm	Speier	Speier
Tabert	Luckenwalde	Jüterbogk-Luckenwalde
Taeterow	Berlin	Berlin I
Tewes	Schwelm	Hagen
Theiß	Langenfelde	Ottensen-Pinneberg
Thierbach	Berlin	Königsberg N.-M.
Thies	Mannheim	Mannheim
Titze	Breslau	Breslau, Ost
Titze	Minden i. W.	Minden-Lübbecke
Tölcke	Dortmund	Dortmund
Trautmann	Quedlinburg	Quedlinburg
Trosiener	Schwerin	Hagenau-Grevesmühlen
Tutzauer	Berlin	
Ullrich	Offenbach	
Ulrich	Heidingsfeld	Würzburg
Urban	Forst i. L.	Sorau
Urban	München	München I
Vetterlein	Gera	Reuß j. L.
Vogel	Marienthal	Zwickau-Crimmitschau
Vogenitz	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Volderauer	Karlsruhe	Villingen Karlsruhe
v. Vollmar	München	München II Rosenheim Passau Straubing Weilheim Ingolstadt Landshut Illertissen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Wassermann	Braunschweig	Kreis Helmstedt
Watermann	Geestemünde	Otterndorf-Neuhaus
Wehner	Salzungen	Meiningen-Hildburghausen.
Weichelt	Pirna	Pirna
Weisel	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen.
Wendler	Erlangen	Erlangen-Fürth
Wendt	Penzlin	Malchin-Waren
Weniger	Harburg	Harburg-Buxtehude
Wentzel	Halberstadt	Halberstadt
Wernau	Berlin	Berlin VI Landsberg a. W.-Soldin
Werner	Berlin	Telt.-Beesk.-Stork.Charlottenb.
Werner	Köln a. R.	Köln a. R. Stadtkr.
Wernicke	Charlottenburg	Telt.-Beesk.-Stork.Charlottenb.
Wesch	Crefeld	Crefeld
Westphal	Frankfurt a. M.	Friedberg
v. Wietersheim	Soest	Hamm-Soest
Wilke	Braunschweig	Kreis Holzminden Ruppin-Templin
Wilschke	Berlin	Berlin II
Wittmann	Suhl	Erfurt-Schleusingen
Woldersky	Köln	Köln a. Rh. Landkreis
Wunderlich	Bochum	Bochum
Wurm	Hannover	Pirna Reuß j. L.
Zappay	Marburg	Marburg-Frankenberg
Zarbock	Bromberg	Bromberg
Zerm	Wolffenbüttel	Kreis Helmstedt
Zubeil	Berlin	Kalau-Luckau
Zwiener	Bielefeld	Herford-Halle

Zuschriften und Telegramme.

a. Deutschland.

Altenburg. Die Buchwald'schen Hausbewohner.
Altona. Der Frauen- und Mädchen-Verein zu Altona.
Altona. Die Genossen.
Altona. Ein Kreis von Genossen bei Haderfeld.
Apolda. Wirkergehilfen Apolda's.
Aschersleben. Mehrere Eisenarbeiter.
Baden-Baden. Der Arbeiter-Wahlverein f. Baden-Baden u. Umgegend.
Barleben. Die Genossen.
Barmen. Die Genossen.
Bergedorf. Die ausgesperrten Glasarbeiter.
Berlin. Einige Genossen.
Berlin. Genossen aus dem Lokal „International".
Berlin. Fachverein der Feilenhauer.
Berlin. Fachverein der Former.
Berlin. Fachverein der Klempner.
Berlin. Fachverein d. Schlächtergesellen.
Berlin. Freie Vereinigung der Posamentirer und Berufsgenossen.
Berlin. Freie Vereinigung d. Maurer Berlins (Versamml. v. 16. Oktober).
Berlin. Geselliger Klub „Proletariat".
Berlin. Lese- u. Diskutirklub „Internationale".
Berlin. Mehrere Genossen des IV. Berliner Wahlkreises.
Berlin. Metallarbeiter-Verein (Versammlung Norddeutsche Brauerei).
Berlin. Personal d. „Berl. Volksbl."
Berlin. Rauchklub „Ohne Zwang".
Berlin. Die sozialdemokrat. Fraktion der Stadtverordneten Berlins.
Berlin. Die sozialdemokrat. Kaufleute und Handlungsgehilfen Berlins.
Berlin. Sozialdem. Leseklub „Lessing".
Berlin. Vereinigung deutscher Maler, Filiale 5.
Berlin. Versammlung für Frauen und Männer vom 12. Oktober.
Berlin. Versammlung für Männer und Frauen in Moabit.
Berlin. Versammlung vom 15. Oktbr. in Joel's Saal.
Berlin. Die Zimmerer Berlins.
Bernburg. Arb.-Gesangverein Bernburg.
Bernburg. Tabakarbeiter Bernburgs.
Biebrich. Die Arbeiter von Biebrich.
Bielefeld. Festversamml. von 2000 Pers.
Bochum. Die Genossen.
Bockenheim. Frankfurter Festgenossen.
Braunsberg. Die Genossen.
Braunschweig. Die Genossen.
Bremen. Die Bremer Schneider.
Bremen. Tischlerversammlung.
Bremerhaven. Die Genossen v. Bremerhaven und des 19. Wahlkreises.
Breslau. Die Genossen.
Breslau. Der Klub „Lassalle".
Bruchsal. Die Genossen.
Buchholz i. S. Der Wahlverein von Annaberg i. S.
Calbe a. S. Arbeiter-Bildungsverein.
Cassel. Die Genossen.
Celle. Die Cigarrenmacher von Celle.
Charlottenburg b. Berlin. Die Genossen.
Chemnitz. Die Arbeiter in der Werkzeugfabrik.
Coburg. Wahlverein Coburg.
Cöthen. Die Genossen.
Colmar i. Els. Die Genossen.
Danzig. Die Genossen.
Darmstadt. Festversammlung.
Dessau. Die Genossen.
Dortmund. Druckerei d. „Westf. Presse".
Dresden. Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises.
Dresden. Genossen des 8. sächsischen Wahlkreises.
Dresden. Freie Vereinigung d. Barbiere.
Dresden. Die Tischler Dresdens.
Dresden. Tischler und Schuhmacher Dresdens.
Dresden. Die Dresdener Töpfer.
Düsseldorf. Mehrere Wehrleute.
Ebersbach i. S. 2. sächs. Wahlkreis.
Eilenburg i. S. Die Schuhmacher.
Einbeck. Die Genossen.
Elberfeld. Von den Verurtheilten des Elberfelder Prozesses a. d. Gefängniß.
Elbing. Die Genossen.
Elmshorn. Die Genossen.
Erfurt. Personal d. „Thüring. Tribüne".
Essen a. Ruhr. Die Genossen.
Eßlingen i. Württ. Die Genossen.
Flensburg. Die Parteigenossen.
Forst. Die Genossen v. Forst u. Umgeg.
Frankenhausen a. Kyffh. Die Genossen.
Frankenthal. Genossen von Frankenthal und Oggersheim.
Frankfurt a. M. Der Fachverein der Steinmetzer und Marmorarbeiter.

Frankfurt a. M. **Die Schreiner bei Holzmann u. Co.**
Frankfurt a. M. **Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen.**
Freiburg i. S. Die Genossen.
Freiburg i. Baden. Genossen.
Freiburg i. B. Die Zähringer Genossen.
Freienwalde a. O. Die Genossen.
Fürth i. Bayern. Restaurant Zick.
Gaarden. Centralverband der Werftarbeiter, Filiale Kiel.
Geestemünde. Das Personal d. „Norddeutschen Volksstimme".
Gelsenkirchen. Die Genossen.
Gera. Die Schneider.
Gernsheim. Der Arbeiter-Wahlverein.
Gießen. Die Genossen.
Glauchau. Wahlverein Gesau.
Gößnitz. Die Genossen.
Göttingen. Der 12. Hann. Wahlkreis Göttingen.
Gotha. Die Genossen.
Greiz. Die Genossen v. Tölau-Rothenthal-Sachswitz, Kreis Greiz.
Greiz. Häkers Lokal, Greiz.
Großenhain i. S. Genossen.
Hagen i. W. Die Genossen.
Hamm i. W. Die Genossen.
Hamburg. Die Arbeiter der Krahnschen Schneiderwerkstätte.
Hamburg. Der 59. Bezirk des zweiten Hamburger Wahlkreises.
Hamburg. Druckereipersonal v. F. Meyer.
Hamburg. Die Genossen Georgsplatz 11.
Hamburg-Eimsbüttel. Genossen des 2. Hamburger Wahlkreises.
Hamburg. Die Liedertafel von 1872, Hamburg-Hohenfelde.
Hamburg. Markenfabrik v. Jean Holze.
Hamburg. Die organisirten Schneider.
Hamburg. Verband der Werftarbeiter.
Hamburg. Versammlung von Frauen und Mädchen von Hamburg u. Umg.
Hannover. Die Genossen v. Hannover-Linden.
Hannover. Lese- u. Diskutirklub „Vorwärts".
Hannover. Parteigenossen.
Hannover. Die Damen-Schneider und -Schneiderinnen von d. Georgstraße.
Hannover. Die Schneider.
Hannover. Stiftungsfest d. vereinigten Arbeiterinnen Hannover-Lindens.
Harburg. Die Arbeiter bei Aug. Plath.
Hartha i. S. Die Hutmacher.
Heidingsfeld. Die Genossen.
Hildesheim. Die Maler u. Genossen.
Hildesheim. Tischlerverbd. Hildesheim.
Höchst a. Main. Die Genossen.
Hof i. B. Textilarbeiter-Versammlung.
Jena. Die Genossen.
Kaiserslautern. Genossen.
Kalk. Genossen des Landkreises Köln.
Karlsruhe. Gesangverein „Vorwärts".
Karlsruhe. Die Ortsverwaltung der allgem. Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse Karlsruhe.
Kiel. Die Genossen.
Kiel. Gesangverein der Tischler Kiels.
Kiel. Die Parteigenossen.
Kiel. Die Tischler Kiels.
Kirchheimbolanden. Die Genossen.
Köln. Die Former Kölns und Umgeg.
Köln a. Rh. Sozialdem. Verein Köln.
Königsberg i. Pr. Die Genossen.
Königsberg i. Pr. Die Tischler Königsbergs.
Lambrecht i. Pf. Die Genossen.
Landeshut i. Schl. Die Genossen.
Langenbielau i. Schles. Arbeiter von Langenbielau.
Langenbielau. Herbergsvater Stolzenberg.
Lauenburg a. Elbe. Die Arbeiter Lauenburgs.
Leipzig. Die Malergehilfen.
Leipzig. Die Schuhmacher.
Leipzig. Die Vergolder Leipzigs.
Luckenwalde. Die Genossen.
Ludwigshafen. Wahlverein Ludwigshafen.
Ludwigshafen a. Rh. Wahlverein Friesenheim (Pfalz).
Lübeck. Buchdrucker Lübecks.
Lübeck. Die Former Lübecks.
Lübeck. Die Schneider Lübecks.
Lübeck. Die Schuhmacher Lübecks.
Lübeck. Die Tischler.
Magdeburg-Buckau. Die Genossen.
Mainz. Die Genossen.
Mannheim. Die Genossen der Neckarvorstadt Mannheim.
Mannheim. Gewerkschaftskartell Mannheim.
Mariendorf b. Berlin. Die Genossen.
Markenkirchen i. Voigtl. Die Genossen.
Meißen. Stiftungsfest des Metallarbeiter-Vereins zu Meißen.
Memmingen. Wahlkreis Memmingen-Illertissen.
Metz. Die Parteigenossen.
Minden. Die Genossen.
Mühlhausen i. Els. Die Genossen.
München. Die Genossen.
München. Die Genossen von Thalkirchen bei München.
M.-Gladbach. Die Gladbacher Sozialdem.
Münster i. Westf. Die Genossen.
Netzschkau i. S. Formerverein Reichenbach-Netzschkau.
Neumünster. Die Parteigenossen.
Neurode. Die Genoss. d. Kreises Neurode.
Niefern b. Pforzheim. Wahlversammlg.
Nortorf. Die Genossen.
Offenbach a. M. Oeff. Metallarb.-Vers.
Offenbach a. M. Sozialdemokraten Heusenstamms.
Ohlau i. Schl. Der soz. Arbeiterverein.
Osterode a. Harz. Gesangverein Männer-Quartett Osterode a. H.
Osterwieck. Die Genossen.
Ottensen. Die Parteigenossen.
Passau. Die Genossen.
Penig i. S. Genossen.

Pforzheim. Die Genossen.
Pirna i. S. Die Genossen des 8. sächs. Wahlkreises.
Plauen i. Voigtl. Die Genossen.
Plauen. Plauen'sche Genoss. (Jägersruh).
Potschappel i. S. Genossen im Plauenschen Grunde.
Potsdam. Die Genossen.
Pyrmont. Die Pyrmont-Waldecker Genossen.
Quackenbrück. Die Bürstenmacher.
Rastenburg i. Ostpr. Die Genossen.
Rathenow. Ein Gedicht.
Rathenow. Die Genossen.
Reinickendorf b. Berlin. Die Genossen.
Remscheid. Die Genossen.
Rendsburg. Die Genossen.
Rixdorf b. Berlin. Weberverein.
Ronneburg i. S. Die Genossen.
Ronsdorf. Selbeck's Wirthschaft.
Roßwein i. S. Die Roßweiner Arbeiter.
Rostock. Mehrere Maurer.
Ruhla i. Th. Allgem. Arbeiterverein.
Schleusenau. Genossen.
Schneeberg i. S. Die Genossen.
Schönebeck a. Elbe. Die Genossen.
Schwabach. Versammlung des Wahlkreises Ansbach-Schwabach.
Schwedt a. O. Die Genossen des Prenzlau-Angermünder Wahlkreises.
Schwerin i. Meckl. Die Genossen.
Sebnitz i. S. Die Genossen.
Siegmar. Der Verein zur Förderung volksthümlicher Wahlen in Siegmar.
Solingen. „Bergische Arbeiterstimme."
Solingen. Die Parteigenossen.
Sonneberg i. Th. Die Arbeiter.
Spandau. Die sozialdem. Bäcker Spandaus.
Speyer. Die Genossen.
Stettin. Die Lohn-Kommission der Schneider und Näherinnen Stettins.
Stettin. Sozialdemokrat. Wahlverein.
Stockelsdorf. Die Fackenburger Genoss.
Stuttgart. Der Arbeiterverein Heslach.
Tannenberg i. S. Die Genossen von Geyer und Tannenberg.
Tettnang. Die Genossen.
Velten. Die Genossen.
Viersen. Die Sozialdemokraten des Kreises Gladbach.
Wandsbeck. Die Genossen.
Wandsbeck. Das Harmonia-Quartett Wandsbeck.
Weimar. Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes.
Weißensee b. Berlin. Der Arbeiterbildungsverein.
Wermelskirchen. Die Genossen.
Wiesbaden. Die Drechsler Wiesbadens.
Wiesbaden. Genossen.
Wilhelmsbad. Gold- u. Silberarbeiter Hanaus.
Winsen a. d. L. Die Genossen.
Wolmirstedt. Die Genossen.
Würzburg. Wahlversammlung.
Zwickau i. S. Die Genossen v. Planitz.
Zwickau. Die Genossen v. Schedewitz.
Zwickau. Mehrere Genossen.

b. Ausland.

Amerika.

Boston. Deutsche Sektion Boston der sozialistischen Arbeiterpartei v. Nordamerika.
Buenos-Aires. Verein „Vorwärts."
Chicago. Exekutiv-Komitee der soz. Arbeiterpartei d. Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Milwaukee. Die Sozialisten Milwaukee's.
New-York. National Exekutiv-Komitee der amerikanischen Sozialdemokratie.

Dänemark.

Kopenhagen. Dän. Sozialdemokraten.

England.

London. Komm. Arb.-Bildungsverein.
London. Eight Hours and International Labour League.
London. General Council of the Social Democratic Federation.
London. National Union of Gasworkers and General Labourers of Great Britain and Ireland.
London. The Political Council of the North Camberwell Radical Club and Institute.

Frankreich.

Paris. Le cercle des socialistes roumains.
Paris. Le Congrès regional de la Féderation des travailleurs socialistes de France.
Paris. Polnische Delegirte zum soz. Kongreß zu Paris.
Paris. Redaktion d. „L'Idee Nouvelle", Revue Sociale et Litteraire.
Paris. Une groupe des Proscrits de la Commune de Paris 1871.

Holland.

Amsterdam. Sozialdemokratischer Bund in Amsterdam.

Italien.

Mailand. Lega Socialista Milanese.
Mailand. Il Consolato Operaio Milanese.
Mailand. Radikaler Verein.
Ravenna. Congres nationale du Parti socialiste d'Italie.

Oesterreich.

Bielitz. Die Genossen v. Bielitz-Biela, Oesterr. Schlesien.
Budapest. Ungarländische allgemeine Arbeiterpartei.

Floridsdorf. **Genossen von Floridsdorf und Donaufeld.**
Jägerndorf. Die **Genossen.**
Klagenfurt. Die Genossen.
Kronstadt. Kronstädter Arbeiterklub.
Meidling. Die Genossen.
Reichenberg i. Böhm. **Redaktion des** „Freigeist".
Salzburg. Die Arbeiterschaft **Salzburgs.**
Triest. Die Genossen.
Villach. Die Genoss. v. **Villach-Kärnthen.**
Warnsdorf. Die **Genossen v. Warnsdorf** (Böhmen).
Wien. Zehn junge **Theoretiker.**
Wien. Vereinigte Perlmutter-Drechsler in Wien.
Wien. Vereinigte Steinnußknopf-Arbeiter in Wien.

Polen.

Aus Genf. Redaktionen **der polnischen sozialist. Blätter** „Walka Klas" **und** „Przedswit".
Lemberg. Polnische Sozialisten.

Schweden.

Stockholm. Distrikt steyrelsen.

Schweiz.

Basel. Arbeiterbund Basel.
Basel. Deutsche sozialdemokr. Mitgliedschaft. Deutscher **Arbeiterverein.**
Basel. Genossen v. Basel **und Lörrach.**
Bern. Die Parteigenossen.
Bern. Soz.-dem. Partei **der Schweiz.**
Cheaux-de-fonds. Genossen v. Cheaux-de-fonds und Locle.
Frauenfeld. Deutscher Verein.
Genf. Ligue internationale **de la Paix** et de la Liberté.
Glarus. Deutscher Verein Glarus.
Payerne. Internat. Arbeiterverein.
St. Gallen. Mitgliedschaft **St. Gallen.**
Winterthur. Deutsche **Sozialisten.**
Zürich. Redaktion des russ. „Sozialdemokrat".

Spanien.

Madrid. Partido Socialista **Obrero** Espanniol. Comite **National.**

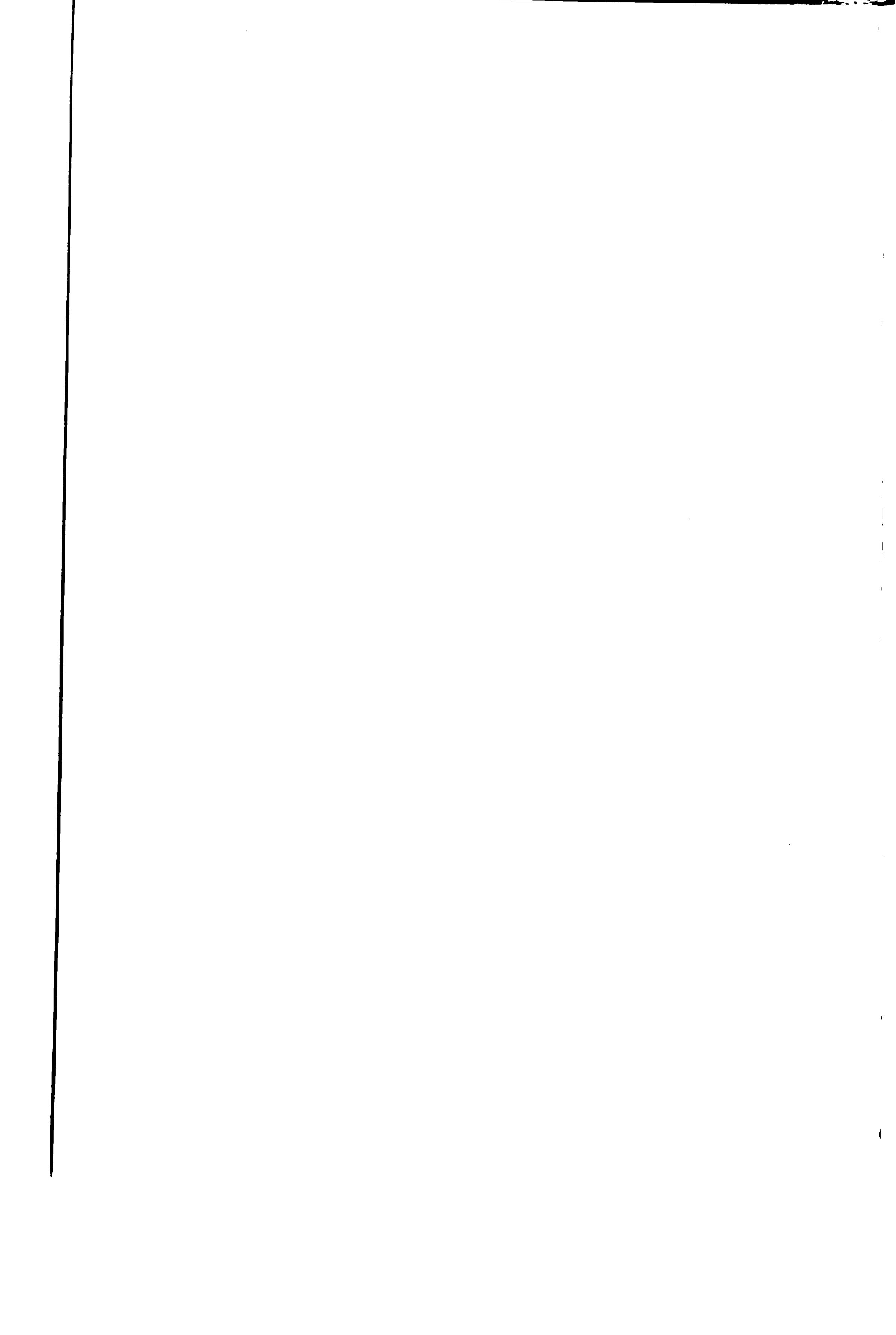
Sprech-Register.



Personenregister, Zeitschriften- und Zeitungsregister, Ortsregister bearbeitet von Max Schwarz

Vorbemerkungen zum Register

Das *Personenregister* enthält über das im Protokoll (S. 319 f.) abgedruckte – im übrigen unvollständige – »Sprech-Register« hinaus die Namen aller 399 Parteitagsdelegierten (D), 17 Gäste (G) und sonstigen Personen, die im Protokoll des Parteitags erwähnt werden. Die Wohnorte der Delegierten wurden der »Präsenz-Liste« des Protokolls (S. 305–318) entnommen, die der übrigen aufgeführten Personen ebenso wie die Vornamen, soweit dies möglich war, aus anderen Quellen eruiert. Auf eine Reihe von Druckfehlern bei den Personennamen wird im Register berichtigend hingewiesen.
Das *Register der Zeitschriften und Zeitungen* verzeichnet alle im Protokoll enthaltenen Periodika einschließlich ihrer Erscheinungsorte.
Das *Ortsregister* enthält alle im Protokoll angeführten Städte, Wahlkreise, Provinzen, Staaten, Länder und Kontinente.



Personenregister

Zeitschriften- und Zeitungsregister

Ortsregister

